 Bundesministerium für europäische  
und internationale Angelegenheiten

# Außenpolitischer Bericht

# 2008

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik

**Bundesministerium für europäische  
und internationale Angelegenheiten  
Minoritenplatz 8  
A-1014 Wien**

**Telefon:** während der Bürozeiten an Werktagen in der Zeit von  
9 bis 17 Uhr:  
**0 50 11 50-0 / int.: +43 50 11 50-0**  
kostenfreies Anrufservice:  
**(0800) 234 888** (aus dem Ausland nicht wählbar)

**Fax:** **0 50 11 59-0 / int.: +43 50 11 59-0**

**E-Mail:** [post@bmeia.gv.at](mailto:post@bmeia.gv.at)

**Internet:** [www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at)

**Bürgerservice:**

In dringenden Notfällen im Ausland ist das Bürgerservice rund um die Uhr erreichbar:

**Telefon:** **0 50 11 50-4411 / int.: +43 50 11 50-4411**  
alternativ:  
**(01) 90 115-4411 / int.: +43 1 90 115-4411**

**Fax:** **0 50 11 59-4411 / int.: +43 50 11 59-4411**  
alternativ:  
**0 50 11 59-245 / int.: +43 1 50 11 59-245**

**E-Mail:** [bereitschaft@bmeia.gv.at](mailto:bereitschaft@bmeia.gv.at)

Die Möglichkeiten zur Hilfeleistung an ÖsterreicherInnen im Ausland sind auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten [www.bmeia.gv.at](http://www.bmeia.gv.at) unter dem Punkt „Bürgerservice“ ausführlich dargestellt.

# **Außenpolitischer Bericht**

**2008**

Bericht des Bundesministers für  
europäische und internationale Angelegenheiten

Medieninhaber und Herausgeber:  
Bundesministerium für europäische  
und internationale Angelegenheiten  
Minoritenplatz 8, 1014 Wien

Gesamtredaktion und Koordination:  
Ges. MMag. Thomas Schlesinger, MSc.  
MMag. Dr. Clemens Geelhaar, M.A.I.S.  
MMag. Monika Lemmerer

Gesamtherstellung:  
Manz Crossmedia GmbH & Co KG  
Stolberggasse 26, 1051 Wien

## Vorwort

Das Jahr 2008 brachte für die internationale Staatengemeinschaft eine Reihe besonderer Herausforderungen: von der globalen Wirtschaftskrise über die Probleme in der Energieversorgung Europas zu Jahresbeginn bis zu den Konflikten in Georgien und Gaza.

Vor diesem schwierigen Hintergrund bewarb sich Österreich um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, und die Generalversammlung sprach uns im Oktober auch gleich im ersten Wahlgang ihr Vertrauen aus. So wird Österreich in den Jahren 2009 und 2010 Mitglied des Sicherheitsrates sein. Im Zentrum unserer Arbeit im Sicherheitsrat werden die Themen stehen, die unser Engagement in den Vereinten Nationen seit jeher kennzeichnen: der konsequente Einsatz für die Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts, für den interkulturellen und interreligiösen Dialog sowie für Abrüstung und Nicht-Weiterverbreitung. Schon 2008 war Wien Veranstaltungsort der internationalen Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“: Gemeinsam mit dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten Amre Moussa habe ich Vertreterinnen und Vertreter der 27 EU-Mitgliedsländer, der 22 Mitglieder umfassenden Liga der Arabischen Staaten und der Türkei sowie Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Kultur zur Erörterung konkreter Themen eingeladen: die Rolle der Jugend und der Frauen und der Umgang mit lebendigem Pluralismus in unseren Gesellschaften.

Gerade in schwierigen Zeiten ist die Europäische Union für uns unverzichtbar. Das entschiedene und koordinierte Vorgehen der Union und ihrer Mitgliedstaaten angesichts der Wirtschaftskrise wurde von den Bürgerinnen und Bürgern auch durchaus gewürdigt. Dennoch ist gerade in Österreich nach wie vor Skepsis gegenüber der EU festzustellen. Dieser Skepsis will ich auf den Grund gehen und habe deshalb für 2009 eine „EU-Zuhörtour“ durch Österreich geplant.

Verantwortungsvolle Politik für die Zukunft zu gestalten bedeutet, schon jetzt an die Zeit nach der Krise zu denken: Im Donau- und Schwarz-

*Vorwort*

meerraum eröffnet sich für uns ein Gebiet, das großes Potential für eine dynamische Entwicklung hat. Daher wird es ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik sein, die bereits bestehenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen zu dieser Region zu vertiefen.

Die österreichische Auslandskulturpolitik führt Tag für Tag den kulturellen Dialog mit anderen Staaten. Sie verfügt über ein weltweites Netzwerk von 30 Kulturforen, 54 Österreich-Bibliotheken, neun Sprachinstituten, speziellen Kooperationsbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington sowie die Botschaften und Generalkonsulate, die in die Kulturarbeit eingebunden sind. Mit diesen Aufgaben und Zielen ist die österreichische Auslandskultur längst nicht mehr Repräsentation der Vergangenheit, sondern eine Investition in die Zukunft.

Zur Schaffung einer gemeinsamen friedvollen Zukunft engagiert sich Österreich auch im Rahmen der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, deren wichtigste Ziele die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen sind. Grundprinzipien sind die Eigenverantwortung der Partnerländer für ihren Entwicklungsweg, die Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse sowie die Berücksichtigung von Kindern und von Menschen mit Behinderung.

Die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher und ihre bestmögliche Betreuung im Ausland sind mir ein besonderes Anliegen. Mit dem Bürgerservice im Ministerium und den weltweit rund 100 Botschaften und Berufskonsulaten schaffen wir ein Sicherheitsnetz für unsere Landsleute in der Welt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ministeriums stehen rund um die Uhr für konsularische Notfälle bereit. 2008 konnte Österreicherinnen und Österreichern in mehr als 117.000 Fällen geholfen werden, in Spitzenzeiten waren sogar bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Zur Vorbereitung auf einen Auslandsaufenthalt bietet die Homepage des Außenministeriums detaillierte und laufend aktualisierte Reiseinformationen über alle Staaten der Welt. Weiters hat das Außenministerium eine „Notfallkarte“ in Scheckkartenformat mit allen wichtigen Rufnummern entwickelt. Die Karte, die bei jeder Auslandsreise so selbstverständlich

*Vorwort*

dabei sein soll wie der Reisepass, kann beim Außenministerium bestellt oder auf der Homepage selbst ausgedruckt werden.

Mein Dank und meine Anerkennung gelten meiner Vorgängerin Ursula Plassnik, die in vielen Bereichen nachhaltige Spuren hinterlassen hat, und Staatssekretär Hans Winkler, der sich um die Weiterentwicklung des Völkerrechts und die Entwicklungszusammenarbeit besonders verdient gemacht hat. Weiters danke ich Generalsekretär Johannes Kyrle und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Zentrale und an den Vertretungsbehörden im Ausland für ihren täglichen großen Einsatz für unser Land, für unsere Bürgerinnen und Bürger.

A handwritten signature in black ink, reading "Michael Spindelegger". The signature is written in a cursive, flowing style with a prominent initial 'M' and a long, sweeping underline.

Dr. Michael Spindelegger  
Bundesminister für europäische und  
internationale Angelegenheiten





# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>III</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>VII</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XV</b>
<b>A. Österreich in der Europäischen Union</b> .....	<b>1</b>
I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union .....	1
1. Der Ursprung der Krise .....	1
2. Das rasche und koordinierte Krisenmanagement der Europäischen Union .....	2
3. Die koordinierte Ankurbelung der europäischen Wirtschaft .....	3
II. Die Erweiterung der Europäischen Union.....	3
1. Kroatien und Türkei.....	4
2. Bulgarien und Rumänien.....	5
3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer .	5
4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union.....	6
5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa .....	7
III. Der Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon .....	8
1. Das Ratifikationsverfahren in Österreich .....	8
2. Die Ratifikationsverfahren in den anderen EU-Mitgliedstaaten.....	10
IV. Europainformation .....	11
V. Die Politiken der Europäischen Union.....	12
1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen ...	12
2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern .....	15
3. Wirtschaft und Finanzen .....	16
4. Beschäftigung und Sozialpolitik .....	17
5. Struktur- und Kohäsionspolitik.....	18
6. Binnenmarkt.....	18
7. Gemeinsame Agrarpolitik.....	19
8. Verkehr.....	20
9. Umwelt .....	21
10. Energie .....	21
11. Bildung und Jugend .....	22
12. Forschung.....	23

*Inhaltsverzeichnis*

13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	24
14. Terrorismusbekämpfung .....	25
VI. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union .....	26
1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	26
2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik .....	33
3. Südosteuropa / Westliche Balkanländer .....	34
4. Die osteuropäischen Staaten.....	40
5. Russland .....	44
6. Zentralasien.....	45
7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golfstaaten.....	47
8. Nordamerika.....	51
9. Lateinamerika und Karibik.....	56
10. Afrika südlich der Sahara .....	62
11. Asien.....	68
12. Australien, Neuseeland, Ozeanien .....	75
<b>B. Österreich in anderen europäischen Foren .....</b>	<b>76</b>
I. Europäische Sicherheitspolitik.....	76
1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden.....	76
2. Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur.....	77
3. Die Diskussion über eine US-Raketenabwehrbasis in Europa.....	77
II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ...	78
1. Die Debatte über die Zukunft der Sicherheit in Europa.....	78
2. Regionalfragen und Feldaktivitäten .....	78
3. Die menschliche Dimension der OSZE.....	82
4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE .....	83
5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE.....	84
6. Parlamentarische Versammlung der OSZE .....	84
III. Europarat.....	84
1. Politische Entwicklungen .....	84
2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen.....	85
3. Menschenrechte .....	87
4. Monitoring.....	87
5. Hilfsprogramme.....	88

*Inhaltsverzeichnis*

6. Die Organe des Europarats.....	88
7. Der Europarat und Österreich.....	89
IV. Zentraleuropäische Initiative.....	90
V. Nachbarschaftspolitik.....	90
1. Regionale Partnerschaft .....	90
2. Schweiz, Liechtenstein .....	92
3. Südtirol.....	93
4. Nukleare Sicherheit .....	94
5. Alpenkonvention .....	95
6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion.....	96
<b>C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik.....</b>	<b>99</b>
I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen.....	99
1. Bürgerservice.....	99
2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement .....	100
3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen.....	101
4. Neue Verträge .....	101
II. Reise- und Grenzverkehr.....	101
1. Sichtvermerksangelegenheiten.....	101
2. Grenzverträge .....	104
III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik .....	105
IV. Die AuslandsösterreicherInnen .....	105
1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen .....	106
2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland .....	106
3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union .....	107
4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting.....	108
<b>D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit .....</b>	<b>109</b>
I. Einleitung.....	109
1. Internationale Grundlagen.....	109
2. Gesetzliche Grundlagen .....	109
3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit .....	109
4. Nachhaltige Entwicklung.....	110

*Inhaltsverzeichnis*

5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung .....	110
II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit.....	111
1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd .....	111
2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost .....	114
3. Themen und Sektoren.....	116
4. Kofinanzierung .....	119
5. Evaluierung .....	120
III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit.....	120
1. Die Vereinten Nationen.....	121
2. Die Europäische Union .....	122
3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen .....	124
IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen.....	124
1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe .....	124
2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe .....	127
<b>E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen.....</b>	<b>129</b>
I. Einleitung.....	129
II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen.....	129
1. Organisatorische Fragen .....	129
2. Politische Fragen .....	131
3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen.....	132
4. Menschenrechte .....	133
5. Drogenkontrolle und Verbrechensverhütung.....	133
6. Sozialpolitik .....	133
7. Internationale Frauenfragen .....	133
8. Humanitäre Angelegenheiten .....	133
9. Friedliche Nutzung des Weltraums .....	134
10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen.....	134
11. Völkerrechtliche Fragen .....	135
III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.....	137
1. Einleitung .....	137
2. Die Reformdebatte.....	137
3. Tätigkeit des Sicherheitsrates .....	137
4. Friedenserhaltende Operationen.....	146
IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung .....	147
V. Der Wirtschafts- und Sozialrat .....	147
1. Allgemeiner Teil.....	147

*Inhaltsverzeichnis*

2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa	148
VI. Der Internationale Gerichtshof.....	148
VII. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen .....	149
1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen .....	149
2. Internationale Arbeitsorganisation.....	149
3. Internationale Fernmeldeunion.....	150
4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung .....	150
5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation .....	150
6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur .....	151
7. Weltgesundheitsorganisation.....	152
8. Internationale Atomenergie-Organisation.....	152
9. Welttourismusorganisation.....	153
10. Weltpostverein .....	153
11. Weltorganisation für Meteorologie .....	153
<b>F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen.....</b>	<b>154</b>
I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen.....	154
1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen.....	154
2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen	154
3. Genfer Abrüstungskonferenz .....	155
4. Chemiewaffenkonvention.....	155
5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen.....	156
6. Ballistische Raketen .....	156
II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen .....	156
1. Antipersonenminen .....	156
2. Streumunition .....	157
3. Kleinwaffen und leichte Waffen.....	158
III. Exportkontrollregime .....	158
1. Multilaterale Exportkontrolle .....	158
2. Nationale Exportkontrolle .....	159

*Inhaltsverzeichnis*

<b>G. Der internationale Schutz der Menschenrechte .....</b>	<b>161</b>
I. Einleitung.....	161
II. Menschenrechte in der Europäischen Union.....	161
1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union .....	161
2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge .....	164
III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen .....	166
1. Der Menschenrechtsrat .....	166
2. Die Generalversammlung.....	168
3. Die Frauenstatuskommission .....	169
4. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte .....	169
IV. Menschenrechte in der OSZE .....	170
V. Menschenrechte im Europarat .....	170
VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit.....	171
VII. Schwerpunktthemen .....	171
1. Menschenrechte von Kindern .....	171
2. Menschenrechte von Frauen .....	172
3. Kampf gegen Rassismus.....	173
4. Minderheitenschutz.....	174
5. Binnenvertriebene.....	174
6. Menschenrechtsbildung.....	174
7. Humanitäres Völkerrecht .....	175
<b>H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen ..</b>	<b>176</b>
I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen .....	176
1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen .....	176
2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich .....	176
3. Die Internationale Organisation für Migration .....	177
II. Internationale Drogenkontrolle.....	177
III. Internationale Verbrechensverhütung .....	178
IV. Der Internationale Strafgerichtshof.....	180
<b>I. Multilaterale Wirtschaftspolitik.....</b>	<b>182</b>
I. Die Welthandelsorganisation .....	182
II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	183
1. Internationale Wirtschaft und Finanzen .....	183
2. Österreichische Schwerpunkte in der OECD.....	184
3. OECD-Ministerrat.....	184
4. Spezifische Österreich-Prüfungen .....	185

*Inhaltsverzeichnis*

5. Ausgewählte Publikationen.....	185
6. Internationale Energieagentur .....	186
<b>J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik.....</b>	<b>187</b>
I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002 .....	187
II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen .....	187
III. Globale Umweltschutzabkommen .....	187
<b>K. Auslandskulturpolitik.....</b>	<b>190</b>
I. Schwerpunkte.....	190
1. Auswahl aus der auslandskulturpolitischen Projektarbeit ..	190
2. Auslandskulturpolitische Initiativen .....	194
3. Kulturelle Förderungen .....	194
II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft .....	195
III. Österreich-Bibliotheken .....	196
IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache .....	197
1. Wissenschaft und Bildung .....	197
2. Sprache.....	199
V. Internationale Sportbeziehungen.....	199
VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit .....	200
VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union .....	201
VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog.....	203
1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs .....	203
2. Anna-Lindh-Stiftung.....	204
3. Interreligiöser Dialog des ASEM .....	204
<b>L. Medien und Information.....</b>	<b>206</b>
I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten .....	206
1. Allgemeines.....	206
2. Internetauftritt.....	206
3. Publikationen .....	206
4. Pressekonferenzen und Veranstaltungen .....	207
5. Presserätetagung.....	207
<b>M. Der österreichische auswärtige Dienst .....</b>	<b>208</b>
I. Einleitung.....	208

*Inhaltsverzeichnis*

II. Arbeiten im Außenministerium.....	208
III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick.....	211
VI. Weltweite Infrastruktur .....	212
1. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten.....	212
2. Informationstechnologie.....	212
3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement .....	213
V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate.....	213
VI. Fachattaché(e)s .....	214
VII. Organisationsplan.....	216
VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen.....	218
<b>Anhang .....</b>	<b>223</b>
I. Länderinformationen.....	223
II. Österreich und die Staatenwelt .....	356
III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich.....	361
VI. Wien als Sitz internationaler Organisationen .....	362
V. Diplomatische Akademie Wien .....	365
VI. Österreich in internationalen Organisationen.....	366
VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien.....	380
VIII. Österreich in Zahlen 1950 bis 2008.....	390
IX. Österreich im internationalen Vergleich .....	391
1. Bruttoinlandsprodukt .....	391
2. Außenhandel.....	392
3. Bruttoinlandsausgaben für Umwelt, Bildung, Gesundheit ...	393
4. Bruttoinlandsausgaben für Verteidigung, Forschung & Entwicklung, Außenministerien.....	394
5. Wirtschaftswachstum und Preise .....	395
6. Erwerbstätigkeit.....	396
7. Arbeitsmarkt.....	397
8. Bildung .....	398
9. Bevölkerung.....	399
10. Geburten und Sterbefälle .....	400
X. Außenhandel 2008 mit der EU und wichtigen Ländergruppen .....	401
XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2007 und 2008 .....	405
<b>Sachindex.....</b>	<b>409</b>



## Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
AAK	Allianz für die Zukunft des Kosovos
ABA	Austrian Business Agency
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABIS	Austria, Benelux, Ireland, Switzerland Österreich, Benelux, Irland, Schweiz [ICAO-Ländergruppe]
ABl	Amtsblatt der Europäischen Union [vor dem 1. Februar 2003: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften]
Abs	Absatz
Abt	Abteilung
ACF	Austrian Cultural Forum Österreichisches Kulturforum
ACO	Allied Command for Operations Alliiertes Kommando Operationsführung
a.D.	außer Dienst
ADA	Austrian Development Agency Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mit beschränkter Haftung
ADAM	Automated Donor Assistance Mechanism Automatisierter Unterstützungsmechanismus für Geber
ADB	Asian Development Bank Asiatische Entwicklungsbank
ADEA	Association for the Development of Education in Africa Vereinigung für die Entwicklung der Bildung in Afrika
ADF-RDA	Alliance pour la Démocratie et la Fédération – Rassemblement Démocratique Africain Allianz für Demokratie und Föderation – Afrikanisch-Demokratische Bewegung [Burkina Faso]
ADS	Approved Destination Status Status des „zugelassenen Reiseziels“
ADV	Automatisierte Datenverarbeitung
AECER	Associazione degli Enti Culturali Europei a Roma Vereinigung der europäischen Kulturinstitute in Rom
AEI	Agentur für Europäische Integration

*Abkürzungsverzeichnis*

AEMM	ASEAN-EU Ministerial Meeting Ministertreffen ASEAN-EU
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Union
AfDB	African Development Bank Afrikanische Entwicklungsbank
AfDF	African Development Fund Afrikanischer Entwicklungsfonds
AFDRU	Austrian Forces Disaster Relief Unit Katastrophenhilfseinheit des Österreichischen Bundesheeres
AFTA	ASEAN Free Trade Area Asiatisches Freihandelsabkommen
AG	Australia Group Australien-Gruppe
AHSt	Außenhandelsstelle
a.i.	ad interim
AIAM	Annual Implementation Assessment Meeting Jährliches Treffen zur Beurteilung der Durchführung
AIT	Asian Institute of Technology Asiatisches Technologieinstitut
AKP	Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa [Europarat]
AMIS	African Union Mission in Sudan Mission der Afrikanischen Union im Sudan
AMISOM	African Union Mission to Somalia Mission der Afrikanischen Union in Somalia
AMM	Aceh Monitoring Mission Aceh-Beobachtermission
AMSDE	Annual Meeting of Sustainable Development Experts Jahrestagung der ExpertInnen für Nachhaltige Entwicklung
AMU	Arab Maghreb Union Arabische Maghreb-Union
ANC	African National Congress Afrikanischer Nationalkongress
AÖWB	Auslandsösterreicher-Weltbund
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
XVI	

*Abkürzungsverzeichnis*

ARF	ASEAN Regional Forum ASEAN-Regionalforum
ARS	Alliance for the Re-Liberation of Somalia Allianz für die Wiederbefreiung Somalias
Art	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations Verband Südostasiatischer Nationen
ASEA-Uninet	ASEAN-European University Network Asiatisch-Europäisches Universitätsnetzwerk
ASEF	Asia Europe Foundation Asien-Europa-Stiftung
ASEM	Asia-Europe Meeting Asien-Europa-Treffen
ASO	Austrian Science and Research Liaison Office Österreichisches Verbindungsbüro für Wissenschaft und Forschung
ASRC	Annual Security Review Conference Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
AsylG	Asylgesetz
ATAU	Anti-Trafficking Assistance Unit Unterstützungsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels
ATIB Union	Türkisch Islamische Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich
ATS	Amphetamine-type Stimulants Amphetaminähnliche Stimulanzien
ATT	Arms Trade Treaty Waffenhandelsvertrag
ATU	Action against Terrorism Unit Gruppe Terrorismusbekämpfung
AU	African Union Afrikanische Union
AUA	Austrian Airlines
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia Vereinigte Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens
AUCON	Austrian Contingent Österreichisches Kontingent
AUSBATT	Austrian Battalion Österreichisches Bataillon

*Abkürzungsverzeichnis*

AußHG	Außenhandelsgesetz
AußHV	Außenhandelsverordnung
AWEPA	Association of European Parliamentarians for Africa Vereinigung europäischer Parlamentarier für Afrika
AWO	Außenwirtschaft Österreich
B	Burgenland
BAT/BEP	Best Available Techniques/Best Environmental Practice Beste Verfügbare Techniken/Bewährte Vorgehensweisen im Bereich Umwelt
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschen- rechte
BFW	Bundesforschung- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft
BGBI	Bundesgesetzblatt
BINUB	United Nations Integrated Office in Burundi Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Burundi
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJUT	Blok Juliji Tymoschenko Block Julija Tymoschenko [Ukraine]
BJA	Bundeskanzleramt
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMD	Ballistic Missile Defense Ballistische Raketenabwehr
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMLV	Bundesministerium für Landesverteidigung
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BNE	Bruttonationaleinkommen
XVIII	

*Abkürzungsverzeichnis*

BOMCA	Border Management in Central Asia Grenzverwaltung in Zentralasien
BONUCA	United Nations Peacebuilding Support Office in the Central African Republic Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik
BRZ	Bruttoraumzahl
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie
BTWK	Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin Weapons and on Their Destruction Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BWG	Bundesgesetz über das Bankwesen
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
bzw.	beziehungsweise
CABSI	Central Asia Border Security Initiative Zentralasiatische Grenzsicherheitsinitiative
CADAP	Central Asia Drug Action Programme Drogenaktionsprogramm für Zentralasien
CAFTA	Central American Free Trade Agreement Zentralamerikanisches Freihandelsabkommen
CALC	Cumbre de América Latina y el Caribe sobre integración y desarrollo Gipfel zur Integration und Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik
CAN	Comunidad Andina Andengemeinschaft
CAP	Corrective Action Plan Plan zur Mängelbehebung
CARDS	Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung
CARICOM	Caribbean Community Karibische Gemeinschaft

*Abkürzungsverzeichnis*

CARIFORUM	Forum of the Caribbean ACP States Karibisches Forum der AKP-Staaten
CBD	Convention on Biological Diversity Konvention über die biologische Vielfalt
CBRN	Chemical, Biological, Radiological and Nuclear Chemisch, biologisch, radiologisch und nuklear
CCAD	Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo Zentralamerikanischer Rat für Umwelt und Entwicklung
CCM	Chama Cha Mapinduzi Partei der Revolution [Tansania]
CCNM	Centre for Co-operation with Non-Members Zentrum für die Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedstaaten
CCPCJ	Commission on Crime Prevention and Criminal Justice Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege
CCWC	Convention on Prohibitions or Restrictions on the Use of Certain Conventional Weapons Which May Be Deemed to Be Excessively Injurious or to Have Indiscriminate Effects Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können
CD	Conference on Disarmament Genfer Abrüstungskonferenz
CDF	CARICOM Development Fund CARICOM-Entwicklungsfonds
CDM	Clean Development Mechanism Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CDP	Congrès pour la Démocratie et le Progrès Kongress für Demokratie und Fortschritt [Burkina Faso]
CEATS	Central European Air Traffic Services Zentraleuropäische Flugsicherungsdienste
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau
CEDRO	Centro de Información y Educación para la Prevención del Abuso de Drogas Bildungs- und Informationszentrum zur Vorbeugung des Drogenmissbrauchs

*Abkürzungsverzeichnis*

CEEPUS	Central European Exchange Programme of University Studies
CEFTA	Central European Free Trade Agreement Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen
CENCOOP	Central European Nations' Cooperation in Peace Support Zentraleuropäische Kooperation zur Friedenssicherung
CEN-SAD	Community of Sahel-Saharan States Gemeinschaft der Sahel-Sahara-Staaten
CERF	Central Emergency Response Fund Zentraler Fonds für die Reaktion auf Notsituationen
CERN	European Organization for Nuclear Research Europäische Organisation für Kernforschung
CEU	Commission for Europe Kommission für Europa [UNWTO]
CFC	Common Fund for Commodities Gemeinsamer Fonds für Rohstoffe
CFS	Committee on World Food Security Ausschuss für Welternährungssicherheit
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung
CIA	Central Intelligence Agency Zentraler Nachrichtendienst
CICEB	Consociatio Institutorum Culturalium Europaeorum inter Belgas Vereinigung europäischer Kulturinstitute in Belgien
CICP	Centre for International Crime Prevention Zentrum für internationale Verbrechenverhütung
CIME	Committee on International Investment and Multinational Enterprises Ausschuss für internationale Investitionen und multinationale Unternehmen
CIMIC	Civil – Military Cooperation Zivil-militärische Zusammenarbeit
CIP	Competitiveness and Innovation Framework Programme Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation
CITES	Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna Washingtoner Artenschutzübereinkommen

*Abkürzungsverzeichnis*

CLC	Consulting and Research Center for Law and Institutions in Transition Countries Beratungs- und Forschungszentrum für Recht und Institutionen in Transformationsländern
CMCO	Civil-Military Coordination Zivil-militärische Koordination
CMIT	Committee on Capital Movements and Invisible Transactions Ausschuss für Kapitalbewegungen und Unsichtbare Transaktionen
CND	Commission on Narcotic Drugs Suchtstoffkommission
CNDP	Congrès National pour la Défense du Peuple Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes [Demokrati- sche Republik Kongo]
COAG	Committee on Agriculture Agrarausschuss
COHOM	Groupe de travail droits de l'homme Ratsarbeitsgruppe „Menschenrechte“
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika
COMKFOR	Commander Kosovo Force Befehlshaber der Kosovo-Truppe
COP	Conference of the Parties Konferenz der Vertragsparteien
COPUOS	Committee on the Peaceful Uses of Outer Space Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums
CORET	Conifer Research and Training Partnership
COSAC	Conférence des organes spécialisés dans les affaires com- munautaires et européennes des parlements de l'Union européenne Konferenz der Gemeinschafts- und Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union
COST	European Cooperation in the Field of Scientific and Technical Research Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissen- schaftlichen und technischen Forschung
CPPNM	Convention on the Physical Protection of Nuclear Material Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial



*Abkürzungsverzeichnis*

CPT	European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
CREAF	Centre de réflexion Europe-Afrique pour la prévention des conflits Europäisch-Afrikanisches Zentrum für den Gedankenaustausch über Konfliktverhütung
CROMAC	Croatian Mine Action Center Kroatisches Minenaktionszentrum
CRT	Civilian Response Teams Zivile Krisenreaktionsteams
CSD	Commission on Sustainable Development Kommission für Nachhaltige Entwicklung
CSEF	Caribbean Sustainable Energy Forum Karibisches Forum für Nachhaltige Energie
CSME	CARICOM Single Market and Economy CARICOM-Binnenmarkt und -Wirtschaftsraum
CSN	Comunidad Sudamericana de Naciones Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen
CSocD	Commission on Social Development Kommission für Soziale Entwicklung
CSR	Corporate Social Responsibility Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen
CSTO	Collective Security Treaty Organization Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit
CTBT	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTPrepCom	Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTBTO	Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen
CTC	Counter-Terrorism Committee Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus
CTITF	Counter-Terrorism Implementation Task Force Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung

*Abkürzungsverzeichnis*

CUF	Civic United Front Zivile Vereinte Front [Tansania]
CWK	Chemiewaffenkonvention
DA	Diplomatische Akademie
DAAD	Deutscher Akademischer Austausch Dienst
DAC	Development Assistance Committee Entwicklungsausschuss [OECD]
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DC	Development Centre Entwicklungszentrum
DCD	Development Co-operation Directorate Entwicklungsdirektorat
DDA	Doha Development Agenda Entwicklungsagenda von Doha
DD&R	Disarmament, Demobilization & Reintegration Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DFI	Development Fund for Iraq Entwicklungsfonds für den Irak
DFS	Department of Field Support Hauptabteilung Unterstützung der Feldeinsätze
DPA	Demokratische Partei Albaniens
DPA	Darfur Peace Agreement Friedensabkommen für Darfur
DPKO	Department of Peacekeeping Operations Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze
DPT	Druk Phuensum Tshogpa Partei der glückseligen Harmonie [Bhutan]
DR-CAFTA	U.S.-Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, der Dominikanischen Republik und Zentralamerika
DS	Demokratische Partei [Serbien]
DUI	Demokratische Union für die Integration [Mazedonien]
EAC	East African Community Ostafrikanische Gemeinschaft
EACA	EC-ASEAN Co-operation Agreement EG-ASEAN-Kooperationsvertrag

*Abkürzungsverzeichnis*

EAG	Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAPC	Euro-Atlantic Partnership Council Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EAS	East Asia Summit Ostasiengipfel
EASA	European Aviation Safety Agency Europäische Behörde für die Luftfahrtsicherheit
EBA	Everything but Arms Alles außer Waffen
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	European Commission on Agriculture Europäische Landwirtschaftskommission
ECAP	European Capability Action Plan Europäischer Aktionsplan zu den Fähigkeiten
ECCAS	Economic Community of Central African States Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten
ECDC	European Centre for Disease Prevention and Control Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten
ECHO	European Commission Humanitarian Aid Office Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission
ECLAC	Economic Commission for Latin America and the Caribbean Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik
ECMWF	European Centre for Medium-Range Weather Forecasts Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
ECOSOC	Economic and Social Council Wirtschafts- und Sozialrat
ECOFIN	Council – Economic and Financial Questions Rat – Wirtschaft und Finanzen
ECOWAS	Economic Community Of West African States Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz

*Abkürzungsverzeichnis*

ECSEE	Energy Community South East Europe Treaty Vertrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropa
EDA	European Defence Agency Europäische Verteidigungsagentur
EDF	European Development Fund Europäischer Entwicklungsfonds
EDG	European Democrat Group Gruppe der Europäischen Demokraten [Europarat]
EEBC	Eritrea-Ethiopia Boundary Commission Grenzkommision für Äthiopien und Eritrea
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EEP	Energy and Environment Partnership with Central America Energie und Umweltpartnerschaft mit Zentralamerika
EFTA	European Free Trade Association Europäische Freihandelsassoziation
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EGF	European Globalisation Adjustment Fund Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELIARD	European Initiative for Agricultural Research for Development Europäische Initiative für Agrarforschung für Entwick- lungsländer
EIB	European Investment Bank Europäische Investitionsbank
EIDHR	European Initiative for Democracy and Human Rights Europäisches Instrument für Demokratie und Menschen- rechte
EIT	European Institute of Technology Europäisches Technologieinstitut
ELAK	Elektronischer Akt
ELBA	Elektronische Basisinformation Außenpolitik
ELISA	Elektronisches Informationsmanagementsystem des Außenministeriums

*Abkürzungsverzeichnis*

ELN	Ejército de Liberación Nacional Heer zur Nationalen Befreiung [Kolumbien]
EMBC	European Molecular Biology Conference Europäische Konferenz für Molekularbiologie
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EMRP	European Metrology Research Programme Europäisches Metrologie-Forschungsprogramm
EnC	Energy Community Energiegemeinschaft
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
ENVISAT	Environment Satellite Umweltsatellit
EOEP	Earth Observation Envelope Programme Erdbeobachtungsrahmenprogramm
EP	Europäisches Parlament
EPA	Economic Partnership Agreement Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
EPCIP	European Programme for Critical Infrastructure Protection Europäisches Programm zum Schutz Kritischer Infrastrukturen
EPE	Energiepolitik für Europa
EPO	European Patent Office Europäisches Patentamt
EPP/CD	Group of the European People's Party/Christian Democrats Gruppe der Europäischen Volkspartei/Christdemokraten [Europarat]
EPU	European University Center for Peace Studies Europäisches Universitätszentrum für Friedensstudien
EREGG	European Regulators Group for Electricity and Gas Gruppe der Europäischen Strom- und Erdgasregulierer
ERP	European Recovery Program Europäisches Wiederaufbauprogramm
ERPA	Emission Reductions Purchase Agreement Abkommen zur Regelung des An- und Verkaufs von Emissionsminderungen

*Abkürzungsverzeichnis*

ESA	European Space Agency Europäische Weltraumbehörde
ESDN	European Sustainable Development Network Europäisches Nachhaltigkeitsnetzwerk
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESPI	European Space Policy Institute Europäisches Institut für Weltraumpolitik
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamt- rechnungen
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ETC	European Training Centre for Democracy and Human Rights Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie
EU	Europäische Union
EU BAM	European Union Border Assistance Mission Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschatzes
EUEOM	European Union Election Observation Mission Wahlbeobachtungsmmission der Europäischen Union
EUFOR	European Union Force Einsatzkräfte der Europäischen Union
EUFOR Tchad/RCA	European Union military operation in Eastern Chad and Central African Republic Militärische Operation der Europäischen Union in der Republik Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof erster Instanz
EUISS	European Union Institute for Security Studies Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien
EUJUST	EU Rule of Law Mission Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit
EU-LAC-Gipfel	Gipfeltreffen der EU und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik
EUMC	European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

*Abkürzungsverzeichnis*

EUMCDDA	European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht
EUMETSAT	European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMM	European Union Monitoring Mission Überwachungsmission der Europäischen Union
EUNIC	European Union National Institutes for Culture Nationale Kulturinstitute in der Europäischen Union
EUPAT	EU Police Advisory Team Mission Gruppe der EU-Polizeiberater
EUPM	European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina Polizeimission der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina
EUPOL	European Union Police Mission Polizeimission der Europäischen Union
EUPOL COPPS	European Union Police Mission for the Palestinian Territories Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete
EUPOL RD Congo	European Union police mission undertaken in the framework of reform of the security sector and its interface with the system of justice in the Democratic Republic of the Congo Polizeimission der Europäischen Union im Rahmen der Reform des Sicherheitssektors und seine Schnittstelle zur Justiz in der Demokratischen Republik Kongo
EUPT/s	EU Planning Team/s EU-Planungsteam/s
EPU	Eurasia-Pacific Uninet Eurasisch-Pazifisches Universitätsnetzwerk
EURAC	European Academy Bozen/Bolzano Europäische Akademie Bozen
EurAsEC	Eurasian Economic Community Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
EURATOM	European Atomic Energy Community Europäische Atomgemeinschaft

*Abkürzungsverzeichnis*

EUREKA	Initiative für verstärkte technologische Zusammenarbeit in Europa
EUROCONTROL	European Organisation for the Safety of Air Navigation Europäische Organisation für die Sicherung des Luftverkehrs
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUSB	Sonderbeauftragte/r der Europäischen Union
EURALIUS	European Assistance Mission to the Albanian Justice System Europäische Unterstützungsmission für das albanische Justizsystem
EUSEC RD Congo	European Union mission to provide advice and assistance for security sector reform in the Democratic Republic of the Congo Beratungs- und Unterstützungsmission der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der Demokratischen Republik Kongo
EUTELSAT	European Telecommunications Satellite Organization Europäische Organisation für Fernmeldesatelliten
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EUWI	Wasserinitiative der Europäischen Union
EVN	Energie-Versorgung Niederösterreich
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWSII	Europäisches Währungssystem
ex-FAR	ex-Forces armées rwandaises Ehemalige Ruandische Streitkräfte
EXPOMIN	Exposición Mundial para la Minería Latinoamericana Internationale Bergbauausstellung für Lateinamerika
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZA-G	Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations Erährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FARC	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia Revolutionäre Bewaffnete Kräfte Kolumbiens
FARDC	Forces Armées de la République Démocratique du Congo Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo
XXX	



*Abkürzungsverzeichnis*

FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDLR	Forces démocratiques pour la libération du Rwanda Demokratische Kräfte für die Befreiung Ruandas
FIAN	FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk
FIDAE	Feria Internacional del Aire y del Espacio Internationale Messe für Luft- und Raumfahrt
FMCT	Treaty banning the production of fissile material for nuclear weapons or other nuclear explosive devices Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper
FNL	Forces Nationales pour la Libération Nationale Befreiungskräfte [Burundi]
FPHC	Frontier Primary Health Care Medizinische Erstversorgung an den Grenzen
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FRELIMO	Frente da Libertação de Moçambique Befreiungsfront von Mosambik
FRONTEX	Agence européenne pour la gestion de la coopération opé- rationnelle aux frontières extérieures des États membres de l'Union européenne Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäi- schen Union
FRPI	Force de résistance patriotique en Ituri Patriotische Widerstandskräfte in Ituri
FSF	Financial Stability Forum Forum für Finanzstabilität
FSK	Frauenstatuskommission
FTAA	Free Trade Area of the Americas Gesamtamerikanische Freihandelszone
GAM	Gerakan Aceh Merdeka Bewegung Freies Aceh
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GDPRD	Global Donor Platform for Rural Development Globale Geberplattform für den Bereich Ländliche Entwicklung

*Abkürzungsverzeichnis*

GEF	Global Environmental Facility Globale Umweltfazilität
GENDERNET	Network on Gender Equality Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter
GKR	Golfkooperationsrat
G.m.b.H.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GFATM	Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GFSE	Global Forum for Sustainable Energy Globales Forum über nachhaltige Energie
GK	Generalkonsulat
GMEF	Global Ministerial Environment Forum Globales Ministerforum Umwelt
GMES	Global Monitoring for Environment and Security Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung
GPS	Global Positioning System Globales Positionsbestimmungssystem
GRECO	Group of States against Corruption Staatengruppe gegen Korruption
G-4	Group of 4 Gruppe der 4
G-8	Group of 8 Gruppe der 8
G-77	Group of 77 Gruppe der 77
GRA	Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
GRULAC	Group of Latin American and Caribbean States Gruppe der lateinamerikanischen und karibischen Staaten
GSTP	Global System of Trade Preferences Globales System der Handelspräferenzen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HCOG	The Hague Code of Conduct against Ballistic Missile Proliferation Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper

*Abkürzungsverzeichnis*

HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica Kroatische Demokratische Gemeinschaft
H-FCKW	Teilhalogenierte Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe
HGK	Honorargeneralkonsulat
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries Hochverschuldete arme Länder
HIV/AIDS	Human Immunodeficiency Virus/Acquired Immune Deficiency Syndrome Menschliches Immunschwäche-Virus /Erworbene Immunschwäche-Syndrom
HIFA	Harare International Festivals of the Arts
HK	Honorarkonsulat
HLS	High-Level Segment Hochrangiges Segment
HSN	Human Security Network Netzwerk Menschliche Sicherheit
HTP	Harmful Traditional Practices Traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAAC	Independent Audit Advisory Committee Unabhängiger beratender Ausschuss für Rechnungsprüfung
IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IAF	International Arrangement on Forests Internationale Vereinbarung für Wälder
IAK	Internationale Arbeitskonferenz
IAMB	International Advisory and Monitoring Board [of the Development Fund for Iraq] Internationaler Überwachungsbeirat [des Entwicklungsfonds für den Irak]
IBE	International Bureau of Education Internationales Bildungsbüro
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICAO	International Civil Aviation Organization Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICCM	International Conference on Chemicals Management Internationale Konferenz über Chemikalienmanagement

*Abkürzungsverzeichnis*

ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
ICEM	Intergovernmental Committee for European Migration Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung
IC/GLR	International Conference on the Great Lakes Region Internationale Konferenz der Großen-Seen-Region
ICI	International Compact with Iraq Internationaler Pakt mit Irak
ICIMOD	International Centre for Integrated Mountain Development Internationales Zentrum für integrierte Gebirgsentwicklung
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung
ICO	International Civilian Office Internationales Zivilbüro
ICOM	International Council of Museums Internationaler Museumsrat
ICOMOS	International Council of Monuments and Sites Internationaler Rat für Denkmalpflege
ICPD	International Conference on Population and Development Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung
ICPDR	International Commission for the Protection of the Danube River Internationale Kommission zum Schutz der Donau
ICRW	International Convention for the Regulation of Whaling Internationales Walfangübereinkommen
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda
ICTY	International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien
IDB	Industrial Development Board Rat für industrielle Entwicklung [UNIDO]
IDB	Inter-American Development Bank Interamerikanische Entwicklungsbank
IDM	Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa
XXXIV	

*Abkürzungsverzeichnis*

IEA	International Energy Agency Internationale Energieagentur
IFAD	International Fund for Agricultural Development Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
IFAP	Intergovernmental Council for the Information for All Programme Zwischenstaatlicher Rat des Programms Information für Alle
IFC	International Finance Corporation Internationale Finanz-Corporation
IFRI	Institut Français des Relations Internationales Französisches Institut für Internationale Beziehungen
IFRK	Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalb- mondgesellschaften
IGAD	Intergovernmental Authority on Development Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IGASOM	Peacekeeping Mission of IGAD in Somalia Friedenssicherungsmission der IGAD in Somalia
IGEPS	Intergovernmental Committee for Physical Education and Sport Zwischenstaatliches Komitee des Programms Leibeserzie- hung und Sport
IGF	Internet Governance Forum Forum für Internet-Verwaltung
IGH	Internationaler Gerichtshof
IHR	International Health Regulations Internationale Gesundheitsregeln
IIASA	International Institute for Applied Systems Analysis Internationales Institut für angewandte Systemanalyse
IIC	Independent Inquiry Committee Unabhängige Untersuchungskommission
IIEP	International Institute for Educational Planning Internationales Institut für Bildungsplanung
IIP	International Institute for Peace Internationales Institut für den Frieden
IIZ	Institut für Internationale Zusammenarbeit
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IKSD	Internationale Kommission zum Schutz der Donau
IKSR	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie

*Abkürzungsverzeichnis*

ILC	International Law Commission Völkerrechtskommission
ILO	International Labour Organization Internationale Arbeitsorganisation
IMEC	Industrialized Market Economy Countries Industrialisierte Marktwirtschaftsländer
IMO	International Maritime Organization Internationale Seeschiffahrts-Organisation
IMS	International Monitoring System Internationales Verifikationssystem
INSARAG	International Search and Rescue Advisory Group Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste
INSTRAW	International Research and Training Institute for the Advancement of Women Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau
INTOSAI	International Organization of Supreme Audit Institutions Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden
IOC	International Olympic Committee Internationales Olympisches Komitee
IOM	International Organization for Migration Internationale Organisation für Migration
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen
IPA	Instrument for Pre-accession Instrument für Heranführungshilfe
IPI	International Press Institute Internationales Presseinstitut
IPPC	International Plant Protection Convention Internationales Pflanzenschutzübereinkommen
IPTF	United Nations International Police Task Force Internationale Polizeieinsatztruppe der Vereinten Nationen
IPU	Integrated Police Unit Integrierte Polizeieinheit
i.R.	in Ruhe
XXXVI	

*Abkürzungsverzeichnis*

ISA	International Seabed Authority Internationale Meeresbodenbehörde
ISAF	International Security Assistance Force Internationale Sicherheitsbeistandstruppe
ISEA	International Symposium on Electronic Art
ISG	International Steering Group Internationale Lenkungsgruppe
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt
IRENA	International Renewable Energy Agency Internationale Agentur für erneuerbare Energien
ISCED	International Standard Classification of Education Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
ITB	Internationale Tourismus-Börse
ITER	International Thermonuclear Experimental Reactor Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor
ITF	Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research Task Force für Internationale Zusammenarbeit bei Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust
ITH	Institute of Tourism and Hotel Management Institut für Tourismus und Hotelmanagement
ITLOS	International Tribunal for the Law of the Sea Internationaler Seegerichtshof
ITPGRFA	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture Internationaler Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization Internationale Fernmeldesatellitenorganisation
ITU	International Telecommunication Union Internationale Fernmeldeunion
ITU-T	International Telecommunication Union – Telecommuni- cation Standardization Sector Internationale Fernmeldeunion – Sektor für die Standar- disierung im Fernmeldewesen
IUCN	International Union for Conservation of Nature Internationale Union für die Erhaltung der Natur

*Abkürzungsverzeichnis*

IWC	International Whaling Commission Internationale Walfangkommission
IWF	Internationaler Währungsfonds
JCMB	Joint Coordination and Monitoring Board Gemeinsamer Koordinierungs- und Überwachungsrat
JEM	Justice and Equality Movement Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit [Sudan]
JIPTC	Jordanian International Police Training Centre Jordanisches Internationales Polizeiausbildungszentrum
JIU	Joint Inspection Unit Gemeinsame Inspektionsgruppe
JPO	Junior Professional Officer Nachwuchskraft im Höheren Dienst
JREC	Johannesburg Renewable Energy Coalition Johannesburger Koalition für erneuerbare Energien
JVI	Joint Vienna Institute
JVMM	Joint Verification and Monitoring Mechanism Gemeinsamer Verifikations- und Überwachungsmechanismus
K	Kärnten
KANU	Kenya African National Union Afrikanische Nationalunion Kenias
KF	Kulturforum
KFOR	Kosovo Force Kosovo-Truppe
KGRE	Kongress der Gemeinden und Regionen Europas
KKP	Kaufkraftparitäten
KKW	Kernkraftwerk/e
KLW	Kleinwaffen und leichte Waffen
KMU	Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen
KOBÜ	Koordinationsbüro der OEZA
KPC	Kommunistische Partei Chinas
KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa



*Abkürzungsverzeichnis*

LAC	Latin America and Caribbean Lateinamerika und Karibik
LAVAK	Landesverteidigungsakademie
LDCs	Least Developed Countries Am wenigsten entwickelte Länder
LDC III	Third United Nations Conference on Least Developed Countries Dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder
LDK	Demokratische Liga des Kosovos
LFS	Labour Force Survey Arbeitskräfteerhebung
LIPRODHOR	Ligue Rwandaise pour la Promotion et la Défense des Droits de l'Homme Liga Ruandas zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte
LRA	Lord's Resistance Army Widerstandsarmee des Herrn
LRTAP	Long-Range Transboundary Air Pollution Weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
LSI	Sozialistische Bewegung für Integration [Albanien]
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam Befreiungstiger von Tamil Eelam
MAB	Man and the Biosphere Der Mensch und die Biosphäre
M.A.I.S.	Master of Advanced International Studies
MALCA	The Modern Austrian Literature and Culture Association
MANPADS	Man-Portable Air Defense Systems Schultergestützte Luftabwehrsysteme
MAS	Movimiento Al Socialismo Bewegung zum Sozialismus [Bolivien]
MCDA	Military and Civil Defence Assets Militärische und Zivilschutzressourcen
MCDU	Military and Civil Defense Unit Gruppe für militärische und Zivilschutzressourcen
MDC	Movement for Democratic Change Bewegung für Demokratischen Wandel [Simbabwe]
MDG	Millennium Development Goals Millenniums-Entwicklungsziele

*Abkürzungsverzeichnis*

MEDA	Mésures d'accompagnement financières et techniques Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MERCOSUR	Mercado Común del Cono Sur Gemeinsamer Markt des Südens
MIGA	Multilateral Investment Guarantee Agency Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MILF	Moro Islamic Liberation Front Moro Islamische Befreiungsfront [Philippinen]
MINUCI	Mission des Nations Unies en Côte d'Ivoire Mission der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
MINUGUA	Mission de vérification des Nations Unies au Guatemala Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala
MINURCAT	Mission des Nations Unies en République centrafricaine et au Tchad Mission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikani- schen Republik und in Tschad
MINURSO	Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un référendum au Sahara occidental Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haiti Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
Mio.	Millionen
MNF	Multinational Force Multinationale Truppe
MNTF S	Multi-National Task Force South Multinationaler Einsatzverband Süd
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder
MONUC	Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
MOP	Meeting of the Parties Treffen der Vertragsparteien
MOTAPM	Mines other than Anti-Personnel Mines Minen, die keine Antipersonenminen sind
MRK	Menschenrechtskommission
MRR	Menschenrechtsrat
XL	

*Abkürzungsverzeichnis*

MTCR	Missile Technology Control Regime Trägertechnologie-Kontrollregime
MTD	Medizinisch-technische Dienste
MTF	Maritime Task Force Marineeinsatzverband
MVW	Massenvernichtungswaffen
N	Niederösterreich
NAC	New Agenda Coalition Neue Agenda Koalition
NAFTA	North American Free Trade Agreement Nordamerikanische Freihandelszone
NAIADES	Navigation And Inland Waterway Action and Development in Europe Europäisches Aktions- und Entwicklungsprogramm für die europäische Binnenschifffahrt
NAM	Movement of Non-Aligned Countries Bewegung der nichtgebundenen Länder
NAMA	Non-Agricultural Market Access Nicht-agrarischer Marktzugang
NAPincl	National Action Plans on Social Inclusion Nationale Aktionspläne zur Sozialen Eingliederung
NARC	National Rainbow Coalition Nationale Regenbogenkoalition [Kenia]
NATO	North Atlantic Treaty Organisation Nordatlantikvertrags-Organisation
NCEP	National Civil Education Programme Nationales Ziviles Bildungsprogramm
NEEDS	Network of Europeans for Electoral and Democracy Support Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie
NEPAD	New Partnership for Africa's Development Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NORAD	North American Aerospace Defense Command Nordamerikanisches Luftverteidigungskommando
NPT	Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen
NRF	NATO Response Force NATO-Eingreiftruppe

*Abkürzungsverzeichnis*

NRO	Nicht-Regierungsorganisation/en
NRP	Nationales Reformprogramm
NSG	Nuclear Suppliers Group Gruppe der (wichtigsten) nuklearen Lieferländer
NTA	New Transatlantic Agenda Neue Transatlantische Agenda
NU-NS	Blok Nascha Ukrajina – Narodna samooborona Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes
O	Oberösterreich
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst
ÖAI	Österreichisches Archäologisches Institut
OAS	Organization of American States Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity Organisation der afrikanischen Einheit
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖB	Österreichische Botschaft
ÖBTZ	Österreichisches Büro für technische Zusammenarbeit
OCHA	Office for the Coordination of Humanitarian Affairs Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten
ODCCP	Office for Drug Control and Crime Prevention Büro für Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung
ODA	Official Development Assistance Öffentliche Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit
ODM	Orange Democratic Movement Orange Demokratische Bewegung [Kenia]
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
OFID	OPEC Fund for International Development OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Amt der Hochkommissarin für Menschenrechte
ÖHI	Österreichisches Historisches Institut
XLII	

*Abkürzungsverzeichnis*

OHR	Office of the High Representative Amt des Hohen Repräsentanten
ÖI	Österreich Institut
OIC	Organization of Islamic Conference Organisation der Islamischen Konferenz
ÖIES	Österreichisches Institut für Europäische Sicherheits- politik
OIF	Organisation internationale de la Francophonie Internationale Organisation der Frankophonie
OIIP	Österreichisches Institut für Internationale Politik
OMA	Office of Military Affairs Büro für militärische Angelegenheiten
ONUB	Opération des Nations Unies au Burundi Operation der Vereinten Nationen in Burundi
OOSA	Office for Outer Space Affairs Büro für Weltraumfragen
OPCW	Organization for the Prohibition of Chemical Weapons Organisation für das Verbot chemischer Waffen
OPS	Overarching Policy Strategy Umfassende Politische Strategie
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries Organisation der erdölausführenden Länder
ÖSD	Österreichisches Sprachdiplom
ÖSFK	Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
ÖSFO	Ökosoziiales Forum Österreich
OSI	Ost- und Südosteuropainstitut
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OSZE/BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschen- rechte der OSZE
ÖV	Österreichische Vertretung
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖW	Österreich-Werbung
OZA	Ostzusammenarbeit
PAICV	Partido Africano para a Independência de Cabo Verde Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Kap Verde

*Abkürzungsverzeichnis*

PAIGC	Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
PAITHOM	Pakistan Austrian Institute for Tourism and Hotel Management Pakistanisch-Österreichisches Institut für Tourismus und Hotelmanagement
PAMECA	Police Assistance Mission of the European Community to Albania Mission der Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung der Polizei in Albanien
PaN	Partner aller Nationen
PAN	Partido Acción Nacional Partei der Nationalen Aktion [Mexiko]
PAP	Pan-African Parliament Pan-Afrikanisches Parlament
PAROS	Prevention of an Arms Race in Outer Space Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum
PASPA	Partenariat stratégique pour la paix Strategische Partnerschaft für den Frieden
PBC	Peacebuilding Commission Kommission für Friedenskonsolidierung
PBC	Programme and Budget Committee Programm- und Budgetausschuss [UNIDO]
PCT	Parti Congolais du Travail Kongolesische Arbeitspartei [Republik Kongo]
PDK	Volksdemokratische Partei [Kosovo]
PfP	Partnership for Peace Partnerschaft für den Frieden
PHARE	Action plan for coordinated aid to Poland and Hungary Aktionsplan für eine koordinierte Hilfe für Polen und Ungarn
PIAAC	Programme for the International Assessment for Adult Competencies Programm zur Erfassung der Kompetenzen der Erwachsenenbevölkerung im Berufsleben
PIC	Peace Implementation Council Friedensimplementierungsrat
PIC	Prior-Informed-Consent Vorherige Zustimmung nach Inkenntnissetzung

*Abkürzungsverzeichnis*

PIF	Pacific Islands Forum Pazifik-Insel-Forum
PISA	Programme for International Student Assessment Internationale Schulleistungsstudie
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PLO	Palestine Liberation Organization Palästinensische Befreiungsorganisation
PML-N	Pakistan Muslim League-Nawaz Pakistanische Muslim-Liga Nawaz
PNR	Passenger Name Records Fluggastdatensätze
PNU	Party of National Unity Partei der Nationalen Einheit [Kenia]
PODEMOS	Poder Democrático y Social Demokratische und Soziale Kraft [Bolivien]
POPs	Persistent Organic Pollutants Nicht abbaubare organische Schadstoffe
POVNET	Network on Poverty Reduction Netzwerk für Armutsbekämpfung
PPP	Pakistan Peoples Party Partei des Pakistanischen Volkes
PPP	People Power Party Partei der Volksmacht [Thailand]
PRD	Partido de la Revolución Democrática Partei der Demokratischen Revolution [Mexiko]
PRSP	Poverty Reduction Strategy Papers Strategiepapiere zur Armutsminderung
PR	Partei der Regionen [Ukraine]
PRT	Provincial Reconstruction Teams Regionale Wiederaufbauteams
PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
PSS	Bewegung Kraft Serbiens
PSSH	Sozialistische Partei Albaniens
PTS	Provisional Technical Secretariat Provisorisches Technisches Sekretariat
PVÖ	Pensionistenverband Österreichs
RACVIAC	South-East European Regional Arms Control Verification And Implementation Assistance Center

*Abkürzungsverzeichnis*

	Regionales Unterstützungszentrum zur Implementierung von Rüstungskontrolle und Verifikation in Südosteuropa
RCC	Regional Co-operation Council Regionaler Kooperationsrat
RCF	Regulatory Cooperation Forum Forum für Regulierungszusammenarbeit
RCD	Rassemblement Constitutionnel Démocratique Konstitutionelle Demokratische Sammlung [Tunesien]
REACH	Registration, Evaluation, Authorisation and Restrictions of Chemical Substances Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe
REEEP	Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership Partnerschaft für erneuerbare Energie und Energieeffizienz
RIS	River Information Services Binnenschifffahrtsweginformationssysteme
RL	Richtlinie
RPF	Rwanda Patriotic Front Ruandische Patriotische Front
S	Salzburg
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation Südasiatischer Verband für Regionale Zusammenarbeit
SACU	Southern African Customs Union Südafrikanische Zollunion
SADC	Southern African Development Community Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
SAICM	Strategic Approach to International Chemicals Management Strategisches Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development Sonderprogramm für die Vorbereitung auf den Beitritt in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
SARD	Sustainable Agriculture and Rural Development Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
XLVI	



*Abkürzungsverzeichnis*

SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome Schweres akutes Atemnotsyndrom
SCO	Shanghai Cooperation Organization Shanghai Organisation für Zusammenarbeit
SCSL	Special Court for Sierra Leone Sondergerichtshof für Sierra Leone
SDP	Sozialdemokratische Partei [Serbien]
SDPO	Serbische Demokratische Erneuerungsbewegung
SDSM	Sozialdemokratischer Bund für Mazedonien
SEECF	South-East European Cooperation Process Südosteuropäischer Kooperationsprozess
SEEMO	South East Europe Media Organisation Südosteuropäische Medienorganisation
SESAR	Système européen de nouvelle génération pour la gestion du trafic aérien Europäisches Flugverkehrsmanagementssystem der neuen Generation
SFOR	Stabilization Force Stabilisierungstruppe
SGCI	Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne Generalsekretariat des interministeriellen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe Alliiertes Oberkommando Europas
SHIRBRIG	Standby Forces High Readiness Brigade Multinationale Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft
SICA	Sistema de la Integración Centroamericana Zentralamerikanisches Integrationsbündnis
SIPA	State Intelligence Protection Agency Staatsschutz
SIS	Schengener Informationssystem
SITCEN	EU Situation Centre EU-Lagezentrum
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army Befreiungsbewegung/-armee Sudans
SMWK	Schwarzmeerwirtschaftskooperation
SNS	Serbische Fortschrittspartei

*Abkürzungsverzeichnis*

SOC	Groupe Socialiste Sozialistische Gruppe [Europarat]
SOFA	Status of Forces Agreement Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen
SP	Sozialistische Partei [Albanien]
SPE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
SPIDER	United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfall- maßnahmen
SPIS	Special Programme in International Studies
SPLM/A	Sudan Peoples Liberation Movement/Army Sudanesische Volksbefreiungsbewegung/-armee
SPO	Serbische Erneuerungsbewegung
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
SRSG	Special Representative of the Secretary-General Sonderbeauftragter des Generalsekretärs
SSOD	Special session on disarmament Abrüstungssondertagung
SSR	Security Sector Reform Reform des Sicherheitssektors
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty Nachhaltiger Tourismus – Armutsbekämpfung
St	Steiermark
stv.	stellvertretende/r
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SVP	Südtiroler Volkspartei
SWAC	Sahel and West Africa Club Klub für Sahel und Westafrika
SWAPO	South West Africa People's Organization Südwestafrikanische Volksorganisation
SWAPs	Sector-wide approaches Sektorweite Ansätze
SWISSCOY	Swiss Company Schweizer Kompanie

*Abkürzungsverzeichnis*

T	Tirol
TABD	Transatlantic Business Dialogue Transatlantischer Wirtschaftsdialog
TACD	Transatlantic Consumer Dialogue Transatlantischer Verbraucherdialog
TAC	Treaty of Amity and Cooperation Freundschafts- und Kooperationsvertrag
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Technische Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
TCPR	Triennial comprehensive policy review of operational activities for development of the United Nations system Dreijährliche umfassende Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen
TEMPUS	Europaweites Programm zur Zusammenarbeit im Hochschulbereich
TEN	Transeuropäische Netze
TEP	Transatlantic Economic Partnership Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft
TGF	Transitional Federal Government Föderale Übergangsregierung [Somalia]
TIEA	Trade and Investment Enhancement Agreement Handels- und Investitionsförderungsabkommen
TIM	Temporary International Mechanism Zeitlich befristeter internationaler Mechanismus
TIM	Tiako i Madagasikara Ich liebe Madagaskar
TLD	Transatlantic Legislators Dialogue Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
TOURCOM	First World Conference on Tourism Communications Erste Weltkonferenz über Tourismuskommunikation
TPB	Terrorism Prevention Branch Unterabteilung Terrorismusverhütung
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien
TRIPs	Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights Handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum

*Abkürzungsverzeichnis*

UAP	Umweltaktionsprogramm
UCK	Kosovo Befreiungsarmee
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEFA	Union of European Football Associations Vereinigung Europäischer Fußballverbände
UEL	Group of the Unified European Left Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken [Europarat]
UIC	Union of Islamic Courts Union Islamischer Gerichte [Somalia]
UMNO	United Malays National Organization Vereinigte Nationale Organisation der Malaien
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/ AIDS
UNAMA	United Nations Assistance Mission in Afghanistan Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	United Nations Assistance Mission for Iraq Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Irak
UNAMID	African Union-United Nations Hybrid Operation in Darfur Hybrider Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur
UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCCD	United Nations Convention to Combat Desertification in Those Countries Experiencing Serious Drought and/or Desertification, Particularly in Africa Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbil- dung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika
UNCDF	United Nations Capital Development Fund Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
UNCHS	United Nations Commission on Human Settlements Kommission der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht

*Abkürzungsverzeichnis*

UN-CMCoord	United Nations Civil Military Coordination Zivil-militärische Zusammenarbeit der Vereinten Nationen
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDAC	United Nations Disaster Assessment and Coordination Katastrophenabschätzungs- und Koordinierung der Vereinten Nationen
UNDC	United Nations Disarmament Commission Abrüstungskommission der Vereinten Nationen
UNDCP	United Nations International Drug Control Programme Programm der Vereinten Nationen für internationale Drogenkontrolle
UNDOF	United Nations Disengagement Observer Force Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
UNDP	United Nations Development Programme Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen
UNEO	United Nations Environment Organization Umweltorganisation der Vereinten Nationen
UNEP	United Nations Environment Programme Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFF	United Nations Forum on Forests Waldforum der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern
UNFPA	United Nations Population Fund Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

*Abkürzungsverzeichnis*

UNGASS	United Nations General Assembly Special Session Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen
UN.GIFT	UN Global Initiative to Fight Human Trafficking Weltweite Initiative der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Menschenhandels
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
UNHCR	Office of the United Nations High Commissioner for Refugees Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDIR	United Nations Institute for Disarmament Research Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit privé Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechts
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon
UNIKOM	United Nations Iraq-Kuwait Observation Mission Beobachtermission der Vereinten Nationen für Irak und Kuwait
UNIOSIL	United Nations Integrated Office in Sierra Leone Integriertes Büro der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNIPSIL	United Nations Integrated Peacebuilding Office in Sierra Leone Integriertes Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone
UNISPACE	United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums

*Abkürzungsverzeichnis*

UNMAS	United Nations Mine Action Service Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina Mission der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	United Nations Mission in Liberia Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMIN	United Nations Mission in Nepal Mission der Vereinten Nationen in Nepal
UNMIS	United Nations Mission in the Sudan Mission der Vereinten Nationen in Sudan
UNMISSET	United Nations Mission of Support in East Timor Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNMIT	United Nations Integrated Mission in Timor-Leste Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNMOVIC	United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission Überwachungs-, Verifikations- und Inspektionskommission der Vereinten Nationen
UNOCI	United Nations Operation in Côte d'Ivoire Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire
UNODA	United Nations Office for Disarmament Affairs Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen
UNODC	United Nations Office on Drugs and Crime Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UNOGBIS	United Nations Peacebuilding Support Office in Guinea-Bissau Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien
UNOMSIL	United Nations Observer Mission in Sierra Leone Beobachtermission der Vereinten Nationen in Sierra Leone

*Abkürzungsverzeichnis*

UNOSEK	United Nations Office of the Special Envoy for Kosovo Büro der Vereinten Nationen des Sondergesandten für den Kosovo
UNOTIL	United Nations Office in Timor-Leste Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste
UNOV	United Nations Office at Vienna Büro der Vereinten Nationen in Wien
UNOWA	United Nations Office for West Africa Büro der Vereinten Nationen für Westafrika
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UN-SPIDER	United Nations Platform for Space-based Information for Disaster Management and Emergency Response Plattform der Vereinten Nationen für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen
UNTAET	United Nations Transitional Administration in East Timor Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Osttimor
UNTOC	United Nations Convention against Transnational Organized Crime Konvention der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
UNTOP	United Nations Tajikistan Office for Peacebuilding Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization Organisation der Vereinten Nationen zur Überwachung des Waffenstillstands
UNU	United Nations University Universität der Vereinten Nationen
UNV	United Nations Volunteers Programme Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
UNWTO	World Tourism Organization Weltorganisation für Tourismus
UPC	Union des patriotes congolais Union Kongolesischer Patrioten
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
LIV	



*Abkürzungsverzeichnis*

USAID	United States Agency for International Development Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten
USOAP	Universal Safety Oversight Audit Programme Programm zur universellen Bewertung der Sicherheitsaufsicht
V	Vorarlberg
VAGR	Verteidigungsattaché Griechenland
VFTC	Voluntary Fund for Technical Cooperation in the Field of Human Rights Freiwilliger Fonds für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte
VIC	Vienna International Centre
VIDC	Vienna Institute for Development and Cooperation Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
VMG	Vienna Migration Group Wiener Migrationsgruppe
VMRO-DPMNE	Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit
VN	Vereinte Nationen
VN-GS	Generalsekretär der Vereinten Nationen
VN-GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
VN-SR	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VoIP	Voice over Internet Protocol Internet-Protokoll-Telefonie
VPI	Verbraucherpreisindex
VSAT	Very Small Aperture Terminal Sehr kleine Erdfunkstelle
VWP	Visa Waiver Program Programm für visumfreies Reisen
W	Wien
WA	Wassenaar Arrangement
WAN	Wide Area Network Großräumiges Netzwerk
WEAG	Western European Armaments Group Westeuropäische Rüstungsgruppe

*Abkürzungsverzeichnis*

WEOG	Western Europe and Others Group Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten
WEU	Westeuropäische Union
WFP	World Food Programme Welternährungsprogramm
WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIFI	Wirtschaftsförderungsinstitut
WIIW	Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
WPA	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
WRC	World Radiocommunication Conference Weltfunkkonferenz
WSIS	World Summit on the Information Society Weltgipfel über die Informationsgesellschaft
WSSD	World Summit on Sustainable Development Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung
WTO	World Trade Organization Welthandelsorganisation
ZANU-PF	Zimbabwe African National Union – Patriotic Front Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front
ZC	Zangger Committee Zangger-Komitee
ZEI	Zentraleuropäische Initiative
ZERP	Zaštićeni ekološki ribolovni pojas Umwelt- und Fischereischutzzone
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt

## A. Österreich in der Europäischen Union

### I. Die Finanzkrise und die Antwort der Europäischen Union

Die schwerste Krise an den internationalen Finanzmärkten seit 1929 ließ die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und somit auch die Banken, Investoren und BürgerInnen in Österreich nicht unbeschadet. Das rasche und koordinierte Handeln der Union auf europäischer und internationaler Ebene sowie der stabile Euro verhinderten ein weiteres Eskalieren der Krise und den Zusammenbruch des Bankensystems. Die Maßnahmen der EU zielen auf die Wiederherstellung von Vertrauen, Stabilität und Nachhaltigkeit an den Finanzmärkten ab, wodurch sie die negativen Folgen der Wirtschaftskrise für die Menschen minimieren.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft sind noch nicht zur Gänze abschätzbar. Sicher ist, dass mit ihr große Risiken für die Konjunktur verbunden sind. Laufende Prognosen werden durch eine erhebliche Unsicherheit darüber relativiert, wer letztlich die Hauptlast der Kreditausfälle tragen und wie groß deren Ausmaß sein wird. Der Europäische Rat vom 11. und 12. Dezember billigte zur Eindämmung der Auswirkungen auf die Realwirtschaft ein **Europäisches Konjunkturprogramm** für die Jahre 2009 und 2010 mit einem Finanzvolumen von rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Union, was etwa 200 Milliarden Euro entspricht. Im Programm wird der gemeinsame Rahmen für die Anstrengungen der Mitgliedstaaten festgelegt, um ein kohärentes Vorgehen zu gewährleisten und größtmögliche Wirkung zu erzielen.

#### 1. Der Ursprung der Krise

Die **zunächst inneramerikanische Immobilienkrise** im Sommer 2007 wirkte sich rasch auch in Europa aus. Zahlreiche europäische Banken hatten am US-Hypothekenmarkt Verluste erlitten und mussten beträchtliche Abschreibungen vornehmen. Ein vom amerikanischen Kongress im Februar 2008 verabschiedetes Konjunkturprogramm in der Höhe von 150 Milliarden US-Dollar reichte zur Überwindung der Krise am Finanzmarkt nicht aus.

Die negativen Auswirkungen auf die internationalen Märkte wurden durch die weiteren Entwicklungen in den USA noch verstärkt, wo im Spätsommer das Finanzsystem von massiven Turbulenzen erschüttert wurde. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs großer amerikanischer Banken und enormer Probleme von Hypothekenfinanzierern, Investmentbanken und Versicherungen beschloss der US-Kongress ein Rettungspaket in der Höhe von 700 Milliarden US-Dollar.

## 2. Das rasche und koordinierte Krisenmanagement der Europäischen Union

Die EU reagierte frühzeitig und koordiniert auf die globale Finanzkrise. Der Rat Wirtschaft und Finanzen verabschiedete bereits im Oktober 2007 einen detaillierten Aktionsplan, dessen Maßnahmen vor allem auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsbehörden, die Erhöhung der Markttransparenz und die Verbesserung der Bewertungsstandards bei Finanzprodukten abzielten.

Unmittelbar nach der neuerlichen Verschärfung der internationalen Krise im September 2008 akkordierten die Wirtschafts- und FinanzministerInnen der Union kurzfristige Maßnahmen zur **Stärkung des Vertrauens in die Märkte und zur Wiederherstellung ihrer Stabilität**, etwa die Anhebung des Schutzniveaus für private Bankeinlagen, die Aufforderung an die Finanzinstitute zu voller Transparenz sowie die Festsetzung klarer Grundsätze und Maßnahmen zur Bewältigung der Krise. Nach diesen ersten Maßnahmen sollte das globale Finanzsystem durch grundlegende Reformen auf eine solide Basis mit klaren Regeln gestellt werden.

In der Folge trafen sich zum ersten Mal seit der Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion die Staats- und Regierungschefs der Eurozone in Paris am 12. Oktober und legten in einem **Aktionsplan der Länder des Euro-Währungsgebiets** ein gemeinsames, koordiniertes strategisches Vorgehen fest. Dieser Aktionsplan wurde von allen Mitgliedstaaten der EU beim **Europäischen Rat** vom 15. und 16. Oktober übernommen. Angesichts der Finanzkrise bekräftigte der Europäische Rat seine Entschlossenheit, koordiniert und umfassend vorzugehen, um das reibungslose Funktionieren des Finanzsystems wiederherzustellen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Wirtschaft sich wieder normal und effizient finanzieren und der Weg zurück zu Wachstum und mehr Beschäftigung eingeschlagen werden kann.

In einem informellen **Treffen der Staats- und Regierungschefs** in Brüssel am 7. November wurden die Ziele der EU für das Gipfeltreffen der G-20 in Washington, D.C. am 15. November festgelegt: Stärkung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Einführung einheitlicher Rechnungslegungsstandards, strengere Kontrollen für Rating-Agenturen, strengere Kontrollen bei Aufsicht und Regulierung, Senkung der Risiken in der Finanzbranche. Sowohl das Schlussdokument als auch der Aktionsplan des **Weltfinanzgipfels der G-20** spiegeln diese Grundsätze wider, wobei dem IWF eine zentrale Rolle bei der Beurteilung künftiger internationaler Krisen zukommen soll. Ein nachfolgendes Gipfeltreffen im April 2009 in London wurde vereinbart.

Darüber hinaus initiierte bzw. beschloss die EU eine Reihe **legislativer Maßnahmen**, etwa die Richtlinie über die Kapitalanforderungen von Banken, die Richtlinie „Solvabilität II“ zur Modernisierung der Rückstellungspflichten von Versicherungsunternehmen, die Richtlinie über die Garantien für Privatkunden, welche eine Anhebung der Garantiehöhe und Verringerung der

*Die Erweiterung der Europäischen Union*

Entschädigungsfristen vorsieht, sowie die Überarbeitung der Richtlinie über die Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), durch die Millionen SparerInnen von günstigeren Preisen für sichere Anlageprodukte profitieren können.

### **3. Die koordinierte Ankurbelung der europäischen Wirtschaft**

Angesichts der sich dramatisch verschlechternden Konjunkturprognosen einigte sich der Europäische Rat vom Dezember auf ein **Europäisches Konjunkturprogramm** für die Jahre 2009 und 2010. Dieses beinhaltet Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene im Umfang von 30 Milliarden Euro, welche mit nationalen Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Umfang von 170 Milliarden Euro koordiniert werden sollen. Auf Gemeinschaftsebene wird unter anderem die Darlehenstätigkeit der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Klein- und Mittelbetriebe, für Projekte im Bereich erneuerbare Energien sowie für die Automobilindustrie bzw. für den „grünen Verkehr“ ausgeweitet. Darüber hinaus wird die Vereinfachung der Verfahren und die Beschleunigung der Umsetzung der Programme zur Verstärkung der Investitionen in Infrastruktur und Energieeffizienz vorgesehen, welche durch den Kohäsionsfonds, die Strukturfonds oder den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung finanziert werden. Auch wird die Grenze, bis zu welcher Staatsbeihilfen an Unternehmen ohne Anmeldung und Prüfung in Brüssel vergeben werden können (De-minimis-Schwelle), für zwei Jahre von derzeit 200.000 Euro auf 500.000 Euro angehoben.

## **II. Die Erweiterung der Europäischen Union**

Grundlage für die Vorgangsweise der Union im Erweiterungsprozess ist der im Dezember 2006 vom Europäischen Rat verabschiedete und im Jahr 2008 bestätigte erneuerte Konsens über die Erweiterung. Er beruht auf den Grundsätzen der Konsolidierung der Verpflichtungen, einer fairen und entschlossenen Konditionalität und einer verbesserten Kommunikation mit der Öffentlichkeit, wobei die Aufnahmefähigkeit der Union besondere Erwähnung fand. In ihrer Anfang November veröffentlichten Mitteilung zur **Erweiterungsstrategie** bekräftigte die Europäische Kommission ihre Unterstützung der europäischen Perspektive der westlichen Balkanländer und stellte eine Beschleunigung auf dem Weg zum EU-Beitritt in Aussicht, sofern ein Land alle Voraussetzungen erfüllt. Die wichtigste operative Schlussfolgerung der Erweiterungsstrategie bestand in der Einschätzung, dass der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien bis Ende 2009 zu erreichen sei, wenn das Land alle notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Hierzu wurde ein mit Auflagen versehener, vorläufiger Zeitplan mit empfehlendem Charakter vorgelegt. Im Fall der Türkei stellte die Europäische Kommission den vielen

konstatierten Einzeldefiziten die strategische Bedeutung des Landes für die Union gegenüber.

## 1. Kroatien und Türkei

Nach der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei am 3. Oktober 2005 begann die Europäische Kommission mit der Prüfung der rechtlichen Bestimmungen der Kandidatenländer auf deren Vereinbarkeit mit dem gemeinschaftlichen Rechtsbestand (Screening). Der gemeinschaftliche Rechtsbestand (Acquis Communautaire) ist in 35 Kapitel gegliedert, von denen 33 Kapitel einem Screening unterliegen. Das Screening dient als Grundlage für die bilateralen Verhandlungen mit den Kandidatenländern.

Die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** sind in eine entscheidende Phase eingetreten. Nachdem 2007 alle Screeningberichte der Europäischen Kommission vorlagen, wurde 2008 der Screeningprozess in allen 33 Kapiteln abgeschlossen. Für sechs Kapitel konnten die Verhandlungen eröffnet werden: Freier Warenverkehr, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Öffentliches Auftragswesen, Verkehr, Energie sowie Beschäftigung und Soziales. Die Verhandlungen in fünf Kapiteln konnten vorläufig abgeschlossen werden. Im Fortschrittsbericht vom November würdigte die Europäische Kommission diese Resultate, die dem Land 2009 den Eintritt in die Endphase der Verhandlungen ermöglichen. Dies signalisiert zugleich der gesamten **Region der westlichen Balkanländer**, dass die Perspektive der EU-Mitgliedschaft eine reelle ist. Zudem bekräftigte die Europäische Kommission die Notwendigkeit der wirksamen Anwendung des Acquis sowie der Erfüllung der Kriterien in den Bereichen Justiz und Verwaltung, Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, Minderheitenrechte, Flüchtlingsrückkehr, Kriegsverbrecherprozesse und Zugang des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zu Dokumenten sowie die Umstrukturierung der Schiffswerften. Angesichts der mit ungeklärten Grenzfragen zusammenhängenden Blockade von zehn inhaltlich ausverhandelten Kapiteln durch Slowenien wurde Kroatien empfohlen, sich zur Erreichung weiterer Fortschritte im Verhandlungsprozess um die Beilegung von ungelösten bilateralen Konflikten zu bemühen (siehe Kapitel A.VI.3.1.1).

Das Tempo der Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** blieb wegen schleppender Reformfortschritte entsprechend niedrig. Nachdem das Land eine aufgrund eines Verfassungsgerichtsverfahrens gegen die Regierungspartei drohende schwere politische Krise abwenden konnte, muss der politische Reformprozess neu belebt werden. Im Fortschrittsbericht vom November wies die Europäische Kommission auf den nötigen Aufholbedarf bei der Verfassungs- und Justizreform hin. Erhebliche Anstrengungen wurden zudem in den Bereichen Frauenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter, Sicherung der Meinungs- und Religionsfreiheit, Korruptionsbekämpfung, zivile Kontrolle der Streitkräfte sowie gute nachbarschaftliche Beziehungen gefor-

*Die Erweiterung der Europäischen Union*

dert. Für die Türkei lagen für 32 Kapitel Screeningberichte vor; der Screeningprozess ist in 23 Kapiteln beendet. Verhandlungen zu vier Kapiteln – Freier Kapitalverkehr, Gesellschaftsrecht, Rechte am geistigen Eigentum sowie Informationsgesellschaft und Medien – wurden eröffnet. Die anhaltende Skepsis in verschiedenen EU-Staaten gegenüber einem Vollbeitritt der Türkei führte dazu, dass gewisse Schlüsselkapitel vom Verhandlungsprozess ausgeklammert bleiben.

Keine Fortschritte konnten auf dem Weg der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und dem Unionsmitglied Zypern erzielt werden. Die Türkei blieb insbesondere die Erfüllung ihrer Verpflichtung aus dem Ankara-Protokoll schuldig, wonach die Türkei die seit 1996 bestehende Zollunion mit der EU auf alle der Union im Jahr 2004 beigetretenen Länder zu erstrecken habe. Die Entscheidung der EU-AußenministerInnen vom Dezember 2006 bleibt daher aufrecht, acht damit im Zusammenhang stehende Kapitel gänzlich einzufrieren und keines der übrigen Kapitel provisorisch abzuschließen.

## 2. Bulgarien und Rumänien

Bulgarien und Rumänien sind seit 1. Jänner 2007 Mitglieder der EU. Für bestehende Restdefizite im besonders sensiblen Bereich Justiz und Inneres wurde im Dezember 2006 ein eigener **Kooperations- und Verifikationsmechanismus** zur Prüfung der Erfüllung spezifischer Kriterien (Benchmarks) eingerichtet. In ihren Ende Juli veröffentlichten Berichten über die Erreichung dieser Benchmarks sieht die Europäische Kommission eine Fortsetzung des Verifikationsmechanismus vor und fordert beide Länder auf, weitere Maßnahmen im Verwaltungs- und Justizbereich, vor allem zur Bekämpfung von Korruption und organisiertem Verbrechen, zu setzen. Die Europäische Kommission forderte beide Länder nachdrücklich auf, ihre Reformen zu intensivieren und deren wirksame Umsetzung voranzutreiben. Eine Inanspruchnahme von Schutzmaßnahmen wie die Aussetzung der Anerkennung von bulgarischen und rumänischen Gerichtsurteilen wurde von der Europäischen Kommission als derzeit nicht gerechtfertigt beurteilt. Im Fall Bulgariens setzte die Europäische Kommission im Juli und im Dezember Zahlungen von EU-Mitteln aus, weil bei der Kontrolle und Rechnungsprüfung Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden waren. Die bereits erzielten Reformen und Fortschritte wurden von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten dennoch als bedeutende Schritte in Richtung der Weiterführung und Verstärkung der Reformbemühungen bezeichnet.

## 3. Die europäische Perspektive der westlichen Balkanländer

Die EU entwickelte für alle westlichen Balkanländer den so genannten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (**SAP**), in dessen Rahmen jedes der

*Österreich in der Europäischen Union*

Länder durch individuelle Reformschritte enger an die EU herangeführt und langfristig in die Lage versetzt werden soll, die EU-Beitrittsperspektive zu verwirklichen. Die Länder haben daher für nahezu alle ihre Ausfuhren freien Zugang zum EU-Binnenmarkt und erhalten finanzielle Unterstützung bei ihren Reformbemühungen. Ein Kernstück des Prozesses bilden die Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (**SAA**), die neben wirtschaftlicher Assoziierung auch die Übernahme von Teilen des Acquis durch den assoziierten Staat sowie Kooperationen mit der EU in einer Vielzahl von Politikbereichen vorsehen.

Die SAA mit Mazedonien und Kroatien traten am 1. April 2004 bzw. am 1. Februar 2005 in Kraft. Die mit Albanien am 12. Juni 2006, mit Montenegro am 15. Oktober 2007 und mit Bosnien und Herzegowina am 16. Juni 2008 unterzeichneten Abkommen befinden sich im Ratifizierungsprozess. Dieser Prozess wird von den EU-Staaten für das am 29. April unterzeichnete SAA mit Serbien erst eingeleitet werden, wenn der Rat der EU durch einstimmigen Beschluss die volle Zusammenarbeit Serbiens mit ICTY feststellt. Eine zufrieden stellende Bilanz der Umsetzung der SAA-Verpflichtungen durch das jeweilige Land gilt als Voraussetzung dafür, dass die EU einen Beitrittsantrag in Erwägung zieht.

Am 5. November veröffentlichte die Europäische Kommission ihre jährlichen **Fortschrittsberichte** für Kroatien und Mazedonien über deren Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft bzw. für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo (gemäß der Resolution 1244/99 des Sicherheitsrats der VN), Montenegro und Serbien über deren Fähigkeit, die 1993 vom Europäischen Rat von Kopenhagen aufgestellten Kriterien und die Bedingungen des SAP zu erfüllen. Diese Fortschrittsberichte bilden die Grundlage für die bei der weiteren Heranführung an die Union zu beachtenden kurz- und mittelfristigen Reform- und Entwicklungsprioritäten.

Die beschleunigte Heranführung der westlichen Balkanländer an die EU ist eine außenpolitische Priorität Österreichs. Österreich begrüßt daher die mit jedem dieser Staaten am 1. Jänner in Kraft getretenen **Visaerleichterungsabkommen** und **Rückübernahmeabkommen** und unterstützt die Perspektive einer Visa-Liberalisierung.

#### **4. Außenhilfeprogramme und Verwaltungspartnerschaften der Europäischen Union**

Das Instrument für Heranführungshilfe (**IPA**) unterstützt die Kandidatenländer Kroatien, Mazedonien und Türkei sowie die potenziellen Kandidatenländer Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo (gemäß VN-SR Resolution 1244), Montenegro und Serbien auf ihrem Weg der Annäherung an die EU mit einem Finanzvolumen von 11,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007–2013.



*Die Erweiterung der Europäischen Union*

Konkrete Unterstützung im Heranführungsprozess leistete Österreich mit der Beteiligung an der regionalen Zusammenarbeit und mit Verwaltungspartnerschaften (**EU-Twinning**) unter IPA sowie an den auslaufenden Projekten im Rahmen der Gemeinschaftsunterstützung für Wiederaufbau, Entwicklung und Stabilisierung (**CARDS**) und der Technischen Unterstützung für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (**TACIS**). Österreichische Beteiligungen an EU-finanzierten Twinning-Projekten zur Stärkung der öffentlichen Verwaltung in den Empfängerländern gab es insbesondere in den Bereichen Justiz und Inneres, Umweltschutz sowie Landwirtschaft. Geographische Schwerpunkte des österreichischen Engagements waren im Jahr 2008 Bulgarien mit acht und Rumänien mit vier Projekten sowie Kroatien und Kosovo mit je drei von insgesamt 28 zuerkannten Projekten. Das Projektvolumen betrug rund 29 Millionen Euro. In den anderen westlichen Balkanländern wurden von der Europäischen Kommission bisher nur wenige Twinning-Projekte ausgeschrieben. Dies könnte sich ändern, da mit Hilfe des für die Region geschnürten EU-Maßnahmenpakets eine Beschleunigung des Reformprozesses angestrebt wird, insbesondere durch mehr Unterstützung beim Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen.

## 5. Regionale Zusammenarbeit in Südosteuropa

Die nachhaltige Zusammenarbeit unter den Ländern Südosteuropas ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration der gesamten Region in die europäischen Strukturen. Ein kräftiges Lebenszeichen für die erstarkende regionale Zusammenarbeit war die Übergabe der Verantwortung für die Förderung der regionalen Kooperationsprozesse vom in Brüssel ansässigen Stabilitätspakt für Südosteuropa an den am 27. Februar gegründeten Regionalen Kooperationsrat (**RCC**), dessen Sekretariat unter Leitung des Kroaten Hido Bišćević in Sarajewo eingerichtet wurde. Die EU und einige ihrer Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, unterstützen die Arbeit des RCC inhaltlich und finanziell und sind im Verwaltungsrat der Organisation mit Sitz und Stimme vertreten. Der RCC koordiniert und fördert Initiativen regionaler Zusammenarbeit in den Kernfeldern seiner Tätigkeit, nämlich wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Infrastruktur und Energie, Justiz und Inneres, Sicherheitskooperation, Bildung und Forschung sowie parlamentarische Zusammenarbeit. Dem RCC-Sekretariat kommt auch eine operative Rolle für den Südosteuropäischen Kooperationsprozess (**SEECp**) zu.

Der **Stabilitätspakt für Südosteuropa**, eine seit 2002 unter der Leitung des Österreicher Erhard Busek stehende EU-Initiative, wurde 1999 als Teil einer umfassend angelegten, langfristigen und auf Konfliktprävention in der Region ausgerichteten Strategie der internationalen Gemeinschaft gegründet. Seine Tätigkeiten liefen am 30. Juni aus. Der Pakt trug zur Etablierung bzw. zur Wiederbelebung regionaler Kooperationsstrukturen und zu einer deutlichen Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Län-

dern bei. Konkrete Erfolge seiner Tätigkeit umfassten etwa den Wiederaufbau von Infrastrukturen, die Handelsliberalisierung, die Ausweitung von Investitionen und die Stärkung der parlamentarischen Zusammenarbeit.

### III. Der Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon wurde von den EU-Mitgliedstaaten am 13. Dezember 2007 unterzeichnet. Für die Republik Österreich unterzeichneten Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik.

#### 1. Das Ratifikationsverfahren in Österreich

Der Ministerrat leitete das österreichische Ratifikationsverfahren mit einem Beschluss am 11. Jänner ein, der den Vertrag von Lissabon genehmigte und die Vorlage des Vertrags an den **Nationalrat** vorsah. Der Vertrag wurde dem Verfassungsausschuss des Nationalrates am 16. Jänner zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Der **Verfassungsausschuss** setzte sich ab 5. Februar eingehend mit dem Vertrag von Lissabon auseinander. Der Ausschuss befragte von den im Ausschuss vertretenen Parteien eingeladene ExpertInnen über die wesentlichen Aspekte des Vertrags.

Die erste Expertenrunde befasste sich mit den Änderungen der bestehenden EU-Verträge durch den Vertrag von Lissabon sowie mit der Frage, ob eine Volksabstimmung geboten sei. In der Diskussion bewerteten die Experten mit großer Mehrheit den Vertrag von Lissabon als **Fortschritt** und betonten die **Verbesserungen**, welche der Vertrag bei der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament sowie durch die nationalen Parlamente, bei der sozialen Dimension, bei der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Union, bei der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie bei der Verbesserung des Grundrechtsschutzes für die EU-BürgerInnen bringe. Die Experten waren überwiegend der Ansicht, dass die Änderungen der EU-Verträge durch den Vertrag von Lissabon **keine grundlegende Änderung der Bundesverfassung** bewirken würden und daher eine Volksabstimmung über den Vertrag von Lissabon in Österreich verfassungsrechtlich nicht geboten sei.

In der Umweltpolitik gibt es den ExpertInnen zufolge kaum Änderungen. Im neuen Kapitel Energiepolitik habe sich die Union vor allem einen funktionierenden Energiemarkt, die Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die Förderung von Energieeffizienz und von erneuerbaren Energiequellen sowie die stärkere Querverbindung der Energienetze zum Ziel gesetzt. Die Mitgliedstaaten entscheiden weiterhin selbst darüber, welche Energiequellen sie für ihre Energieversorgung wählen. Auch das Einstimmigkeitsprinzip in Bezug auf die Verfügung über die nationalen Wasserressourcen bleibe gewahrt.

*Der Ratifikationsprozess des Vertrags von Lissabon*

Eine weitere Expertenrunde debattierte die Auswirkungen des Vertrags auf die soziale Dimension der EU und kam zu dem Schluss, dass der Vertrag von Lissabon **eine notwendige Weiterentwicklung** darstelle. Die Letztverantwortung für das soziale Niveau werde auch weiterhin in der nationalen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen. Positiv bewertet wurden die im Vertrag vorgesehene Rolle der Sozialpartner und die Formulierung des Grundsatzes einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, deren Ziel Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt, soziale Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und Bekämpfung sozialer Ausgrenzung ist.

Nach den Themen Energie und Umwelt sowie Soziales wandte sich der Verfassungsausschuss dem Themenkomplex Außen- und Sicherheitspolitik zu. Die Experten konnten **keine „Militarisierung“ der EU** durch den Vertrag erkennen und sahen die nationale Souveränität als gewährleistet an. Aus dem Blickwinkel der **Neutralität**, der nicht zuletzt durch die „Irische Klausel“ Rechnung getragen werde, werfe der Vertrag keine Probleme auf.

Die Grundrechte im Vertrag von Lissabon bildeten das Thema der letzten Expertenrunde. Die von den Parteien geladenen Experten äußerten sich im Wesentlichen sehr positiv über die **Verbesserung des Grundrechtsschutzes** durch den Vertrag von Lissabon, der die rechtliche Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta festschreibt.

In einer weiteren Sitzung setzte der Verfassungsausschuss seine Beratungen über den Vertrag von Lissabon fort und diskutierte mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik, die Österreich in der Regierungskonferenz 2007 vertreten hatten. Sowohl Bundeskanzler Gusenbauer als auch Bundesministerin Plassnik traten Befürchtungen entgegen, der Vertrag würde die österreichische Neutralität gefährden. Bundesministerin Plassnik erläuterte die **„rot-weiß-rote Handschrift“ im Vertrag**, die sich insbesondere in der Stärkung der parlamentarischen Komponente in der EU, im neuen Frühwarnmechanismus zur Subsidiaritätskontrolle, bei der im Vertrag vorgesehenen europäischen Bürgerinitiative, den neuen Rechtsgrundlagen für die europäische Energiepolitik und im Passus zum Klimaschutz zeige.

Am 25. März schloss der Verfassungsausschuss des Nationalrates seine Beratungen über den Vertrag von Lissabon ab und stellte in einem ausführlichen Bericht den Antrag, der Nationalrat wolle den Abschluss des Vertrags genehmigen.

Am 9. April bildete der Vertrag von Lissabon den Gegenstand einer siebenstündigen Debatte im Plenum des Nationalrates mit über fünfzig Redebeiträgen. Der Nationalrat stimmte der Ratifikation des Vertrages mit einer **deutlichen Mehrheit von 151 Stimmen bei 27 Gegenstimmen** zu. Zuvor hatten Anträge auf Abhaltung einer Volksabstimmung nicht die nötige Mehrheit gefunden.

*Österreich in der Europäischen Union*

Danach wurde der Beschluss an den Bundesrat weitergeleitet und von diesem dem Ausschuss für Verfassung und Föderalismus zugewiesen, der sich am 23. April mit dem Vertrag von Lissabon befasste. Der Ausschuss stellte mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen.

Der Bundesrat erteilte dem Beschluss des Nationalrates am 24. April nach fünfstündiger Debatte die verfassungsmäßige Zustimmung. Die Ratifikationsurkunde wurde daraufhin am 28. April von Bundespräsident Heinz Fischer unterzeichnet und nach der Gegenzeichnung durch Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am 13. Mai in Rom hinterlegt. Damit wurde das **österreichische Ratifikationsverfahren** gemäß der österreichischen Bundesverfassung und den völkerrechtlichen Bestimmungen **abgeschlossen**.

## 2. Die Ratifikationsverfahren in den anderen EU-Mitgliedstaaten

Der Vertrag von Lissabon kann erst nach der Ratifikation durch alle EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten. Vor Österreich hatten bereits Ungarn, Slowenien, Malta, Rumänien, Frankreich und Bulgarien ihre Ratifikationsurkunden in Rom hinterlegt.

Als einziger Mitgliedstaat hielt **Irland** aufgrund der innerstaatlichen Rechtslage am 12. Juni ein **Referendum** zur Ratifikation des Vertrags von Lissabon ab. Eine Mehrheit der irischen BürgerInnen sprach sich bei einer Beteiligung von rund 53 % der Stimmberechtigten mit 53,4 % gegenüber 46,5 % gegen den Vertrag von Lissabon aus. Der Europäische Rat nahm in seiner Sitzung am 19. und 20. Juni dieses Ergebnis zur Kenntnis, wobei Einigkeit darüber bestand, dass Zeit erforderlich sein würde, um die daraus entstandene Lage zu analysieren. Während das Ratifizierungsverfahren in den übrigen Ländern fortgesetzt werden sollte, würde über das weitere Vorgehen nach dem irischen Referendum erst im Oktober beraten werden.

Der Europäische Rat befasste sich in der Folge im Oktober und im Dezember mit Studien, welche die irische Regierung zum Ergebnis des Referendums in Auftrag gegeben hatte. Er beschloss bei seiner Tagung im Dezember, den Bedenken der irischen BürgerInnen folgendermaßen entgegenzukommen. Es soll die Europäische Kommission nicht wie im Vertrag von Nizza bereits ab 2009 oder wie im Vertrag von Lissabon für die Funktionsperiode ab 2014 vorgesehen verkleinert werden, sondern sich weiterhin aus je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter aus jedem EU-Mitgliedstaat zusammensetzen. Vorhandenen Bedenken der irischen Bevölkerung in den Bereichen Steuer- und Familienpolitik, Neutralitäts- und Sicherheitspolitik soll in Form von Garantien Rechnung getragen werden. Im Gegenzug sicherte die irische Regierung die Wiederaufnahme des Ratifikationsprozesses zu. Der Europäische Rat befasste sich weiters mit Übergangsregelungen, mit denen einem Inkrafttre-

### Europainformation

ten des Vertrags nach dem ursprünglich geplanten Zeitpunkt zu Jahresbeginn 2009 Rechnung getragen werden soll.

Auch nach dem negativen Ausgang des irischen Referendums wurde der **Ratifikationsprozess in den übrigen Mitgliedstaaten fortgesetzt**. Bis Ende des Jahres hatten alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Irlands und Tschechiens den Vertrag parlamentarisch genehmigt. In Tschechien war der Verfassungsgerichtshof vom Senat um Prüfung der Vereinbarkeit des Vertrags von Lissabon mit der tschechischen Rechtsordnung ersucht worden und stellte am 26. November fest, dass die Bestimmungen des Vertrags nicht im Gegensatz zur tschechischen Rechtsordnung stehen.

In Deutschland und Polen stand zu Jahresende die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde durch das Staatsoberhaupt und deren Hinterlegung in Rom noch aus.

## IV. Europainformation

Den BürgerInnen umfassende Informationen zu Europa und zur EU anzubieten zählt zu den wesentlichen Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Das Ministerium bot ein breites Angebot an Unterlagen, Medieninhalten und Aktivitäten zur Vermittlung einer **sachlichen EU-Information** und als Beitrag zur **Stärkung des Europabewusstseins**.

**Inhaltliche Schwerpunkte** waren zunächst der Vertrag von Lissabon sowie die Darstellung der konkreten Vorteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft, ab Herbst darüber hinaus die Bewusstseinsbildung über die Gestaltungsmöglichkeit am europäischen Projekt durch die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament, die in Österreich am 7. Juni 2009 stattfinden werden.

Die **Aktivitäten** im Bereich der laufenden Europainformation umfassten die Verteilung von Informationspaketen (EU-Broschüren, CD-ROM und USB-Speicher-Sticks zu Europa), die Beteiligung von ExpertInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten an Veranstaltungen des von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) initiierten „Europaschirms“ und die Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. Darüber hinaus wirkte das Ministerium an EU-Informationsmaßnahmen im Rahmen der Verwaltungspartnerschaft der Republik Österreich mit der Europäischen Kommission mit, etwa bei der Abhaltung von Seminaren und Workshops zur Sensibilisierung von RedakteurInnen von Schülerzeitungen für EU-Themen. Die gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik konzipierte Wanderausstellung „EU und DU“ kam in mehreren Auflagen an österreichischen Schulen zum Einsatz. Im Rahmen der Ausstellung nahmen ExpertInnen des Ministeriums österreichweit an vielen der insgesamt rund 50 Diskussionsveranstaltungen über Europa an 56 Schulen in allen Bundes-

*Österreich in der Europäischen Union*

ländern teil und erreichten dadurch etwa 6.700 SchülerInnen und LehrerInnen. Die Möglichkeit, mit MitarbeiterInnen des Ministeriums über Themen der Außen- und Europapolitik zu sprechen, bot sich auch rund 40 Schulklassen und damit etwa 1.000 SchülerInnen bei Besuchen des Ministeriums. Darüber hinaus wurden zahlreiche Anfragen von ÖsterreicherInnen zu EU-Themen beantwortet und der Kontakt zu den VerfasserInnen von Leserbriefen gesucht, in denen zu europäischen Themen Stellung genommen wurde.

Besonders hervorzuheben sind die **Europaveranstaltungen** und die **Tag der offenen Tür** des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Zum Europatag am 9. Mai führte Bundesministerin Ursula Plassnik Europa-Diskussionen in Innsbruck, während Staatssekretär Hans Winkler Schulklassen zur Präsentation von Projekten zum EU-Grundrechtsschutz ins Ministerium lud. Der Tag der offenen Tür am 12. September richtete sich an eine breite Öffentlichkeit und bot interessierten BesucherInnen die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Ausstellung, interaktiver Präsentationen und in direkten Gesprächen mit den ExpertInnen des Ministeriums über Europa zu informieren. Darüber hinaus wurde an die BesucherInnen die Broschüre „Konkrete Ergebnisse der EU-Mitgliedschaft für die österreichische Bevölkerung“ ebenso verteilt wie eine „EU-Notfallkarte“ für Reisende mit wichtigen Service-Telefonnummern in Österreich und Europa. Am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, öffnete das Ministerium abermals seine Türen und bot unter anderem umfassende Informationen zu Europa und zur EU, diesmal mit dem Schwerpunkt „Wahlen zum Europäischen Parlament 2009“ an.

Nicht nur die Website des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten [www.bmeia.at](http://www.bmeia.at) bietet umfangreiche und vielfältige Europainformationen, sondern auch die Internetplattformen [www.europafreunde.at](http://www.europafreunde.at) und [www.zukunfteuropa.at](http://www.zukunfteuropa.at), die zu einer interaktiven, möglichst lebendigen und kontinuierlichen Diskussion über Europa beitragen sollen.

## V. Die Politiken der Europäischen Union

### 1. Die Rolle Österreichs in den europäischen Institutionen

Benita Ferrero-Waldner ist seit 22. November 2004 Mitglied der Europäischen Kommission. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Außenbeziehungen der Union sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Es sind 437 ÖsterreicherInnen (204 Frauen und 233 Männer) in Dienststellen der Europäischen Kommission tätig. Dies entspricht einem Anteil von rund 1,9 % am Gesamtpersonal. Im Vergleich dazu beträgt der Bevölkerungsanteil Österreichs an der Gesamtbevölkerung der Union rund 1,7 %. Bei den LeitungsfunktionärInnen des Rats ist Österreich ebenfalls mit einem hohen Anteil vertreten.

Österreich stellt mit Peter Jann und Josef Azizi je einen Richter beim Europäischen Gerichtshof und beim Europäischen Gericht erster Instanz. Im Euro-

*Die Politiken der Europäischen Union*

päischen Rechnungshof ist Hubert Weber Doyen der Prüfungsgruppe des Rechnungshofes „Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“. Von Jänner 2005 bis Jänner 2008 übte er das Amt des Rechnungshofpräsidenten aus. Gertrude Tumpel-Gugerell ist seit 2003 Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank.

### 1.1. Europäisches Parlament

Im Europäischen Parlament sind 18 österreichische Abgeordnete vertreten. Davon gehören sieben Abgeordnete der Sozialdemokratischen Fraktion (SPE), sechs Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten (EVP), zwei Abgeordnete der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz sowie eine Abgeordnete der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an. Zwei Abgeordnete sind fraktionslos.

Zahlreiche österreichische Abgeordnete bekleiden wichtige Funktionen im Europäischen Parlament. So führt etwa Herbert Bösch (SPE) seit 2007 den Vorsitz im Haushaltskontrollausschuss. Hubert Pirker (EVP) leitet die Delegation für die Beziehungen zu Korea. Johannes Voggenhuber (Fraktion der Grünen) ist stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses, Christa Prets (SPE) stellvertretende Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zum Iran und Hannes Swoboda (SPE) stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Südosteuropa.

Berichte sind die Grundlage für parlamentarische Debatte und Entscheidung im Europäischen Parlament. Zahlreiche österreichische Abgeordnete waren Berichterstatter, beispielsweise Hannes Swoboda (SPE) zum Fortschrittsbericht über Kroatien 2007 und Othmar Karas (EVP) zum Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden im Binnenmarkt.

Der vom Europäischen Parlament verliehene Sacharow-Preis für geistige Freiheit ging im Jahr 2008 an den chinesischen Menschenrechtsaktivisten Hu Jia.

### 1.2. Europäischer Gerichtshof und Europäisches Gericht erster Instanz

Die Vertretung der Republik Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof (**EuGH**) und dem Europäischen Gericht erster Instanz (**EuGI**) wird von Prozessbevollmächtigten des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes wahrgenommen. Im Jahr 2008 wurden von österreichischen Gerichten 25 neue **Vorabentscheidungsverfahren** (Anrufung des EuGH durch ein nationales Gericht zum Zweck der Auslegung von Gemeinschaftsrecht) eingeleitet.

Ende des Jahres waren gegen die Republik Österreich zehn Verfahren wegen behaupteter Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht anhängig. Diese **Vertragsverletzungsverfahren** betreffen die Frage der Vereinbarkeit bilateraler österreichischer Investitionsabkommen mit dem Gemeinschaftsrecht;



*Österreich in der Europäischen Union*

die unzureichende Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie; den Zugang zur Patentanwaltstätigkeit; das Erfordernis der Staatsangehörigkeit für Notare; die unzureichende Ausweisung von Vorschlagsgebieten gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß der Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie); die Tabakmindestpreise für Zigaretten und Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten; Vorschriften der Ärztekammer für Oberösterreich zur Verpflichtung für Ärzte, ein Konto bei der Oberösterreichischen Landesbank einzurichten; das Fehlen von externen Notfallplänen in Umsetzung der Richtlinie 03/105/EG betreffend die Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso-II-Richtlinie); die Nicht-Umsetzung der Umwelthaftungsrichtlinie 2004/35/EG zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden sowie die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG betreffend die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

In drei Verfahren ergingen im Jahr 2008 **Urteile** des Gerichtshofes, in denen dieser einen Verstoß der Republik Österreich gegen das Gemeinschaftsrecht feststellte. Diese betrafen die Transparenz von Maßnahmen zur Regelung der Preisfestsetzung bei Arzneimitteln für den menschlichen Gebrauch und ihre Einbeziehung in die staatlichen Krankenversicherungssysteme; Schwierigkeiten bei der Zulassung älterer importierter Gebrauchtwagen betreffend die Vereinbarkeit mit dem freien Warenverkehr und das Ausländerbeschäftigungsgesetz in Hinblick auf dessen Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit für StaatsbürgerInnen der neuen Mitgliedstaaten sowie der Prüfung von deren Selbständigeneigenschaft.

### **1.3. Ausschuss der Regionen**

Österreich ist im Ausschuss der Regionen mit zwölf Mitgliedern vertreten. Die österreichische Delegation unter der Leitung des Tiroler Landtagspräsidenten Herwig van Staa wird von acht der neun Landeshauptleute sowie von drei VertreterInnen des Österreichischen Städtebundes bzw. des Österreichischen Gemeindebundes gebildet. Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen wurden in fünf Plenartagungen verabschiedet. Bei diesen stehen regelmäßig für Österreich wichtige Themen auf der Tagesordnung, beispielsweise Transeuropäische Netze, Daseinsvorsorge, Berglandwirtschaft, Wasserpolitik, Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel, Energieversorgung, Erweiterungspolitik, Asylpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, institutionelle Grundsatzfragen, Verwaltungsvereinfachung und Folgenabschätzung. Österreich hat mit zahlreichen Änderungsanträgen und Beteiligungen an Änderungsanträgen anderer nationaler Delegationen einen wesentlichen Anteil an der Formulierung der Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen. Im Oktober veranstaltete der Ausschuss in Paris die dritte Subsidiaritätskonferenz, nach Berlin im Jahr 2004 und London im Jahr 2005.



*Die Politiken der Europäischen Union***1.4. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss**

Der Ausschuss dient als beratende Institution der EU, übt eine „Brückenfunktion“ zwischen den EU-Institutionen und der so genannten organisierten Zivilgesellschaft aus und fördert deren Rolle durch Aufbau eines „strukturierten Dialogs“ mit den betreffenden Interessengruppen innerhalb und außerhalb der Union. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschäftigte sich intensiv mit der Wirtschafts- und Finanzkrise.

**2. Die innerösterreichische Zusammenarbeit mit dem Parlament und den Ländern**

Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament in Angelegenheiten der europäischen Integration erfolgt durch das in Art 23e B-VG vorgesehene **Mitwirkungsrecht von Nationalrat und Bundesrat** in Form eines Informations- und Stellungnahmerechts betreffend Vorhaben der EU.

Beschließt der Hauptausschuss des Nationalrates oder der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU eine Stellungnahme zu einem Vorhaben, das bundesgesetzlich zu regeln wäre oder das auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren EU-Rechtsaktes gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die bundesgesetzlich zu regeln wären, so ist das zuständige Mitglied der Bundesregierung an diese Stellungnahme gebunden und darf nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen davon abweichen. Wenn das zuständige Mitglied der Bundesregierung von einer solchen Stellungnahme des Nationalrates abweichen will, so hat es den Nationalrat neuerlich zu befassen. Soweit der in Vorbereitung befindliche Rechtsakt der EU eine Änderung des geltenden Bundesverfassungsrechts bedeuten würde, ist eine Abweichung von der Stellungnahme des Nationalrates unzulässig, wenn der Nationalrat innerhalb angemessener Frist Widerspruch erhebt.

Weder der Hauptausschuss des Nationalrates noch der Ständige Unterausschuss in Angelegenheiten der EU des Nationalrates bzw. der EU-Ausschuss des Bundesrates verabschiedeten formelle Stellungnahmen gemäß Art 23e B-VG. Ausschüsse bzw. Unterausschüsse des Nationalrates und des Bundesrates nahmen jedoch rechtlich nicht bindende **Ausschussfeststellungen** an. Der Hauptausschuss des Nationalrates verabschiedete am 14. Oktober eine Ausschussfeststellung zum Thema Bekämpfung der internationalen Finanzkrise; der Ständige Unterausschuss des Hauptausschusses des Nationalrates am 20. Mai zu den Themen Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission 2008, Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung, Vorschlag für eine Richtlinie zur Vereinfachung der Verfahren für das Auflisten und die Veröffentlichung von Informationen im Veterinär- und Tierzuchtbereich sowie Vorschlag für die Richtlinie „Solvabilität II“; der EU-Ausschuss des Bundesrates zu den Themen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung (10. Jänner), Vorschlag für

*Österreich in der Europäischen Union*

eine Richtlinie zur Vereinfachung der Verfahren für das Auflisten und die Veröffentlichung von Informationen im Veterinär- und Tierzuchtbereich (27. März), Vorschlag für die Richtlinie „Solvabilität II“ (27. März), Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ (19. Mai), Mitteilung der Europäischen Kommission „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts – Dienstleistungen von allgemeinem Interesse unter Einschluss von Sozialdienstleistungen“ (18. Juni), Vorschlag für eine Richtlinie über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung; Mitteilung der Kommission „Ein erneuertes Engagement für ein Soziales Europa: Verstärkung der offenen Koordinierungsmethode für Sozialschutz und soziale Eingliederung“ sowie Vorschlag für eine Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (jeweils 5. November).

Das in Art 23d B-VG festgelegte **Mitwirkungsrecht der Länder und Gemeinden** enthält für deren Zuständigkeitsbereiche jeweils ein dem National- und Bundesrat analoges Informations- und Stellungnahmerecht.

Die österreichischen Positionen im Ausschuss der Ständigen Vertreter (**AStV**) werden unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wöchentlich koordiniert. Dadurch wird die laufende Einbindung der Fachressorts, der Sozialpartner, der Nationalbank, der Industriellenvereinigung sowie der Länder und Gemeinden in den österreichischen Meinungsbildungsprozess sichergestellt.

Seit November 2004 übermitteln zu Beginn jedes Jahres die einzelnen Ressorts dem Parlament Berichte über das Arbeitsprogramm und die Legislativvorhaben auf EU-Ebene. Diese ermöglichen bereits im Vorfeld die Information und die Einbindung der Abgeordneten in die politische Meinungsbildung.

### 3. Wirtschaft und Finanzen

Der konjunkturelle Aufschwung des Jahres 2007 ging im Jahr 2008 signifikant zurück. Sowohl in den EU-Mitgliedstaaten als auch im Euroraum sank das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von knapp 3 % im Jahr 2007 auf etwa 1 % im Jahr 2008. Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte sich: Wenngleich der Arbeitsmarkt im Jahr 2008 in Gesamtbetrachtung vergleichsweise stabil war, stieg die Arbeitslosigkeit nach der positiven Entwicklung im Zeitraum 2005–2007 im November 2008 auf 7,8 % im Euroraum bzw. auf 7,2 % in der gesamten EU. Die Inflation nahm in der zweiten Jahreshälfte 2008 deutlich ab und sank von 4 % im Juli auf 1,6 % im Dezember. Der globale Wirtschaftsabschwung und die damit verbundenen wesentlich gesunkenen Rohstoff- und Ölpreise zeichneten für diese Entwicklung hauptverantwortlich.

*Die Politiken der Europäischen Union*

Die in den letzten Jahren erzielten Budgetkonsolidierungen wurden sowohl durch den Wirtschaftsabschwung als auch durch die verabschiedeten Stimulierungsmaßnahmen negativ beeinflusst: Im Jahr 2007 lag das Budgetdefizit in der EU bei 0,9 % des BIP, 2008 bei 2,0 %. Auch im Euroraum wuchs das Defizit von 0,6 % des BIP im Jahr 2007 auf 1,7 % in 2008.

Zum Europäischen Konjunkturprogramm für die Jahre 2009 und 2010 sowie zur Neugestaltung der globalen Finanzarchitektur siehe Kapitel A.I.

#### 4. Beschäftigung und Sozialpolitik

Bei der Tagung des Europäischen Rats vom 13. und 14. März wurde der zweite Dreijahreszyklus der erneuerten **Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung** beschlossen. Die bestehenden integrierten Leitlinien gelten weiter. Im Oktober wurde das zweite österreichische Nationale Reformprogramm (NRP) für Wachstum und Beschäftigung 2008–2010 verabschiedet. Im Bereich Beschäftigung enthält das NRP Schwerpunktmaßnahmen für ältere Personen und benachteiligte Jugendliche, zur Frauenförderung sowie zur Verbesserung des Qualifikationsangebots.

Die **Umsetzung der europäischen beschäftigungspolitischen Ziele** wird in Österreich durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) unterstützt, etwa für Programme wie „Aktives Altern“, Förderung gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen.

Das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz organisierte die Konferenz „Teil-Haben & Aktiv-Sein – Aktive Eingliederung als Teil des Europäischen Sozialmodells“ in Wien am 15. Mai.

Die Europäische Kommission legte am 2. Juli ihre **Mitteilung über eine erneuerte Sozialagenda** vor. Sie stützt sich auf die Pfeiler Chancen, Zugang und Solidarität und legt sieben Prioritäten fest: Kinder und Jugendliche; Investition in Menschen, Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, Entwicklung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten; Mobilität; längeres und gesünderes Leben; Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung; Diskriminierungsbekämpfung und Gleichstellung der Geschlechter sowie Chancen, Zugang und Solidarität auf globaler Ebene.

Die Initiative der **Salzburger Sommergespräche zum sozialen Europa** fand mit dem Thema „Solidarität zwischen den Generationen und deren Auswirkung auf die Generation der 35- bis 65-Jährigen“ ihre Fortsetzung.

Mitte September legte das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz den **Strategiebericht für Sozialschutz und soziale Eingliederung** für den Zeitraum 2008–2010 vor, der die wichtigsten Vorhaben Österreichs in den Bereichen soziale Eingliederung, Pensionen, Gesundheit sowie Langzeitpflege darstellt. Weiters wurde eine Studie zum Thema „Soziale Dienst-

*Österreich in der Europäischen Union*

leistungen von allgemeinem Interesse und die Anwendung des Gemeinschaftsrechts“ am 10. Oktober vorgestellt.

Der Rat beschloss am 2. Oktober die Abhaltung eines Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 3. Oktober gemeinsame Grundsätze und Leitlinien zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen.

Die bei der Europäischen Kommission eingerichtete **Sachverständigen-gruppe für Fragen der Demografie** unter dem Vorsitz von Bundesministerin a.D. Eleonora Hostasch erörterte die Beziehungen zwischen den Generationen, die intergenerationelle Solidarität und die Langzeitpflege.

## 5. Struktur- und Kohäsionspolitik

Die Struktur- und Kohäsionspolitik ist einer der zentralen Politikbereiche der EU und zielt auf die **Verringerung des Entwicklungsgefälles zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten** ab. Ihr Anteil am EU-Budget beträgt für die laufende Budgetperiode rund 38 %. Vor dem Hintergrund der Erweiterung um mittlerweile zwölf neue Mitgliedstaaten und damit der Verdoppelung des Entwicklungsunterschieds zwischen den Regionen, wurde die Kohäsionspolitik für die Jahre 2007–2013 gründlich überarbeitet und stärker auf die Ziele der Lissabon-Agenda ausgerichtet. Das von der Europäischen Kommission im Oktober veröffentlichte Grünbuch über die territoriale Kohäsion leitete die Diskussion über die Kohäsionspolitik für den Zeitraum nach 2013 ein. Die Konsultationen darüber sollen unter tschechischem EU-Ratsvorsitz in der ersten Jahreshälfte 2009 abgeschlossen werden.

**Österreich profitiert** seit seinem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 in hohem Maße von EU-Fördermitteln. Seit 1995 bis zum Ende der Förderperiode 2007–2013 wird Österreich insgesamt rund 5 Milliarden Euro an Strukturfondsmitteln erhalten, dieser Betrag erhöht sich noch um Mittel für die ländliche Entwicklung in der Höhe von mehr als 3,9 Milliarden Euro.

## 6. Binnenmarkt

Die künftige Binnenmarktpolitik soll besonderes Augenmerk auf **VerbraucherInnen** und auf Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) richten. Der Wettbewerbsfähigkeitsrat nahm dazu im Februar Stellung, und der Europäische Rat legte im März die dafür erforderlichen Prioritäten fest. Eine eigene Arbeitsgruppe wurde zur Erarbeitung einer Empfehlung der Europäischen Kommission zur Verbesserung von Governance im Binnenmarkt eingerichtet. Im Dezember veröffentlichte die Europäische Kommission einen ersten Fortschrittsbericht zum Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts.

*Die Politiken der Europäischen Union*

Bedeutsame Fortschritte konnten bei der Umsetzung der **Agenda zur Besseren Rechtsetzung** erzielt werden, welche die Europäische Kommission in ihrer zweiten strategischen Überprüfung im Jänner dokumentierte. Abgesehen von umfangreichen Arbeiten im Bereich Vereinfachung und Kodifizierung setzte die Gemeinschaft ihre Arbeiten zur Umsetzung des EU-Aktionsprogramms zur Verringerung von Verwaltungslasten fort, um bis 2012 das Reduktionsziel von minus 25 % zu erreichen.

Der EU-Agrarrat beschloss am 23. Juni das aus drei Texten – Verordnung über Akkreditierung und Marktüberwachung, Verordnung über gegenseitige Anerkennung und Beschluss über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten – bestehende **Binnenmarktpaket**. Es dient der Stärkung des Binnenmarkts für Waren, der Vereinfachung der Produktzulassung sowie der Erhöhung der Produktsicherheit und trägt dadurch wesentlich zur Vollendung des Binnenmarkts bei.

Der **Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik** wurde von der Europäischen Kommission am 16. Juli vorgelegt. Der Aktionsplan schafft einen Rahmen für einen intelligenten Verbrauch und bessere Produkte, Maßnahmen für eine schlanke Produktion und Maßnahmen zur Schaffung globaler Märkte für nachhaltige Produkte. Im zweiten Halbjahr wurden dazu Schlussfolgerungen im Wettbewerbsfähigkeits- und Umweltrat angenommen.

## 7. Gemeinsame Agrarpolitik

Der Start der Debatte zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (**GAP**) nach 2013, die Verhandlungen zum GAP-Gesundheitscheck und die Nahrungsmittelkrise waren die zentralen Themen im Bereich der Landwirtschaftspolitik der EU.

Die Debatte zur **Zukunft der GAP nach 2013** startete beim informellen Landwirtschaftsministerrat in Annecy (Frankreich) vom 21.–23. September mit dem Ziel, die europäische Landwirtschaft an die Erfordernisse der Zukunft anzupassen. Die Hauptthemen umfassten Preisstabilität, Produktionsmethoden, Umweltschutz und Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Forschung und Innovation sowie neue Chancen und Einkommensmöglichkeiten für LandwirtInnen. Die Zukunft der Agrarpolitik und der ländlichen Entwicklung, für welche 2008 rund 43 % des EU-Budgets aufgewendet wurden, ist Teil der umfassenden Überprüfung des EU-Haushalts.

Der **GAP-Gesundheitscheck** zielte auf eine Vereinfachung, Liberalisierung und stärkere Marktausrichtung der GAP ab. Zu den wichtigsten Reformen gehörten die Kürzung der Förderungen für Großbetriebe, die so genannte Modulation, wonach Mittel aus der „1. Säule“ (Marktordnungsinstrumente; Direktzahlungen) in die „2. Säule“ (ländliche Entwicklung) umgeschichtet werden, und das Auslaufen der Milchquote. Die Verhandlungen wurden

*Österreich in der Europäischen Union*

beim Agrarministerrat vom 19. und 20. November mit einem für Österreich tragbaren Kompromiss abgeschlossen: Das zentrale österreichische Anliegen, das Auslaufen der Milchquote bis 2015 durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket für die Bauern abzufedern, konnte ebenso wie eine geringere Modulation und die Wahlmöglichkeit beim Betriebsprämienmodell durchgesetzt werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die **globale Nahrungsmittelkrise** waren Auslöser für eine intensive Diskussion über die künftigen Prioritäten im Agrarbereich sowie die verstärkte Forderung von EU-Mitgliedstaaten nach einer Umstrukturierung des EU-Haushalts. Laut dem von der Europäischen Kommission am 12. November präsentierten Konsultationsbericht plädieren die meisten EU-Mitgliedstaaten für eine Verringerung des mit rund 43 % relativ hohen Anteils des Agrarbudgets zugunsten neuer Schwerpunktthemen wie Klimawandel und Energie, Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Infrastrukturaufbau und externe Politiken mit außen- und sicherheitspolitischen Aspekten, einschließlich einer engeren Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und Wirtschaftspartnern der Union.

## 8. Verkehr

Die Europäische Kommission legte am 8. Juli den Vorschlag zur **Revision der Wegekostenrichtlinie** (Eurovignette) vor. Mit der geplanten Änderung soll erstmals die Möglichkeit geschaffen werden, über Mautgebühren auch die so genannten externen Kosten anzulasten. Österreich setzte sich insbesondere dafür ein, dass sämtliche externe Kosten – neben Lärm-, Luftschadstoff- und Staukosten auch Unfallfolgekosten, Klimakosten („CO<sub>2</sub>-Kosten“) und Kosten für die Boden- und Wasserverschmutzung – eingerechnet werden dürfen. Der Verkehrsministerrat vom 9. Dezember nahm die Schlussfolgerungen des Rats zur Ökologisierung des Verkehrs, eine Strategie zur so genannten Internalisierung externer Kosten (Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für die Abschätzung der externen Kosten des Verkehrs sowie eine Strategie, wie externe Kosten bei allen Verkehrsträgern internalisiert werden können) sowie Lärmschutzmaßnahmen am aktuellen Schienenfahrzeugbestand an.

Weiters legte die Europäische Kommission ein **Straßenverkehrspaket zum grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr** vor. Mit den Vorschlägen soll eine Kodifizierung des Rechtsbestands über den Berufs- und Marktzugang im Personen- und Güterkraftverkehr bei gleichzeitig klarerer Definition jener Bereiche erzielt werden, welche wiederholt zu Interpretationsschwierigkeiten geführt hatten, beispielsweise die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers.

Die Arbeiten hinsichtlich der Verbesserung der Leistung und der Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems wurden fortgesetzt. Die Überarbeitung von vier Verordnungen zum einheitlichen europäischen Luftraum (**SES-II-Paket**) soll das derzeitige Luftverkehrsmanagementsystem verbes-

*Die Politiken der Europäischen Union*

sern. Darüber hinaus sollen der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (**EASA**) durch die Überarbeitung einer Verordnung weitere Kompetenzen zur Sicherung und Erhöhung der bestehenden europäischen Sicherheitsstandards eingeräumt werden.

## 9. Umwelt

Das **Legislativpaket „Klima-Energie“** war das zentrale Thema im Umweltbereich. Es besteht aus vier Rechtsakten, die am 17. Dezember im Europäischen Parlament in erster Lesung angenommen wurden und zur Umsetzung des EU-weiten Ziels einer 20%igen Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen. Die Änderung der Richtlinie zum Emissionshandel harmonisiert denselben durch die Zuteilung der Emissionszertifikate auf europäischer Ebene. Energieintensive Branchen, die zudem dem internationalen Wettbewerb stark ausgesetzt sind, werden unter bestimmten Bedingungen weiterhin Gratiszuteilungen erhalten. Die Entscheidung zum Effort Sharing (Lastenteilung) regelt die Aufteilung der Emissionsreduktionen unter den Mitgliedstaaten in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, beispielsweise Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft und Abfall. Die Richtlinie zur Abscheidung und geologischen Speicherung von CO<sub>2</sub> schafft einen europäischen Rechtsrahmen für diese Technologie. Die Richtlinie über die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien legt das Gesamtziel und die Aufteilung unter den Mitgliedstaaten fest, um bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 20 % zu erhöhen.

Eng im Zusammenhang mit dem Klima- und Energiepaket stehen die Verordnung zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenkraftwagen und die Änderung der Richtlinie zur Treibstoffqualität, die ebenfalls in erster Lesung angenommen wurden.

**LIFE+** ist das Umweltförderungsinstrument der EU, welches im Zeitraum 2007–2013 mit insgesamt 2,14 Milliarden Euro dotiert ist. EU-weit wurden 186 Millionen Euro für 147 Projekte bereitgestellt, darunter vier aus Österreich.

In Umsetzung der erneuerten **europäischen Strategie für nachhaltige Entwicklung** wurden von der Europäischen Kommission Legislativvorschläge im Bereich nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster vorgelegt. Das europäische Nachhaltigkeitsnetzwerk (**ESDN**), dessen Vorsitz Österreich innehat, umfasst nunmehr alle EU-Mitgliedstaaten.

## 10. Energie

Die EU setzte angesichts der Herausforderungen von Klimawandel, Energiekosten und Energieversorgungssicherheit die 2007 in Angriff genommene Ausgestaltung einer Energiepolitik für Europa (**EPE**) konsequent fort.



*Österreich in der Europäischen Union*

Zu den laufenden Arbeiten am Dritten Liberalisierungspaket für den Energiebinnenmarkt stellte die Europäische Kommission am 23. Jänner ihren Vorschlag eines **Klima- und Energiepakets** vor, welches im Bereich Energie vor allem Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs, zur Effizienzsteigerung und zur Förderung erneuerbarer Energien enthält. Der Europäische Rat vom 15. und 16. Oktober beschloss Schritte zur Gewährleistung der Energiesicherheit, unter anderem durch die Schaffung eines Binnenmarkts für Elektrizität und Gas, die Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz, die Diversifizierung von Energiequellen und Lieferrouen, die Optimierung der Energieinfrastrukturen in und um die EU sowie den Ausbau der Energiebeziehungen mit den betreffenden Liefer- und Transitländern.

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 13. November ihre Mitteilung **Überprüfung der europäischen Energiestrategie** zu Versorgungssicherheit und Energieeffizienz, die im Rat geprüft wird und Grundlage für eine strategische Neuausrichtung der europäischen Energiesicherheitspolitik sein soll. Somit stehen Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgungssicherheit im Mittelpunkt der energiepolitischen Initiativen der Gemeinschaft.

Die Bemühungen um Integration der energiepolitischen Interessen der EU in bestehende Kooperationsinstrumente mit Drittstaaten und außereuropäischen Regionen wurden fortgesetzt.

Österreich verfolgte in all diesen Prozessen seine energiepolitischen Interessen, vor allem im Hinblick auf die Förderung erneuerbarer Energien, Ausgestaltung des Energiebinnenmarkts und Diversifizierung der Energiequellen und Routen. Ein besonderer Fokus lag auf der Unterstützung Österreichs für die Realisierung des Pipeline-Projekts **Nabucco**. Weiters setzte sich Österreich für die Gründung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (**IRENA**) ein und schlug Wien als deren Amtssitz vor.

## 11. Bildung und Jugend

Im Rahmen des Fortschrittsberichts des Rats und der Europäischen Kommission über die Umsetzung des Arbeitsprogramms Allgemeine und berufliche Bildung 2010 unterstrichen die BildungsministerInnen die Bedeutung der Bildung im Wissensdreieck gemeinsam mit Kreativität und Innovation. Ein wesentlicher Impuls für Innovationsfähigkeit wird hierbei vom **Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation 2009** ausgehen. Im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses nahm der Rat zudem im November das Bordeaux-Kommuniqué zur Stärkung der Verbindungen zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkt an.

Angesichts des demografischen Wandels betonten die BildungsministerInnen die Bedeutung der Qualifizierung von Erwachsenen. So ermöglichte das **Programm für Lebenslanges Lernen** rund 9.000 Studierenden, Jugendlichen



*Die Politiken der Europäischen Union*

und Erwachsenen einen Studien- oder Arbeitsaufenthalt in einem anderen EU-Land. Weitere Steigerungen der Mobilitätsmöglichkeiten wurden vereinbart. Der Rat beschloss im Februar mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen ein Instrument, das nationale Qualifikationen europaweit vergleichbar macht.

Bei der Empfehlung zur Einrichtung des **Europäischen Leistungspunktesystems** für die Berufsbildung und der Empfehlung zur Einrichtung eines europäischen Bezugsrahmens für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung wurde mit dem Europäischen Parlament Einigung in erster Lesung erzielt. Im Bereich der Hochschulbildung wurden die Verhandlungen für die zweite Programmgeneration des **Kooperations- und Mobilitätsprogramms ERASMUS MUNDUS** für den Zeitraum 2009–2013 erfolgreich abgeschlossen.

Die Konferenz zur **Mehrsprachigkeit** im Februar, die informelle Bildungsministerkonferenz im Juli sowie die Schlussfolgerungen des Rats zur Förderung interkultureller Kompetenzen und die Entschließung zu einer europäischen Strategie für Mehrsprachigkeit thematisierten die Bedeutung kultureller und sprachlicher Vielfalt für die persönliche und berufliche Entwicklung sowie für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt.

Neben der Konsolidierung des EU-Programms **Jugend in Aktion** wurden die ursprünglichen fünf Aktionslinien – Begegnungen von Jugendgruppen, Freiwilligendienst, Kooperationen mit Drittstaaten, Ausbildung von LeiterInnen sowie Dialog zwischen Jugendlichen und EntscheidungsträgerInnen – weiterverfolgt. Schwerpunkte waren das Jahr des Interkulturellen Dialogs sowie die Europäische Jugendwoche. In Österreich wurden 273 Projekte eingereicht, 165 davon gefördert.

## 12. Forschung

Im Rahmen der Koordinierung von nationalen Förderprogrammen nach Artikel 169 EGV wurden die Initiative **Ambient Assisted Living** (Unterstützende Lebensumgebung) im Juni und die Initiative **EUROSTARS** zugunsten stark forschungsorientierter KMU im Juli beschlossen. Die Initiative für ein Europäisches Metrologieforschungsprogramm (**EMRP**) wurde von der Europäischen Kommission im Dezember vorgelegt. Das **Forschungsprogramm zu Brennstoffzellen und Wasserstoff** wurde vom Rat Wettbewerbsfähigkeit am 30. Mai als bereits fünfte Gemeinsame Technologieinitiative angenommen.

Die endgültige Einigung über die Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (**EIT**) erfolgte am 21. Jänner, über den Verwaltungssitz in Budapest am 18. Juni.

Die Europäische Kommission führte ihr 2007 veröffentlichtes Grünbuch zum **Europäischen Forschungsraum** mit den Mitteilungen über bessere Karriere-möglichkeiten und mehr Mobilität, gemeinsame Programmplanung, gesamt-

*Österreich in der Europäischen Union*

europäische Forschungsinfrastrukturen, internationale wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie Management von geistigem Eigentum in öffentlichen Forschungseinrichtungen näher aus. Erstere wurde mit dem Ziel der Schaffung eines europäischen Arbeitsmarkts für ForscherInnen im Frühjahr angenommen.

Weiters legte die Europäische Kommission am 25. Juli einen Vorschlag für eine Verordnung des Rats für einen Rechtsrahmen für gemeinsame Europäische Forschungsinfrastrukturen nach Art 171 EGV und am 24. September die Mitteilung „Europäischer Strategierahmen für die internationale wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit“ vor. Zum Thema Schutz des geistigen Eigentums nahm die Europäische Kommission im April eine für Mitgliedstaaten und ihre Forschungseinrichtungen freiwillige Empfehlung für den Umgang mit geistigem Eigentum bei Wissenstransfertätigkeiten an, welche der Rat Wettbewerbsfähigkeit am 30. Mai begrüßte.

Das aus VertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zusammengesetzte Europäische Strategieforum für die Forschungsinfrastrukturen (**ESFRI**) wurde beim Rat Wettbewerbsfähigkeit im Dezember mit der zweiten Ausgabe des europäischen Fahrplans für Forschungsinfrastrukturen präsentiert.

### **13. Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**

Bei der Umsetzung des im November 2004 vom Europäischen Rat beschlossenen **Haager Programms** für den Zeitraum 2005–2009 wurden weitere Fortschritte erzielt.

Die im Bereich Justiz und Inneres bestehende regionale Zusammenarbeit zwischen Bulgarien, Österreich, Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Tschechien im Rahmen des „**Forum Salzburg**“ wurde sowohl auf Ebene der InnenministerInnen als auch auf Arbeitsebene fortgesetzt.

Die **Schengenerweiterung** ist ein wichtiger Meilenstein für ein gemeinsames Europa und für die Weiterentwicklung des europäischen Friedensprojekts. Im März wurden für jene Staaten, die 2007 dem Schengener Abkommen beigetreten waren, auch die Grenzkontrollen auf den Flughäfen abgeschafft. Die **Schweiz** trat dem Schengenraum im Dezember bei; wobei dem Wegfall der Personengrenzkontrollen an den Landgrenzen am 12. Dezember jene auf den Flughäfen am 29. März 2009 folgen wird. **Liechtenstein** strebt einen Schengenvollbeitritt für September 2009 an.

Die zuständigen österreichischen Stellen setzten sich laufend dafür ein, dass die Chancen der Schengenerweiterung voll genützt, gleichzeitig aber die Risiken so gering wie möglich gehalten wurden. Wichtige Schritte waren die weitere Festigung der mitteleuropäischen Sicherheitspartnerschaft im Rahmen des „Forum Salzburg“, der Abschluss moderner Polizeikooperati-

*Die Politiken der Europäischen Union*

onsverträge und die darauf aufbauende enge polizeiliche Zusammenarbeit. Grundvoraussetzung für die Aufhebung der Grenzkontrollen war die Teilnahme der betroffenen, 2004 der EU beigetretenen neuen Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Zyperns) am Schengener Informationssystem.

## 14. Terrorismusbekämpfung

Terrorismus stellt eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit Europas, die Werte der demokratischen Gesellschaften und die Rechte und Freiheiten der europäischen BürgerInnen dar. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 sowie den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) misst die EU dem Kampf gegen den Terrorismus einen besonders hohen Stellenwert bei.

Die EU nahm 2005 eine **Strategie zur Terrorismusbekämpfung** sowie eine Strategie und einen detaillierten Aktionsplan zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung mit der Verpflichtung an, den Terrorismus für die Verwirklichung eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts für ihre BürgerInnen weltweit unter Achtung der Menschenrechte zu bekämpfen. Verstärktes Augenmerk wurde auf die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in der **Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung** für den Terrorismus gelegt. Ein besonders erfolgreiches Projekt stellte dabei das von Deutschland, Frankreich und Österreich erarbeitete Handbuch „Gewaltbereite Radikalisierung – Wie die betroffenen Berufsgruppen sie erkennen und ihr entgegentreten können“ dar. Im Juli nahm der Rat eine überarbeitete **Strategie gegen die Terrorismusfinanzierung** an.

Die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Explosivstoffe sowie der Schlussfolgerungen des Rats vom Dezember 2007 zur Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer (CBRN) Bedrohungen und zur Biogefahrenabwehr wurde fortgesetzt.

Der **EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung** Gilles de Kerchove koordiniert die Arbeit im Rat und soll die aktive Rolle der EU im Kampf gegen den Terrorismus sicherstellen.

Da Terrorismus ein globales Problem ist und ein großer Teil der Bedrohungen außerhalb der EU entsteht, hängt die Sicherheit der Union direkt von Entwicklungen in anderen Ländern ab. Der Terrorismusbeauftragte verwies prioritär auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit Pakistan und der Sahel-Zone. Bei der Kooperation mit den Maghrebstaaten stehe weiterhin die Bekämpfung der Radikalisierung und Anwerbung im Vordergrund. Schwerpunktmäßig führt die Union ihre Unterstützung in der Region der westlichen Balkanländer fort. Weiters solle verstärkt Augenmerk auf die transatlantische Zusammenarbeit gerichtet werden. Die EU trägt durch ihre **militärischen und zivilen Einsätze zur Krisenbewältigung** im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zur Verbesserung des Sicherheitsumfelds bei, welches einen Einfluss auf die Bedingungen für

*Österreich in der Europäischen Union*

Radikalisierung und Gewaltbereitschaft in Drittländern hat. **Aktionspläne** zur technischen Hilfestellung an Drittländer in der Terrorismusbekämpfung fördern den Aufbau erforderlicher Strukturen und bieten Ausbildungslehrgänge im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus an.

Die EU tritt konsequent für **multilaterale Ansätze bei der Terrorismusbekämpfung** ein und unterstützt die zentrale Rolle der VN, insbesondere die im Rahmen der 2006 von der Generalversammlung der VN (VN-GV) verabschiedete Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus (siehe Kapitel H.III.).

Im Bereich der operativen Terrorismusbekämpfung unterstützt und koordiniert die in Den Haag ansässige europäische Polizeibehörde **EUROPOL** die Bemühungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Ihre Aufgabe besteht in der Erleichterung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten sowie in der Auswertung von Informationen. EUROPOL besitzt keine Vollstreckungs- und Ermittlungsbefugnisse.

Auf Initiative Österreichs wurden Schritte zur Stärkung der Zusammenarbeit von EUROPOL mit **EUROJUST** eingeleitet. EUROJUST unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verfolgung schwerer grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität und fördert die europaweite Zusammenarbeit bei strafrechtlichen Fällen.

Weitere Maßnahmen zum Schutz der BürgerInnen betreffen die Verbesserung des Grenzschutzes und der Dokumentensicherheit, den Schutz kritischer Infrastruktur, die Verbesserungen bei der Flugsicherheit und die Gefahrenabwehr in Häfen sowie die Kontrolle von bei der Herstellung von Sprengstoffen verwendeten Substanzen.

## **VI. Die Außenbeziehungen der Europäischen Union**

### **1. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

#### **1.1. Allgemeines**

Die zentralen Themen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) waren die Fortsetzung des Stabilisierungsprozesses am westlichen Balkan, die Lage in Georgien, die Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten sowie die Situation in Afghanistan und im Iran. Mit den Bemühungen der Union zur Bewältigung der Krisen in der Demokratischen Republik Kongo, in Simbabwe, in Somalia und im Tschad intensivierten sich die GASP-Aktivitäten in Afrika. Darüber hinaus trug die EU durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europarat, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den VN zur Stärkung eines wirksamen Multilateralismus bei.

Im Rahmen der GASP wurden die aktuellen außenpolitischen Themen auf EU-Ebene behandelt. Die EU bezog zu bedeutenden Themen in der Form von

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Erklärungen oder Schlussfolgerungen des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen sowie des Europäischen Rats Stellung. Darüber hinaus wurde sie in zahlreichen Demarchen aktiv, besonders im Bereich der Menschenrechte.

Das Jahr 2008 brachte eine Ausweitung der Aktivitäten im Bereich des Krisenmanagements im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (**ESVP**): Im März erreichte die EU-Mission EUFOR Tchad/RCA ihre erste Einsatzfähigkeit, nach der Georgienkrise im August wurde binnen kürzester Zeit eine Beobachtermission in den Südkaukasus entsandt, in den Gewässern vor dem Horn von Afrika ist seit Dezember die erste ESVP-Marineoperation im Einsatz, des Weiteren wurde eine neue Mission zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors in Guinea-Bissau eingerichtet.

Der Rat adaptierte bestehende **Sanktionen** gegen Côte d'Ivoire, den Iran, die Komoren, Usbekistan sowie Staaten des ehemaligen Jugoslawiens zur Förderung von deren Zusammenarbeit mit ICTY. Der Rat beschloss die Erweiterung des von individuellen Maßnahmen betroffenen Personenkreises in Simbabwe sowie eine sechsmonatige Aussetzung des Reiseverbots für bestimmte Mitglieder der belarussischen Regierung. Darüber hinaus wurde die Liste jener Personen und Gruppen überarbeitet, die von spezifischen restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus betroffen sind.

Ein wichtiges Instrument der GASP sind die Sonderbeauftragten der EU (**EUSB**). Die bestehenden Mandate für Afghanistan, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Moldau, den Sudan, die Afrikanische Union (AU), den Nahost-Friedensprozess, die Region der Großen Seen (Burundi, Kenia, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Tansania und Uganda), den Südkaukasus und Zentralasien wurden zuerst um eines für den Kosovo sowie nach dem russisch-georgischen Konflikt um eines für die Krise in Georgien erweitert. Darüber hinaus gibt es seit Ende 2007 einen EU-Sondergesandten für Burma/Myanmar.

Das **GASP-Budget** betrug im Jahr 2008 285 Millionen Euro. Für das Jahr 2009 wird das GASP-Budget insgesamt 242,75 Millionen Euro betragen. Der Großteil dieser Mittel diente der Finanzierung von zivilen Krisenmanagementoperationen, der Aktivitäten von EUSB sowie der Förderung von Abrüstung und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

## 1.2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

### 1.2.1. Laufende Operationen zur Krisenbewältigung

Die EU-Militäroperation zur Stabilisierung von Bosnien und Herzegowina **EUFOR-Althea** wurde mit einer durchschnittlichen Personalstärke von etwa 2.200, davon 110 aus Österreich, fortgeführt. Ende des Jahres begannen erste Planungen für eine Nachfolgemission zur Beratung und Unterstützung der Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina, sofern die weitere politische

*Österreich in der Europäischen Union*

Entwicklung im Land eine entsprechende Umwandlung von EUFOR-Althea gerechtfertigt erscheinen lässt. Österreich stellte eine Kompanie für ein von Deutschland geführtes Bataillon im Rahmen der aus drei Bataillonen bestehenden so genannten operationellen Reservekräfte, welche in ihren Herkunftsländern bereitstehen, um im Krisenfall rasch die Truppen von EUFOR-Althea sowie des multinationalen Friedenseinsatzes im Kosovo KFOR zu verstärken.

Auch die seit Anfang 2003 bestehende Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina (**EUPM**) stützt die Stabilisierung des Landes. Entsprechend ihrem seit Anfang 2006 neu ausgerichteten Mandat unterstützt die Mission die Bildung eines effizienten, auf rechtsstaatlichen Grundsätzen beruhenden multiethnischen Polizeiapparats sowie die Anstrengungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Österreich stellte für diese Mission fünf Polizeibeamte.

Die vom Rat im Februar beschlossene Rechtsstaatlichkeitsmission im Kosovo (**EULEX KOSOVO**) nahm im Dezember ihre Tätigkeit auf. Die Mission wird die kosovarischen Behörden beim weiteren Aufbau der Strukturen von Polizei, Justiz und Zollwesen unterstützen und übernimmt die bisher in diesen Bereichen von der Übergangsverwaltungsmission der VN im Kosovo (UNMIK) wahrgenommenen Kompetenzen. Der Beginn der Tätigkeit von EULEX KOSOVO hatte sich aufgrund von Widerständen Serbiens und der serbischen Bevölkerungsgruppe im Kosovo erheblich verzögert. Erst nach einer Vereinbarung mit den VN über eine ursprünglich in dieser Form nicht vorgesehen erweiterten Zusammenarbeit bzw. Arbeitsteilung („Sechs Punkte“) und der Zustimmung Belgrads zu diesen Änderungen konnte EULEX KOSOVO ihre Tätigkeit am 9. Dezember aufnehmen. Mit bis zu 3.000 Missionsangehörigen stellt EULEX KOSOVO die bisher weitaus größte zivile ESVP-Mission dar. Österreich nimmt mit bis zu 35 ExpertInnen aus den Bereichen Polizei und Justiz an der Mission teil.

Im Rahmen der Umsetzung des durch den französischen EU-Vorsitz vermittelten Waffenstillstands zwischen Georgien und Russland nach dem im August ausgebrochenen Konflikt um die georgische Provinz Südossetien wurde auch die Entsendung einer EU-Beobachtermission nach Georgien (**EUMM Georgia**) vereinbart, die ihre Tätigkeit am 1. Oktober aufnahm. Neben der Überwachung des Abzugs der Truppen auf ihre ursprünglichen Positionen vor dem Ausbruch des Konflikts umfasst das vorerst bis Mitte September 2009 geltende Mandat der Mission auch die Beobachtung der Rückkehr der durch den Konflikt vertriebenen Menschen an ihre ursprünglichen Heimstätten und der Wahrung der Menschenrechte durch alle Parteien im Einsatzgebiet der Mission. Vorerst konzentrieren sich die Aktivitäten von EUMM Georgia auf die an Südossetien und Abchasien angrenzenden Gebiete Georgiens, die im Laufe des Konflikts vorübergehend durch russische Truppen und südossetische bzw. abchasische Separatisten besetzt worden waren. Die EU strebt aber in Betonung der territorialen Integrität Georgiens eine Ausdehnung des

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Einsatzgebiets ihrer BeobachterInnen auch auf Südossetien und Abchasien an. Die Mission umfasst rund 230 BeobachterInnen, davon drei Polizeibeamte und eine Menschenrechtsexpertin aus Österreich.

Die Gefährdung der Handelsschifffahrt am Horn von Afrika durch Piraten nahm nicht zuletzt wegen der über weiten Teilen von Somalia und seinen Küstengewässern fehlenden effektiven staatlichen Kontrolle stark zu. Der VN-SR schuf in der Folge in mehreren Resolutionen die Rechtsgrundlage für das Vorgehen internationaler Marinekräfte gegen die Piraterie in somalischen Gewässern. Die EU beschloss am 10. November, zu diesen Bemühungen mit ihrer ersten Flottenoperation im Rahmen der ESVP, **EU NAVFOR Somalia (Operation „Atalanta“)**, beizutragen. Hauptaufgabe ist die Eskortierung von Somalia anlaufenden Schiffen des VN-Welternährungsprogramms (WFP) und von anderen besonders gefährdeten Frachtern sowie die Durchführung von Patrouillen in stark piratenbedrohten Gewässern. Österreich beteiligt sich nicht aktiv an dieser Operation, setzte sich aber in ihrer Vorbereitung mit Erfolg für die Klarstellung ein, dass die im Rahmen der Operation „Atalanta“ aufgegriffenen, der Piraterie verdächtigen Personen nur dann an Drittstaaten zur weiteren Strafverfolgung ausgeliefert werden dürfen, wenn sichergestellt ist, dass die dabei relevanten Menschenrechtsstandards respektiert werden und diesen Personen vor allem nicht die Todesstrafe droht (siehe auch Kapitel E.III.3.14.4.).

Im März wurde die erste Einsatzfähigkeit der Truppen der humanitären Militäroperation **EUFOR Tchad/RCA** hergestellt. Hauptzweck der Operation ist der Schutz der Flüchtlinge aus Darfur und der Binnenvertriebenen im Osten Tschads und im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik sowie des humanitären Hilfspersonals und des Personals der Mission der VN in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad (MINURCAT). EUFOR Tchad/RCA wurde als eine auf ein Jahr begrenzte Überbrückungsoperation konzipiert, bis die Aufgaben der EU-Truppe von einer Operation unter VN-Kommando übernommen werden können. In diesem Sinne gab der Sicherheitsrat der VN (VN-SR) mit Resolution 1834 (2008) vom 24. September Vorbereitungsarbeiten in Auftrag, EUFOR Tchad/RCA ab 15. März 2009 durch eine neue Militärkomponente der bereits bestehenden MINURCAT abzulösen (siehe auch Kapitel A.VI.10.). Die Truppenstärke von EUFOR Tchad/RCA betrug bis zu 3.600 Personen, Österreich beteiligte sich an diesem Einsatz mit einem Kontingent von bis zu 160 Angehörigen des Bundesheeres.

Im Juni wurde das Mandat der seit 2005 bestehenden Mission **EUSEC RD Congo** um ein Jahr verlängert. Die Mission unterstützt die Reform der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo in den Zentralstellen in Kinshasa und auf der Kommandoebene der Regionen und Provinzen, etwa durch eine systematische Zählung und Erfassung aller Militärangehörigen. Seit dem Sommer 2007 nehmen bis zu zwei österreichische Offiziere an dieser Mission teil.



*Österreich in der Europäischen Union*

Neben EUSEC RD Congo ist die EU in der Demokratischen Republik Kongo auch mit der Polizeimission **EUPOL RD Congo** tätig. Ihr Ziel ist die Beratung und Unterstützung der Regierung der Demokratischen Republik Kongo bei der Reform der nationalen Polizeikräfte und bei der Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Österreich ist an dieser Mission nicht beteiligt.

Seit Juni unterstützt die EU in Guinea-Bissau die Reform des Sicherheitssektors (SSR), insbesondere die Umstrukturierung von Streitkräften, Polizei, Grenzschutz und Justiz, mit der Mission **EU SSR Guinea-Bissau**. Guinea Bissau war zuletzt immer mehr zu einem Durchgangsland für den Drogenschmuggel von Lateinamerika nach Europa geworden, wobei der Sicherheitsapparat des Landes bei der Bewältigung der Herausforderungen vor großen Schwierigkeiten steht. Österreich ist an dieser Mission nicht beteiligt.

Die EU hatte im November 2005 auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Palästinensischen Behörde und der israelischen Regierung eine Mission zur Unterstützung der Grenzüberwachung am Grenzübergang Rafah zwischen dem Gaza-Streifen und Ägypten (**EU BAM Rafah**) eingerichtet. Seit Juni 2007 blieb der Grenzübergang infolge der Machtübernahme durch die Hamas im Gaza-Streifen geschlossen. Die Mission ist mit verringertem Personalstand weiter präsent, um Ausbildungsaktivitäten weiterzuführen und bei einer Lageänderung eine rasche Neuöffnung des Grenzübergangs zu ermöglichen. Österreich war vor der Schließung des Grenzübergangs mit einer Zollexpertin an EU BAM Rafah beteiligt. Bei Wiederöffnung des Übergangs ist eine rasche Wiederaufnahme der österreichischen Beteiligung möglich.

Die Anfang 2006 eingerichtete EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete (**EUPOL COPPS**) unterstützt die palästinensische Zivilpolizei beim Aufbau tragfähiger und effektiver Polizeistrukturen im Einklang mit internationalen Standards. Die im Sommer eingerichtete Abteilung für Rechtsstaatlichkeit im Rahmen von EUPOL COPPS, die sich vor allem der Schnittstelle zwischen Polizei- und Justizinstanzen widmen soll, war von einer österreichischen RichterIn vorbereitet worden und steht nunmehr unter der Leitung eines Experten des Bundesministeriums für Justiz. Österreich unterstützte die Mission darüber hinaus mit der Entsendung von zwei Polizisten und einem weiteren Rechtsexperten.

Seit Juli 2005 betreibt die EU auf Ersuchen der irakischen Regierung die integrierte Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (**EUJUST LEX**) mit dem Ziel, durch Abhaltung von Kursen für hochrangige irakische ExpertInnen aus den Bereichen Polizei sowie Strafjustiz und -vollzug am Aufbau eines modernen, westlichen Standards der Rechtsstaatlichkeit sowie der Achtung der Menschenrechte entsprechenden Polizei- und Justizapparats im Irak mitzuwirken. Die Kurse finden nicht im Irak selbst, sondern in EU-Staaten oder anderen Staaten der Region statt. Bis Ende des Jahres wurden rund 1.800 irakische höhere BeamtInnen von Polizei-, Justiz- und Strafvollzugsbehörden in zahlreichen in den EU-Mitgliedstaaten abgehaltenen



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Kursen geschult. Österreich unterstützte die Mission von Beginn an mit der Entsendung von Kursvortragenden aus den Bereichen Polizei und Justiz. Im Jahr 2008 wurde mit einem Kurs an der Justizakademie Schwechat für leitende Beamte aus dem irakischen Strafvollzugssystem erstmals eine solche Veranstaltung in Österreich abgehalten.

Die seit Juni 2007 tätige Polizeimission der EU in Afghanistan (**EUPOL Afghanistan**) soll die afghanische Regierung beim Aufbau eines eigenen, internationalen Standards entsprechenden, zivilen Polizeiapparats unterstützen. Österreich nimmt an dieser Mission nicht teil.

### 1.2.2. Ausbau der zivilen und militärischen Kapazitäten zur Krisenbewältigung

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Arbeiten am Zivilen Planziel 2008 für den Ausbau der zivilen Krisenmanagementkapazitäten der EU im Dezember 2007 begann die Umsetzung des neuen **Zivilen Planziels 2010**. Zu den wichtigsten Vorhaben zählen dabei die Ausarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien für die Rekrutierung von Personal für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen, die Erstellung eines Grundlagenkonzepts für die administrativ-logistische Unterstützung dieser Missionen sowie die systematische Erfassung potenzieller Beiträge von EU-Drittstaaten zur Verbesserung der zivilen ESVP-Kapazitäten. Österreich meldete insgesamt 147 ExpertInnen aus verschiedenen Fachbereichen für zivile EU-Krisenbewältigungsmissionen ein.

Bereits im Rahmen des Zivilen Planziels 2008 wurde ein Pool von rund 100 speziell ausgebildeten ExpertInnen aus den EU-Mitgliedstaaten geschaffen, die in Form von anlassbezogen zusammengestellten kleinen Zivilen Reaktionsteams (**CRT**) innerhalb weniger Tage für Aufgaben im Zusammenhang mit dem zivilen Krisenmanagement entsandt werden können. Österreich meldete zwei Experten ein, von denen einer an einer Ermittlungsmission zur Erweiterung des Mandats von EUPOL COPPS teilnahm.

Der im Jahr 2007 abgeschlossene „Fortschrittskatalog“, eine systematische Bilanz über bislang erzielte Fortschritte und noch bestehende Fähigkeitslücken, bildete die Grundlage für den weiteren Aufbau der militärischen ESVP-Kapazitäten im Rahmen der Umsetzung des **Militärischen Planziels 2010**. Die aus MilitärexpertInnen aller Mitgliedstaaten zusammengesetzte „Arbeitsgruppe Planziel“ erarbeitete Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Schließung der erkannten Fähigkeitslücken sowie für eine Reihung dieser Maßnahmen nach ihrer Priorität. Bei der Umsetzung dieser Vorschläge wird auch die Europäische Verteidigungsagentur eine wichtige Funktion einnehmen.

Eine besondere Bedeutung kommt im Rahmen des Militärischen Planziels 2010 dem **Konzept der rasch verfügbaren Einsatzverbände** zu. Auf Basis einer halbjährlichen Rotation stehen stets zwei solcher jeweils rund 1.500

*Österreich in der Europäischen Union*

Personen umfassenden Verbände bereit, um im Bedarfsfall innerhalb von fünf bis 15 Tagen in Einsatz gebracht werden zu können. Im Jahr 2007 gab Österreich die Absicht bekannt, in der ersten Jahreshälfte 2011 mit rund 100 SoldatInnen an einem von den Niederlanden geführten Verband teilzunehmen, dem auch Truppen aus Deutschland, Finnland und Litauen angehören werden. Im Frühjahr 2008 erfolgte die Ankündigung der Beteiligung Österreichs an einem weiteren Einsatzverband in der zweiten Jahreshälfte 2012, der von Deutschland geführt werden und auch Truppen aus Irland, Kroatien, Mazedonien und Tschechien umfassen soll. Eine Entscheidung über den Umfang dieser Beteiligung wurde noch nicht getroffen.

### 1.2.3. Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen

Praktische Maßnahmen der Krisenbewältigung berücksichtigen den Umstand, dass im Einsatzraum meist eine Vielzahl internationaler Organisationen in verschiedenen Bereichen tätig ist. Dies erfordert vor allem die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen Organisationen, insbesondere den VN, der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), der OSZE und der Afrikanischen Union (AU). Beispielsweise stimmt sich die 2008 eingerichtete ESVP-Beobachtungsmission EUMM Georgia eng mit der in diesem Raum seit 1992 bzw. 1993 tätigen Beobachtermission der OSZE und der Beobachtermission der VN in Georgien (UNOMIG) ab.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen **EU und VN** zeigt sich auch im Tschad, wo EUFOR Tchad/RCA eng mit MINURCAT zusammenarbeitet und im Frühjahr 2009 durch eine VN-Truppe abgelöst werden wird.

Die Kooperation zwischen **EU und NATO** wurde fortgeführt. Konkret wird die ESVP-Operation EUFOR-Althea in Bosnien und Herzegowina unter Rückgriff auf Einrichtungen und Kapazitäten der NATO durchgeführt. Darüber hinaus sind EU und NATO gemeinsam mit Krisenmanagementeinsätzen in Afghanistan und im Kosovo präsent; die EU jeweils mit zivilen Kapazitäten, während die NATO militärische Aufgaben wahrnimmt. Auch der Aufbau der militärischen Kapazitäten der EU wird in Abstimmung mit der NATO vorgenommen, der 21 EU-Staaten angehören. Dabei wird sichergestellt, dass die Anforderungen, die im Rahmen von EU und NATO an die Streitkräfte von deren Mitgliedstaaten gestellt werden, kompatibel sind bzw. einander ergänzen.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von **EU und AU** steht seit Dezember 2007 auf der Grundlage der damals vom EU-Afrika-Gipfel in Lissabon angenommenen Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie. Die Strategie umfasst unter anderem auch eine Friedens- und Sicherheitspartnerschaft und einen konkreten Aktionsplan zu deren Fortentwicklung, mit dessen Umsetzung 2008 begonnen wurde.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

## 2. Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (**ENP**) zielt darauf ab, die Vorteile der Erweiterung – Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand – mit den Nachbarländern der EU im Osten und im südlichen Mittelmeerraum zu teilen, jedoch in einer anderen Form als durch die EU-Mitgliedschaft. Sie umfasst Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldau, Marokko, die Palästinensische Behörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP erfolgt auf der Grundlage der bestehenden bilateralen Assoziierungsabkommen bzw. Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Konkrete Zielsetzungen, wie die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung oder marktwirtschaftlicher Prinzipien werden in individuellen, je nach Partnerland differenzierten mehrjährigen Aktionsplänen vereinbart.

Die Europäische Kommission legte am 3. Dezember ambitionierte Vorschläge über die Ausgestaltung einer **Östlichen Partnerschaft** mit Armenien, Aserbaidshan, Belarus (abhängig von der Entwicklung der Beziehungen zur EU), Georgien, Moldau und der Ukraine vor. Diese Partnerschaft sieht einen neuen Typus von Assoziierungsabkommen vor, welche eine graduelle Integration in den Wirtschaftsraum der EU und größere gegenseitige Öffnung mit sich bringen können. In den diesbezüglichen Verhandlungen mit der Ukraine wurden seit ihrem Start im Jahr 2007 substantielle Fortschritte erzielt; Verhandlungen über eine vertiefte und umfassende Freihandelszone wurden im Februar im Gefolge des Beitritts des Landes zur Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen.

Die Umsetzung der Aktionspläne mit Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko und Tunesien wurde fortgesetzt.

Beim Treffen des Assoziationsrats EU-Israel vom 16. Juni wurde eine schrittweise Aufwertung der bilateralen Beziehungen beschlossen. Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom Dezember erkannte das Prinzip eines verstärkten Dialogs zwischen der Union und **Israel** unter dem Hinweis an, dass die Vertiefung der Beziehungen der israelischen Regierung als Anreiz für ein umfassendes Handeln zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort und zu Fortschritten beim Friedensprozess diene. Mit **Libyen** wurden Verhandlungen über ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen aufgenommen. Die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit **Syrien** wurden abgeschlossen und das Abkommen im Dezember paraphiert. Die Umsetzung des mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugunsten der **Palästinensischen Behörde** 1997 abgeschlossenen Interims-Assoziierungsabkommens wurde infolge der Bildung der neuen palästinensischen Regierung wieder aufgenommen.

Die Außenhilfe der EU wird mit dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (**ENPI**) finanziert, welches im Programmplanungszeitraum 2007–2013 mit rund 12 Milliarden Euro dotiert ist, die für Mecha-

nismen wie TAIEX – die zielgerichtete Unterstützung durch Sachverständige – und langfristig angelegte Partnerschaften wie Twinning zur Verfügung stehen.

### 3. Südosteuropa / Westliche Balkanländer

#### 3.1. Entwicklungen in den einzelnen Staaten

##### 3.1.1. Kroatien

Nach den Parlamentswahlen im November 2007 wurde am 12. Jänner neuerlich eine **Koalitionsregierung** unter der Führung des Parteichefs der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) Ivo Sanader angelobt.

Am 12. März beschloss das kroatische Parlament, die am 1. Jänner in Kraft getretene Anwendung der Umwelt- und Fischereischutzzone (**ZERP**) auch auf EU-Mitgliedstaaten vorübergehend aufzuheben. Damit wurde eine Verpflichtung gegenüber der Europäischen Kommission sowie Italien und Slowenien erfüllt.

Bei den offenen **Grenzfragen** zwischen Kroatien und Slowenien in der Bucht von Piran sowie einigen Abschnitten der Landgrenze kam es zu keinen Fortschritten. Die Europäische Kommission hielt ihren Standpunkt aufrecht, dass es sich dabei um ein ausschließlich bilaterales Problem handle (siehe Kapitel A.II.1.). In der Frage des Grenzverlaufs in der Bucht von Prevlaka einigten sich Kroatien und Montenegro auf ein Schiedsgerichtsverfahren.

Am 19. März erkannte Kroatien die **Republik Kosovo** diplomatisch an.

Kroatien übernahm im Jänner für den Zeitraum 2008–2009 einen Sitz als nichtständiges Mitglied des **VN-SR**.

Am 9. Juli wurde in Brüssel das Protokoll betreffend den kroatischen **Beitritt zur NATO** unterzeichnet. Ende des Jahres war der Ratifikationsprozess noch nicht abgeschlossen.

Das **OSZE-Büro** zur Beobachtung der in Kroatien geführten Kriegsverbrecherprozesse und der Fortschritte bei den noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsrückkehr wurde fortgeführt.

##### 3.1.2. Mazedonien

Die **euro-atlantische Integration** ist erklärtes außenpolitisches Ziel Mazedoniens. Der auf dem NATO-Gipfel vom April angestrebte NATO-Beitritt scheiterte aufgrund der Namensfrage am Widerstand Griechenlands.

Bei den vorgezogenen **Neuwahlen** am 1. Juni gab es zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Gewaltakte, sodass zwei partielle Wahlwiederholungen notwendig wurden. Die im kritischen Wahlbericht des Büros für demokratische

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Institutionen und Menschenrechte der OSZE (BDIMR) enthaltenen Empfehlungen fanden im neuen Wahlgesetz vom Oktober ihren Niederschlag. Dadurch sollten die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Verlauf der im März 2009 stattfindenden Präsidentschafts- und Kommunalwahlen geschaffen werden. Aus den Parlamentswahlen ging die Wahlkoalition unter Führung der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE) von Premierminister Nikola Gruevski mit absoluter Mehrheit hervor. Die Beteiligung der Demokratischen Union für die Integration (DUI) als stärkster albanischer Partei sicherte der neuen Regierung eine Zweidrittelmehrheit sowie die Mehrheit der Abgeordneten der nationalen Minderheiten. Die ersten Wochen nach den Wahlen waren von einem Parlamentsboykott der Opposition und einer im Eilverfahren erfolgten Annahme von zahlreichen Gesetzen durch die Regierungsmehrheit geprägt.

Der **Fortschrittsbericht** der Europäischen Kommission vom 5. November, in dem besonders der Wahlverlauf sowie der mangelnde politische Dialog bemängelt wurden, enthielt nicht das erhoffte Datum für den Beginn der Beitrittsverhandlungen. Der Bericht wurde von der Regierung, anders als in den beiden Jahren zuvor, selbstkritisch entgegengenommen. Anfang Dezember wurde ein Aktionsplan vorgestellt, wie Mazedonien die im Bericht aufgezeigten Mängel und Hindernisse auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft beseitigen will. Bei den im Februar begonnenen Gesprächen über eine Visaliberalisierung konnten Fortschritte erzielt werden.

Die **Unabhängigkeit Kosovos** wurde am 9. Oktober anerkannt. Serbien reagierte darauf mit der Ausweisung des mazedonischen Botschafters aus Belgrad.

Im **Namenstreit mit Griechenland** gab es keine Fortschritte. Wegen Unstimmigkeiten zwischen Präsident Branko Crvenkovski und Premierminister Gruevski über die mazedonische Verhandlungslinie wurde der Verhandler Nikola Dimitrov von Präsident Crvenkovski abberufen. Das Verhältnis zu Griechenland wurde durch neue Themen wie die Frage der mazedonischen Minderheit in Nordgriechenland zusätzlich belastet. Am 17. November brachte Mazedonien gegen Griechenland wegen der Verhinderung des mazedonischen NATO-Beitrittes auf dem Bukarestgipfel auf der Grundlage eines Abkommens aus dem Jahr 1995 eine Klage vor dem IGH ein. Die knapp vor Jahresende erfolgte Benennung des Verkehrskorridors X sowie des Fußballstadions von Skopje nach Alexander dem Großen bzw. Philipp II. sorgte auf griechischer Seite für weitere Irritationen.

### 3.1.3. Albanien

Die auf dem NATO-Gipfel in Bukarest vom 2.–4. April ausgesprochene Einladung zur Mitgliedschaft war für Albanien ein großer **außenpolitischer Erfolg**. Auch im europäischen Kontext erzielte Albanien mit dem Inkrafttre-

*Österreich in der Europäischen Union*

ten des Visae erleichterungsabkommens ein wichtiges Etappenziel. Die angekündigten nächsten Ziele der Regierung von Premierminister Sali Berisha sind die Erreichung einer völligen Visaliberalisierung und die Antragsstellung zur Gewährung des EU-Kandidatenstatus.

**Regionalpolitisch** war der erste offizielle Besuch eines kosovarischen Premierministers, jener von Hashim Thaci in Tirana am 19. und 20. Juni, ein wichtiges Ereignis. In den bilateralen Beziehungen stehen die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die infrastrukturelle Verflechtung der beiden Länder, vor allem bei Energie und Verkehr, im Vordergrund.

Im Bereich von Politik und Wirtschaft hob ein ausgewogener Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission die Errungenschaften der **albanischen Reformpolitik** ebenso wie die verbleibenden Defizite hervor. Die innenpolitische Atmosphäre war über lange Strecken von einer Konsensbereitschaft der beiden Großparteien, der regierenden Demokratischen Partei und der oppositionellen Sozialistischen Partei, beherrscht. Es kam aber zu einer Reihe problematischer Ereignisse, etwa zahlreiche Korruptionsaffären und die katastrophale Explosion eines Munitionsdepots in einem Vorort von Tirana im März. Dadurch traten zeitweilig die von der Regierung Berisha sowie von EU und OSZE angestrebten Ziele einer breit angelegten Justizreform sowie einer fundamentalen Wahlrechtsreform in den Hintergrund. Am 21. April wurden die einschlägigen Verfassungsbestimmungen betreffend den Wahlmodus geändert, wodurch es zu einem Übergang vom bisherigen gemischten Direkt- und Proportionalwahlssystem zu einem einfachen regional-proportionalen Wahlsystem kam. In der zweiten Jahreshälfte entbrannte eine heftige Diskussion über die Öffnung kommunistischer Geheimdienstakten und über ein Gesetz betreffend die Durchleuchtung führender Amtsträger im öffentlichen Bereich, einschließlich der Gerichtsbarkeit. Nach einer intensiven parlamentarischen Diskussion wurde das Gesetz am 15. Dezember durch die Regierungsmehrheit verabschiedet.

### 3.1.4. Montenegro

Die montenegrinische Regierung verfolgt das vorrangige Ziel einer Mitgliedschaft in der EU und in der NATO. Der im Februar aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretene Premierminister Željko Šturanović bezeichnete sogar sein Kabinett zur Verdeutlichung dieser Aspirationen als „Brüsseler Regierung“. Sein Nachfolger, der seit 29. Februar amtierende Milo Đukanović, setzte diese Schwerpunktsetzung fort.

In der ersten Jahreshälfte begannen intensive Konsultationen mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten über ein allfälliges **Beitrittsansuchen** Montenegros. Der breite Konsens in der Bevölkerung und Politik betreffend die zukünftige EU-Mitgliedschaft des Landes bestärkte die montenegrinische Regierung in ihrem Vorhaben, sodass sich die Konsultationen letztlich auf die Feststellung des geeigneten Zeitpunkts einer solchen Antrag-

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

stellung konzentrierten. Das Beitrittsansuchen wurde am 15. Dezember dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy als Ratsvorsitzendem durch Premierminister Milo Djukanović im Beisein von Kommissar Olli Rehn in Paris überreicht.

Am 4. Juli notifizierte Österreich die Ratifikation des im Oktober 2007 unterzeichneten **SAA** mit Montenegro beim Depositar, dem Generalsekretär des Rats der EU. Bis Ende des Jahres wurde das vom montenegrinischen Parlament im November 2007 ratifizierte SAA von zwölf Mitgliedstaaten sowie vom Europäischen Parlament ratifiziert.

Die **Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos** durch Montenegro am 9. Oktober sowie die darauf folgende Ausweisung der montenegrinischen Botschafterin in Belgrad durch Serbien führten zu einer vorübergehenden Trübung der sonst guten Beziehungen zum größten Nachbarland.

Bei der **Präsidentenschaftswahl** am 6. April setzte sich Amtsinhaber Filip Vujanović mit 52,3 Prozent der Wählerstimmen bereits im ersten Durchgang durch.

### 3.1.5. Bosnien und Herzegowina

Das **SAA** wurde nach dem Abschluss langwieriger Verhandlungen über die Polizeireform und einigen Verzögerungen aufgrund technischer Probleme am 16. Juni unterzeichnet. Das Interimsabkommen trat bereits mit 1. Juli in Kraft. Die Unterzeichnung des SAA trug zur Beruhigung des innenpolitischen Klimas bei, doch wurde im Wahlkampf für die Kommunalwahlen vom 5. Oktober neuerlich nationalistische Rhetorik geführt. Die nationalistischen Parteien erzielten dabei die besten Ergebnisse. Klare nicht-nationalistische politische Alternativen, die in allen Volksgruppen anerkannt werden, bestehen nur eingeschränkt und werden von WählerInnen nur teilweise honoriert.

Seitens der internationalen Gemeinschaft wird weiter unter anderem auf die Umsetzung der Polizeireform, auf Reformen in der Verwaltung und beim Rundfunk, auf eine Lösung der Statusfrage des Distrikts Brčko und auf eine Reform der Verfassung gedrängt. Diese zentralen Themenstellungen sind Teil der Ziele und Bedingungen für die Schließung des Amtes des Hohen Repräsentanten (**OHR**), welche auf Vorschlag des Hohen Repräsentanten und EUSB Miroslav Lajčák im Februar vom entscheidungsbefugten internationalen Lenkungsausschuss des Friedensimplementierungsrates (**PIC**) angenommen wurden. Die Behörden von Bosnien und Herzegowina konnten jedoch bei den notwendigen Reformen keine substanziellen Fortschritte erzielen, weshalb der Fortbestand des OHR durch Entscheidungen im Lenkungsausschuss des Friedensimplementierungsrates am 19. und 20. November beschlossen wurde. In der innenpolitischen Diskussion zeigte sich aber, dass die wiederholte Verschiebung der Schließung des OHR die Arbeit des Amtes und die Position des Hohen Repräsentanten/EUSB erschwerte.

Zur EU-Militäroperation EUFOR-Althea siehe Kapitel A.VI.1.2.1.



### 3.1.6. Serbien

Die **Kosovo-Frage** war das dominierende Thema im ersten Halbjahr: Am 17. Februar rief die bisherige „südserbische Provinz“ ihre Unabhängigkeit aus und löste in Serbien teils gewalttätige Proteste aus, welche sich in erster Linie gegen westliche Botschaften und Firmenniederlassungen richteten. Es gab geringe Sachschäden an einigen österreichischen Unternehmen.

Am 28. Februar erkannte Österreich die Unabhängigkeit des Kosovos an. In der Folge war auch Österreich von Maßnahmen betroffen, welche die serbische Regierung in einem Aktionsplan gegen anerkennende Staaten richtete. Unter anderem wurde der serbische Botschafter zur Berichterstattung nach Belgrad einberufen und eine Kontaktsperre auf Ebene von MinisterInnen und StaatssekretärInnen erlassen. Die serbischen Maßnahmen wurden Ende Juli, wenige Wochen nach der Bildung einer neuen Regierung, gegenüber den EU-Staaten zurückgenommen.

Mit der Beschlussfassung der VN-GV vom 8. Oktober setzte Serbien die Befassung des Internationalen Gerichtshofs (**IGH**) mit der Frage nach der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos durch.

Die Wiederwahl von Präsident Boris Tadić bei der **Präsidentenschaftswahl** am 3. Februar, der Erfolg der von ihm geführten Demokratischen Partei (DS) bei den **Parlamentswahlen** am 11. Mai sowie die Regierungsbildung unter Führung der DS am 7. Juli stärkten sowohl den Präsidenten als auch seine Partei. Dies zeigt sich auch an der im September erfolgten Spaltung der Radikalen Partei (SRS), aus der die Serbische Fortschrittspartei (SNS) unter Führung von Tomislav Nikolić hervorging.

Der Erfolg der pro-europäischen Kräfte bei den Parlamentswahlen wird unter anderem auch der am 29. April erfolgten Unterzeichnung des **SAA** mit der EU zugeschrieben. Mangels Konsens auf EU-Seite konnte aber weder der Ratifizierungsprozess für dieses Abkommen begonnen werden noch das Interimsabkommen zur Anwendung gelangen. Einige EU-Mitgliedstaaten vertreten die Ansicht, dass die volle Zusammenarbeit Serbiens mit ICTY deshalb noch nicht gegeben sei, weil sich der Hauptangeklagte für das Srebrenica-Massaker, Ratko Mladić, noch auf freiem Fuß befindet. Serbien zeigte seinen klaren Willen zur Zusammenarbeit mit ICTY mit der im Juni und Juli erfolgten Verhaftung und Auslieferung von zwei weiteren Hauptangeklagten des Strafgerichtshofs, darunter der bosnische Serben-Führer Radovan Karadžić.

Österreich honoriert das Bemühen der neuen serbischen Regierung um Fortschritte beim EU-Integrationsprozess sowie im Bereich der Visaliberalisierung und setzt sich in der EU für konkrete Signale ein, um die Stärke der pro-europäischen Regierung und die hohe Zustimmung der serbischen Bevölkerung zur EU aufrecht zu erhalten.



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

## 3.1.7. Kosovo

Kosovo erklärte am 17. Februar die Unabhängigkeit. Im Text der **Unabhängigkeitserklärung** bekennt sich die neue Republik zur vollständigen Umsetzung des so genannten Ahtisaari-Plans. Dieser nach dem Sondergesandten des Generalsekretärs der VN (VN-GS) für den Kosovo benannte Plan beinhaltet einen umfassenden Vorschlag für den Status des Kosovos: Neben einer von der internationalen Gemeinschaft überwachten Souveränität des Kosovos sieht der Plan eine Reihe von Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der im Kosovo lebenden Minderheiten vor, insbesondere der Kosovo-Serben.

Am 15. Juni trat die neue kosovarische **Verfassung** in Kraft. Die Verfassung übernahm die wesentlichen Punkte des Ahtisaari-Plans und verankerte somit das Prinzip der eingeschränkten Souveränität. Sie garantiert den umfassenden Schutz der im Kosovo lebenden Minderheiten und enthält eine Reihe von Bestimmungen für die künftige internationale Präsenz.

Ende Dezember hatten 53 Staaten, darunter die Mehrheit der EU-Staaten, den Kosovo als eigenständigen Staat anerkannt. Österreich anerkannte die Unabhängigkeit der Republik Kosovo am 28. Februar. Am 20. März wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen und das Österreichische Büro in eine Botschaft umgewandelt. Serbien, von dem sich Kosovo durch die Unabhängigkeitserklärung löste, erkennt die Souveränität Kosovos jedoch nicht an und betrachtet den Kosovo weiterhin als Teil Serbiens.

Die Serben im Kosovo, zahlenmäßig und politisch die bedeutendste Minderheit, nahmen aus Protest gegen die Unabhängigkeitserklärung am politischen Leben der kosovarischen Institutionen nicht oder kaum Anteil. Hunderte von serbischen Bediensteten öffentlicher Einrichtungen legten unmittelbar nach dem 17. Februar ihre Arbeit nieder. Darüber hinaus fanden in den serbischen Enklaven beinahe täglich Demonstrationen gegen die Unabhängigkeit statt.

Mit dem Inkrafttreten der kosovarischen Verfassung erfuhr die **internationale Präsenz** im Kosovo einen grundlegenden Wandel. Die 1999 eingerichtete UNMIK reduzierte ihre Präsenz und übergab wesentliche Kompetenzen, vor allem im Rechtsstaatlichkeitsbereich, an die kosovarischen Institutionen bzw. an EULEX KOSOVO (siehe Kapitel A.VI.1.2.). Die Mission der OSZE im Kosovo bleibt weiter Bestandteil von UNMIK und wird seit 1. Oktober vom österreichischen Diplomaten Werner Almhofler geleitet. Neu ist das Internationale Zivilbüro (ICO), das von der kosovarischen Verfassung mit Exekutivbefugnissen in jenen Bereichen ausgestattet ist, welche die Umsetzung des Ahtisaari-Plans betreffen. Der militärische Arm der internationalen Präsenz ist die Kosovo-Truppe (KFOR) der NATO mit rund 16.000 SoldatInnen zur Herstellung und Bewahrung eines sicheren Umfelds. Österreich nimmt im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) an der KFOR teil und ist mit rund 650 SoldatInnen größter Nicht-NATO-Truppensteller.

## 4. Die osteuropäischen Staaten

### 4.1. Ukraine, Moldau, Belarus

#### 4.1.1. Ukraine

Die Ukraine ist **Zielland der ENP**. Grundlage der Beziehungen zur EU sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) aus dem Jahr 1998 und der im ENP-Rahmen seit Februar 2005 angewendete EU-Aktionsplan. Seit Februar 2007 werden Verhandlungen über ein PKA-Nachfolgeabkommen geführt. Es soll eine ambitionierte Kooperation auf hohem Niveau in Schlüsselbereichen ermöglicht werden, die zum Ziel hat, die Ukraine in möglichst vielen Bereichen möglichst nahe an die EU heranzuführen. Das am 1. Jänner in Kraft getretene Visaerleichterungsabkommen und das Rückübernahmehabkommen sowie der WTO-Beitritt der Ukraine am 16. Mai waren wichtige Schritte in diese Richtung. Der jährlich abzuhaltende EU-Ukraine-Gipfel fand in Evian am 9. September statt, auf dem die Umbenennung des PKA-Nachfolgeabkommens in ein Assoziierungsabkommen beschlossen wurde. Im November begann der Dialog EU-Ukraine über die Visafreiheit. Österreich betrachtet die Ukraine als einen Modellfall der ENP.

Die EU ist **größter ausländischer Geber** in der Ukraine. Mit dem Auslaufen des TACIS-Programms und dem Übergang zum ENPI wurden die Mittel für die Ukraine substanziell erhöht und belaufen sich im Zeitraum 2007–2010 auf 494 Millionen Euro. Hinzu kommen jährlich weitere rund 20 Millionen Euro aus anderen Programmen. Die Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine erweist sich als sehr erfolgreich. Die EU ist knapp vor Russland **größter Handelspartner** der Ukraine.

Das im Dezember 2007 aus dem „Block Julija Tymoschenko“ (BJUT) und dem Bündnis „Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“ (NU-NS), welches Präsident Viktor Juschtschenko nahesteht, gebildete Kabinett unter Premierministerin Tymoschenko war von Anfang an von internen Spannungen gekennzeichnet. Persönliche Gegensätze und politische Aspirationen der beiden Hauptakteure machten eine pragmatische Zusammenarbeit der **„orangenen Koalition“** auf Basis von an sich ähnlichen Werthaltungen schwierig. Die Positionen divergierten insbesondere in Fragen betreffend die Inflation, die Privatisierung, die Lösung des Gaskonflikts mit Russland und die Verfassungsreform. Der Georgienkonflikt führte nicht nur zur größten ukrainisch-russischen Belastungsprobe seit der Unabhängigkeit der Ukraine, sondern auch zu weiteren schweren Differenzen zwischen dem deutlich für Georgien Partei ergreifenden Präsidenten und der Premierministerin. Am 2. September kündigte NU-NS den Rückzug aus der Koalition an, nachdem zuvor BJUT gemeinsam mit der oppositionellen Partei der Regionen (PR) im Parlament für eine Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten gestimmt hatte. Im Oktober ging Präsident Juschtschenko in die Offensive und ver-

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

fügte die Auflösung des Parlaments sowie Neuwahlen für den 7. Dezember. BJUT bekämpfte die Neuwahlinitiative als illegal. Präsident Juschtschenko verschob den Wahltermin auf unbestimmte Zeit. Angesichts der ab Herbst schweren Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ukraine kam es am 16. Dezember zu einer Neubildung der „oranen Koalition“ unter Teilnahme des „Blocks Lytwyn“.

Vor dem Hintergrund einer durch starke Abwertung der Landeswährung und hohe Inflation herbeigeführten Kreditkrise und einem Leistungsbilanzdefizit von rund 15 Milliarden US-Dollar kam es im Oktober auf Ersuchen der Premierministerin zu einem Treffen mit VertreterInnen des **IWF**. Die Ukraine hatte um Finanzhilfe im Umfang von 14 Milliarden US-Dollar angesucht und erhielt letztlich sogar 16,4 Milliarden US-Dollar. Zur Erfüllung der IWF-Forderungen beschloss die Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Der Präsident setzte am 21. Oktober sein Dekret über die Auflösung des Parlaments aus, um die parlamentarische Debatte über diesen Regierungsbeschluss zu ermöglichen.

Am 31. Dezember scheiterten die Verhandlungen mit Russland über die Festlegung der Gaspreise für das erste Quartal 2009.

#### 4.1.2. Moldau

Die grundsätzliche Orientierung der moldauischen Außenpolitik in Richtung EU vertiefte sich im April unter der neuen Regierung von Zinaida Greceanii. Das Ziel einer künftigen **EU-Integration** wird von allen Parteien angestrebt. Der EU-Rat beschloss im Oktober den Beginn der Verhandlungen für ein neues Partnerschaftsabkommen, bei denen für die moldauische Regierung Handels- und Visaerleichterungen im Vordergrund stehen. Im Vorfeld der 2009 anstehenden Parlamentswahlen führten Versuche zur Einschränkung der Medienfreiheit und umstrittene Gesetzesbeschlüsse, durch die etwa der Einzug von Kleinparteien ins Parlament erschwert und Doppelstaatsbürgerschaften bei der Kandidatur zum Parlament verboten wurden, zur Empfehlung des Europarats, diese Gesetzesbeschlüsse zu ändern, sowie zu Aufforderungen seitens der EU, die pluralistische Demokratie und die Medienfreiheit zu wahren.

Moldau engagierte sich in **regionalen Initiativen in Südosteuropa** und übte turnusmäßig in mehreren davon den Vorsitz aus. So fand etwa im Oktober im Rahmen der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI) das Wirtschaftsforum und die Tourismusministerkonferenz sowie im November das Treffen der ZEI-AußenministerInnen und -RegierungschefInnen statt.

Moldau nimmt an der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (**GUS**) teil und organisierte als turnusmäßiges Vorsitzland im November ein GUS-Premierministertreffen. Mit Russland wurden dabei besonders der Abbau noch bestehender Handelsbarrieren und der Autonomiestatus der Region Gagau-

*Österreich in der Europäischen Union*

sien im Hinblick auf eine mögliche Lösung des seit 1992 „eingefrorenen“ Transnistrienkonflikts angesprochen.

Die EU setzte sich im Konflikt um die separatistische Region **Transnistrien** für eine Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen ein. Der EUSB für Moldau Kalman Mizsei absolvierte zahlreiche Besuche und Gespräche zur Sondierung und Vermittlung. Zur OSZE und Moldau/Transnistrien siehe Kapitel B.II.2.2.

Die **EU-Grenzmission für Moldau/Ukraine** leistet ebenfalls einen Beitrag zur Stärkung der Sicherheitslage in der Region.

#### 4.1.3. Belarus

Seit den Anfängen des autoritären Regimes von Präsident Alexander Lukaschenko ergriff die EU restriktive Maßnahmen gegen Belarus und verschärfte diese schrittweise. Nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und Erreichung „gewisser Fortschritte“ bei den Parlamentswahlen im September kam es zu einer **Lockerung der EU-Restriktionen**: die Aussetzung der Visasperrliste gegen Präsident Lukaschenko und die meisten anderen auf der Sperrliste angeführten Mitglieder und Funktionäre der belarussischen Führung für die Dauer von sechs Monaten beginnend ab 13. Oktober sowie die Aufhebung der seit 1997 bestehenden Beschränkung bilateraler Regierungskontakte. Weitere positive Schritte in den Beziehungen zwischen der EU und Belarus waren die Eröffnung eines Delegationsbüros der Europäischen Kommission in Minsk im März sowie ein Treffen zwischen den EU-Außenministern im Troika-Format und Außenminister Sergej Martynow in Brüssel im Oktober, bei dem der Hohe Vertreter der EU Javier Solana die Entschlossenheit der EU bekräftigte, ein neues Kapitel in den Beziehungen zu Belarus zu eröffnen. Im November kündigte Belarus an, den Druck und die Verbreitung zweier zuvor verbotener unabhängiger Zeitungen zuzulassen. Im Dezember reagierte Belarus positiv auf die Mitteilung der Europäischen Kommission betreffend die künftige Östliche Partnerschaft, von der sich das Land bei einer Teilnahme insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und innere Sicherheit Vorteile erwartet.

Die **internationale Wirtschaftskrise** erhöhte den finanziellen Druck auf Belarus. Im Dezember gelang die Vereinbarung mit Russland über einen günstigen Preis für Gaslieferungen im Jahr 2009 und die Gewährung von Krediten durch Russland und den IWF in Höhe von 2 Milliarden US-Dollar bzw. 2,5 Milliarden US-Dollar.

#### 4.2. Südkaukasus

Die drei südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidshan und Georgien setzten ihre Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen fort. Die Beziehungen zur EU sollen durch die in Aussicht genommene Östliche Partnerschaft noch enger gestaltet werden.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

In **Georgien** fanden am 5. Jänner vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt, bei denen Präsident Michail Saakaschwili im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde. Aus den Parlamentswahlen am 21. Mai ging die Regierungspartei Vereinigte Nationale Bewegung als klarer Sieger hervor.

Bei den Präsidentschaftswahlen in **Armenien** am 19. Februar wurde der bisherige Ministerpräsident Serzh Sargsyan zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Die Nichtanerkennung des Wahlergebnisses durch die Opposition führte zu blutigen Unruhen und der vorübergehenden Verhängung des Ausnahmezustands.

In **Aserbaidtschan** wurde am 15. Oktober Ilham Aliyev erwartungsgemäß zum Präsidenten wiedergewählt.

Allen Urnengängen in der Region bescheinigten die internationalen WahlbeobachterInnen trotz Unregelmäßigkeiten einen grundsätzlich korrekten Verlauf.

Die Konflikte in **Abchasien** und **Südossetien** führten zu wiederholten Spannungen zwischen Georgien und Russland. Georgien beschuldigte Russland, dabei nicht mehr Vermittler, sondern Partei zu sein: Russland hatte im Frühjahr Schritte gesetzt, welche in Richtung einer De-facto-Anerkennung Abchasiens gingen. Im August kam es zu einer bewaffneten Konfrontation von georgischen und russischen Truppen in Südossetien, in deren Verlauf russische Verbände weit ins georgische Kernland vorstießen. Über Vermittlung der EU-Präsidentschaft kam es zu einer Einstellung der Kämpfe und zu einem Rückzug der russischen Truppen im Oktober, welche jedoch in Abchasien und Südossetien stationiert blieben. In den Pufferzonen zwischen den beiden Territorien und dem von der georgischen Regierung kontrollierten Gebiet wurden EU-BeobachterInnen stationiert. Georgien brach nach der Anerkennung der „Unabhängigkeit“ von Abchasien und Südossetien durch Russland die diplomatischen Beziehungen ab und trat aus der GUS aus (siehe auch Kapitel B.II.2.4.).

Seit Oktober finden in Genf unter der Ägide von EU, OSZE und VN Gespräche über Stabilität und Sicherheit im Südkaukasus statt. Diese stehen unter der Leitung des EUSB für Georgien Pierre Morel und haben insbesondere die Frage Georgien-Abchasien-Südossetien-Russland zum Gegenstand. Zur OSZE-Mission siehe Kapitel B.II.2.4.

Der Georgien-Konflikt führte zu einer deutlichen Behinderung der Bemühungen des **EUSB für den Südkaukasus** Peter Semneby um eine Lösung der Territorialkonflikte in der Region.

Die bewaffneten Auseinandersetzungen wirkten sich auch auf die zuvor noch von starkem Wachstum gekennzeichnete Wirtschaft in der Region negativ aus. Seitens der internationalen Gemeinschaft wurde Georgien bei einer **Gebierkonferenz** Unterstützung in der Höhe von etwa 3,5 Milliarden Euro zur Verbesserung der humanitären Lage und zum wirtschaftlichen Aufbau in Aussicht gestellt.

Zum **Berg-Karabach-Konflikt** siehe Kapitel B.II.2.3.

## 5. Russland

Der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Medwedjew übernahm Anfang Mai das Präsidentenamt und Präsident Wladimir Putin das Amt des Regierungschefs. Während seiner Wahlkampagne hatte sich Medwedjew mit Aussagen zu den Themen Demokratie, Rechtsstaat, Grundfreiheiten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft als vergleichsweise liberaler Politiker positioniert. Die „Energiesupermacht“ Russland solle zu einem modernen, attraktiven Standort innovativer Industrien werden. Der neue Präsident setzte die angekündigten Reformen jedoch nur ansatzweise um, da ihn der Georgienkrieg und die anschließende Finanzkrise in erster Linie als Krisenmanager forderten. Der staatliche Einfluss auf die Wirtschaft wurde – entgegen seiner Ankündigung – nicht verringert, sondern im Zuge der Wirtschaftskrise sogar ausgeweitet.

Das im Juli veröffentlichte neue außenpolitische Konzept Russlands spiegelt das gewachsene Selbstbewusstsein Moskaus auf der internationalen Bühne wider. Russland befürwortet eine multipolare Weltordnung und ist bestrebt, in allen wichtigen internationalen Fragen seinen Einfluss geltend zu machen. Oberste Priorität wird der Politik gegenüber der **GUS** eingeräumt – einem Raum, den Moskau als Sphäre seiner privilegierten wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen betrachtet. Russland konzentriert seine Aufmerksamkeit auf neue Integrationsgebilde, an denen sich die gegenüber Russland kooperationswilligen GUS-Staaten beteiligen: die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEc), die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (CSTO) sowie die über den GUS-Raum hinausreichende Shanghai Cooperation Organisation (SCO) zur Förderung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sicherheitspolitischem Gebiet. Die von Georgien und der Ukraine angestrebte Integration in die NATO wird von Moskau entschieden abgelehnt, aber auch Initiativen der EU im GUS-Raum, wie der neu konzipierten Östlichen Partnerschaft, steht Russland reserviert gegenüber (siehe Kapitel A.VI.4.2.).

Anlässlich des EU-Russland-Gipfels in Chanty-Mansijsk Ende Juni wurde grünes Licht für die Aufnahme der Verhandlungen über ein neues EU-Russland-Rahmenabkommen gegeben, welches das PKA aus den 1990er-Jahren ersetzen soll. Aufgrund der russischen Militärintervention in Georgien wurden die Verhandlungen seitens der EU unterbrochen, durch Beschluss des Rates im November anlässlich des in Nizza abgehaltenen EU-Russland-Gipfels jedoch wieder aufgenommen. Die bereits im alten Abkommen als langfristige Perspektive erwähnte Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland bleibt ein Fernziel. Ein Freihandelsabkommen erscheint erst nach einem WTO-Beitritt Russlands möglich.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Zur Förderung der gemeinsamen europäischen Werte, welche der EU-Russland-Partnerschaft zu Grunde liegen sollen, finden seit 2005 halbjährliche **Menschenrechtskonsultationen** zwischen der EU und Russland statt. Dabei werden von der EU insbesondere die Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Funktionieren der Zivilgesellschaft, die Achtung der Minderheitenrechte, der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, der Schutz von Kinder- und Frauenrechten sowie die Menschenrechtssituation im Nordkaukasus thematisiert.

Die **internationale Finanzkrise** hatte große Auswirkungen auf den russischen Finanz- und Wirtschaftsmarkt. Die Regierung beschloss mehrere Maßnahmenpakete zur Stabilisierung des Finanzsektors mit einem Volumen von insgesamt 210 Milliarden Euro. Der trotz dieser Maßnahmen anhaltende Kapitalabfluss und die wegen des Verfalls der Erdölpreise sinkenden Exporterlöse führten zur schrittweisen Abwertung des Rubels, welche angesichts der großen Importquote bei Konsumgütern zum weiteren Anstieg der Inflation beitrug. Erstmals seit vielen Jahren kam es zu einem Rückgang der Industrieproduktion und zu einer insgesamt deutlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Inflation und Arbeitslosigkeit ließen gegen Jahresende die Besorgnis wachsen, dass die Wirtschaftskrise ernste soziale Auswirkungen haben könnte.

## 6. Zentralasien

Die 2007 angenommene **Zentralasien-Strategie der EU** führte zu einem verstärkten Engagement der Union in dieser Region mit der Ausarbeitung von Prioritäten für die Zusammenarbeit mit den einzelnen zentralasiatischen Ländern, einer Verdoppelung der EU-Fördermittel auf 750 Millionen Euro im Zeitraum 2007–2013 und einer Intensivierung des politischen Dialogs. Am 9. und 10. April fand in Aschgabat (Turkmenistan) ein Treffen der EU-Troika auf der Ebene der EU-Außenminister und Kommissarin Benita Ferrero-Waldner mit den fünf Außenministern Zentralasiens statt; am 17. und 18. September wurde in Paris ein Sicherheitsforum EU-Zentralasien zu den Themen Kampf gegen den Menschenhandel, Terrorismus, Extremismus und Proliferation sowie Energie- und Umweltsicherheit abgehalten; am 27. und 28. September war Brüssel Tagungsort einer Konferenz zum Thema Rechtsstaatlichkeit. Die EU hielt mit allen Ländern Zentralasiens einen Menschenrechtsdialog ab.

Auf dem **Kooperationsrat EU-Kasachstan** am 16. September wurde die aktive und stabilisierende Rolle des Landes in der Region gelobt, gleichzeitig auch auf die notwendige Stärkung des Investitionsklimas hingewiesen. Eine Konferenz über regionales Wassermanagement wurde in Almaty am 17. und 18. November abgehalten. Angesichts der internationalen Finanzkrise verabschiedete die kasachische Regierung einen Stabilisierungsplan in der Höhe von 10 Milliarden US-Dollar für Banken, den Immobiliensektor, Klein- und



*Österreich in der Europäischen Union*

Mittelbetriebe, die Landwirtschaft sowie Infrastruktur und Innovationen. Im Hinblick auf den OSZE-Vorsitz im Jahr 2010 leitete Kasachstan Reformen in den Bereichen Medien, Wahlen und politische Parteien ein.

Der **Kooperationsrat EU-Kirgisistan** am 23. Juli befasste sich vor allem mit Fragen der politischen Stabilität, dem Reformprozess, guter Regierungsführung, Menschenrechten und regionaler Zusammenarbeit. Die Situation für die Bevölkerung verschlechterte sich infolge von Energieknappheit und hoher Inflation. Trotz gesetzlich verfügbarer Einschränkungen der Versammlungs- und der Medienfreiheit gilt Kirgisistan als das offenste und liberalste Land in der Region.

Bis zum Jahresende ratifizierten 22 Mitgliedstaaten, darunter Österreich, das zwischen der EU und **Tadschikistan** unterzeichnete PKA. Tadschikistan ist insbesondere an einer verstärkten Zusammenarbeit beim Ausbau der Wasserkraft interessiert. Auch in Tadschikistan verschlechterte sich die Lage für die Bevölkerung aufgrund der Energieknappheit. Kommissarin Benita Ferrero-Waldner stattete am 8. April Tadschikistan einen Besuch ab. Am 21. und 22. Oktober wurde in Duschanbe auf Initiative der EU-Ratspräsidentschaft eine Konferenz zum Thema Grenzmanagement und Drogenkontrolle abgehalten. Die Schlusserklärung unterstrich die Koordinationsrolle der Zentralasiatischen Grenzsicherheitsinitiative (CABSI), ein aus neun EU-Mitgliedstaaten und Kroatien bestehendes Koordinationsforum zur Verbesserung der Grenzsicherheit unter der Leitung Österreichs (Bundesministerium für Inneres).

Bis zum Jahresende ratifizierten elf Mitgliedstaaten, darunter Österreich, das zwischen der EU und **Turkmenistan** unterzeichnete PKA. Am 10. April eröffnete Kommissarin Benita Ferrero-Waldner das Europahaus in Aschgabat. Anlässlich des Besuchs von Kommissar Andris Piebalgs in Aschgabat am 26. Mai wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Energiebereich zwischen der EU und Turkmenistan unterzeichnet. Am 3. Dezember veranstaltete die EU in Aschgabat eine Konferenz zum Thema Umwelt und Wassermanagement. Am 26. September wurde im Zuge einer Verfassungsreform das Mehrparteiensystem eingeführt. Bei den am 14. Dezember abgehaltenen vorgezogenen Parlamentswahlen gewann die Demokratische Partei Turkmenistans alle Mandate. Trotz Einladung sah die OSZE die Bedingungen für eine Wahlbeobachtung als nicht erfüllt an.

Auf dem **Kooperationsrat EU-Usbekistan** in Brüssel am 16. September sprachen sich beide Seiten für eine Stärkung der Beziehungen aus. Die EU unterstrich dabei aber die Notwendigkeit von Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und Grundrechte in Usbekistan. Maßnahmen zu Jahresbeginn wie die Abschaffung der Todesstrafe, die Einführung der Habeas-corpus-Akte und die Freilassung von MenschenrechtsaktivistInnen führten im April zu einer weiteren sechsmonatigen Aussetzung von Reisebeschränkungen für SpitzenfunktionärInnen. Im Oktober kam es zur teilweisen Aufhebung der seit 2005 verhängten Restriktionen: Die Reisebeschränkungen



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

wurden zur Gänze aufgehoben, das Waffenembargo aber für weitere zwölf Monate verlängert.

## 7. Naher und Mittlerer Osten, Mittelmeerraum und Golfstaaten

### 7.1. Nahost-Friedensprozess

Das Jahr 2008 war für den Nahost-Friedensprozess im Rückblick ein Jahr der vergebenen Möglichkeiten. Ende 2007 hatten der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert und der Präsident der Palästinensischen Behörde Mahmoud Abbas auf der **internationalen Konferenz in Annapolis** ein gemeinsames Bekenntnis zur Wiederaufnahme des im Jahr 2001 von Ministerpräsident Ariel Sharon abgebrochenen Verhandlungsprozesses über eine Verwirklichung der „Zwei-Staaten-Lösung“ abgegeben. In diesem Verhandlungsprozess sollten alle offenen Fragen – Grenzen, Sicherheit, Jerusalem, Siedlungen, Flüchtlinge und Wasser – bis Ende 2008 geklärt und die Forderungen aus der „Road Map“ (Fahrplan) umgesetzt werden. Die USA sollten dabei die Rolle eines „Monitors und Schiedsrichters“ ausüben. Die internationale Gemeinschaft hatte ihre Bereitschaft zur fortgesetzten Unterstützung des Friedensprozesses anlässlich einer **Geberkonferenz in Paris** im Dezember 2007 bekräftigt, auf der rund 7,5 Milliarden US-Dollar für die Unterstützung des palästinensischen Reform- und Entwicklungsprogramms der nächsten drei Jahre zugesagt wurden.

Verhandlungsteams unter der Führung der israelischen Außenministerin Tzipi Livni bzw. des früheren palästinensischen Parlaments- und späteren Ministerpräsidenten Ahmed Qrei'a suchten in regelmäßigen Verhandlungsrunden Lösungsvorschläge für konkrete Fragen; zugleich gestanden die beiden höchsten Entscheidungsträger, Ministerpräsident Olmert und Präsident Abbas, einander Ernsthaftigkeit im Ringen um die große politische Lösung zu. Dennoch brachten die einzelnen Gesprächsrunden keine sichtbaren Fortschritte, durch die eine breitere politische Unterstützung der Bevölkerung gewonnen hätte werden können.

Die Ankündigung des Rücktritts von Ministerpräsident Olmert am 20. Juli als Folge gerichtlicher Untersuchungen gegen ihn erhobener Korruptionsvorwürfe sowie das Scheitern einer Regierungsbildung seiner Nachfolgerin an der Spitze der Partei „Kadima“, Tzipi Livni, am 26. Oktober ließen einen substanziellen Fortschritt in den Verhandlungen mit der palästinensischen Seite nicht mehr erwarten. **Neuwahlen** zur Knesset wurden für den 10. Februar 2009 angesetzt.

Parallel zu den israelisch-palästinensischen Gesprächsrunden fanden zwischen Mai und Juli auf Vermittlung durch die Türkei insgesamt vier Runden indirekter Gespräche über die von Israel 1967 besetzten und seit 1980 annektierten **Golan-Höhen** statt, die auch die Aussicht auf direkte Verhandlungen

*Österreich in der Europäischen Union*

öffneten. Der Rücktritt des israelischen Ministerpräsidenten und das Zögern Syriens, ohne Mitwirkung der USA die Gespräche mit Israel zu vertiefen, führten zu einem Stillstand in den Gesprächen.

Der Friedensprozess kam zum Erliegen, als der von Ägypten im Juni vermittelte sechsmonatige Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas ohne Verlängerung auslief, der Gaza-Streifen abgesperrt blieb und sowohl Israel seine Militäraktionen im Gaza-Streifen als auch die Hamas ihre Raketenangriffe auf Süd-Israel wieder aufnahmen. Am 27. Dezember begann die israelische Armee massive Luftangriffe gegen Ziele im Gaza-Streifen mit dem erklärten Ziel der Zerstörung der bewaffneten Strukturen der Hamas, um so ein Ende der Bedrohung der zivilen Bevölkerung im Süden Israels durch Raketenbeschuss aus dem Gaza-Streifen herbeizuführen. In einer Presseerklärung rief der VN-SR die Parteien am 28. Dezember zur sofortigen Einstellung der Gewalt auf.

Im Gegensatz zu diesen Entwicklungen gab es im **Libanon** Fortschritte. Regierung und Opposition einigten sich in Doha (Katar) am 21. Mai unter der Vermittlung Katars und der Liga der Arabischen Staaten auf die Wahl eines Präsidenten und auf die Zusammensetzung einer Regierung der nationalen Einheit. Diese Einigung führte nicht nur zu einer zunehmenden Stabilisierung des Landes, sondern auch zum Beginn einer Annäherung an Syrien. Am 14. Oktober kam es zur erstmaligen Aufnahme von regulären diplomatischen Beziehungen zwischen dem Libanon und Syrien.

Auch Österreich konnte einen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung leisten. Gemeinsam mit der libanesischen Regierung, der Europäischen Kommission und der Liga der Arabischen Staaten wurde eine **Geberkonferenz in Wien** am 23. Juni zum Wiederaufbau des 2007 zerstörten palästinensischen Flüchtlingslagers Nahr el-Bared im nördlichen Libanon organisiert. Im sensiblen innenpolitischen Gefüge des Landes kommt der deutlichen Verbesserung der Lebensumstände der palästinensischen Flüchtlingsbevölkerung im Libanon eine zentrale Bedeutung zu. Das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zeichnet gemeinsam mit der Regierung des Libanon für den Wiederaufbau verantwortlich.

## 7.2. Mittlerer Osten

Die EU unterstützt die innenpolitische Entwicklung im **Irak** durch zahlreiche Initiativen zur nationalen Aussöhnung, Unterstützung bei der Verfassungsrevision, bei der Flüchtlingsrückkehr und beim Aufbau der Fähigkeiten des irakischen Parlaments. In 14 der 18 Provinzen werden im Jänner 2009 Wahlen auf Grundlage eines am 25. September verabschiedeten Provinzwahlgesetzes stattfinden, in Kirkuk und den drei Provinzen der kurdischen Region jedoch zu einem späteren Zeitpunkt. Die Provinzwahlen sind die ersten Wahlen, die ausschließlich vom Irak organisiert und überwacht werden.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Die EU unterstützt auch irakische Behörden bei der notwendigen Verbesserung der Grundversorgung. Bis einschließlich 2008 stellte die Europäische Kommission aufgrund der humanitären Krise im Irak rund 141 Millionen Euro für Flüchtlingshilfe in- und außerhalb Iraks zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung der Menschenrechte, unter anderem durch die Fortführung der integrierten Rechtsstaatlichkeitsmission EUJUST LEX (siehe Kapitel A.VI.1.2.1.). Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Irak über ein Handels- und Kooperationsabkommen wurden fortgesetzt.

Österreich entschuldete auf der Grundlage des im Dezember 2005 unterzeichneten Umschuldungsabkommens im Rahmen des Pariser Clubs, welches die Streichung von 80 % der irakischen Schulden vorsieht, bis einschließlich 2008 rund 1,7 Milliarden Euro. Österreich war der sechstgrößte – und gemessen am Anteil der österreichischen Bevölkerung der größte – Gläubiger des Irak.

Die internationale Staatengemeinschaft verfolgte mit Sorge die Entwicklungen um das **Nuklearprogramm im Iran**. Der VN-SR verhängte mit Resolution 1803 (2008) am 3. März zum dritten Mal Sanktionen gegen den Iran (siehe Kapitel E.III.3.3.). Durch einen gemeinsamen Standpunkt des Rats der EU wurde diese Resolution am 15. Oktober angenommen und am 10. November durch eine Verordnung der Europäischen Kommission umgesetzt. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) stellte am 19. November im seit November 2007 bereits fünften Bericht fest, dass die Zweifel der Organisation über eine mögliche militärische Dimension des iranischen Atomprogramms nicht ausgeräumt wurden.

Die EU betrachtet den so genannten zweigleisigen Ansatz (diplomatische Verhandlungen mit dem Iran parallel zu einer Sanktionsverschärfung bei Nichtkooperation) weiter als geeignete Vorgangsweise. Demzufolge fanden eine Reihe von Treffen mit dem Iran statt. Beim Treffen im seit 2003 bestehenden „E3+3“-Format (die beiden ständigen Mitglieder des VN-SR Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland plus die drei weiteren ständigen Mitglieder des VN-SR China, Russland und USA) in Genf im Juli nahmen die USA mit Unterstaatssekretär William Burns erstmals an Gesprächen mit dem Iran teil.

### **7.3. Die euromediterrane Partnerschaft (Union für den Mittelmeerraum)**

Die euromediterrane Partnerschaft zwischen der EU und ihren Partnern im Mittelmeerraum besteht seit 1995 und wurde nach der Stadt ihrer Begründung auch „**Barcelona-Prozess**“ genannt.

In Umsetzung der Empfehlungen über Hochschulen und wissenschaftliche Forschung des ersten Euromed-Ministertreffens in Kairo 2007 wurde unter slowenischer EU-Ratspräsidentschaft am 9. Juni 2008 die **Euromediterrane Universität** in Piran-Portorož (Slowenien) eröffnet.

*Österreich in der Europäischen Union*

Die französische EU-Ratspräsidentschaft lud zur Aufwertung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Mittelmeerpartnerländern am 13. Juli zu einem Gipfel nach Paris, auf dem der **„Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“** beschlossen wurde. Die bisherige alleinige Vorsitzführung der jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft wird durch den Kovorsitz der EU und eines südlichen Partnerlandes ersetzt. Auf Seite der Partner übernahm Ägypten für die ersten zwei Jahre die Funktion des Kovorsitzes. Des Weiteren wurden die Einrichtung eines Sekretariats und die Abhaltung von Gipfeln auf Ebene der Staats- und RegierungschefInnen alle zwei Jahre beschlossen. Zur besseren Sichtbarkeit wurden sechs vorrangige Projektbereiche identifiziert: Entschmutzung des Mittelmeers, Verkehrsinfrastruktur für See- und Landwege, Zivilschutz, alternative Energien, insbesondere Solarenergie, Bildung und Forschung sowie die besonders für kleine und mittlere Unternehmen gedachte Euromediterrane Initiative zur Unternehmensentwicklung. Schließlich wurden Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Monaco und Montenegro in die Partnerschaft aufgenommen. Libyen war beim Gipfel in Paris nicht vertreten und nahm auch seine Beobachterrolle in der euromediterranen Partnerschaft seither nicht mehr wahr.

Aufgrund unterschiedlicher Interpretationen des Gipfeldokuments hinsichtlich der zukünftigen Teilnahme der Liga der Arabischen Staaten waren die Arbeiten der Partnerschaft für einige Monate behindert. Diese offene Frage wurde auf der Konferenz der AußenministerInnen in Marseille am 3. und 4. November gelöst: Die Liga der Arabischen Staaten soll an allen Treffen der Partnerschaft – und nicht wie bis dahin nur an Außenministertreffen – als Beobachter teilnehmen. Die AußenministerInnen beschlossen auch die Verkürzung des Namens der Partnerschaft auf **„Union für den Mittelmeerraum“** und entschieden sich für Barcelona als Sitz des Sekretariats. Darüber hinaus soll der Generalsekretär während der ersten dreijährigen Amtsperiode aus einem südlichen Partnerland kommen. Schließlich nahmen die MinisterInnen ein umfangreiches Arbeitsprogramm für das Jahr 2009 an.

Neben dem Gipfel und der Konferenz der AußenministerInnen fanden zahlreiche **Euromed-Ministertreffen** statt: zum Thema Informationsgesellschaft in Kairo (Ägypten) am 26. und 27. Februar, zu Tourismus in Fez (Marokko) am 2. und 3. April, zu Kultur und kulturellem Dialog in Athen am 29. und 30. Mai, zu Wirtschaft und Finanzen in Luxemburg am 7. Oktober, zu Industrie in Nizza am 5. und 6. November, zu Beschäftigung in Marrakesch (Marokko) am 9. und 10. November, zu Gesundheit am 16. und 17. November in Kairo und zu Wasser am Toten Meer in Jordanien am 22. Dezember.

Die Vollversammlung der **Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung** fand am Toten Meer in Jordanien am 12. und 13. Oktober statt. Das österreichische Mitglied des Bundesrates Stefan Schennach wurde für ein Jahr zum Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses für Energie, Umwelt und Wasser gewählt.

Zur Anna-Lindh-Stiftung siehe Kapitel K.VIII.2.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union***7.4. Organisationen der multilateralen Zusammenarbeit****7.4.1. Golfkooperationsrat**

Der aus Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestehende Golfkooperationsrat (**GKR**) ist für die EU als wichtigster Handelspartner in der arabischen Welt von besonderer strategischer Bedeutung. Auf den GKR entfallen etwa zwei Fünftel des gesamten Handels der EU mit den arabischen Staaten. Darüber hinaus ist die Golfregion für Europa auch ein zunehmend wichtiger Partner bei zentralen Zukunftsfragen wie der Energiesicherheit oder der Bekämpfung des Terrorismus.

Bundesministerin Ursula Plassnik nahm am 18. Gemeinsamen Rats- und Ministertreffen EU-GKR in Brüssel am 26. Mai teil. Im Vordergrund standen einmal mehr die seit 1991 laufenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem GKR. Das Abkommen zielt darauf ab, die Zusammenarbeit mit dieser Schlüsselregion auf eine neue und breitere Basis zu stellen. Die umstrittenen Bereiche betreffen Steuerfragen, den Energiebereich und die Einbeziehung politischer Inhalte, insbesondere Menschenrechte und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Bis Jahresende führten auch weitere Verhandlungsrunden zu keiner Einigung.

Nach dem GKR-Gipfel in Maskat am 30. und 31. Dezember übernahm der Oman für ein Jahr den Vorsitz.

**8. Nordamerika****8.1. Vereinigte Staaten von Amerika**

Herausragendes Ereignis des Jahres waren die **Präsidenten- und Kongresswahlen** vom 4. November, aus denen die Demokratische Partei als klarer Sieger hervorging. Senator Barack Obama konnte bei einer Wahlbeteiligung von rund 66 % insgesamt 365 Wahlmännerstimmen gewinnen. Auf seinen Mitbewerber Senator John McCain entfielen 173 Wahlmännerstimmen. Das Ergebnis in Prozent der abgegebenen Wählerstimmen war für Obama mit 52,9 % zu 45,7 % zwar weniger deutlich, wurde aber dennoch als ein breites Mandat für den neuen Präsidenten gesehen. Die im Vorfeld vieldiskutierte Frage der ethnischen Zugehörigkeit und das mögliche Aufflackern rassistischer Tendenzen spielte eine weitaus geringere Rolle als von vielen angenommen.

Vor der Wahl am 4. November hatten die Republikanische Partei und die Demokratische Partei im US-Senat je 49 Sitze. Zwei unabhängige Senatoren werden dem demokratischen Lager zugerechnet. 35 Sitze (23 Republikanische Partei und 12 Demokratische Partei) standen zur Wiederwahl. Dabei konnte die Demokratische Partei die Zahl ihrer Sitze deutlich erhöhen. Die Amtszeit des 111. Kongresses beginnt am 3. Jänner 2009. Zu Jahresende wurden vorläufig der Demokratischen Partei, einschließlich der beiden unabhängigen Senatoren, 59 Sitze und der Republikanischen Partei 41 Sitze zuge-

rechnet. Das Endergebnis stand wegen einer gerichtlichen Wahlanfechtung in Minnesota noch nicht fest.

Im Repräsentantenhaus standen am 4. November alle 435 Sitze zur Wahl. Gegenüber dem Ergebnis der Wahlen von 2006 konnte die Demokratische Partei ihre Mehrheit um 22 Sitze auf 257 Sitze ausbauen. Die Republikanische Partei verlor 21 Sitze und stellt 178 Mitglieder des Hauses. Ein vakantes Mandat entfiel auf die Demokratische Partei.

Darüber hinaus fanden am 4. November auf Ebene der US-Bundesstaaten Volksabstimmungen über 153 Gesetzesentwürfe statt. Die Ergebnisse der Referenden zeigten, dass in den USA trotz der demokratischen Wahlsiege eine konservative Grundstimmung erhalten bleibt, insbesondere in der Frage der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. So stimmten die WählerInnen in den Bundesstaaten Arizona, Florida und Kalifornien für Verbote von gleichgeschlechtlichen Ehen. In anderen Bereichen zeigten sich aber auch liberale Tendenzen. WählerInnen in den Bundesstaaten Colorado und South Dakota lehnten die Abtreibung verbietende Gesetzesentwürfe mehrheitlich ab.

Die Monate November und Dezember waren von der so genannten Transition (Übergang) zur neuen Administration von Präsident Obama geprägt. Bis zum Jahresende wurden die jeweiligen KandidatInnen für die wichtigsten Führungspositionen nominiert: Hillary R. Clinton wird Außenministerin; Robert Gates, der schon unter Präsident George W. Bush Verteidigungsminister war, behält dieses Amt; der pensionierte General James Jones wird Nationaler Sicherheitsberater; Rahm Emanuel Stabschef im Weißen Haus; Timothy Geithner Finanzminister und Paul Volcker wird als Berater in wirtschaftspolitischen Fragen fungieren.

Die **US-Außen- und Sicherheitspolitik** war im Jahr 2008 von Kontinuität geprägt. Der Krieg gegen den Terrorismus als außenpolitisches Paradigma blieb aufrecht. Die Strategie der Demokratisierung als einziges Mittel zur dauerhaften Überwindung von Terrorismus und religiösem Fanatismus wurde fortgesetzt. In Afghanistan und im Irak blieben die USA militärisch weiter engagiert.

Am 17. November unterzeichneten der Irak und die USA das so genannte **U.S.-Irak Status of Forces Agreement**, welches den Abzug der US-Truppen aus den irakischen Städten bis zum 30. Juni 2009 und den gänzlichen Abzug bis zum Jahresende 2011 vorsieht. Beide Staaten einigten sich auch auf ein strategisches Rahmenabkommen, welches eine Zusammenarbeit unter anderem auf den Gebieten Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft festlegt.

Das **transatlantische Verhältnis** und die Beziehungen zur EU blieben für die USA von herausragender Bedeutung. Dies kam beim Gipfeltreffen EU-USA in Brdo (Slowenien) im Juni 2008 neuerlich zum Ausdruck. Es war das letzte Gipfeltreffen, an dem Präsident Bush teilnahm. Inhalt der Erörterungen

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

waren unter anderem Handelsfragen, die Auswirkungen des Klimawandels, die Unsicherheiten bei der Energieversorgung sowie eine Reihe außenpolitischer Themen. Man war sich einig, dass EU und USA vor drängenden Herausforderungen stünden, die viel besser bewältigt werden können, wenn beide Weltregionen Hand in Hand arbeiten.

Zur US-Finanzkrise siehe Kapitel A.I.

## 8.2. Kanada

Die Konservative Partei unter Stephen Harper ging aus den **Bundeswahlen** am 14. Oktober gestärkt hervor, verfehlte aber die angestrebte absolute Mehrheit. Von den Oppositionsparteien musste die Liberale Partei schwere Verluste hinnehmen, was in weiterer Folge im Dezember zur Ablöse von Stéphane Dion durch Michael Ignatieff an der Parteispitze führte. Die Konservative Partei verfügt im neuen Parlament, dem House of Commons, über 143 Sitze, die Liberale Partei über 77 Sitze, der Bloc Québécois über 49 Sitze und die Neue Demokratische Partei über 37 Sitze.

Als Ergebnis der Wahlen wurde Stephen Harper mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt, die am 30. Oktober angelobt wurde. Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition über Maßnahmen zum Schutz der kanadischen Wirtschaft vor der internationalen Finanzkrise sowie über Fragen der Parteienfinanzierung lösten im November eine **Regierungskrise** aus. Auf Ersuchen von Premierminister Harper suspendierte Generalgouverneurin Michaëlle Jean am 4. Dezember das Parlament. Damit wehrte die Regierung Harper die von der Opposition gegen sie geplante Vertrauensabstimmung sowie die Bildung einer auch vom Bloc Québécois unterstützten Koalitionsregierung aus Liberaler Partei und Neuer Demokratischer Partei ab.

In der **Außenpolitik** setzte die Regierung Harper ihren bisherigen Kurs mit der Ausrichtung auf einige wenige Schwerpunktbereiche fort. Prioritäten der gegenwärtigen kanadischen Außenpolitik sind die Beziehungen zu den USA, Mexiko, Lateinamerika und der Karibik (LAC), Afghanistan sowie China und Indien. Der kanadische Militäreinsatz in Afghanistan soll jedoch nach 2011 nicht fortgeführt werden. Die Regierung Harper bekräftigte die Absicht Kanadas, für die Periode 2011-2012 für einen nichtständigen Sitz im VN-SR zu kandidieren.

Kanada und die EU arbeiten an einer Intensivierung ihrer langjährigen Partnerschaft. Beim Gipfeltreffen EU-Kanada in Québec-Stadt am 17. Oktober wurde die Ausarbeitung des Rahmens für ein neues Abkommen über eine vertiefte Wirtschaftspartnerschaft vereinbart. Die eigentlichen Verhandlungen über das neue Abkommen sollen im Laufe des Jahres 2009 aufgenommen werden. Für das Abkommen wird ein breiter, über Handelsfragen hinausgehender Ansatz angestrebt. Am 9. Dezember gaben die EU und Kanada bekannt, dass die Verhandlungen über das bilaterale Luftverkehrsabkom-



*Österreich in der Europäischen Union*

men abgeschlossen wurden und der Abkommenstext paraphiert wurde. Das Abkommen sieht eine umfassende Marktöffnung und Liberalisierung des Luftverkehrs vor.

Die internationale **Finanzkrise** erfasste auch die kanadische Wirtschaft, wengleich das kanadische Bankensystem den Turbulenzen vergleichsweise gut standhielt. Infolge der Finanzkrise kam es zu einer deutlichen Verschlechterung der Konjunkturdaten. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und eines sinkenden Wirtschaftswachstums kündigte die kanadische Regierung für das Budget 2009/2010 weit reichende Konjunkturbelebungsmaßnahmen an, die erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder zu einem Budgetdefizit führen werden.

### **8.3. Der transatlantische institutionalisierte Dialog**

Unter den transatlantischen Beziehungen werden die Beziehungen der EU zu den USA und zu Kanada verstanden. Neben der wirtschaftlich sehr engen Bindung besteht auf beiden Seiten das Bewusstsein um die Bedeutung einer engen Partnerschaft für das Erreichen gemeinsamer politischer Anliegen.

#### **8.3.1. Der institutionalisierte Dialog EU-USA**

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und den USA basiert auf der „Transatlantischen Deklaration“ von 1990, der „Neuen Transatlantischen Agenda“ (NTA) von 1995 und dem „Gemeinsamen Aktionsplan EU-USA“ von 1995. Beim Gipfel EU-USA vom 18. Mai 1998 in London wurde eine gemeinsame Erklärung zur Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft (**TEP**) angenommen, die eine Initiative zur Intensivierung und Ausdehnung der multi- und bilateralen Kooperation und der gemeinsamen Aktivitäten in den Bereichen Handel und Investitionen vorsieht. Der institutionelle Rahmen für den transatlantischen Dialog wurde in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Das höchste Gremium ist das jährlich stattfindende EU-USA-Gipfeltreffen. Darüber hinaus finden laufend weitere Treffen statt, um eine möglichst gute Zusammenarbeit zu ermöglichen: Ministertreffen, Senior Level Group (Treffen der Gruppe hochrangiger BeamtInnen), EU-US Task Force (Treffen der Politischen DirektorInnen und der Arbeitsgruppe EU-USA) sowie Expertentreffen.

Die EU und die USA sind füreinander der jeweils wichtigste Handelspartner mit unmittelbar positiven Auswirkungen auf den jeweiligen Arbeitsmarkt. Deshalb stellt die Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich eine Priorität der transatlantischen Partnerschaft dar. Mit der zwischen der EU und den USA 2007 abgeschlossenen „Rahmenvereinbarung zur Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsintegration“ wurde der Transatlantische Wirtschaftsrat (**TEC**) als zentrales Gremium für handelspolitische und regulatorische Fragen eingerichtet. Die organisatorische Hauptaufgabe des etwa zwei Mal pro Jahr stattfindenden Rates besteht in der Vorbereitung des jährlichen Gipfel-



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

treffens. Inhaltlich stehen die Beseitigung technischer Handelshemmnisse auf dem regulativen Sektor noch bevor diese die Schwelle der WTO-Streitbeilegung erreichen sowie die Harmonisierung von Standards im Mittelpunkt. Im TEC werden neben so genannten horizontalen Themen wie geistiges Eigentum und Finanzmarktdialog auch so genannte sektorale Themen wie Pharmazeutika, Biotreibstoffe und Chemikalien erörtert. Bei kontroversiellen Themen bietet der TEC eine Plattform zur Erarbeitung pragmatischer Lösungen. Eine weitere Aufgabe des TEC ist die institutionelle Absicherung von Dialogforen. Auf der dritten Tagung des TEC in Washington, D.C. am 12. Dezember wurde der Fortschrittsbericht angenommen, in welchem die besondere Bedeutung einer starken transatlantischen Partnerschaft in Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehoben wird.

Der jährliche **Gipfel EU-USA** fand in Brdo (Slowenien) am 10. Juni statt, bei dem eine Vielzahl globaler und regionaler Herausforderungen diskutiert wurde. Er zielte nicht zuletzt darauf ab, Gemeinsamkeiten und das bisher institutionell Erreichte, etwa die regulatorische Zusammenarbeit im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, über den bevorstehenden Wechsel in der US-Administration hinaus zu sichern. Die Intensivierung der Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Regulierungsfragen und die Entlastung der Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks kam ebenso zur Sprache wie die von den USA in Aussicht genommene Neuerarbeitung des Programms für visumfreies Reisen (VWP), welches Staatsangehörige teilnehmender Länder von der US-Sichtvermerkplicht befreit.

Das **Luftverkehrsabkommen** der ersten Generation zwischen der EU und den USA trat am 30. März in Kraft und stellt einen wichtigen Schritt zu einem gemeinsamen Luftverkehrsmarkt dar. Die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen der zweiten Generation, bei dem die USA ihre Märkte zur Gänze öffnen wollen („Open Skies“), begannen am 15. Mai. Darüber hinaus wurde in Brüssel am 30. Juni ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Regelung der Zivilluftfahrtssicherheit unterzeichnet.

### 8.3.2. Der institutionalisierte Dialog EU-Kanada

Der institutionalisierte Dialog zwischen der EU und Kanada basiert auf dem Rahmenabkommen über die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit von 1976, der Deklaration zu den transatlantischen Beziehungen von 1990, der Gemeinsamen Politischen Deklaration von 1996 sowie dem dazugehörigen Aktionsplan. Der institutionelle Rahmen wurde in der Bonner Erklärung von 1999 festgelegt. Zahlreiche Treffen auf Arbeits- und Experten-, höherer Beamten- und Politikerebene bilden das Fundament des politischen Dialogs zwischen der EU und Kanada.

Auf dem **Gipfel EU-Kanada** in Québec-Stadt am 17. Oktober wurde der Prozess zur Erarbeitung eines vertieften Wirtschaftsabkommens eingeleitet. In einer Vorsondierungsphase wird der Umfang des Abkommens definiert. Der

*Österreich in der Europäischen Union*

tatsächliche Verhandlungsbeginn soll im Laufe des Jahres 2009 erfolgen. Die konstruktiven Gespräche über Grundsatzfragen sowie der erfolgreiche Verhandlungsabschluss über ein bilaterales Luftverkehrsabkommen unterstreichen den Wunsch beider Seiten nach weitergehenden Abkommen. Darüber hinaus wurden auf dem Gipfel die Prioritäten Energie und Umwelt sowie Frieden und Sicherheit erörtert.

#### **8.4. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen**

Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (**NAFTA**) zwischen den USA, Kanada und Mexiko trat am 1. Jänner 1994 in Kraft. Diese regionale Freihandelszone, die den Verkehr für Güter, Dienstleistungen und Kapital umfasst, verbindet zwei hochentwickelte Industriestaaten mit einem im Süden an die USA angrenzenden und wirtschaftlich aufstrebenden Schwellenland. Von 1993 bis 2007 nahm der Warenhandel zwischen den NAFTA-Mitgliedstaaten um mehr als das Dreifache zu und stieg im Volumen von 297 Milliarden US-Dollar auf 930 Milliarden US-Dollar.

Im NAFTA-Vertrag sind unterschiedliche Konfliktlösungsmechanismen enthalten, wobei das Streitlichtungsverfahren im Bereich unerlaubter Handelspraktiken wie Subventionen und Dumping oft zur Anwendung kommt. Auf dem Gebiet des Investitionsschutzes beschritt das NAFTA-Abkommen neue Wege, da auch ausländische Direktinvestitionen durch den Streitlichtungsmechanismus des Kapitels 11 besonders geschützt werden.

### **9. Lateinamerika und Karibik**

#### **9.1. Politische Entwicklungen**

In Lateinamerika und in der Karibik fanden in der Dominikanischen Republik und Paraguay Präsidentschaftswahlen, in Haiti und Belize auch Parlamentswahlen statt. In Bolivien gab es Referenden zur Bestätigung des Präsidenten und der Präfekten der neun Provinzen. Kommunalwahlen wurden in Brasilien, Nicaragua und Venezuela abgehalten. Nahezu ganz Lateinamerika und die Karibik bekennen sich zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zur Marktwirtschaft sowie zur regionalen Integration und internationalen Öffnung. Trotz zahlreicher politischer Krisen in verschiedenen Ländern der Region wurden Problemlösungen vorwiegend auf politischem Wege gesucht und die demokratischen Institutionen nicht infrage gestellt. Anlass zu Sorge gaben die Kommunalwahlen in Nicaragua, deren Abhaltung nicht internationalen Standards entsprach.

In **Mexiko** setzte Präsident Felipe Calderón Hinojosa im zweiten Jahr seiner Amtszeit wichtige Reformen um, vor allem im Energiesektor. Das Land stand unter dem Eindruck der zunehmenden Drogenkriminalität und deren Bekämpfung. Das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung blieben hinter den Erwartungen zurück. Vor allem im Zuge der Wirtschafts-

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

krise in den USA, dem wichtigsten Handelspartner Mexikos, kam es für die stark dahin ausgerichtete Wirtschaft zu ernsthaften Problemen. Die Regierung versuchte mit einem Konjunkturbelebungsprogramm gegenzusteuern. Die von einer Wiederannäherung Mexikos an Lateinamerika geprägte Außenpolitik gewann an Schwung, wobei die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba im Mittelpunkt stand. In den Beziehungen zu den USA war vor allem die Zusammenarbeit im Sicherheitssektor im Rahmen der so genannten Merida-Initiative von Bedeutung.

In **Brasilien** setzte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva seinen politischen und wirtschaftlichen Kurs fort, in dessen Mittelpunkt ungebrochen die Bemühungen um soziale Reformen und wirtschaftliches Wachstum unter Beibehaltung der Budgetpolitik standen. Allerdings musste auch Brasilien wegen der Wirtschaftskrise für das Jahr 2009 die Wachstumsprognosen nach unten revidieren. Außenpolitisch unterstrich Brasilien seinen regionalen Führungsanspruch, unter anderem mit der erstmaligen Abhaltung eines Lateinamerika-Karibik-Gipfels in Salvador da Bahia im Dezember. Dabei standen für Brasilien Themen wie die Bemühungen um einen ständigen Sitz im VN-SR, die Dynamisierung der regionalen Integration und die Diversifizierung der Handelsbeziehungen im Vordergrund.

In **Argentinien** stand innenpolitisch der Streit über die Besteuerung von Agrarexporten im Vordergrund. Insgesamt war die wirtschaftliche Situation zufriedenstellend, die negativen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise noch nicht spürbar. Zur Abfederung des schwächeren Wirtschaftswachstums wurden konsumorientierte Maßnahmen getroffen. Die großen Spannungen mit Uruguay wegen des Baus zweier Zellulosefabriken auf uruguayischer Seite des Grenzflusses Uruguay dauerten an.

Die chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet setzte innenpolitisch auf die Themen Altersvorsorge, Bildungssystem und innere Sicherheit. **Chile** schloss mit Handelspartnern weitere bilaterale Freihandels- und Assoziationsabkommen ab. Die 2007 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurden fortgesetzt.

In **Kolumbien** verzeichnete die Regierung die seit Jahren größten Erfolge im Kampf gegen die Revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens (FARC). Die Ausdehnung des militärischen Vorgehens gegen die FARC auf das benachbarte Staatsgebiet von Ecuador führte zu schweren diplomatischen Verstimmungen mit Ecuador und Venezuela. Großes mediales Aufsehen erregte die Befreiungsaktion der früheren Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Die Sicherheitslage konnte sich durch die massive Schwächung der FARC leicht verbessern. Weiterhin problematisch bleibt die Wiedereingliederung von mehr als 48.000 demobilisierten ehemaligen Paramilitärs. Die größte Herausforderung liegt jedoch in der Frage der Wiedergutmachung für die vielen zivilen Opfer des Konflikts.

*Österreich in der Europäischen Union*

In **Kuba** führte die Übernahme der Staatsspitze durch Raúl Castro Ruz im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und die Freilassung politischer Gefangener zu keinen nennenswerten Verbesserungen. Der Präsident des Staats- und Ministerrats Ruz konnte seine Macht weiter konsolidieren und den Machterhalt der kommunistischen Partei legitimieren. Er beschloss mehrere, für den Großteil der Bevölkerung jedoch wenig signifikante Liberalisierungsmaßnahmen sowie die Aufhebung verschiedener exzessiver Verbote. Drei verheerende Wirbelstürme richteten in der zweiten Jahreshälfte Schäden in der Höhe von 10 Milliarden US-Dollar an. In seinen Außenbeziehungen setzte Kuba auf die Normalisierung und Diversifizierung. Der politische Dialog zwischen der EU und Kuba wurde im Oktober nach fünfjähriger Pause wieder aufgenommen. Die Rio-Gruppe nahm Kuba am 13. November als Vollmitglied auf.

In **Peru** setzte Staatspräsident Alan García Perez seinen wirtschaftspolitischen Kurs fort. Vorrangige innenpolitische Ziele waren die Armutsbekämpfung sowie die Reform des Bildungs- und Gesundheitssektors. Zur Festlegung der Seegrenze mit Chile rief Peru den IGH an. Peru war Gastgeber des V. EU-LAC-Gipfels in Lima im Mai sowie des XVI. Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) in Lima im November.

**Venezuela** verzeichnete ein zufrieden stellendes Wirtschaftswachstum, jedoch bei einem beträchtlichen Anstieg der Inflationsrate auf mehr als 30 %. Bei den Regionalwahlen kam es zu Achtungserfolgen der Oppositionsparteien in wirtschaftlich wichtigen Regionen bzw. Provinzen des Landes. Außenpolitisch setzte Präsident Hugo Chávez Frías seinen Kurs der regionalen Zusammenarbeit unter seiner Führung fort. Besonders Argentinien, Bolivien, Ecuador und Kuba profitierten von der venezolanischen Unterstützung.

In **Paraguay** konnte der dispensierte katholische Bischof Fernando Lugo die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden. Die Bekämpfung von Armut und Korruption steht im Mittelpunkt seines Regierungsprogramms.

Seit Jänner ist der Sozialdemokrat Álvaro Colom neuer Staatspräsident von **Guatemala**. Im Mittelpunkt seines Regierungsprogramms stehen die Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage.

**Guatemala** und **Belize** entschieden, den schon lange schwelenden Grenzkonflikt beider Staaten dem IGH zur friedlichen Streitbeilegung vorzulegen.

In **Nicaragua** kam es nach den Lokalwahlen im November zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Opposition und Regierung, der massiver Wahlbetrug vorgeworfen wurde. Die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten äußerten sich besorgt darüber, dass die Wahlen nicht internationalen Standards entsprochen hätten. Eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission froren als Konsequenz die Allgemeine Budgethilfe für Nicaragua ein.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

In **Bolivien** überarbeitete der Kongress den von der Verfassungsgebenden Versammlung im Vorjahr angenommenen Entwurf für eine neue staatliche und gesellschaftliche Grundordnung einschließlich einer Landreform, welche den Großgrundbesitz einschränken soll. Sie soll nach mehrmaliger Verschiebung Anfang 2009 Gegenstand eines Referendums sein. Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft und Radikalisierung zwischen Regierung und Oppositionsparteien äußerte sich in gewaltsamen Unruhen. Jede Seite setzte erfolgreich Referenden zur Stützung ihrer Position ein. So kam es zu Autonomie-Referenden in den wirtschaftlich besser gestellten Regionen des Landes sowie zu Referenden über die Amtsinhaber an der Spitze von Staat (Präsident) und Provinzen (Präfecten), die mit Ausnahme der Präfecten von La Paz und Cochabamba alle bestätigt wurden. Durch internationale Vermittlungsbemühungen konnte die Lage etwas entschärft werden. Außenpolitisch näherte sich Bolivien weiter an Venezuela und Ecuador an.

In **Ecuador** standen die innenpolitischen Entwicklungen im Zeichen des von Präsident Rafael Correa Delgado betriebenen Projekts einer Verfassungsänderung, die 2009 einem Referendum unterzogen werden soll. Außenpolitisch kam es zur bisher schwersten bilateralen Krise mit Kolumbien in Folge des Angriffs der kolumbianischen Armee auf einen Stützpunkt der FARC auf ecuadorianischem Gebiet im März.

## 9.2. Die Beziehungen mit der Europäischen Union

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und zur Karibik werden in Form eines Gipfelprozesses mit allen 33 Staaten Lateinamerikas und der Karibik (EU-LAC-Prozess) sowie eines institutionalisierten politischen Dialogs mit der Rio-Gruppe gestaltet. Weiters werden regelmäßig gesonderte Treffen mit MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens), Zentralamerika, der Andengemeinschaft (CAN), dem Karibischen Forum der AKP-Staaten (CARIFORUM) sowie mit Mexiko und Chile durchgeführt. Die Verhandlungen über Assoziierungsabkommen wurden mit CAN und mit Zentralamerika (CA) fortgesetzt. Hingegen gelang es nicht, auch die Verhandlungen mit MERCOSUR wieder in Gang zu bringen. Die 2007 begründete strategische Partnerschaft zwischen der EU und Brasilien wurde beim Zweiten EU-Brasilien-Gipfel im Dezember durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsplans gestärkt und ausgebaut. Im Oktober wurde mit Mexiko eine strategische Partnerschaft begründet.

### 9.2.1. Der EU-LAC-Prozess

Die **EU-LAC-Gipfeltreffen** geben die strategische Richtung für die Weiterentwicklung der Beziehungen vor. Seit 1999 fanden fünf derartige Gipfeltreffen statt: Auf dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro (Brasilien) am 28. und 29. Juni 1999 wurden gemeinsame Grundsätze und ein biregionales Aktionsprogramm verabschiedet.

*Österreich in der Europäischen Union*

Der zweite Gipfel in Madrid am 17. und 18. Mai 2002 sowie der dritte Gipfel in Guadalajara (Mexiko) am 28. und 29. Mai 2004 widmeten sich der Vertiefung der Beziehungen in den Bereichen der sozialen Kohäsion, des Multilateralismus und der Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Der vierte Gipfel in Wien vom 11.–13. Mai 2006 befasste sich mit der weiteren Stärkung der strategischen Partnerschaft. Energie und Biodiversität wurden als neue und wichtige Themen für die Zusammenarbeit verankert.

Beim fünften EU-LAC-Gipfel in Lima am 15. und 16. Mai 2008 standen die Themen Klimawandel, Energie bzw. Energiesicherheit und der Ausbau von alternativen Energieformen sowie die Fortsetzung der Bemühungen um die Stärkung der sozialen Kohäsion auf der Agenda. Weitere Themen waren die Vertiefung der verschiedenen regionalen Integrationsprozesse und eine verstärkte Zusammenarbeit beider Regionen im multilateralen Bereich. Die biregionale Kooperation wird nach dem erfolgreichen fünften Gipfeltreffen durch eine Reihe von Treffen auf politischer Ebene und Expertenebene auf Grundlage der Gipfelerklärung von Lima aufgearbeitet.

#### 9.2.2. Beziehungen zu Mexiko und Chile, MERCOSUR, Zentralamerika, CAN und CARIFORUM

Der **4. Gipfel EU-Mexiko** und der **3. Gipfel EU-Chile** fanden am Rande des EU-LAC-Gipfels in Lima (Peru) am 17. Mai statt. Die EU und Mexiko erklärten dabei ihre Absicht, ihre Zusammenarbeit zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen, welche im Oktober beschlossen wurde. Die EU und Chile kamen unter anderem überein, ihre Zusammenarbeit in multilateralen Foren vor allem im Bereich der Menschenrechte zu verstärken.

Ebenfalls in Lima am 17. Mai fand ein Treffen der EU mit **MERCOSUR** (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Venezuela) statt, bei dem die Verpflichtung zur verstärkten Zusammenarbeit in politischen Fragen sowie Handels- und Wirtschaftsfragen erneuert wurde. Die 1999 begonnenen Verhandlungen zwischen der EU und MERCOSUR sind wegen zu unterschiedlicher Positionen, aber auch wegen interner Spannungen im MERCOSUR, festgefahren.

Am Rande des EU-LAC-Gipfels fand auch das dritte Gipfeltreffen zwischen der EU und **Zentralamerika** (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua sowie Panama als Beobachter) statt, auf dem die Bemühungen Zentralamerikas zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsintegration, insbesondere zur Schaffung einer Zollunion, bekräftigt wurden. Die 2007 begonnenen Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika zur Intensivierung des politischen Dialogs, zur Verbesserung der Zusammenarbeit sowie zur Erleichterung des biregionalen Handels und von Investitionen wurden in der fünften Runde in Guatemala-Stadt vom 6.–10. Oktober fortgeführt.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

Die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen der EU mit der Andengemeinschaft (**CAN**) wurden zunächst weitergeführt. Die dritte Verhandlungsrunde fand in Quito (Ecuador) am 25. April statt. Die für Juli angesetzte vierte Verhandlungsrunde in Brüssel musste wegen interner Differenzen der Mitgliedstaaten der Andengemeinschaft auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Das mit dem Karibischen Forum der AKP-Staaten (**CARIFORUM**) von 2002 bis 2007 verhandelte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wurde in Bridgetown (Barbados) am 15. Oktober unterzeichnet.

### 9.3. Regionale Integrationsforen

Die zwei Gipfeltreffen der Staaten des **MERCOSUR** (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela) behandelten vor allem offene Fragen der Zollunion. Am 16. und 17. Dezember fand in Bahia (Brasilien) nicht nur das 36. **MERCOSUR**-Gipfeltreffen statt, sondern auch das Treffen der sich aus 23 Ländern zusammensetzenden **Rio-Gruppe**, das Treffen der Union Südamerikanischer Nationen (**UNASUR**) sowie der erste Gipfel für die Integration und Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik (**CALC**) unter Beteiligung aller 33 Staaten der Region.

Die zentralamerikanischen Staaten arbeiten im Rahmen des Zentralamerikanischen Integrationsbündnisses (**SICA**) an einer verstärkten Harmonisierung im Wirtschaftsbereich.

Die Präsidenten der aus Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru zusammengesetzten Andengemeinschaft (**CAN**) trafen in Guayaquil (Ecuador) am 14. Oktober zu einem Gipfeltreffen zusammen, bei dem unter anderem die Fortsetzung der Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungsabkommen besprochen wurde.

Auf dem 29. Gipfeltreffen der Karibischen Gemeinschaft (**CARICOM**) in Bolans (Antigua und Barbuda) vom 1.–4. Juli wurde vor allem die verstärkte regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, Luftverkehr, Gesundheit, Katastrophenmanagement und in konsularischen Angelegenheiten erörtert.

Die 38. Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (**OAS**) fand in Medellín (Kolumbien) vom 1.–3. Juni statt. Sie stand unter dem Generalthema „Jugend und demokratische Werte“ und im Zeichen des 60. Jahrestags der Gründung der OAS. An politischen Themen standen die Falkland Inseln/Malvinas, der Meerzugang für Bolivien und der Friedensprozess in Kolumbien auf der Tagesordnung. Am Rande wurde ein Konsultationstreffen auf Außenministerebene über die Krise zwischen Ecuador und Kolumbien abgehalten.

Das **18. Iberoamerikanische Gipfeltreffen** fand in San Salvador (El Salvador) vom 29.–31. Oktober statt und behandelte in erster Linie das Thema Jugend.



*Österreich in der Europäischen Union*

Bei allen lateinamerikanischen und karibischen Treffen in der zweiten Jahreshälfte wurden auch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf den lateinamerikanischen und karibischen Raum analysiert und Maßnahmen gegen den Wirtschaftsabschwung erörtert.

## 10. Afrika südlich der Sahara

### 10.1. Allgemeine Entwicklungen

Während die großen Krisenherde Afrikas wie Sudan/Tschad/Zentralafrikanische Republik, das Horn von Afrika und der Ostkongo weiter im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit standen, verzeichneten zunehmend mehr Länder eine positive wirtschaftliche Entwicklung, etwa Angola, Ghana, Mosambik und Tansania. Die für diese Entwicklung mitverantwortlichen hohen Rohstoff- und Erdölpreise erhöhten jedoch die Lebensmittelpreise und brachten wiederum andere Länder in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wahlen fanden in Dschibuti, Guinea-Bissau, Kap Verde, auf den Komoren, in Ruanda, Sierra Leone, Simbabwe und Swasiland statt.

Österreich engagierte sich mit der Stationierung eines Kontingents des österreichischen Bundesheers im Tschad. Der Besuch von Bundespräsident Heinz Fischer in Äthiopien, Mali und bei der AU war der erste Besuch eines österreichischen Bundespräsidenten in Afrika südlich der Sahara.

### 10.2. Entwicklungen in den Regionen

#### 10.2.1. Das Horn von Afrika und Zentralafrika

Der mit dem Abkommen von Algier vom Dezember 2000 eingeleitete Friedensprozess zwischen **Äthiopien und Eritrea** kam völlig zum Erliegen. Das Mandat der Mission der VN in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) wurde mit der Resolution 1827 (2008) des VN-SR mit Wirkung vom 31. Juli beendet und das Personal von UNMEE im August abgebaut. Die virtuelle Grenzziehung der Grenzkommission für Äthiopien und Eritrea (EEBC) und deren Selbstauflösung wurde vom VN-SR zur Kenntnis genommen.

**Eritrea** sorgte im Juni durch die Besetzung des bisher als Teil von **Dschibuti** angesehenen Ras Doumera und der Insel Doumera für einen neuen Konflikt mit einem Nachbarstaat. Die Kontroverse geht auf das umstrittene Mussolini-Laval-Abkommen von 1935 zurück, das weder von Italien noch von Frankreich ratifiziert wurde. Bisherige Konfliktlösungsinitiativen von internationalen Organisationen wie AU, der Liga der Arabischen Staaten, der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD), in der Äthiopien ab Juni den Vorsitz ausübte, und den VN blieben ohne Ergebnis.

In **Somalia** intensivierten sich trotz des zwischen der Föderalen Übergangsregierung und der Allianz für die Wiederbefreiung Somalias (ARS) unterzeichneten Abkommens über eine Waffenruhe die Kampfhandlungen mit



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

den aufständischen Islamisten (Shabaab), weil sie dieses Abkommen ablehnen. Die Shabaab-Miliz übte bereits über eine Reihe von Städten und Häfen in Süd- und Zentralsomalia die Kontrolle aus. Initiativen der AL, AU, IGAD, der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und der VN zur Lösung der Somaliafrage sowie Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung blieben erfolglos. Im Dezember begann Äthiopien mit dem Abzug seiner Truppen. Mit der Resolution 1816 (2008) vom 2. Juni reagierte der VN-SR auf das zunehmende Problem der Piraterie vor der Küste Somalias (siehe auch Kapitel A.VI.1.2.1.). Somaliland setzte seine Bemühungen um internationale Anerkennung als souveräner Staat fort. Im Oktober kam es zu koordinierten Bombenanschlägen in Hargaisa.

Im **Sudan** ging die Umsetzung des 2005 zwischen der sudanesischen Regierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee geschlossenen umfassenden Friedensabkommens nur schleppend voran. Die vereinbarte Kommission zur Festlegung der Grenze des Südsudans nahm ihre Arbeit auf. Hinsichtlich der Grenzprovinz Abyei kam man in Verhandlungen über eine gemeinsame Verwaltung und eine internationale Schiedskommission über die Grenze einer Lösung näher. Im **Darfurkonflikt** konnte keine Lösung gefunden werden; die bewaffneten Auseinandersetzungen nahmen sogar zu. Am 14. Juli beantragte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) die Ausstellung eines internationalen Haftbefehls gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir. Die Entscheidung des IStGH darüber stand zu Jahresende noch aus.

Die Beziehungen zwischen **Sudan und Tschad** blieben konfliktgeladen. Zu Jahresbeginn drangen Rebellengruppen aus dem Grenzgebiet beider Länder bis in die tschadische Hauptstadt N'Djamena vor. Im Mai gelang es der Rebellengruppe „Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“ (JEM), bis in die Vororte der sudanesischen Hauptstadt Khartum vorzudringen. Wechselseitige Beschuldigungen bezüglich der Unterstützung von Rebellengruppen führten vorübergehend zum Einfrieren der diplomatischen Beziehungen, die sich erst mit dem Austausch von Botschaftern am 9. November wieder normalisierten.

Zur ESVP-Operation EUFOR Tchad/RCA siehe Kapitel A.VI.1.2.1.

#### 10.2.2. Das südliche Afrika

**Südafrika** setzte seine verschiedenen Friedensbemühungen fort und war für den Zeitraum 2007–2008 nichtständiges Mitglied des VN-SR. Im Mai kam es zu freundenfeindlichen Ausschreitungen. Am 25. September wurde Präsident Thabo Mbeki abberufen und Kgalema Motlanthe interimistisch zum Präsidenten gewählt.

Am 29. März fanden in **Simbabwe** Präsidentschaftswahlen, Wahlen beider Häuser des Parlaments sowie Regional- und Lokalwahlen statt. Die oppositionelle Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) gewann die Mehr-

*Österreich in der Europäischen Union*

heit in der Abgeordnetenversammlung. MDC-Kandidat Morgan Tsvangirai, der im ersten Wahlgang nur knapp die absolute Mehrheit gegenüber Präsident Robert Mugabe verfehlte, nahm aufgrund eines systematischen Drucks auf die Opposition an der umstrittenen Stichwahl zugunsten Mugabes am 27. Juni nicht teil. Am 15. September kam es jedoch zur Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Bildung einer Einheitsregierung mit Mugabe als Präsidenten und Tsvangirai als Ministerpräsidenten, welche bis Jahresende nicht umgesetzt wurde. Die sich dramatisch verschlechternde Wirtschaftslage sowie eine Cholera-Epidemie, die im August ausbrach und bis Jahresende etwa 35.000 Erkrankte und 1.800 Tote zur Folge hatte, trieben das Land an den Rand des Ruins.

In **Botsuana** übernahm am 1. April Ian Khama das Präsidentenamt.

In **Swasiland** fanden im September Parlamentswahlen statt. Die neue Regierung verstärkte den Druck auf die politische Opposition und inhaftierte deren wichtigsten Vertreter.

### 10.2.3. Die Region der Großen Seen

Die Entwicklung in der **Demokratischen Republik Kongo** war durch eine Zuspitzung der durch ethnische Gegensätze und wirtschaftliche Interessenskonflikte verursachten Krise in der Provinz Nordkivu im Osten des Landes gekennzeichnet. Ein in Goma im Jänner geschlossenes Waffenstillstandsabkommen zwischen der Regierung und mehr als 20 Rebellenorganisationen konnte nicht umgesetzt werden. Anfang Oktober erklärte der Führer der Tutsi-Rebellen Laurent Nkunda das Abkommen von Goma für beendet und leitete in mehreren Teilen von Nordkivu militärische Offensiven ein, die eine humanitäre Krise mit mehr als 250.000 zusätzlich Vertriebenen auslöste. Ein Sondergipfel der Internationalen Konferenz der Großen-Seen-Region mit der AU in Nairobi am 7. November sowie Vermittlungsbemühungen des Sondergesandten des VN-GS Olusegun Obasanjo und des früheren tansanischen Präsidenten Benjamin Mkapa erzielten nur geringe Fortschritte.

In **Uganda** führten die im April 2007 wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Widerstandsbewegung des Herrn (LRA) zwar zum Abschluss von insgesamt sechs Abkommen, das Endgültige Friedensabkommen wurde jedoch nicht unterzeichnet. Der Führer der LRA Joseph Kony, gegen den ein Haftbefehl des IStGH vorliegt, erschien trotz seiner Zustimmung zum Abkommen zu keinem der für die Unterzeichnung angesetzten Termine. Nach erneuter Terrorisierung der Bevölkerung der Region durch die Rebellen starteten die Demokratische Republik Kongo, der Südsudan und Uganda im Dezember eine gemeinsame militärische Offensive gegen die LRA im Nordkongo, ohne jedoch entscheidende Erfolge erzielen zu können.

In **Burundi** führten die wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Rebellenorganisation „Nationale Befreiungsfront“ (Palipehutu-FNL) am 4. Dezember unter Vermittlung des ugandischen Präsidenten-

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

ten Yoweri Kaguta Museveni zur Unterzeichnung eines umfassenden Friedensabkommens. Das Abkommen sieht unter anderem die Integration der „neuen“ FNL in die politische Parteienlandschaft Burundis und die Betrauung von Vertretern der FNL mit Regierungsämtern vor.

In **Ruanda** fanden vom 15.–18. September Parlamentswahlen statt, denen von der EU-Wahlbeobachterkommission ein überwiegend positives Zeugnis ausgestellt wurde. Die Ruandische Patriotische Front (RPF) von Präsident Paul Kagame konnte sich entscheidend durchsetzen. Der Anteil von weiblichen Parlamentsabgeordneten beträgt mehr als die Hälfte.

#### 10.2.4. Ostafrika

In **Kenia** kam es nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 27. Dezember 2007 und der kontroversen Erklärung von Mwai Kibaki zum Wahlsieger in weiten Teilen des Landes zum Ausbruch von Protesten und Gewalt, die mehr als 1.000 Menschenleben forderte und etwa 350.000 Personen zur Flucht zwang. Am 28. Februar einigten sich Präsident Kibaki und sein politischer Kontrahent Raila Odinga im Rahmen eines Koalitionsabkommens auf eine politische Machtaufteilung und auf längerfristige Maßnahmen zur Reformierung des politischen Systems.

Auf den **Komoren** konnte die Krise um die Insel Anjouan mit dem Sturz des abtrünnigen Regionalpräsidenten Mohamed Bacar beigelegt werden. Im Zuge einer von der AU autorisierten Militärintervention durch Truppen der Unionsregierung der Komoren unter Beteiligung sudanesischer und tansanischer Soldaten im März flüchtete Bacar und erhielt in Benin politisches Asyl. Bei den von der Übergangsregierung organisierten Neuwahlen setzte sich der von Unionspräsident Ahmed Abdallah Sambi unterstützte Moussa Toybou durch.

#### 10.2.5. Westafrika

Die Beziehungen Österreichs zu **Mali** erfuhren durch den Arbeitsbesuch von Bundespräsident Heinz Fischer am 22. und 23. Februar eine deutliche Belebung. In Folge der Verschleppung von zwei österreichischen TouristInnen im Februar in den Norden Malis durch die Terrorgruppe „Al Kaida des islamischen Maghreb“ entwickelte sich eine besonders enge Zusammenarbeit mit Mali. Mit Hilfe der Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Amadou Toumani Touré und der malischen Regierung konnte Ende Oktober die Freilassung der beiden Geiseln erreicht werden.

Sowohl im Norden von **Mali** als auch von **Niger** kam es zunehmend zu bewaffneten Auseinandersetzungen der Regierungstruppen mit den Tuaregs. Während in Mali die Regierung mit der großen Mehrheit der Tuaregruppierungen in Verhandlungen unter Vermittlung Algeriens steht, lehnt Niger derartige Verhandlungen ab.

*Österreich in der Europäischen Union*

In **Côte d'Ivoire** sollte das über Vermittlung des Präsidenten von Burkina Faso Blaise Compaoré im Dezember abgeschlossene vierte Zusatzübereinkommen von Ouagadougou zwischen Präsident Laurent Gbagbo und Premierminister Guillaume Soro die Voraussetzungen für die Abhaltung der im November neuerlich verschobenen Präsidentschaftswahlen schaffen. Bis Jahresende wurde aber kein konkreter Wahltermin festgelegt. Zur Operation der VN in Côte d'Ivoire (UNOCI) siehe Kapitel E.III.3.14.6.

Im **Senegal** sah sich Präsident Abdoulaye Wade zunehmender Kritik an seiner Amtsführung ausgesetzt. Vor dem Hintergrund großer finanzieller Engpässe konnte mit dem IWF kurz vor Jahresende ein neues Abkommen geschlossen werden.

In **Guinea** führten die schlechten Arbeitsbedingungen im Mai und Juni zu Meutereien bei der Armee und der Polizei. Am 23. Dezember kam es kurz nach dem Tod von Präsident Lansana Conté zu einem unblutigen Putsch, bei dem eine Militärjunta unter Führung von Hauptmann Moussa Dadis Camara die Macht übernahm. Die AU und die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) suspendierten daraufhin die Mitgliedschaft Guineas. Seitens der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft wurde auf die Ernennung einer zivilen Übergangsregierung und die Abhaltung von Wahlen im Jahr 2009 gedrängt.

Die Situation in **Liberia** konnte sich weiter stabilisieren, blieb jedoch insgesamt fragil. Besondere Herausforderungen sind die Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur, der Aufbau neuer Sicherheitskräfte und die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Nach langer Verzögerung konnte die im Accra-Friedensplan vorgesehene Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit beginnen. Zu Jahresbeginn wurde vom Sondergerichtshof für Sierra Leone in Den Haag das Verfahren gegen den früheren Präsidenten Charles Taylor wieder aufgenommen. Zur Mission der VN in Liberia (UNMIL) siehe Kapitel E.III.3.14.7.

Bei den Parlamentswahlen in **Guinea-Bissau** am 16. November konnte die frühere Einheitspartei „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde“ (PAIGC) unter Carlos Gomes Jr. die absolute Mehrheit der Sitze und das Amt des Premierministers erringen. Die gescheiterten Umsturzversuche gegen Präsident Nuno Vieira im August und im November konnten nicht restlos aufgeklärt werden. Zur ESVP-Operation EU SSR Guinea-Bissau siehe Kapitel A.VI.1.2.1., zum Büro der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (UNOGBIS) siehe Kapitel E.III.3.14.9.

In **Kap Verde** kam es nach den Lokalwahlen vom März, bei denen die Regierungspartei „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Kap Verde“ (PAICV) der christlich-konservativen Opposition unterlag, zu einer umfangreichen Regierungsumbildung.

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

In **Sierra Leone** fanden im Juli Kommunalwahlen statt, bei denen die Regierungspartei „All Peoples Congress“ (APC) eine Mehrheit von Gemeinden für sich gewinnen konnte.

In **Mauretanien** fand am 6. August ein Militärputsch statt, bei dem ein „Hoher Staatsrat“ unter Leitung des ehemaligen Generalstabschefs Mohamed Ould Abdelaziz die Macht übernahm. Nachdem die AU und die EU unter Androhung von Sanktionen die sofortige Freilassung des inhaftierten Präsidenten Sidi Ould Cheikh Abdallahi und die Wiederherstellung des verfassungsgemäßen Zustands gefordert hatten, wurde Präsident Abdallahi am 21. Dezember freigelassen und von der Militärjunta am 27. Dezember ein breit angelegtes Dialogforum über die politische Zukunft des Landes einberufen.

Die Staaten der Region, vor allem Guinea, Gambia, Sierra Leone und Guinea-Bissau, sahen sich in verstärktem Maße mit dem Phänomen der grenzüberschreitenden internationalen Kriminalität konfrontiert, insbesondere des Drogenhandels von Lateinamerika nach Europa. Als Reaktion darauf nahmen die ECOWAS-MinisterInnen im Rahmen einer Konferenz in Praia (Kap Verde) am 28. und 29. Oktober einen **Regionalen Aktionsplan** gegen Drogenhandel, Drogenkonsum und damit zusammenhängende organisierte Kriminalität an.

### 10.3. Die Beziehungen mit der Europäischen Union

Die Umsetzung der **Gemeinsamen EU-Afrika-Strategie** und des **Aktionsplans 2008–2010**, die beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember 2007 angenommen wurden, schritt voran. Die Implementierung wurde beim Troika-Ministertreffen EU-Afrika in Brüssel am 16. September und in Addis Abeba (Äthiopien) am 20. und 21. November bewertet, wo unter anderem der erste Fortschrittsbericht zum Aktionsplan verabschiedet wurde. Die sich auch aus nichtstaatlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft zusammensetzenden Expertengruppen für die Ausarbeitung von Vorschlägen für die im Aktionsplan vorgesehenen thematischen Partnerschaften nahmen ihre Arbeit auf. Österreich engagierte sich besonders im Bereich der Energiepartnerschaft sowie in der Partnerschaft für Friede und Sicherheit.

### 10.4. Regionale Integrationsforen

Der 10. Gipfel der Afrikanischen Union (**AU**) in Addis Abeba vom 31. Jänner bis 2. Februar war der industriellen Entwicklung Afrikas gewidmet. Der Präsident von Tansania Jakaya Kikwete wurde für ein Jahr zum neuen Vorsitzenden der Union gewählt, der Gabuner Jean Ping zu ihrem Kommissionsvorsitzenden. Der 11. Gipfel in Sharm-El-Sheikh (Ägypten) vom 30. Juni bis zum 1. Juli war dem Generalthema „Trinkwasser und Abwasserentsorgung“ gewidmet.

*Österreich in der Europäischen Union*

Beim Gipfeltreffen zwischen dem Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (**COMESA**), der Ostafrikanischen Gemeinschaft (**EAC**) und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (**SADC**) in Kampala (Uganda) am 22. Oktober wurde die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone beschlossen, die mit ihren 26 Mitgliedern 58 % des afrikanischen BIP und mit 527 Millionen Menschen 57 % der afrikanischen Bevölkerung umfassen soll.

**SADC**, deren Vorsitz Südafrika für ein Jahr übernahm, war besonders durch die Krise in Simbabwe gefordert. Österreich und die SADC unterzeichneten am 8. Oktober ein bilaterales Memorandum of Understanding, das den Rahmen für die weiteren bilateralen Aktivitäten mit Schwerpunkt Governance, Energie und Schienenverkehr bildet. Aus diesem Anlass führte eine Delegation der SADC im November erstmals Arbeitsgespräche in Wien.

Die Internationale Konferenz der Großen-Seen-Region (**IC/GLR**) hielt in Nairobi (Kenia) am 20. Dezember ein regionales interministerielles Treffen zur Lage im Ostkongo sowie zur Bekämpfung der LRA ab.

Auf einem außerordentlichen Gipfeltreffen der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (**IGAD**) in Nairobi am 29. Oktober zur politischen, humanitären und Sicherheitslage in Somalia übten die Staats- und Regierungschefs deutlich Kritik an der somalischen Übergangsregierung.

## 11. Asien

### 11.1. Allgemeine Entwicklungen

Die Staaten Asiens sind aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts bei der Bewältigung globaler Herausforderungen zu unverzichtbaren Verantwortungsträgern geworden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, Umwelt, Klimawandel und Energie stehen im Dialog mit den Ländern Asiens im Vordergrund.

#### 11.1.1. Nordost-Asien

Die Außenpolitik der **Volksrepublik China** zielt in erster Linie auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der nationalen Einheit sowie auf die äußere Absicherung des chinesischen Modernisierungs- und Transformationsprozesses ab. Besonderes außenpolitisches Interesse besteht an einem stabilen und sicheren Umfeld, in dem die wirtschaftliche Kooperation gedeihen kann. Peking strebt eine Stärkung des Konzepts der Multipolarität an und sieht sich als Wahrer der Interessen der Dritten Welt. Die Beziehungen zu den USA, zu Europa, Russland und Japan wurden intensiviert.

Seit 2003 besteht eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und China. Die chinesische Absage des für Dezember geplanten Gipfeltreffens EU-China, welche Peking mit dem Zusammentreffen zwischen Präsident Nicolas Sar-

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

kozy und dem Dalai Lama begründete, war ein Rückschlag. Zudem wurde der Menschenrechtsdialog durch die Vollstreckung des Todesurteils gegen den chinesischen Vater zweier österreichischer Staatsbürgerinnen überschattet (siehe Kapitel G.II.1.2.). Gleichzeitig führten die Verhandlungen über ein PKA zu weiteren Fortschritten. Für China, die drittgrößte Wirtschaftsmacht, ist die EU der größte Handelspartner und Investor, und China wiederum nach den USA der zweitgrößte Handelspartner der EU. Das EU-Handelsbilanzdefizit gegenüber China wuchs bei einem gleichzeitig steigenden Gesamthandelsvolumen. Dieser Umstand wird allgemein auf den unterbewerteten chinesischen Renminbi (Yuan) zurückgeführt.

Die überlegenen Wahlsiege der Kuomintang bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf **Taiwan** im ersten Quartal führten zu einer seit 1949 nicht gekannten Dynamik in den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße. Diese zeigte sich besonders beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, der Post- und Transportverbindungen sowie bei Erleichterungen im Reiseverkehr.

Kern der Sicherheitspolitik von **Japan** bleibt die Allianz mit den USA. Die Entwicklung eines gemeinsamen Raketensystems wurde fortgesetzt. Der Einsatz der japanischen Tankschiffe im Indischen Ozean zur Unterstützung der Schiffe von an der Befriedung Afghanistans teilnehmenden Staaten wurde verlängert. Ein Schwerpunkt der Außenpolitik Japans war die Vertiefung der politischen Beziehungen zu China. So besuchten Präsident Hu Jintao Japan im Mai und der neue Premierminister Taro Aso China im Oktober.

Im Zentrum der außenpolitischen Aktivitäten der **Republik Korea** stand die Frage der Sicherheit und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel. Der neue Staatspräsident Lee Myung-bak erklärte anlässlich seiner Amtsübernahme am 25. Februar, die Beziehungen zu Nordkorea auf der Basis von Pragmatismus und eines ergebnisorientierten Ansatzes gestalten zu wollen; die Politik seines Amtsvorgängers kritisierte er als oft zu entgegenkommend gegenüber Pjöngjang. Obwohl auch die neue Regierung in Seoul stets ihr Interesse am Ausbau der Beziehungen und an der Weiterführung des innerkoreanischen Dialogs betonte, kam dieser im Laufe des Jahres praktisch zum Erliegen. Seit Amtsantritt von Präsident Lee fand im Rahmen des innerkoreanischen Dialogs kein einziges Treffen auf Ministerebene statt.

Die Bemühungen um eine Entspannung in der Nuklearkrise wurden fortgesetzt, welche von der **Demokratischen Volksrepublik Korea** 2006 durch einen erstmaligen Atomtest und einen anschließenden Raketentest ausgelöst worden war und zur Verhängung von Sanktionen durch den VN-SR – mit Zustimmung Chinas – geführt hatte. Im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche zwischen China, Japan, der Demokratischen Volksrepublik Korea, der Republik Korea, Russland und den USA übergab Nordkorea im Juni eine Offenlegungserklärung über seine Nuklearprogramme, worauf die USA die Anwendung des „Gesetzes über Handel mit dem Feind“ auf Nordkorea beendeten. Im Oktober strichen die USA Nordkorea aus der Liste jener Staaten,



*Österreich in der Europäischen Union*

die den Terrorismus unterstützen. Ein Verifikationsprotokoll zur Regelung der Überprüfungsmodalitäten für die Offenlegungserklärung wurde noch nicht ausgehandelt.

Für die **Mongolei** gewannen die Beziehungen zu den Staaten im asiatischen und pazifischen Raum wie zu Japan und den USA sowie zur EU weiter an Bedeutung. Dessen ungeachtet bleibt die Pflege der Beziehungen zu den Nachbarn Russland und China prioritär. Die Nutzung des Potenzials an mineralischen Stoffen und Energieträgern lässt den Aufstieg der Mongolei zu einem wichtigen Produzentenland für Bergbauerzeugnisse erwarten.

### 11.1.2. Afghanistan

Trotz massiver internationaler Unterstützung konnte die Staatsführung von **Afghanistan** ihre Kontrolle über das Land nicht wesentlich weiter konsolidieren. Nach wie vor bedrohen Anschläge der Taliban in weiten Landesteilen die staatlichen Einrichtungen. Der gemeinsame Einsatz der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (ISAF) mit der Afghanischen Nationalen Armee konnte nicht verhindern, dass die Taliban dadurch das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsgewalt erschüttern. Zudem gab es bei der Bekämpfung der Taliban durch die ISAF und die US-Streitkräfte der Koalition der Operation „Dauerhafte Freiheit“ wiederholt Opfer unter der Zivilbevölkerung, was wiederum verbreitet zu einer negativen Einstellung der Afghanen gegenüber den ausländischen Militäreinheiten führte. Außenpolitisch konnten die Beziehungen zu Pakistan seit der Amtsübernahme der demokratischen Regierung in Pakistan erheblich verbessert werden.

### 11.1.3. Süd- und Südostasien

In **Pakistan** war ein bemerkenswerter Demokratisierungsprozess zu verzeichnen. Nachdem die Oppositionsparteien „Partei des Pakistanischen Volkes“ (PPP) und „Pakistanische Muslim-Liga Nawaz“ (PML-N) bei den Parlamentswahlen im Februar nach der Ermordung von Benazir Bhutto einen überwältigenden Sieg errungen hatten, bildeten sie eine Koalitionsregierung. Bereits im Mai beendete jedoch die PML-N ihre Mitarbeit in diesem Kabinett, und ihre Minister demissionierten. Im August trat Präsident Perez Musharraf zurück. Zu seinem Nachfolger wurde im September der PPP-Kovorsitzende Asif Ali Zardari gewählt. Die neue demokratische Staatsführung war mit großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen konfrontiert, die durch die internationale Finanzkrise verschärft wurden. Die größte Herausforderung für die Stabilität Pakistans war der Kampf gegen den fundamentalistischen Extremismus und Terrorismus. Vor allem in den an Afghanistan angrenzenden Stammesgebieten kam es zu einer Intensivierung der Kampfhandlungen zwischen den Taliban und pakistanischen Sicherheitskräften bzw. Armeeeinheiten. Im ganzen Land gab es Selbstmordanschläge. Dabei wurde erstmals die Hauptstadt Islamabad erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Es kam



*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

auch zu einem Angriff gegen die dortige dänische Botschaft und zu einem Anschlag auf ein Hotel, bei dem 50 Menschen ihr Leben verloren.

Der Entspannungsprozess zwischen **Indien und Pakistan** litt unter den Terroranschlägen islamistischer Terrorgruppen auf indische Ziele und kam nach dem Anschlag auf die Finanzmetropole Mumbai Ende November, bei dem 188 Menschen, darunter 28 Ausländer, getötet wurden, vorläufig zum Erliegen. Indien beschuldigt Pakistan, islamistische Terrororganisationen wie die Lashkar-e-Toiba, die für die meisten Anschläge in Indien verantwortlich gemacht werden, auf pakistanischem Boden zu dulden und sie als außenpolitisches Instrument zur Destabilisierung Indiens zu benutzen.

Einen Schwerpunkt der indischen Außenpolitik bildeten die strategische Annäherung an die USA und der Wiedereinstieg in den zivilen Nuklearhandel nach 30 Jahren internationalen Boykotts. Die strategische Partnerschaft mit der EU wurde auf dem **Gipfel EU-Indien** unter französischer Ratspräsidentschaft im September in Marseille bekräftigt und soll durch die thematische Schwerpunktsetzung auf Themen wie Klimawandel, Energie- und Umwelttechnologie sowie Zusammenarbeit in der Wissenschaft künftig effizienter gestaltet werden. Die ersten Verhandlungsrunden über ein Freihandelsabkommen mit der EU wurden erfolgreich geführt. Als regionale Großmacht in Südasien versuchte Indien, stabilisierend auf die krisengeschüttelten Nachbarländer Nepal, Bangladesch und Sri Lanka einzuwirken.

In **Bangladesch** fanden nach zweijährigem Ausnahmezustand, während dem die Übergangsregierung konsequent gegen die Korruption im Land vorgegangen war und Wahlreformen durchgesetzt hatte, am 29. Dezember Parlamentswahlen statt. Aus ihnen ging die linksgerichtete Awami-Liga unter der Führung von Scheich Hasina Wajed als Sieger hervor.

Im März fanden in **Bhutan** die ersten freien Parlamentswahlen statt. Die Wahlbeteiligung war mit über 70 % sehr hoch. Von den zwei Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, gewann mit 67 % die königstreue Partei der glückseligen Harmonie (DPT) unter dem ehemaligen Premierminister Jigme Thinley, der auch der neuen Regierung vorsteht. Das Regierungsprogramm des Königs von Bhutan, das „Bruttonationalglück“, wird fortgesetzt.

Als vorläufiger Höhepunkt des Friedensprozesses in **Nepal** wurden am 10. April freie demokratische Wahlen zur Konstituierenden Versammlung abgehalten, die von der Kommunistischen Partei Nepals/Maoisten unter dem ehemaligen Untergrundkämpfer Prachanda gewonnen wurden. Prachanda führt unter seinem bürgerlichen Namen Pushpa Kamal Dahal eine Koalitionsregierung von Maoisten, Kommunisten und einigen Regionalparteien der Madhesi an. Der von Indien favorisierte Nationalkongress unter dem langjährigen Regierungschef G.P. Koirala ging in die Opposition. Auf der ersten Sitzung der Konstituierenden Versammlung am 28. Mai wurde die seit 239 Jahren bestehende Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen. Die

*Österreich in der Europäischen Union*

Konstituierende Versammlung hat binnen zwei Jahren eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Die Regierung in **Sri Lanka** kündigte am 2. Jänner das im Jahr 2002 geschlossene Waffenstillstandsabkommen mit den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) auf und startete gegen LTTE eine militärische Offensive. Nach heftigen Gefechten gab sich die Regierung zu Jahresende siegessicher und strebte die Einnahme der letzten Bastion des LTTE-Kerngebiets im Norden des Landes an. Zahlreiche ZivilistInnen, die im Kampfgebiet eingeschlossen waren, kamen ums Leben.

Auf den **Malediven** führten die ersten freien demokratischen Präsidentschaftswahlen der Geschichte nach 30-jähriger Alleinherrschaft von Präsident Maumoon Abdul Gayoom im Oktober einen Machtwechsel herbei. Oppositionsführer Mohammed Nasheed wurde Staatspräsident und kündigte eine demokratische Öffnung des muslimischen Inselstaats an.

Die Lage in **Thailand** blieb instabil. Die tiefe Kluft zwischen AnhängerInnen des ehemaligen Premierministers Thaksin und seinen GegnerInnen blieb weiterhin bestehen. Die Proteste der RegierungsgegnerInnen gipfelten in der Besetzung des Regierungssitzes und des internationalen Flughafens in Bangkok. Bei den Protesten waren auch Todesopfer zu beklagen. Nach der Wahl einer neuen Regierung durch das Parlament unter Führung der bis dahin einzigen Oppositionspartei „Demokratische Partei“ im Dezember beruhigte sich die innenpolitische Lage. Die Beziehungen zu Kambodscha verschlechterten sich aufgrund des Konflikts um die Tempelanlage Preah Vihear an der Grenze, wo es zu Schusswechseln zwischen thailändischen und kambodschanischen Sicherheitskräften kam. Im Juli übernahm Thailand den Vorsitz im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

Die innenpolitische Lage in **Myanmar** verschlechterte sich weiter. Die Bemühungen des Sonderberaters der VN Ibrahim Gambari sowie des Sondergesandten der EU Piero Fasino, in Gesprächen mit der Regierung und den benachbarten Staaten eine politische Lösung voranzutreiben, führten zu keinen signifikanten Fortschritten. Zahlreiche bei Demonstrationen im Jahr 2007 verhaftete politische GegnerInnen wurden zu Jahresende zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Trotz des gestiegenen BNP aus Öl und Gaseinnahmen verschlechterte sich die generelle wirtschaftliche Lage für den Großteil der Bevölkerung weiter. Als Vorbereitung für die 2010 geplante Abhaltung von Wahlen wurde von der Militärjunta der Bevölkerung eine neue Verfassung zur Abstimmung vorgelegt, die nach offiziellen Angaben mit 92,4 % angenommen wurde. Das Verfassungsreferendum entsprach jedoch nicht den Erfordernissen einer freien und fairen Abstimmung. Der tropische Zyklon Nargis richtete im Mai große Schäden an, vor allem im Irrawaddy-Delta und in der ehemaligen Hauptstadt Yangon. Bei dieser Naturkatastrophe kamen weit mehr als 100.000 Menschen ums Leben. Die Hilfsleistungen der internationalen Gemeinschaft konnten erst nach einer wochenlangen Weigerung

*Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*

der Militärführung, internationale Hilfe und ausländische Helfer ins Land zu lassen, anlaufen.

**Malaysia** führte bis März den Vorsitz der OIC und setzte in dieser Eigenschaft den politischen Schwerpunkt auf eine Lösung des Nahostkonflikts. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 8. März verlor die Vereinigte Nationale Organisation der Malaien (UMNO) unter Ministerpräsident Abdullah Ahmad Badawi ihre Zweidrittelmehrheit. Das von Anwar Ibrahim organisierte Oppositionsbündnis „Volksallianz“ konnte 82 Mandate erringen und in fünf Bundesstaaten sowie im Stadtparlament von Kuala Lumpur die Regierungsführung übernehmen.

Seit dem Ende des autoritären Regimes von Langzeitpräsident General Suharto im Jahr 1998 konnte sich die Demokratie in **Indonesien** festigen und verwurzeln. Insbesondere im Bereich Medienfreiheit ist Indonesien mittlerweile in der Region beispielgebend. Indonesien war bis zum Ende des Jahres nichtständiges Mitglied des VN-SR und lancierte am 8. Dezember aus Anlass des 60. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die panasiatische Demokratiekonferenz auf Außenministerebene „Bali Democracy Forum“ samt einem Friedens- und Demokratieinstitut. Seit Juli 2007 belastet ein wegen Sicherheitsmängeln in Indonesien vom EU-Flugsicherheitsausschuss über die indonesischen Fluglinien ausgesprochenes Flugverbot für Europa die wechselseitigen Beziehungen. Das fertig ausverhandelte PKA mit der Union wird seither nicht vorangetrieben.

Am 11. Februar wurden auf den Präsidenten und den Premierminister von **Timor-Leste** Attentatsversuche verübt, bei denen der Präsident und Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta schwer verletzt und der Rebellenführer Alfredo Reinado getötet wurde. Nach Genesung und Rückkehr des Präsidenten aus Australien wurde der nach den Anschlägen verhängte Ausnahmezustand aufgehoben. Die seit 2006 eingerichtete Integrierte Mission der VN in Timor-Leste (UNMIT) trug gemeinsam mit den nationalen Behörden und der internationalen Friedenstruppe weiter zur Stabilisierung der Sicherheitslage bei (siehe auch Kapitel E.III.3.6.).

Die innenpolitischen Spannungen auf den **Philippinen** dauerten einerseits wegen massiver Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, andererseits wegen Befürchtungen an, das Regierungslager wolle die Amtszeit der Präsidentin mittels einer Verfassungsänderung verlängern. Einen herben Rückschlag erlitt der Friedensprozess zwischen der Regierung und den Muslimischen Rebellen der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF). Ein unterzeichnungsfertiges Vertragswerk, welches den Muslimen weitgehende Selbstverwaltung bestimmter Gebiete auf Mindanao eingeräumt hätte, wurde im August vom philippinischen Höchstgericht für verfassungswidrig erklärt. Neue Gewalt forderte in der Folge mehr als 300 Tote und etwa 750.000 Binnenvertriebene.

In **Vietnam** steht die Staatsführung unter dem Einfluss der Kommunistischen Partei, deren Politbüro unter Leitung von Generalsekretär Nong Duc Manh die Richtlinien der Politik vorgibt. Der Beitritt zur WTO im Jänner 2007 förderte einen marktwirtschaftlich orientierten Reformkurs. Das konstant hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre erlitt infolge der Weltwirtschaftskrise jedoch einen Einbruch. Die Medienfreiheit bleibt stark eingeschränkt, zahlreiche JournalistInnen und VerfasserInnen von Beiträgen im Internet (Blogger) wurden inhaftiert und zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Gegenwärtig verhandeln die EU und Vietnam ein neues PKA und ein Freihandelsabkommen. Vietnam ist während des Zeitraums 2008–2009 erstmals nichtständiges Mitglied des VN-SR.

### 11.2. Die Partnerschaft EU-Asien

Der **7. ASEM-Gipfel** (Asien-Europa-Treffen) fand in Peking am 24. und 25. Oktober statt und umfasste erstmals 43 Länder. Zentrales Thema war die globale Finanzkrise, zu der eine gemeinsame Erklärung verabschiedet wurde. Ein von einem Österreicher eingereichtes zentraleuropäisch-asiatisches Chorprojekt, das auch in Wien abgewickelt werden soll, wurde im November von der Asien-Europa-Stiftung (**ASEF**) beschlossen, der von ASEM eingerichteten, sich aus 45 Mitgliedern zusammensetzenden Institution zur Förderung des „People-to-People Exchange“ (Austauschs zwischen den Menschen) sowie wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen Asien und Europa.

Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem **Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)** erzielten wenige Fortschritte. Die EU wirkt aktiv am ASEAN-Regionalforum (**ARF**) mit, der einzigen ständigen multilateralen Einrichtung, die sich mit Sicherheitsfragen in der asiatisch-pazifischen Region befasst.

### 11.3. Regionale Organisationen

Die zehn Mitgliedstaaten der **ASEAN** (Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) feierten am 15. Dezember das Inkrafttreten der ASEAN-Charta. Mit der Charta gibt sich ASEAN eine Rechtspersönlichkeit und wertet das ASEAN-Sekretariat in Jakarta auf. Der **14. ASEAN-Gipfel** unter Vorsitz Thailands musste wegen der innenpolitischen Situation in Thailand auf Februar 2009 verschoben werden. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Kontakte vieler ASEAN-Staaten mit China, Japan und der Republik Korea entwickelten sich parallel weitere Integrationsebenen, **ASEAN+3** und der Ostasiengipfel (**EAS**).

Der acht Staaten umfassende Südasiatische Verband für Regionale Zusammenarbeit (**SAARC**) hielt das 15. Gipfeltreffen in Colombo am 2. und 3. August ab. Die EU nahm als Beobachter teil.

## 12. Australien, Neuseeland, Ozeanien

### 12.1. Australien

Außenpolitische Prioritäten Australiens waren der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Festigung der Allianz mit den USA sowie eine aktive Rolle im multilateralen Bereich, insbesondere im Rahmen der VN, weiters die Intensivierung der Beziehungen mit China und dem asiatisch-pazifischen Raum sowie eine verstärkte Nachbarschaftspolitik. Neben dem engen politischen Dialog mit Japan kam es auch zu einer Verstärkung der Beziehungen mit Indien. Das Weißbuch zum Klimawandel unterstrich die prioritäre Stellung dieser Herausforderung für die neue Regierung Kevin Rudd. Großes Interesse besteht an der Intensivierung der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der EU. Am 29. Oktober kam es in Paris zur Unterzeichnung eines neuen **Partnerschaftsrahmenabkommens** mit der EU.

### 12.2. Neuseeland

Die neue Regierung unter Premierminister John Key trat am 19. November ihr Amt an. Neuseelands außenpolitische Schwerpunkte sind ein aktiver Multilateralismus, Klimaschutz, die Sicherung der Absatzmärkte für die vorwiegend landwirtschaftlichen Produkte, die Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) und die Beziehungen zur EU. Weiters intensivierte Neuseeland die Beziehungen zu den USA sowie zum südost- und ostasiatischen Raum. Das Freihandelsabkommen mit China trat am 1. Oktober in Kraft. Darüber hinaus wurde die um Stabilität bemühte Nachbarschaftspolitik im Südpazifik engagiert fortgesetzt.

### 12.3. Ozeanien

Alle Inselstaaten des Pazifiks gehören der Gruppe der Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten (**AKP-Staaten**) an. Die EU ist mit jährlich mehr als 70 Millionen Euro nach Australien und vor Neuseeland zweitgrößter Entwicklungshilfegeber. Mit 13 Staaten des Südpazifiks wurden im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (**EEF**) Strategiepapiere unterzeichnet, die insgesamt 276 Millionen Euro für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Region vorsehen. Schwerpunkte sind gute Regierungsführung, Eindämmung der Auswirkungen des steigenden Meeresspiegels, nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, Energieversorgung und Projekte im Gesundheitsbereich. Österreich ist bemüht, die Beziehungen zu den pazifischen Staaten durch Programmunterstützungen und -beteiligungen zu intensivieren. Die regionale Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen des Pazifik-Insel-Forums (**PIF**), entwickelte sich positiv. Die Situation in Fidschi und die Rückkehr zur Demokratie war eines der zentralen Themen in den Beratungen des PIF. Die Regionale Unterstützungsmission für die Salomonen (**RAMSI**) unter der Führung Australiens wurde fortgesetzt.

## **B. Österreich in anderen europäischen Foren**

### **I. Europäische Sicherheitspolitik**

#### **1. Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden**

##### **1.1. Entwicklungen innerhalb der NATO**

Der von der Nordatlantikvertrags-Organisation (**NATO**) geführte internationale Einsatz in Afghanistan (**ISAF**) stellte auch im Jahr 2008 die wichtigste Herausforderung des Bündnisses dar. Im April beschloss die NATO auf dem Gipfel von Bukarest ein umfassendes, militärische ebenso wie zivile Aspekte berücksichtigendes Strategiepapier mit dem Titel „Strategische Vision“ für ihr weiteres Engagement in Afghanistan. In die Ausarbeitung dieses Dokuments wurden die an ISAF beteiligten Nichtmitgliedstaaten der NATO eingebunden.

Auf diesem Gipfeltreffen wurden auch **neue Einladungen für einen NATO-Beitritt** an Albanien und Kroatien mit dem Ziel ausgesprochen, diese Staaten beim Jubiläumsgipfel zum 60-jährigen Bestehen der NATO in Strassburg/Kehl im April 2009 offiziell in die Allianz aufzunehmen. Eine Einladung zum NATO-Beitritt an Mazedonien scheiterte vorerst an der ungelösten Frage des Staatsnamens (siehe Kapitel A.VI.3.1.7.).

Die NATO beschloss als Reaktion auf den **russisch-georgischen Konflikt** im August auf einem Sondertreffen ihrer AußenministerInnen am 19. August unter anderem ein vorläufiges Einfrieren der direkten Kontakte mit Russland auf Ebene des NATO-Russland-Rats. Die NATO gewährte Georgien humanitären Beistand und leistet konkrete Hilfe beim Wiederaufbau der Infrastruktur, etwa im Bereich der Luftraumkontrolle.

##### **1.2. Österreich in der Partnerschaft für den Frieden und im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat**

Österreich stellte im Jahr 2008 mit rund 650 SoldatInnen das größte Kontingent eines Partnerstaats im Rahmen der Kosovo-Truppe (**KFOR**) und übernahm im Rahmen dieser Operation im Mai für ein Jahr das Kommando über den multinationalen Einsatzverband Süd (**MNTF S**). Weiters war Österreich mit einem Stabsoffizier auch im Hauptquartier von ISAF in Afghanistan vertreten.

In Österreich fanden im Rahmen der Euro-Atlantischen Partnerschaft zwei Veranstaltungen statt, welche die Breite sicherheitsrelevanter Themen hervorheben: Das Bundesministerium für Verkehr, Infrastruktur und Technologie veranstaltete im Oktober in Zusammenarbeit mit dem NATO-Sekretariat ein Seminar, das den Auswirkungen jüngster Entwicklungen in der internationalen Transportwirtschaft auf logistische Aspekte der Durchführung von Friedensoperationen gewidmet war, das Bundesministerium für Land- und

*Europäische Sicherheitspolitik*

Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft organisierte im Dezember die Veranstaltung „Bedrohungsszenarien für die Infrastruktur der Lebensmittelkette und der Wasserzufuhr“.

Österreich leistet darüber hinaus weiterhin Beiträge zu **Treuhandfondsprojekten** in Zusammenhang mit der Partnerschaft für den Frieden (**PfP**). So unterstützte Österreich mit 200.000 Euro ein Programm für den Wiedereinstieg von Angehörigen des früheren kosovarischen Zivilschutzkorps ins Zivilleben, da nur ein Teil der Angehörigen des Korps in die neu zu errichtenden Streitkräfte des Kosovos übernommen werden. Weiters wurden 20.000 Euro zu einem Projekt für Ausbildungsprogramme zur Förderung der Korruptionsbekämpfung im Verteidigungssektor beigetragen.

## **2. Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur**

In einer Rede in Berlin am 5. Juni präsentierte der russische Präsident Dmitrij Medwedjew den **Vorschlag eines neuen europäischen Sicherheitsvertrags**, über den auf einem Gipfeltreffen Verhandlungen aufgenommen werden sollten. In weiterer Folge wurden die russischen Vorschläge dahingehend präzisiert, dass dieser Gipfel auch den Staaten Nordamerikas sowie sicherheitsrelevanten internationalen Organisationen im euro-atlantischen Raum offenstehen solle. Inhaltlich zielen die Vorschläge auf neue Regeln über die Interpretation des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen, über die Rolle von Bündnissen sowie über die Rüstungsbegrenzung ab.

Österreich ist hinsichtlich dieses russischen Anliegens diskussionsbereit, ohne dabei Zweifel aufkommen zu lassen, dass gerade mit der OSZE bereits eine Organisation im euro-atlantischen Raum existiert, in deren Rahmen Sicherheitsanliegen in allen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft, Demokratie und Menschenrechte, umfassend behandelt werden können. Entsprechend befürwortet Österreich wie seine EU-Partner die Erörterung der russischen Vorschläge im Rahmen der OSZE (siehe Kapitel B.II.1).

## **3. Die Diskussion über eine US-Raketenabwehrbasis in Europa**

Die USA unterzeichneten mit Tschechien am 8. Juli den Vertrag über die Einrichtung einer Radaranlage für die US-Raketenabwehr und mit Polen am 20. August den Vertrag für die Einrichtung einer US-Raketenabwehrbasis. Die parlamentarische Genehmigung dieser Abkommen stand zu Jahresende sowohl in Tschechien als auch in Polen noch aus.

Die russischen Bedenken gegen dieses Projekt konnten auch nach intensiven Beratungen zwischen den USA und Russland nicht ausgeräumt werden. Der russische Präsident kündigte daraufhin im Herbst an, neue Kurzstreckenraketen, welche die geplante Raketenabwehrbasis in Pommern erreichen



*Österreich in anderen europäischen Foren*

könnten, im Gebiet um Königsberg stationieren zu wollen, falls die amerikanischen Pläne verwirklicht würden. Gleichzeitig bot Russland den USA die gemeinsame Nutzung russischer Radarstationen an. Die neue amerikanische Administration unter Präsident Barack Obama kündigte an, erst die Frage der zu erwartenden technischen Effizienz des geplanten Raketenschildes zu prüfen, bevor eine konkrete Entscheidung über seine Errichtung getroffen würde.

Aus österreichischer Sicht ist das Raketenabwehrprojekt von sicherheitspolitischer Relevanz für den ganzen euro-atlantischen Raum, weshalb Österreich für einen breiten, transparenten und sachlichen Meinungs- und Informationsaustausch unter allen direkt und indirekt Beteiligten in dieser Frage eintritt.

## II. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

### 1. Die Debatte über die Zukunft der Sicherheit in Europa

Als Reaktion auf die Vorschläge von Präsident Dmitrij Medwedew zur Ausarbeitung eines umfassenden, rechtlich verbindlichen **Sicherheitsvertrags für Europa** und die daraufhin einsetzenden internationalen Diskussionen eröffnete der finnische OSZE-Vorsitz auf dem 16. OSZE-Ministerrat in Helsinki am 4. und 5. Dezember eine breite Debatte zum Thema „Die Zukunft der Sicherheit in Europa“ (siehe auch Kapitel B.I.2.). Einigkeit herrschte darüber, dass die OSZE grundsätzlich das geeignete Forum für die Weiterführung dieser Debatte sei, Uneinigkeit herrschte jedoch über das gewünschte Ergebnis der Debatte sowie über das entsprechende Format ihrer Fortführung im OSZE-Rahmen. Griechenland und Kasachstan ließen ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Veranstaltung hochrangiger Folgedebatten zu diesem Thema während ihrer künftigen OSZE-Vorsitze erkennen.

### 2. Regionalfragen und Feldaktivitäten

Auf dem **OSZE-Ministerrat** vom Dezember führte der Vorsitz die Verabschiedung wichtiger Beschlüsse herbei, darunter die Ministererklärung zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Beschluss über die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im OSZE-Raum und den Beschluss über die Stärkung der rechtlichen Grundlage der OSZE. Obwohl Fortschritte im Bereich regionaler Konflikte weitgehend ausblieben, gelang dem Vorsitz die Verabschiedung einer Regionalerklärung zu Berg-Karabach. Darin wurde das konstruktive und positive Moment nach der kurz zuvor unterzeichneten Moskauer Erklärung hervorgehoben.

Zu Jahresende einigte sich der Ständige Rat auf eine Verlängerung aller **OSZE-Missionen** mit Ausnahme jener in Georgien. Im Kosovo bleibt die



*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

automatische monatliche Verlängerung des Mandats aufrecht, sofern nicht seitens eines Teilnehmerstaats dagegen Einspruch erhoben wird. Die OSZE unterhält 19 Feldoperationen in Südosteuropa und in den GUS-Staaten, etwa im Südkaukasus und Zentralasien, für die der Großteil des OSZE-Budgets (rund 75%) und der personellen Ressourcen aufgewendet wurde. Österreich entsandte 34 zivile ExpertInnen in mehr als die Hälfte dieser Feldoperationen. Der überwiegende Teil davon war in Südosteuropa tätig.

In der **Projektfinanzierung** legte Österreich den Schwerpunkt auf jene Länder, die erst vor kurzem den entscheidenden Schritt in Richtung einer pluralistischen Demokratie unternommen hatten, mit dem Ziel, die Konsolidierung dieser Entwicklung zu unterstützen. Dies traf in erster Linie auf Kirgisistan und die Ukraine sowie auf Georgien zu, wo Österreich traditionell das Grenzmanagement unterstützt. Thematisch wurden Projekte besonders im Bereich der Demokratisierung, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gefördert. Darüber hinaus wurden auch Aktivitäten mit politisch-militärischer sowie wirtschaftlich-ökologischer Dimension unterstützt. Österreich ermöglichte ExpertInnen die Teilnahme an einer Reihe von OSZE-Konferenzen und -Seminaren im OSZE-Raum.

## **2.1. Südosteuropa**

Die OSZE unterhält ihre größten Feldoperationen in Südosteuropa, mit Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, in Mazedonien, Montenegro und Serbien. Die beiden größten Missionen, in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo, wurden personell und budgetär weiter verringert. Das Mandat des OSZE-Büros in Zagreb wurde bis Ende 2009 verlängert.

Die Feldoperationen der OSZE leisten einen wichtigen Beitrag für den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Entwicklung und Festigung multi-ethnischer Gesellschaften in Südosteuropa. In einigen Bereichen verschob sich die Rolle der OSZE in Richtung eines verstärkten Monitorings und der Beratung der administrativen und politischen Strukturen vor Ort. In Zusammenarbeit mit der EU und anderen internationalen Akteuren nimmt die OSZE zahlreiche Aufgaben wahr, welche im Annäherungsprozess der Länder an die euro-atlantischen Strukturen unverzichtbar sind.

## **2.2. Osteuropa**

### **2.2.1. Belarus**

Das OSZE-Büro in Minsk setzte seinen Schwerpunkt auf die Projektabwicklung in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt, Aufbau demokratischer Institutionen, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Im Bereich der Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE wurden insbesondere Projekte zur Förderung der Entwicklung der von der Katastrophe von Tschernobyl

*Österreich in anderen europäischen Foren*

betroffenen Gebiete, in der menschlichen Dimension die Bekämpfung des Menschenhandels unterstützt.

### 2.2.2. Moldau/Transnistrien

Moldau setzt im Konflikt um die separatistische Region Transnistrien seit Ende 2006 auf bilaterale Gespräche mit Russland. Mit der Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen dem Präsidenten Moldaus Vladimir Voronin und dem „Präsidenten“ Transnistriens Igor Smirnow im April wurde zwar der seit 2006 sistierte politische Dialog wieder aufgenommen, doch waren keine substanziellen Fortschritte bei der Suche nach einer Lösung festzustellen. Auf dem OSZE-Ministerrat vom 4. und 5. Dezember 2008 konnte keine regionale Erklärung zur Situation in Moldau/Transnistrien verabschiedet werden. Das bislang letzte informelle Treffen im „Format 5+2“, bestehend aus der moldauischen Regierung, der transnistrischen Administration, den drei Mediatoren Russland, Ukraine und OSZE sowie den Fazilitatoren EU und USA, in Wien am 16. Dezember blieb ergebnislos. Weitere Nachfolgetreffen wurden nicht vereinbart.

### 2.2.3. Ukraine

Die aus einem Büro für den Projektkoordinator bestehende Mission in der Ukraine führt in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft Projekte zur Förderung der Wirtschaft, Bekämpfung des Menschenhandels, Demokratisierung sowie Förderung der Zivilgesellschaft durch.

## 2.3. Südkaukasus

Die OSZE-Büros in Jerewan und Baku unterstützen Armenien bzw. Aserbaidschan bei der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in allen Dimensionen, besonders in den Bereichen Demokratisierung (Verfassungsreform und Wahlrechtsreform), Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, Medien-, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Die Lösung des **Berg-Karabach-Konflikts** wird im Rahmen der unter dem gemeinsamen Vorsitz von Frankreich, Russland und den USA stehenden Minsk-Gruppe verfolgt. Ein persönlicher Vertreter des OSZE-Vorsitzenden ist für die technischen Aspekte der Konfliktlösung sowie für den Aufbau vertrauensbildender Maßnahmen zuständig. Darüber hinaus arbeitet die in Wien angesiedelte Hochrangige Planungsgruppe an Vorschlägen für die mögliche Einrichtung eines multinationalen Friedenseinsatzes der OSZE.

Die Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe konstatierten zunächst eine Verschlechterung der Lage entlang der Waffenstillstandlinie. Der Konflikt in Georgien verringerte aber das Interesse an einer gewaltsamen Konfliktlö-

*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

sung: Mehrere Treffen zwischen den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans führten zwar zu keinem Durchbruch, doch unterzeichneten die beiden Staatschefs in Moskau am 2. November erstmals eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich zu einer friedlichen Regelung auf Basis der Prinzipien des internationalen Rechts und zur Fortsetzung der Verhandlungen bekennen. Beim OSZE-Ministerrat in Helsinki am 4. und 5. Dezember konnte keine politische Erklärung verabschiedet werden.

BDIMR entsandte Wahlbeobachtungsmissionen zu den Präsidentschaftswahlen nach Armenien am 19. Februar sowie nach Aserbaidshan am 15. Oktober und bescheinigte Fortschritte, doch seien nicht alle internationalen Verpflichtungen umgesetzt worden.

Die OSZE-Mission in Georgien, die größte OSZE-Feldoperation außerhalb Südosteuropas, ist mit der politischen Lösung der Konflikte um die beiden separatistischen Gebiete **Südossetien** und **Abchasien** befasst. Infolge des bewaffneten Georgien-Konflikts im August setzte sich der OSZE-Vorsitz gemeinsam mit der EU für ein rasches Zustandekommen eines Waffenstillstands ein. Die OSZE beschloss am 19. August die Entsendung von 20 zusätzlichen MilitärbeobachterInnen in die Zone rund um Südossetien. Österreich beteiligte sich mit einem Offizier. Trotz intensiver Bemühungen gelang es dem OSZE-Vorsitz infolge eines Vetos Russlands nicht, das Mandat für die OSZE-Mission über den 31. Dezember hinaus zu verlängern. Russland beharrte auf der Ausarbeitung eines revidierten Mandats, welches der einseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien durch Russland Rechnung trägt. Die Bemühungen zur Aufrechterhaltung einer substanziellen OSZE-Präsenz wurden jedoch fortgesetzt (siehe auch Kapitel A.VI.4.2.).

## 2.4. Zentralasien

Die OSZE ist in den Staaten Zentralasiens einer der wichtigsten internationalen Akteure. Die Feldmissionen der OSZE konzentrieren sich zum einen auf die Unterstützung der Regierungen durch Bereitstellung von Expertise in den Bereichen Stärkung des Rechtsstaats, Aufbau pluralistischer Gesellschaftsstrukturen, Achtung der Menschenrechte, demokratische Medienpolitik und Antikorruptionsmaßnahmen. Zum anderen befasst sich die OSZE mit einer Vielfalt von Ausbildungsaktivitäten.

In **Kirgisistan** bietet die seit sechs Jahren tätige und von Österreich seit Beginn mitfinanzierte OSZE-Akademie in Bischkek ein politikwissenschaftliches Masterprogramm und zahlreiche Trainingsmodule an. Darüber hinaus zeigen die vom OSZE-Zentrum in Bischkek abgehaltenen und von Österreich finanziell unterstützten Polizeischulungen gute Erfolge. Die OSZE-Mission plant auch die Errichtung eines Ausbildungszentrums für Zollfragen.

Während in **Usbekistan** die Zusammenarbeit zwischen OSZE und den usbekischen Behörden schwierig und sehr eingeschränkt blieb, war in **Turkmenis-**

*Österreich in anderen europäischen Foren*

**tan** ein verstärkter Wille zur Zusammenarbeit feststellbar. Ein klares Signal dafür war die Einladung an BDIMR zur Wahlbeobachtung. In **Tadschikistan** findet die Arbeit der OSZE ihren Schwerpunkt im systematischen Aufbau eines effektiven Grenzmanagements an der Grenze zu Afghanistan. In **Kasachstan** konzentriert sich die OSZE auf den näher rückenden kasachischen Vorsitz (2010), indem die Organisation durch eine Vielzahl von Aktivitäten den Gesetzesreformprozess und die Vorbereitung auf die anspruchsvolle Aufgabe der OSZE-Vorsitzführung unterstützt.

### 3. Die menschliche Dimension der OSZE

Die menschliche Dimension ist das Kernstück der OSZE-Tätigkeit mit dem Ziel der Wahrung und Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie zählt zu den wichtigsten Stärken der Organisation. Ihre operative Institution ist das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (**BDIMR**) mit Sitz in Warschau.

Der **Wirkungsbereich** von BDIMR umfasst demokratische Wahlen, Demokratieentwicklung, Menschenrechte, Toleranz, Nichtdiskriminierung und Rechtsstaatlichkeit. Das Büro organisiert darüber hinaus Wahlbeobachtungsmissionen; im Jahre 2008 in zwölf Teilnehmerstaaten. Die Wahlbeobachtungen wurden nicht nur in den „neuen Demokratien“, sondern auch in Italien, Spanien und den USA durchgeführt. Österreich beteiligte sich mit der Entsendung von insgesamt 48 Kurzzeit- und zwölf LangzeitbeobachterInnen an Wahlbeobachtungsmissionen in Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Mazedonien und Montenegro.

Eine der zentralen Aufgaben des BDIMR besteht in der Beobachtung (**Monitoring**) der Einhaltung der Verpflichtungen im gesamten Bereich der menschlichen Dimension. Das jährliche „Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension“ fand in Warschau vom 29. September bis 10. Oktober statt. Die drei jährlich in Wien abgehaltenen „Ergänzungstreffen zur menschlichen Dimension“ waren jeweils konkreten Themen gewidmet: der Rolle von nationalen Einrichtungen bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (29. und 30. Mai), der nachhaltigen Integration von Roma und Sinti (10. und 11. Juli) sowie der demokratischen Gesetzgebung (18. und 19. Oktober). Das gleichfalls jährlich stattfindende „Seminar zur Menschlichen Dimension“ hatte die Verfassungsgerichtsbarkeit zum Thema (Warschau, 14.–16.Mai).

Das Büro führt auch grundsätzliche **Studien** in verschiedenen menschenrechtlichen Bereichen durch, etwa über die Lage der Menschenrechtsverteidiger, und unterstützt auf Ersuchen interessierter Teilnehmerstaaten diese bei der Umsetzung der in seinen Berichten enthaltenen Empfehlungen.

Das Mandat der seit Dezember 2004 amtierenden **Sonderbeauftragten für Toleranzfragen** Anastasia Crickley (Bekämpfung von Rassismus, Frem-

*Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*

denfeindlichkeit und Diskriminierung von Christen), Gert Weisskirchen (Bekämpfung von Antisemitismus) sowie Ömür Orhun (Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung von Muslimen) wurde für ein weiteres Jahr verlängert. Die **Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels** Eva Biaudet organisierte Fachkonferenzen in Wien. Dem seit 2007 amtierenden **Hochkommissar für Nationale Minderheiten** Knut Vollebaek obliegt es, ethnische Spannungen, die Frieden, Stabilität oder die guten Beziehungen zwischen OSZE-Teilnehmerstaaten gefährden könnten, frühzeitig zu erkennen und Lösungen zu finden, dem seit 2004 amtierenden **OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit** Miklós Haraszti, die Medienentwicklungen in den Mitgliedstaaten zu beobachten und schwere Verstöße gegen Prinzipien und Verpflichtungen der OSZE im Bereich der freien Meinungsäußerung und der Medienfreiheit aufzuzeigen.

#### **4. Die politisch-militärische Dimension der OSZE**

Die Tätigkeit des **Forums für Sicherheitszusammenarbeit**, des entscheidungsbefugten Organs für politisch-militärische Fragen, war von den Nachwirkungen der russischen Suspendierung des KSE-Vertrags, der NATO-Erweiterungsdiskussion sowie vom Georgien-Konflikt überschattet. Es wurden zahlreiche Vorschläge zur verbesserten Implementierung des Wiener Dokuments 1999 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen erörtert. Ebenso besprochen wurden die US-Pläne einer Raketenabwehr in Polen und Tschechien sowie der Georgienkonflikt. Die jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz in Wien fand am 1. und 2. Juli statt.

Österreich führte seine Rolle des Koordinators in der Debatte über die Verbesserung der Umsetzung des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit fort. Bei der Umsetzung des Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (**KLW**) aus dem Jahr 2000 und des OSZE-Praxisleitfadens zu KLW gab es weitere Fortschritte, dabei wurde der Problematik der sicheren Lagerung konventioneller Munitionsbestände vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt. Unter Ausnutzung des wöchentlichen Sicherheitsdialogs wurde das Thema „private Militär- und Sicherheitsfirmen“ eingebracht und ein Beitrag zur diesbezüglichen Bewusstseinsbildung geleistet. Weiters wurde im Forum für Sicherheitszusammenarbeit unter Mitinitiative Österreichs ein Beschluss zur umfassenden weiteren Behandlung des Themas „IT-Sicherheit“ angenommen.

Die **nichtmilitärischen Aspekte der Sicherheit** wurden verstärkt erörtert. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel sowie Geldwäscherei wurden als reale neue Bedrohungsbilder definiert und in einem eigenen Sicherheitskomitee behandelt. Der Ministerrat in Helsinki fasste Beschlüsse über das Engagement der OSZE zur Unterstützung für Grenz- und Zollbehörden mit speziellem Fokus auf Zentralasien, wobei eine von einzelnen Staaten gewünschte Ausweitung dieser Aktivitäten auch

*Österreich in anderen europäischen Foren*

innerhalb Afghanistans jedoch vor allem am Widerstand Russlands scheiterte. Darüber hinaus wurde in Helsinki auch ein Beschluss zur Unterstützung der weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus gefasst.

## **5. Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE**

Die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE stand im Zeichen des vom finnischen Vorsitz für das **Wirtschafts- und Umweltforum 2008** gewählten Themas „Zusammenarbeit im Bereich der See- und Binnenschifffahrt: Sicherheit verbessern und die Umwelt schützen“. Wie im Jahr zuvor fand das Forum in zwei Teilen statt, in Wien im Jänner und in Prag im Mai. Als Schwerpunktthema für das Wirtschaftsforum 2009 schlug das nächstjährige Vorsitzland Griechenland das Thema „Migrationssteuerung und ihre Verknüpfung mit der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Interesse von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum“ vor.

## **6. Parlamentarische Versammlung der OSZE**

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen und seit 2002 einem Zweigbüro in Wien setzt sich aus 320 Parlamentsabgeordneten der 56 Teilnehmerstaaten zusammen. Die 17. Jahrestagung wurde in Astana (Kasachstan) vom 29. Juni bis 3. Juli abgehalten. Bei diesem Treffen wurden João Soares (Portugal) zum Vorsitzenden und Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Grossruck zu einem der Vizepräsidenten der Versammlung gewählt. Das seit 2002 in Wien abgehaltene Wintertreffen fand am 21. und 22. Februar statt.

# **III. Europarat**

## **1. Politische Entwicklungen**

Die Tätigkeit des Europarats konzentrierte sich insbesondere auf die Umsetzung der „Warschauer Erklärung“ und der im Aktionsplan des dritten Gipfeltreffens der Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedstaaten des Europarats in Warschau im Mai 2005 verankerten Prioritäten: Fokussierung der Tätigkeit des Europarats auf seine Kernaufgaben Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit; Stärkung seines Menschenrechtsschutzsystems; Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung; Fortführung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs; Erhöhung der Sicherheit der europäischen BürgerInnen durch Antikorruptions- und Gewaltpräventionsmaßnahmen sowie Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Organisationen.

*Europarat*

Die Schlusskonferenz der Europarats-Kampagne zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einschließlich der häuslichen Gewalt**, fand in Wien am 30. April statt, bei der unter anderem Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Lluís Maria de Puig, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Doris Bures Erklärungen abgaben.

Die Europäische Konvention gegen Menschenhandel trat am 1. Februar in Kraft. Eine der Strategien des Europarats zur **Verhinderung von Menschenhandel** ist die enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und mit Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Das beim Warschauer Gipfel 2005 ins Leben gerufene Programm „Ein Europa von Kindern für Kinder schaffen“ sieht die **Ausweitung von Kinderrechten und Gewaltprävention** vor. Im Juni wurde die Europaratsinitiative gegen körperliche Züchtigung von Kindern gestartet. Ein wichtiger Teil dieses Programms ist die vom Ministerkomitee am 14. Mai verabschiedete neue Konvention des Europarats über Kinderadoption. Sie ergänzt in diesem Bereich die Haager Kinderrechtskonvention und bedeutet insofern einen großen Fortschritt, als nunmehr alle Unterzeichnerstaaten eine einheitliche, der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) konforme Adoptionsregelung haben werden.

Auf der vom Europarat und der schwedischen Regierung organisierten Konferenz auf hoher Ebene mit dem Titel „Ein Europa von Kindern für Kinder: Festlegung einer Strategie für 2009 – 2011“, die in Stockholm vom 8.–10. September stattfand, nahmen 42 europäische Länder teil. Erörtert wurden vor allem die Themen Gewalt gegen Kinder, kinderfreundliche Justiz und Beteiligung von Kindern sowie die „Stockholm Strategie“, welche die zukünftigen Prioritäten der Arbeit des Europarats für ein kinderfreundlicheres Europa festlegt.

Auf der 8. Jugendministerkonferenz des Europarats in Kiew am 10. und 11. Oktober zum Thema „Die Zukunft der Jugendpolitik des Europarats: Agenda 2020“ wurden die notwendigen Schwerpunkte der Jugendpolitik für das nächste Jahrzehnt niedergeschrieben: Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit zwischen Buben und Mädchen, des interkulturellen Dialogs und zur Stärkung seiner religiösen Dimension sowie zur Unterstützung des Zugangs zu sozialen Rechten.

Hauptthemen der Sportministerkonferenz des Europarats in Athen vom 10.–12. Dezember waren Ethik und Autonomie im Sport.

## **2. Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen**

Zwischen **Europarat und EU** wurde im Jahr 2007 ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, welches einen institutionellen Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit in Bereichen von gemeinsamem Interesse wie



*Österreich in anderen europäischen Foren*

Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Kultur, Bildung und sozialer Zusammenhalt schuf. Die Rolle des Europarats als Referenz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit wurde bestätigt. Das am 18. Juni 2008 abgeschlossene Kooperationsübereinkommen zwischen Europarat und EU zielt auf bessere und vor allem raschere Kontakte zwischen dem Menschenrechtskommissar und der Agentur der EU für Grundrechte (GRA) ab und räumt dem Europarat einen Sitz im Verwaltungsrat der Agentur ein. Auch auf anderen Ebenen wurde der Kontakt zwischen Europarat und EU weiter verstärkt: Zwischen dem Sekretariat des Europarats und der Europäischen Kommission findet auf Beamtenebene ein regelmäßiger Informationsaustausch über laufende Aktivitäten und Projekte statt. Der Europarat unterhält ein ständiges Büro in Brüssel. VertreterInnen der Europäischen Kommission nehmen an Sitzungen des Ministerkomitees, der Ministerdelegierten und der Berichterstattergruppen teil.

Einen besonderen Schwerpunkt bilden die gemeinsam erstellten und kofinanzierten Programme für ost- und zentraleuropäische Länder, die eine Förderung der Bereiche Recht, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorsehen. Es bestehen insgesamt 54 **Gemeinsame Programme**, wobei sich bei deren Organisation und Umsetzung eine Trendwende hin zu Projekten mit einer verstärkten Präsenz von VertreterInnen des Europarats abzeichnete.

Die Zusammenarbeit zwischen **Europarat und OSZE** findet im institutionellen Rahmen der einmal jährlichen „2+2-Treffen“ / „3+3-Treffen“ mit den Vorsitzenden, Generalsekretären und gegebenenfalls Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen der beiden Organisationen sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Die Hauptbereiche der Zusammenarbeit sind Terrorismusbekämpfung, Schutz nationaler Minderheiten, Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Zwischen **Europarat und VN** finden ebenfalls regelmäßige Kontakte statt. Die Initiative der VN zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe wird vom Generalsekretär des Europarats Terry Davis uneingeschränkt unterstützt. In seiner Rede anlässlich der 7. Tagung des Menschenrechtsrats der VN (MRR) in Genf vom 3.–28. März sprach sich Terry Davis für eine intensivere Zusammenarbeit der beiden Organisationen aus. Der Europarat veranstaltete gemeinsam mit der UNESCO in Paris am 21. Februar eine Arbeitstagung zum Thema Mehrsprachigkeit.

Das jährliche trilaterale Treffen auf hoher Ebene zwischen Europarat, OSZE und VN fand in Strassburg am 7. Juli statt. Dabei kam man überein, dass die Förderung des interkulturellen Dialogs und der kulturellen Vielfalt weiterhin zu den Prioritäten der Organisationen zählen, und die Anstrengungen auf dem Gebiet der Wahlbeobachtungen sowie die Zusammenarbeit zwischen Europarat und OSZE in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Nichtdiskriminierung und nationale Minderheiten verstärkt werden sollen.



### 3. Menschenrechte

Siehe Kapitel H.V.

### 4. Monitoring

Das Monitoring der von den Mitgliedstaaten bei ihrer Aufnahme in den Europarat eingegangenen Verpflichtungen in den Bereichen Menschenrechte, pluralistische Demokratie sowie Meinungs- und Informationsfreiheit zählt zu den wichtigsten Instrumenten der Organisation.

Das **Monitoring-Komitee der Parlamentarischen Versammlung** befasste sich mit elf Staaten, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Moldau, Monaco, Montenegro, Russland, Serbien sowie der Ukraine, und führte Inspektionen vor Ort durch. Mit drei weiteren Staaten, Bulgarien, Mazedonien und der Türkei, wird ein so genannter Post-monitoring-Dialog zur Stärkung ihrer demokratischen Institutionen geführt. Darüber hinaus verfasst das Komitee alle zwei Jahre Länderberichte und Empfehlungen, die das Plenum der Parlamentarischen Versammlung verabschiedet.

Das **Monitoring des Ministerkomitees** kann auf drei verschiedene Arten erfolgen: das Monitoring auf Grundlage der Erklärung von 1994 über die Erfüllung der Aufnahmeverpflichtungen; das seit 1996 durchgeführte thematische Monitoring, sowie das spezifische „post-accession monitoring“ (Monitoring von neuen Mitgliedstaaten). Es betrifft Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Serbien und Montenegro. Dabei handelt es sich um einen vertraulichen Prozess, der sich über einen längeren Zeitraum erstreckt.

Das Sekretariat verfasst weiters vierteljährliche Berichte zu Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Serbien an das Ministerkomitee; im Falle Georgiens alle sechs Monate. Im Rahmen der so genannten **Bestandsaufnahmen** wird auch Moldau de facto einem Monitoring unterzogen. Darüber hinaus berichten die Büros des Sondervertreters des Generalsekretärs des Europarats und andere Büros außerhalb von Strassburg, in Baku, Belgrad, Jerewan, Chişinău, Podgorica, Pristina, Sarajewo und Tbilisi sowie Tirana und Skopje, regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in den betroffenen Staaten.

Das **Monitoring durch unabhängige Organe** widmet sich einer Vielzahl von Themen: So führt etwa das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (**CPT**), dem alle Mitgliedstaaten des Europarats angehören, periodische und Ad-hoc-Inspektionen nationaler Haftanstalten durch. Die Staatengruppe gegen Korruption (**GRECO**) wiederum wurde mit dem Ziel gegründet, durch gegenseitige Evaluierung und Gruppendruck Reformen der nationalen Gesetzgebungen einzuleiten, damit diese den Standards des Europarats im Bereich der Korruption gerecht werden. GRECO umfasst 46 Mitglieder und steht auch Ländern offen, die nicht Mitglieder des Europarats sind.

## **5. Hilfsprogramme**

Mit rund 12 Millionen Euro unterstützt der Europarat vorwiegend die Länder Südosteuropas und des Kaukasus sowie Russland bei der Umsetzung der Ziele des Europarats. Die Spannweite der Hilfsprogramme reicht von der Förderung der Menschenrechte, Verwirklichung einer pluralistischen Demokratie und des Rechtsstaats über Förderung des Bewusstseins um die gemeinsame kulturelle Identität in ihrer ganzen Vielfalt, der Konsolidierung der demokratischen Stabilität in Europa durch Förderung politischer, gesetzgeberischer und verfassungsrechtlicher Reformen bis zur Suche nach Lösungen für die gesellschaftlichen Probleme Europas, wie Diskriminierung von Minderheiten, Drogen und organisiertes Verbrechen. Daneben unterstützt der Europarat mit mehr als 3,5 Millionen Euro multilaterale Aktivitäten in den Kernbereichen Schutz der Menschenrechte und Förderung der Demokratie.

## **6. Die Organe des Europarats**

### **6.1. Das Ministerkomitee**

Das Ministerkomitee ist oberstes Entscheidungsorgan des Europarats und setzt sich aus den AußenministerInnen der 47 Mitgliedstaaten sowie deren StellvertreterInnen (Ministerdelegierte) zusammen. Sein Vorsitz wechselt halbjährlich, es tagt in der Regel einmal jährlich auf Ministerebene. Die 118. Sitzung des Ministerkomitees wurde unter dem Vorsitz des slowakischen Außenministers Ján Kubiš in Strassburg am 7. Mai abgehalten. Österreich war durch Staatssekretär Hans Winkler vertreten. Die Ministerdelegierten tagen einmal wöchentlich.

### **6.2. Die Parlamentarische Versammlung**

Die Parlamentarische Versammlung besteht aus 318 Mitgliedern und 318 Stellvertretern der nationalen Parlamente, die sich in fünf Fraktionen zusammengeschlossen haben: Sozialistische Gruppe (SOC), Gruppe der Europäischen Volkspartei (EPP/CD), Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Gruppe der Europäischen Demokraten (EDG) sowie Gruppe der Vereinigten Europäischen Linken (UEL). 20 Mitglieder sind fraktionslos. Österreich stellt sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder, die vom Nationalrat und Bundesrat entsandt werden (siehe Anhang VII.6.). Die Parlamentarische Versammlung tagt viermal jährlich in Plenarsitzung und periodisch in Ausschüssen. Sie wendet sich in Entschliebungen, Empfehlungen, Meinungen und Richtlinien an das Ministerkomitee, an nationale Regierungen, Parlamente oder politische Parteien. Die Versammlung nimmt auch Monitoring- und Wahlbeobachtungsaufgaben wahr.

*Europarat***6.3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas**

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas wurde 1957 als Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas gegründet und konstituierte sich 1994 als Beratendes Organ des Europarats. Die 318 Mitglieder tagen einmal jährlich in Strassburg. Der Kongress formuliert Empfehlungen an das Ministerkomitee im Bereich Städte- und Gemeindedemokratie, Umweltschutz, Katastrophenschutz und soziale Kohäsion. Diese werden in Österreich auf Ebene des Städte- und Gemeindebunds, der Verbindungsstelle der Bundesländer sowie der Fachministerien weiterverfolgt. Die weiteren Aufgaben umfassen das Monitoring der Gemeinde- und Regionaldemokratie und der Erfüllung der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtungen. Für Südosteuropa bietet der Kongress Projekte im Rahmen des Stabilitätspakts/RCC zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie auf lokaler Ebene sowie für die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers Programme zum Ausbau der Gemeinde- und Regionaldemokratie an. Landeshauptmann Herwig van Staa ist österreichischer Delegationsleiter und war bis Mai Vizepräsident des Kongresses sowie Vizepräsident der Kammer der Regionen. Bürgermeisterin Hilde Zach wurde am 27. Mai zur Vizepräsidentin der Kammer der Gemeinden gewählt.

**6.4. Der Generalsekretär**

Der Generalsekretär wird von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats auf Empfehlung des Ministerkomitees für fünf Jahre gewählt. Der Generalsekretär stellt die strategischen Weichen für das Arbeitsprogramm und für den Haushalt der Organisation. Er trägt darüber hinaus die Verantwortung für das Sekretariat des Europarats, das aus 16 Organisationseinheiten mit rund 2.200 Bediensteten besteht. Seit September 2004 bekleidet Terry Davis (Großbritannien) dieses Amt.

**7. Der Europarat und Österreich**

Österreich zeigt großes Engagement im Europarat und stellte bereits drei Generalsekretäre, zwei Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung sowie einen Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Besonders aktiv ist Österreich in der Verteidigung des Individualbeschwerderechts beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), im Bereich eDemocracy, bei der Unterstützung der sozialen Dimension Europas sowie bei der Weiterführung des Forums für die Zukunft der Demokratie. Rund zwanzig ÖsterreicherInnen sind im Europarat beschäftigt.

Die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat legte besonderes Augenmerk auf die Mitarbeit in der AGO-Gruppe (eine eigens für Armenien und Aserbaidschan eingerichtete Monitoring-Gruppe) und der Europäischen

*Österreich in anderen europäischen Foren*

Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission). Darüber hinaus informiert die Vertretung interessierte ÖsterreicherInnen über Ziel und Aufgaben des Europarats.

## **IV. Zentraleuropäische Initiative**

Vorrangiges Ziel der Zentraleuropäischen Initiative (**ZEI**) ist die Zusammenarbeit zwischen den mittel-, ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten im Hinblick auf regionale Stabilität. Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens besteht die Organisation aus jeweils neun EU-Staaten und neun Nicht-EU-Staaten. Letztere werden im Rahmen der Initiative bei ihrem Ziel der Heranführung an EU-Standards unterstützt.

Die geopolitischen Veränderungen der ZEI-Region, die sich seit der Entstehung der Organisation ergeben haben, verlangten 2007 nach einer Neuausrichtung der Initiative. Beim Gipfeltreffen der ZEI-Regierungschefs unter moldauischem Vorsitz am 28. November in Chişinău wurde ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Reformmaßnahmen Bilanz gezogen. Als wesentliche Erfolge wurden die Straffung der Aktivitäten und die engere Kooperation mit anderen regionalen Organisationen hervorgehoben.

Mit dem Beschluss der Regierungschefs, das Budget für Projektarbeiten zu erhöhen, konnte der moldauische Vorsitz einen großen Erfolg verbuchen. Österreich legt auf die Finanzierung des Programms mit dem Titel „Know How Exchange“ besonderes Augenmerk, das dem Erfahrungs- sowie Wissensaustausch zwischen Nicht-EU-Staaten und EU-Staaten im Rahmen ihres Integrationsprozesses dient.

Die ZEI engagiert sich in jenen Bereichen, die grenzübergreifendes Handeln erfordern und eine besondere Herausforderung für die Zukunft darstellen. Hierzu zählt die Einrichtung eines Klimafonds, die auf österreichische Initiative erfolgte.

Mit Jahresbeginn übernahm der italienische Botschafter Pietro Ercole Ago die Tätigkeit des Generalsekretärs und löste in dieser Funktion Botschafter Harald Kreid ab. Mit Beginn 2009 wird Botschafter Gerhard Pfanzer seine Aufgaben als stellvertretender Generalsekretär übernehmen.

## **V. Nachbarschaftspolitik**

### **1. Regionale Partnerschaft**

Das Konzept der Regionalen Partnerschaft mit den benachbarten EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie mit dem „kulturellen Nachbarn“ Polen, in der seit Juli Slowenien nach der Slowakei den informellen Vorsitz für ein Jahr innehat, ist eine logische Konsequenz der engen Kooperation in Mitteleuropa. Vor der EU-Erweiterung diente die

*Nachbarschaftspolitik*

Regionale Partnerschaft dem Abbau von Reibungsflächen und der Unterstützung der Partnerländer bei den Beitrittsvorbereitungen sowie als Rahmen für Konsultationen zum EU-Verfassungskonvent und zum Lissabon-Prozess. Seit der Erweiterung trägt die Regionale Partnerschaft zur Definition gemeinsamer Anliegen und zu deren Wahrung im Rahmen der EU bei. Sie ist damit eines jener Netzwerke, welche die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der EU tragfähiger machen und einen erkennbaren Mehrwert für die Partner wie auch für die benachbarten Regionen in Südost- und Osteuropa erzielen.

Nach den Initiativen zur Zukunft des Kosovos sowie zur Ausgestaltung des EU-Aktionsplans für die Ukraine 2004 konnte mit der Einrichtung des Budapester Prozesses bei der Westbalkan-Konferenz der Regionalen Partnerschaft in Budapest im Herbst 2005 ein dauerhafter und konkreter Beitrag zur Unterstützung der Integrationsarbeit der westlichen Balkanländer erbracht werden. Neben der Weiterarbeit in den sechs Arbeitsgruppen des Budapester Prozesses wurde sowohl an der Hilfestellung für Serbien und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens auf ihrem Weg nach Europa als auch am Ausbau der verstärkten konsularischen Zusammenarbeit der Vertretungsbehörden der Partnerstaaten gearbeitet. Letztere beruht auf den Erfahrungen der verstärkten Vernetzung nationaler und europäischer Maßnahmen bei der Bewältigung von Katastrophen und Krisenfällen. Diese Zusammenarbeit trägt aufgrund der Zugehörigkeit aller regionalen Partner zum Schengener Vertragsraum seit Dezember 2007 zur effizienten Umsetzung des europäischen Fremdenrechts und der Vorbereitung der biometrischen Datenerfassung bei.

Die Kooperation der Fachressorts wurde unter den einander nachfolgenden Vorsitzländern Slowakei und Slowenien fortgesetzt, insbesondere im Rahmen der jährlichen Sommertreffen des „Forum Salzburg“ der InnenministerInnen. Beim Treffen in Salzburg im August standen der Westbalkan, ein neues Sicherheitspaket für die BürgerInnen Mittel- und Südosteuropas sowie die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus im Mittelpunkt der Gespräche.

Die AußenministerInnen der Partnerstaaten treffen sich etwa alle sechs Monate im jeweiligen Vorsitzland und unregelmäßig am Rande des Rats Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in Brüssel. Die Regionale Partnerschaft wird auch weiterhin anlass- und themenspezifisch die Zusammenarbeit mit der verwandten Visegrád-Gruppe suchen. Ihre strukturelle Besonderheit liegt im völligen Verzicht auf institutionelle und administrative Strukturen. Neben den Treffen auf Regierungsebene tragen auch die regelmäßig stattfindenden Gespräche der Parlamentspräsidenten der Regionalen Partnerschaft zur Zusammenarbeit in der Region bei.

## 2. Schweiz, Liechtenstein

### 2.1. Schweiz

Die **bilateralen Beziehungen** sind durch ein engmaschiges Vertragswerk und einen traditionell regen Besuchs austausch gekennzeichnet. Im Jahr 2008 wurde das größte gemeinsame Projekt der Nachbarstaaten verwirklicht, die Fußball-Europameisterschaft „UEFA EURO 2008“. Sie ermöglichte einen weltweiten Imagegewinn, bildete die Grundlage zu neuen Netzwerken und lieferte gegenseitig Ideenimpulse. Dies war mit einer intensiven bilateralen Koordinierung verbunden, sowohl auf politischer Ebene als auch sektoriell, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Verkehr, Nachhaltigkeit, Tourismus- und Standortförderung und öffentliche Präsentation. Weiters wurde ein Dialog über Energiefragen initiiert. Ende Juni lief der vierjährige Mietvertrag über zwölf Abfangjäger vom Typ F-5E „Tiger“ II aus.

Die Beziehungen der Schweiz zur **EU** stützen sich auf die beiden Pfeiler bilaterale Verträge und autonomer Nachvollzug durch die Schweiz. Die Schweiz nahm ab dem 12. Dezember am Schengenraum an den Landgrenzen teil. Darüber hinaus wurden Verhandlungen über ein Stromabkommen, ein Landwirtschafts- bzw. Lebensmittelabkommen und die Teilnahme an verschiedenen EU-Vorhaben wie Galileo, Gesundheitsbehörde, Eurojust, ziviles Krisenmanagement, ESVP-Einsätze, Reach und Emissionshandel fortgesetzt bzw. neu begonnen. Ein Dialog über die Anpassung kantonaler Steuern wurde eingeleitet.

Die **Außenpolitik** der Schweiz orientiert sich weiterhin primär an den Beziehungen zur EU und zu großen Drittstaaten wie den USA und den so genannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China. Besonderes Gewicht wird traditionell der Außenwirtschaftspolitik, der Neutralität und den Guten Diensten beigemessen. So konnte im russisch-georgischen Konflikt eine politische Einigung über die Vertretung der jeweiligen Interessen im anderen Land erzielt werden. Im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) führte die Schweiz weiter Verhandlungen über Freihandelsabkommen, die vor dem Hintergrund des vorläufig ausgebliebenen Abschlusses der WTO-Verhandlungen intensiviert wurden: So traten Freihandelsabkommen mit der Südafrikanischen Zollunion (SACU) und Ägypten in Kraft; mit Kanada, Kolumbien, Peru und dem GKR wurden solche unterschrieben bzw. die Verhandlungen abgeschlossen. Weitere Verhandlungen laufen im EFTA-Rahmen mit Indien und Thailand sowie bilateral mit Japan.

### 2.2. Liechtenstein

**Österreich und Liechtenstein** sind einander traditionell durch enge und ausgezeichnete Beziehungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens verbunden, die durch einen regelmäßigen Besuchs austausch zwischen beiden

### *Nachbarschaftspolitik*

Ländern gepflegt werden. Täglich pendeln fast 7.000 Personen aus Österreich nach Liechtenstein, über 2.000 ÖsterreicherInnen leben im Fürstentum.

Als Mitglied der EFTA, des Europarats, des EWR, der OSZE, der VN und der WTO orientiert Liechtenstein seine **Außenpolitik** an den Zielen der Wahrung seiner Souveränität, eines möglichst freien Zugangs zu den europäischen und außereuropäischen Märkten sowie der Pflege der Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten.

Eine Steuerflucht-Affäre löste eine Kontroverse um den **Finanzplatz Liechtenstein** aus, die sich auch auf den Fortgang der Verhandlungen mit der EG/EU über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens auswirkte. Bis Ende des Jahres konnte dabei keine Einigung über das Ausmaß des Informationsaustausches erzielt werden. Das amtierende Staatsoberhaupt Liechtensteins Erbprinz Alois und Regierungschef Otmar Hasler nahmen aber die Steuerflucht-Kontroverse zum Anlass, eine Vorwärtsstrategie für das Land zu fordern, die ein ausreichendes Maß an Informationsaustausch sicherstellt, Rechtssicherheit bietet, das Bankgeheimnis wahrt und Liechtenstein als seriösen und anerkannten Finanzplatz positioniert. Eine Umsetzung dieser Vorwärtsstrategie ist durch die nach den Landtagswahlen vom 8. Februar 2009 zu bildende neue liechtensteinische Regierung zu erwarten.

Der von Liechtenstein ursprünglich gleichzeitig mit der Schweiz für 2008 angestrebte Beitritt zum Schengenraum verzögerte sich aus technischen Gründen um voraussichtlich ein Jahr. Als Übergangslösung wurde in Schaanwald/Tisis ein österreichisch-schweizerisch-liechtensteinisches polizeiliches Verbindungsbüro eingerichtet und die Video-Überwachung der Grenzübergänge verstärkt.

### **3. Südtirol**

In der österreichischen Außenpolitik kommt Südtirol ein besonderer Stellenwert zu, der als Schutzfunktion Österreichs im Pariser Abkommen (1946) verankert ist. Diese Schutzfunktion kommt in der ständigen Begleitung Österreichs zur Bewahrung und dynamischen Entfaltung der Autonomie Südtirols zum Ausdruck. Die Entwicklung zeigt, dass die Autonomie auch als ein gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen gesehen werden kann.

Am 26. Oktober fanden in Südtirol Landtagswahlen statt. 471 KandidatInnen auf 15 Listen stellten sich der Wahl. Mit 48,1 % der Stimmen behielt die Südtiroler Volkspartei (SVP) trotz erheblicher Verluste (minus 7,5 %) die absolute Mandatsmehrheit im Landtag (18 Mandate von 35). Landeshauptmann Luis Durnwalder erhielt rund 100.000 Vorzugsstimmen. Mit diesem Resultat lag die Sammelpartei SVP in ihrer 60-jährigen Geschichte hinsichtlich der abgegebenen Stimmen erstmals unter der 50 %-Grenze. Mit 14,3 % der Stimmen konnten Die Freiheitlichen ihren Zuspruch seit den Wahlen



*Österreich in anderen europäischen Foren*

2003 verdreifachen. Aus dem Wahlergebnis ergibt sich folgende Sitzverteilung im Landtag: 18 Südtiroler Volkspartei, fünf Die Freiheitlichen, drei Il Popolo della Libertà Berlusconi, zwei PD (Partito Democratico), zwei Verdi Grüne Verc, zwei Süd-Tiroler Freiheit, eins Union für Südtirol, eins Lega Nord Südtirol, eins Unitalia Movimento Iniziativa Sociale. Koalitionspartner der SVP ist die PD Demokratische Partei (Partito Democratico), die zwei Landesräte stellt. Zum Vizepräsidenten des Landtags wurde Mauro Minniti (Il Popolo della Libertà Berlusconi) gewählt.

Landeshauptmann Luis Durnwalder wurde im Landtag am 18. Dezember zum fünften Mal in seiner Funktion bestätigt. In seiner Regierungserklärung betonte er die dynamischen Aspekte der Autonomie. Für grenzüberschreitende Themen wie Forschung und Entwicklung, Arbeitsmarkt, Umwelt, Energie und Verkehr sei die Europaregion Tirol der wichtigste Partner. Als weiteres Beispiel für die Vitalität der Europaregion Tirol kooperieren Tirol, Südtirol und das Trentino bei den Vorbereitungen für das Programm des Andreas Hofer Gedenkjahres 2009.

Am 28. und 29. April fand ein offizieller Besuch der Mitglieder des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates unter der Leitung von dessen Vorsitzendem Abgeordneten zum Nationalrat Hermann Gahr in Bozen statt.

EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani besuchte im Zusammenhang mit dem Projekt der Alpentransversale Brenner Basistunnel Südtirol und Nordtirol am 2. und 3. Oktober.

Der OSZE-Hochkommissar für nationale Minderheiten Knut Vollebaek stellte an der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) am 2. und 3. Oktober seine Empfehlungen betreffend nationale Minderheiten in zwischenstaatlichen Beziehungen vor. Österreich war auf dieser Konferenz durch Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle vertreten.

Seit 1952 bilden Notenwechsel zwischen Österreich und Italien die Grundlage für die gegenseitige Anerkennung von akademischen Graden und Titeln. Dies hat für die Anerkennung der von SüdtirolerInnen in Österreich erworbenen Grade und Titel große Bedeutung. Im Jahr 2007 war vereinbart worden, dass zusätzliche 20 Studienabschlüsse auf Bakkalaureatsebene und 52 Studienabschlüsse auf Masterebene anerkannt werden. Der Notenwechsel wird am 1. Jänner 2009 in Kraft treten.

#### **4. Nukleare Sicherheit**

Die Österreichische Bundesregierung lehnt, wie auch im Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode festgehalten, die energetische Nutzung der Kernenergie ab, da sie weder mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen ist noch eine kostengünstige und zukunftsverträgliche Option zur Bekämpfung des Klimawandels darstellt. Internationalem und europäischem Recht entsprechend respektiert Öster-



*Nachbarschaftspolitik*

reich die nationale Souveränität anderer Staaten hinsichtlich der Auswahl der Energiequellen.

Österreich ist berechtigt und verpflichtet seine Stimme zu erheben, wenn legitime Schutzbedürfnisse der österreichischen Bevölkerung bzw. der Schutz der Umwelt betroffen sind. Dementsprechend behält sich die Bundesregierung in allen Fällen von kerntechnischen Anlagen, die negative Auswirkungen auf Österreich haben oder haben könnten, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Wahrung der österreichischen Sicherheitsinteressen vor. Diese Haltung ist unseren Nachbarstaaten bekannt. Im Zusammenhang mit der geplanten Fertigstellung der Blöcke 3 und 4 des **Kernkraftwerks Mochovce** in der Slowakei wurde seitens der Österreichischen Bundesregierung die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVP**) betont. Letztlich kamen die zuständigen slowakischen Behörden zum Schluss, dass ein UVP-Verfahren Voraussetzung für die Erteilung einer Betriebsbewilligung für die neuen Blöcke ist.

Die österreichisch-tschechische parlamentarische **Temelín-Kommission** beendete am 9. Juni formell ihre Arbeit, und die Ergebnisse wurden den Regierungen beider Länder vorgelegt. Die Auswertung der Ergebnisse ergab, dass die Kommission wesentliche Fortschritte erzielt hatte, wenngleich wichtige Fragen offen blieben, deren Klärung weiterhin mit Nachdruck betrieben werden muss. Die Kommission kam zum Schluss, dass diese Fragen im Rahmen des **bilateralen Nuklearinformationsabkommens** weiter verfolgt werden sollten und an einer Behandlung der in Annex I der Vereinbarung von Brüssel angeführten Themen auf parlamentarisch-politischer Ebene kein weiterer Bedarf mehr besteht. Am 1. Juli trat ein Änderungsprotokoll zum bilateralen Nuklearinformationsabkommen in Kraft, welches unter anderem erweiterte Informationspflichten sowie eine verstärkte Zusammenarbeit beim Notfallschutz vorsieht. Bezüglich der geplanten Erweiterung des Kernkraftwerks Temelín wurde ein grenzüberschreitendes UVP-Verfahren begonnen.

Um die Sicherheit der österreichischen BürgerInnen zu gewährleisten, werden jährlich **bilaterale Nuklearexpertentreffen mit den Nachbarstaaten** zum Zweck des rechtzeitigen Austauschs von Informationen und Erfahrungen betreffend die Sicherheit kerntechnischer Anlagen, Strahlenschutz sowie grenzüberschreitende Folgen radiologischer Gefahren und deren Auswirkungen abgehalten. Im Jahr 2008 fanden Expertentreffen im Rahmen der Nuklearinformationsabkommen mit Belarus, Deutschland, der Schweiz, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn statt.

## 5. Alpenkonvention

Im Rahmen des Ständigen Ausschusses, des auf Beamtenebene eingesetzten, ausführenden Organs der Alpenkonvention, stand die Ausarbeitung eines **Klimaaktionsplans** im Vordergrund, der konkrete, alpenspezifische Handlungsempfehlungen und längerfristige Initiativen einschließlich eines

*Österreich in anderen europäischen Foren*

Zeitplanes enthalten soll. Überdies wurde der vom französischen Vorsitz gewählte Themenschwerpunkt zum nachhaltigen Tourismus weiter vertieft. Aufgrund der Bemühungen der Alpenstaaten um die **Ratifikation des Verkehrsprotokolls** schlug die Europäische Kommission dem Rat den ehestmöglichen Abschluss dieses Protokolls vor.

Im Überprüfungsausschuss wurde der den MinisterInnen vorzulegende Bericht über die Umsetzung der Protokollverpflichtungen einschließlich der daraus zu ziehenden Empfehlungen verabschiedet und das künftige Verfahren festgelegt.

Weiters fanden Arbeiten zum zweiten Beitrag eines umfassenden Alpenzustandsberichts zum Thema „**Wasserhaushalt im Alpenraum**“ statt. Österreich übernahm, unterstützt von Italien und Slowenien, die Initiative zur Umsetzung der Deklaration „**Bevölkerung und Kultur**“.

## **6. Die Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion**

### **6.1. Donauraumkooperation**

Die Donau stellt in mehrfacher Hinsicht ein verbindendes Element zwischen Österreich und dem Schwarzmeerraum dar. Der Donau- und Schwarzmeerraum ist eine wichtige außenpolitische Region, die politisch, wirtschaftlich und kulturell genutzt werden kann.

Im Rahmen der Donauraumkooperation, einem 2002 gegründeten außenpolitischen Prozess der Zusammenarbeit unter den Staaten des Donaubeckens, legte der Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Erhard Busek im Juni die Endversion seiner Reformvorschläge zur besseren Koordinierung und strategischen Weiterentwicklung des Prozesses vor. Diese sahen für jeden der von der Donauraumkooperation umfassten Sachbereiche (Umwelt, Wirtschaft, Verkehr/Schifffahrt, Tourismus, Kultur und regionale Zusammenarbeit) ein bestehendes Forum der Donauzusammenarbeit als Koordinierungsstelle vor.

Im Juni regten die Regierungschefs Österreichs und Rumäniens in einem gemeinsamen Schreiben an den Präsidenten der Europäischen Kommission an, die Europäische Kommission solle eine stärkere Rolle bei der Entwicklung von Donau-Infrastrukturprojekten übernehmen. Im Oktober sah das für die Regionalpolitik zuständige Kommissionsmitglied Danuta Hübner die Notwendigkeit für die Ausarbeitung einer der von der Europäischen Kommission entwickelten Strategie für die Ostseeregion vergleichbaren eigenen Donauraumstrategie.

### **6.2. Donauschutzübereinkommen**

Das Übereinkommen über die Zusammenarbeit zum Schutz und zur vertraglichen Nutzung der Donau (Donauschutzübereinkommen) bildet seit seinem

### *Nachbarschaftspolitik*

Inkrafttreten im Jahr 1998 die Basis für die grenzüberschreitende wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit im Donaunraum. Zur Umsetzung des Übereinkommens wurde die Internationale Kommission zum Schutz der Donau (**IKSD**) mit Ständigem Sekretariat in Wien gegründet. Durch den Beitritt Montenegros erhöhte sich die Zahl der Vertragsparteien auf 15.

Die 11. ordentliche Tagung der IKSD fand in Wien am 10. und 11. Dezember statt und verabschiedete Entscheidungen, die zur laufenden Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im gesamten Einzugsgebiet der Donau erforderlich sind. Die Ergebnisse der im Jahr 2007 durchgeführten wissenschaftlichen Messfahrt entlang der Donau von Regensburg bis zum Schwarzen Meer wurden von der IKSD erstmals beim Weltwasserkongress im September in Wien der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der „Donautag“ am 29. Juni wurde in allen Donauanrainerstaaten mit verschiedenen Aktivitäten festlich begangen.

#### **6.3. Die „Schwarzmeersynergie“**

Die von der Europäischen Kommission am 11. April 2007 **im Rahmen der ENP** vorgelegte Initiative für die Zusammenarbeit der EU mit der Schwarzmeerregion, die so genannte Schwarzmeersynergie, zielt auf den Ausbau der Zusammenarbeit sowohl der Staaten der Schwarzmeerregion untereinander als auch der Schwarzmeerregion mit der EU ab. Damit wurde der ENP **eine neue regionale Dimension** hinzugefügt. Die „Schwarzmeersynergie“ verfolgt einen pragmatischen und projektorientierten Zugang und schließt an bereits bestehende, von der Europäischen Union durchgeführte Programme und Initiativen an, vor allem in den Bereichen Governance, Personenverkehr und Sicherheit, Energie, Verkehr, Umweltschutz, Meeresstrategie, Fischerei, Handel, Forschung, Bildung, Beschäftigung, soziale Belange, Wissenschaft und Technologie, Informationsgesellschaft und kulturelle Kooperation.

Die **erste Ministerkonferenz** der Schwarzmeersynergie fand in Kiew am 14. Februar statt. Die teilnehmenden MinisterInnen sahen darin den Beginn langfristiger Bemühungen um eine intensive, regionale Zusammenarbeit, die neue Möglichkeiten eröffnet und den BürgerInnen sowohl der erweiterten Schwarzmeerregion als auch ganz Europas mehr Stabilität und Wohlstand bringt.

#### **6.4. Schwarzmeerwirtschaftskooperation**

Die Schwarzmeerwirtschaftskooperation (**SMWK**) wurde am 25. Juni 1992 in Istanbul gegründet. Ihr gehören die sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres Bulgarien, Georgien, Rumänien, Russland, Türkei und die Ukraine sowie sechs weitere Staaten, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Griechenland, Moldau und Serbien an. Österreich hat Beobachterstatus. SMWK ist

*Österreich in anderen europäischen Foren*

eine **regionale Wirtschaftsorganisation** mit Rechtssubjektivität zur Förderung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Schwarzmeerregion.

Schwerpunkte ihrer **Ministertagungen** waren eine engere Zusammenarbeit mit der EU, insbesondere in den Bereichen Energie und Transport, Kooperation mit anderen regionalen und internationalen Organisationen sowie Sichtvermerkserleichterungen. Bei der Tagung der EnergieministerInnen am 19. April wurde die Erklärung über die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich Energie angenommen, ein bedeutender Schritt in Richtung mehr Energiesicherheit und Diversifizierung von Energiequellen und -transitrouen.

## C. Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik

### I. Allgemeine Rechts- und Konsularfragen

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten zählen Serviceleistungen für AuslandsösterreicherInnen sowie für jene MitbürgerInnen, die sich aus privaten oder beruflichen Gründen vorübergehend im Ausland aufhalten und in eine Notlage geraten. Diese Leistungen umfassen nicht nur die konsularische Betreuung im Einzelfall, sondern auch Maßnahmen zum Schutz von ÖsterreicherInnen in Krisen- und Katastrophenfällen. Die Hilfeleistung erfolgt in der Regel durch die österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort, wobei erforderlichenfalls die zuständigen Behörden des jeweiligen Landes eingeschaltet werden. Gibt es in einem Staat keine österreichische Vertretungsbehörde, wird in dringenden Notfällen die lokale Vertretung eines EU-Mitgliedstaats eingeschaltet (EU-Konsularzusammenarbeit und Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung an EU-BürgerInnen gemäß Art 20 EGV).

Mit einer Novellierung des Konsulargbührengesetzes wurde sichergestellt, dass Amtshandlungen von Vertretungsbehörden, die unmittelbar durch die Geburt eines Kindes veranlasst sind, ab 1. Jänner 2008 von den sonst anfallenden Konsulargebühren befreit werden. Damit wurde die Anpassung an die Gebührenbefreiung für diese Amtshandlungen innerhalb Österreichs vollzogen.

#### 1. Bürgerservice

Das Bürgerservice des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten bietet in Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland **konsularische Hilfestellung** bei Notlagen österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland. MitarbeiterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten stehen unter der Telefonnummer 0 50 11 50-4411 rund um die Uhr für konsularische Notfälle, Anfragen zu Reiseinformationen und allgemeine Auskünfte über Visaerteilung, Dokumentenbeschaffung aus dem Ausland, Beglaubigungen, Behördenwege etc. bereit. In Spitzenzeiten waren bis zu 1.000 Anrufe pro Tag zu verzeichnen.

Die **Zunahme von Auslandsreisen** österreichischer StaatsbürgerInnen spiegelt sich auch in der Inanspruchnahme von konsularischer Unterstützung bei Krankheit, Unglücks- und Todesfällen im Ausland wider. Dabei stieg auch die Zahl der Betreuungs- und Heimsendungsfälle von psychisch labilen oder geistig erkrankten österreichischen StaatsbürgerInnen. Insgesamt standen Budgetmittel von rund 240.000 Euro zur Unterstützung von österreichischen StaatsbürgerInnen in Notsituationen im Ausland zur Verfügung. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Bekanntheitsgrads der Reisehinweise,

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik*

die Auslandsreisenden als objektive Informationsquelle dienen, verzeichnete die Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten [www.aussenministerium.at](http://www.aussenministerium.at) zu Spitzenzeiten bis zu 500.000 Zugriffe pro Monat. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und mit den EU-Partnern wird vor allem die Einschätzung der Sicherheitslage laufend aktualisiert.

Das Bürgerservice präsentierte dem interessierten Publikum im Rahmen der Tage der Offenen Tür am 12. September und am 26. Oktober die **Sicherheits- sowie Notfallskarte**, die Reiseinformationen auf der Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und die Möglichkeiten der Hilfestellung durch das Bürgerservice und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland.

## 2. Krisenvorsorge und Krisenmanagement

### 2.1. Die nationale Dimension

Naturkatastrophen, Terroranschläge sowie Bürgerkriege verdeutlichten die zunehmende Bedeutung von Krisenvorsorgemaßnahmen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und der Vertretungsbehörden im Ausland. Zur weiteren Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit wurden umfangreiche Schulungen konsularisch ausgebildeter MitarbeiterInnen für den Einsatz in Kriseneinsatzteams durchgeführt und die technische Ausrüstung durch den Aufbau mobil einsetzbarer Kriseneinsatzeinheiten verbessert.

Während des Georgienkonflikts im August, der Terroranschläge in Mumbai im November, den Demonstrationen in Thailand im November und Dezember sowie bei vielen anderen Krisen in der Welt konnte durch das rasche und effiziente Handeln von Kriseneinsatzteams vor Ort und über die Bürgerservice-Hotline bestmögliche Unterstützung für die Betroffenen geleistet werden. Gerade der Georgienkonflikt unterstrich die Bedeutung einer engen EU-Zusammenarbeit in konsularischen Angelegenheiten. Besondere Aufmerksamkeit galt den Bemühungen um eine erfolgreiche Lösung des acht Monate andauernden Entführungsfalls von zwei österreichischen TouristInnen im Februar im Norden Malis (siehe auch Kapitel A.VI.10.2.5.). Die enge Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und Organisationen, wie dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Landesverteidigung sowie dem Roten Kreuz und psychosozialen Einrichtungen, und die Entsendung gemeinsamer Einsatzteams im akuten Krisenfall erwiesen sich in sämtlichen Krisenfällen des Jahres als geeignete Strategie zur bestmöglichen Unterstützung betroffener StaatsbürgerInnen.

### 2.2. Die EU-Dimension

Aufbauend auf den nationalen Maßnahmen gab es in Krisenfällen eine verstärkte Zusammenarbeit der betroffenen EU-Mitgliedstaaten im Dienste der

*Reise- und Grenzverkehr*

BürgerInnen der Union, die während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2006 besonders forciert worden war. Zwischen den Krisenzentren in den Hauptstädten, Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern sowie nationalen Krisenteams vor Ort wurden laufend Informationen ausgetauscht und koordiniert, gemeinsame Informationsstellen an Flughäfen, in Flüchtlingszentren, Spitälern und Hotels errichtet, gemeinsame Suchteams zum Auffinden von EU-BürgerInnen gebildet, gemeinsame Evakuierungsmaßnahmen vorbereitet sowie Behörden des Gastlandes nach Abstimmung kontaktiert.

**3. Hilfeleistung in Zivil- und Strafsachen**

Hilfestellung in Rechtsangelegenheiten wurde in insgesamt 2.530 Fällen geleistet, wobei die Vertretungsbehörden weder in laufende Verfahren eingreifen können noch in privatrechtlichen Angelegenheiten zur Vertretung österreichischer StaatsbürgerInnen als Parteien befugt sind.

**4. Neue Verträge**

Der am 14. November 2007 in Wien unterzeichnete Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Kroatien über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Oktober in Kraft.

Das am 29. Juni 2007 in Tirana unterzeichnete Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und dem Ministerrat der Republik Albanien über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Februar in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik zur Änderung und Ergänzung des Protokolls zur Durchführung des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) trat am 26. September in Kraft.

Das Abkommen zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Ministerium für innere Angelegenheiten der Republik Mazedonien über die polizeiliche Zusammenarbeit wurde am 25. Jänner in Brdo-Kranj unterzeichnet.

**II. Reise- und Grenzverkehr****1. Sichtvermerksangelegenheiten**

Österreichische StaatsbürgerInnen können in 105 (2007: 103) Staaten, unter anderem in alle Nachbarstaaten, nach Japan, Kanada, in die USA sowie in viele weitere Staaten in Afrika, Asien und Südamerika mit gewöhnlichen

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik*

Reisepässen sichtvermerksfrei einreisen. Staatsangehörige von 138 (2007: 138) Staaten benötigen für die Einreise nach Österreich einen Sichtvermerk.

Die österreichischen Vertretungsbehörden erteilten insgesamt 377.836 Visa, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 7,8 % bedeutet. Dieser Rückgang ist die Folge einerseits des Schengenbeitritts unserer Nachbarländer Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, andererseits des ab der Jahresmitte einsetzenden Reiserückgangs.

Unter slowenischer Federführung und Beteiligung Frankreichs, der Niederlande, Österreichs und Ungarns ging am 1. Mai eine Gemeinsame Annahmestelle (für Schengen-Visa) im slowenischen Außenministerium in Betrieb. Durch diese neue Form der Zusammenarbeit sollen vor allem an Dienstorten mit geringen Visazahlen die Synergien bestmöglich genutzt werden. Im Rahmen der Regionalen Partnerschaft wurden mit 1. November in Kasachstan weitere Gemeinsame Annahmestellen (für Schengen-Visa) eingerichtet, in Astana unter österreichischer und in Almaty unter ungarischer Patronanz. Bei dieser Form der europäischen Zusammenarbeit nehmen Österreich, Slowenien und Ungarn gemeinsam in Europa eine Vorreiterrolle ein.

Österreich und die Schweiz streben seit 2005 eine verstärkte Zusammenarbeit in Konsular- und Visaangelegenheiten an. Die Unterbringung einer/s österreichischen Konsularbediensteten an der Schweizerischen Botschaft in Santo Domingo (Dominikanische Republik) wurde vorbereitet, eine Absichtserklärung mit der Festlegung der dafür erforderlichen operativen Details von Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Staatssekretär des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten Michael Ambühl am 13. November in Zürich unterzeichnet. Am 9. Dezember wurden die Räumlichkeiten des österreichischen Büros an der Schweizerischen Botschaft in Santo Domingo eröffnet.

Die von der Europäischen Kommission mit den westlichen Balkanländern sowie Moldau und der Ukraine verhandelten Abkommen zur Visaerleichterung und zu Rückübernahmen traten am 1. Jänner in Kraft.

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Indonesien über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen wurde am 9. Jänner unterzeichnet und trat am 26. Oktober in Kraft.

Mit Litauen wurde ein **Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Litauen** über die gegenseitige Vertretung durch diplomatische und konsularische Vertretungen ihrer Staaten im Verfahren der Visaerteilung sowie eine entsprechende Durchführungsvereinbarung verhandelt.

Die Empfehlungen der Visakommission wurden weiterhin umgesetzt, etwa mit Maßnahmen zur Erhöhung der Prüfsicherheit und Effizienz im Visabereich, aber auch der Kundenfreundlichkeit. Auf einem vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit



*Reise- und Grenzverkehr*

dem Bundesministerium für Inneres im Februar veranstalteten Visa-Workshop mit VertreterInnen der antragsstärksten Vertretungsbehörden wurden Maßnahmen erarbeitet, um das System missbrauchssicherer zu machen. Eine Schulung zur Visapraxis für AmtsleiterInnen wurde im August abgehalten. Weiters wurde die Tätigkeit der gemeinsamen Schulungs- und Prüfungsteams der beiden Ministerien an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland intensiviert.

Am 23. Dezember wurde zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Inneres eine Schulungsvereinbarung mit dem Ziel unterzeichnet, die an den Botschaften und Generalkonsulaten Dienst versehenden Bediensteten regelmäßig in den Bereichen Visa-, Aufenthalts-, Asyl- und Passwesen fortzubilden sowie neue Bedienstete durch eine fundierte Grundschulung gemeinsam darin zu unterweisen.

Die Inspektionstätigkeit wurde weiter verstärkt, wobei Inspektionen von Dienststellen gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres besonders in Ländern vorgenommen wurden, von denen ein Migrationsdruck ausgeht.

Weit rigoroser als im EU-Rahmen, wo über den Zeitraum von mindestens einem Jahr die Aufbewahrung genehmigter Anträge vorgesehen ist, wurde die Frist für die Vernichtung von Visaunterlagen vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten einheitlich auf fünf Jahre erhöht.

Im Zusammenwirken mit den Österreichischen Vertretungsbehörden vor Ort wurde Visaannoncen und Visaagenturen in den betreffenden Empfangsstätten entschieden entgegengetreten.

Die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres zur Analyse der Entwicklung der Visazahlen, zur Umsetzung bzw. zum laufenden Monitoring der gemeinsamen Schulungen im Konsularbereich sowie zur Evaluierung der Visaadministration an den Vertretungsbehörden wurde fortgesetzt. Zusätzlich initiierte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten eine gemeinsame Analyse der Resultate der von österreichischer Seite gesetzten Maßnahmen mit Evaluierungsteams aus Deutschland und der Schweiz. So fanden mit Deutschland bzw. mit der Schweiz Besuche an den jeweiligen Vertretungsbehörden an vier Dienstorten statt.

Die enge Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) im Rahmen eines Runden Tisches mit der Tourismuswirtschaft sowie eines Dialogforums zu Visa für Geschäftsreisende wurde fortgeführt. Nach intensiver Vorbereitung wurde im Dezember mit der Einrichtung externer Call-Center begonnen, um den Antragstellern bzw. deren Einladern eine noch bessere Erreichbarkeit von Visainformationen zu ermöglichen und die Terminvergabe zu erleichtern.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik*

An mehreren Vertretungsbehörden wurde die Infrastruktur für die Visaerteilung verbessert, etwa in Bukarest, Moskau, New Delhi, New York und Shanghai, weiters in Astana anlässlich der Eröffnung einer Gemeinsamen Annahmestelle (für Schengen-Visa) unter österreichischer Leitung und in Teheran durch den Bezug eines neuen Amtsgebäudes.

## 2. Grenzverträge

Die am 6. November 2007 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung eines gemeinsamen Zentrums Drasenhofen – Mikulov trat am 1. Jänner in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen vom 9. Dezember 2005, in der Fassung der Änderung vom 29. Juni 2007, trat nach Notenwechsel am 2. Februar in Kraft.

Die am 8. November 2007 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung, der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit im Kooperationszentrum Dolga Vas trat nach Notenwechsel am 13. März in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik gemäß Art 2 Abs 4 des Abkommens zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vom 17. Juni 1991 wurde am 31. März unterzeichnet und trat am 1. Mai in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung, der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Schweizerischen Bundesrat über die Errichtung nebeneinander liegender Grenzabfertigungsstellen wurde am 21. April unterzeichnet und trat am 1. Mai in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die Errichtung einer gemeinsamen Kontaktdienststelle Kittsee – Jarovce wurde am 15. Mai unterzeichnet und trat am 1. Juli in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über die Zusammenarbeit im gemeinsamen grenzpolizeilichen Verbindungsbüro in Mauren an der Grenzübergangsstelle Schaanwald – Feldkirch – Tisis wurde am 21. April unterzeichnet und trat am 1. Juli in Kraft.

### *Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik*

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Nutzbarmachung des Inn und seiner Zuflüsse im Grenzgebiet trat am 1. August in Kraft.

Die Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik zur Änderung der Vereinbarung zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik zur Errichtung von Grenzabfertigungsstellen sowie über die Durchführung der Grenzabfertigung im Eisenbahnverkehr während der Fahrt vom 28. April 2004 trat nach Notenwechsel am 26. September in Kraft.

### **III. Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik**

Die Verhandlungen zum Abschluss von Abkommen über Soziale Sicherheit mit der Republik Korea und Uruguay sowie von einem Zweiten Zusatzprotokoll zum bereits bestehenden Abkommen über Soziale Sicherheit mit Australien wurden zu Ende geführt.

### **IV. Die AuslandsösterreicherInnen**

Die **Betreuung und Unterstützung der AuslandsösterreicherInnen** zählt zu den Kernaufgaben des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Die österreichischen Botschaften und (General)Konsulate sind für AuslandsösterreicherInnen erste Anlauf- und Servicestelle für Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlangelegenheiten, weitere Behördenkontakte und Informationen über Österreich, effektive Krisen(vorsorge)koordination sowie die Organisation und Vermittlung von Veranstaltungen mit Bezug zu Österreich. Neben den Vertretungsbehörden im Ausland stellt die Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten [www.AuslandsoesterreicherInnen.at](http://www.AuslandsoesterreicherInnen.at) ein wichtiges Bindeglied zu Österreich dar.

Da keine Verpflichtung besteht, einen dauernden Aufenthalt im Ausland amtlich registrieren zu lassen, basieren die Angaben über die **Zahl der AuslandsösterreicherInnen** zum Teil auf Schätzungen. Bei den Vertretungsbehörden waren mehr als 450.000 ÖsterreicherInnen erfasst, davon rund 350.000 mit aktuellen Adressen. Die meisten AuslandsösterreicherInnen leben in Deutschland (230.000), der Schweiz (40.000), den USA (30.300), der Republik Südafrika (20.000), Australien und Großbritannien (je 15.000) sowie in Brasilien und Argentinien (je 11.000).

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten richtete im Frühjahr zur Erleichterung der offiziellen **Registrierung** von AuslandsösterreicherInnen an den österreichischen Vertretungsbehörden eine Dateneingabe- und -änderungsmöglichkeit **per Internet** ein. Sie ist auf den Webseiten des Ministeriums und der Vertretungsbehörden verfügbar.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik*

Die Zahl der „**HerzensösterreicherInnen**“ (Personen, die sich infolge ihrer früheren österreichischen Staatsbürgerschaft, infolge ihrer Vorfahren, anderer Verwandter oder aus anderen Gründen Österreich besonders verbunden fühlen) kann überhaupt nur geschätzt werden und dürfte einige Hunderttausende umfassen.

## 1. Organisation der AuslandsösterreicherInnen

Die Beziehung der AuslandsösterreicherInnen zu Österreich wird vor allem in **AuslandsösterreicherInnen-Vereinen** und anderen Vereinigungen im Ausland gepflegt, von denen über 400 in fast 70 Ländern der Welt bestehen. Diese Vereinigungen sind auf [www.AuslandsoesterreicherInnen.at](http://www.AuslandsoesterreicherInnen.at) abrufbar.

Der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien ist Dachverband, Interessensvertretung und Serviceorganisation der im Ausland bestehenden ÖsterreicherInnen-Vereinigungen und AuslandsösterreicherInnen. Präsident ist seit 2004 Gustav Chlestil, als Generalsekretärin fungiert Irmgard Helperstorfer. Der AÖWB unterhält die Webseite [www.weltbund.at](http://www.weltbund.at) und gibt das Magazin „ROT-WEISS-ROT“ heraus. Das vom AÖWB jährlich veranstaltete Treffen der AuslandsösterreicherInnen fand in Salzburg vom 4.–7. September statt. Der AÖWB erhielt Subventionen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in der Höhe von 217.000 Euro.

Die **Burgenländische Gemeinschaft** ist der Dachverband aller BurgenländerInnen im Ausland und gibt die Zeitschrift „Die Burgenländische Gemeinschaft“ heraus. Präsident der Burgenländischen Gemeinschaft ist Walter Dujmovits.

## 2. Unterstützung österreichischer StaatsbürgerInnen im Ausland

Für die Betreuung in Not geratener AuslandsösterreicherInnen wurde 1967 der **Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland** gegründet. Das am 1. Jänner 2007 in Kraft getretene Bundesgesetz über den Auslandsösterreicher-Fonds (AÖF-G) erweiterte den Kreis möglicher Unterstützungsempfänger. Der je zur Hälfte vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und von den Bundesländern subventionierte Fonds leistete finanzielle Zuwendungen von rund 600.000 Euro an mehr als 1.148 bedürftige ÖsterreicherInnen in 61 Ländern. Vorsitzender des von der Bundesregierung bestellten Kuratoriums des Fonds ist Botschafter i.R. Georg Hohenberg, als Geschäftsführer fungiert Josef Knapp.

Im Rahmen der alljährlichen **Weihnachtsaktion** des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wurden Geld- und Sach-

*Die AuslandsösterreicherInnen*

spenden an 645 bedürftige AuslandsösterreicherInnen in 60 Ländern in der Höhe von insgesamt rund 86.500 Euro geleistet.

Im Ausland wohnhaften, betagten oder schwer erkrankten ÖsterreicherInnen, die nicht mehr imstande sind, für sich selbst zu sorgen, kann vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten eine **Rückkehr in ihre Heimat** samt Unterbringung in einer entsprechenden Einrichtung vermittelt werden. Diese Leistungen kamen sieben ÖsterreicherInnen und drei Familienangehörigen aus fünf Ländern zugute.

### **3. Teilnahme der AuslandsösterreicherInnen an der politischen Willensbildung in Österreich und der Europäischen Union**

Seit 1990 besteht für AuslandsösterreicherInnen und für am Wahltag im Ausland befindliche „InlandsösterreicherInnen“ das Wahlrecht bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie die Teilnahmerecht an bundesweiten Volksabstimmungen. Auch an den Wahlen der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments können AuslandsösterreicherInnen und nichtösterreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich teilnehmen.

Das Auslands(österreicherInnen)-Wahlrecht wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2007 ausgeweitet und erleichtert: Wählen ist schon ab dem vollendeten 16. Lebensjahr und die Wahl zum/r Abgeordneten für den Nationalrat oder das Europäische Parlament bereits ab dem vollendeten 18. Lebensjahr möglich. Die Briefwahl steht all jenen im In- und Ausland offen, die am Wahltag ihre Stimme nicht in einem Wahllokal abgeben können. Für die Stimmabgabe im Wege der Briefwahl genügt anstelle einer Bestätigung über die Rechtmäßigkeit des Wahlakts durch „Zeugen“ eine unterschriebene eidesstattliche Erklärung. AuslandsösterreicherInnen können Wahlkarten für einen Zeitraum von zehn Jahren im Voraus bestellen und werden, sofern ihre Adressen der Wählerevidenzgemeinde bekannt sind, über kommende Wahlen oder über ihre in Aussicht stehende Streichung aus der Wählerevidenz von Amts wegen verständigt.

Ebenfalls am 1. Juli 2007 wurde den österreichischen Bundesländern von der Bundesverfassung die Möglichkeit eingeräumt, AuslandsösterreicherInnen an den Wahlen zum Landtag ihres früheren Wohnsitz-Bundeslandes teilnehmen zu lassen. Im Unterschied zu den bundesweiten Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbefragungen wurde als Voraussetzung der Stimmabgabe von AuslandsösterreicherInnen bei Landtagswahlen aber festgelegt, dass der Hauptwohnsitz der AuslandsösterreicherInnen weniger als zehn Jahre vor der Landtagswahl ins Ausland verlegt wurde. Bisher führten Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg dieses Wahlrecht für AuslandsösterreicherInnen ein.

*Die rechtliche und konsularische Dimension der österreichischen Außenpolitik*

Weitere Details zum Auslands(österreicherInnen)-Wahlrecht sowie alle Formulare können auf der Webseite [www.wahlinfo.aussenministerium.at](http://www.wahlinfo.aussenministerium.at) abgerufen werden.

#### **4. eGovernment, eGovernance, eDemocracy, eParticipation, eVoting**

Die AuslandsösterreicherInnen fordern von öffentlichen Stellen ihrer Heimat in zunehmendem Maße die Möglichkeit der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten beschritt mit seiner 2002 eröffneten Website [www.AuslandsoesterreicherInnen.at](http://www.AuslandsoesterreicherInnen.at) früh diesen Weg und bietet seit 2007 den Internet-Ratgeber für AuslandsösterreicherInnen [www.aoe-ratgeber.at](http://www.aoe-ratgeber.at).

Gemeinsam mit österreichischen WissenschaftlerInnen untersucht und unterstützt das Ministerium mögliche Auslands(österreicherInnen)-bezogene IKT-Anwendungen im Bereich der Kommunikation und Bürgerbeteiligung (eParticipation) an demokratischen Prozessen, einschließlich von Wahlen (eVoting). Der Europaratsausschuss für eDemocracy unter der Leitung des österreichischen Diplomaten Thomas Buchsbaum verabschiedete im November einen Empfehlungsentwurf für eDemocracy unter besonderer Beachtung der Interessenlage von AuslandsbürgerInnen.

## D. Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

### I. Einleitung

Die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern, die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit sowie die Erhaltung der Umwelt und der Schutz natürlicher Ressourcen sind die wichtigsten Ziele der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (**OEZA**). Grundprinzipien sind die Eigenverantwortung der Partnerländer für ihren Entwicklungsweg, die Berücksichtigung kultureller und sozialer Rahmenbedingungen, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse sowie die Berücksichtigung von Kindern und von Menschen mit Behinderung.

#### 1. Internationale Grundlagen

Als Mitglied der EU, OECD, VN und der Weltbankgruppe wirkt Österreich in den entsprechenden Gremien aktiv an der internationalen Entwicklungspolitik mit. Eine grundlegende Weichenstellung erfolgte auf internationaler Ebene mit der „Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit“ im Jahr 2005. Im September wurde in Accra (Ghana) eine erste Bilanz gezogen, die Ergebnisse flossen in einen Aktionsplan mit klaren Handlungsempfehlungen.

#### 2. Gesetzliche Grundlagen

Rechtliche Grundlage für eine einheitliche österreichische Entwicklungspolitik ist das Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit (**EZA-G**). Es enthält einen Zielkatalog, der für die gesamte Bundesverwaltung entwicklungspolitische Kriterien vorgibt. Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kommt dabei die Koordinationsfunktion zu. Darüber hinaus formuliert das Ministerium die strategischen Vorgaben für die OEZA. Die Austrian Development Agency (**ADA**) ist als operativer Teil der OEZA tätig.

#### 3. Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die öffentlichen Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (**ODA**) beliefen sich im Jahr 2008 laut Voraussmeldung an den Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) auf 1.165 Millionen Euro bzw. 0,42 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) und lagen damit wie in den vorangegangenen Jahren über dem EU-Ziel von 0,33 %. Im Vergleich der DAC-Mitgliedsländer nimmt Österreich damit eine Position im Mittelfeld ein. Der Rückgang der

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

gesamtosterreichischen Leistungen um 14 % gegenüber 2007 erklärt sich durch geringere Entschuldungsmaßnahmen. Der Umfang der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (Programme und Projekte der ADA) stieg dagegen 2008 um rund 10 Millionen Euro.

#### **4. Nachhaltige Entwicklung**

Nachhaltige Entwicklung ist jene Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. Ungerechtigkeit, eine wachsende Kluft zwischen Reich und Arm, zunehmende Umweltzerstörung, die Missachtung der Menschenrechte und Krieg widersprechen den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Entscheidend ist, dass die Betroffenen über ihren Entwicklungsweg mitentscheiden. Institutionelle Kompetenzen und Kapazitäten der Partnerländer müssen zur langfristigen Absicherung der Erfolge gestärkt werden. Entscheidungen sollen dezentralisiert sowie demokratische Strukturen und Verfahren aufgebaut und gefördert werden. Alle Vorhaben werden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen.

#### **5. Politik-Kohärenz im Interesse von Entwicklung**

Politik-Kohärenz ist eine wesentliche Voraussetzung für eine effiziente und wirksame Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Prinzip ist in Österreich in § 1 Abs 5 EZA-G gesetzlich verankert und wurde im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2008–2010 berücksichtigt. Die OEZA verfügt über Mechanismen, die ein systematisches Aufgreifen von Kohärenzthemen wie Klimawandel und Entwicklung, die Verbindung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Aspekten, aber auch die entwicklungsensitive Gestaltung von Wirtschaftsbeziehungen auf EU-Ebene und globaler Ebene ermöglichen. Dazu zählen verschiedene ressortübergreifende Arbeitsgruppen, die Überprüfung von Gesetzesentwürfen sowie die interministerielle Abstimmung der Regionalstrategieplanung. Zusätzlich sucht die OEZA den Dialog mit Interessensgruppen, etwa der Zivilgesellschaft im Rahmen des „Strukturierten Dialogs“. Die OEZA beteiligt sich auch an den Bemühungen der EU, das Kohärenz-Prinzip europaweit zu verankern.

Die OEZA veranstaltete in Wien am 26. und 27. Februar ein Treffen der angesiedelten VN-Organisationen und akademischer Institute wie dem Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg mit dem Ziel, einen sozio-ökonomischen Regionalansatz für Konfliktprävention zu entwickeln. Beim Europäischen Forum Alpbach wurde im Seminar „Preventing Conflict – Creating Resilient Societies“ (Konfliktvermeidung – Förderung von widerstandsfähigen Gesellschaften) vom 23.–25. August dazu



*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

ein Pilotprojekt in der Region des Manu River (Guinea, Liberia und Sierra Leone) in Aussicht genommen.

## II. Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit

### 1. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Süd

#### 1.1. Schwerpunktregion Zentralamerika

Die OEZA unterstützt den wirtschaftlichen und sozialen Integrationsprozess in Zentralamerika vor allem durch Maßnahmen für eine verstärkte Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Dazu zählen Programme zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleingewerbetreibende und kleinbäuerliche Betriebe sowie zur Stärkung marginalisierter Bevölkerungsschichten bei der Einforderung ihrer Menschenrechte.

Die Aktivitäten der OEZA im Schwerpunktland **Nicaragua** betreffen ländliche Entwicklung, Förderung von Kleinunternehmen sowie den Gesundheitssektor. Gemeinsam mit Finnland, den Niederlanden, Schweden und der Weltbank leistete die OEZA einen Beitrag zur Sektoriellen Budgethilfe (Veranschlagung von Mitteln für prioritäre Bereiche) für die Umsetzung der nationalen Gesundheitsstrategie.

In **Guatemala** wurden in Zusammenarbeit mit NRO traditionelle Institutionen der indigenen Bevölkerung und deren Gewohnheitsrecht sowie die zweisprachige und interkulturelle Ausbildung unterstützt.

In **El Salvador** konzentrierte sich die Förderung auf die Bereiche ländliche Entwicklung und Kleinunternehmen. Im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft wurde die Ausbildung von akademischen Fachkräften in Österreich fortgeführt.

Die Zusammenarbeit mit den Partnerländern **Guatemala** und **El Salvador** wird künftig im Rahmen der Regionalstrategie der OEZA für Zentralamerika erfolgen.

Die Zusammenarbeit in der besonders katastrophenanfälligen **Region Karibik** konzentrierte sich auf die Stärkung von Kapazitäten besonders der CARICOM sowie auf die Katastrophenhilfe, den Klimawandel (erneuerbare Energien und Umwelt) und die Bekämpfung des unerlaubten Drogenhandels. Österreich bot in Zusammenarbeit mit ITH Salzburg Klessheim die Ausbildung von Fachkräften im Tourismussektor unter Gewährung von Stipendien an.

#### 1.2. Schwerpunktregion Westafrika

Thematische Schwerpunkte in Westafrika waren Energie, Konfliktprävention und lokale Entwicklungsmodelle. Die Vorbereitungen zur Errichtung einer regionalen Energie-Agentur, deren Unterstützung Österreich anlässlich

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

der Konferenz von Ouagadougou im November 2007 zugesagt hatte, sind weitgehend abgeschlossen.

Im Mai wurde mit Vertretern der Regierung des Schwerpunktlands **Burkina Faso** ein Memorandum of Understanding unterzeichnet, das den Rahmen der bilateralen Kooperation für den Zeitraum 2008–2013 festlegt. Österreich unterstützte die Bereiche ländliche Entwicklung, Berufsausbildung sowie Handwerksförderung und den Aufbau von Klein- und Kleinstunternehmen. Dabei war die Harmonisierung der Aktivitäten mit nationalen Prioritäten und darauf abgestimmten Instrumenten zur Armutsbekämpfung ein wesentliches Anliegen der OEZA.

Im **Senegal** setzte die OEZA im Rahmen des Landessektorprogramms auf nachhaltige ländliche Entwicklung mit Kooperationsschwerpunkten im Süden des Landes. Die Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Handwerksförderung und Umweltschutz greifen dabei ineinander. Die Unterstützung von Berufsvereinigungen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen NRO auf Gemeindeebene stärkten die senegalesische Zivilgesellschaft und leisteten einen Beitrag zur Demokratisierung und zur Sicherung des Friedens.

Das Schwerpunktland **Kap Verde** verbesserte seine makroökonomische Situation so weit, dass sein Status als LDC (am wenigsten entwickelte Länder) endete. Diese neue Situation berücksichtigte die 2006 vereinbarte Landesstrategie mit den Schwerpunktthemen nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen, Dezentralisierung und Regionalentwicklung auf der Insel Santiago.

### 1.3. Schwerpunktregion Ostafrika

Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Governance sowie Konfliktprävention waren thematische Schwerpunkte, die im Rahmen von Kooperationen mit Regierungen und/oder lokalen Behörden der Partnerländer, internationalen Organisationen, NRO und fachlichen Netzwerken weiterverfolgt wurden.

Die OEZA war im Schwerpunktland **Äthiopien** in den Bereichen Gesundheit, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, erneuerbare Energie, Gender sowie Wissenschaft und Forschung aktiv.

In Übereinstimmung mit dem nationalen Armutsprogramm engagierte sich die OEZA im Schwerpunktland **Uganda** vorwiegend in den Sektoren Wasserversorgung und Siedlungshygiene, Governance und Konfliktprävention sowie Privatspektorentwicklung. Hinzu kamen Stipendien-, Studien- und Wissenschaftsprogramme. Die OEZA legte dabei besonderes Augenmerk auf den Wiederaufbau der durch den Bürgerkrieg zerrütteten nördlichen Landesteile.

In **Ruanda** konzentrierte sich die OEZA auf Maßnahmen im Bereich Wasserversorgung und Siedlungshygiene sowie die Aufarbeitung des Genozids.

*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

In **Kenia** bildeten der Wassersektor, die Zusammenarbeit mit NRO in den Bereichen landwirtschaftliche Produktion, Gesundheit und Ermächtigung der Frauen sowie Forschungsk Kooperationen die Schwerpunkte.

#### 1.4. Schwerpunktregion Südliches Afrika

Die thematischen Schwerpunkte im Südlichen Afrika (SADC-Region) waren die Sektoren Governance und Demokratie sowie Infrastruktur. Der Fokus lag dabei auf der Förderung von sozialer Gerechtigkeit als Voraussetzung für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum sowie der Optimierung von Transport- und Energiedienstleistungen. Im Oktober wurde ein Kooperationsabkommen zwischen Österreich und der SADC unterzeichnet.

Das Schwerpunktland **Mosambik** ist Pilotland der OEZA für Beiträge zur Generellen Budgethilfe (Bereitstellung von Finanzmitteln für den allgemeinen Staatshaushalt). 2007 trat die OEZA einer Gruppe von 19 bi- und multilateralen Gebern bei, seit 2008 werden finanzielle Beiträge in der Höhe von 40 % des Landesbudgets dazu geleistet. Die Beiträge zur Sektoriellen Budgethilfe Landwirtschaft werden zur Gänze der Schwerpunktprovinz Sofala gewidmet. Die OEZA konzentrierte sich auf die Unterstützung der nationalen Dezentralisierungsbemühungen in den Gemeinden und Lokalverwaltungen und der Zivilbevölkerung. Die Maßnahmen sollen die dezentralen öffentlichen Serviceleistungen insbesondere im Bereich Landwirtschaft, Wasser- und Siedlungshygiene sowie kleiner Basisinfrastruktur verbessern.

In **Südafrika** konzentrierte sich die OEZA auf die Kapazitätsentwicklung der lokalen dezentralen staatlichen Verwaltung und die Befähigung der zivilen Bevölkerung. Regionale Schwerpunktsetzung lag auf den ärmsten Provinzen Südafrikas.

In **Simbabwe** förderte die OEZA Vorhaben lokaler zivilgesellschaftlicher Akteure in der Entwicklung von Fähigkeiten in den ländlichen Distrikten sowie Maßnahmen zur Ernährungssicherung und zur Steigerung des Haushaltseinkommens.

#### 1.5. Schwerpunktregion Himalaya-Hindukusch

Die OEZA unterstützt gemeinsame Anliegen der Region wie nachhaltige Bewirtschaftung von Weideland, Einkommensdiversifizierung sowie Schutz der natürlichen Ressourcen und Energieeffizienz im Rahmen des Internationalen Zentrums für integrierte Gebirgsentwicklung (ICIMOD).

Das Schwerpunktland **Bhutan** erzielte in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte beim Aufbau der Infrastruktur, in der Gesundheitsversorgung und im Bildungswesen. Die OEZA trug mit Vorhaben in den Sektoren Energie, Tourismus, Kultur sowie Waldökologie zu den Entwicklungserfolgen bei. Am 15. August unterzeichneten Österreich und Bhutan ein Memorandum

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

of Understanding für die zukünftige Zusammenarbeit auch im Sektor Governance.

In **Nepal** wurden Regionalprogramme und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fortgesetzt. Die OEZA konzentrierte ihre Kooperation auf die Sektoren ländliche Entwicklung, Ausbau eines sanften Tourismus sowie Erhaltung des nepalesischen Kulturerbes.

### 1.6. Palästinensische Gebiete

Die von Bundesministerin Ursula Plassnik anlässlich der Geberkonferenz 2007 zugesagte Verdoppelung der österreichischen Unterstützung für die Palästinensischen Gebiete auf 5 Millionen Euro wurde 2008 umgesetzt. Das OEZA-Engagement umfasste die Bereiche Gesundheit, Wasser/Abwasser, humanitäre Hilfe, Kapazitätsentwicklung und Konfliktprävention. Kriterien für die Umsetzung der Programme sind die Übereinstimmung mit dem Palästinensischen Reform- und Entwicklungsplan 2008–2010 sowie die Berücksichtigung beider Teile der Palästinensischen Gebiete, Gaza und Westjordanland, mit Akzent auf Jerusalem. Die OEZA-Programme wurden mit Fachministerien, der Europäischen Kommission und anderen bilateralen Gebern umgesetzt. Gleichzeitig wird humanitäre Hilfe über Beiträge zu multilateralen Organisationen und Förderung von Nothilfeprogrammen fortgesetzt.

## 2. Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit – Ost

### 2.1. Schwerpunktregion Südosteuropa

Ein wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit mit den Ländern Südosteuropas war die Förderung der Annäherung an bzw. Integration in die europäischen Strukturen. Sektorielle und thematische Schwerpunkte waren Wirtschaft und Entwicklung, Bildung, Umwelt, Wasser und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft.

Die OEZA unterstützte das Schwerpunktland **Albanien** vor allem in den Bereichen Wasser und Energie, Berufsbildung im Bereich Tourismus und Landwirtschaft sowie Regionalentwicklung. Die OEZA-Aktivitäten leisteten einen Beitrag zur Eindämmung der Landflucht, indem der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten neue Erwerbs- und Einkommensperspektiven geboten wurden. Grundlage der bilateralen Zusammenarbeit ist die Landesstrategie 2007–2009.

Im Schwerpunktland **Bosnien und Herzegowina** wurde die Landesstrategie 2005–2007 mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Entwicklung sowie Bildung fortgeschrieben. Aktivitäten in den Bereichen Entminung und Grundbuchverwaltung, die zur Verbesserung des Investitionsklimas beitragen sollen, wurden fortgesetzt. Darüber hinaus wurden Maßnahmen zur Stärkung

*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

der gemeinsamen Identität des Gesamtstaats Bosnien und Herzegowina gefördert.

Für das Schwerpunktland **Mazedonien** lag die Priorität der fortgeschriebenen Landesstrategie 2005–2007 auf den Bereichen Umwelt, Wasser und Energie sowie Wirtschaft und Entwicklung. Die Verbesserung der Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung sowie die Förderung von erneuerbarer Energie und Energieeffizienz sollen sowohl zur Armutsminde- rung als auch zu einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Entwicklung beitragen. Der in der Halbzeitbewertung des Programmes 2007 vorgeschla- genen stärkeren strategischen Orientierung in Richtung EU-Integration und Kapazitätsaufbau wurde Rechnung getragen.

Die Kooperation mit dem Schwerpunktland **Montenegro** wurde weiter aus- gebaut. Im Rahmen des Schwerpunktes Wirtschaft und Entwicklung wurde die touristische Regionalentwicklung in der Nordostregion und in der Region um den Shkutari-See gefördert. Weiters wurden Maßnahmen im Schwer- punktbereich Höhere Bildung und Berufsbildung sowie im Umweltbereich unterstützt.

Im Schwerpunktland **Serbien** wurde die Zusammenarbeit durch die Lan- desstrategie 2006–2008 definiert. Die OEZA unterstützte besonders die Bereiche Wirtschaft und Bildung. Wichtige Projekte widmeten sich der integrierten Regionalentwicklung in Südserbien und in der Vojvodina, der Bodenrechtsreform, der Wasserversorgung und der Förderung der Höheren Bildung.

Grundlage der Zusammenarbeit im Schwerpunktland **Kosovo** war die Lan- desstrategie 2008–2011, in deren Rahmen unter anderem die von der OEZA gemeinsam mit dem österreichischen und kosovarischen Bildungsministe- rium initiierte institutionelle Partnerschaft für Höhere Bildung fortgesetzt wurde. Weiters wurden Maßnahmen in den Bereichen Klein- und Mittel- betriebsförderung, Wasserversorgung, Tourismusentwicklung und landwirt- schaftsbezogene Regionalentwicklung finanziert.

Unter Berücksichtigung des fortschreitenden EU-Integrationsprozesses wurde das Engagement in **Kroatien** weiter verringert.

Neben den bilateralen Programmen wird die OEZA auch in den kommenden Jahren im Rahmen der **Regionalstrategie Südosteuropa** übergreifende regi- onale Kooperationen fördern, bei denen die langfristige Friedenssicherung und die Entwicklung der Gesamtregion im Vordergrund stehen. In Wien fand wieder die „Balkan Case Challenge“ statt, ein mit einer Berufsmesse kombi- nierter Studienwettbewerb für südosteuropäische Studierende.

## 2.2. Osteuropa und Zentralasien

Das Regionalkonzept **Südkaucasus** 2006–2008 trug vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse dem Erfordernis regionaler Problemlösungen Rechnung.

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

Maßnahmen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Zivilgesellschaft in Abstimmung mit dem EU-Nachbarschaftsprogramm sollen zur Konfliktprävention und -lösung in der Region beitragen.

Der Ausbau der Zusammenarbeit mit **Moldau** wurde mit dem Ziel der Schaffung von Lebensperspektiven im ländlichen Raum fortgesetzt, etwa durch die Verbesserung der Wasserver- und -entsorgung sowie durch arbeitsmarkt-orientierte Berufsbildung und die Förderung landwirtschaftlicher Berufsschulen. Weitere Schwerpunkte waren die Bekämpfung von Menschenhandel, insbesondere Frauenhandel, sowie die Ausbildung und Reintegration von freiwillig zurückkehrenden MigrantInnen.

### 3. Themen und Sektoren

Vorrangiges Ziel der OEZA ist die Reduzierung der weltweiten **Armut** in all ihren Dimensionen, die Befähigung von Menschen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Artikulation ihrer politischen Interessen, die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse sowie die Gewährleistung von Sicherheit unter Berücksichtigung sozio-kultureller Faktoren. Die Förderung und Unterstützung von verletzlichen Bevölkerungsgruppen in den Partnerländern sowie von benachteiligten Regionen steht dabei im Vordergrund. Diese grundsätzliche Zielsetzung wurde in den internationalen Geberforen weiterverfolgt.

Die Mehrheit der armen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, der durch mangelnde Basisinfrastruktur, erschwerten Zugang zu grundlegender Versorgung und öffentlichen Dienstleistungen sowie unzureichende Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet ist. Interventionen im Bereich **ländliche Entwicklung** zielen darauf ab, die Lebensbedingungen und -chancen der Landbevölkerung sowie die Nahrungsmittelversorgung in den Partnerländern zu verbessern. Die stark gestiegenen Preise führten in vielen Ländern zu einer Ernährungskrise und einem Anstieg der Zahl der Hungernden. Gemeinsame Lösungen für rasche Reaktionen sowie die Abstimmung nachhaltiger Strategien und Maßnahmen standen im Zentrum der internationalen Abstimmung.

Die OEZA beteiligt sich im Rahmen von **Dezentralisierungsprozessen** in den Partnerländern direkt an nationalen Programmen bzw. unterstützt diese durch komplementäre Interventionen. Maßnahmen zur Entwicklung von Kapazitäten und Fähigkeiten der politischen und administrativen Verwaltung sowie anderer Beteiligter auf lokaler Ebene, die Ermächtigung der Bevölkerung zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen sowie die bestmögliche Nutzung vorhandenen sozialen Kapitals standen im Vordergrund.

In den Bereichen **Governance, Menschenrechte** und **Friedenssicherung** wurde an der Erstellung von Handbüchern zu den entsprechenden Leitlinien gearbeitet. Darüber hinaus fanden Veranstaltungen zu den Themen „Korruption

*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

tionsbekämpfung in der EZA“ und „Armutsbekämpfung durch einen Menschenrechtsansatz“ statt. In Kooperation mit der SADC wurde eine Konferenz zum Thema „Sicherheit und Entwicklung“ in Johannesburg (Südafrika) organisiert, die von Staatssekretär Hans Winkler eröffnet wurde. Auf Programm- und Projektebene wurden Beiträge zu den laufenden Länderprogrammen ausgearbeitet und globale und regionale Initiativen unterstützt, etwa mit Projekten zur Stärkung afrikanischer Parlamente und Projekten zur Förderung von Frauen in Friedensprozessen und Konfliktsituationen in Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR. Fortgesetzt wurden Projekte im Rahmen laufender Länderprogramme, beispielsweise in den Bereichen Justizreform, Stärkung der Zivilgesellschaft in der Konfliktprevention und Unterstützung von Friedensprozessen.

Die **Gleichstellung von Frauen und Männern** und die **Ermächtigung von benachteiligten Frauen** sind ein wesentliches Prinzip der OEZA. Die OEZA-Genderleitlinien wurden in der Länder- und Projektprogrammierung berücksichtigt. Die OEZA/ADA führte Fortbildungen für MitarbeiterInnen im Inland und an den Koordinationsbüros im Ausland zur Umsetzung des Gender Mainstreaming (Integration einer Geschlechterperspektive in alle Bereiche der Politik) durch. Besondere Aufmerksamkeit galt der Integration von Gleichstellungsanliegen als Querschnittsthema, etwa beim Gender Budgeting (Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten). Thematische Schwerpunkte waren „Gender und Konflikt“ und „Finanzierung von Geschlechtergleichstellung“. Mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs waren dem Thema „Frauenrechte und Genderperspektiven“ gewidmet. Analog zu anderen Gebern startete die OEZA eine „MDG3-Kampagne“ (3. Millenniums-Entwicklungsziel: Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Ermächtigung von Frauen).

Für den Sektor **Bildung** stellen die im Jahr 2000 beim Weltbildungsforum in Dakar formulierten Ziele des Prozesses „Bildung für alle“ sowie die Millenniums-Entwicklungsziele den internationalen Referenzrahmen dar. Der Schwerpunkt der OEZA lag zum einen auf der Beruflichen Bildung, zum anderen auf Hochschulbildung, Wissenschaft und angewandter Forschung. Aufbauend auf den Empfehlungen der Bildungssektorevaluierung 2007 wurde 2008 die Strategie Hochschulbildung erarbeitet. Darüber hinaus engagierte sich die OEZA in der Politikformulierung im Rahmen der EU und im Verband für die Entwicklung der Bildung in Afrika (ADEA). Die Länder Südosteuropas werden in Kooperation mit dem BMWF bei der Integration in den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum unterstützt.

Im Arbeitsfeld **Wirtschaft und Entwicklung** wurde die Umsetzung der drei Interventionssäulen fortgesetzt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die privatwirtschaftliche Entwicklung, Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern und Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die OEZA. Die OEZA ist Mitglied der Private Infrastructure



*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

Development Group (PIDG), einer Gebergruppe zur Mobilisierung privater Investitionen in Infrastruktur in Afrika. Die PIDG-Geber mobilisierten mit ihrem Beitrag von 238 Millionen US-Dollar seit 2002 ein Volumen von 7,7 Milliarden US-Dollar an privaten Investitionen im Infrastrukturbereich in den ärmeren Entwicklungsländern. Zur Umsetzung des regionalen Reformprogramms für Buchführung und Wirtschaftsprüfung „REPARIS“ in Südosteuropa ging die ADA eine strategische Partnerschaft mit der Weltbank ein. Die Wirtschaftspartnerschaften mit heimischen Unternehmen wurden weiter ausgebaut. Zu Jahresende waren insgesamt 37 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von 6,5 Millionen Euro in Durchführung. Durch OEZA-Beiträge konnte dafür ein Gesamtvolumen von 21,15 Millionen Euro für entwicklungsrelevante Maßnahmen mobilisiert werden.

Die Stärkung des insbesondere die Sektoren Wasser und Energie umfassenden Bereichs **Infrastruktur** wurde weiterverfolgt. Mit Gründung der Österreichischen Entwicklungsbank Anfang 2008 eröffneten sich für den Bereich Infrastruktur neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Im Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung 2008 engagierte sich die OEZA im Sektor **Wasser und Siedlungshygiene** vor allem in Ost- und Südosteuropa sowie Ruanda. In Moldau, Montenegro und Serbien wurden Kanalsysteme und Kläranlagen fertig gestellt. In Ruanda wurde das so genannte Fondsmodell zur Verbesserung der Wasserversorgung und Siedlungshygiene mit der Regierung und der Europäischen Wasserfazilität weiter entwickelt. Österreich intensivierte in der EU-Wasserinitiative, dessen Kovorsitz es 2009 inne haben wird, seine Aktivitäten in der Arbeitsgruppe „Afrika“. Das ERA-Net-Projekt „SPLASH“ dient der verbesserten Koordination der auf die Entwicklungszusammenarbeit bezogenen europäischen Forschung im Wassersektor. Das unter österreichischer Leitung stehende vierte Arbeitspaket wurde erfolgreich abgeschlossen. In der ADA wurde eine Referentenstelle für Wasser und Siedlungshygiene eingerichtet.

Die OEZA intensivierte ihr Engagement im **Energiesektor**. Gemeinsam mit Deutschland und der Europäischen Kommission übernahm Österreich den Vorsitz beim Aufbau der Energiepartnerschaft EU-Afrika. Auf der Konferenz für Frieden und Sicherheit in Ouagadougou (Burkina Faso) am 12. November 2007 hatte Österreich dem ECOWAS-Vorschlag zur Errichtung eines regionalen Zentrums für erneuerbare Energie und Energieeffizienz finanzielle Unterstützung zugesagt. Österreich intensivierte sein Engagement für den Sitz der neuen Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (**IRENA**) in Wien. Auf Projektebene wurde der regionale Energieschwerpunkt in Zentralamerika um die kleinen Inselstaaten in der Karibik erweitert. Die OEZA trat dem Caribbean Renewable Energy Development Programme (CREDP) bei, in dessen Rahmen Österreich gemeinsam mit Deutschland das erste Karibische Forum für Nachhaltige Energie (CSEF) auf Grenada vom 23.–27. Juni abhielt. In Bhutan wurde das ländliche Elektrifizierungsprogramm fortgesetzt.



*Bilaterale Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

Im Bereich **Umwelt** stand die Erarbeitung eines strategischen Leitfadens zu Umwelt und Entwicklung im Mittelpunkt. Dieser wird im Sinne der gesamtösterreichischen Kohärenz gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter Einbeziehung weiterer österreichischer Akteure ausgearbeitet. Bei der Integration von Umweltfragen in die Programme und Projekte lag der Schwerpunkt auf der Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. Das Engagement im Bereich Bekämpfung der Wüstenbildung wurde insbesondere im EU- und VN-Rahmen fortgesetzt.

#### 4. Kofinanzierung

NRO sind wichtige Partner der OEZA: Sie wirken bei der Umsetzung von OEZA-Landesstrategien mit und engagieren sich im Rahmen der Kofinanzierung. Zur NRO-Kofinanzierung zählen Projektvorhaben, die auf deren Eigeninitiative basieren und sowohl durch Eigenmittel als auch Mittel der OEZA finanziert werden. Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung der NRO-Kofinanzierung ist die „**Leitlinie der NRO-Kooperation in der OEZA**“.

Elf österreichische NRO haben **Rahmenprogramm-Verträge** mit einer Gesamtvertragssumme von rund 20 Millionen Euro für drei Jahre und führten wichtige Initiativen im Bereich Bildung, Ausbildung, ländliche Entwicklung und Gesundheit durch.

Für die Entsendung von Fachkräften und VoluntärInnen wurden im Rahmen der **Personellen Entwicklungszusammenarbeit** zwei österreichische NRO gefördert. Mit einer externen Evaluierung wurde der Beitrag der rückkehrenden Personen zur entwicklungspolitischen Bewusstseinsbildung in Österreich durchleuchtet. Im Rahmen von **NRO-Einzelprojekten** wurden 13 Projekte in Entwicklungsländern des Südens sowie elf Projekte in Südosteuropa, Osteuropa und Zentralasien genehmigt. Weiters wurden zehn Mikroprojekte österreichischer NRO kofinanziert. Zusätzlich zu laufenden **EU-Kofinanzierungsprojekten** wurden neun neue Förderverträge für die kommenden Jahre abgeschlossen.

Das grenzüberschreitende Projekt „**Regional Partnership Programme**“ zur stärkeren Verankerung der entwicklungspolitischen Arbeit in der Zivilgesellschaft der EU-Mitgliedstaaten Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wurde weitergeführt. Das zum Großteil aus OEZA-Fördermitteln unterstützte Programm wird von den genannten Staaten kofinanziert.

In Vorbereitung und als Teil des Hochrangigen Forums von Accra wurde ein internationaler **Multi-Stakeholder Dialog mit der Zivilgesellschaft** (Dialog unter Beteiligung von VertreterInnen verschiedener gesellschaftlicher Interessensgruppen sowie von Regierungen und internationalen Organisationen) zum Thema „Erklärung von Paris und Zivilgesellschaft“ geführt, an dem sich auch die OEZA finanziell beteiligte.

## **5. Evaluierung**

Dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten obliegt die Auswahl und Themenstellung der strategischen Evaluierungen, während die ADA für die operative Steuerung zuständig ist. Strategische Evaluierungen betreffen in der Regel Themen, Sektoren, Instrumente oder Landesstrategien der OEZA und haben nicht einzelne Projekte zum Gegenstand. Diese strategischen Evaluierungen werden entsprechend dem österreichischen Bundesvergabegesetz ausgeschrieben und von Organisationen oder Firmen durchgeführt, die auf Grundlage der fachlichen Bewertung ihrer inhaltlich-methodischen Konzepte ausgewählt und vertraglich mit der Durchführung der Evaluierung beauftragt werden. 2008 standen Evaluierungen der Landesstrategien Burkina Faso und Serbien, der Personellen Zusammenarbeit einschließlich des Beitrags der RückkehrerInnen von HORIZONT3000 und Jugend Eine Welt zur entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich sowie der Instrumente des Sektors Wirtschaft und Entwicklung im Mittelpunkt. Weiters wurde die Regierung von Uganda dabei unterstützt, einen Evaluierungsbericht zur Umsetzung der Erklärung von Paris zu erstellen.

Darüber hinaus wurde die im Regierungsprogramm vorgesehene externe Evaluierung der ADA durchgeführt, der Rechnungshof bei seiner Prüfung der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten und der Ausgliederung der ADA sowie der DAC bei der von ihm durchgeführten Peer Review Österreichs unterstützt. Vorbereitet wurden die Evaluierungen der Humanitären Hilfe der OEZA und der Budgethilfe.

Auf internationaler Ebene waren das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die ADA in den für die Evaluierung zuständigen Gremien und Netzwerken innerhalb der EU, im Rahmen des DAC sowie in der Gruppe der deutschsprachigen Evaluierungsdienste (DACH), der mittlerweile neben Österreich auch Belgien, Deutschland, die Niederlande und die Schweiz angehören, regelmäßig vertreten. Das DACH-Treffen 2008 wurde gemeinsam vom Ministerium und der ADA in Wien im Oktober ausgerichtet.

## **III. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit**

Im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Bemühungen der Staatengemeinschaft standen die Überprüfung der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) sowie die Überprüfungskonferenz der Entwicklungsfinanzierung in Doha (Katar).

*Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit*

## 1. Die Vereinten Nationen

Im Bereich der VN bilden die Beschlüsse des Weltgipfels 2005 den Referenzrahmen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Das hochrangige Treffen zu HIV/AIDS in New York Mitte Juni diente der Bewertung der Fortschritte bei der weltweiten Bekämpfung der Seuche auf Basis der einschlägigen VN-Verpflichtungen sowie vor dem Hintergrund der Umsetzung von MDG6 (6. Millenniums-Entwicklungsziel: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderer Krankheiten). Der Afrika-Gipfel in New York Mitte September evaluierte den entwicklungspolitischen Bedarf Afrikas, insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung und Verringerung der Armut. Der unmittelbar darauf stattfindende Sondergipfel über die MDG diente der Erstellung einer Halbzeitbilanz und verlieh der Umsetzung der Ziele bis 2015 zusätzliche Dynamik. Anfang Oktober folgte gleichfalls in New York eine Veranstaltung zur Halbzeitüberprüfung des Almaty-Aktionsprogramms für Binnenentwicklungsländer.

Die 12. Ministerkonferenz der Handels- und Entwicklungskonferenz der VN (**UNCTAD**) fand in Accra (Ghana) im April statt, auf der Fragen zu Globalisierung und Entwicklung im Mittelpunkt standen und das Mandat und das Arbeitsprogramm der „Vereinbarung von Accra“ für die nächsten vier Jahre beschlossen wurde.

Die zweite **VN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung**, die im November und Dezember in Doha abgehalten wurde, bestätigte den in Monterrey (Mexiko) 2002 erarbeiteten Grundkonsens und nahm ein um aktuelle Problemstellungen wie Finanzkrise, Klimawandel und Gender-Gerechtigkeit erweitertes Abschlussdokument an.

Dem Entwicklungsprogramm der VN (**UNDP**) standen rund 5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung, welche entsprechend dem Strategischen Plan 2008–2011 für die Umsetzung der fünf Ziele der Organisation – Demokratieförderung, Armutsminderung, Energie/Umwelt, Krisenprävention/Wiederaufbau sowie Kampf gegen HIV/AIDS – eingesetzt wurden. Österreich erhöhte seinen Kernbeitrag an UNDP gegenüber 2007 um 200.000 Euro auf 4,8 Millionen Euro und unterstützte unter anderem die thematischen Treuhandfonds „Demokratieförderung“, „HIV/AIDS“ und „Energie“. Österreich unterstützte weiters den VN-Reform-Prozess in Albanien und Kap Verde. Die Pilotinitiative „Einheit in der Aktion“ zielt darauf ab, über gemeinsame Büros mehr Kohärenz und Effizienz im operativen Bereich der VN-Entwicklungsarchitektur zu erreichen.

Der Kapitalentwicklungsfonds der VN (**UNCDF**) verfügt über das Mandat zur Unterstützung von Strukturen und demokratischen Entwicklungsprozessen auf lokaler Ebene, wobei insbesondere Fragen der Planung, des Managements und der Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund stehen. Mit der Anhebung des Beitrags zum Kernbudget sowie einer Projektfinanzierung in Äthiopien intensivierte Österreich seine Zusammenarbeit mit UNCDF.

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

Der Bevölkerungsfonds der VN (**UNFPA**) ist ein vergleichsweise kleines, dezentral organisiertes Programm, das Projekte zur Kontrolle der demografischen Entwicklung unterstützt. Der Organisation kommt in der zentralen Frage der Reproduktionsgesundheit sowohl bei der Bekämpfung von HIV/AIDS als auch bei der Stärkung der Rolle von Mädchen und Frauen eine wichtige Bedeutung zu. Der österreichische Beitrag zum Kernbudget von UNFPA wurde angehoben. Die Unterstützung des thematischen Treuhandfonds zur Förderung der Gesundheit von Müttern sowie die Finanzierung des Filmprojekts „Women on the Frontline“ ergänzten diesen Ansatz.

Das Kinderhilfswerk der VN (**UNICEF**) führte die Umsetzung des Mittelfristigen Strategischen Plans für die Jahre 2006–2009 fort. Österreich unterstützte die Umsetzung der Empfehlungen der UNICEF-Gewaltstudie in Tansania.

Aus der Sicht Österreichs kommt dem Entwicklungsfonds der VN für die Frau (**UNIFEM**) eine zentrale Rolle für die Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu. Österreich unterstützte seine Arbeit in Nepal sowie den Treuhandfonds zur Unterstützung von Maßnahmen zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen.

Die Organisation der VN für industrielle Entwicklung (**UNIDO**) ist nach Jahren der Umstrukturierung eine der effizientesten VN-Organisationen und genießt unter der Führung von Generaldirektor Kandeh K. Yumkella hohes Ansehen. Österreich ist bis zum Ende der 13. ordentlichen Tagung der Organisation Mitglied im Programm- und Budgetausschuss (PBC) und im Rat für industrielle Entwicklung (IDB). Das finanzielle Engagement Österreichs blieb unverändert hoch: Neben dem Pflichtbeitrag in Höhe von 0,86 Millionen Euro wurden durch freiwillige Beiträge verschiedene Programme der UNIDO wie Investitionen in Afrika, Jugendbeschäftigung in Westafrika und Umweltprogramme unterstützt.

## 2. Die Europäische Union

Die Europäische Kommission ist einer der größten Beitragszahler zu den Fonds und Programmen der VN im Entwicklungsbereich. Österreich trägt als Nettobeitragszahler zum EU-Haushalt sowie über den EEF mit insgesamt 203 Millionen Euro dazu bei.

Der EU war es möglich, in zahlreichen internationalen Konferenzen wie der 12. UNCTAD-Tagung, dem 3. Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Hilfe, der Hochrangigen Tagung der VN zu den MDG und der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung mit einer Stimme zu sprechen und so die **Vorreiterrolle der EU in der Entwicklungszusammenarbeit auszubauen**. Österreich brachte sich intensiv in die EU-interne Vorbereitung dieser Konferenzen ein, bei der Themen wie die Gleichstellung der Frauen, Ernährungssicherheit, Zugang zu nachhaltiger, erneuerbarer Energie und Klimawandel im Mittelpunkt standen.

*Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit*

Auf dem Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom Mai wurden Schlussfolgerungen zum Thema „Die EU als globaler Partner für die Entwicklung: die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele schneller vorantreiben“ angenommen. Darin betont der Rat, dass es zur Erreichung der MDG bis zum Jahr 2015 verstärkter gemeinsamer Anstrengungen bedarf, und die EU bekräftigt Zusagen aus dem Jahr 2005, wonach ihre Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 auf kollektiv 0,56 % des BNE und bis 2015 auf 0,7 % angehoben werden sollen. Die Ratsschlussfolgerungen zu den MDG und ein EU-Aktionsprogramm, welches Meilensteine zur Erreichung der MDG definiert, wurden vom Europäischen Rat vom Juni bestätigt.

Die EU reagierte auf die massive **Nahrungsmittelkrise** in den Entwicklungsländern mit Umschichtungen in der Höhe von 800 Millionen Euro und der Schaffung einer mit 1 Milliarde Euro dotierten Krisenreaktionsfazilität für kurz- und mittelfristige Maßnahmen. Die OEZA setzte sich während der Vorbereitung der im November beschlossenen Ratsschlussfolgerungen dafür ein, dass zusätzlich zu den kurz- und mittelfristigen Maßnahmen langfristige strukturelle Maßnahmen gesetzt werden, um die Ernährungssicherheit nachhaltig zu verbessern. Dazu zählen beispielsweise klare Grundbesitzverhältnisse, nachfrageorientierte Beratungsdienste und die Unterstützung der agro-ökologischen Produktion.

Beim Ministerrat vom November wurden EU-Leitlinien für die Teilnahme an der **Konferenz für Entwicklungsfinanzierung** beschlossen. Darin werden die Notwendigkeit der Mobilisierung interner Ressourcen in den Entwicklungsländern, die Bedeutung des Privatsektors und des Handels sowie die verstärkte Zusammenarbeit für ein langfristig tragbares Schuldeniveau betont. Gleichzeitig werden die Zusagen der EU aus dem Jahr 2005 betreffend die Erhöhung der ODA bekräftigt. Die EU übernahm auf dieser Grundlage eine Vermittlerrolle in den Verhandlungen, sodass trotz großer Differenzen auf der Konferenz letztlich eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden konnte.

Bis Ende 2007 waren mit der Region Karibik ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**WPA**) sowie mit einigen anderen Ländern und Subregionen Interims-WPA abgeschlossen worden. Daher waren die Verhandlungen über weitere umfassende WPA mit AKP-Staaten ein wichtiges entwicklungspolitisches Thema. Sowohl im Mai als auch im November wurden Ratsschlussfolgerungen über WPA beschlossen. Aufgrund der bisherigen Verhandlungsergebnisse und grundlegender Bedenken vieler Partnerländer sprach sich die OEZA für größtmögliche Flexibilität innerhalb der WTO-Bestimmungen, für die besondere Berücksichtigung armer und marginalisierter Bevölkerungsschichten sowie für die Unterstützung der regionalen Integration aus.

Im vergangenen Jahr wurde mit der Umsetzung der 2007 beschlossenen gemeinsamen **EU-Afrika-Strategie** und des gemeinsamen Aktionsplans 2008–2010 begonnen. Der Aktionsplan sieht acht thematische Partnerschaften

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

ten zwischen der EU und Afrika vor, Österreich bringt sich in zwei dieser Partnerschaften aktiv ein: in die Energiepartnerschaft, in der Österreich gemeinsam mit Deutschland den Vorsitz inne hat, und in die Partnerschaft für Frieden und Sicherheit.

**Frauen in bewaffneten Konflikten** sind ein wichtiges Thema für Österreich. Die OEZA initiierte daher eine Studie, die von der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft in Auftrag gegeben und im April publiziert wurde; die OEZA arbeitet auf deren Umsetzung systematisch hin.

### 3. Einsätze von jungen ÖsterreicherInnen

Der zeitlich befristete Einsatz (zwei Jahre) von Nachwuchskräften im Professionellen Dienst der VN (**JPO**) ermöglicht österreichischen JungakademikerInnen erste entwicklungspolitische Erfahrungen bei verschiedenen VN-Organisationen. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten übernimmt die Finanzierung der Einsatzkosten. Insgesamt 20 österreichische JungakademikerInnen waren in entwicklungspolitischen VN-Organisationen wie UNCDF, UNDP, Umweltprogramm der VN (UNEP) und UNICEF tätig. Sie waren im Außenvertretungsnetzwerk in Albanien, Äthiopien, Bhutan, Burkina Faso, Kenia, Kosovo, Mosambik, Nepal, Nicaragua, Uganda oder in Brüssel bzw. am Sitz dieser Organisationen in New York und Wien tätig.

Das Programm der Europäischen Kommission zur Ausbildung von „**Junior Experts in Delegation**“ ermöglicht jungen österreichischen AkademikerInnen einen ein- bis zweijährigen Einsatz in den Vertretungen der Europäischen Kommission, wobei das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die Europäische Kommission die Einsatzkosten gemeinsam tragen. Drei ÖsterreicherInnen waren in den Vertretungen der Europäischen Kommission in Äthiopien, Mexiko und Vietnam tätig.

Beide Programme zielen auf den Aufbau von Kapazitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und auf eine Erhöhung des Anteils von ÖsterreicherInnen in internationalen Organisationen ab.

## IV. Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen

### 1. Österreichische bilaterale humanitäre Hilfe

Die bilaterale humanitäre Hilfe Österreichs wird sowohl von der ADA als auch von Bundesministerien, etwa dem Bundesministerium für Inneres, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesministerium für Landesverteidigung, von den

*Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen*

Ländern und Gemeinden sowie von anderen öffentlichen Stellen finanziert und abgewickelt.

Die bilaterale humanitäre Hilfe der ADA umfasst die Bereiche humanitäre Sofortmaßnahmen, Wiederaufbau sowie Katastrophenprävention und dient sowohl der Unterstützung chronischer Krisengebiete als auch der Reaktion auf unvorhergesehene Katastrophenereignisse. Dazu zählten die Überschwemmungen in Moldau, Mosambik und Namibia sowie Hilfsmaßnahmen in Folge der Nahrungsmittelkrise in Äthiopien, Burkina Faso und Haiti. Die Mittel werden von der ADA entweder an internationale Organisationen oder an NRO vergeben. Im Jahr 2008 wurden von der ADA 5,88 Millionen Euro für bilaterale humanitäre Hilfe beausgabt.

Die bilaterale humanitäre Hilfe anderer österreichischer ODA-Geber, zu der auch die vom Bundesministerium für Inneres koordinierte humanitäre Hilfe bei internationalen Katastrophenereignissen zählt, betrug im Jahr 2008 4,9 Millionen Euro.

Sowohl öffentliche Stellen als auch private Hilfsorganisationen beteiligten sich an der Anfang 2005 angelaufenen internationalen Hilfe für die vom Tsunami vom 26. Dezember 2004 betroffenen Regionen der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans. Der Ministerrat nahm in seiner Sitzung vom 12. März 2008 den Abschlussbericht über die **Tsunamihilfe der österreichischen Bundesregierung** samt „Bericht des Beirates gemäß Auslandskatastrophenfonds-Gesetz für das Jahr 2006“ an. Dabei wurden vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit der ADA 3,9 Millionen Euro an öffentlicher Hilfe für Projekte aufgewendet.

Im Rahmen der **Wiener Wiederaufbaukonferenz des Flüchtlingslagers Nahr-El-Bared** im Juni sagte Österreich 1 Million Euro an Hilfe zu, wobei besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Situation von Frauen und Kindern gelegt wird. Die Maßnahmen umfassen den Aufbau von Kapazitäten durch Weiterbildung, einkommensschaffende Aktivitäten für Frauen (Mikrokredite), Kinderbetreuung, psychologische Behandlung und Bewusstseinsbildung in Bezug auf häusliche Gewalt.

Österreich leistete nach dem **Erdbeben in China** im Mai mit Logistikunterstützung des Österreichischen Roten Kreuzes Katastrophenhilfe. Aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres wurden Zelte, Matten, Kerosinöfen und Hygienepakete bereitgestellt. Bei den **Überschwemmungen in Bolivien** im Jänner und Februar stellte Österreich der betroffenen Bevölkerung mit Hilfe des Österreichischen Roten Kreuzes aus Mitteln der Katastrophenhilfe Wassercontainer zur Verfügung, bei den **Überschwemmungen in Rumänien** im Juli Stromgeneratoren. Anlässlich der **Flutkatastrophe in Moldau** im Juli und August half Österreich aus ADA-Mitteln betroffenen Familien und deren Kindern über UNICEF beim Weiterbesuch der Schule sowie bei psychosozialer Unterstützung. Moldau erhielt darüber hinaus aus Mitteln der Katastrophenhilfe des Bundesministeriums für Inneres Flachwasserboote,



*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

Schmutzwasserpumpen, Stromgeneratoren und Trinkwasseraufbereitungsanlagen. Für die ebenfalls von dieser Flutkatastrophe betroffene **Ukraine** wurden Hilfsgüter den örtlichen Zivilschutzbehörden übergeben.

Im Zusammenhang mit den durch die schweren **Tropenstürme Fay, Gustav, Hannah und Ike** hervorgerufenen Überflutungen und Zerstörungen von Infrastruktur in **Haiti** im September stellte Österreich im Rahmen der internationalen Katastrophenhilfe Wasseraufbereitungstabletten und Sandsäcke zur Verfügung.

Österreich folgte dem VN-Spendenauf Ruf für **Myanmar** wegen des **Wirbelsturms Nargis** und leistete finanzielle Hilfe für die notleidende Bevölkerung. Weiters wurden Myanmar mit logistischer Unterstützung des Österreichischen Roten Kreuzes sowie des Bundesfeuerwehrverbands mehr als 170.000 Euro an unmittelbarer Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellt.

Nach dem **Georgienkonflikt** im August stellte Österreich aus Mitteln der ADA humanitäre Hilfe in Höhe von 350.000 Euro für den UNICEF-Hilfsappell bereit. Die Mittel sollten die vom Krieg betroffenen Kinder unterstützen und Aufklärungsarbeit über die Gefahren von Minen und Munition ermöglichen. Darüber hinaus wurden aus Mitteln der Katastrophenhilfe des Bundesministeriums für Inneres die medizinische Grundversorgung von 10.000 Personen über drei Monate sowie Decken, Zelte und Schlafsäcke bereitgestellt. Für die Bekämpfung der durch die Kampfhandlungen ausgelösten Waldbrände wurden Rückentragespritzen zur Verfügung gestellt.

Aus Anlass der **aktuellen Nahrungsmittelkrise** schnürte Österreich ein Soforthilfspaket im Ausmaß von rund 3,8 Millionen Euro. Als Soforthilfe wurden aus Mitteln der ADA rund 1 Million Euro für vier der am schlimmsten betroffenen Länder (Äthiopien, Burkina Faso, Haiti und Namibia) bereitgestellt.

### 1.1. Das Minenaktionsprogramm Österreichs

Das Minenaktionsprogramm stellt einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Hilfe und zur Entwicklungspolitik dar. Die Maßnahmen umfassen etwa die Entminung betroffener Gebiete, die sozio-ökonomische Rehabilitierung von Minenopfern sowie die Aufklärung und die Bewusstseinsvermittlung über Minenrisiken. Von der ADA wurden Neuverträge mit Schwerpunkt auf Bosnien und Herzegowina sowie Afrika abgeschlossen.

### 1.2. Die Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Für die Durchführung des Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens von 1999 ist das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständig. Die Auswahl der Bestimmungsländer erfolgt auf Grundlage einer Empfehlung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten in Kooperation mit der



*Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe, internationale humanitäre Organisationen*

ADA. Zentrale Schwerpunkte waren die Krisenregionen Afrikas, die Palästinensischen Gebiete und die von akuten Katastrophen betroffenen Gebiete wie Moldau, Mosambik und Sudan. Diese Hilfe wird hauptsächlich über das Welternährungsprogramm der VN (WFP), aber auch andere Organisationen wie über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und UNDP abgewickelt.

## **2. Österreichische multilaterale humanitäre Hilfe**

### **2.1. Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten**

Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) ist für die Entwicklung der humanitären Politiken der VN, deren Förderung im Verhältnis zu anderen VN-Stellen sowie für die internationale Koordination der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe zuständig und verfügt neben den Sitzen in Genf und New York über ein Netzwerk von 38 Feld- und Regionalbüros. Der Finanzbedarf von OCHA wird nur zu rund 11 % aus Mitteln des ordentlichen VN-Haushalts bedeckt, der Rest stammt aus freiwilligen Beiträgen der Mitgliedstaaten, so auch aus Österreich.

Österreich behielt seinen traditionellen Vorsitz in der Konsultativgruppe für Militärische und Zivilschutzressourcen (**MCDA**). Am Trainingsprogramm für die Zivil-militärische Koordination der VN (**UN-CMCoord**) nahmen sechs ÖsterreicherInnen teil. Das Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsprogramm der VN (**UNDAC**) wurde aus Mitteln des Bundesministeriums für Inneres finanziell und personell unterstützt. Weiters wird die Internationale Beratungsgruppe für Such- und Rettungsdienste (**INSARAG**) vor allem mit ExpertInnen und Einsatzteams unterstützt.

### **2.2. Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen**

Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der VN (**UNHCR**) ist als eine der größten Hilfsorganisationen der VN in allen Erdteilen operativ tätig. Die umfangreichsten UNHCR-Programme werden zurzeit in Afghanistan, im Irak, im Süd-Sudan sowie im Tschad und in Darfur umgesetzt. An der Spitze von UNHCR steht als Hoher Flüchtlingskommissar der VN António Guterres.

Österreich unterstützte UNHCR sowohl durch einen ungebundenen Kernbeitrag als auch durch die Finanzierung konkreter Projekte in Äthiopien, Algerien, Myanmar und in Uganda. Zudem finanzierte Österreich drei JPO.

### **2.3. Internationales Komitee vom Roten Kreuz und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften**

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (**IKRK**) war in mehr als 80 Ländern operativ tätig und leistete damit weltweit gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (**IFRK**)

*Die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit*

sowie den nationalen Gesellschaften einen wichtigen Beitrag zur Linderung humanitären Leids. Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK in Uganda sowie die des IFRK und leistete einen Beitrag zum Amtssitzbudget des IKRK. Ferner leistete Österreich über das IKRK Nahrungsmittelhilfe an Darfur.

**2.4. Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen**

Das Welternährungsprogramm der VN (**WFP**) ist die größte humanitäre Organisation der VN. Österreich unterstützte im Zusammenhang mit der globalen Nahrungsmittelkrise die operative Arbeit des WFP in Haiti.

**2.5. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten**

Österreich leistete einen Kernbeitrag an das Hilfswerk der VN für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (**UNRWA**) für Projekte im Westjordanland und im Gazastreifen. Zudem wurden Anfang des Jahres Mittel in Reaktion auf den internationalen Hilfsappell von UNRWA bereitgestellt und der Wiederaufbau eines Gesundheitszentrums unterstützt. Weiters unterstützte Österreich Beschäftigungsprogramme und Arbeitsplatzschaffung für Jugendliche im Rahmen eines UNRWA Sommercamps im Gazastreifen.

**2.6. Sonstige multilaterale Hilfe**

Österreich leistete über das Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (**ECHO**), dessen Budget rund 760 Millionen Euro betrug, insgesamt 16,99 Millionen Euro für weltweite humanitäre Hilfe.

**2.7. Nothilfsfonds der Vereinten Nationen**

Der von der VN-GV im Dezember 2005 beschlossene reformierte Nothilfsfonds der VN (**CERF**), der im März 2006 seinen Betrieb aufnahm, stellt die Verwirklichung eines zentralen Reformvorhabens der VN im humanitären Bereich und eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zum System der „Flash Appeals“ (dringender Appell) dar, die erst nach einem Katastrophen- oder Krisenereignis durch die Mitgliedstaaten dotiert werden. Er ist ein Stand-by-Fonds, mit dem Opfern von Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten eine frühere und verlässlichere humanitäre Hilfe geleistet werden kann (siehe auch Kapitel E.II.8.).

## **E. Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen**

### **I. Einleitung**

VN-GS Ban Ki-moon beschrieb die globalen Finanz-, Ernährungs- und Energiekrisen, den Ausbruch neuer Konfliktherde und politischer Spannungen sowie besonders die allgemeine Bedrohung durch den Klimawandel als die großen Gefahren und Herausforderungen, denen sich die Weltgemeinschaft stellen müsse. So gab er dem Jahr 2008 auch die Bezeichnung „Jahr der multiplen Krisen“.

Österreich setzte im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) Schwerpunkte im Bereich der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, des Schutzes der Menschenrechte, der Stärkung des Verbots von Streumunition und der Förderung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen. Fortgesetzt wurden auch die österreichischen Bemühungen zur verstärkten Einbeziehung von Frauen in führenden Funktionen in der Friedensarbeit. Am 17. Oktober wurde Österreich für den Zweijahreszeitraum 2009–2010 als nicht-ständiges Mitglied in den VN-SR gewählt.

Als Motor der inhaltlichen Arbeit und als größter Beitragszahler und Geldgeber für die internationale Entwicklungszusammenarbeit nimmt die EU innerhalb der VN eine besondere Rolle ein.

## **II. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen**

### **1. Organisatorische Fragen**

#### **1.1. Generaldebatte, hochrangige Treffen zu Afrika und zu den Millenniums-Entwicklungszielen**

Die Generaldebatte der 63. Generalversammlung der VN (VN-GV) fand in New York vom 23. September bis 29. September statt. Die österreichische Delegation stand unter der Leitung von Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik.

Vor Beginn der Generaldebatte lud der VN-GS am 22. September zu einem hochrangigen Treffen unter dem Titel „Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Fortschritte bei der Durchführung und internationale Unterstützung“ ein, an dem Bundespräsident Heinz Fischer teilnahm. Dabei wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika umfassend evaluiert und ein Abschlussdokument angenommen, um den Versprechungen der Millenniums-Erklärung der VN in Bezug auf Afrika eine neue Dynamik zu verleihen. Darauf folgend fand am 25. September auf Einladung des VN-GS und des Präsidenten der VN-GV ein hochrangiges Treffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG) statt, an dem Bundeskanzler Alfred Gusenbauer teilnahm.

*Globale Zusammenarbeit – Die Vereinten Nationen*

Bundesministerin Ursula Plassnik setzte in ihrer Rede vor der VN-GV am 26. September einen besonderen Frauenschwerpunkt und betonte, dass keine Gesellschaft erfolgreich sein könne, ohne den Beitrag der Frauen zu würdigen, ihre Einbindung zu ermutigen und ihr Potenzial voll zu nutzen. Sie schlug in diesem Zusammenhang vor, anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Resolution 1325 (2000) des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Jahr 2010 eine umfassende internationale Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung dieser Resolution durchzuführen. Sie ging weiters auf den österreichischen Einsatz im Bereich der Abrüstung und der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen ein und forderte kreative und mutige Lösungsansätze, um die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. In diesem Zusammenhang verwies sie auf den österreichischen Vorschlag einer umfassenden Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus. Bundesministerin Plassnik nahm weiters zur Situation in Georgien, am Westbalkan, in Simbabwe und im Nahen Osten Stellung und sprach die Gefahren des Klimawandels und der Ernährungskrise an. Sie betonte das starke österreichische Interesse am Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, an der Konfliktvermeidung und an der Förderung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung.

Während der Ministerwoche führten Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler zahlreiche bilaterale Gespräche. Bundespräsident Fischer traf mit dem VN-GS zusammen und führte Gespräche mit den Präsidenten des Irak, Ruandas, Sloweniens und der Zentralafrikanischen Republik sowie mit den Präsidentinnen Argentiniens und Finnlands. Weiters traf er mit dem Premierminister von St. Vincent und den Grenadinen und den Außenministern von Mali und Somalia zusammen. An einem vom Bundespräsidenten gegebenen Arbeitssessen zum Thema „Wasser“ nahmen der Präsident und der Außenminister von Mosambik, die Außenminister von Sierra Leone und São Tomé und die Entwicklungsminister von Malawi und Namibia teil. Bundeskanzler Gusenbauer traf mit den Präsidenten der Komoren und der Marschallinseln zusammen sowie mit den Premierministern von Antigua und Barbuda, St. Lucia und Tuvalu. Bundesministerin Plassnik führte Gespräche mit den Außenministern von Iran und Peru und den Außenministerinnen von Ruanda und Südafrika. Weiters traf sie mit dem Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten zusammen. Am Rande der Generaldebatte nahm sie auf Einladung von US-Außenministerin Condoleezza Rice an einem Treffen von Außenministerinnen zum Thema „Women Leaders: Making the Difference“ teil. Staatssekretär Winkler traf mit den Außenministern von Aserbaidshan, Belize, Bhutan, Guinea, der Republik Kongo, Nepal, Sambia, der Salomonen und Usbekistan sowie mit dem Generalsekretär von CARICOM zusammen.

## 2. Politische Fragen

### 2.1. Naher Osten

Im Rahmen der 19 jährlichen Nahostresolutionen der VN-GV fand die EU mit Ausnahme der Resolutionen zum „Syrischen Golan“, zum „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur „Abteilung für die Rechte der Palästinenser im Sekretariat“ zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten. Malta und Zypern stimmten als Mitglieder des Ausschusses wie bislang im Gegensatz zu den sich enthaltenden restlichen EU-Mitgliedstaaten für die beiden letzteren Resolutionen. Zypern stimmte auch für die Resolution zum „Syrischen Golan“, bei der sich die übrigen EU Mitgliedstaaten der Stimme enthielten. Bei der von der EU eingebrachten Resolution über die „Hilfe für die Palästinensische Bevölkerung“ konnte erneut ein Konsens aller VN-Mitgliedstaaten hergestellt werden. Es handelte sich dabei um die einzige im Konsens angenommene Nahostresolution. Die EU stimmte auch der vom Libanon eingebrachten Nachfolgeresolution zur gleichnamigen Resolution des Vorjahres „Ölteppich an der libanesischen Küste“ zu.

### 2.2. Abrüstung und internationale Sicherheit

Der VN-GS präsentierte im Oktober einen Fünf-Punkte-Plan für Abrüstung und setzte damit einen wichtigen Impuls für verstärkte Abrüstungsmaßnahmen, besonders im nuklearen Bereich.

Das **Erste Komitee** (Abrüstung und Internationale Sicherheit) war von der Erwartung einer Positionsänderung der USA nach den US-Präsidentenwahlen im November geprägt. Auf Initiative einer Kerngruppe von Staaten, darunter Österreich, wurde eine Resolution zur Streumunitionskonvention angenommen, durch die der VN-GS mit der Funktion des Depositors der Konvention betraut wird. Eine weitere Resolution wurde auf Initiative Australiens und der Republik Korea zur **Bekämpfung unerlaubter Waffenvermittlungsgeschäfte** angenommen. Eine Resolution zum Waffenhandelsvertrag fixierte den Tagungskalender einer Arbeitsgruppe, die inhaltliche Elemente eines zukünftigen Waffenhandelsvertrags erarbeiten soll. Auf Initiative der EU wurde eine Resolution zum Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Raketen angenommen, womit Österreichs Rolle als unmittelbare Kontaktstelle dieses Instruments gestärkt wurde. Die VN signalisierten durch ihren Hohen Repräsentanten für Abrüstung Sergio Duarte erstmals Interesse an einem VN-Verbindungsbüro für Abrüstung in Wien. Dadurch käme es zu einer weiteren Aufwertung des VN-Amtssitzes Wien als Kompetenzzentrum für internationale Sicherheit und zu einer besseren Vernetzung der Wiener und New Yorker Institutionen im Abrüstungsdiskurs. Österreich gab Erklärungen zum Verbot von Streumunition, zur Antipersonenminen-Verbotskonvention, zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus, zur Förderung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversu-

chen, zum Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Raketen und zur Stärkung des IAEO-Sicherheitskontrollsystems ab.

Das **3. Biennialstaatentreffen zur Umsetzung des VN-Aktionsprogramms gegen unerlaubte Kleinwaffen und leichte Waffen** im Juli stellte mit der Annahme eines Ergebnisdokuments einen ersten substanziellen Erfolg seit dem Bestehen des VN-Aktionsprogramms (2001) dar. Der Iran verhinderte eine Annahme des Abschlussdokuments im Konsens. Österreich unterstrich sein Engagement im Bereich der Kontrolle von KKW, besonders in Afrika.

Auf Initiative und unter Themenführerschaft Österreichs als Kovorsitz der Konferenz zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT fand im September ein **Ministertreffen zum CTBT** in New York statt, an dem erstmals der VN-GS teilnahm. Die angenommene Ministererklärung wurde von 96 Staaten unterstützt und spiegelt den positiven Trend bei den Ratifikationen wider.

### **2.3. Die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen**

Die VN-Abrüstungskommission (**UNDC**) beendete im April ihren dreijährigen Arbeitszyklus ohne substanzielles Ergebnis. Meinungsunterschiede in den beiden Arbeitsgruppen zu nuklearer Abrüstung/Nonproliferation und vertrauensbildenden Maßnahmen im Bereich konventioneller Waffen stellten sich als unüberbrückbar heraus. Trotz dieses ernüchternden Ergebnisses wurde die UNDC als einzig universelles beratendes Abrüstungsorgan bestätigt.

## **3. Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen**

Im Zentrum der Arbeit des **Zweiten Komitees** (Wirtschaft und Finanzen) stand die Vorbereitung der VN-Überprüfungskonferenz zur Finanzierung von Entwicklung in Doha (Katar) vom 29. November bis 2. Dezember. Die Konferenz nahm ein Abschlussdokument an, in welchem die Zusagen der internationalen Gemeinschaft über die Erhöhung ihrer Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bekräftigt werden. Darüber hinaus wird die steigende Bedeutung innovativer Finanzierungsinstrumente betont, eine stärkere Zusammenarbeit in Steuerfragen empfohlen, positiv auf den Aktionsplan von Accra zur Umsetzung der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit Bezug genommen sowie die Gleichheit der Geschlechter als Menschenrecht, Grundwert und Frage der sozialen Gerechtigkeit anerkannt.

Die Erörterungen des Zweiten Komitees zu Umwelt und Nachhaltigkeit konzentrierten sich auf die Herausforderungen des Klimawandels und die bevorstehenden Verhandlungen über ein umfassendes Klimaregime für die Zeit nach 2012. Trotz der hohen Aufmerksamkeit für dieses Thema konnte in den Verhandlungen über die Resolution zu Klimaschutz, Biodiversität, Reduzierung von Katastrophen, Wüstenbildung und erneuerbare Energien

*Die Generalversammlung der Vereinten Nationen*

nur mit Mühe Einigung über die Tragweite der Auswirkungen einer globalen Erwärmung für die Erreichung der MDG und die Dringlichkeit verbindlicher Gegenstrategien erzielt werden. Die diesbezüglichen Resolutionen wurden letztlich aber im Konsens angenommen.

#### **4. Menschenrechte**

Siehe Kapitel G.III.

#### **5. Drogenkontrolle und Verbrechenverhütung**

Siehe Kapitel H.II. und H.III.

#### **6. Sozialpolitik**

Die Themen der 46. Tagung der Kommission für Soziale Entwicklung (**CSocD**) in New York vom 6.–15. Februar waren Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, Mainstreaming von Behinderung in Entwicklungsstrategien sowie die Überprüfung der Umsetzung von Aktionsprogrammen für soziale Gruppen. Die CSocD nahm Resolutionen zu Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit sowie zur Überprüfung des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern, zur sozialen Dimension der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), zum Mandat der Sonderberichterstatterin für Menschen mit Behinderungen, zu Mainstreaming von Behinderung in die Entwicklungsagenda und zu den Arbeitsmethoden der Kommission an. Alle vom **Dritten Komitee** (soziale, humanitäre und kulturelle Fragen) behandelten Resolutionen zu Sozialthemen wurden vom Plenum der VN-GV im Konsens angenommen.

#### **7. Internationale Frauenfragen**

Siehe Kapitel G.III.2., G.III.3. und G.VII.2.

#### **8. Humanitäre Angelegenheiten**

Die VN-Mitgliedstaaten trugen mit 452,5 Millionen US-Dollar an freiwilligen Beiträgen zu CERF bei. Damit erreichte der Fonds sein vorgegebenes jährliches Finanzierungsziel von 450 Millionen US-Dollar für die unverzügliche Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen in humanitären Krisenfällen. Die hochrangige CERF-Konferenz vom 4. Dezember konnte rund 380 Millionen US-Dollar an Spendenzusagen für 2009 mobilisieren und blieb damit auf Grund der Weltwirtschaftslage und dem ungünstigen Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar hinter dem Ergebnis der Vor-



jahreskonferenz zurück. Zur österreichischen Beitragsleistung siehe Kapitel D.IV.2.7.

Alle humanitären Plenarresolutionen wurden im Konsens angenommen. Der 19. August wurde als Welttag für humanitäre Angelegenheiten bestimmt. Die EU beteiligte sich als Haupteinbringer bzw. Fazilitator der Resolutionsentwürfe zur Sicherheit humanitären Personals und zur Unterstützung der Palästinenser. Österreich unterstützte vier der sieben Plenarresolutionen als Miteinbringer.

## 9. Friedliche Nutzung des Weltraums

Die 51. Tagung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (**COPUOS**) fand vom 11.–20. Juni in Wien statt. In Weiterführung der bisherigen Schwerpunkte stand die Frage der Nutzung der Weltraumtechnologien für weitere Bereiche sowie die Relevanz von Weltraumanwendungen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich Nahrungssicherheit und Wasserwirtschaft sowie Zugang zu sauberem Trinkwasser im Mittelpunkt. Österreich begrüßte die Fortführung der Arbeiten der Plattform der VN für raumfahrtgestützte Informationen für Katastrophenmanagement und Notfallmaßnahmen (**UN-SPIDER**), einem Programm des in Wien angesiedelten Büros für Weltraumfragen (OOSA). Österreich finanzierte Arbeitstagungen von UN-SPIDER in Barbados und Fidschi, vor allem für ExpertInnen aus Entwicklungsländern. In Graz fand ein Symposium zur Nutzung von Weltraumtechnologie für die Beobachtung der Atmosphäre und der Landnutzung für nachhaltige Entwicklung statt.

## 10. Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Die Hauptthemen des **Fünften Komitees** (Verwaltungs- und Haushaltsfragen) waren Maßnahmen zur weiteren Umsetzung der am Weltgipfel 2005 beschlossenen Managementreform. Bei der Reform der Humanressourcen gab es bedeutende Fortschritte, beispielsweise die Vereinheitlichung der Personalverträge der VN und die Harmonisierung der Einsatzbedingungen für VN-Bedienstete im Feld. Darüber hinaus schloss die VN-GV die Reform des Systems der internen Rechtspflege mit der Annahme der Statuten der neuen Tribunale ab. Weiters einigte sich die VN-GV über die Umsetzung einer neuen Informationstechnologie-Strategie. Auf dem Gebiet der institutionellen Reform beschloss die VN-GV die Stärkung der Entwicklungsarchitektur der VN sowie der VN-Strukturen für präventive Diplomatie. Darüber hinaus wurde eine Stärkung des Büros für Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt.

Die VN-GV billigte zusätzliche Mittel für den **ordentlichen VN-Haushalt** für den Zeitraum 2008–2009 in der Höhe von 657,5 Millionen US-Dollar, wodurch sich die revidierten Ansätze auf 4,865 Milliarden US-Dollar belau-



*Die Generalversammlung der Vereinten Nationen*

fen. Der Hauptteil der Mehrkosten entfällt auf die Finanzierung der 27 politischen Missionen im Jahr 2009 sowie auf Anpassungen infolge von Inflation und Wechselkursschwankungen.

Der für **friedenserhaltende Operationen** beschlossene Jahreshaushalt von Juli 2008 bis Juni 2009 beträgt 7,04 Milliarden US-Dollar und liegt damit knapp über dem Vorjahreshaushalt. Zur besseren Planung und Betreuung der Operationen beschloss die VN-GV eine Verstärkung des Büros für militärische Angelegenheiten (OMA) in der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO). Darüber hinaus aktualisierte die VN-GV entsprechend den Empfehlungen der Überprüfungskonferenz für kontingenteigene Ausrüstung (COE) die Festsetzung der Kostenerstattung und nahm eine Anpassung der Refundierungssystematik vor.

## 11. Völkerrechtliche Fragen

Arbeitsschwerpunkte des **Sechsten Komitees** (Völkerrechtskomitee) waren die jährliche Völkerrechtswoche, die rechtlichen Fragen der Reform der internen Rechtspflege der VN sowie die Themen Rechtsstaatlichkeit, Terrorismus und strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN. Weiters beschäftigte sich das Sechste Komitee mit den Berichten der Kommission der VN für internationales Handelsrecht (**UNCITRAL**), dessen Resolutionen von Österreich koordiniert werden, und des Charta- und Sitzstaatkomitees. Am 4. und 5. September fand in der VN-GV die erste formelle Überprüfung der Umsetzung der globalen Terrorismusstrategie der VN statt.

### 11.1. Völkerrechtswoche

Bei der auf einem österreichischen Vorschlag beruhenden Völkerrechtswoche trafen vom 27.–31. Oktober RechtsberaterInnen zur Erörterung völkerrechtlicher Themen im Sechsten Komitee zusammen. Im Mittelpunkt stand die Erörterung des **Berichts der Völkerrechtskommission** zu den aktuellen Fragen des Völkerrechts wie die Verantwortlichkeit von internationalen Organisationen, die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Verträge, Vertragsvorbehalte, Ausweisung, die Verpflichtung zur Auslieferung oder Strafverfolgung sowie geteilte natürliche Ressourcen. Im Rahmen der österreichisch-schwedischen Initiative zur Revitalisierung des Sechsten Komitees fand erneut eine als interaktiver Dialog gestaltete Sitzung mit Spezialbericht-erstatte(r)Innen der Völkerrechtskommission statt.

### 11.2. Reform des Systems der Rechtspflege der Vereinten Nationen

Einen Schwerpunkt stellten die Verhandlungen über rechtliche Fragen der Statuten für die beiden Gerichtsinstanzen des neuen Systems der VN-

Rechtspflege dar, wobei Österreichs Forderungen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit verankert wurden: Recht auf effektiven Rechtsschutz, Recht auf gleichen Zugang des VN-Personals und der so genannte Zwei-Stufen-Ansatz betreffend den personellen Anwendungsbereich. Die Verhandlungen über die finanziellen Fragen wurden im Fünften Komitee abgeschlossen.

### **11.3. Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“)**

Die Erörterungen zum Tagesordnungspunkt „Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene“ wurden auf Grundlage des vom VN-Sekretariat erstellten **Inventars** über alle Aktivitäten des VN-Systems zum Thema Rechtsstaatlichkeit sowie des **Berichts der Einheit für Rechtsstaatlichkeit** über die Stärkung und Koordinierung dieser Aktivitäten geführt. Auf österreichische Initiative ruft die VN-GV mit Resolution 63/119 zu einer raschen Behandlung des Budgetberichts zur Unterstützung der Einheit auf. Das Thema für die 64. VN-GV wird „Stärkung der Herrschaft des Rechts auf internationaler Ebene“ lauten und sich auf österreichischen Vorschlag mit der Frage der Stärkung eines auf Regeln basierenden internationalen Systems beschäftigen. Der im April präsentierte österreichische **Abschlussbericht „The UN Security Council and the Rule of Law“**, der in alle VN-Amtssprachen übersetzt und als VN-Dokument zirkuliert wurde, wird neben dem Jahresbericht des VN-GS eine wichtige Diskussionsgrundlage darstellen.

### **11.4. Terrorismus**

Siehe Kapitel H.III.

### **11.5. Weitere Themen**

Beim Thema Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Bediensteten der VN und Sachverständigen im Auftrag der VN besteht hinsichtlich der Ausarbeitung einer Konvention weiter keine Einigkeit. Als kurzfristige Maßnahme nahm die VN-GV Resolution 63/119 an, in der die Staaten erneut aufgefordert werden, ihre Jurisdiktion über schwere Straftaten zu begründen, die von ihren Staatsangehörigen als VN-Bedienstete oder Sachverständige verübt wurden.

Weiters nahm die VN-GV Resolutionen über die Berichte des Charta- und Sitzstaatskomitees, den Schutz diplomatischer und konsularischer Missionen und die Genfer Zusatzprotokolle an. Ferner präsentierten die Präsidenten des IGH, des IstGH und der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und für Ruanda (ICTR) der VN-GV ihre jährlichen Berichte; die jährliche Seerechts- und Fischereiresolution wurde angenommen.

### **III. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen**

#### **1. Einleitung**

Neben den fünf ständigen Mitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA gehörten dem Sicherheitsrat der VN (**VN-SR**) Belgien, Burkina Faso, Costa Rica, Indonesien, Italien, Kroatien, Libyen, Panama, Südafrika und Vietnam an. Für die Ende des Jahres ausscheidenden nicht-ständigen Mitglieder Belgien, Italien, Indonesien, Südafrika und Panama wählte die 63. VN-GV Japan, Mexiko, Österreich, die Türkei und Uganda. Für Österreich ist dies nach 1973–74 und 1991–92 die dritte Mitgliedschaft im VN-SR.

Auf Initiative von Burkina Faso erörterte der VN-SR am 23. September in einer thematischen Debatte zu „Mediation und Konfliktbeilegung“ die Bedeutung von Vermittlungsbemühungen als Mittel zur friedlichen Streitbeilegung. Unter dem Vorsitz Costa Ricas erörterte der VN-SR am 19. November in einer thematischen Debatte zum Thema „Stärkung kollektiver Sicherheit durch Rüstungskontrolle und Abrüstung“ die Notwendigkeit reduzierter Militärausgaben zugunsten der Entwicklungshilfe. Österreich nahm an den Debatten über KLV, den Schutz von ZivilistInnen in Konflikten, den Schutz von Kindern in Konflikten sowie über die Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR zu „Frauen, Frieden und Sicherheit“ teil. Österreich beteiligte sich auch an der Debatte über die Arbeitsmethoden des VN-SR. Die EU setzte ihre enge Zusammenarbeit mit dem VN-SR durch EUFOR Tchad/RCA zur Unterstützung von und Vorbereitung der Übergabe an MINURCAT fort (siehe Kapitel A.VI.1.2.1.).

#### **2. Die Reformdebatte**

Die Debatte über eine Reform des VN-SR läuft seit mehreren Jahren. Hauptgegenstand sind die Erweiterung des VN-SR und die Verbesserung seiner Arbeitsmethoden. Trotz weitgehender Zustimmung zu den unterbreiteten Vorschlägen im Bereich der Arbeitsmethoden verhinderte die fortbestehende Uneinigkeit der VN-Mitgliedstaaten in der Frage der Erweiterung konkrete Reformschritte. Auch betreffend einer möglichen „Zwischenlösung“, die eine neue Kategorie von „längerfristigen Mitgliedern“ umfassen könnte, wurde bislang keine Einigung erzielt. Die Mitgliedstaaten einigten sich jedoch auf den Beginn formeller Verhandlungen im Februar 2009.

#### **3. Tätigkeit des Sicherheitsrates**

##### **3.1. Naher Osten**

Mit der Annahme von Resolution 1850 (2008) erklärte der VN-SR am 16. Dezember seine Unterstützung für die in Annapolis begonnenen israelisch-

palästinensischen Verhandlungen, mahnte die Einhaltung der „Roadmap-Verpflichtungen“ beider Parteien sowie verstärkte diplomatische Anstrengungen zur gegenseitigen Anerkennung und friedlichen Koexistenz aller Staaten in der Region ein (siehe Kapitel A.VI.7.1.).

Vor dem Hintergrund einer Anschlagsserie und dem Ringen um eine Beendigung des Machtvakuumms an der Staatsspitze nahm der VN-SR eine Reihe von Presseerklärungen, Vorsitzerkklärungen und Resolutionen zum Libanon an. Während die Lage im Südlibanon nach der Stationierung der Interimskräfte der VN im Libanon (**UNIFIL**) von einer gespannten Ruhe geprägt blieb, gab es angesichts anhaltender Berichte über Waffenschmuggel über die syrische Grenze in den Libanon, israelischer Überflüge, der israelischen Besetzung von Ghajar und von Gebietsstreitigkeiten um die Shebaa Farmen kaum Fortschritte in Richtung eines dauerhaften Waffenstillstands zwischen Israel und dem Libanon. In einer Vorsitzerkklärung begrüßte der VN-SR am 22. Mai die unter Vermittlung der Liga der Arabischen Staaten in Doha (Katar) erzielte Einigung über die Wahl eines Staatspräsidenten, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und andere Modalitäten einer nationalen Aussöhnung. Mit der einstimmigen Annahme von Resolution 1823 (2008) am 27. August verlängerte der VN-SR das Mandat von UNIFIL um ein weiteres Jahr bis 31. August 2009. Im Juni folgte der Belgier Johan Verbeke zunächst Geir Pedersen im Amt des VN-Sonderkoordinators für den Libanon nach, im August wurde er nach seiner Ernennung zum VN-Sondergesandten für Georgien durch den Briten Michael Williams abgelöst.

Daniel Bellemare, der Leiter der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission (**IIC**) zur Unterstützung der libanesischen Behörden bei der Untersuchung des Bombenanschlags auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri im Jahr 2005 und künftiger Chefankläger des Sondertribunals, berichtete dem VN-SR vierteljährlich über die Fortschritte der Kommission. Das Mandat der IIC wurde mit Resolution 1852 (2008) am 16. Dezember bis 28. Februar 2009 verlängert, um IIC die Fortsetzung der Ermittlungsarbeit und einen nahtlosen Übergang zur Aufnahme der Arbeiten des Sondertribunals in Den Haag zum 1. März 2009 zu ermöglichen.

### **3.2. Irak**

Der Leiter der Hilfsmission der VN für den Irak (**UNAMI**) und Sonderbeauftragte des VN-GS Staffan de Mistura und die USA unterrichteten den VN-SR vierteljährlich über die Lage im Irak. Angesichts der sich verbessernden Sicherheitslage konnten die VN ihre Präsenz im Irak ausdehnen und konzentrierten ihre Anstrengungen auf die Förderung der nationalen Versöhnung, die Vorbereitung der für 2009 bevorstehenden Wahlen und die Verbesserung des Menschenrechtsschutzes. Die Bedeutung des Internationalen Pakts mit dem Irak (**ICI**) wurde von allen Mitgliedstaaten des VN-SR anerkannt. Am 7. August verlängerte der VN-SR mit Resolution 1830 (2008) das Mandat

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*

von UNAMI um zwölf Monate. Am 22. Dezember verlängerte der VN-SR mit Resolution 1859 (2008) die Mandate des Entwicklungsfonds für den Irak (**DFI**) und des Internationalen Überwachungsbeirats (**IAMB**) bis 31. Dezember 2009, wobei diese Mandate bis zum 15. Juni 2009 einer Überprüfung unterzogen werden. Das Mandat der Multinationalen Truppe (**MNF**) im Irak endete mit 31. Dezember und wurde durch ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen (SOFA) ersetzt, welches die militärische Präsenz der USA im Irak nach Ablauf des VN-Mandats der MNF regelt.

### 3.3. Iran

Der Konflikt um das **iranische Atomprogramm** dauerte an. Der VN-SR verschärfte das Sanktionenregime, da der Iran den bisherigen Forderungen des VN-SR, vor allem nach Aussetzung aller Tätigkeiten im Bereich der Anreicherung und der Wiederaufbereitung, gemäß den Resolutionen 1696 (2006), 1737 (2006) und 1747 (2007) nicht nachkam. Mit der am 3. März mit 14 Stimmen und einer Enthaltung (Indonesien) angenommenen Resolution 1803 (2008) legt der VN-SR allen VN-Mitgliedstaaten umfassende Verpflichtungen auf, vor allem betreffend die Ein- und Durchreise von in das iranische Nuklearprogramm involvierten Personen, die Vergabe von Exportkrediten, Garantien und Versicherungen an mit Iran Handel treibende Staatsangehörige bzw. Institutionen sowie die Untersuchung der Ladungen bestimmter iranischer Transportunternehmen bei begründetem Verdacht samt Meldepflicht an den VN-SR. Der Iran wies diese Resolution umgehend als „illegalen Akt“ des VN-SR zurück und weigerte sich, die Forderungen des VN-SR umzusetzen. Vor dem Hintergrund des Georgienkriegs und der Spannungen zwischen den USA und Russland kam der Annahme von Resolution 1835 (2008) des VN-SR am 27. September im Konsens, mit welcher die umgehende Umsetzung der bisherigen Forderungen des VN-SR durch den Iran gefordert wurde, besondere Bedeutung zu.

### 3.4. Afghanistan

Anfang März wurde der Norweger Kai Eide zum Sonderbeauftragten des VN-GS und Leiter der Hilfsmision der VN in Afghanistan (**UNAMA**) ernannt. Mit Resolution 1806 (2008) verlängerte der VN-SR am 20. März das Mandat von UNAMA um weitere zwölf Monate. Der VN-SR erkannte darin UNAMA eine erweiterte Koordinationsfunktion sowie eine unterstützende Rolle zur Förderung der nationalen Versöhnung zu. Am 11. Juni nahm der VN-SR mit Resolution 1817 (2008) erstmals eine Resolution zur speziellen Problematik der chemischen Vorläuferstoffe für die Heroinproduktion in Afghanistan an. Der VN-SR verwies darin auf die bestehenden Verbindungen zwischen internationaler Sicherheit, Terrorismus, organisierter Kriminalität, Geldwäsche, Drogen- und Waffenhandel. Das Mandat der Internationalen Sicherheitsbeistandstruppe (**ISAF**) wurde mit

Resolution 1833 (2008) am 22. September um zwölf Monate verlängert. Im Zeitraum vom 21.–28. November unternahm der VN-SR eine Reise nach Afghanistan zur Bekräftigung seiner Unterstützung für den Prozess des Wiederaufbaus und der Friedenskonsolidierung und zur Überprüfung der Fortschritte der afghanischen Regierung in den Bereichen Sicherheit, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Drogenbekämpfung.

### **3.5. Nepal**

Mit der Annahme von Resolution 1796 (2008) verlängerte der VN-SR am 23. Jänner die Mission der VN in Nepal (**UNMIN**) für einen Zeitraum von sechs Monaten. Zu den Hauptaufgaben der Mission zählten im Einklang mit den Bestimmungen des Umfassenden Friedensabkommens die Überwachung des Umgangs mit den Waffen und des bewaffneten Personals beider Seiten sowie die Hilfe bei der Vorbereitung der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 10. April. Mit Resolution 1825 (2008) wurde UNMIN auf Ersuchen der nepalesischen Regierung nochmals für einen Zeitraum von sechs Monaten verlängert. Die Fortführung von UNMIN erfolgte in erheblich reduziertem Format. Im zweiten Halbjahr wurde aber deutlich, dass nicht genügend Fortschritte bei der Reform des Sicherheitssektors erzielt werden konnten, um UNMIN wie vorgesehen mit dem Auslaufen des Mandats im Jänner 2009 beenden zu können. Im Dezember ersuchte daher Nepal um neuerliche Verlängerung von UNMIN in weiter reduziertem Format um sechs Monate. Österreich war bis Ende Juli mit zwei Militärbeobachtern beteiligt.

### **3.6. Myanmar**

Im Verlauf des Jahres trat der VN-SR vier Mal zu Konsultationen mit dem Sonderberater des VN-GS zu Myanmar Ibrahim Gambari zusammen. Anlässlich der ersten Konsultationsrunde am 17. Jänner nahm der VN-SR eine kurze Presseerklärung an, in der die Vorsitzzerklärung zu Myanmar vom 11. Oktober 2007 bekräftigt wurde und die nur langsamen Fortschritte bei der Umsetzung der darin getätigten Forderungen beklagt wurden. Am 2. Mai nahm der VN-SR im Hinblick auf das Referendum über den Verfassungsentwurf am 10. Mai eine Vorsitzzerklärung mit der Aufforderung an die Regierung von Myanmar an, Bedingungen und ein Klima zu schaffen, die einem alle Seiten einschließenden und glaubwürdigen Prozess förderlich sind. Infolge der weitreichenden Zerstörungen durch den Zyklon Nargis im Mai konzentrierte sich die internationale Aufmerksamkeit für mehrere Monate auf die humanitäre Notlage. VN-GS Ban Ki-moon besuchte vom 22.–24. Mai Myanmar und leitete am 24. Mai eine von den VN und ASEAN organisierte Geberkonferenz für die Opfer der Katastrophe (siehe auch Kapitel D.IV.1.).

### **3.7. Timor-Leste**

In Reaktion auf die Attentate auf Präsident José Ramos-Horta und Premierminister Xanana Gusmão nahm der VN-SR am 11. Februar eine Vorsitzzerklärung zur Situation in Timor-Leste an, in der die Attentate auf das Schärfste verurteilt und alle Parteien zur friedlichen Konfliktlösung im Rahmen demokratischer Institutionen aufgefordert werden (siehe auch Kapitel A.VI.11.1.3.). Am 25. Februar verlängerte der VN-SR mit Resolution 1802 (2008) das Mandat der Integrierten Mission der VN in Timor-Leste (**UNMIT**) für zwölf Monate. Er folgte damit der Forderung des VN-GS und der Bitte der Regierung von Timor-Leste, durch die Verlängerung der Mission ein Zeichen der langfristigen Unterstützung für das Land zu setzen.

### **3.8. Kosovo**

Siehe Kapitel A.VI.3.1.3.

### **3.9. Bosnien und Herzegowina**

Siehe Kapitel A.VI.3.1.5.

### **3.10. Georgien**

Die Behandlung des georgisch-abchasischen Konflikts durch den VN-SR war von einer Verschlechterung der Sicherheitslage vor Ort gekennzeichnet. Die Annahme einer Resolution zum Konflikt zwischen Russland und Georgien im August scheiterte nach langwierigen Verhandlungen an unüberbrückbaren Positionen zwischen Russland und den westlichen Mitgliedstaaten des VN-SR, deren Forderung nach einem Verweis auf die territoriale Integrität Georgiens für Russland nach dessen Anerkennung von Abchasien und Südossetien endgültig unannehmbar wurde. Mit der am 9. Oktober einstimmig angenommenen Resolution 1839 (2008) beschloss der VN-SR eine Verlängerung der Beobachtermission der VN in Georgien (**UNOMIG**) für vier Monate bis 15. Februar 2009. Über Fragen wie eine Namensänderung der Mission, die auf Wunsch Russlands die veränderte Situation nach der Unabhängigkeitserklärung Abchasiens widerspiegeln soll, sowie über Anpassungen der Aufgaben der Mission konnte im VN-SR jedoch keine Einigung erzielt werden.

### **3.11. Zypern**

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Erklärung vom 21. März nahmen die beiden Volksgruppenführer Dimitris Christofias und Mehmet Ali Talat am 3. September Direktgespräche zur Lösung der Zypernfrage auf. Zur Unterstützung dieses Prozesses bestellte VN-GS Ban Ki-moon am 14. Juli Alexander Downer zum Sonderberater. Untergeneralsekretär Lynn Pascoe und der



neu bestellte Sonderbeauftragte des VN-GS für Zypern Tayé-Brook Zerihoun berichteten dem VN-SR im Juni und im Dezember über die Fortschritte in den Verhandlungen. Der VN-SR begrüßte die Aufnahme von Direktverhandlungen und unterstrich die Bedeutung vertrauensbildender Maßnahmen für die Erzielung weiterer Fortschritte. Am 12. Dezember nahm der VN-SR einstimmig Resolution 1847 (2008) zur Verlängerung des Mandats der Friedenstruppe der VN in Zypern (**UNFICYP**) um sechs Monate bis 15. Juni 2009 an.

### 3.12. Haiti

Der VN-SR nahm am 14. Oktober einstimmig Resolution 1840 (2008) an, mit der das Mandat der Stabilisierungsmission der VN in Haiti (**MINUSTAH**) um ein Jahr verlängert und konkretisiert sowie die Militär- und Polizeistärke der Mission beibehalten wurde. In dieser Resolution anerkennt der VN-SR, dass die Naturkatastrophen und der Preisanstieg von Lebensmitteln, von denen Haiti besonders betroffen war, die langfristige Stabilität und Sicherheit in Haiti beeinträchtigt habe. Der VN-SR lud die VN-Mitgliedstaaten ein, mit MINUSTAH gegen den unerlaubten Handel von Menschen, Drogen und Waffen zusammenzuarbeiten und verurteilte die Gewalttaten gegen Kinder, einschließlich sexueller Gewalt gegen Mädchen.

### 3.13. Afrika

Die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent bestimmten den Großteil der Arbeit des VN-SR. Der überwiegende Teil aller SoldatInnen, PolizistInnen und ZivilistInnen in friedenserhaltenden Missionen sind in Afrika im Einsatz. Eine der beiden Reisen des VN-SR führte nach Dschibuti, in den Sudan, Tschad, Demokratische Republik Kongo und Côte d'Ivoire.

#### 3.13.1. Sudan

Der Sudan nahm eine zentrale Stellung in den Beratungen des VN-SR ein. Die humanitäre Situation und die Sicherheitslage blieben schwierig. Das Mandat des Hybriden Einsatzes der AU und der VN in Darfur (**UNAMID**) wurde mit Resolution 1828 (2008) um zwölf Monate bis 31. Juli 2009 verlängert. Die Umsetzung des Mandats bereitet wegen des grenzübergreifenden Konflikts mit dem Tschad, der fehlenden Unterstützung der sudanesischen Regierung sowie der noch nicht erreichten Zahl und Einsatzfähigkeit der autorisierten Truppen weiterhin Schwierigkeiten.

Am 3. Dezember präsentierte der Chefankläger des **ISTGH** Luis Moreno-Ocampo seinen achten halbjährlichen Bericht gemäß Resolution 1593 (2005) des VN-SR zum Stand des Ermittlungsverfahrens bezüglich der Situation in Sudan/Darfur. Die Entscheidung der Vorverfahrenskammer über den Antrag



*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*

auf Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir wird für Anfang 2009 erwartet.

Der VN-SR verlängerte am 30. April mit Resolution 1812 (2008) das Mandat der Mission der VN im Sudan (**UNMIS**) um ein weiteres Jahr. Im Rahmen des bestehenden Mandats dehnte der VN-SR die Zuständigkeiten von UNMIS auch auf die Unterstützung der Parteien bei der Lösung des Grenzkonflikts in Abyei, Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung (DD&R), Herrschaft des Rechts, Polizei- und Justizreform, Vorbereitung der Wahlen, Konfliktmanagement, humanitäre Hilfe sowie Rückkehr von Flüchtlingen aus.

### 3.13.2. Tschad/Zentralafrikanische Republik

Die Sicherheitslage in der Grenzregion des Tschads mit der Zentralafrikanischen Republik blieb angespannt. Die Verlängerung des Mandats der Mission der VN in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad (**MINURCAT**) wurde am 24. September einstimmig mit Resolution 1834 (2008) bis 15. März 2009 beschlossen. Der VN-SR bekundete ferner seine Absicht, MINURCAT über den 15. März hinaus verlängern und mit einer militärischen Komponente ergänzen zu wollen, welche die ESVP-Operation EUFOR Tchad/RCA ablöst (siehe Kapitel A.VI.1.2.1.). In seinem Bericht vom 4. Dezember präsentierte der VN-GS seine diesbezüglichen Empfehlungen: Das Mandat soll weitgehend gleich bleiben und weiterhin primär den Schutz von Zivilisten beinhalten. Als Truppenstärke werden 4.900 Personen vorgeschlagen. Das Mandat des Büros der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik (**BONUCA**) wurde im Dezember um ein weiteres Jahr bis Ende 2009 verlängert.

### 3.13.3. Äthiopien und Eritrea

Siehe Kapitel A.VI.10.2.1.

### 3.13.4. Somalia

Der VN-SR genehmigte am 20. Februar mit Resolution 1801 (2008) die Mission der AU in Somalia (**AMISOM**), deren Mandat mit Resolution 1831 (2008) am 19. August um sechs Monate verlängert wurde. Diese Mission erreichte mit vier ugandischen und burundischen Bataillonen bis Jahresende nicht die vorgesehene Truppenstärke von 8.000 Personen.

Der VN-SR weitete am 20. November mit Resolution 1844 (2008) die **Sanktionen** gegen Somalia aus, die sich bisher auf ein Waffenembargo beschränkten.

Der VN-SR autorisierte mit Resolution 1816 (2008) bzw. 1846 (2008) Maßnahmen gegen die **Piraterie** vor der Küste von Somalia für jeweils sechs Monate. Resolution 1851 (2008) autorisiert darüber hinaus die Bekämpfung der Piraten auf somalischem Festland (siehe auch Kapitel A.VI.1.2.1.).

### 3.13.5. Burundi

Der VN-SR verlängerte mit Resolution 1858 (2008) vom 22. Dezember das Mandat des Integrierten Büros der VN in Burundi (**BINUB**) um ein Jahr bis 31. Dezember 2009. Der VN-SR begrüßte das zwischen der Regierung von Burundi und den „Nationalen Befreiungskräften“ (Palipehutu-FNL) am 4. Dezember erreichte Abkommen und rief die Parteien zur raschen Umsetzung auf. Die Regierung von Burundi wurde ermutigt, die notwendigen Maßnahmen für die Abhaltung von freien, fairen und friedlichen Wahlen 2010 zu setzen sowie ihre Bemühungen zur Einhaltung der Menschenrechte zu verstärken. Die Palipehutu-FNL wurden aufgerufen, mit der Regierung, dem Gemeinsamen Verifizierungs- und Überwachungsmechanismus und anderen Partnern zusammenzuarbeiten, um den Demobilisierungs- und Reintegrationsprozess ihrer Mitglieder vollständig umzusetzen. Des Weiteren wurden diese und andere Milizen aufgefordert, alle Kindersoldaten sofort freizulassen.

### 3.13.6. Demokratische Republik Kongo

Als Reaktion auf die dramatische Verschlechterung der humanitären Lage im Ostkongo infolge der Wiederaufnahme von Auseinandersetzungen zwischen der Rebellengruppe „Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes“ (CNDP) und der Regierungsarmee „Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo“ (FARDC) im August beschloss der VN-SR am 20. November mit Resolution 1843 (2008) einstimmig, die Mission der VN in der Demokratischen Republik Kongo (**MONUC**) um rund 3.000 Personen aufzustocken. Der ehemalige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo wurde vom VN-GS am 3. November zum Sondergesandten für die Große-Seen-Region ernannt und nahm kurz darauf seine Vermittlungsbemühungen zwischen der Regierung der Demokratischen Republik Kongo und CNDP auf. Am 22. Dezember beschloss der VN-SR mit Resolution 1856 (2008) einstimmig die Verlängerung des Mandats von MONUC um zwölf Monate und bezeichnete den Schutz der Zivilbevölkerung als erste Priorität.

Am 31. März verlängerte der VN-SR in Resolution 1807 (2008) das **Sanktionenregime** zur Demokratischen Republik Kongo bis 31. Dezember und hob darin das Waffenembargo gegen die Regierung auf. Des Weiteren wurde der Anwendungsbereich von individuellen Sanktionen auf Personen ausgeweitet, die schwere, insbesondere gegen Frauen gerichtete Völkerrechtsverletzungen begehen. Die bestehenden Sanktionen wurden am 22. Dezember mit Resolution 1857 (2008) bis 30. November 2009 verlängert und auf Personen erweitert, die Milizen im Ostkongo durch unerlaubten Rohstoffhandel unterstützen und den Zugang von humanitärer Hilfe im Ostkongo behindern.

### 3.13.7. Côte d'Ivoire

Mit den Resolutionen 1795 (2008) und 1826 (2008) verlängerte der VN-SR das Mandat der Operation der VN in Côte d'Ivoire (**UNOCI**) um jeweils

*Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*

sechs Monate, zuletzt bis 31. Jänner 2009. Trotz der vergleichsweise stabilen Sicherheitslage zeigte sich der VN-SR im November besorgt über die erneute Verschiebung der Präsidentenwahlen, stellt doch die Durchführung von freien und fairen Wahlen ein wesentliches Element des Friedensabkommens von Ouagadougou vom März 2007 dar.

Mit Resolution 1842 (2008) verlängerte der VN-SR am 29. Oktober die **Sanktionen** betreffend Rüstungsgüter und Diamantenhandel in Côte d'Ivoire bis zum 31. Oktober 2009.

### 3.13.8. Liberia

Der VN-SR verlängerte am 29. September mit Resolution 1836 (2008) das Mandat der Mission der VN in Liberia (**UNMIL**) bis 30. September 2009. Als Reaktion auf die verbesserte und nunmehr als stabil bezeichnete Sicherheitslage sowie auf Empfehlung des VN-GS reduzierte der VN-SR die Truppenstärke um weitere 1.460 Personen und verstärkte gleichzeitig die Polizeikomponente von UNMIL um 240 Personen. Empfehlungen zur weiteren Truppenverringering sollen vom VN-GS bis 15. Feber 2009 ausgearbeitet werden.

Mit Resolution 1854 (2008) vom 19. Dezember verlängerte der VN-SR das Waffenembargo gegen Liberia sowie das Reiseverbot und das Einfrieren von Vermögenswerten von Personen aus dem Umkreis von Charles Taylor um weitere zwölf Monate.

### 3.13.9. Sierra Leone

Resolution 1829 (2008) des VN-SR vom 4. August schuf mit 1. Oktober ein Integriertes Büro der VN für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone (**UNIPSIL**) und beendete gleichzeitig das Mandat des bisherigen Integrierten Büros der VN in Sierra Leone (**UNIOSIL**). Das Mandat der neuen Mission läuft zwölf Monate. Die Mission soll die Regierung von Sierra Leone bei Konfliktlösungen, bei der Förderung der Menschenrechte und bei Reformen im Bereich Gute Regierungsführung unterstützen.

### 3.13.10. Guinea-Bissau

Der VN-GS würdigte in seinem Bericht vom 2. Dezember die Bemühungen der Regierung von Guinea-Bissau um Abhaltung von fairen Wahlen, zeigte sich aber besorgt über die wachsende Bedeutung des Drogenhandels im Land, der zu einer Verschärfung der Korruption und zu einer Schwächung der staatlichen Einrichtungen beitrage. Der VN-GS rief die internationale Gemeinschaft auf, Guinea-Bissau beim Aufbau nationaler Strukturen zur Bekämpfung des Drogenhandels zu unterstützen. Der VN-SR verlängerte das Mandat des Büros der VN zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (**UNOGBIS**) bis Ende Juni 2009 und beauftragte den VN-GS,

bis zu diesem Zeitpunkt Vorschläge zur Umwandlung von UNOGBIS in ein integriertes Büro vorzulegen.

#### 3.13.11. Westsahara

Das Mandat der Mission der VN für das Referendum in Westsahara (**MINURSO**) wurde mit Resolution 1813 (2008) vom 30. April um zwölf Monate verlängert. Der Vertrag des Persönlichen Gesandten des VN-GS Peter van Walsum lief mit 21. August aus. Bis Jahresende wurde noch kein Nachfolger ernannt.

## 4. Friedenserhaltende Operationen

Zu Beginn des Jahres bestanden 18 friedenserhaltende Operationen der VN, für die 119 Staaten Personal stellten. Zwei Einsätze wurden beendet, in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) und Sierra Leone (UNIOSIL). Im Kosovo übergab UNMIK mit 9. Dezember alle Aufgaben im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und damit auch die Polizeiaufgaben an die neu geschaffene EULEX KOSOVO. Weiters beschloss der VN-SR, die auslaufende ESVP-Operation EUFOR Tchad/RCA durch eine militärische Komponente im Rahmen von MINURCAT abzulösen. Die Gesamtstärke des entsandten Militär- und Polizeipersonals betrug mit Jahresende 91.712 Personen (31. Dezember 2007: 84.309). Die größten Operationen waren MONUC (18.422 Personen), UNAMID (15.136 Personen), UNIFIL (12.435 Personen) und UNMIL (11.853 Personen). Der Trend aus den Vorjahren, demzufolge die stärksten Personalbeiträge aus Staaten Asiens und Afrikas kommen, setzte sich fort. Vor allem bei den friedenserhaltenden Operationen in Afrika besteht weiterhin hoher Bedarf an bewaffneten Truppen mit entsprechender Schutzausrüstung.

Der **Sonderausschuss für friedenserhaltende Operationen** beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Implementierung der im Vorjahr beschlossenen Reorganisation des VN-Sekretariats im Bereich der friedenserhaltenden Operationen. Neben den Bereichen Sicherheit des VN-Personals, Verbesserung der Kapazität der VN und der afrikanischen Kapazität für friedenserhaltende Operationen sowie Zusammenarbeit der VN mit regionalen Organisationen, insbesondere mit der AU, beschäftigte sich der Ausschuss mit friedenskonsolidierenden Maßnahmen in Postkonflikt-Situationen. Österreich setzte sich vorrangig für die Verbesserung der Sicherheit des Personals in friedenserhaltenden Operationen, für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Rahmen von Untersuchungen sowie für einen besseren Informationsaustausch zwischen den VN, Truppenstellern und den jeweiligen Parteien ein.

Zu Jahresende standen 401 ÖsterreicherInnen (388 SoldatInnen, 10 MilitärbeobachterInnen und 3 ExekutivbeamtenInnen) in sechs friedenserhaltenden Operationen der VN sowie 669 SoldatInnen in den vom VN-SR genehmigten Streitkräften im Kosovo (KFOR) im Einsatz. An der vom VN-SR autorisier-

*Die Kommission für Friedenskonsolidierung*

ten ISAF in Afghanistan nahmen zwei, an der EU-geführten Operation in Bosnien und Herzegowina (EUFOR-Althea) 114 sowie an der EU-geführten Operation in der Zentralafrikanischen Republik und dem Tschad (EUFOR Tchad/RCA) 162 ÖsterreicherInnen teil. In den VN-geführten Missionen und Friedenseinsätzen leistete Österreich zu Jahresende unter den Ländern der EU nach Italien, Frankreich, Spanien und Polen den fünftgrößten Personalbeitrag. Insgesamt nahm Österreich Platz 34 unter den 119 Truppenstellern der VN ein.

## **IV. Die Kommission für Friedenskonsolidierung**

Die Kommission für Friedenskonsolidierung (**PBC**) wurde als gemeinsames Unterorgan der VN-GV und des VN-SR am 20. Dezember 2005 gegründet und nimmt dadurch eine Sonderstellung im VN-System ein. Der Schaffung der PBC lag die Absicht zu Grunde, den Rückfall von Staaten, die gerade einen bewaffneten Konflikt durchlaufen hatten, in einen neuen Konflikt zu verhindern und die oftmals feststellbare Lücke zwischen dem Ende einer friedenserhaltenden Operation und dem Wirksamwerden von Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit überbrücken zu helfen.

Die PBC beendete am 23. Juni ihre zweite Sitzungsperiode und nahm ihren zweiten Jahresbericht an. Unmittelbar im Anschluss wurde ihre dritte Sitzungsperiode eröffnet. Die PBC schloss ihre Arbeit in den länderspezifischen Formaten mit der halbjährlichen Überprüfung des strategischen Rahmenplans für die Friedenskonsolidierung in Burundi und des Kooperationsrahmens für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone ab. Der strategische Rahmenplan für die Friedenskonsolidierung in Guinea Bissau wurde im Oktober angenommen. Im Juni wurde darüber hinaus die Zentralafrikanische Republik auf die Tagesordnung der PBC gesetzt. Insbesondere durch die Länderbesuche der PBC und die systematischere Einbindung der VN vor Ort sowie der Gebervertreter konnte die PBC im zweiten Jahr einen pragmatischeren, ergebnisorientierteren Ansatz entwickeln.

## **V. Der Wirtschafts- und Sozialrat**

### **1. Allgemeiner Teil**

Die Arbeitstagung des Wirtschafts- und Sozialrates (**ECOSOC**) fand vom 30. Juni bis 24. Juli in New York statt. Österreich war im Zeitraum 2006–2008 Mitglied des ECOSOC. Thema des Tagungsteils auf hoher Ebene war die nachhaltige Entwicklung. In diesem Rahmen fand erstmals eine Sitzung des Forums für Entwicklungszusammenarbeit statt. Diskutiert wurden Schlüsselfragen der Entwicklungszusammenarbeit wie Harmonisierung von Geberpraktiken, Ausrichtung von Partnersystemen, Wirkungsorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht. In einer Ministererklärung empfahlen die

Mitgliedstaaten verstärkte Investitionen in die Landwirtschaft, die Entwicklung sauberer und erschwinglicher Energietechnologien, eine Verbesserung der Handels- und makroökonomischen Politiken sowie eine konsequente Nachhaltigkeit der Entwicklungspolitik.

Im Tagungsteil für Koordinierungsfragen lag der Schwerpunkt auf der Rolle des VN-Systems im Kampf gegen extreme Armut und Hunger. Im Tagungsteil für operative Entwicklungsaktivitäten wurde die Implementierung von Resolutionen und Beschlüssen des ECOSOC durch das VN-System erörtert. Im allgemeinen Tagungsteil wurden die Berichte der Fachkommissionen und Sachverständigengruppen des ECOSOC behandelt.

## **2. Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa**

Die in Genf ansässige und 56 Mitgliedstaaten umfassende Wirtschaftskommission der VN für Europa (**UNECE**) widmet sich als eine der fünf Regionalkommissionen der VN der Heranführung der wirtschaftlich schwächeren Länder, insbesondere der Transitionsländer sowie der zentralasiatischen Länder, an das übrige Europa, vor allem in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Energie, Siedlungswesen, Handelserleichterung und Unternehmensentwicklung. Die Reform von UNECE, die auf mehr Transparenz und eine Straffung ihrer institutionellen Strukturen abzielt sowie Themen wie Umwelt und Verkehr mehr in den Vordergrund stellt, soll 2009 abgeschlossen werden.

## **VI. Der Internationale Gerichtshof**

Der Internationale Gerichtshof (**IGH**) ist das einzige internationale Gericht mit universellem Charakter und genereller Jurisdiktion. Alle 192 VN-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Gerichtsstatuts, 66 davon haben sich gemäß Art 36 Abs 2 der obligatorischen Gerichtsbarkeit unterworfen.

Im Mai entschied der Gerichtshof, dass die Insel Pedra Branca der Souveränität Singapurs untersteht und die Middle Rock-Inseln zum Territorium von Malaysia gehören. Im Juni befand der IGH Frankreich aufgrund von dessen Weigerung, die Gründe für die Nichtausführung eines Rechtshilfeersuchens Dschibuti aus November 2004 zu nennen, einer Verletzung der internationalen Verpflichtung gemäß Art 17 des Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen aus 1986 für schuldig und erklärte weiters, dass die Feststellung dieses Rechtsbruchs eine angemessene Genugtuung darstelle. In einer einstweiligen Verfügung ordnete der Gerichtshof im Juli die Aussetzung der Hinrichtung von fünf mexikanischen Staatsbürgern in den Vereinigten Staaten bis zu einem endgültigen Urteil in dieser Rechtssache an. In einer weiteren vorläufigen Maßnahme verfügte der IGH im Oktober, dass Georgien und Russland sich ethnischer Diskriminierungsmaßnahmen und deren Förderung, Verteidigung oder Unterstützung zu enthalten, humanitäre Hilfe

*Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen*

zuzulassen und jegliche Handlung zu unterlassen haben, durch welche die jeweiligen Rechte der Parteien präjudiziert oder der Konflikt um Südossetien und Abchasien weiter verschärft oder ausgedehnt werden könnten.

## **VII. Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen**

### **1. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen**

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN (**FAO**) stand im Jahr 2008 mit ihren Aufgaben wie der weltweiten Armuts- und Hungerbekämpfung, den landwirtschaftlichen Strukturreformen und der Stärkung des ländlichen Raums vor der Herausforderung der globalen Nahrungsmittelkrise.

Ausgehend von der FAO-Initiative gegen steigende Nahrungsmittelpreise fand in Rom vom 3.–5. Juni die hochrangige Konferenz über Ernährungssicherung, Klimawandel und Bioenergie statt, bei der in Anwesenheit zahlreicher Staats- und RegierungschefInnen eine Erklärung mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung und Hilfe für die weltweit über 925 Millionen Hungernden verabschiedet wurde. Auf Einladung von Bundesminister Josef Pröll und im Beisein von FAO-Generaldirektor Jacques Diouf fand in Innsbruck vom 26.–27. Juni die 26. FAO-Regionalkonferenz für Europa statt. Hauptthemen waren die Auswirkungen des Klimawandels auf die europäische Landwirtschaft und die Förderung traditioneller, regionaler landwirtschaftlicher Produkte als Beitrag zur Sicherung einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Die 34. Tagung des FAO-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS) in Rom vom 14.–17. Oktober erörterte die Initiativen der VN im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelkrise und stellte den im Rahmen der hochrangigen Arbeitsgruppe zur globalen Nahrungsmittelkrise ausgearbeiteten umfassenden Aktionsrahmen der VN vor.

### **2. Internationale Arbeitsorganisation**

Auf der vom 28. Mai bis 13. Juni abgehaltenen 97. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) wurde Österreich als Vollmitglied in den Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (**ILO**) für die Jahre 2008–2011 gewählt. Die IAK nahm die „Erklärung über die soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung“ an, an deren Ausarbeitung Österreich maßgeblich beteiligt war. Darin wird die „Agenda für menschenwürdige Arbeit“ als der Weg der ILO und ihrer Mitglieder zu einer fairen Globalisierung verankert. Weitere wichtige Themen waren die Förderung der ländlichen Beschäftigung zur Armutsbekämpfung, die Qualifikationsentwicklung sowie Strategien für menschenwürdige Arbeit angesichts globaler Einflüsse,



insbesondere der Immobilien- und Nahrungsmittelkrise. Die österreichische Kündigung des ILO-Übereinkommens über die Beschäftigung von Frauen bei Untertagearbeiten in Bergwerken wurde am 3. April beim Internationalen Arbeitsamt hinterlegt und wird ein Jahr danach wirksam werden. Die ADA beschloss die Unterstützung eines dreijährigen ILO-Projekts zur Konsolidierung der rechtlichen und institutionellen Basis des sozialen Dialogs in den westlichen Balkanländern und in Moldau mit rund 1,5 Millionen Euro.

### **3. Internationale Fernmeldeunion**

Die Internationale Fernmeldeunion (**ITU**) mit Sitz in Genf ist eine Sonderorganisation der VN, in der Regierungs- und Industrievertreter gemeinsam die Errichtung und den Betrieb von globalen Telekommunikationsnetzen und -diensten koordinieren, insbesondere die Nutzung des Funkfrequenzspektrums und des Satellitenorbits.

Die Vollversammlung des ITU-Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen (ITU-T) in Johannesburg vom 21.–30. Oktober erörterte insbesondere den Lückenschluss bei der Standardisierung zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern. Die dritte Tagung des Forums für Internet-Verwaltung (IGF) fand in Hyderabad (Indien) im Dezember statt und erörterte Themen wie Vielsprachigkeit im Internet, Zugang zu Informationen, Netzsicherheit und Vertrauen sowie Schutz der kritischen Internetressourcen.

### **4. Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung**

Die zentrale Aufgabe des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (**IFAD**) ist die Armutsbekämpfung im ländlichen Raum und die Steigerung der Lebensmittelproduktion. Die Institution mobilisiert die nötigen Ressourcen zur Unterstützung der ärmsten ländlichen Bevölkerungen in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Darlehen zu sehr günstigen Bedingungen und von nicht rückzuzahlenden Zuschüssen. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind die Erleichterung des Zugangs zu Kleinkrediten, angepassten Technologien, fairen Märkten, Basisinfrastruktur, Gesundheitsdiensten und Grundschulbildung. In den letzten 30 Jahren finanzierte IFAD rund 785 Projekte im Wert von 10,3 Milliarden US-Dollar. Die Leistungen von IFAD ergänzen die Kredite der Weltbankgruppe und der regionalen Entwicklungsbanken. Österreich ist Gründungsmitglied von IFAD und trug bisher rund 40 Millionen Euro zum Kapital der Institution bei.

### **5. Internationale Zivilluftfahrtorganisation**

Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (**ICAO**) wurde zur Förderung der sicheren und ordnungsgemäßen Entwicklung der internationalen Zivil-



*Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen*

luftfahrt weltweit in den Bereichen Technik, Wirtschaft und Recht errichtet. Die Überprüfung der Einhaltung der ICAO-Normen erfolgt regelmäßig und detailliert im Zuge des Programms zur universellen Bewertung der Sicherheitsaufsicht (USOAP). Österreich wurde dieser Überprüfung unterzogen und erstellte auf Grundlage des Prüfungsberichts einen Plan zur Mängelbehebung (CAP). Die Maßnahmen wurden von der ICAO weitgehend akzeptiert. Für einige Maßnahmen sind noch Ergänzungen zu übermitteln. Der Gesamtbericht wird samt Prüfungsergebnis und Abhilfemaßnahmen allen 190 Mitgliedstaaten zur Kenntnis gebracht.

## **6. Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Die Umsetzung der Mittelfristigen Strategie 2008–2013 im Bereich Bildung sowie des weltweiten Aktionsprogramms „Bildung für alle“ bildeten den Schwerpunkt der Tätigkeit der Organisation der VN für Bildung, Wissenschaft und Kultur (**UNESCO**). Dabei sollen vor allem die Analphabetenrate bei Erwachsenen bis zum Jahr 2015 halbiert, ein lebenslanger Qualitätsunterricht für alle gesichert und Wissen für nachhaltige Entwicklung mobilisiert werden.

Im Rahmen des „Internationalen Jahres der Sprachen“ koordinierte die UNESCO als federführende VN-Organisation weltweit Aktivitäten zur Stärkung und Förderung der Sprachenvielfalt unter dem Motto „Languages matter!“. Den Anstoß für das Jahr der Sprachen hatte Österreich mit dem Einbringen einer Resolution bei der 33. UNESCO-Generalkonferenz 2005 gegeben, welche mit Unterstützung zahlreicher Staaten angenommen wurde. Den Höhepunkt des Einsatzes Österreichs hierfür stellte eine internationale Expertenkonferenz in Eisenstadt im Juni zum Thema „Lebensweltliche Mehrsprachigkeit – Everyday Multilingualism“ dar.

Ein weiterer Schwerpunkt der UNESCO war die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs. Nach der erfolgreichen Verhandlung von zwei internationalen Übereinkommen im Kulturbereich in den vergangenen Jahren stand die Umsetzung der einschlägigen Konventionsbestimmungen im Vordergrund. So fand die zweite Generalversammlung der Vertragsstaaten der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes statt, ebenso wie zwei Tagungen des Zwischenstaatlichen Komitees der Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, in dem Österreich bis zum Jahr 2009 Mitglied ist. Anlässlich der 32. Tagung des Welterbe-Komitees in Quebec City (Kanada) im Juli wurden 27 weitere Kultur- und Naturerbestätten in die 878 Stätten in 145 Ländern umfassende Welterbe-Liste aufgenommen. Weiters arbeitete die UNESCO eng mit dem Internationalen Bioethikkomitee (IBC) zusammen, in das Christiane Druml von der Ethikkommission des Wiener Allgemeinen Krankenhauses berufen wurde. Eine weitere Anerkennung der engagierten und kompetenten Arbeit von ÖsterreicherInnen ist die Ernennung von Günter Köck von der Österreichischen Aka-

demie der Wissenschaften als neues Mitglied in den Wissenschaftlichen Rat des UNESCO-Büros in Venedig. In der zweiten Jahreshälfte stand die UNESCO im Zeichen des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Zahlreiche Gedenkfeiern unterstreichen den Beitrag der UNESCO zur Förderung und Stärkung des Rechts auf Bildung, des Rechts auf Teilnahme am kulturellen Leben, des Rechts zur freien Meinungsäußerung und des Rechts auf Teilnahme am wissenschaftlichen Fortschritt.

## 7. Weltgesundheitsorganisation

Die vom 19.–24. Mai abgehaltene 61. Weltgesundheitsversammlung fiel mit dem 60. Gründungstag der Weltgesundheitsorganisation (**WHO**) zusammen, auf der die Resolution zur globalen Strategie für öffentliche Gesundheit und geistiges Eigentum sowie eine Reihe von fachspezifischen Resolutionen angenommen wurden, unter anderem betreffend die MDG mit Gesundheitsbezug, Klimawandel, Grippepandemie und Verstümmelung weiblicher Geschlechtsorgane. Am 29. September fand aus Anlass des 60. Gründungstags der Organisation in Genf ein Konzert der Wiener Philharmoniker unter Teilnahme des stellvertretenden Generaldirektors der WHO statt. Die 3. Tagung der Vertragsparteienkonferenz des WHO-Rahmenübereinkommens zur Kontrolle des Tabakgebrauchs fand in Durban (Südafrika) vom 17.–22. November statt und beschloss die Fortführung der Verhandlungen über das Protokoll zum unerlaubten Handel mit Tabakprodukten.

## 8. Internationale Atomenergie-Organisation

Die 1957 gegründete Internationale Atomenergie-Organisation (**IAEO**) hat ihren Sitz in Wien und beschäftigt rund 2.200 Personen. Ihre Hauptaufgabe ist die weltweite Förderung der friedlichen Nutzung von Kernenergie sowie die Verifikation der Einhaltung der Verpflichtungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**). Österreich war bis September zwei Jahre lang Mitglied des IAEO-Gouverneursrats, des aus 35 Staaten bestehenden Lenkungsremiums der Organisation. Besonders im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stand die IAEO weiterhin durch ihre Verifikationstätigkeit im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm des Iran.

Der Arbeitsschwerpunkt Österreichs in der IAEO lag aufgrund des mit der Nutzung von Atomtechnologie verbundenen Gefahrenpotentials im Bereich der nuklearen Sicherheit und der Nichtverbreitung: Österreich brachte seine diesbezügliche Position auch in die von IAEO-Generaldirektor Mohamed El Baradei eröffnete Debatte über die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der IAEO ein, einschließlich der Erörterung der österreichischen Initiative zur **Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus**. Einen ersten Schritt im Sinne dieser österreichischen Initiative stellt das Projekt der Errichtung einer nuklearen Brennstoffreserve unter Kontrolle der IAEO dar. Sie soll die

*Die Sonderorganisationen und angeschlossenen Organisationen der Vereinten Nationen*

nuklearen Konsumenten-Staaten davon abhalten, aus Gründen der Versorgungssicherheit auf nationaler Basis Anreicherungstechnologie zu entwickeln, welche auch für Waffenprogramme missbraucht werden könnte. Im Dezember beschloss die EU, erste Multilateralisierungsmaßnahmen politisch und finanziell zu unterstützen.

## 9. Welttourismusorganisation

Die Welttourismusorganisation (**UNWTO**) mit Sitz in Madrid ist führend auf dem Gebiet des Tourismus und dient als Forum für Tourismuspolitik, Know-how und Statistiken. Ihr gehören 154 Vollmitglieder und sieben assoziierte Mitglieder an. Österreich ist seit 1975 Vollmitglied und war im Zeitraum 1995–2007 Mitglied im Programmkomitee, in dem es von 1999 bis 2007 den Vorsitz inne hatte. Seit 2007 ist Österreich Vizepräsident der Kommission für Europa (CEU). Die 48. Tagung der CEU fand in Prag am 15. und 16. Mai statt. Das Kernthema der XVII. Generalversammlung im Jahr 2007, „Klimawandel und Tourismus“, wurde in Konferenzen und Projekten konkretisiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Analyse der Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs auf den Tourismus und die Ausarbeitung von möglichen Gegenmaßnahmen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die Statistik Austria organisierten gemeinsam mit UNWTO Arbeitstagungen und Seminare zur Verbesserung der Tourismusstatistik.

## 10. Weltpostverein

Der XXIV. Weltpostkongress fand in Genf vom 23. Juli bis 12. August statt. Der Weltpostkongress ist das höchste Gremium des Weltpostvereins (**UPU**) und findet alle vier Jahre statt. Am Kongress nahmen rund 2.700 Delegierte aus 181 Mitgliedstaaten teil. Zentrale Aufgabe war die Überarbeitung der Vertragswerke, um den Mitgliedstaaten die Integration neuer Produkte und Dienstleistungen in das internationale Postnetz zu ermöglichen.

## 11. Weltorganisation für Meteorologie

Die 1951 gegründete und in Genf angesiedelte Weltorganisation für Meteorologie (**WMO**) koordiniert und unterstützt den weltweiten Ausbau eines meteorologischen und hydrologischen Mess- und Beobachtungsnetzes. Neben der Standardisierung der globalen Wetterbeobachtung soll ein effizienter Datenaustausch in Bereichen wie Luft- und Schifffahrt sowie Landwirtschaft gewährleistet werden. Der Umweltschutz und die Entwicklung von Frühwarnsystemen für Seebeben sind weitere wesentliche Anliegen der WMO. Die von der WMO wesentlich mitgetragene Arbeit der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC) fand durch die Verleihung des Friedensnobelpreises im Dezember 2007 weltweite Beachtung.

## **F. Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen**

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Systems der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen ist erklärtes Ziel der österreichischen Außenpolitik. Besonderes Augenmerk galt den Bemühungen für ein baldiges Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen. Österreichs führende Rolle in der Erarbeitung des in Oslo im Dezember unterzeichneten Streumunitionsvertrags knüpft an das traditionelle humanitäre Engagement gegen Antipersonenminen an.

### **I. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen**

#### **1. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen**

Der 1970 in Kraft getretene Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (**NPT**) stellt mit 189 Vertragsstaaten das völkerrechtliche Fundament des internationalen Nuklearregimes und einen Eckpfeiler der nuklearen Nichtverbreitung dar. Der Vertrag verpflichtet seine Mitglieder – mit Ausnahme der fünf im NPT anerkannten Nuklearwaffenstaaten – zum Verzicht auf Atomwaffen und schreibt gleichzeitig das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie fest. Die fünf Nuklearwaffenstaaten China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA verpflichten sich ihrerseits zur nuklearen Abrüstung und zum Ziel der vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen. Indien, Israel und Pakistan sind die einzigen Staaten außerhalb des NPT. Die Demokratische Volksrepublik Korea hatte zwar 2003 den Austritt aus dem Vertrag bekannt gegeben, dieser wird jedoch international nicht anerkannt.

Die Vertragsstaaten treffen alle fünf Jahre zu einer Überprüfungskonferenz zusammen, um den Stand der Implementierung des NPT zu evaluieren. Nach den großen Fortschritten bei der Überprüfungskonferenz 2000, wo ein 13-Stufen Plan zur nuklearen Abrüstung beschlossen wurde, endete jene im Jahr 2005 ohne Ergebnisse. Die zweite Vorbereitungskonferenz der nächsten Überprüfungskonferenz im Jahr 2010 fand in Genf vom 28. April bis 9. Mai statt. Österreich nützte dieses Treffen, um seine 2007 vorgestellte Initiative zur Multilateralisierung des nuklearen Brennstoffzyklus in die Debatte einzubringen (siehe Kapitel E.VII.8.).

#### **2. Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen**

Der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT**) sieht ein Verbot aller nuklearen Explosionen vor. Seit der Annahme des Vertragsentwurfs durch die VN-GV im Jahr 1996 unterzeichneten 180 Staaten und ratifizierten

*Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen*

148 Staaten den CTBT, darunter Österreich. Da bisher erst 35 der 44 im Annex 2 genannten Schlüsselstaaten den Vertrag ratifiziert haben, ist dieser noch nicht in Kraft getreten. Österreich setzte sich in seiner seit September 2007 gemeinsam mit Costa Rica ausgeübten zweijährigen Funktion als Kovorsitz der Konferenz zur Förderung des Inkrafttretens des CTBT intensiv für eine Beschleunigung des Ratifikationsprozesses ein. Schwerpunkte bildeten dabei die Karibik und der pazifische Raum, wo Österreich eine Reihe von Konferenzen und Seminaren finanzierte. Im September organisierten Costa Rica und Österreich gemeinsam mit der „CTBT-Freundesgruppe“ Australien, Finnland, Japan, Kanada und den Niederlanden ein Ministertreffen zum CTBT am Rande der VN-GV. Neben Bundesministerin Ursula Plassnik nahmen am Treffen auch VN-GS Ban Ki-moon, der Schauspieler und VN-Friedensbotschafter Michael Douglas sowie der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister William Perry teil.

Das Provisorische Technische Sekretariat (**PTS**) der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (**CTBT PrepCom**) ist seit März 1997 in Wien tätig. Seine Hauptaufgabe ist der Aufbau des im CTBT vorgesehenen internationalen Verifikationssystems (IMS) mit weltweit 321 Überwachungsstationen, 16 Radionuklid-Labors und einem internationalen Datenzentrum in Wien. Über IMS gesammelte seismische Daten werden regelmäßig auch an ein Tsunami-Warnsystem geliefert, was der Arbeit der CTBT PrepCom über den Bereich der nuklearen Non-Proliferation hinaus Bedeutung verleiht.

### 3. Genfer Abrüstungskonferenz

Die 1979 gegründete Genfer Abrüstungskonferenz (**CD**) mit ihren 65 Mitgliedstaaten, darunter seit 1996 Österreich, bemüht sich seit zwölf Jahren, die Blockade von substanziellen Ergebnissen zu überwinden. Die 2006 angenommene Erörterung der Themen nukleare Abrüstung, Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (**FMCT**), negative Sicherheitsgarantien sowie die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (**PAROS**) konnte zwar intensiviert werden, doch scheiterte erneut die Verabschiedung eines Arbeitsprogramms und damit die Aufnahme von Verhandlungen über einen FMCT.

### 4. Chemiewaffenkonvention

Die 1997 in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention (**CWK**) enthält ein Verbot sämtlicher Chemiewaffen und schreibt deren phasenweise Vernichtung vor. Bei der zweiten Überprüfungskonferenz in Den Haag im April bekräftigten die Vertragsstaaten ihre Verpflichtungen aus der Konvention. Mit 185 Mitgliedern nähert sich die Konvention ihrem Ziel der universellen Geltung. Bei der Vernichtung bestehender Arsenale durch Indien, die Republik Korea, Libyen, Russland und die USA wurden Fortschritte erzielt. Von insgesamt 71.373 Ton-

*Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation*

nen an deklarierten Chemiewaffen sind bereits 29.985 Tonnen (42 %) vernichtet. Als zweiter Besitzerstaat nach Albanien schloss die Republik Korea im Juli die Vernichtung ab. Die anderen Besitzerstaaten ersuchten um Verlängerung der ursprünglich für 2007 vorgesehenen Frist, darunter Russland und die USA bis zum letztmöglichen Zeitpunkt, dem 29. April 2012.

Die 2007 verabschiedete Gemeinsame Aktion der EU zur Unterstützung der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (**OPCW**) mit rund 1,7 Millionen Euro wurde weiter umgesetzt. Seit Mai ist Österreich für zwei Jahre Mitglied des Exekutivrats der CWK.

## 5. Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen

Das Übereinkommen aus 1972 umfasst ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und Toxinwaffen (**BTWK**). Die BTWK zählt derzeit 163 Vertragsstaaten. Bei den in Genf abgehaltenen jährlichen Experten- und Vertragsstaatentreffen standen Maßnahmen zur Erhöhung der Biosicherheit sowie die Überwachung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf doppelverwendungsfähige Güter im Mittelpunkt der Erörterungen.

## 6. Ballistische Raketen

Der Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper (**HCOC**), das einzige normative Instrument der Nichtverbreitung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern, umfasst 130 Mitgliedstaaten. Österreich ist mit der Funktion der Zentralen Kontaktstelle (Exekutivsekretariat) des HCOC betraut und fungiert somit als Schnittstelle für den gesamten Informationsaustausch im Rahmen dieses Mechanismus. Im Vordergrund des politisch verbindlichen multilateralen Abkommens stehen vertrauensbildende Maßnahmen, beispielsweise die Vorankündigung von Raketenstarts. Seit dem Inkrafttreten des HCOC wurden sieben Staatentreffen in Wien abgehalten, das letzte im Mai. Themen waren die verlässliche Implementierung der vertrauensbildenden Maßnahmen durch alle Mitgliedstaaten und mögliche Aktivitäten zur Universalisierung des Kodex.

# II. Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen

## 1. Antipersonenminen

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention (**Ottawa-Konvention**) wurde 1997 angenommen, trat 1999 in Kraft und umfasst derzeit 156 Vertragspar-

*Rüstungskontrolle und Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen*

teien. Als einer der führenden Staaten des Ottawa-Prozesses ist Österreich dem Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und deren Vernichtung besonders verpflichtet. Die Unterstützung der internationalen Implementierung der Konvention wurde ebenso fortgesetzt wie die Umsetzung des österreichischen Minenaktionsprogramms. Seit 1999 werden dafür Mittel zur Verfügung gestellt, davon rund 1,4 Millionen Euro im Jahr 2008.

Die Ottawa-Konvention präsentiert sich heute als eines der erfolgreichsten Instrumente im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Abrüstung. Einsatz und Herstellung von Minen wurden deutlich eingeschränkt, der Handel kam fast vollständig zum Erliegen. Mehr als 40 Millionen Minen wurden bisher vernichtet und große Gebiete von vermintem Land geräumt. Bei der Vertragsstaatenkonferenz in Genf im November standen Fristverlängerungen für die Minenräumung in 15 Staaten im Mittelpunkt der Erörterungen. Die Minenopferhilfe wird weiterhin eine Priorität der Konvention darstellen, die größte Herausforderung hierbei ist die wirtschaftliche und soziale Reintegration der Opfer.

## 2. Streumunition

In Umsetzung eines seiner außenpolitischen Schwerpunkte trat Österreich aktiv für ein völkerrechtliches Verbot von Streumunition ein, einer aufgrund ihrer Flächenwirkung und der hohen Zahl von Blindgängern für die Zivilbevölkerung besonders gefährlichen Waffe. Der 2007 von Irland, dem Heiligen Stuhl, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Österreich und Peru lancierte „Oslo-Prozess“ wurde im Februar mit einer Konferenz in Wellington fortgesetzt. Ein auf den Ergebnissen der Wiener Konferenz vom Dezember 2007 basierender Vertragsentwurf war dabei Gegenstand intensiver Erörterungen. Bei der Dubliner Streumunitionskonferenz im Mai nahmen 107 Staaten den Text eines **Übereinkommens über Streumunition** an. Das Übereinkommen wurde in Oslo im Dezember von 94 Staaten unterzeichnet. Zeitgleich leitete Österreich den innerstaatlichen Ratifikationsprozess ein.

Das Übereinkommen stellt den bedeutendsten Abrüstungsvertrag seit der Ottawa-Konvention 1997 dar und führt zu einer wesentlichen Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Es sieht ein kategorisches Verbot von Einsatz, Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Transfer von Streumunition vor und umfasst alle Waffenarten, die bisher zum Einsatz kamen. Im Bereich Opferhilfe werden, nicht zuletzt durch den Einsatz Österreichs, neue zukunftsweisende Standards gesetzt.

Österreich förderte eine Regionalkonferenz zur Unterstützung des Übereinkommens über Streumunition in Uganda sowie ein UNICEF-Projekt für die Markierung und Bewusstseinsbildung in Georgien. Verhandlungen über ein Streumunitionsverbot im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen,



*Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation*

die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (**CCWC**), an der auch die großen Besitzer- und Herstellerstaaten von Streumunition teilnahmen, endeten im November ergebnislos.

### 3. Kleinwaffen und leichte Waffen

Mit rund 500.000 Opfern jährlich werden Kleinwaffen und leichte Waffen (**KLW**) oft als die eigentlichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Ihre destabilisierende Wirkung steht in Zusammenhang mit der steigenden Zahl von internen Konflikten und der hohen Rate von Gewalt und Verbrechen auch nach Beendigung der Konflikte. Österreich verfolgt das Ziel, diese katastrophalen Folgen einzudämmen und setzt sich dafür in den zuständigen Gremien der VN und anderen multilateralen Foren ein.

Das 3. Biennialstaatentreffen zur Evaluierung der Umsetzung des Aktionsprogramms der VN gegen den unerlaubten Handel mit KLW in New York im Juli endete mit der Annahme eines Ergebnisdokuments und stellt damit den ersten substanziellen Erfolg im KLW-Bereich seit der Annahme des Aktionsprogramms im Jahr 2001 dar. Österreich förderte die Teilnahme von Entwicklungsländern an der Konferenz, unterstützte eine für 2009 geplante Konferenz zum VN-Aktionsprogramm in Westafrika und beteiligte sich an einem Projekt des Büros der VN zu Abrüstungsfragen (UNODA) gegen illegale Vermittlungsgeschäfte mit KLW in Asien und der Pazifikregion. Weiters förderte Österreich ein Programm der OSZE gegen KLW in Tadschikistan.

## III. Exportkontrollregime

### 1. Multilaterale Exportkontrolle

Ziel der fünf bestehenden **Kontrollregime** ist es, durch die Koordination nationaler Exportkontrollen zu verhindern, dass sensible Technologie und Know-how in die Hände von Staaten geraten, die damit militärische Zwecke verfolgen könnten. Hauptinstrumente dieser Regime sind Listen mit relevanten Waren bzw. Substanzen sowie Richtlinien betreffend den Export in Nicht-Mitgliedstaaten. Österreich gehört allen fünf Regimen an. Die innerstaatliche Umsetzung ihrer Regeln erfolgt im Wesentlichen im Rahmen des Außenhandelsgesetzes 2005.

Im Nuklearbereich bestehen in Wien das Zangger-Komitee (**ZC**) und die Gruppe Nuklearer Lieferländer (**NSG**) mit 37 bzw. 45 Mitgliedern. Diese führen Kontrolllisten sensibler nuklearer Güter und Ausrüstungen mit dem Ziel, Urananreicherung und Plutoniumverarbeitung für nicht friedliche Zwecke zu verhindern. Im September beschloss die NSG nach jahrelangen Verhandlungen eine Ausnahmeregelung für Indien. Bis dahin waren Nuklearexporte an den Nicht-Mitgliedstaat des NPT mit den NSG-Richtlinien unvereinbar gewesen. Österreich hat sich als letzter der 45 Mitgliedstaaten einem Kon-



*Exportkontrollregime*

sens nicht verweigert. Wesentlich für diese Haltung war auch eine politische Erklärung Indiens über die Einhaltung seiner einseitigen Zusagen im Bereich der nuklearen Non-Proliferation, seines Atomtest-Moratoriums und der Richtlinien der NSG. Die 41 Mitglieder umfassende Australien-Gruppe (**AG**) bemüht sich durch Exportkontrollen sicherzustellen, dass bestimmte Produkte nicht zur Entwicklung von chemischen und biologischen Waffen beitragen. Das 34 Mitglieder umfassende Trägertechnologie-Kontrollregime (**MTCR**) kontrolliert die Verbreitung von nuklearwaffenfähiger Raketentechnologie (Raketen mit Steuerungssystemen und Marschflugkörpern).

Ziel des 1997 gegründeten Wassenaar Arrangement (**WA**), dessen Sekretariat in Wien seinen Sitz hat, ist es, durch Koordination nationaler Exportkontrollen sowie erhöhte Transparenz eine destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Güter und Technologien zu verhindern. Schwerpunkte des 40 Staaten umfassenden WA waren die Umsetzung der Schlussfolgerungen des im Vorjahr durchgeführten Evaluierungsprozesses und die Erläuterung seiner Praktiken unter anderem gegenüber der einschlägigen Industrie sowie mit Belarus, China und Israel. Eine zentrale Herausforderung stellt auch die Exportkontrolle von tragbaren Flugabwehrwaffen (MANPAD) dar.

Die negativen Auswirkungen des verantwortungslosen Waffenhandels auf Stabilität, Sicherheit und Menschenrechte, aber auch nachhaltige Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sind unumstritten. Ein international abgestimmtes Vorgehen mittels eines Waffenhandelsvertrags (**ATT**) ist Österreich wie auch allen EU-Partnern daher seit Jahren ein großes Anliegen. Nach dem Abschluss der Arbeiten der Gruppe von RegierungsexpertInnen im August nahm die VN-GV im Dezember eine Resolution über die Einrichtung einer allen Mitgliedstaaten offenstehenden Arbeitsgruppe für die weiteren diesbezüglichen Erörterungen an.

## 2. Nationale Exportkontrolle

Rechtsgrundlage für die Ausfuhr von Ausrüstung, die vom Verhaltenskodex der EU für Waffenausfuhren erfasst ist, sind in Österreich das **Außenhandelsgesetz** und das **Kriegsmaterialgesetz**. Bewilligungspflichtige Rüstungsgüter werden einerseits durch die Außenhandelsverordnung mit ihrer Anlage, welche der Wassenaar-Militärgüterliste bzw. der EU-Militärgüterliste entspricht, andererseits durch die Kriegsmaterialverordnung bestimmt.

Zehn Jahre nach Annahme des politisch verbindlichen **EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren** und seiner acht Kriterien, die von den Mitgliedstaaten jeder Entscheidung über Ausfuhranträge zu Grunde zu legen sind, schuf die EU mit der Annahme eines Gemeinsamen Standpunktes im Dezember erstmals auch ein **rechtlich verbindliches Kontrollinstrument**. Die Annahme stellte den Abschluss der 2003 begonnenen Überarbeitung des EU-Verhaltenskodex dar. Der Gemeinsame Standpunkt erfasst nunmehr auch Transit,

*Internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation*

Technologietransfer sowie Vermittlungsgeschäfte. Informations- und Konsultationsverfahren bei Ablehnungen eines Antrags bleiben als Beitrag zur Harmonisierung der nationalen Exportkontrollen und Verbesserung von Kohärenz der EU-Partner bestehen. Dem seit Jahren vom Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft geforderten Gemeinsamen Standpunkt kommt auch Signalwirkung in Bezug auf die Vorreiterrolle der EU bei der Initiative für den ATT zu.

Zur Unterstützung von Maßnahmen der EU zur Förderung der Waffenausfuhrkontrolle nahm der Rat im März eine Gemeinsame Aktion an. Im Zeitraum von zwei Jahren sollen **Seminare in Ost- und Südosteuropa, den Partnerländern im Mittelmeerraum, Nordafrika und im Kaukasus** sowie in der Türkei und der Ukraine stattfinden. In diesem Rahmen fanden erste Veranstaltungen für die westlichen Balkanländer in Laibach und für die nordafrikanischen Partnerländer in Rabat (Marokko) statt.

Die Qualität und Transparenz des konsolidierten Jahresberichts als Informationsquelle über tatsächlich erfolgte EU-weite Ausfuhren konnten weiter verbessert werden. Der 10. Jahresbericht für das Jahr 2007 wurde im November veröffentlicht.

## **G. Der internationale Schutz der Menschenrechte**

### **I. Einleitung**

Die weltweite Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards gehört zu den zentralen Anliegen Österreichs. Schwerpunktthemen sind die Abschaffung der Todesstrafe, der Schutz von Minderheiten, Frauenrechte, die Rechte von Kindern, insbesondere in bewaffneten Konflikten, die Situation von Binnenvertriebenen, die Unterbindung von Menschenhandel, die Förderung von Demokratisierung und guter Regierungsführung, Menschenrechtsbildung und humanitäres Völkerrecht. Österreich setzte zu diesen Themen wichtige Akzente sowohl im Rahmen der EU und internationaler Organisationen wie Europarat, OSZE und VN als auch in bilateralen Kontakten mit Staaten in aller Welt. Ein besonderes Anliegen war dabei die Stärkung der Zivilgesellschaft.

### **II. Menschenrechte in der Europäischen Union**

#### **1. Die Menschenrechtspolitik der Europäischen Union**

Die Entwicklung und Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sind eine **Zielsetzung der GASP**. Fragen der EU-Menschenrechtspolitik gegenüber Drittstaaten werden von den EU-MenschenrechtsdirektorInnen in der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte in EU-Außenbeziehungen (COHOM), in Zusammenarbeit mit Ratsarbeitsgruppen mit geographischem Schwerpunkt und in dem von der Europäischen Kommission geleiteten Ausschuss für Menschenrechte und Demokratisierung behandelt. Österreich führte sein Engagement für eine bessere Integration der Menschenrechte in alle EU-Politikbereiche fort und setzte sich mit Erfolg für die weitere Verankerung der Menschenrechte im EU-Krisenmanagement ein. Österreich unterstützte die Etablierung neuer EU-Menschenrechtsdialoge mit allen zentralasiatischen Staaten. Die in Wien ansässige Agentur der EU für Grundrechte kann seit der erstmaligen Bestellung des Direktors im Mai ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen.

##### **1.1. Die Integration von Menschenrechten in die ESVP**

Österreich engagiert sich nachdrücklich für die Integration von Menschenrechten in alle Bereiche der ESVP, insbesondere für die Berücksichtigung der Rechte von Frauen und Kindern im EU-Krisenmanagement. So wurde die vom österreichischen EU-Ratsvorsitz im Jahr 2006 erstellte Prüfliste zur Berücksichtigung von Kinderrechten im EU-Krisenmanagement überarbeitet und weiterentwickelt, ebenso wie die im selben Jahr erstellte Gender-Prüfliste für ESVP-Missionen. Zudem führte das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Ausbildungsprogramme

*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

betreffend Frauen- und Kinderrechte für das österreichische Kontingent der EUFOR Tchad/RCA durch.

**1.2. Leitlinien der Europäischen Union zu Menschenrechten**

Die EU-Leitlinien zu Menschenrechten sind vom EU-Rat beschlossene Dokumente, welche jeweils einen Katalog von Maßnahmen für das ständige Engagement der EU gegenüber Drittstaaten zu einzelnen menschenrechtlichen Bereichen umfassen. Zu den 2007 entwickelten **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte** wurden jeweils spezifische Pilotprogramme entwickelt, welche zunächst in Armenien, Brasilien, Ghana, Indien, dem Iran, Jamaika, Jordanien, Kanada, Kenia und Russland umgesetzt werden. Als Mitglied der EU Task Force (Arbeitsgruppe) zu den im Dezember 2003 unter österreichischer Beteiligung beschlossenen **Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten** arbeitete Österreich an der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen zur Umsetzung und Aktualisierung dieser Leitlinien mit. Die enge Zusammenarbeit der EU mit der Sonderberichterstatterin der VN zu Kindern in bewaffneten Konflikten Radhika Coomaraswamy wurde fortgesetzt.

Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ist für Österreich und die EU eine Priorität der Menschenrechtspolitik auf der Grundlage der **Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe**. Dieses Ziel verfolgten Österreich und die EU-Partner zum einen mit Demarchen und öffentlichen Erklärungen, zum anderen mit einer verstärkten Thematisierung in regionalen und internationalen Gremien. Die neuerliche Annahme einer von der EU eingebrachten Resolution gegen die Todesstrafe in der 63. VN-GV unterstreicht das Bekenntnis einer wachsenden Zahl von Staaten aus allen Regionen zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe. Anlässlich des 40. Jahrestags der Abschaffung der Todesstrafe in Österreich am 8. Februar hob Staatssekretär Hans Winkler den Kampf gegen diese unmenschliche Strafform als Kernanliegen der österreichischen Menschenrechtspolitik hervor. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten setzte sich auf bilateraler Ebene für die Nichtvollstreckung von Todesurteilen in zahlreichen Ländern ein. Besonders intensive Bemühungen gab es gegenüber China zur Abwendung der Vollstreckung des Todesurteils gegen den chinesischen Vater zweier österreichischer Staatsbürgerinnen: Österreich intervenierte während des gesamten Jahres wiederholt bei den chinesischen Behörden und initiierte EU-Demarchen. Neben Bundesministerin Ursula Plassnik setzten sich Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer sowie die Präsidenten der drei österreichischen Höchstgerichte für die Abwendung der Hinrichtung ein, ebenso Kommissarin Benita Ferrero-Waldner und das Europäische Parlament. Dennoch wurde das Todesurteil am 28. November vollstreckt. Bundesministerin Plassnik und die gesamte EU verurteilten die Hinrichtung umgehend auf das Schärfste.

*Menschenrechte in der Europäischen Union*

Mit den **Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe** verpflichtet sich die EU zur ständigen Überzeugungsarbeit gegenüber Drittstaaten mit dem Ziel der Abschaffung der Folter. Dies geschieht einerseits durch die Einbeziehung der Thematik in die politischen Dialoge und Menschenrechtsdialoge mit Drittstaaten, andererseits durch Demarchen. Jene Staaten, die nicht Vertragspartei der VN-Konvention gegen Folter sind, werden zum Beitritt aufgefordert; gegenüber Staaten, die bereits Vertragspartei sind, werden Fragen der effektiven Umsetzung der Konvention thematisiert. Weiters werden spezifische Probleme des jeweiligen Staates im Umgang mit angehaltenen Personen angesprochen und eine fallbezogene Unterstützung bei deren Lösung angeboten. Darüber hinaus thematisiert die EU auch auf Einzelpersonen bezogene Foltervorwürfe. Die jeweiligen lokalen EU-Vertretungen führten derartige Demarchen in 54 Drittstaaten durch; hinzu kamen Interventionen in 15 Einzelfällen in sieben Drittstaaten.

Im Rahmen der **Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen** entwickelte die EU in Zusammenarbeit mit den Botschaften vor Ort in bisher mehr als 80 Staaten lokale Strategien zur effektiven Umsetzung dieser Leitlinien. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der verbesserten Bekanntmachung der Leitlinien in den jeweiligen Ländern sowie auf der Intensivierung der Zusammenarbeit mit lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen. Die EU führte in mehr als 200 Fällen bedrohter MenschenrechtsverteidigerInnen Demarchen durch. Auf Initiative Österreichs wurden zusammen mit einigen EU-Partnern **Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen** entwickelt und im Dezember vom Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen beschlossen.

### 1.3. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte

Mit der Ernennung des ersten Direktors der Agentur der EU für Grundrechte (**GRA**), Morten Kjaerum, im Mai wurde die Aufbauphase der neuen Agentur mit Sitz in Wien abgeschlossen. Österreich unterstützte den internen Konsolidierungsprozess der GRA durch die Veranstaltung einer Klausurtagung für MitarbeiterInnen in Führungspositionen der Agentur, Mitglieder des Verwaltungsrats sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission zur Beratung der künftigen strategischen Ausrichtung und der inhaltlichen Prioritäten. Im Bestreben, die GRA rasch als eine zentrale Akteurin in EU-Grundrechtsfragen zu etablieren, strebte Direktor Kjaerum enge Kontakte zu und gemeinsame Strategien mit den EU-Institutionen, regionalen Menschenrechtsinstitutionen und der Zivilgesellschaft in Europa an. Der Personalstand der Agentur wurde um zahlreiche ExpertInnen zu Grundrechtsfragen erweitert.

Die GRA trug mit der Veröffentlichung von Studien zu Homophobie in Europa und Muslimen in Europa, einem Bericht zu Übergriffen auf Roma in Italien sowie Beratungsleistungen für EU-Institutionen zu Gesetzesvorha-

*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

ben, etwa der Verwendung von Fluggastdaten, bereits zur Verbesserung des Grundrechtsschutzes in Europa bei. Darüber hinaus organisierte die GRA gemeinsam mit der französischen EU-Ratspräsidentschaft in Paris im Dezember eine europäische Grundrechtekonferenz zum Thema Meinungsfreiheit.

Das **zehnte EU-Menschenrechtsforum** zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen EU-Mitgliedstaaten, Institutionen der Union und VertreterInnen der Zivilgesellschaft fand in Paris im Dezember statt und thematisierte die Diskriminierung von Frauen. In diesem Zusammenhang fanden Arbeitsgruppen zu den Themen Gewalt gegen Frauen, Menschenrechtsverteidigerinnen sowie bewährte Vorgehensweisen für eine nicht-diskriminierende Gesetzgebung statt.

In Umsetzung der Wiener Erklärung vom 10. Dezember 1998 wurde der von allen EU-Partnern in gemeinsamer Arbeit verfasste zehnte **EU-Jahresbericht 2008 zur Menschenrechtslage** verabschiedet. Die Aktualisierung der auf eine Initiative Österreichs zurückgehenden **Menschenrechtsländerblätter** (Fact Sheets) durch die EU-Missionschefs in Drittländern wurde fortgesetzt. Die Umsetzung von konkreten Projekten und Programmen im Bereich der EU-Menschenrechtspolitik erfolgt vor allem durch das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (**EIDHR**). Eine EU-Strategie zur Förderung der Demokratie in Drittstaaten ist in Ausarbeitung.

Seit dem Jahr 2000 wurden von der Europäischen Kommission etwa 50 **EU-Wahlbeobachtungsmissionen** durchgeführt. Im Rahmen des von der EU eingerichteten Projekts „Netz von Europäern für die Unterstützung von Wahlen und Demokratie“ (**NEEDS**) werden Ausbildungsveranstaltungen für WahlbeobachterInnen angeboten, unter anderem im Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK). Rund 30 ÖsterreicherInnen kamen im Jahr 2008 bei EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Angola, Bangladesch, Bhutan, Ecuador, Ghana, Guinea-Bissau, Kambodscha, Nepal, Pakistan und Ruanda zum Einsatz.

## 2. Strukturierte Menschenrechtsdialoge

Im Dezember 2001 verabschiedete die EU **Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte**. Dabei wurden unterschiedliche Dialogformen festgelegt: strukturierte Menschenrechtsdialoge, Ad-hoc-Dialoge, Dialoge mit Staatengruppen sowie Expertentreffen mit gleichgesinnten Staaten im Vorfeld von menschenrechtlichen Großveranstaltungen. Im Dezember nahm COHOM eine überarbeitete Version der Leitlinien mit dem Ziel an, die Rahmenbedingungen und Ziele aller EU-Menschenrechtsdialoge kohärenter und effizienter zu gestalten.

Der seit 1995 abgehaltene **strukturierte Menschenrechtsdialog EU-China** wurde durch Treffen im Mai und im November fortgesetzt. Ergänzend zu den Treffen auf Regierungsebene fanden Expertenseminare mit TeilnehmerInnen

*Menschenrechte in der Europäischen Union*

aus dem akademischen Bereich, von NRO und VertreterInnen der EU und Chinas statt. Die beim Dialog angesprochenen Fragen betrafen die chinesische Ratifikation des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte, die Kooperation mit VN-Menschenrechtsmechanismen, die Reform des Systems „Umerziehung durch Arbeit“ und des Justizsystems, die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang, die Verfolgung von AnhängerInnen der Demokratiebewegungen, religiöser Gruppen und der Falun-Gong-Bewegung, die Themen Todesstrafe, Folterverbot und Religionsfreiheit sowie Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Olympischen Spiele in Peking im August. Die EU spricht auch regelmäßig menschenrechtliche Einzelfälle an (siehe Kapitel G.II.1.2.).

Der Ende 2002 eingerichtete **Menschenrechtsdialog EU-Iran** kam nach der vierten Runde im Juni 2004 praktisch zum Erliegen. Unter österreichischem EU-Ratsvorsitz gab es Bemühungen für eine Wiederaufnahme des Dialogs. Diese blieb jedoch wegen der Besorgnis erregenden Menschenrechtslage im Iran aus, welche auch in einer von der EU miteingebrachten Resolution der 63. VN-GV kritisiert wird. Österreich tritt grundsätzlich für eine Fortsetzung des Menschenrechtsdialogs mit dem Iran ein. Die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen wurden von Österreich regelmäßig gegenüber der iranischen Regierung angesprochen.

Am 17. April und am 21. Oktober fanden die siebte bzw. achte Runde der **Menschenrechtskonsultationen EU-Russland** statt. Die EU sprach in beiden Runden die Situation im Nordkaukasus, Fragen der Meinungs-, Versammlungs- und Medienfreiheit sowie die Situation hinsichtlich rassistischer Gewalttaten in Russland an. In beiden Runden übergab die EU der russischen Seite Listen mit Einzelfällen zur Prüfung und Auskunftserteilung. Beiden Runden gingen Treffen der EU-Delegation mit russischen NRO voraus.

In Umsetzung der EU-Zentralasienstrategie fanden erstmals **Menschenrechts-Dialogrunden** der EU mit allen fünf zentralasiatischen Staaten statt: mit Usbekistan in Brüssel am 5. Juni, mit Turkmenistan in Aschgabat am 24. Juni, mit Kasachstan in Astana am 15. und 16. Oktober, mit Kirgisistan in Bischkek am 28. Oktober und mit Tadschikistan in Duschanbe am 31. Oktober. Mit Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan waren dies die ersten Dialogrunden.

Nach dem ersten Expertentreffen von EU und AU über Menschenrechte im September 2007 wurde die Schaffung eines regelmäßigen **Menschenrechtsdialogs EU-AU** beschlossen. Auf dem ersten offiziellen Treffen dieser Dialogrunde am 26. Mai einigten sich beide Seiten auf den Rahmen und die Modalitäten des Dialogs.

Die EU vereinbarte auch mit Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien und Mexiko die Abhaltung regelmäßiger Menschenrechtsdialoge.

Das dritte Treffen der **informellen Arbeitsgruppe EU-Israel zu Menschenrechten** fand im April statt. Die wichtigsten von der EU angesprochenen



*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

Themen waren die Situation der arabischen Minderheit, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von MenschenrechtsverteidigerInnen, Kinder in bewaffneten Konflikten, der Menschenrechtsrat der VN sowie die Verletzung von Land- und Hausrechten gegenüber Beduinen.

### III. Menschenrechte in den Vereinten Nationen

Die Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte gab 1993 den Anstoß für die Stärkung der operativen Menschenrechtskapazitäten der VN. Als wesentliche Instrumente zur Förderung der Menschenrechte, aber auch der Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung, dienen dabei der Aufbau und die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, guter Regierungsführung, einer aktiven Zivilgesellschaft und lokaler Menschenrechtsstrukturen sowie breit angelegte Maßnahmen im Bereich der Menschenrechtsbildung.

#### 1. Der Menschenrechtsrat

Das zweite Jahr des Bestehens des Menschenrechtsrates (**MRR**) stand im Zeichen des Abschlusses des Reformprozesses. Die Ausarbeitung von Kriterien für KandidatInnen des neuen Expertenberatungskomitees und für künftige SonderberichterstatterInnen und der Richtlinien für die Staatenberichte für die allgemeine regelmäßige Überprüfung (UPR) wurde beendet und die Zukunft der Arbeitsgruppen der ehemaligen Unterkommission geklärt.

Der MRR konnte als Nachfolgeorgan der Menschenrechtskommission (MRK) die an ihn gestellten hohen Erwartungen nicht immer erfüllen. So sollten etwa der neuen Institution mit mehrmals jährlich stattfindenden Tagungen und mit der UPR Instrumente zur raschen, glaubwürdigen und effektiven Reaktion auf Menschenrechtskrisensituationen in aller Welt zur Verfügung stehen. Die bis Jahresende abgehaltenen neun ordentlichen Tagungen und drei Sondertagungen waren jedoch von einer mangelhaften Zusammenarbeit zwischen den regionalen Gruppen geprägt, insbesondere bei der Erörterung von Themen wie Diffamierung von Religionen, Meinungsfreiheit und Rassismus sowie von Ländersituationen, beispielsweise Israel/Besetzte Palästinensische Gebiete. Darüber hinaus steht die Mehrheit der Mitglieder des MRR grundsätzlich Ländermandaten negativ gegenüber.

Aufgrund der regionalen Aufteilung verfügt die Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG), zu der auch die EU-Mitgliedstaaten gehören, im MRR nur über insgesamt acht der 47 Sitze. Trotz dieses offensichtlichen Verhandlungsnachteils tritt die EU nachdrücklich für substanzielle und effektive Ergebnisse und entschlossen gegen eine Schwächung durch einige Delegationen bzw. regionale Gruppen ein, damit der Rat seiner zentralen Rolle in der universellen Menschenrechtsarbeit gerecht werden kann.



*Menschenrechte in den Vereinten Nationen*

Auf der **siebten ordentlichen Tagung** vom 3.–28. März fanden Dialoge mit den Menschenrechts-SonderberichterstatterInnen zu den Themen Minderheiten, Folter, MenschenrechtsverteidigerInnen, Gewalt gegen Frauen, Meinungsfreiheit, Rassismus sowie Myanmar, Demokratische Volksrepublik Korea und Demokratische Republik Kongo statt. Die Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour (Kanada) kündigte an, ihre Arbeit nach Auslaufen der ersten Amtsperiode mit Ende Juni zu beenden. Die Überprüfung der Mandate der SonderberichterstatterInnen wurde fortgesetzt, wobei alle thematischen Mandate, darunter das von Österreich initiierte zu Minderheiten, und alle Ländermandate, ausgenommen zur Demokratischen Republik Kongo, verlängert wurden. Kontroversiell waren neuerliche Versuche von Staaten, die Behandlung von Ländersituationen durch die EU zu verhindern, sowie der für die OIC erfolgreiche Versuch, die Meinungsfreiheit unter Hinweis auf den Schutz vor Diffamierung von Religionen einzuschränken.

Höhepunkt der das zweite Arbeitsjahr des MRR beendenden **achten ordentlichen Tagung** vom 2.–18. Juni war ein interaktiver Dialog zwischen den Staaten und der scheidenden Hochkommissarin für Menschenrechte Arbour. Ihr Jahresbericht fand deutliche kritische Worte über zahlreiche Menschenrechtsverletzungen weltweit, darunter auch in der EU wegen des Umgangs mit illegaler Migration. Die Überprüfung der meisten Mandate von SonderberichterstatterInnen wurde abgeschlossen, ebenso die erste UPR von 32 Staaten. Kontroversen gab es anlässlich der Einführung eines Beschwerdeverfahrens betreffend die Einhaltung des Verhaltenskodex für SonderberichterstatterInnen. Ein ursprünglicher inakzeptabler Entwurf konnte von der EU in überregionaler Zusammenarbeit mit moderaten Staaten soweit entschärft werden, dass die unabhängige Arbeit der MandatsinhaberInnen weiter sichergestellt ist. Aufsehen erregte der während der Tagung angekündigte Rückzug der USA von der aktiven Mitarbeit im MRR. Martin Uhomoihi (Nigeria) wurde zum neuen Präsidenten des MRR gewählt.

Auf der **neunten ordentlichen Tagung** vom 8.–24. September hob die neue Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay (Südafrika) die Bedeutung der Verfolgung von Straflosigkeit und des Einsatzes für Frauengleichbehandlung hervor und rief alle Staaten zur Teilnahme an der Rassistüberprüfungskonferenz in Genf im April 2009 auf. Schwerpunkte der Tagung waren die Erörterung von UPR-Berichten im Plenum, interaktive Dialoge mit SonderberichterstatterInnen sowie der Abschluss der Überprüfung der letzten drei diesbezüglichen Mandate. Nach schwierigen Verhandlungen mit der afrikanischen Gruppe wurde eine Einigung zur weiteren Verlängerung des Mandats zu Sudan erzielt. Bei der Annahme einer Resolution zum Nahen Osten in Weiterverfolgung des Berichts der Erkundungsmission zu Beit Hanoun (Gaza-Streifen), wo bei einem israelischen Angriff am 8. November 2006 mehr als 20 ZivilistInnen ums Leben gekommen waren, gab es trotz intensiver Bemühungen des EU-Ratsvorsitzes kein EU-einheitliches Abstimmungsverhalten. Österreich stellte in einer nationalen Wortmeldung

*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

das Ergebnis der internationalen Fachkonferenz „Global Standards – Local Action“ in Wien im August vor (siehe Kapitel G.III.4.).

In den **drei Sondertagungen** verlief die bereits dritte zum Nahen Osten am 23. Jänner gewohnt kontroversiell, da primär die Menschenrechtsverletzungen Israels thematisiert wurden, und führte zu keiner Einigung auf einen Resolutionstext. Angesichts der weltweiten Nahrungsmittelkrise fand mit der Sondertagung zum Recht auf Nahrung am 22. Mai erstmals eine Sondertagung zu einer globalen Herausforderung statt. In der auf Initiative der EU abgehaltenen Sondertagung zur Menschenrechtssituation im Osten der Demokratischen Republik Kongo am 28. November wurde eine Resolution im Konsens angenommen, welche unter anderem SonderberichterstatterInnen zu Untersuchungen vor Ort und Berichterstattung an den MRR beauftragt.

## 2. Die Generalversammlung

Auf der 63. Tagung der VN-GV wurden im Dritten Komitee rund 60 Resolutionen behandelt. Für die EU war die wachsende Unterstützung durch Staaten aus allen Regionen für die Resolution zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe ein großer Erfolg. Darüber hinaus wurden neben den von der EU eingebrachten Resolutionen zu Burma/Myanmar und zur Demokratischen Volksrepublik Korea auch die von der EU unterstützte Resolution zur Menschenrechtssituation im Iran angenommen. Eine EU-Erklärung zum Thema Menschenrechte und sexuelle Orientierung fand 66 mitunterzeichnende Staaten aus allen Regionen.

Aus menschenrechtlicher Sicht stellt die 63. VN-GV für Österreich und die EU einen Erfolg dar. Zwar kam es wie schon im Vorjahr in vielen Fragen zu einer Blockbildung des „Südens“ gegen den „Norden“, und die Bewegung Blockfreier Staaten und die G-77 konnten aufgrund ihrer Stimmenmehrheit diverse Anliegen gegen den Willen der EU durchsetzen. Nichtsdestotrotz erzielte die EU in Partnerschaft mit anderen Staaten Verhandlungserfolge bei wichtigen Menschenrechtsthemen.

Die traditionelle Resolution über die Rechte des Kindes wurde von der EU wieder gemeinsam mit der Gruppe lateinamerikanischer Staaten (GRULAC) eingebracht und mit 180 zu einer Stimme angenommen; eine Konsensannahme scheiterte am Widerstand der USA. Die Resolution drängt zur raschen Ernennung des während der 62. VN-GV eingerichteten Sonderbeauftragten zu Gewalt gegen Kinder und erneuert das Mandat der Sonderbeauftragten zu Kindern in bewaffneten Konflikten für weitere drei Jahre. Weiters nahm die VN-GV eine von der EU eingebrachte Resolution zu Fragen der religiösen Intoleranz an, die sich am Bericht der VN-Sonderberichterstatterin über Religions- und Glaubensfreiheit Asma Jahangir (Pakistan) orientiert. Die von der OIC eingebrachte Resolution zu Diffamierung von Religionen lehnte die EU ab.

*Menschenrechte in den Vereinten Nationen*

Mit der Annahme der von Portugal eingebrachten Resolution betreffend ein Zusatzprotokoll zum Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, welches einen Individualbeschwerdemechanismus einrichtet, kann dieses zur Unterzeichnung aufgelegt werden. Die von Mexiko eingebrachte Resolution zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, welche zur Unterzeichnung bzw. Ratifikation durch Staaten aufruft, wurde ebenfalls angenommen.

Im Gender-Bereich wurde neben einer Resolution zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), die unter anderem die Modalitäten des CEDAW-Ausschusses neu regelt, eine Resolution zu Gewalt gegen Frauen angenommen. Darüber hinaus wurde eine von den USA eingebrachte Resolution verabschiedet, die Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt als Mittel staatlicher Politik verurteilt.

Österreich brachte Resolutionen zum Schutz der Rechte von Angehörigen ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten und zu Menschenrechten in der Justizverwaltung sowie eine Entscheidung zu Minderheitenrechten ein, die im Konsens angenommen wurden.

### **3. Die Frauenstatuskommission**

Die 52. Tagung der Frauenstatuskommission (**FSK**) in New York vom 25. Februar bis 7. März stand unter dem Thema „Finanzierung der Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen“. Neben Schlussfolgerungen zum Hauptthema wurden Resolutionen zu Frauen, Mädchen und HIV/Aids, zur weiblichen Genitalverstümmelung, zur Stärkung des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau (INSTRAW) und zu Frauen und Kindern in Geiselhaft ohne Abstimmung angenommen. Bei der Annahme der in der Vergangenheit von der EU immer unterstützten Resolution zur Situation von und Unterstützung für palästinensische Frauen konnte erstmalig keine gemeinsame EU-Haltung erreicht werden.

VN-GS Ban Ki-moon lancierte im Rahmen der diesjährigen FSK eine Kampagne zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen, die die öffentliche Meinung mobilisieren, den politischen Willen sichern und mehr Ressourcen zur Bewältigung dieses Problems gewährleisten soll. Eine interaktive Sachverständigengruppe befasste sich mit dem Thema „Klimawandel aus der Geschlechterperspektive“.

### **4. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**

Anlässlich des 60. Jahrestags der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember sowie des 15. Jubiläums der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte veranstaltete das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit

*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und dem Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC) am 28. und 29. August die internationale Fachkonferenz in Wien „Global Standards – Local Action“ (Weltweite Standards – Handeln vor Ort). Dabei entwickelten mehr als 130 führende MenschenrechtsexpertInnen aus allen Regionen konkrete Empfehlungen zur besseren Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards auf lokaler Ebene, welche von Österreich im Herbst im VN-Menschenrechtsrat und in der VN-GV eingebracht wurden.

#### **IV. Menschenrechte in der OSZE**

Siehe Kapitel B.II.3.

#### **V. Menschenrechte im Europarat**

Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen des Europarats stützt sich im Wesentlichen auf die EMRK und die Tätigkeit des EGMR. Das Anwachsen der Mitgliedstaaten des Europarats von 23 im Jahr 1989 auf 47 im Jahr 2008 sowie die breitere Öffentlichkeitswirkung des Menschenrechtssystems gingen mit einer deutlichen Zunahme der Beschwerden einher. Wurden im Jahr 1989 rund 4.000 Individualbeschwerden eingebracht, so waren es 2008 rund 50.000. Davon sind durchschnittlich 92 % unzulässig. Dennoch kann der EGMR nicht mehr als etwa 30.000 Fälle jährlich abschließen. Um die Funktionsfähigkeit dieser für den Schutz der Menschenrechte in Europa zentralen Instanz aufrecht zu erhalten, nahm das Ministerkomitee des Europarats anlässlich der 114. Ministertagung am 12. Mai 2006 den Text des Protokolls Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten an. Aufgrund der noch ausstehenden Ratifizierung durch Russland kann die umfassende Reform nicht begonnen werden.

Der seit 2006 amtierende **Europäische Kommissar für Menschenrechte** Thomas Hammarberg (Schweden) führte Besuche in Armenien, Belgien, Georgien, Italien, Mazedonien, Monaco, Montenegro, den Niederlanden, Russland, San Marino, Serbien und Zypern durch. Seine Aufgabe ist die Beratung und Bewusstseinsbildung in den Mitgliedstaaten.

Der Franzose Jean-Paul Costa ist seit 2007 Präsident des EGMR; Elisabeth Steiner ist seit 2001 die österreichische RichterIn am EGMR; Dieter Wolfgang Halwachs ist seit 2008 Mitglied in der Expertengruppe der Europäischen Charta für regionale und Minderheitensprachen. Hans Knitel ist Richter am Verwaltungsgericht. Stefan Karner ist Mitglied in der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI).

## VI. Das Netzwerk Menschliche Sicherheit

Das Netzwerk Menschliche Sicherheit (**HSN**) ist eine überregionale, themenübergreifende und aktionsorientierte Interessengemeinschaft von **zwölf Staaten** (Chile, Costa Rica, Griechenland, Irland, Jordanien, Kanada, Mali, Norwegen, Österreich, die Schweiz, Slowenien und Thailand sowie Südafrika als Beobachter), die 1998/1999 im Zuge des Ottawa-Prozesses zur Erarbeitung der Antipersonenminen-Verbotskonvention entstand. Der Vorsitzwechsel erfolgt jährlich. Das Konzept der menschlichen Sicherheit stellt die Sicherheitsbedürfnisse der/des Einzelnen in den Mittelpunkt. Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht und Flüchtlingsrecht sind wesentliche Fundamente menschlicher Sicherheit. Das HSN konzentriert sich auf folgende Themen: Landminen, Kleinwaffen, Kinder und bewaffnete Konflikte, Frauen, Frieden und Sicherheit, Menschenrechtsbildung, Dialog der Zivilisationen sowie seit kurzem die Auswirkungen des Klimawandels auf besonders gefährdete Personengruppen. Österreich hatte während seines Vorsitzes von Juli 2002 bis Mai 2003 Menschenrechtsbildung sowie Kinder und bewaffnete Konflikte zu Schwerpunktthemen gemacht, zu denen unter anderem ein mittlerweile in fünfzehn Sprachen übersetztes HSN-Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“ sowie ein Trainingscurriculum zur Stärkung der Kinderrechte erarbeitet wurden.

Das **Ministertreffen** in Athen am 29. und 30. Mai widmete sich dem Schwerpunktthema des griechischen Vorsitzes: Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschliche Sicherheit und die Entwicklungszusammenarbeit. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Auswirkungen auf Frauen und Kinder. Das gewählte Schwerpunktthema des nachfolgenden Vorsitzlands Irland ist Gewalt gegen Frauen.

## VII. Schwerpunktthemen

### 1. Menschenrechte von Kindern

Die Förderung und der Schutz der Rechte von Kindern sind ein zentrales Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich unterstützte auf VN-Ebene die Schaffung eines Sonderbeauftragten zum Thema Gewalt gegen Kinder und war an der Ausarbeitung von **EU-Leitlinien über die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes** beteiligt. Die dazu ausgearbeitete Umsetzungsstrategie legt ihren Schwerpunkt ebenfalls auf den Schutz von Kindern vor Gewalt.

Österreich setzt sich seit vielen Jahren für die Verankerung eines weltweiten Verbots der Einziehung oder dem Einsatz von KindersoldatInnen ein. Österreich hat sich auf der Pariser Konferenz „Befreien wir die Kinder vom Krieg“ im Jahr 2007 an die „Pariser Grundsätze und Verpflichtungen“ gebunden, die den rechtlichen Rahmen für die weltweite Allianz gegen den Einsatz von KindersoldatInnen vorgeben. Beim zweiten Nachfolgetreffen zu dieser Kon-

*Der internationale Schutz der Menschenrechte*

ferenz am Rande der 63. VN-GV in New York am 26. September trafen auf Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft und UNICEF 75 Staaten zur Evaluierung der Umsetzung der „Pariser Grundsätze und Verpflichtungen“ zusammen. Dabei wurden alle Staaten aufgerufen, die „Pariser Grundsätze und Verpflichtungen“ zu unterstützen und zu unterzeichnen.

Österreich beheimatet mit dem Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) eines der führenden Ausbildungszentren für den Schutz von Kindern. Seit 2006 nahmen mehr als 100 TeilnehmerInnen aus über 40 Ländern an den Kursen teil.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten führte Ausbildungsprogramme für die österreichischen TeilnehmerInnen an EUFOR Tschad/RCA durch, die vor allem auf den Schutz von und den Umgang mit Kindern in bewaffneten Konflikten eingingen. In zahlreichen Staaten unterstützt Österreich Projekte zur Reintegration von KindersoldatInnen und anderen betroffenen Kindern durch Beiträge an VN-Organisationen oder im Wege der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

## 2. Menschenrechte von Frauen

Die Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und der Schutz von Frauen, die sich für die Menschenrechte anderer einsetzen, stellen ein besonderes Anliegen der österreichischen Außenpolitik dar.

Österreich beteiligte sich aktiv an den beiden offenen Debatten des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit im Juni und Oktober. Am 18. Juni verabschiedete der **VN-SR Resolution 1820 (2008)** zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten. Diese Resolution ist fast acht Jahre nach Annahme von Resolution 1325 (2000) die zweite Resolution des VN-SR zum Thema Frauen, Frieden und Sicherheit und fordert die Beendigung von systematischer sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten.

Der vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten koordinierte erste Umsetzungsbericht zum im Vorjahr angenommenen österreichischen nationalen Aktionsplan 1325 wurde im Oktober dem Ministerrat vorgelegt und an das Parlament weitergeleitet. Er führt die von Österreich gesetzten Maßnahmen zur Förderung der Einbindung von Frauen in Friedensprozessen und zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten an.

Bundesministerin Ursula Plassnik nahm an hochrangigen Treffen des internationalen Netzwerks von Frauen in führenden Positionen in Athen, Brüssel und New York teil. Ihr Vorschlag für eine Überprüfung der Umsetzung von Resolution 1325 (2000) des VN-SR zehn Jahre nach deren Annahme wurde vom Netzwerk aufgegriffen, und dem VN-GS wurde die Abhaltung einer hochrangigen VN-Konferenz im Jahr 2010 vorgeschlagen.

*Schwerpunkthemen*

Staatssekretär Hans Winkler traf am Rande des EU-LAC-Gipfels in Lima im Mai Menschenrechtsverteidigerinnen aus Peru. Weiters regte Österreich die Ausarbeitung von EU-Leitlinien zu Frauenrechten mit Schwerpunkt Gewalt gegen Frauen an und brachte sich aktiv in der mit deren Ausarbeitung beauftragten EU Task Force ein.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung wurden Menschenrechtsseminare mit dem Schwerpunkt Frauen und Kinder in Konfliktsituationen für alle Mitglieder des österreichischen Kontingents bei EUFOR Tchad/RCA durchgeführt. Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung und NATO International Staff wurde die internationale Konferenz „Women in Armed Conflicts – The Implementation of UNSCR 1325“ (Frauen in bewaffneten Konflikten – die Umsetzung von Sicherheitsratsresolution 1325) in Wien am 19. Februar organisiert. Im Herbst fand im ÖSFK der erste Spezialisierungskurs zu Frauen in bewaffneten Konflikten statt.

Österreich leistete Beiträge an UNIFEM zur Förderung der Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des VN-SR in Nepal in der Höhe von 150.000 Euro und an den Antigewaltfonds der VN in der Höhe von 200.000 Euro, unterstützte die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe der VN über Gewalt gegen Frauen mit 150.000 Euro sowie ein UNFPA/UNICEF-Projekt zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung im südlichen Afrika mit 100.000 Euro.

### 3. Kampf gegen Rassismus

Am 28. November wurde der **Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** von den EU-JustizministerInnen verabschiedet. Im Mittelpunkt steht das Verbot des öffentlichen Aufrufs zu Gewalt und Hass gegen Menschen anderer Rasse, Hautfarbe, Religion oder nationaler wie auch ethnischer Abstammung. Der Rahmenbeschluss sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Straftaten mit rassistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund angleichen. Künftig wird es eine verbindliche, europaweite Harmonisierung von Mindeststandards betreffend die Strafbarkeit des Verbreitens von rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen geben.

Im Rahmen der 61. VN-GV (2006) wurde die Abhaltung einer **Überprüfungskonferenz zur Weltkonferenz gegen Rassismus** von Durban im Jahr 2001 beschlossen. Diese soll die Umsetzung der Vorschläge der Weltkonferenz überprüfen. Das vom MRR eingesetzte Vorbereitungskomitee beschäftigte sich vor allem mit organisatorischen Fragen und dem Programm der in Genf vom 20.–24. April 2009 stattfindenden Überprüfungs-konferenz.



#### 4. Minderheitenschutz

Österreich war die Einrichtung eines Gremiums für ethnische, religiöse und sprachliche Minderheiten im Rahmen des MRR und der Schutz ihrer Rechte ein großes Anliegen. Auf Initiative Österreichs wurde ein **Forum über Minderheitenfragen** eingerichtet, das einmal jährlich in Genf tagt und Maßnahmen zur weiteren Umsetzung der 1992 von der VN-GV verabschiedeten Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören, festlegen soll. Jedes Jahr soll dafür ein anderes Thema im Minderheitenbereich als Schwerpunkt angesprochen werden. Das erste Treffen des Forums am 15. und 16. Dezember widmete sich dem Thema „Minderheiten und das Recht auf Bildung“ und war von der unabhängigen Expertin für Minderheitenfragen des MRR Gay McDougall inhaltlich vorbereitet worden. Unter den mehr als 200 TeilnehmerInnen waren neben VertreterInnen von Staaten und internationalen Organisationen auch VertreterInnen von NRO und ExpertInnen zu Minderheitenfragen gleichberechtigt vertreten. Gay McDougall wird im Rahmen ihres Jahresberichts an den MRR im März 2009 über die am Forum erarbeiteten Empfehlungen berichten.

#### 5. Binnenvertriebene

Der Schutz von Binnenvertriebenen zählt seit mehr als zehn Jahren zu den Prioritäten der österreichischen Menschenrechtspolitik. Schon bei der sechsten Tagung des MRR in Genf wurde die von Österreich eingebrachte Resolution zur Erneuerung des Mandats des **Sonderbeauftragten der VN für Binnenvertriebene** im Konsens angenommen und damit dem Mandatsinhaber Walter Kälin eine Fortführung seiner Arbeit bis 2010 ermöglicht. In Ausübung seines Mandats besuchte Sonderbeauftragter Kälin Bosnien und Herzegowina, Georgien, Honduras, Kenia, Kolumbien, die Demokratische Republik Kongo, Madagaskar, Mosambik, Sri Lanka und Timor-Leste und wies auf die Bedeutung der Rechte von Binnenvertriebenen, etwa auf Unterkunft, einen adäquaten Lebensstandard, Gesundheitsversorgung, Bildung sowie Sicherheit, für einen dauerhaften Frieden hin.

Österreich unterstützte die Erstellung des Handbuchs „Protecting Internally Displaced Persons: A Manual for Law and Policymakers“ (Binnenvertriebene schützen: Ein Handbuch für EntscheidungsträgerInnen in der Gesetzgebung und Politik).

#### 6. Menschenrechtsbildung

Die VN-GV erklärte am 10. Dezember das Jahr 2009 zum internationalen Jahr des Menschenrechtslernens mit dem Ziel, die Förderung und den Schutz



*Schwerpunktt Themen*

aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, zu stärken.

Mit dem **Handbuch zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte verstehen“** stellt Österreich ein weltweit verwendetes Instrument zur Verfügung, das im Bericht der Allianz der Zivilisationen besondere Anerkennung fand. Das Handbuch wurde bereits in fünfzehn Sprachen übersetzt und kommt im Europäischen Regionalen Masterprogramm für Demokratie und Menschenrechte in Sarajewo und im Europäischen Masterprogramm für Menschenrechte und Demokratie in Venedig zum Einsatz. Die arabische Version wurde auf der Dialogkonferenz zwischen der EU und der Liga der Arabischen Staaten in Wien vom 17.–19. Dezember vorgestellt. Die Trainingsmaterialien sind auf der ETC-Webseite einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

## 7. Humanitäres Völkerrecht

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gab gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz auf der 30. internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz 2007 die Zusage ab, Veranstaltungen zu aktuellen Fragen des humanitären Völkerrechts abzuhalten. Am 15. September 2008 fand in Wien ein Seminar mit dem Titel „Ein rechtliches schwarzes Loch?“ statt, welches dem Thema Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht im Kontext der Bekämpfung des Terrorismus gewidmet war.

Aus Anlass des 140. Jahrestags des ältesten Abrüstungsvertrags der Welt, der Erklärung von St. Petersburg über das Verbot von Dum-Dum-Geschossen fand in St. Petersburg am 24. November eine Konferenz statt, auf der Vizepräsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth die Bedeutung der Konventionen gegen Anti-Personenminen und gegen Streumunition hervorhob.

## **H. Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen**

### **I. Wanderungs- und Flüchtlingsfragen**

#### **1. Migrations- und Flüchtlingsbewegungen**

Umweltzerstörung und Klimawandel gewinnen als Auslöser für die weiter steigende Migration neben anderen Ursachen wie politischen Konflikten, wirtschaftlicher Instabilität, globalen wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Disparitäten sowie erleichterten Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten besonders an Bedeutung. UNHCR schützte und unterstützte 31,7 Millionen Menschen: Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen, Asylsuchende, Rückkehrende, Staatenlose und Binnenvertriebene. Schätzungen zufolge beträgt die Gesamtzahl aller Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen weltweit etwa 37,4 Millionen Menschen.

Das zweite Treffen des Globalen Forums über Migration und Entwicklung fand in Manila vom 27.–30. Oktober unter dem Motto „Schutz von MigrantInnen und Stärkung ihrer Stellung im Dienste der Entwicklung“ statt. Erörtert wurde insbesondere, wie der Kreislauf von immer stärker werdenden Beschränkungen legaler Migrationsmöglichkeiten und steigender illegaler oder irregulärer Migration zur Verbesserung der Situation von MigrantInnen, im Herkunftsland und im Zielland durchbrochen werden kann. Auf dem Gipfeltreffen der EU und ihrer Mittelmeerpartnerländer in Paris am 13. Juli wurde in einer Gemeinsamen Erklärung festgehalten, dass legale Migration erleichtert und die Wechselwirkungen zwischen Migration und Entwicklung gefördert werden sollen (siehe auch Kapitel A.VI.7.3.).

#### **2. Migrations- und Flüchtlingspolitik in Österreich**

Österreich legt in seiner Migrations- und Flüchtlingspolitik Wert auf einen umfassenden Ansatz, der politische, menschenrechtliche und entwicklungspolitische Aspekte berücksichtigt. Obwohl die Migration aus dem Mittelmeerraum auch in Österreich spürbar ist, bleibt Österreich in erster Linie von der Ost-West-Migration betroffen. Österreich unterstützt auf EU-Ebene den globalen Ansatz zur Migration, der sowohl die Migrationsströme über das östliche und westliche Mittelmeer als auch jene über Ost- und Südosteuropa berücksichtigt und trägt durch finanzielle, personelle und materielle Beiträge zur EU-Außengrenzschutzagentur FRONTEX bei.

Die Europäische Kommission stellte am 3. Dezember in Umsetzung der europäischen Asylstrategie und des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl Vorschläge zur Änderung der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen für AsylwerberInnen, der Dublin-Verordnung und der EURODAC-

*Internationale Drogenkontrolle*

Verordnung (Vergleich von Fingerabdrücken zum Zwecke der effektiven Anwendung des Dubliner Übereinkommens) vor. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zielen darauf ab, das Asylsystem der EU insgesamt leistungsfähiger zu machen. Österreich tritt seit längerem für ein gemeinsames europäisches Asylsystem ein.

Die Zahl der Asylanträge in Österreich betrug im Jahr 2008 12.809; dies entspricht gegenüber 2007 einem Plus von 7,45 %. Die Zahl der Erledigungen von Asylverfahren betrug 14.862, davon wurden 3.512 positiv und 7.748 Verfahren negativ erledigt. Die übrigen Verfahren wurden eingestellt oder gegenstandslos bzw. wurden die Anträge zurückgezogen oder zurückgewiesen. Bei den Herkunftsländern stand Russland mit 3.436 Asylanträgen an der Spitze, gefolgt von Afghanistan (1.365), Kosovo (883), Serbien (819), Nigeria (535), Georgien (513), Irak (494), Türkei (418), Somalia (392) und Armenien (361).

### **3. Die Internationale Organisation für Migration**

Die Internationale Organisation für Migration (**IOM**) wurde 1951 unter dem Namen „Interregierungskomitee für Europäische Migration“ (ICEM) mit dem Ziel gegründet, in der Nachkriegszeit die Flüchtlinge und vertriebenen Personen in Europa zu betreuen. IOM tritt für eine humane und geregelte Migrationspolitik ein und sieht heute ihre Hauptaufgabe in der Unterstützung von MigrantInnen sowie von Regierungen bei der Bewältigung von Migrationsprozessen. Als bedeutendste internationale Organisation in Migrationsfragen ist IOM in 134 Staaten tätig, beschäftigt weltweit rund 6.900 MitarbeiterInnen und zählt 125 Mitgliedstaaten, darunter alle EU-Mitgliedstaaten.

Das IOM-Büro in Wien ist zugleich „Nationaler Kontaktpunkt Österreich“ des von der Europäischen Kommission im Jahr 2003 geschaffenen Europäischen Migrationsnetzwerks und arbeitet eng mit den betroffenen österreichischen Institutionen zusammen.

## **II. Internationale Drogenkontrolle**

Der Drogenmissbrauch bleibt weiterhin eine weltweite Herausforderung, welche das Büro der VN für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (**UNODC**) in allen Aspekten – Anbau, Produktion, Handel, Konsum und kriminellen Begleiterscheinungen – durch zielgerichtete Maßnahmen im Bereich von Angebots- und Nachfragereduktion zu bewältigen versucht.

Österreich unterstützt die Anstrengungen der VN bei der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Basis der Grundsätze, die auf der Sondertagung der VN (UNGASS) im Jahr 1998 beschlossen worden sind, insbesondere die Notwendigkeit eines ausgewogenen Ansatzes gegenüber Drogen auf der Grundlage der Menschenrechte. Die Suchtgiftkommission der

*Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen*

VN (**CND**) ist das federführende Organ im Rahmen des 1998 begonnenen UNGASS-Prozesses. Im Vorfeld der 51. CND fand das zehnte hochrangige Treffen des Koordinations- und Kooperationsmechanismus in Drogenfragen EU-LAC in Wien am 4. und 5. März statt, an dem 138 ExpertInnen aus 43 Staaten sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission, UNODC, OAS und der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EUMCDDA) teilnahmen. Österreich war an der Ausarbeitung der „**Hofburg-Erklärung**“ maßgeblich beteiligt.

Die 51. CND im März evaluierte die von den Mitgliedstaaten gesetzten Maßnahmen und richtete zur Erreichung der Vorgaben der 20. UNGASS fünf Arbeitsgruppen ein. Anlässlich der 51. CND erklärte UNODC-Generaldirektor Antonio Maria Costa, dass das Weltrogenproblem eingedämmt, jedoch nicht gelöst sei. Die Annahme von 21 Resolutionen auf der 51. CND unterstreicht die Bedeutung, welche die Mitgliedstaaten dem internationalen Drogenproblem beimessen.

Auch das Thema **HIV/AIDS** ist für die Arbeit von UNODC nach wie vor von großer Bedeutung: Zum einen stellt der intravenöse Drogenmissbrauch in vielen Regionen der Welt, etwa in Osteuropa, Russland und Südostasien, die Hauptursache der Verbreitung dieser Immunschwächekrankheit dar; zum anderen verbreitet sich HIV/AIDS vor allem auch in Haftanstalten. Die 51. CND wies erneut auf das gehäufte Auftreten von HIV/AIDS entlang der Opiumhandelsrouten hin und bestätigte die Rolle von UNODC als federführendes Organ innerhalb der VN in der Bekämpfung von HIV/AIDS.

Das 6. Treffen der Beratungsgruppe für Grundsatzfragen im Rahmen der **Initiative des Pariser Pakts** fand in Wien am 15. und 16. Dezember statt. Mit dem Pariser Pakt wurde 2003 eine Initiative geschaffen, die den Kampf gegen die Verbreitung von afghanischem Heroin von der Produktion über den Transit bis hin zum Verbrauch zwischen den Mitgliedstaaten abstimmen soll. Weiters zielt die Initiative darauf ab, Konsultationsmechanismen für die betroffenen Staaten bzw. Anrainerstaaten einzurichten, sowie Daten in der Datenbank zur Geberkoordinierung (ADAM) zu sammeln und auszuwerten.

Der Ständige Ausschuss des Internationalen Suchtstoff-Kontrollamts (**INCB**) prüfte das weltweite Angebot an und die Nachfrage nach Suchtgiften und psychotropen Substanzen für medizinische Zwecke und legte für jedes Land entsprechende Quoten fest.

### III. Internationale Verbrechenverhütung

Österreich verfolgt eine Strategie der Stärkung der Arbeit von UNODC auch im Bereich der Verbrechenverhütung und der Strafrechtspflege und tritt vor allem in der Kommission der VN zur Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege (**CCPCJ**) für eine Stärkung des Sekretariats sowie eine stetige Ausweitung seines Mandats innerhalb des vorgegebenen Rahmens ein.

*Internationale Verbrechenverhütung*

Die 17. CCPCJ vom 14.–18. April war dem Thema Gewalt gegen Frauen gewidmet. Weitere thematische Tagesordnungspunkte waren Strafrechtspflege, Korruptions- und Terrorismusbekämpfung sowie transnational organisierte Kriminalität. Österreich erreichte im Rahmen seines Engagements zur Förderung der **Terrorismusprävention und -bekämpfung** in den VN die Aufnahme des Themas Terrorismus in die Tagesordnung des 2010 in Brasilien stattfindenden Zwölften Kongresses für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege und stärkte dadurch die von Österreich mitaufgebaute Unterabteilung Terrorismusverhütung (**TPB**) von UNODC. TPB konnte ihr Mandat im Rahmen der VN-weiten Arbeitsteilung in der Terrorismusbekämpfung erfolgreich erfüllen und ist eine der am besten funktionierenden VN-Einheiten im Bereich der technischen Hilfe für den Aufbau der Kapazitäten zur Terrorismusabwehr. Die Arbeitsteilung im Terrorismusbereich zwischen New York (politisch) und Wien (technisch) bewährte sich.

Auf der 63. VN-GV erfolgte die erste zweijährliche Überprüfung der Umsetzung der **Weltweiten Strategie der VN zur Bekämpfung des Terrorismus**. Eine im Konsens angenommene Resolution bekräftigt ihre Geltung und hebt die Verantwortung der VN-Mitgliedstaaten zu ihrer Umsetzung auf integrierte Weise und in allen ihren Aspekten, die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit sowie die zentrale Rolle der VN in der Terrorismusbekämpfung hervor. Dieser Überprüfung war im Jahr 2007 das 2. Wiener Terrorismussymposium vorausgegangen, das sich unter hochrangiger Beteiligung der VN der Umsetzung der Strategie gewidmet hatte. Österreich unterstützte diese Umsetzung durch Initiativen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und menschliche Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit sowie Dialog der Kulturen. Österreich ist einer der größten Geber des UNODC-Programms zum Aufbau der rechtlichen Kapazitäten der Staaten und förderte spezifische Seminare für Entwicklungsländer, etwa die Teilnahme von Kleinen Inselstaaten am hochrangigen UNODC-Expertenseminar zum Maritimen Terrorismus in Wien vom 14.–16. Juli. Darüber hinaus leistete Österreich einen freiwilligen Beitrag zur Finanzierung der Aktivitäten des Arbeitsstabs Terrorismusbekämpfung (**CTITF**), der zur Unterstützung der Mitgliedstaaten und Koordination der VN-Akteure bei der Umsetzung der Strategie eingerichtet wurde. Ein allen CTITF-Mitgliedern zur Verfügung stehendes Informationssystem ist in Ausarbeitung, um die Koordination und Hilfeleistungen der verschiedenen VN-Organisationen in diesem Bereich zu verbessern.

Der Menschenhandel entwickelt sich zunehmend zu einem weltweiten Problem, das nur auf globaler Ebene und im internationalen Kontext bekämpft werden kann. Laut ILO werden jährlich 2,4 Millionen Menschen zu Opfern von Menschenhandel, vorwiegend Frauen und Kinder. Österreich unterstützt die von UNODC organisierten Projekte und Veranstaltungen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels: Der Höhepunkt war das im Rahmen der Globalen Initiative der VN zur Bekämpfung des Menschenhandels (UN.

*Die humanitäre Dimension in den internationalen Beziehungen*

GIFT) abgehaltene **Wiener Forum zur Bekämpfung des Menschenhandels** vom 13.–15. Februar unter der Teilnahme von rund 1.200 ExpertInnen aus 116 Ländern sowie von Persönlichkeiten aus Film und Musik.

Der österreichische Ansatz bei der Bekämpfung des Menschenhandels beinhaltet nationale Koordination, Prävention, Opferschutz, Strafverfolgung und internationale Zusammenarbeit. Neben der Ratifizierung aller relevanten internationalen Verträge wurde 2004 unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten die **Task Force Menschenhandel** zur Koordinierung der österreichischen Aktivitäten, einschließlich Information, zur frühzeitigen Erkennung von Trends sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit aller Beteiligten eingerichtet. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem Schutz von Kindern. Diesem Thema war die nationale Konferenz „Kinder sind keine Ware – Gemeinsam gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern“ in Wien am 2. Oktober gewidmet. Darüber hinaus setzt sich das Ministerium in mehr als 100 Ländern für die Bekämpfung des Menschenhandels ein: Alle österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland wurden aufgefordert, aktiv Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu setzen; auch zahlreiche Projekte der OEZA zielen auf die Förderung der Rechte von Opfern von Menschenhandel ab. Zur Bekämpfung des Menschenhandels auf nationaler Ebene wurde bereits im Jahr 2007 ein **Nationaler Aktionsplan gegen den Menschenhandel** für den Zeitraum bis 2008 beschlossen. Im Jahr 2008 fanden Verhandlungen über den zweiten Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels für den Zeitraum 2009–2011 für die Beschlussfassung durch die österreichische Bundesregierung statt.

#### **IV. Der Internationale Strafgerichtshof**

Der in Den Haag angesiedelte Internationale Strafgerichtshof (**IStGH**) ist ein durch das Römer Statut von 1998 geschaffenes ständiges und unabhängiges Gericht. Seine Jurisdiktion erstreckt sich derzeit auf die Tatbestände Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, sofern diese nach dem Inkrafttreten des Römer Statuts am 1. Juli 2002 auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei oder von einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei begangen wurden. In Ausnahmefällen hat der VN-SR die Möglichkeit, eine Situation, auch wenn der betroffene Staat keine Vertragspartei des Römer Statuts ist, dem IStGH zu unterbreiten. Das Römer Statut, dem derzeit 108 Vertragsparteien angehören, normiert eine so genannte komplementäre Jurisdiktion des IStGH: Diese kommt erst dann zum Tragen, wenn die primär zur Aburteilung der Verbrechen zuständigen Staaten entweder nicht willens oder nicht in der Lage sind, die Verbrechen zu untersuchen bzw. zu verfolgen.

Derzeit sind folgende **Situationen** beim IStGH anhängig: Demokratische Republik Kongo, Uganda, Zentralafrikanische Republik und – infolge einer

*Der Internationale Strafgerichtshof*

Zuweisung durch die Resolution 1593 (2005) des VN-SR – Darfur/Sudan. Die einzelnen Verfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien, wobei insbesondere der Vollzug der erlassenen Haftbefehle gegen Führungsmitglieder der LRA, insbesondere Joseph Kony (Uganda-Situation) sowie gegen Ahmad Harun und Ali Kushayb (Sudan-Situation) noch aussteht. Im Mittelpunkt des Interesses stand der vom Chefankläger Luis Moreno-Ocampo am 14. Juli gestellte Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Hassan Ahmed Al Bashir. Es handelt sich um den ersten Fall vor dem IStGH, in dem gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt vorgegangen wird.

Die **Siebente Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts**, die in Den Haag vom 14.–22. November tagte, befasste sich mit dem Vorbereitungsprozess für die 2010 stattfindende erste Überprüfungskonferenz. Wesentlichste inhaltliche Aufgabe der Überprüfungskonferenz wird die Frage sein, ob bzw. in welcher Form der IStGH auch die Gerichtsbarkeit über das Verbrechen der Aggression ausüben können soll. Hinsichtlich des Tagungsorts wurde zugunsten von Kampala (Uganda) entschieden, nicht zuletzt, weil alle derzeitigen Fälle des IStGH Afrika betreffen. Ferner traf die Versammlung wesentliche Entscheidungen für die Errichtung des ständigen Amtssitzes des IStGH und genehmigte dessen Haushaltsplan für 2009. Mit der Übernahme des Vorsizes der Versammlung der Vertragsstaaten durch den Liechtensteiner Christian Wenaweser ist erstmals ein Europäer in dieser Funktion tätig.

Österreich gehört zu den traditionellen Unterstützern des IStGH. Es schloss als erster Vertragsstaat mit dem IStGH ein **Abkommen über den Vollzug von Freiheitsstrafen** ab und unterstützt aktiv die Einrichtung einer völkerrechtlichen Datenbank im Rahmen des vom Büro des Anklägers des IStGH initiierten Projekts „**Legal Tools**“. Dieses Projekt dient der Vernetzung strafrechtlicher und strafprozessrechtlicher Informationen sowie einschlägiger gerichtlicher Entscheidungen und wissenschaftlicher Kommentare.



# I. Multilaterale Wirtschaftspolitik

## I. Die Welthandelsorganisation

In der Welthandelsorganisation (WTO) sind die Themen **Landwirtschaft und Industriegüter** die Kernpunkte einer künftigen Einigung in den Verhandlungen über die Entwicklungsagenda von Doha (DDA). Nach wie vor gilt es, eine Balance zwischen der Verringerung der handelsverzerrenden nationalen Stützungen bzw. der Senkung der Einfuhrzölle bei landwirtschaftlichen Gütern einerseits sowie einer Zollreduktion beim nicht-agrarischen Marktzugang (NAMA) andererseits auszuhandeln. Die Überwindung dieser Zielkonflikte im „magischen Dreieck“ zwischen den USA, Europa/Japan und den Entwicklungsländern, insbesondere den Schwellenländern Brasilien, China und Indien, gelang zwar nicht, doch wurden wesentliche Fortschritte erzielt.

Die Vorsitze der Verhandlungsgruppen zu den beiden Schlüsseldossiers legten im Februar und im Mai überarbeitete Texte als **Grundlage für einen künftigen Kompromiss** vor. Besonders die Version des Landwirtschaftstexts vom Mai brachte in entscheidenden Fragen Annäherungen. WTO-Generaldirektor Pascal Lamy sah sich daher ermutigt, im Juli zu einem eingeschränkten Ministertreffen für eine Einigung über die Modalitäten betreffend Landwirtschaft und NAMA nach Genf zu laden.

Vom 20.–30. Juli versuchten rund 35 MinisterInnen aus Schlüsselländern, ein ausgewogenes Ergebnis zu erzielen. Trotz weitgehender Übereinstimmung scheiterte das Unterfangen letztlich an der zuvor wenig beachteten Frage der **Schutzmaßnahmen für Entwicklungsländer** im Schlüsseldossier Landwirtschaft: Indien und China auf der einen Seite sowie die USA auf der anderen konnten sich darüber nicht einigen. Auch kam das Thema **Baumwollsubventionen** nicht zur Sprache, das besonders für die afrikanischen Produzenten von großem Interesse ist. In der abschließenden Sitzung sprachen sich die WTO-Mitglieder einhellig für eine Fortführung der DDA aus, da bereits viel erreicht worden sei und eine umfassende Lösung in Greifweite erscheine.

Nach der Sommerpause waren Versuche der weiteren Annäherungen in den noch offenen Punkten von der Frage der Handlungsfähigkeit der USA im Lichte des Wahljahrs überschattet. Das klare Bekenntnis für einen raschen Abschluss der Doha-Runde der G-20 in Washington am 15. November im Gefolge der weltweiten Finanzkrise nährte eine Zeit lang die Hoffnung, ein abermaliges Ministertreffen im Dezember könne den Durchbruch herbeiführen. Da aber die realen Verhandlungsfortschritte mit den Erwartungen nicht Schritt halten konnten und ein neuerlicher Fehlschlag für das gesamte WTO-Handelssystem riskant erschien, sah Generaldirektor Lamy schließlich von einem Treffen ab. Mit der Vorlage überarbeiteter Texte wurde aber der **Verhandlungsstand** festgeschrieben, insbesondere die Fortschritte des Ministertreffens im Juli.



*Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*

Die übrigen DDA-Verhandlungsbereiche traten gegenüber Landwirtschaft und Industriegütern weitgehend in den Hintergrund. Während der Bereich **Dienstleistungen** noch im Rahmen des Ministertreffens im Juli behandelt wurde, konnte bei anderen Themen wie Handelserleichterungen oder Regeln für Antidumping und Fischereisubventionen wenige Fortschritte festgestellt werden.

Die von der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im Jahre 2005 ins Leben gerufene – und von der Doha-Runde abgekoppelte – **Initiative „Hilfe für Handel“** wurde weiterentwickelt. Das Hauptaugenmerk lag auf der Umsetzung. Die ursprünglich für November vorgesehene jährliche Globale Überprüfung der WTO von Hilfe für Handel wurde auf Juni 2009 verschoben. Schließlich trat im Oktober ein wichtiges Instrument der Initiative in Kraft, der Erweiterte integrierte Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder.

Die **Ukraine** und **Kap Verde** traten in der ersten Jahreshälfte der WTO bei, wodurch sich die Anzahl der WTO-Mitglieder auf 153 erhöhte. 29 Länder befinden sich im **Beitrittsverfahren**. Sehr gute Fortschritte erzielte Montenegro, das voraussichtlich 2009 der WTO beitreten wird. Nach einer vorübergehenden Stagnation kamen die Beitrittsverhandlungen mit Serbien wieder in Schwung. Der Beitritt von Russland stagniert, wobei der Georgienkonflikt zu weiteren Komplikationen führte. Der österreichische Ständige Vertreter bei der OECD Wolfgang Petritsch ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe zum Beitritt Bhutans.

## II. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die inhaltliche Arbeit der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**OECD**) erfolgt in etwa 200 Komitees und Arbeitsgruppen, die in der Regel (halb)jährlich in Paris tagen. In sechs dieser Arbeitsgruppen führt Österreich den Vorsitz. Hauptthema der ersten Jahreshälfte war die Inflation, in der Folge die Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern gewann an Bedeutung.

### 1. Internationale Wirtschaft und Finanzen

Die Entwicklung der Rohölpreise sowie die stark gestiegenen Energiepreise schränkten das Wachstumspotential bereits Anfang des Jahres ein. Im Herbst traf die **Finanzkrise** den gesamten OECD-Raum, und die Organisation musste ihre Konjunkturprognosen für viele Mitgliedstaaten drastisch absenken. Ausgehend von verschiedenen multilateralen Initiativen zur Stabilisierung des Finanzsystems, etwa des IWF und des Forums für Finanzstabilität (FSF), erarbeitete die OECD rasch ihre „**strategische Antwort**“ auf die Finanz- und

*Multilaterale Wirtschaftspolitik*

Wirtschaftskrise. Als multilaterale Wirtschaftsorganisation, die regelmäßig Empfehlungen zu struktur- und wirtschaftspolitischen Fragen ausspricht, nimmt die OECD eine wichtige Rolle bei der Analyse von Ursachen und der Ausarbeitung von Lösungsansätzen ein. Die Schaffung transparenter Rahmenbedingungen und verstärkter Regulierungen im Finanzmarktbereich bilden nun neben der laufenden Analyse der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft die zentralen Arbeitsbereiche, selbst wenn die Organisation in der Vergangenheit Liberalisierungsschritte, vor allem im Finanzmarktbereich, anerkennend hervorgehoben hatte. Der Aktionsplan der G-20 verweist im Steuerbereich auf die Arbeiten der OECD.

## 2. Österreichische Schwerpunkte in der OECD

Das Bundeskanzleramt leitete gemeinsam mit der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD, den Bundesministerien und den Sozialpartnern einen Prozess zur Festlegung konkreter **Schwerpunkte** ein. Als langfristige Schwerpunktbereiche, in denen Österreich in der OECD in den kommenden Jahren verstärkt Engagement zeigen soll, wurden die Themen Bildung/Wissensgesellschaft, ausgewählte Bereiche der Ökonomie, des Sozialsystems und des Arbeitsmarkts, Klima/Ressourceneffizienz und Governance identifiziert; als kurz- und mittelfristige Schwerpunktbereiche Finanzmarktkrise, Bildungsreform und Migration. Das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Gesundheit veranstalteten gemeinsam mit der OECD eine Konferenz zum Gesundheitswesen in Österreich, auf der Themen wie Gesundheitsausgaben, Versorgung und mögliche Reformansätze für das österreichische System erörtert wurden. Im Juli fand im Bundeskanzleramt eine Arbeitstagung für Sachverständige zur Kapitalertragssteuer statt.

## 3. OECD-Ministerrat

Hauptthemen der Tagung des Rats der Wirtschafts- und FinanzministerInnen der OECD in Paris am 4. und 5. Juni waren der Klimawandel und die Finanzreform der Organisation. Der OECD-Ministerrat einigte sich auf eine neue, für kleinere und mittlere Mitgliedstaaten nachteilige Beitragskala.

VertreterInnen der fünf Beitrittskandidaten Chile, Estland, Israel, Russland und Slowenien sowie jener fünf Länder, mit denen im Jahr 2007 ein verstärktes Engagement beschlossen worden war (Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika), waren bei allen Tagesordnungspunkten mit Ausnahme der Managementtagenden anwesend.

#### 4. Spezifische Österreich-Prüfungen

Im Rahmen der aktuellen **Wirtschaftsprüfung Österreichs** mit Schwerpunkt Bildungspolitik fand eine erste Mission im Dezember statt. Im Februar wurde eine **Prüfung der österreichischen Energiepolitik** durch die Internationale Energieagentur (IEA) durchgeführt. Trotz von der IEA festgestellten großen Anstrengungen und guten Erfolgen bei Energieeffizienz und erneuerbarer Energie steht Österreich in den drei Hauptbereichen der Energiepolitik (Sicherung der Versorgung, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz) weiterhin großen Herausforderungen gegenüber. 2008/2009 wird auch die **österreichische Entwicklungszusammenarbeit** in einem mehrstufigen Verfahren durch VertreterInnen des DAC und seiner Mitgliedsländer überprüft. Mit den Vorbereitungen zur erstmaligen **Prüfung der österreichischen Regulierungspolitik** wurde begonnen.

#### 5. Ausgewählte Publikationen

Die umfassende Studie „**Mehr Ungleichheit trotz Wachstum?**“ zeichnet die Entwicklung der Einkommensdisparitäten und der Einkommensarmut in den OECD-Ländern in den vergangenen 20 Jahren nach und gibt Aufschluss über die möglichen Ursachen.

Der jährliche Bericht „**Economic Policy Reforms – Going for Growth**“ (Wirtschaftspolitische Reformen – Das Wachstum fördern) enthält Empfehlungen zu nötigen Strukturreformen für jedes OECD-Land sowie für die EU.

Im Mittelpunkt des **Beschäftigungsausblicks 2008** steht die Feststellung, dass die Arbeitsmarktreformen zwar die Erwerbsbeteiligung insgesamt erhöht haben, bestimmte Gruppen wie Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund jedoch noch immer am Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Der **Internationale Migrationsausblick 2008** widmet sich besonders der Frage der temporären Arbeitsmigration (zeitlich begrenzter Aufenthalt von Arbeitskräften).

Die jährliche Publikation „**Bildung auf einen Blick 2008**“ bietet internationale Vergleichsmöglichkeiten im Bildungssektor sowie Analysen über deren Entwicklungen. Nach der PISA-Studie, der wissenschaftlichen Untersuchung der Kenntnisse 15-jähriger Jugendlicher, bewilligten die OECD-Mitglieder ein weiteres Projekt im Bildungsbereich, das Programm zur Erfassung der Kompetenzen der Erwachsenenbevölkerung im Berufsleben (PIAAC).

Der **OECD-FAO-Agrarausblick 2008–2017** geht der Frage nach, welche Faktoren die Agrarpreise und die Landwirtschaftspolitik der kommenden Jahre bestimmen werden. Die Studie bietet Prognosen zur Preisentwicklung auf den Agrarmärkten und analysiert die Auswirkungen der hohen Lebensmittelpreise auf die ärmsten Länder.

*Multilaterale Wirtschaftspolitik*

Der **OECD-Umweltausblick bis 2030** zeigt die Möglichkeiten und die Finanzierbarkeit der Bewältigung ökologischer Herausforderungen wie Klimawandel, Verlust an biologischer Vielfalt, Wassermangel und Gesundheitsschädigungen durch Umweltverschmutzung auf und warnt vor hohen Folgekosten bei politischer Untätigkeit.

Der jährliche **Weltenergieausblick** der bei der OECD angesiedelten IEA, der detaillierte Prognosen für verschiedene Energieträger beinhaltet, prognostiziert eine weltweite Steigerung der Nachfrage nach Primärenergie um jährlich 1,6 % bis 2030.

## **6. Internationale Energieagentur**

Anlässlich des G-8-Gipfels in Japan forderte die Internationale Energieagentur (**IEA**) eine „weltweite Energierevolution“ und warnte vor drohenden Produktionsproblemen infolge von Investitionsstopps und des Rückgangs der jährlichen Ölfördermenge. Maßnahmen zur Förderung von nachhaltigen Energiequellen und energieeffizienten Technologien seien notwendig, um den wirtschaftlichen Aufschwung, die Energiesicherheit und die Einhaltung der Klimaziele zu gewährleisten. Polen wurde als 28. Mitglied in die IEA aufgenommen.

## J. Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik

Auf der Grundlage der Vorgaben der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro (Brasilien) 1992 wurde in den letzten Jahren vieles erreicht: Zahlreiche Konventionen und Rechtsinstrumente, etwa betreffend Klima, Biodiversität, Wüste und gefährliche Chemikalien, wurden verhandelt und ratifiziert, wichtige Prinzipien der Rio-Erklärung fanden Eingang in die nationale und europäische Gesetzgebung, und der **Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung** bestimmt in verstärktem Maß das politische Handeln. Eine große Herausforderung bleibt das Erarbeiten eines internationalen Klimaschutz-Übereinkommens für die Zeit nach dem Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls im Jahr 2012.

### I. Die Weiterverfolgung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg 2002

Auf der 16. Tagung der Kommission für nachhaltige Entwicklung (**CSD-16**) in New York vom 5.–16. Mai standen die Themenbereiche des dritten Umsetzungszyklus der Johannesburg-Agenda im Mittelpunkt: Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Dürre und Wüstenbildung sowie die nachhaltige Entwicklung Afrikas. Die Ernährungs- und die Finanzkrise wurden intensiv erörtert und sollen im Jahr 2009 auf der CSD-17 verstärkt aufgegriffen werden.

### II. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen

Die 10. Sondertagung des **UNEP-Verwaltungsrats** fand gleichzeitig mit dem Globalen Umweltministerforum (**GMEF**) in Monte Carlo vom 20.–22. Februar statt. Dabei wurde die neue mittelfristige Strategie des Umweltprogramms begrüßt, die zur Stärkung von UNEP maßgeblich beitragen wird. Die UmweltministerInnen erörterten zudem die Rolle von UNEP im Kampf gegen den Klimawandel.

### III. Globale Umweltschutzabkommen

Auf dem vierten Treffen der Vertragsparteien zum **Cartagena Protokoll über die biologische Sicherheit** in Bonn vom 12.–16. Mai einigten sich die Parteien, in den kommenden zwei Jahren ein rechtlich verbindliches Instrument zur Haftung und Entschädigung im Schadensfall beim Transport von gentechnisch veränderten Organismen auszuarbeiten.

Vom 19.–30. Mai fand ebenfalls in Bonn die neunte Konferenz der Vertragsparteien zur Konvention über die biologische Vielfalt (**CBD**) statt. Die Kon-

*Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik*

ferenz beschloss die Notwendigkeit der nachhaltigen Produktion und Verwendung von Biotreibstoffen sowie die verstärkte Kooperation mit der Klimarahmenkonvention im Bereich Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt. Anhand eines klaren Fahrplans sollen die Vertragsparteien in den kommenden zwei Jahren das internationale Regime zum Zugang zu genetischen Ressourcen und zum gerechten Vorteilsausgleich ausarbeiten und beschließen.

Die dritte Konferenz der Vertragsparteien der **Aarhus-Konvention** wurde in Riga vom 9.–13. Juni abgehalten. Die Konvention feierte ihr 10-jähriges Bestehen. Die Riga-Erklärung fasst die Errungenschaften sowie die Herausforderungen bei der Anwendung und Weiterentwicklung der Konvention zusammen. Als Hauptergebnis beschloss die Konferenz einen strategischen Plan für den Zeitraum 2009–2014 mit den Zielen der vollständigen Umsetzung, der Erhöhung der Anzahl der Vertragsparteien und der Weiterentwicklung der Konvention. Weiters wurde auch eine Arbeitsgruppe zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung eingerichtet.

Die neunte Konferenz der Vertragsparteien der **Basler Konvention über grenzüberschreitenden Abfall** fand in Nusa Dua (Indonesien) vom 23.–27. Juni statt. Die anwesenden MinisterInnen betonten die Auswirkungen von gefährlichem Abfall vor allem auf die ärmste Bevölkerungsschicht. Im Rahmen der Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung der Konvention sollen in den kommenden Jahren die Anstrengungen zur Inkraftsetzung der Konventionsnovelle bezüglich des Exportverbots von gefährlichem Abfall weiter verstärkt werden. Darüber hinaus wurde beschlossen, den Empfehlungen zur Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Abfall- und Chemikalienkonventionen zu folgen.

Die 60. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (**IWC**) wurde in Santiago de Chile vom 23.–27. Juni abgehalten. Zum ersten Mal fanden EU-Koordinationen dazu statt. Dänemark, das die Interessen Grönlands vertrat, brachte einen Antrag auf Tötung von zehn Buckelwalen ein, der letztlich an der Ablehnung durch alle übrigen EU-Mitgliedstaaten scheiterte.

Die Vertragsparteien des **Rotterdammer Übereinkommens** zum internationalen Handel mit bestimmten Chemikalien tagten in Rom vom 20.–24. Oktober. Auch hier bestätigten die Vertragsstaaten die Empfehlungen zur Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Abfall- und Chemikalienkonventionen. Die Aufnahme der Chemikalien Chrysotilasbest und Endosulfan in die Beobachtungsliste für den Handel mit Chemikalien wurde erneut vertagt, das gefährliche Pestizid Tributylzinn wurde in die Liste aufgenommen.

Die VN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (**UNCCD**) nimmt sich verstärkt der Problematik der Bodenverschlechterung und damit eines Wegfalls der Selbstversorgungsmöglichkeiten der Bevölkerung in benachteiligten Gebieten an. Die mit der Annahme der 10-Jahres-Strategie der Kon-

*Globale Umweltschutzabkommen*

vention für den Zeitraum 2008–2018 bei der Vertragsstaatenkonferenz 2007 einsetzende Dynamik prägte auch die Überprüfungskonferenz in Istanbul vom 3.–14. November.

Das 20. Treffen der Vertragsparteien des **Montrealer Protokolls** über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, fand in Doha (Katar) vom 16.–20. November statt. Nach dem Beschluss der Vertragsparteienkonferenz 2007, die Ausstiegspläne aus teilhalogenierten Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (H-FCKW) zu beschleunigen und für Entwicklungsländer um zehn Jahre vorzulegen, war das zentrale Verhandlungsthema die Wiederauffüllung des Multilateralen Fonds, durch welchen die Entwicklungsländer in ihren Ausstiegsprojekten unterstützt werden. Als weitere Weichenstellungen für das Protokoll wurden Entscheidungen verabschiedet, durch die erstmals Projekte zur Sammlung und Zerstörung Ozon abbauender Stoffe durchgeführt werden können. Als Synergiebeitrag zwischen Montrealer Protokoll und Kioto-Protokoll wird ein Dialog über Alternativen zu Ozon abbauenden Stoffen mit hoher klimaschädlicher Wirkung abgehalten.

Vom 1.–12. Dezember tagten in Posen parallel die 14. Konferenz der Vertragsparteien der VN-Klimarahmenkonvention (**UNFCCC**) und die vierte Konferenz der Vertragsparteien des **Kioto-Protokolls**. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Fortsetzung der Arbeiten an einem internationalen Abkommen für die Zeit nach Ende der ersten Verpflichtungsperiode des Kioto-Protokolls Ende 2012. Die Konferenz führte eine Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeiten zu diesem Thema durch und einigte sich auf ein Arbeitsprogramm für 2009. Während zu einigen technischen Fragen weitere Fortschritte gemacht wurden, konnte in der Frage der Ausdehnung der Abgaben auf Emissionszertifikate für die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern keine Einigung erzielt werden.

## **K. Auslandskulturpolitik**

### **I. Schwerpunkte**

Auslandskulturpolitik versteht sich als eine Zukunftswerkstätte moderner Europa- und Außenpolitik. Sie dient als Grundlage für einen lebendigen Dialog, der Vertrauen bildet und Partnerschaften fördert, um kulturelle Unterschiede besser zu verstehen und zu respektieren. Daher nimmt eine aktiv gestaltete Auslandskulturpolitik einen besonderen Stellenwert im Rahmen der österreichischen Außenpolitik ein. Zu ihrer konkreten Umsetzung steht dazu ein umfassendes Netzwerk zur Verfügung, bestehend aus 30 Kulturforen, 54 Österreich-Bibliotheken, neun Österreich Instituten, speziellen Kooperationsbüros in Lemberg, Sarajewo und Washington, D.C. sowie den Österreichischen Botschaften und Generalkonsulaten.

Zur Unterstützung der Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik wurde ein besonderer Akzent in den Donauländern und westlichen Balkanstaaten gesetzt. Erstmals wurde mit dem Programm „flow“ eine innovative Veranstaltungsform erprobt, die als dreitägiges Festival mit jungen KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aus zehn Ländern der Donauregion in Novi Sad stattfand und eine neue Kommunikationsplattform für einen Diskurs über grenzüberschreitende Zusammenarbeit eröffnete. Eine Aufwertung der kulturellen Projektstätigkeit in Serbien erfolgte auch durch die Neueinrichtung des österreichischen Kulturforums (KF) im Zentrum von Belgrad.

Einen besonderen Programmschwerpunkt bildete das Festival „scene: österreich“, das im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen stattfand und erstmals einer breitgefächerten Präsentation moderner österreichischer Kunst in Deutschland gewidmet war. Die weltweite Aufmerksamkeit für die in Österreich und in der Schweiz durchgeführte Fußball-Europameisterschaft „UEFA EURO 2008“ wurde genutzt, um das kulturelle Schaffen junger österreichischer KünstlerInnen aufzuzeigen, etwa mit der zu Beginn von Public-screening-Übertragungen im Ausland gezeigten Kurzfilmserie „Eleven minutes“.

### **1. Auswahl aus der auslandskulturpolitischen Projektarbeit**

#### **1.1. Musik**

Österreich wird im Ausland sehr stark über seine musikalischen Traditionen wahrgenommen. Im klassischen Bereich wird die lange Tradition weitergeführt, zusätzliche Schwerpunkte liegen bei zeitgenössischer Musik, Jazz, Welt-, Pop/Rock-Musik und elektronischer Musik.

Das Nachwuchs-Programm „The New Austrian Sound of Music“ wurde fortgesetzt und eine Neuauflage für 2009/2010 vorbereitet. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Förderung von Frauen im Musikbereich dar. Unter Einbeziehung von Musikhochschulen, Interpretinnen, Veranstalterinnen,



*Schwerpunkte*

Managerinnen und Organisationen im Musikbereich ist ein Handbuch über Frauen in der Musik in Österreich in Vorbereitung.

Die schon in den letzten Jahren verstärkte Beachtung der „Exilmusik“ wurde fortgesetzt. MusikerInnen bzw. Festivals, welche Kompositionen der verfeimten, vertriebenen, verbotenen Musikschaffenden erstmals aufführen, erhielten gezielte Unterstützung. Zu nennen wären etwa die Konzertreihe „Les voix étouffées“ in Paris, das „Festival Musiques Interdites“ in Marseille (siehe Anhang I. Frankreich), das Konzert von Marco Albrizio und Irene Wallner aus Anlass der „giornata della memoria“ in Rom, „Elysium – between two continents“ mit Werken von Viktor Ullmann in Berlin, das Merlin Ensemble in Rom und Washington, D.C., ein Gedenkkonzert an Alfred Uhl und ein Liedzyklus mit Iván Paley in Bogotá (Kolumbien). Das „Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008“ fand ebenso Eingang in die Projektplanung. Viele Konzertauftritte im Ausland wurden diesem Titel gerecht: so die Tournee der Band „Divan tulip“ mit „Transbalkan“ in Serbien, Konzerte des Oberkantors der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien Shmuel Barzilai in Belgrad und Novi Sad, Konzerte des österreichisch-palästinensischen Musikers Marwan Abado in Damaskus, das Jazzfestival „Moving Culture“ mit „Parov Stelar“ und der „Tschuschenkapelle“ in Tirana (Albanien), das Ensemble „Grenzenlos“ in Südchina, die Band „Flamenca“ beim ägyptischen Korba-Festival/Heliopolis Straßenfestival, Konzerte beim Minderheiten-Festival „Prekomeja – 2 Wochen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ in Slowenien, die Hip-Hop-Gruppe „Texta“ mit „Europe-Kenya – Unity in Diversity“ in Nairobi gemeinsam mit „Ukooflani“, Joris Dudli in Manaus (Brasilien), Sigi Finkel & African Heart beim Festival „Jazz à Carthage“, der Musiker/DJ „Dunkelbunt“/Ulf Lindemann beim Festival „Balkanology“ in Kapstadt (Südafrika).

Zeitgenössisches wurde unter anderem beim „Ring-Ring Festival“ in Belgrad, von Jenny Lin in Washington, D.C., Felician Honsig-Erlenburg und Ensemble in Paris, vom Klangforum Wien beim Kunstmusikfestival Stockholm „New Music 2008“ und von Manon-Liu Winter in Peking zur Aufführung gebracht.

Zum dritten Mal wurde das von Erich Oskar Huetter gegründete und organisierte Festival „Sounding Jerusalem“ in Städten der Palästinensischen Gebiete sowie in Ost- und Westjerusalem unterstützt. Auch das Orchester „Spirit of Europe“ und das Wiener Artis Quartett traten im Rahmen dieses Festivals auf.

## **1.2. Literatur, Tanz und Theater**

Der Schwerpunkt der Veranstaltungen in den Bereichen Literatur und Theater lag auf zeitgenössischen Werken und Inszenierungen.

Stellvertretend für das Interesse an österreichischer Literatur seien mit Dimitré Dinev, Lilian Faschinger, Barbara Frischmuth, Arno Geiger, Thomas Glavinic, Wolf Haas, Peter Handke, Robert Menasse, Richard Obermayr, Bern-

*Auslandskulturpolitik*

hard Strobel, Andrea Winkler, Josef Winkler und Vladimir Vertlib einige jener AutorInnen genannt, die im Jahr 2008 bei Lesereisen, Literaturfestivals und Workshops auftraten oder deren Werke übersetzt wurden. Neben Inszenierungen österreichischer Theaterstücke an internationalen Bühnen wurden vermehrt österreichische Gruppen mit Eigenproduktionen zu Gastspielen an einzelne Theater oder zu Festivals geladen. Bekannte Bühnenwerke von Thomas Bernhard, Elfriede Jelinek und Arthur Schnitzler waren ebenso gefragt wie Interpretationen oder szenische Lesungen junger BühnenautorInnen wie Christoph Dostal und Kathrin Röggla. Im Vorfeld des 20. Todestags von Thomas Bernhard wurden mehrere seiner Werke mit finanzieller Unterstützung übersetzt, beispielsweise ins Portugiesische und Ukrainische, und aufgeführt.

Beim internationalen Kulturfestival in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr war das Gastland Österreich in den Bereichen Theater und Tanz etwa mit den Aufführungen „Über Tiere“ von 2nd nature, „gold extra“ von Black Box sowie mit Produktionen von Chris Haring/Liquid Loft und Cie Laroque/Helene Weinzierl vertreten.

Besonders hervorzuheben ist das weltweite Engagement und der Erfolg der jungen österreichischen Tanzszene. Neben individuellen Aufführungen und Einladungen zu Teilnahmen an Festivals wie dem Cairo International Festival for Experimental Theatre und dem International Performing Arts Festival in Jerewan (Armenien) wurden vermehrt Tanzworkshops unter der Leitung österreichischer KünstlerInnen nachgefragt. Cie Willi Dörner, Editta Braun Company, Dans Kias und Superamas sind einige jener Gruppen, deren Aufführungen im Jahr 2008 Unterstützung erhielten.

Weiters wurde der von Christian Papke initiierte Dramenwettbewerb „Über Grenzen sprechen“ in Kroatien fortgeführt. Das Siegerstück des kroatischen Autors Goran Ferčec „Instructions for performing a play on the subject of H, a letter to Heiner Müller, notes“ wurde im Volkstheater Wien präsentiert.

### **1.3. Bildende Kunst**

Design bildete einen Schwerpunkt bei Präsentationen, unter anderem im Rahmen der Regionalen Partnerschaft und ihrer „Plattform Kultur – Mitteleuropa“, welche anlässlich des französischen EU-Vorsitzes in der Cité du Design in St. Etienne mitteleuropäisches Design unter dem Titel „Laboratorium der Wirklichkeit“ vorstellte. Den österreichischen Veranstaltungsteil kuratierte die Neigungsgruppe Design und zeigte Exponate von EOOS (Industriedesign) und Dejana Kabiljo (Konzeptdesign). Neu konzipiert wurde für die Österreichischen Kulturforen und Vertretungsbehörden die Wanderausstellung „GD2D + PD3D – Fresh Air by Pure Austrian Design“, welche Elemente des Graphic und Product Design vereint und von Juland Barcelona-Vienna und der bkm design working group kuratiert wurde. Der Startschuss für dieses Projekt erfolgte im Slowakischen Designzentrum in

### *Schwerpunkte*

Bratislava. Ebenfalls neu im Ausstellungsprogramm befindet sich das vom Autor Karl-Markus Gauß und dem Fotografen Kurt Kaindl konzipierte Projekt „Die unbekanntenen Europäer“, welches erstmals in den KF in Belgrad und Laibach zu sehen war.

Von den zahlreichen Ausstellungen der KF ist besonders das Projekt „Under Pain of Death“ des KF New York hervorzuheben, welches sich mit der globalen Bedeutung der Todesstrafe und ihrer Widerspiegelung in der zeitgenössischen Kunst auseinandersetzt.

Im Parque Thays in Buenos Aires wurde zwei Wochen lang die Fassade der 1938 in der Wiener Neudeggergasse zerstörten Synagoge unter dem Titel „Verlorene Nachbarn, Buenos Aires – Wien 2008“ in Verbindung mit zahlreichen Veranstaltungen zum Gedenken an die Pogromnacht des Jahres 1938 und die österreichisch-jüdische Emigration nach Argentinien präsentiert.

Das KF Belgrad beteiligte sich am Oktober-Salon der Stadt Belgrad, in dessen Rahmen Werke von Valie Export, Eduard Freudmann und Oliver Ressler gezeigt wurden.

In China gestalteten 16 vom Palais Liechtenstein – Forum für zeitgenössische Kunst ausgewählte Vorarlberger KünstlerInnen eine Gruppenausstellung unter dem Titel „Beyond Great Walls and Little Fences“ in der Akademie der Bildenden Künste Guangzhou sowie im DeShan Art Space in Peking.

#### **1.4. Film**

Auch 2008 wurde österreichischen FilmemacherInnen die Teilnahme an internationalen Filmfestivals durch die Übernahme von Reisekosten ermöglicht. Österreichische Vertretungsbehörden organisierten bzw. mitorganisierten österreichische Filmwochen unter anderem in Barcelona, Bern, Krakau, Lissabon, London, Madrid, Moskau, São Paulo, Tel Aviv und Wilna.

Die monatlichen Vorführungen österreichischer Filme an den KF in Kairo, New York, Prag, Teheran, Warschau und Washington, D.C. verzeichneten große Besucherzuwächse. In Kooperation mit den Koordinationsbüros der OEZA wurden Filmprojekte in Kampala (Uganda), Maputo (Mosambik) und Ouagadougou (Burkina Faso) realisiert.

Das österreichische Filmschaffen konnte bei rund 80 „Österreich-Filmveranstaltungen“ verstärkt im Ausland präsentiert werden. Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an den von der EU veranstalteten etwa 50 „Europäischen Filmtagen“. Neben Spiel-, Experimental- und Zeichentrickfilmen nimmt auch der Bereich Dokumentarfilm weiter an Bedeutung zu.

#### **1.5. Wissenschaftliche Veranstaltungen**

Im Bereich der Wissenschaften gab es die meisten Beiträge zu Themen der Geisteswissenschaften, gefolgt von Kunst- und Kulturwissenschaften, Poli-

*Auslandskulturpolitik*

tikwissenschaft und Sozialwissenschaft. Naturwissenschaftliche und rechtswissenschaftliche Themen wurden bei Fachvorträgen ebenso behandelt wie technische und theologische Fragen.

## **2. Auslandskulturpolitische Initiativen**

Im Rahmen des Balkanschwerpunkts „Culture Matters“ wurde gemeinsam mit KulturKontakt Austria, dem deutschen Auswärtigen Amt, dem Goethe-Institut, der Stiftung Pro Helvetia und der S.Fischer-Stiftung das internationale Übersetzungsprogramm ‘TRADUKI’ ins Leben gerufen, das mit Hilfe von Belletristik und Sachbüchern die Sprachbarrieren zwischen dem deutschsprachigen Schrifttum und den Literaturen Südosteuropas überwinden und zum besseren gegenseitigen Verständnis beitragen soll. Für dieses zivilgesellschaftliche Projekt mit europapolitischer Komponente wurde in Sarajewo ein Koordinationsbüro eingerichtet.

Die Planungen für wichtige Jubiläumsprogramme des Jahres 2009 wurden begonnen. So wird etwa 2009 das 140. Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Japan im Rahmen eines „Österreich-Japan-Jahres“ gefeiert, das den programmatischen Bogen „Zwischen Tradition und Innovation“ schlagen wird. Neben klassischen Programmen wird dem zeitgenössischen Kunstschaffen breiter Raum gegeben, um ein innovatives Bild Österreichs in Japan zu vermitteln. Einen Schwerpunkt wird 2009 auch die Thematik des Falls des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 bilden, die dazu genutzt werden soll, vor allem der jüngeren Generation die enormen Fortschritte in der europäischen Entwicklungsgeschichte der letzten 20 Jahre in Erinnerung zu rufen. Unter dem Motto „Geteilt | Geeint“ wird es eine Vielzahl von Veranstaltungen in Österreich und in den Ländern des zusammenwachsenden Europas geben.

Mit der parallelen Ernennung von Linz und Vilnius als Europäische Kulturhauptstädte 2009 wird einerseits ein Beitrag zur internationalen Einbindung von Linz und Oberösterreich in die österreichische Auslandskulturpolitik geleistet und andererseits auch Vilnius mit Projekten aus Linz verbunden werden.

## **3. Kulturelle Förderungen**

Zur Unterstützung innovativer Projekte mit kulturpolitischem Inhalt sowie zur Verankerung außenpolitischer und auslandskulturpolitischer Zielsetzungen in der Öffentlichkeit stellt das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten Finanzmittel in Form von Förderungen für vielfältige und sehr unterschiedliche kulturelle Projekte zur Verfügung. Im Jahr 2008 wurden Budgetmittel in der Höhe von 415.000 Euro für 70 Projekte aus den Bereichen Kunst, Kultur und Wissenschaft bereitgestellt.

*Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft*

Besonderes Augenmerk wurde auf den Tagungs- und Konferenzbereich gelegt. Das Symposium des Slowenischen Wissenschaftsinstituts in Wien „Tu Felix Europa“ über mitteleuropäischen Humanismus und die österreichischen Architekturtage 2008 wurden ebenso gefördert wie die vom Verein Kulturbrücke Fratres veranstaltete Tagung „Aufbruch und Rückschlag – Das Jahr 1968 in Europa. Der Prager Frühling und sein Ende“. Das Treffen der European Landscape Architecture Students Association (ELASA) „at.de border“ im Kleinwalsertal thematisierte die Erforschung von Grenzaspekten in Individuum, Gesellschaft, Kultur, Raum und Landschaft und wurde ebenfalls mit einer Subvention unterstützt. An geförderten Festivals seien vor allem das Festival Retz „Offene Grenzen“, die Jüdischen Kulturtage 2008 des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung sowie das moderne, an ein junges Zielpublikum gerichtete Friedensprojekt „DOYOBE! Do your best“ in Salzburg erwähnt. Im Bereich Schauspiel wurden dem Theater „Brett“ in Wien Förderungsmittel für die Aufführung Jan by 2 – Jan Palach and Jan Sabata; On the road to democracy in Czechoslovakia zuerkannt. Das Volkstheater Projekt „Die Besten aus dem Osten, Folge 2: Polen“ über zeitgenössische polnische Literatur wurde ebenso unterstützt wie die innovative, junge Künstlerinnengruppe „Kennwort: Bergstation“ aus Graz mit dem Titel „The Playground Meridian“. Das Gustav Mahler Jugendorchester, das Klangforum Wien, das Pierrot Lunaire Ensemble Wien und das Vienna Art Orchestra erhielten Förderungen für ihre Auslandstourneen ebenso wie die Chorvereinigung St. Augustin für CD-Produktionen und die Österreichisch-Koreanische Philharmonie für das Festkonzert im Musikverein.

Stellvertretend für viele andere kulturelle Institutionen wurden beispielsweise dem Kulturverein österreichischer Roma für internationale Aktivitäten, dem Koordinierungsausschuss für christlich-jüdische Zusammenarbeit für Konzerte, der Stiftung „Pro Oriente“ und der Jugend Literatur Werkstatt Graz für einen europäischen Literaturwettbewerb ebenso Förderungsmittel zugesprochen wie den slowenischen deutschsprachigen Kulturvereinen „Brücken“, „Abstaller Feld“ und „Gottscheer Altsiedler Verein“, den kroatischen Kulturvereinen „Napredak“ und „Anno 93“, dem österreichisch-italienischen Kulturverein „mezzogiorno“ sowie dem St. Georgs Kolleg in Istanbul für seine jährliche Publikation.

## **II. Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft**

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und des Sports, welches am 21. November von Bundesministerin Ursula Plassnik und Außenminister Karel Schwarzenberg unterzeichnet wurde, löst das alte Kulturabkommen

*Auslandskulturpolitik*

ab, das zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik 1977 abgeschlossen wurde.

Bundesminister Johannes Hahn und der stellvertretende Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam Dao Viet Trung unterzeichneten am 2. Juni das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Vietnam über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich.

Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Indien über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit trat am 1. Oktober in Kraft. Das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Mazedonien erlangte am 1. November, jenes zwischen der Republik Österreich und der Mongolei über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich am 1. Juni 2008 Rechtsgültigkeit.

Basierend auf bestehenden wissenschaftlich-technischen Abkommen wurden neue Durchführungsprogramme mit Rumänien, der Slowakei und Ungarn vereinbart.

Auf Grund des Kulturabkommens mit Bulgarien fand am 17. und 18. April in Wien eine Tagung der Gemischten Kulturkommission statt. Eine Tagung der Gemischten Österreichisch-Slowakischen Kulturkommission wurde gemäß dem Kulturabkommen in Pressburg am 2. und 3. Juni abgehalten.

### **III. Österreich-Bibliotheken**

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland sind nach einer rund 20-jährigen Entwicklung etablierte Plattformen des interkulturellen Dialogs, die einen besonderen Beitrag zur Überwindung der geistigen Ost-West-Teilung Europas leisten. Durch die institutionelle Anbindung an Universitäten und Nationalbibliotheken werden sie von Studierenden und Lehrenden aus dem wissenschaftlichen Bereich sowie von der breiten Öffentlichkeit besucht.

Zum Netzwerk der Österreich-Bibliotheken im Ausland zählen 54 Bibliotheken in 25 Ländern. Diese führten neben dem klassischen Bibliotheksbetrieb mehr als 500 Veranstaltungen mit über 70.000 BesucherInnen pro Jahr durch. Mehr als 180.000 Personen frequentieren jährlich die Österreich-Bibliotheken, deren Bestände auf rund 300.000 Bücher, 4.500 Tonträger, 800 CD-Roms und 3.000 Videos angewachsen sind. Die über das Web-Portal der Österreich-Bibliotheken [www.oesterreich-bibliotheken.at](http://www.oesterreich-bibliotheken.at) zugängliche Datenbank der österreichischen Literatur in Übersetzungen (Auslandsaustriaca) umfasst bereits mehr als 12.000 Titel.

Als weiterer Schritt zur Intensivierung der kulturellen Beziehungen mit Bosnien und Herzegowina wurde im November eine Österreich-Bibliothek in Banja Luka eröffnet und in Tuzla die neu renovierte Österreich-Bibliothek wiedereröffnet.

*Wissenschaft, Bildung und Sprache*

Im September wurden die wissenschaftlichen BetreuerInnen von Österreich-Bibliotheken im Rahmen einer Tagung zur Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der österreichischen Literatur aus den „peripheren Zentren“ der ehemaligen Donaumonarchie nach Czernowitz und Lemberg (Ukraine) eingeladen. Aus Anlass des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 nahmen LiteraturwissenschaftlerInnen und ÜbersetzerInnen aus dem Umfeld der Österreich-Bibliotheken in Bulgarien, Ungarn und der Ukraine an der vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem ORF gemeinsam organisierten Dialog-Tour in Bregenz, Klagenfurt und Eisenstadt teil. Weiters beteiligten sich die Österreich-Bibliotheken im Ausland an der Kampagne „Österreich liest. Treffpunkt Bibliothek“.

Buchsenden wurden an germanistische und sozialwissenschaftliche Institute an Universitäten in aller Welt gegeben, vor allem mit dem Schwerpunkt österreichische Geisteswissenschaft, unter anderem in Aserbaidschan, Estland, Japan, Kroatien, Neuseeland, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Südafrika und der Türkei.

## **IV. Wissenschaft, Bildung und Sprache**

### **1. Wissenschaft und Bildung**

#### **1.1. Österreich-Lehrstühle und Studienzentren im Ausland**

Diese Einrichtungen an Universitäten in Europa sowie in Australien, Israel, Kanada und den USA haben die Aufgabe, im akademischen Leben des Gastlands die Beschäftigung mit österreich- und europaspezifischen Themen zu initiieren, zu vertiefen und zu betreuen. Dabei wird auch das intellektuelle Potenzial Österreichs gezeigt und wissenschaftliches Arbeiten samt Publikationen im jeweiligen Themenbereich angeregt. Die Lehrstühle verstärken durch ihre Vernetzung mit entsprechenden lokalen sowie österreichischen Institutionen die Einbindung Österreichs in das internationale wissenschaftliche und kulturelle Netz.

#### **1.2. Stipendien und Mobilitätsprogramme im universitären Bereich**

Die Betreuung von StipendiatInnen und die Administration verschiedener Mobilitätsprogramme wie Erasmus und bilateraler Stipendienprogramme, von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit erfolgt durch den Österreichischen Austauschdienst (**ÖAD**). Dieser fungiert als Partner des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Die einzelnen Programme werden vom Büro für Akademische Mobilität und Kooperation und von der Nationalagentur Lebenslanges Lernen des ÖAD betreut. Das Ministerium übernimmt in diesem Bereich Aufgaben der Koordination und Information



*Auslandskulturpolitik*

sowohl für österreichische Vertretungsbehörden im Ausland als auch für ausländische Vertretungen in Österreich. Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Errichtung der „OeAD-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ am 1. Jänner 2009 werden alle Agenden des seit 1961 bestehenden und bisher als Verein der Universitäten geführten ÖAD auf die neuerrichtete Gesellschaft als österreichische Agentur für internationale Bildungs- und Wissenschaftskooperation übergehen.

### **1.3. Task Force für Internationale Zusammenarbeit bei Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust**

Im Gedenkjahr 2008 übernahm Österreich erstmals den Vorsitz in der Task Force für Internationale Zusammenarbeit bei Bildung, Gedenken und Forschung zum Holocaust (**ITF**). Diese internationale Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet. Ihr Ziel ist es, als internationales Netzwerk Bildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust sowie das Gedenken daran sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu fördern. Österreich wurde im Jahr 2001 in die ITF aufgenommen. Seither wird die Delegationsleitung vom Nationalfonds der Republik Österreich und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wahrgenommen. In den ständigen Arbeitsgruppen, die neben der zwei Mal jährlich tagenden Vollversammlung und dem ständigen Sekretariat die Arbeitsstruktur der Organisation darstellen, wirken sowohl österreichische RegierungsvertreterInnen als auch Sachverständige der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Nationalfonds, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands sowie der Organisation „erinnern.at“ mit. **Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung auf dem Gebiet des Holocaust** genießen innerhalb der ITF hohes Ansehen.

Aufgrund der flexiblen Struktur von ITF kommt dem jährlich unter den 26 Mitgliedern wechselnden Vorsitz inhaltlich und organisatorisch eine gestaltende Führungsfunktion zu. Der österreichische ITF-Vorsitz 2008/2009 wurde von einer Delegation unter Leitung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten wahrgenommen. Der Vorsitz legte den Schwerpunkt auf die Stabilisierung und Stärkung der Schlagkraft der Organisation angesichts der Herausforderungen, die sich ihr aufgrund der Ausweitung ihrer Aktivitäten und ihrer Mitgliederzahl stellen. Weitere Prioritäten des österreichischen Vorsitzes waren die Verstärkung der internationalen Sichtbarkeit von ITF durch die Erstellung einer umfassenden Webseite und einer Informationsbroschüre, die Vernetzung mit anderen internationalen Organisationen wie EU, Europarat, OSZE und VN, Einflussdiplomatie im Auftrag der Organisation gegen Revisionismus und zur Förderung von Archivzugängen sowie die Erweiterung der Zahl der Mitglieder.



*Internationale Sportbeziehungen*

## 2. Sprache

Die **Österreich Institut G.m.b.H.** zur Durchführung von Deutschkursen, zur Unterstützung und Förderung des Deutschunterrichts im Ausland und zur Kooperation mit nationalen und internationalen Organisationen wurde 1997 gegründet, um die für die österreichische Auslandskulturpolitik wichtigen, bis dahin an den Kulturinstituten angebotenen Deutschkurse eigenverantwortlich weiter zu entwickeln. Die Zentrale befindet sich in Wien. Österreich Institute bestehen in Belgrad, Breslau, Brünn, Budapest, Krakau, Laibach, Pressburg, Rom und Warschau, eine Lizenzeinrichtung in Istanbul. Alle Österreich Institute verstehen sich als Zentren der Förderung des Studiums und der Pflege der deutschen Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung.

Das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (**ÖSD**) ist ein Prüfungssystem für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache, welches sich an jugendliche und erwachsene Deutschlernende im In- und Ausland richtet. Das an internationalen Rahmenrichtlinien orientierte Prüfungssystem bietet die Möglichkeit, Deutschkenntnisse auf mehreren Niveaus zertifizieren zu lassen.

**LektorInnen und SprachassistentInnen** werden von der „Österreich-Kooperation“ ausgewählt und vermittelt. **DaF (Deutsch als Fremdsprache)-PraktikantInnen** werden vom Lehrstuhl für Deutsch als Fremdsprache der Universität Wien ausgewählt und betreut, die administrative Verwaltung übernimmt die „Österreich-Kooperation“. Lektorate bestehen an 129 Standorten, Sprachassistenzen in zehn Ländern, DaF-Praktika in 45 Ländern, wobei es zu zahlreichen Kooperationen mit österreichischen Vertretungsbehörden bei der Durchführung kultureller Veranstaltungen kommt.

## V. Internationale Sportbeziehungen

2008 war das Jahr des größten je in Österreich ausgetragenen Sportereignisses, der Fußball-Europameisterschaft „UEFA EURO 2008“. Das durch die UEFA EURO 2008 bedeutend gestiegene Interesse an Österreich wurde sowohl in der Vorbereitungsphase als auch während der Spiele seitens der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland durch eine Vielzahl von Veranstaltungen weiter gestärkt. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten finanzierte gemeinsam mit dem Verein „Österreich am Ball“ sowie Schweizerischen Institutionen unter anderem die Kunst- und Kulturprojekte „Eleven Minutes – Kurzfilmrolle zur EURO 08“ und die Literaten-EURO 2008. Ersteres Projekt umfasste je vier Kurzfilme von österreichischen und schweizerischen FilmemacherInnen und wurde an österreichischen Vertretungsbehörden und in Kinos weltweit im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft und im Rahmen von Public Screenings gezeigt. Rund 80 AutorInnen organisierten im Rahmen der Literaten-EURO 2008, an der neben Österreich und der Schweiz auch die Nachbarländer Slowenien und Ungarn teilnahmen, gemeinsam mit Gästen aus dem Sport ein literari-

*Auslandskulturpolitik*

sches und sportliches Fest mit Literaturveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und einem Fußballbewerb.

## **VI. Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**

Österreich intensivierte die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit inner- und außerhalb Europas zur Festigung seiner Rolle als Standort der Hochtechnologie. Österreich beteiligt sich daher an Programmen wie der Europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (**COST**) in Brüssel, der Europäischen Organisation für Kernforschung (**CERN**) in Genf, der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) in Paris und der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (**EUMETSAT**) in Darmstadt. In diesen Organisationen wird Österreich durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vertreten. Darüber hinaus werden außenpolitische Belange in der Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (**EMBC**) in Heidelberg, beim Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse (**IIASA**) in Laxenburg, beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (**ECMWF**) in Reading (Großbritannien) sowie beim Europäischen Institut für Weltraumpolitik (**ESPI**) in Wien wahrgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Förderung der Vernetzung der Aktivitäten der internationalen wissenschaftlichen Institutionen mit Sitz in Österreich zu.

Die 34 Mitgliedstaaten von **COST** betreiben wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der vorwettbewerblichen Forschung. Besonderes Augenmerk wird dabei den Initiativen auf dem multi- und interdisziplinären Gebiet der Chemie (Nanowissenschaften und interdisziplinäre Forschung) gewidmet. Österreich ist die Förderung der Drittstaatenbeteiligung, etwa die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Indien, ein besonderes Anliegen. Auch die Beteiligung von WissenschaftlerInnen der westlichen Balkanländer wurde durch die Finanzierung eines eigenen COST-Fonds ermöglicht. Österreich ist seit 1971 Mitglied von COST.

Österreich wirkt in der Europäischen Weltraumbehörde (**ESA**) mit, deren Konvention eine selektive Beteiligung an ESA-Programmen mit garantiertem Investitionsrückfluss ermöglicht. Im Lauf von zwei Jahrzehnten verschaffte dies der österreichischen Wirtschaft Aufträge auf dem Gebiet der Weltraumtechnik in der Höhe des österreichischen Finanzierungsbeitrags zu den ESA-Programmen. Diese ESA-Programmbeteiligungen sind ein guter Ausgangspunkt für anwendungsorientierte industrielle Serienproduktionen. So ist Österreich über ESA am Bau des Europäischen Navigations- und Ortungs-

*Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union*

systems **GALILEO** und am künftigen europäischen satellitengestützten Globalen Umwelt- und Sicherheitssystem (**GMES**) beteiligt.

## **VII. Die Auslandskulturpolitik im Rahmen der Europäischen Union**

In **Art 151 EGV** ist die kulturelle Zusammenarbeit im Rahmen der EU verankert. Darin wird festgelegt, dass die Gemeinschaft einen Beitrag zur „Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes“ leistet. Unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips ergänzt die Kulturpolitik der Gemeinschaft die nationalen Politiken der Mitgliedstaaten. Sie ist dort von Bedeutung, wo sie grenzübergreifende Zusammenarbeit, Austausch und Netzwerkbildung unterstützen kann und einen europäischen Mehrwert bietet. Die Zuständigkeit für Kultur ist jedoch nationale Angelegenheit, die Gemeinschaft verfügt über keine Legislativbefugnisse.

Das Rahmenprogramm „**Kultur**“ (2007–2013), das als einheitliches Finanzierungs- und Planungsinstrument zur Umsetzung von Art 151 EGV den kulturellen Dialog und die Präsentation des gemeinsamen europäischen Kulturerbes fördern soll, ist mit einem Budget von 400 Millionen Euro dotiert. Die nationale Umsetzung erfolgt durch das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur. 2008 wurden im Rahmen des EU-Kulturprogramms acht österreichische Projekte mit einem Gesamtzuschuss von rund 3,5 Millionen Euro gefördert. Sieben österreichische Institutionen haben an Kulturprojekten anderer am Programm teilnehmender Länder mitgewirkt. Darüber hinaus erhielten sechs österreichische Kultureinrichtungen Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 515.000 Euro in den Kategorien „Festivals“ und „Netzwerke“.

2008 wurden insgesamt 36 Projekte unter österreichischer Federführung durch das neue Programm „**Europa für Bürgerinnen und Bürger**“ (2007–2013) gefördert. Ziel des Programms, das für eine Laufzeit von sieben Jahren mit 215 Millionen Euro dotiert ist, ist es, europäische BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen verstärkt in den Integrationsprozess einzubinden. Im Bereich „Aktive BürgerInnen für Europa“ (Städtepartnerschaften) wurden 17 Projekte gefördert. Weiters wurden elf Projekte im Bereich „Aktive Zivilgesellschaft in Europa“ und acht Projekte im Bereich „Aktive europäische Erinnerung“ im Gedenken an die Opfer des Holocaust unterstützt. Insgesamt flossen 2008 im Rahmen dieses Programms Zuschüsse in der Höhe von rund 1 Million Euro nach Österreich.

Am 8. Jänner wurde im Rahmen einer Konferenz der Europäischen Kommission und der slowenischen Präsidentschaft in Laibach das **Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008** eröffnet.

*Auslandskulturpolitik*

Seit der Mitteilung der Europäischen Kommission 2007 über eine „Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ stieg die Zahl jener Initiativen deutlich, welche Kultur als Querschnittsmaterie in allen Programmen der EU verankern. Die EU-KulturministerInnen beschlossen am 21. Mai den „**Kultur-Arbeitsplan**“ **2008–2010** mit besonderem Augenmerk auf die Themenbereiche Verbesserung der Bedingungen für die Mobilität von KünstlerInnen, Förderung des Zugangs zur Kultur, Verbesserung der Vergleichbarkeit von Daten im Kultursektor, bestmögliche Nutzung des Potenzials der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Unterstützung und Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Auf der von der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten hochrangigen Konferenz „Neue Paradigmen, neue Modelle – die Kultur in den auswärtigen Beziehungen der EU“ in Laibach am 13. und 14. Mai wurde der Beitrag hervorgehoben, den Kultur zur Förderung von identitätsstiftenden Werten der Union und von Menschenrechten und Demokratie in den auswärtigen Beziehungen leistet. Die französische EU-Ratspräsidentschaft hob im zweiten Halbjahr Themen wie die Aufwertung und den Schutz von europäischem Kulturerbe, die Bekämpfung des illegalen Kulturhandels, die Förderung des interkulturellen Dialogs und der kulturellen Vielfalt sowie Architektur und ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung hervor.

Die dritte **Euro-Mittelmeer-Konferenz** der KulturministerInnen der euro-mediterranen Partnerschaft fand in Athen am 29. und 30. Mai statt. Dabei wurden die kulturelle Dimension der Partnerschaft und der interkulturelle Dialog erörtert.

2008 fanden zwei **Kulturministerratssitzungen** statt: Anlässlich des Treffens im Mai wurde der Ratsarbeitsplan Kultur ausgearbeitet und beschlossen. Des Weiteren wurden interkulturelle Kompetenzen als Mittel anerkannt, Europa zu gestalten: Sie sollen in Zukunft verstärkt gefördert werden. Im November beschloss der Rat auf Initiative der französischen Präsidentschaft eine europäische Strategie für Mehrsprachigkeit, die sich auf kultureller Ebene mit der Förderung der Übersetzungstätigkeit befasst. Zudem wurde die Schaffung eines europäischen Kulturerbe-Siegels vom Rat beschlossen, das zur Kennzeichnung von Kulturgütern dient und das Bewusstsein der BürgerInnen Europas für die gemeinsame europäische Kultur und Geschichte fördern soll.

Im April ging der Vorsitz im Netzwerk der Nationalen Kulturinstitute (**EUNIC**) von Österreich, das seit der Gründung der Initiative eine richtungweisende Rolle spielt, auf Deutschland über. Der Trend zur Neugründung regionaler Zusammenschlüsse europäischer Kulturinstitute in Drittstaaten, so genannter Cluster, setzte sich fort, wodurch die Sichtbarkeit und die Bedeutung des Netzwerks gesteigert wurde. Ende des Jahres umfasste EUNIC 39 regionale Cluster, unter anderem in China, Brasilien, Indien und Südafrika. Die inhaltlichen Zielsetzungen umfassen etwa den interkulturellen

*Interkultureller und interreligiöser Dialog*

Dialog, Mehrsprachigkeit, Migration, EU-Kulturpolitik, Integration der westlichen Balkanländer in die EU und die Pflege der Beziehungen zu außereuropäischen Schlüsselregionen.

## VIII. Interkultureller und interreligiöser Dialog

### 1. Der österreichische Beitrag zur Stärkung des Dialogs

Die innereuropäischen und globalen Entwicklungen der letzten Jahre unterstreichen die Notwendigkeit eines von Österreich schon vor zwei Jahrzehnten begonnenen Dialogs zwischen den großen Weltreligionen. Zugleich wurde deutlich, dass die Dialog-Strategie über die Förderung des interreligiösen Dialogs weit hinaus geht und Themen im Spannungsfeld von Migration und Integration ebenso umfassen muss wie den Aspekt des globalen gesellschaftlichen Dialogs, die Förderung des gesellschaftlichen Pluralismus und des Diversity Managements sowie Konfliktprävention und -lösung. Österreich ist daher an einem umfassenden Dialog der Kulturen und Religionen interessiert, in dem Fragen wie die Entwicklung des Islams im Rahmen der europäischen Werte und des europäischen Lebensmodells und ein umfassender Dialog mit den MuslimInnen und ihren Vertretungsorganisationen in Europa zentrale Elemente sind. Weiters wird großes Augenmerk auf die Rolle und die Stärkung von Frauen sowie die Einbeziehung Jugendlicher gelegt.

Im Zuge der Bemühungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten um Unterstützung des Netzwerks von Journalistinnen aus dem Nahen Osten, Österreich und Europa fand das Seminar **„Frauen – Naher Osten – Medien und Konfliktlösung“** in Wien am 28. und 29. Jänner mit dem Ziel statt, das gegenseitige Vertrauen und die Kooperation der Journalistinnen zu stärken und das 2007 initiierte Netzwerk weiter zu entwickeln.

Vom 3.–6. Juni fand in Zusammenarbeit mit dem deutschen Auswärtigen Amt ein Besuchsprogramm unter dem Motto **„Dialog konkret“** einer indonesischen Delegation von Universitätsrektoren, ProfessorInnen und DozentInnen, Leitern von Koranschulen sowie Führungspersonlichkeiten islamischer Institutionen in Wien statt.

In Kooperation mit dem Institut für Religionswissenschaften der Universität Graz fand vom 23.–25. Juni die Arbeitstagung **„Interreligiöser und interkultureller Dialog aus Gender-Perspektiven“** in Wien mit dem Ziel statt, den Gedankenaustausch über die Stärkung von Frauen im Dialog zu intensivieren und Strategien für ihre gleichberechtigte Teilhabe zu entwickeln.

Ein **Diplomatenaustauschprogramm** im Bereich Dialog der Kulturen zwischen Österreich und Indonesien fand vom 15. September bis 15. November statt.

*Auslandskulturpolitik*

Im Rahmen des Colloquiums **„Turkey’s New Foreign Policy Strategies between East and West? – Diplomacy and Diplomatic Cultures in Dialogue“** in Wien am 20. Oktober wurde über ein besseres Verständnis von unterschiedlichen diplomatischen Kulturen und Initiativen diskutiert.

Bei einer **landeskundlichen Schulung** türkischer Religionsbeauftragter zur Vorbereitung ihres Einsatzes in Österreich wurden vom 2.–6. November in Zusammenarbeit mit der Türkisch Islamischen Union für kulturelle und soziale Zusammenarbeit in Österreich (ATIB Union), der Universität Wien und weiteren Institutionen Seminare zu Migration und Integration, religiösem und kulturellem Pluralismus und interkulturellem Dialog in Österreich und Europa angeboten.

Die Konferenz **„Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“** mit der Liga der Arabischen Staaten wurde in Wien vom 17.–19. Dezember veranstaltet. In ihrem Rahmen widmeten sich Sachverständigentagungen der Stärkung der Rolle der Frau, der Förderung der Zivilgesellschaft und des Umgangs mit Pluralismus und Diversität sowie der Förderung des interkulturellen Dialogs und der politischen und sozialen Partizipationen der Jugend. Zum Abschluss fand ein Treffen der MinisterInnen der Mitgliedstaaten der EU, der Liga der Arabischen Staaten und der Türkei am 19. Dezember statt.

## 2. Anna-Lindh-Stiftung

Die in Alexandria (Ägypten) angesiedelte und mit der Umsetzung der sozialen, kulturellen und zwischenmenschlichen Komponente der euromediterranen Partnerschaft betraute Anna-Lindh-Stiftung betreut ein „Netzwerk der Netzwerke“ unter den 27 EU-Mitgliedstaaten. Die Aktivitäten sind aufgrund der geringen Basisfinanzierung vieler nationaler Netzwerke eingeschränkt. In Österreich konnte dieses Problem mit der Übernahme der Koordination durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten vermieden werden. Das österreichische Netzwerk besteht derzeit aus 25 Mitgliedern aus den Bereichen Bildung, Erziehung und Jugend, Kunst und Kultur, Wissenschaft und Schutz der Menschenrechte. Im Rahmen seines Schwerpunktes „Dialog der Kulturen“ wird das österreichische Netzwerk vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten geleitet.

## 3. Interreligiöser Dialog des ASEM

Das **vierte Treffen des interreligiösen Dialogs des ASEM** (Asien-Europa-Treffen) fand in Amsterdam vom 3.–5. Juni statt. Österreich unterstützt diese jährlich einmal alternierend in Asien und in Europa stattfindende Diskussionsplattform sowohl finanziell als auch personell. Durch die in diesen Konferenzen angenommenen Entschlüsse soll einer breiten Öffentlichkeit

*Interkultureller und interreligiöser Dialog*

in Ost- und Südostasien sowie in Europa die Zusammenarbeit aller Religionen im Streben nach Frieden deutlich gemacht werden.

Zur ASEF siehe Kapitel A.VI.11.2.

## **L. Medien und Information**

### **I. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten**

#### **1. Allgemeines**

Die Bemühungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, die Öffentlichkeit bestmöglich über außenpolitische Themen zu informieren, haben zu einer weiteren Öffnung des Hauses geführt. So konnten nicht nur mehr als vierzig Schulen, sondern auch tausende BürgerInnen anlässlich eines **Europafests** im September, des traditionellen Tags der Offenen Tür im Oktober sowie zweier neuer Veranstaltungsreihen mit ZeitzeugInnen, „**Living History**“ und mit internationalen Persönlichkeiten „**Leaders Live**“, am Minoritenplatz 8 begrüßt werden. Darüber hinaus konnten die Serviceleistungen des Ministeriums, insbesondere für die im Ausland in Not geratenen BürgerInnen, durch eine Modernisierung der **Homepage** weiter verbessert werden, die nunmehr auch einen barrierefreien Zugang ermöglicht. Die Zusammenarbeit mit österreichischen und internationalen Medien spiegelt sich in mehr als zwanzig Pressekonferenzen ebenso wider wie in der regelmäßigen Beantwortung von Journalistenanfragen zu internationalen Entwicklungen und zu einer Vielzahl von konsularischen Hilfsleistungen im Ausland; zu Letzteren seien lediglich die Entführungsfälle und Evakuierungen österreichischer StaatsbürgerInnen aus Krisenregionen der Welt sowie die Terroranschläge in Mumbai (Indien) genannt.

#### **2. Internetauftritt**

Mit der Umstellung der Webseiten des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten auf **Barrierefreiheit** nach internationalen Standards im Februar wurde die Grundlage für ein transparentes Webangebot auch für Menschen mit Behinderung geschaffen. Gleichzeitig fand ein Wechsel zu einem neuen Webseiten-Redaktionssystem statt. Mit Ende des Jahres folgten die Homepages von 62 Vertretungsbehörden einer einheitlichen Struktur. Für das Jahr 2009 sind weitere Verbesserungen hinsichtlich der Barrierefreiheit geplant.

Die Anzahl der Besuche der Webseiten des Ministeriums wuchs weiter: Im Jahr 2008 wurden durchschnittlich **230.000 Besuche pro Monat** auf der Zentralseite des Ressorts registriert. In den Monaten April und Juli lag die Anzahl der Besuche bei 269.000, im Juni sogar bei 290.000.

#### **3. Publikationen**

Eine Reihe von Publikationen wurden zur Information der österreichischen BürgerInnen über die EU und den Vertrag von Lissabon gestaltet. Erstmals



*Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für europäische und internationale Ang*

wurden hierfür auch digitale Medienträger verwendet. Die Publikation „**Generation Europa**“ erschien als Druckwerk, auf CD-ROM und auf USB-Stick.

Im Zuge der erfolgreichen Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im VN-SR wurde die Broschüre „**Österreich und die Vereinten Nationen**“ aufgelegt. Die „**Tipps für Auslandsreisende**“ wurden ebenso überarbeitet wie das Leporello „**Österreich, Zahlen und Fakten auf einen Blick**“. Eine englischsprachige Publikation wurde aus Anlass des 100. Geburtstages von Friedrich Torberg (1908–1979) aufgelegt. Neben der Herausgabe eigener Druckwerke wurden auch gezielt Druckkostenbeiträge für einzelne Publikationen geleistet.

#### **4. Pressekonferenzen und Veranstaltungen**

Ein wesentlicher Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist die Betreuung von MedienvertreterInnen bei den zahlreichen Pressekonferenzen und Veranstaltungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten. Internationale Beachtung fanden unter anderem die Treffen der Internationalen Lenkungsgruppe für den Kosovo (**ISG**) im Frühjahr, die Veranstaltung zum 15. Jahrestag der **Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte** im August sowie die Internationale **Dialogkonferenz** der Arabischen Liga und der EU im Dezember. Die Übernahme des Vorsitzes der **ITF** durch Österreich sowie damit im Zusammenhang stehende Veranstaltungen stießen ebenfalls auf großes Interesse. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten die Medien im Zeitraum März bis November die Entwicklungen im Fall der beiden in den Norden Malis verschleppten österreichischen TouristInnen.

#### **5. Presserätetagung**

Im Rahmen der alljährlichen Tagung der PresserätInnen an den Vertretungsbehörden im Ausland, die im Hinblick auf die „Europa-Wahlen“ im Jahr 2009 dem Schwerpunktthema **EU-Kommunikation/-Information** gewidmet war, wurden Gespräche mit dem ORF-Büroleiter in Brüssel sowie dem Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Wien organisiert. Weiters wurden neben dem Besuch der Redaktion eines österreichischen Printmediums praktische Fragen der täglichen Medienarbeit erörtert sowie das Projekt einer einheitlichen Homepage-Struktur vorgestellt.

## M. Der österreichische auswärtige Dienst

### I. Einleitung

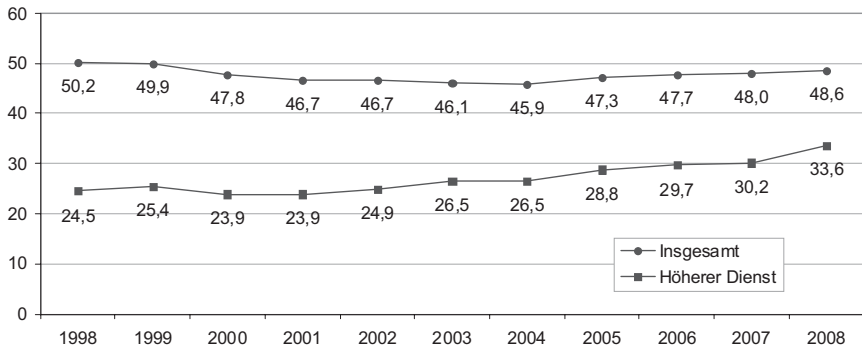
Zur Vorbereitung einer österreichischen Mitgliedschaft im VN-SR wurden im Jahr 2008 entsprechende Schwerpunkte im Rahmen der bestehenden Personalressourcen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) gesetzt. Im Bereich der Infrastruktur sind die Vorbereitungen auf die biometrische Datenerfassung im Pass- und Sichtvermerkswesen angelaufen. Die IT-Neuausstattung der Vertretungsbehörden im Ausland wurde plangemäß fortgesetzt. Weiters konnten an den Dienstorten Teheran und Zagreb neue Amtsräumlichkeiten bezogen werden.

### II. Arbeiten im Außenministerium

#### Personalstand 2008

Verwendungs- gruppe	Männer		Frauen		Gesamt	Frauen- anteil (in %)
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
Höherer Dienst (A1/v1)	143	160	70	83	456	33,6
Gehobener Dienst (A2/v2)	57	101	61	48	267	40,8
Fachdienst, qualifizierter mitt- lerer Dienst und Hilfsdienst (A3/v3-A7/v5)	95	121	158	225	599	64,0
ADV	13	0	7	0	20	35,0
<b>Gesamt</b>	<b>690</b>		<b>652</b>		<b>1.342</b>	<b>48,6</b>

Der **Frauenanteil** für die gesamten Verwendungen von 48,6 % überschritt den im Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (BGBl Nr. 100/1993 idgF) als Förderungsgebot angeführten Frauenanteil von 40 % bei weitem. Im höheren Dienst, jenem Bereich mit dem diesbezüglich größten Nachholbedarf, stieg der Frauenanteil in den letzten Jahren kontinuierlich und erreichte 2008 mit 33,6 % den bisherigen Höchststand:

*Arbeiten im Außenministerium***Frauenanteil in %**

Im Jahr 2008 wurden nach Ablegung der gesetzlichen Auswahlverfahren (Examen préalable) vor einer unabhängigen Auswahlkommission insgesamt 102 Personen (2007: 55 Personen) aufgenommen:

**Neuaufnahmen 2008**

Verwendungsgruppe*	Männer	Frauen	Gesamt
v1	16	15	31
v2	7	6	13
v3	21	37	58
Gesamt	44	58	102

Durch die **Neuaufnahmen** konnte der Abgang von insgesamt 54 Bediensteten im Jahr 2008 kompensiert und die personelle Verstärkung der so genannten Visa-Hot-Spots fortgesetzt sowie die Bestellung von Migrationsattaché(e)s vorgenommen werden. Die neu aufgenommenen Bediensteten absolvieren eine Grundausbildung, die in konsularischer Hinsicht auf der 2008 unterzeichneten Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Inneres über gemeinsame Schulungsmaßnahmen gründet.

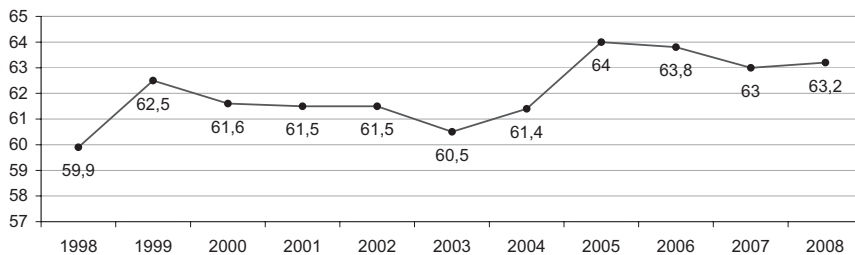
Die entsandten Bediensteten an den österreichischen Vertretungen werden im Ausland von 654 lokalen Bediensteten unterstützt. Weiters erhielten 48 VerwaltungspraktikantInnen (2007: 39) Einblick in die vielfältigen Arbeitsbereiche des BMeiA:

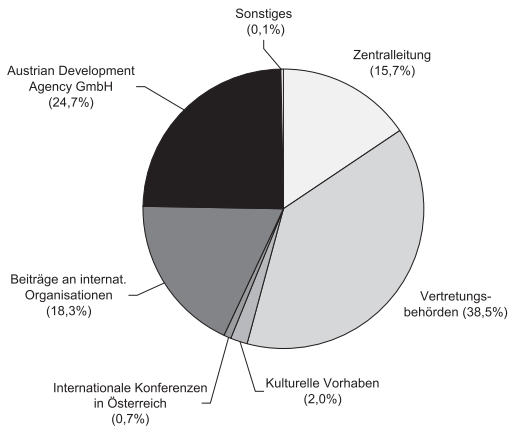
\* Im Jahr 2008 fanden zwei Aufnahmeverfahren für die Verwendungsgruppe v1, ein Aufnahmeverfahren für die Verwendungsgruppe v2 und neun Aufnahmeverfahren für die Verwendungsgruppe v3 statt.

*Der österreichische auswärtige Dienst***VerwaltungspraktikantInnen 2008**

Verwendungsgruppe	Männer	Frauen	Gesamt
v1	16	29	45
v2	0	3	3
Gesamt	16	32	48

Das durchschnittliche **Pensionseintrittsalter der BeamtInnen** des BMeiA lag in den letzten Jahren mit Ausnahme des Jahres 1998 immer über der 60-Jahr-Grenze und befand sich somit über dem Bundesdurchschnitt (2008: 60,2 Jahre):

**Pensionseintrittsalter der BeamtInnen**

*Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick***III. Das Budget des Außenministeriums auf einen Blick**

Aus den aus dem Bundesvoranschlag 2008 bereitgestellten Mitteln verblieb dem BMeiA ein operatives Budget von 215,304 Millionen Euro. Österreichs gesetzliche Pflichtbeiträge zum VN-Budget und den friedenserhaltenden Operationen betragen 40,224 Millionen Euro. Rund 72 % des operativen Budgets wurden für die Vertretungsbehörden im Ausland aufgewendet.

**Budget 1998–2008**

Jahr*	Budget des BMeiA (in Mio. Euro)	Beiträge an internationale Organisationen, internationale Konferenzen, EZA, Ost-Förderprogramme (in Mio. Euro)	Operatives Budget des BMeiA (in Mio. Euro)	Anteil des operativen BMeiA-Budgets am Bundesbudget (in %)
1998	314,673	133,327	181,346	0,25
1999	297,232	113,901	183,331	0,33
2000	305,662	127,165	178,497	0,31
2001	303,409	122,652	180,757	0,31
2002	299,775	121,938	177,837	0,31
2003	307,000	112,298	194,702	0,32
2004	340,928	144,892	196,036	0,31
2005	380,000	175,799	204,201	0,32
2006	388,000	183,282	204,718	0,31
2007	388,109	172,767	215,342	0,31
2008	388,087	172,783	215,304	0,31

\* Der Anteil des operativen Budgets des BMeiA am Bundeshaushalt wurde 1998 ursprünglich auf Basis des Gesamtbudgets angegeben. Ab 1999 wurde nur mehr der Allgemeine Haushalt ohne Berücksichtigung des Ausgleichshaushalts herangezogen. Die Prozentanteile 1998 wurden daher entsprechend angepasst.

## VI. Weltweite Infrastruktur

### 1. Immobilienverwaltung und Bauangelegenheiten

Rund 340 Objekte in 80 Ländern werden vom BMeiA als Botschaften, Konsulate, Kulturforen, Vertretungen bei zwischenstaatlichen Organisationen und für Wohnzwecke genutzt. Dazu gehören sowohl historische Gebäude wie in London, Paris und Rom als auch moderne Bauten, beispielsweise in Berlin, Brasilia, New York und Tokio. Ein Team von SpezialistInnen führt die notwendigen An- und Verkäufe, Anmietungen, Umbauten und Renovierungen durch und evaluiert die Liegenschaften.

Alle Objekte dienen der Erfüllung der außenpolitischen und konsularischen Aufgaben des BMeiA. Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit sind daher die wichtigsten Kriterien für die Beurteilung der Objekte, wobei der ökologischen Nachhaltigkeit zunehmende Bedeutung beigemessen wird. Durch die verstärkte Zusammenarbeit mit EU-Partnern, etwa mit Ungarn, werden Synergie-Effekte erzielt.

### 2. Informationstechnologie

Zu den wichtigsten IKT-Projekten im BMeiA zählten das Elektronische Informationsmanagementsystem des Außenministeriums, Voice over Internet Protocol und die Elektronische Basisinformation Außenpolitik.

Unter dem Projektnamen „Elektronisches Informationsmanagementsystem des Außenministeriums“ (**ELISA**) wurde die Erneuerung der IKT-Infrastruktur an den Vertretungen im Ausland fortgesetzt. Damit gehen ein Austausch der Hard- und Software sowie die Einführung der neuesten Büroautomationssoftware und die Implementierung eines Informationsmanagementsystems (IMS) einher. IMS unterstützt die durchgehende elektronische Bearbeitung (elektronische Erfassung, Kategorisierung, Bearbeitung und Ablage bzw. Archivierung) der anfallenden Geschäftsfälle und löst den an den Vertretungsbehörden im Ausland noch vorherrschenden Papierakt schrittweise ab. Ende des Jahres waren 56 Vertretungen mit ELISA ausgestattet.

Voice over Internet Protocol (**VoIP**), die Telefonie über Datenleitungen, ermöglicht den Anschluss der Vertretungen an das Telefonesystem der Zentrale. Über die ministeriumseigenen WAN-Datenleitungen bzw. über Satellit (VSAT) können die Gespräche zwischen der Zentrale und den Vertretungen weltweit kostenfrei geführt werden. Das bereits prämierte VoIP-Projekt trägt zu kostengünstiger und vereinfachter Kommunikation bei. Ende des Jahres waren drei Viertel der Vertretungen damit ausgestattet.

Mit der Einführung der Elektronischen Basisinformation Außenpolitik (**ELBA**) im April 2007 fiel der Startschuss für einen neuen Ansatz im Informationsmanagement des BMeiA: die Öffnung des Zugangs zu für die Ressortspitze erstellten Informationen für einen erweiterten Kreis von berechtig-

*Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate*

ten MitarbeiterInnen unabhängig von ihrer innerorganisatorischen Zugehörigkeit. Das Informationssystem erlaubt den Berechtigten den jederzeitigen weltweiten Abruf von laufend aktualisierten Informationen und vereinfacht die Zusammenarbeit der an der Informationserstellung im In- und Ausland Beteiligten.

### 3. Informationsvermittlung – Wissensmanagement

Die Bestände der von den MitarbeiterInnen des BMeiA, den HörerInnen der Diplomatischen Akademie und sonstiger Institute genutzten Außenpolitischen Bibliothek wurden um 13.000 Bände, davon rund 1.000 Neuerwerbungen, erweitert. Es wurden österreichweit etwa 2.500 Entlehnungen registriert. Die Schulungen an den Kulturforen im Bibliothekssystem ALEPH wurden fortgesetzt, wodurch die weltweite Bestandsrecherche in den vernetzten Bibliothekskatalogen weiter verbessert wurde.

Die Anfragen von WissenschaftlerInnen nach Auskünften aus dem Aktenmaterial des BMeiA stiegen, beispielsweise für Recherchen zu Biographien und zur Aufarbeitung der historischen Entwicklung von internationalen Organisationen. Die Sichtung der Quellen betreffend die diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland/Deutschen Demokratischen Republik stellte ein von internationalen und österreichischen WissenschaftlerInnen unterstütztes Großprojekt dar. Der in der Zentrale des BMeiA in Verwendung stehende Aktenindex wird nach Möglichkeit an die Aktensystematik von ELISA für eine direkte Verknüpfung der beiden in Verwendung stehenden Indizes angepasst.

## V. Vertretungsbehörden – Honorarkonsulate

---

### Dienststellen des BMeiA

---

Bilaterale Botschaften	81
Ständige Vertretungen bei internationalen Organisationen	5
Generalkonsulate	14
Selbständige Kulturforen (von insgesamt 30 Kulturforen)	6
Sonstige Vertretungsbehörden	1
Gesamt	107

---

Nach der Anerkennung des Kosovos durch Österreich wurde die Außenstelle der Österreichischen Botschaft Belgrad in eine Botschaft umgewandelt. Mit 81 bilateralen Botschaften verfügt Österreich im Verhältnis zu vergleichba-

*Der österreichische auswärtige Dienst*

ren europäischen Ländern (Schweden: 84, Belgien: 89, Schweiz: 98) über ein kleines Netz an Berufsvertretungen.

Neben den unmittelbar dem BMeiA unterstehenden Dienststellen im Ausland kann Österreich in seiner internationalen Präsenz auch auf die ADA mit 17 Koordinationsbüros im Ausland zurückgreifen. Dazu kommen neun Österreich Institute sowie anderweitige Vertretungen, beispielsweise die OECD-Vertretung in Paris, die nicht dem Ressortbereich des BMeiA angehören. Insgesamt ist Österreich dadurch in 90 Ländern der Welt mit entsandtem Personal präsent.

Die Arbeit der Bediensteten der österreichischen Berufsvertretungsbehörden wird weltweit durch rund 280 Honorarkonsulate unterstützt und ergänzt. Die Honorarfunktionäre, Persönlichkeiten mit starkem Österreichbezug, sind ehrenamtlich für Österreich tätig und stellen aus eigenen Mitteln die erforderliche Infrastruktur für den Konsularbetrieb zur Verfügung. Durch ihren engagierten Einsatz verbreitern sie die konsularische Präsenz und tragen zur Förderung der wirtschaftlichen sowie der kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und dem jeweiligen Gaststaat bei.

## **VI. Fachattaché(e)s**

Neben den Bediensteten des auswärtigen Diensts kommen an den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland auch zahlreiche Fachattaché(e)s zum Einsatz. Fachattaché(e)s werden von anderen Ressorts und Einrichtungen als dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in das Ausland entsandt und betreuen dort jene Bereiche, die nach gesetzlichen Bestimmungen in die Zuständigkeit der sie entsendenden Institution fallen. Ihre Aufgaben und Tätigkeiten sind denen der BerufsdiplomatInnen ähnlich, jedoch in sachlicher Hinsicht deutlich enger gefasst. Sie unterliegen auch nicht dem für die Bediensteten des auswärtigen Diensts geltenden gesetzlichen Generalisten- und Rotationsprinzip, sodass Fachattaché(e)s auch zehn Jahre und länger am gleichen Dienstort tätig sein können. Fachattaché(e)s werden dem Empfangs- oder Sitzstaat in der Regel als diplomatisches Personal notifiziert. Zu ihrer Unterstützung werden ihnen meist Bedienstete, beispielsweise ÜbersetzerInnen, beigegeben, die entweder von Wien entsandt sind oder lokal aufgenommen werden.

Während sich die Gruppe der Fachattaché(e)s bis etwa Anfang der 90er-Jahre primär auf die vom Bundesministerium für Landesverteidigung entsendeten Verteidigungsattaché(e)s und die von der WKÖ entsendeten Handelsattaché(e)s beschränkte, ist seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem österreichischen EU-Beitritt eine deutliche Ausweitung – personell wie geografisch – zu verzeichnen: So sind etwa in Belgrad neben dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten das Bundesministerium für Landesverteidigung, das Bundesministerium für Inneres, das Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, das Bundesministe-



*Fachattaché(e)s*

rium für Soziales und Konsumentenschutz sowie die ADA und die WKÖ vertreten. Polizeiliche VerbindungsbeamtenInnen finden sich neben Kiew und Sarajewo auch in Amman und Rabat, während Agrar- und Umweltattaché(e)s nicht nur in Budapest und Prag, sondern auch in Moskau und Washington, D.C. ihren Dienst versehen.

Neben der WKÖ, die im Wege ihrer Außenwirtschaftsorganisation rund 590 MitarbeiterInnen, davon rund 125 Handelsattaché(e)s im engeren Sinn, im Ausland beschäftigte, waren für die ADA knapp 80 Bedienstete, davon etwa 20 EZA-/OZA-Attaché(e)s, und für die anderen Bundesministerien nochmals 280 Personen, davon etwa 155 Fachattaché(e)s im engeren Sinn, außerhalb der Grenzen Österreichs tätig. Einige wenige Fachattaché(e)s wurden auch von Interessensvertretungen wie der Bundesarbeitskammer sowie von der Nationalbank ins Ausland entsendet. In Summe waren somit neben den 392 Angehörigen des höheren und gehobenen auswärtigen Diensts rund 320 Fachattaché(e)s im Ausland im Einsatz.

Internationale Vergleiche zeigen, dass Fachattaché(e)s kein österreichisches Spezifikum sind, sondern auch an den Auslandsvertretungen anderer Länder zu finden sind. Zum einen ermöglicht dies den raschen und direkten Zugriff auf Expertise und Wissen von FachexpertInnen im Ausland, zum anderen verfügen Fachressorts an für sie wichtigen Auslandsdestinationen über RepräsentantInnen, ohne dafür ein eigenes, kostenintensives Vertretungsnetz aufbauen und erhalten zu müssen. Unter Beibehaltung der zentralen Rolle des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten als Kompetenz-, Vernetzungs-, Koordinations- und Informationszentrum der heimischen Außenpolitik und Fortführung der erfolgreichen Zusammenarbeit von BerufsdiplomatInnen und Fachattaché(e)s kann die effektive und effiziente Vertretung österreichischer Interessen im und gegenüber dem Ausland bestmöglich erreicht und umgesetzt werden.

# VII. Organisationsplan

**GENERALSEKRETÄR**  
**Dr. Johannes KYRLE**  
**Büro des Generalsekretärs:**  
 Dr. Harald GÜNTHER

**BUNDESMINISTER**  
**Dr. Michael SPINDELEGGER**  
**Kabinett:**  
 Dr. Nikolaus MARSHCHIK  
**Stabstelle 1:**  
 Mag. Jan KICKERT

<p><b>I. Zentrale Angelegenheiten</b>  <b>Dr. Johannes KYRLE</b>                  Stellvertreter:                  ...</p>	<p><b>II. Politische Sektion</b>                  ...                  Stellvertreter:                  Dr. Ralph SCHEIDE</p>	<p><b>III. Wirtschafts- u. integrationspolitische Sektion</b>  <b>Dr. Rudolf LENNKH</b>                  Stellvertreter:                  Dr. Johannes EIGNER</p>	<p><b>IV. Rechts- u. Konsularsektion</b>  <b>Dr. Elisabeth TICHY-FISSELBERGER</b>                  Stellvertreterin:                  Mag. Andrea IKIC-BÖHM</p>
<p>I.1 Protokoll                  Mag. Melitta SCHUBERT                  I.1a Mag. Elisabeth SEVELDA-GREDLER                  I.1b Mag. Alexander EHRlich-ADAM                  I.1c Werner AMMINGER</p>	<p>II.1 Sicherheitspolitische Angelegenheiten, GASP, Grundsatzfragen                  Dr. Thomas HAJNOCZI                  II.1a Dr. K. FAMIRA-PARCSETICH                  II.1b Mag. Karl PRUMMER                  II.1c Mag. Walter SCHIRMER</p>	<p>III.1 EU-Grundsatzfragen                  Dr. Michael SCHWARZINGER                  III.1a ...                  III.1b Mag. Peter KROIS</p>	<p>IV.1 Rechtsschutz, Rechts- und Amtshilfe, allg. Rechtsang.                  Dr. Gerhard DEISS                  IV.1a ...</p>
<p>Gruppe I A Völkerrechtsbüro (Abt. I.2, I.4, I.7)                  Dr. Ferdinand TRAUTTMANSDORFF</p>	<p>II.2 Südtirol und Südeuropa                  Dr. Georg STILLFRIED</p>	<p>III.2 Europäischer Rat und Rat allgemeine Angelegenheiten; ASTV II                  Dr. Elisabeth KEHRER                  III.2a Mag. Gerhard SAILLER</p>	<p>IV.2 Reise- und Grenzverkehr; Asyl, Aufenthalts- und Wanderungswesen, Belange der Passstelle                  Mag. Andrea IKIC-BÖHM                  IV.2a Michael HEINZ                  IV.2b Dr. Joachim ÖPPINGER                  Passdruckstelle:                  Peter GRIEHSMAIER</p>
<p>I.2 Allgemeines Völkerrecht                  Dr. Helmut TICHY                  I.2a Martin KLEIN                  I.2b Dr. Thomas BAIER                  I.2c Dr. Thomas LOIDL</p>	<p>II.3 Ost- u. Südeuropa, Südkaukasien, Zentralasien, Zentral-europäische Initiative (CEI)                  Dr. Franz KUGLITSCH                  II.3a Dr. Josef LITSCHAUER                  II.3b Mag. Thomas SCHNOLL</p>	<p>III.3 Bi- und multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen; gemeinsame Handelspolitik; Exportförderung; Investitionsschutz; internationale Finanzinstitutionen                  Dr. Bettina KIRNBAUER                  III.3a Mag. Martin GÄRTNER                  III.3b Dr. Marcus BERGMANN</p>	<p>IV.3 Auslandsösterreicher, Schutzmachtang., Vermögensang., Sozial- und gesundheitspolitische Ang., Staatsbürger-schaftsangelegenheiten                  Dr. Thomas BUCHSBAUM                  IV.3a ...</p>
<p>I.3 Presse und Information                  Mag. Peter LAUNSKY                  I.3a MMag. Thomas SCHLESINGER                  I.3b Franz HUTEgger                  I.3c ...</p>	<p>II.4 Naher und Mittlerer Osten, Afrika                  Dr. Ralph SCHEIDE</p>	<p>III.4 EU-Erweiterung, Außenwirtschaftsbeziehungen zu den europäischen Drittstaaten und zu Zentralasien                  Dr. Johannes EIGNER                  III.4a Dr. Johann SPITZER                  III.4b Mag. Maximilian HENNIG</p>	<p>IV.5 Bürgerservice                  Mag. Axel WECH                  IV.5a Mag. Christian HASENBICHLER                  Legalisierungsbüro                  Alois CSENCITS</p>
<p>I.4 Europarecht                  Dr. Andreas KUMIN                  I.4a Dr. Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER</p>	<p>II.5 Internationale Organisationen                  Dr. Peter HUBER                  II.5a ...</p>	<p>III.5 Koordination betreffend ASTV I, Binnenmarkt, Gemeinschaftspolitiken, Standards, Beschäftigungs- und Sozialfragen                  Dr. Karl MÜLLER</p>	<p>IV.7 Integrationspolitische und Internationale Zusammenarbeit Inneres und Justiz                  Dr. Johann BRIEGER                  IV.7a Mag. Regina RUSZ                  IV.7b Dr. Walter ROCHEL</p>
<p>I.5 Organisation Internationaler Konferenzen und Ang. internat. Organisationen in Österreich                  Dr. Ernst-Peter BREZOVSKY</p>	<p>II.6 Mittel-, West- u. Nordeuropa                  Dr. Herbert KRAUSS                  II.6a Mag. Martin PAMMER</p>	<p>III.5a Dr. Wolfgang BANYAI                  III.5c Mag. Gerhard EISL</p>	
<p>I.7 Menschenrechte, humanitäres Völkerrecht, Volksgruppenang.                  Mag. Engelbert THEUERMANN                  I.7a Dr. Georg HEINDL                  I.7b Mag. Elisabeth RIEDERER</p>	<p>II.7 Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Europarat                  Dr. Christine MOSER                  II.7a Dr. Desirée SCHWEITZER                  II.7b Dr. Robert MÜLLER                  II.7c Dr. Harald KOTSCHY</p>	<p>III.6 Verkehr und Energie, Umweltschutz, EURATOM                  Dr. Christian KREPALA                  III.6a Mag. Katharina WIESER                  III.6b Dr. Andreas SCHMIDINGER                  III.6c Mag. Yvonne TONCIC-SORINJ</p>	
<p>I.9 Sicherheitsangelegenheiten                  Dr. Daniel KRUMHOLZ</p>	<p>II.8 Rüstungskontrolle und Abrüstung, Non-Proliferation, multilaterale Atomenergiefragen, IAE0                  Dr. Alexander MARSHCHIK                  II.8a Mag. Andreas LAUNER                  II.8b Dr. Alexander BENEDICT                  II.8c Mag. Margit BRUCK-FRIEDRICH</p>	<p>I.7 EU-Haushalts-, Finanz- und Währungsfragen                  Mag. Renate KOBLER                  III.7a Mag. Regina FIGL</p>	
	<p>II.9 Amerika, Karibik, OAS                  Mag. Isabel RAUSCHER                  II.9a Dr. Andreas MELAN</p>		
	<p>II.10 Asien, Australien, Neuseeland, Ozeanien, ASEM                  Dr. Bernhard ZIMBURG                  II.10a Dr. Stefan PEHRINGER                  II.10b Dr. Bruno BILEK</p>		
	<p>II.11 Afrika südlich der Sahara                  Dr. Helmut FREUDENSCHUSS</p>		

## Organisationsplan

### Generalinspektorat

Mag. Dr. Christian LASSMANN

Stellvertreter:

Mag. Wolf-Dietrich HEIM

<b>V. Kulturpolitische Sektion</b> <b>Dr. Emil BRIX</b> Stellvertreterin: Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH	<b>VI. Administrative Sektion</b> <b>Mag. Martin FALB</b> Stellvertreter: Dr. Michael ZIMMERMANN	<b>VII. Entwicklungszusammenarbeit</b> <b>Dr. Irene FREUDENSCHUSS-REICHL</b> Stellvertreter: Mag. Anton MAIR
V.1 Koordination, Planung, Finanzierung und Evaluierung der Auslandskultur, kulturelle Öffentlichkeitsarbeit Mag. Stephan VAVRIK V.1a Andreas PAWLITSCHKE V.1b Franz BISCHL	VI.1 Personal- und Organisationsmanagement; Akkreditierung; Notifizierung Dr. Thomas WUNDERSBALDINGER Standesevidenz Gustav SCHÜTTE VI.1a Gerda JOHAM VI.1b Silvia NEUREITER VI.1c Dr. Sigurd PACHER VI.1d Dr. Barbara PFEIFFER VI.1e Dr. Susanne KEPPLER-SCHLESINGER	VII.1 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit Dr. Maria ROTHHEISER-SCOTTI VII.1a Mag. Michaela ELLMEIER
V.2 Durchführung kultureller und wissenschaftlicher Veranstaltungen im Ausland Dr. Claudia ROCHEL-LAURICH V.2a ... V.2b Mag. Stella AVALLONE V.2c Mag. Marianne FELDMANN V.2d Christine DOLLINGER	VI.2 Auslandszulagen, Auslandskostensätze, Sozialversicherungsrechtl. Ang. Mag. Michael BRUNNER VI.2a Helga KUBICEK VI.2c Franz RAZ	VII.2 Evaluierung, Entwicklungspolitik und Strategie Mag. Anton MAIR VII.2a Mag. Klaus STEINER
V.3 Wissenschaftlich-technische sowie universitäre Zusammenarbeit Dr. Florian HAUG V.3a Mag. Sabine KROISSENBRUNNER V.3b Mag. Ernst AICHINGER	VI.3 Budgetangelegenheiten, Controlling Mag. Christoph JACKWERTH VI.3a Erich HAUSMANN VI.3b Robert ZEICHMANN VI.3c Angelina MIGSICH VI.3d ...	VII.3 Humanitäre Hilfe, Nahrungsmittelhilfe, NRO-Kofinanzierung, Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland, wirtschaftsnaher Entwicklung Mag. Gerhard WEINBERGER VII.3a Mag. Franz BREITWIESER
V.4 Multilaterale Angelegenheiten der Auslandskultur; UNESCO ... V.4a Mag. Sabine STAFFELMAYR	Gruppe VI.4 – Immobilienmanagement, Unterbringung und Ausstattung (Abt. VI.4 u. VI.5) Dr. Michael ZIMMERMANN	VII.4 Allgemeine Angelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit, Koordination in Österreich und Information Dr. Josef MÜLLNER VII.4a Mag. Ursula HEINRICH
	VI.4 Unterbringung und Ausstattung, rechtliche Angelegenheiten, Kurierdienst, Hausverwaltung, B-Bedienstetenschutzgesetz Dr. Friedrich STIFT VI.4a DI Klaus PRIBAHNSNIK VI.4c Alfred RIEGELMAIER	VII.5 Planungs- und Programmangelegenheiten der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit DI Hannes HAUSER VII.5a Dr. Mag. Manfred SCHNITZER VII.5b Mag. Lydia SAADAT VII.5c Mag. Stefan WEIDINGER
	VI.5 Bauangelegenheiten; Immobiliencontrolling; Beschaffungswesen Ing. Kurt MELICHAR VI.5a ... VI.5d Helmut BILONOHA	
	VI.7 Informationstechnologie (IT) Mag. Gerhard MILLETICH VI.7a Ing. Edgar SATTLER	
	VI.8 Informationsvermittlung, Dokumentation, Wissensmanagement Dr. Gottfried LOIBL	

Stand: 31. Dezember

*Der österreichische auswärtige Dienst***VII. Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen)  
und deren LeiterInnen**

ÄGYPTEN Sudan, Eritrea	ÖB Kairo*	Dr. Thomas NADER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag. Klaus DERKOWITSCH
ALGERIEN	ÖB Algier	Mag. Sylvia MEIER-KAJBIC
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Mag. Dr. Gudrun GRAF
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Somalia	ÖB Addis Abeba	Dr. Rudolf AGSTNER
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall- Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neu- guinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Dr. Hanns PORIAS
BELGIEN	ÖB Brüssel*	Dr. Karl SCHRAMEK
BOSNIEN und HERZEGO- WINA	ÖB Sarajewo	Dr. Werner ALMHOFER (bis 30. September)
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia GK Rio de Janeiro	Dr. Hans Peter GLANZER Mag. Reinhold STEINBERGER
BULGARIEN	ÖB Sofia	Dr. Klaus FABJAN
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
CHINA Demokratische Volksrepublik Korea, Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai	Dr. Martin SAJDIK Dr. Maria MOYA-GÖTTSCH Walter KALTEIS
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Dr. Erwin KUBESCH
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK Hamburg GK München	Dr. Christian PROSL Leopold KÖLLNER Dr. Senta WESSELY-STEINER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Dr. Angelika SAUPE- BERCHTOLD
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Margit WÄSTFELT
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Dr. Hubert HEISS Mag. Elisabeth ELLISON- KRAMER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Dr. Michael LINHART

\* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

*Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen*

GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London KF London	Dr. Gabriele MATZNER- HOLZER Mag. Peter MIKL
HEILIGER STUHL San Marino, Souveräner Mal- teser Ritterorden	ÖB Heiliger Stuhl	Dr. Martin BOLLDORF
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Male- diven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Dr. Ferdinand MAULTASCHL
INDONESIEN Singapur, Timor-Leste	ÖB Jakarta	Dr. Klaus WÖLFER
IRAN	ÖB Teheran*	Dr. Michael POSTL
IRLAND	ÖB Dublin	Dr. Walter HAGG
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Michael RENDI
ITALIEN	ÖB Rom KF Rom GK Mailand*	Dr. Christian BERLAKOVITS Mag. Astrid HARZ Dr. Theresa INDJEIN-UNTER- STEINER
JAPAN	ÖB Tokio*	Dr. Jutta STEFAN-BASTL
JORDANIEN Irak	ÖB Amman	Mag. Franz HÖRLBERGER
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Werner BRANDSTET- TER
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan	ÖB Astana	Mag. Ursula FAHRINGER
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Tansania, Uganda	ÖB Nairobi	Mag. Roland HAUSER
KOLUMBIEN Ecuador, Panamá	ÖB Bogotá	Dr. Andreas LIEBMANN- HOLZMANN
KOREA	ÖB Seoul	Mag. Wilhelm DONKO
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Gernot PFANDLER
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Helga KONRAD (bis 31. Oktober)
KUBA	ÖB Havanna	Dr. Johannes SKRIWAN
KUWAIT Bahrein, Katar	ÖB Kuwait	Mag. Marian WRBA
LETTLAND	ÖB Riga	Mag. Hermine POPPELLER
LIBANON	ÖB Beirut	Dr. Eva Maria ZIEGLER
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag. Dorothea AUER

\* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

*Der österreichische auswärtige Dienst*

LITAUEN	ÖB Wilna	Mag. Andrea WICKE
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr. Christine STIX-HACKL
MALAYSIA Brunei	ÖB Kuala Lumpur	Dr. Donatus KÖCK
MALTA	ÖB Valletta	Dr. Caroline GUDENUS
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr. Georg MAUTNER-MARKHOF
MAZEDONIEN	ÖB Skopje	Dr. Alois KRAUT
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Dr. Werner DRUML
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Mag. Florian RAUNIG
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Dr. Wolfgang PAUL
NIGERIA Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik, Benin, Togo, Ghana	ÖB Abuja	Dr. Christian FELLNER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Lorenz GRAF
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Dr. Andreas KARABACZEK
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Dr. Michael STIGELBAUER
PERU Bolivien	ÖB Lima	Dr. Georg WOUTSAS
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Herbert JÄGER
POLEN	ÖB Warschau KF Warschau GK Krakau*	Mag. Dr. Alfred LÄNGLE Dr. Walter-Maria STOJAN Mag. Christophe CESKA
PORTUGAL	ÖB Lissabon	Dr. Ewald JÄGER
RUMÄNIEN Moldau	ÖB Bukarest*	Dr. Martin EICHTINGER
RUSSLAND Belarus	ÖB Moskau*	Dr. Martin VUKOVICH
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Johannes WIMMER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Dr. Stephan TOTH
SCHWEIZ	ÖB Bern* GK Zürich	Dr. Hans-Peter MANZ DDR. Petra SCHNEEBAUER

\* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

*Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren LeiterInnen*

SENEGAL Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Kap Verde, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Liberia, Sierra Leone, Niger	ÖB Dakar	Dr. Gerhard DOUJAK
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Dr. Clemens KOJA
SIMBABWE Angola, Malawi, Mosambik, Sambia	ÖB Harare	Dr. Gerhard ZIEGLER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Dr. Helmut WESSELY
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Valentin INZKO
SPANIEN	ÖB Madrid*	Dr. Ulrike TILLY
SÜDAFRIKA Botsuana, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Namibia, Swasiland	ÖB Pretoria GK Kapstadt	Dr. Otto DITZ Ingrid KÖHN-DURSY
SYRIEN	ÖB Damaskus	Dr. Maria Therese KUNZ
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Arno RIEDEL
TSCHECHIEN	ÖB Prag*	Dr. Margot KLESTIL-LÖFFLER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Dr. Johann FRÖHLICH
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul KF Istanbul	Dr. Heidemaria GÜRER Josef SAIGER Mag. Christian BRUNMAYR
UKRAINE	ÖB Kiew*	Dr. Josef Markus WUKETICH
UNGARN	ÖB Budapest KF Budapest	Dr. Ferdinand MAYRHOFER-GRÜNBÜHEL Dr. Elke ATZLER
VENEZUELA Antigua und Barbuda, Barbados, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, Haiti, St. Vincent und die Grenadinen, St. Lucia, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago	ÖB Caracas	Mag. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Gerald KRIECHBAUM
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Chicago GK Los Angeles GK New York KF New York	Dr. Eva NOWOTNY (bis 30. September 2008) DDr. Robert ZISCHG Mag. Martin WEISS Dr. Brigitta BLAHA Mag. Andreas STADLER

\* Bilaterale Berufsvertretungsbehörde mit Kulturforum

*Der österreichische auswärtige Dienst*

VIETNAM	ÖB Hanoi	Dr. Johannes PETERLIK
ZYPERN	ÖB Nicosia	Dr. Eva HAGER
Armenien, Aserbeidschan, Georgien	ÖB für Südkau- kasus (mit Sitz in Wien)	Dr. Marius CALLIGARIS
Liechtenstein	ÖB Liechten- stein (mit Sitz in Wien)	Mag. Dr. Herbert KRAUSS
Usbekistan	ÖB Usbekistan (mit Sitz in Wien)	Mag. Ursula FAHRINGER (bis 25. Jänner)
Ständige Vertretung bei den VN in New York		Dr. Thomas MAYR-HARTING
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf		Dr. Christian STROHAL
Ständige Vertretung bei den VN		Dr. Helmut BÖCK
IAEO und UNIDO und CTBTO in Wien		
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel		Dr. Hans-Dietmar SCHWEISGUT
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg		Dr. Wendelin ETTMAYER
Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien		Mag. Christine MOSER
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris		Dr. Hubert HEISS
Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag		Dr. Wolfgang PAUL
Ständige Vertretung bei der WEU (Beobachtersta- tus) in Brüssel		Dr. Andreas WIEDENHOFF
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel		Dr. Karl SCHRAMEK
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest		Dr. Ferdinand MAYRHOFER- GRÜNBÜHEL
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid		Dr. Ulrike TILLY
Ständige Vertretung bei UNEP und HABITAT in Nairobi		Mag. Roland HAUSER
ÖB Chisinau (Moldau)		Koordinationsbüro der OEZA
ÖB Singapur (Singapur)		Büro des Handelsrates (WKÖ)
GK Guangzhou (China)		Zweignbüro des Handelsrates (WKÖ)
GK São Paulo (Brasilien)		Büro des Handelsrates (WKÖ)
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf		untersteht dem BMWA
Ständiger Vertreter bei der FAO in Rom		untersteht dem BMLFUW
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris		untersteht dem BKA

Stand: 31. Dezember



# Anhang

## I. Länderinformationen

### Afghanistan (Afghanistan), Kabul

Staatsoberhaupt und Regierungschef Hamid Karzai	Außenminister Rangin Dadfar Spanta
--	---------------------------------------

**ÖB:** siehe Pakistan; **AHSt:** siehe Iran

Österreich beteiligte sich weiterhin an ISAF. Ein österreichischer Offizier war beim Stab von ISAF in Kabul eingesetzt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 258.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 5,570 Millionen Euro (-49,1 %), die Importe 44.000 Euro (-76,3 %).

### Ägypten (Arabische Republik Ägypten), Kairo

Staatsoberhaupt Mohamed Hosni Mubarak	Regierungschef Ahmed Nazif	Außenminister Ali Aboul Gheit
--	-------------------------------	----------------------------------

Kairo – **ÖB, KF, AHSt, ÖAI**; Alexandria – **HGK**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am European Arab Interactive Forum (Alexandria, 1.–3. Februar); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Bewerbung der Fußball-Europameisterschaft „UEFA EURO 2008“ (19. und 20. März); Staatssekretärin Christa Kranzl in Begleitung einer Wirtschaftsmission der WKÖ (4.–6. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Exekutivrat der AußenministerInnen im Rahmen des 11. Gipfels der AU (Sharm-El-Sheikh, 26.–28. Juni); Staatssekretärin Kranzl in Begleitung einer Wirtschaftsmission der WKÖ (20.–24. Oktober); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an der EUROMED-Gesundheitsministerkonferenz (16.–18. November).

Besuche in Österreich: Gattin des Staatspräsidenten Suzanne Mubarak, Teilnahme am Wiener Forum zur Bekämpfung des Menschenhandels (13.–15. Februar); Verkehrsminister Mohamed Mansour, Arbeitsbesuch (3.–6. März); Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten Amr Moussa (16. April); Präsident der Central Agency for Organization and Administration der ägyptischen Regierung Safwat El-Nahass, Arbeitsbesuch (2.–4. Juni); Staatsminister für militärische Produktion Sayed Abdou Meshaal, Arbeitsbesuch (22.–27. Juni); Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten Amr Moussa, Miteinlader zur Wiederaufbaukonferenz für das Flüchtlingslager Nahr-El-Bared im Libanon (23. Juni); Gattin des Staatspräsidenten Mubarak, Teilnahme am Salzburg Trilog (Salzburg, 14.–16. August); Ministerin für Arbeitskräfte und Immigration Aisha Abdel Hadi Abdel Ghani, Arbeitsbesuch (23.–28. August); Generalsekretär der Liga der Arabischen Staaten Amr Moussa und Kulturminister Farouk Hosni, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Am 23. Mai trat ein auf zwei Jahre befristetes Soft-loan-Abkommen im Umfang von 50 Millionen Euro in Kraft. Staatssekretärin Christa Kranzl unterzeichnete im Oktober mit Gesundheitsminister Hatem Gabaly ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitstechnologie.

### *Anhang*

Die GewinnerInnen des Bundesschulwettbewerbs „Österreich entdeckt Ägypten – Begegnung zwischen den Kulturen“ anlässlich des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008, SchülerInnen der Handelsakademie Hallein sowie der Handelsakademie Bruck a.d. Mur, hielten sich im Juni auf Einladung des ägyptischen Fremdenverkehrsamts eine Woche in Ägypten auf und wurden von Tourismusminister Zaher Garanhah empfangen.

Unter dem vom KF konzipierten Projekten seien zwei hervorgehoben: „Smear Campaign – Dialog auf Schiene“, ein Projekt zum Dialog der Kulturen über Graffiti und Kalligrafie, das auf einem Eisenbahnwaggon der ägyptischen Eisenbahnen verwirklicht wurde, und „Going Bananas – A Smile on the Nile“, eine selbstironische Kunstaktion, bei der tausende aufblasbare Plastikbananen den Nil hinunter schwimmen sollten.

Das KF organisierte im Rahmen des erstmalig stattfindenden euro-arabischen Jazzfestivals in Kairo einen Auftritt des radio.string.quartet.vienna, der von der Ägyptenausgabe der International Herald Tribune zum Konzert des Jahres gewählt wurde (November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 107.000 Euro erbracht.

Ägypten zählt zu den wichtigsten Handelspartnern Österreichs im Nahen Osten. Österreich bezieht aus Ägypten Bekleidung, Kunststoffwaren, Phosphate, Baumwolle sowie Obst und Gemüse. Österreich liefert nach Ägypten vor allem Maschinen aller Art und bearbeitete Waren, im besonderen Papier und Pappe, sonstige Fertigwaren, Arzneiwaren, Feuerfestmaterialien, Eisen- und Stahlprodukte sowie Ölfeldausrüstungen. 2008 besuchten 211.000 österreichische TouristInnen Ägypten.

Die österreichischen Exporte betragen 207,202 Millionen Euro (+6,3 %), die Importe 69,165 Millionen Euro (+149,7 %).

### **Albanien (Republik Albanien), Tirana**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Bamir Topi	Sali Berisha	Lulzim Basha

Tirana – **ÖB, AHST** mit Sitz in Laibach, **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Maria Berger, Treffen mit dem albanischen Justizminister Enkelejd Alibeaj Eröffnung einer Haftanstalt für Untersuchungshäftlinge in Vlora (20.–22. Februar); Staatssekretärin Christa Kranzl, Unterzeichnung eines Abkommens mit dem albanischen Gesundheitsministerium über technologiebezogene Zusammenarbeit im Gesundheitssektor, Teilnahme an einer Konferenz des Vienna Economic Forum (8. und 9. Juni); Parlamentarierdelegation unter Leitung des Zweiten Präsidenten des Nationalrates Michael Spindelegger und des Abgeordneten zum Nationalrat Wolfgang Großbrück, Gespräche mit Mitgliedern der albanischen Regierung und des albanischen Parlaments, Besuch der Stadt Shkodra (8.–10. Juni); Delegation des österreichischen Bundesministeriums für Inneres unter Leitung von Sektionsleiter Helmut Prugger, Unterzeichnung eines Abkommens über den Aufbau eines elektronischen Bürgerregistrierungssystems (25. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem albanischen Außenminister Lulzim Basha, Integrationsministerin Majlinda Bregu sowie dem Generalsekretär des albanischen Außenministeriums Ferit Hoxha (16. und 17. Juli); Bundesministerin Claudia Schmied, Eröffnung der Österreichischen Schule Shkodra (7. und 8. September).

Besuche in Österreich: Stellvertretender Innenminister Gent Strazimiri und Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Ahmet Prenci, bilaterale Gespräche (23. April); Innenminister Bujar Nishani, Teilnahme an der Westbalkan-Sicherheitskonferenz (16.–18. Juli); Ministerpräsident Sali Berisha, Teilnahme am 7. Treffen für Stabilität in Südosteuropa im 21. Jahrhundert (Salzburg,

### *Länderinformationen*

27. Juli); stellvertretender Innenminister Strazimiri, Teilnahme an der Konferenz der International Law Enforcement Cooperation Unit (ILECU) (9. Dezember).

Das österreichisch-albanische Doppelbesteuerungsabkommen, das österreichischen und albanischen Investoren künftig mehr Steuersicherheit bieten soll, ist seit 1. September in Kraft.

Unter Federführung des Bundesministeriums für Justiz und dem Center for Legal Competence wurde das CARDS-Projekt „Europäische Unterstützungsmission für das albanische Justizsystem“ fortgeführt.

Österreichische ExpertInnen waren im Auftrag der EU und internationaler Organisationen am Aufbau moderner Strukturen im Polizeiwesen tätig. Es wurde eine Schulung von 20 Grenzbeamtinnen im Bereich „Befragung von Opfern des Menschenhandels“ veranstaltet. Das Bundesministerium für Inneres mit Beteiligung der Agentur für Europäische Integration (AEI) gewann gemeinsam mit dem britischen Home Office und der Organisation für technische Assistenz „NI-CO“ die Ausschreibung für das PAMECA-III-Projekt (EG-Mission zur Unterstützung der Polizei in Albanien). Ende des Jahres erfolgte die Entsendung von drei nationalen Experten in den Bereichen Integriertes Grenzmanagement, Verkehrspolizei und Polizeitraining zur PAMECA-III-Mission. Am 25. Juni wurde ein Abkommen über den Aufbau eines nationalen Zivilregisters unterzeichnet. Überdies bestand zwischen der österreichischen Sicherheitsakademie und der albanischen Polizeiakademie ein Projekt im Bereich der Lehrerausbildung.

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Albanien siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,684 Millionen Euro erbracht.

Das neue Gebäude der 2006 gegründeten Österreichischen Schule für Informationstechnologie in Shkodra wurde zu Beginn des Schuljahrs 2008/2009 im Beisein von Bundesministerin Claudia Schmied feierlich eröffnet. Von albanischer Seite waren Ministerpräsident Sali Berisha, die Parlamentsvorsitzende Jozefina Topalli und Unterrichtsminister Fatos Beja anwesend. An der österreichischen Schule „Peter Mähringer“ in Shkodra werden neben mehreren albanischen Lehrkräften auch neun österreichische PädagogInnen beschäftigt. Zwischen den Universitäten Graz und Klagenfurt sowie der Universität von Shkodra bestehen längerfristige Kooperationsabkommen. Am Germanistikinstitut in Shkodra unterrichteten österreichische LektorInnen, für die die an der Universität bestehende Österreich-Bibliothek eine große Hilfe darstellt. Ein weiteres Kooperations-Rahmenabkommen besteht auch mit der Universität Wien.

Es fanden zwei größere Veranstaltungen der AWO in Albanien statt, an denen zahlreiche österreichische Firmen teilnahmen.

Die österreichischen Exporte betragen 56,150 Millionen Euro (+19,3 %), die Importe 8,529 Millionen Euro (+113,9 %).

## **Algerien**

### **(Demokratische Volksrepublik Algerien), Algier**

Staatsoberhaupt  
Abdelaziz Bouteflika

Regierungschef  
Ahmed Ouyahia  
(seit 23. Juni)

Außenminister  
Mourad Medelci

#### **Algier – ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Regierungschef Abdelaziz Belkadem (1. Juni); Delegation des Bundesministeriums für Inneres, Teilnahme am Seminar „Terrorismusbekämpfung in Nordafrika“ (2. und 3. März), organisiert vom Antiterrorzentrum der AU (CAERT); Delegation des Bundesministeriums für Inneres, Antikorruptionsschulung für algerische BeamtInnen (26.–29. Juli).

### *Anhang*

Besuche in Österreich: Vizeministerin für wissenschaftliche Forschung Souad Bendjaballah, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (19. Dezember).

Vorschläge für ein Katastrophenhilfsabkommen liegen vor. Ein Abkommen über die Aufhebung der Visapflicht für InhaberInnen von Diplomatenpässen ist in Verhandlung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 15.000 Euro erbracht.

Eine Delegation des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie der österreichische Autor Franzobel nahmen an der deutsch-österreichisch-schweizerischen Deutschlehrertagung teil (17. und 18. März). Helmut Gollner gab Österreichkundeseminare an den Universitäten Oran, Sidi Bel Abbes und Algier (1.–14. Mai). Im Rahmen des EU-Kulturfestivals gastierten das Duo Klaus Paier (Akkordeon, Bandoneon) und Asja Valcic (Cello) in Algier (14. Mai). Die Österreichische Botschaft organisierte mit einer Hotelgruppe eine Österreich-Woche mit landestypischer Küche und Musik (27.–30. Oktober). Das Algerische Symphonieorchester unter der Leitung des Dirigenten Wolfgang Dörner präsentierte Wolfgang Amadeus Mozart und Johann Strauss in Algier (16. Dezember) und in Annaba (18. Dezember). Eine DaF-Assistentin unterrichtete im Wintersemester 2007/2008 und ein DaF-Assistent im Wintersemester 2008/9 österreichische Literatur und Landeskunde an der Universität Oran.

An den Fachmessen „SIPSA – Viehzucht- und Veterinärmesse“ (14.–17. Mai) und „Polutech – Umweltmesse mit Schwerpunkt Wasser“ (19.–22. April) nahmen österreichische Firmen teil. Die WKÖ organisierte im Rahmen der FIA – Internationale Messe Algier (7.–23. Juni) einen Gruppenstand für österreichische Firmen. Im Rahmen der jährlichen österreichischen Wirtschaftsdelegation (21.–23. November) waren zahlreiche österreichische Unternehmen in Algier präsent.

Die österreichischen Exporte betragen 173,177 Millionen Euro (-8,3 %), die Importe 611,927 Millionen Euro (+198,8 %).

#### **Andorra**

##### **(Fürstentum Andorra), Andorra la Vella**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Köfürsten:	Albert Pintat Santolària	Meritxell Mateu Pi

Nicolas Sarkozy  
(französischer Staatspräsident)

Joan Enric Vives i Sicília  
(Bischof von Seu d'Urgell)

**ÖB, AHSt:** siehe Spanien

Besuche in Österreich: Außenministerin Meritxell Mateu Pi, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (23. April).

Die österreichischen Exporte betragen 5,812 Millionen Euro (+23,1 %), die Importe 117.000 Euro (-74,8 %).

#### **Angola**

##### **(Republik Angola), Luanda**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
José Eduardo dos Santos	Antonio Paulo Kassoma (seit 30. September)	Assunção Afonso dos Anjos (seit 1. Oktober)

**ÖB:** siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Luanda – **HK**

### Länderinformationen

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 19,731 Millionen Euro (+49,5 %), die Importe 213.000 Euro (+261,1 %).

#### **Antigua und Barbuda (Antigua und Barbuda), St. John's**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Winston Baldwin Spencer

vertreten durch:

Generalgouverneurin  
Dame Louise Lake-Tack

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; St. John's – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Permanent Secretary Colin Murdoch (11. April); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Premierminister und Außenminister Baldwin Spencer am Rande der VN-GV (New York, 6. Oktober).

Die Ausbildung von Tourismusfachkräften in Österreich wurde durch die ADA unterstützt.

Die österreichischen Exporte betragen 380.000 Euro (-19,6 %), die Importe 158.000 Euro (-22,2 %).

#### **Äquatorialguinea (Republik Äquatorialguinea), Malabo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Teodoro Obiang Nguema Mbasogo	Ignacio Milam Tang (seit 8. Juli)	Pastor Micha Ondo Bile

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 1,100 Millionen Euro (-32,3 %), die Importe 2.000 Euro (-17,5 %).

#### **Argentinien (Argentinische Republik), Buenos Aires**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Cristina Fernández de Kirchner	Jorge Taiana

Buenos Aires – **ÖB, AHSt;** Córdoba, Posadas (derzeit geschlossen), San Carlos de Bariloche – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, in Begleitung von Staatssekretär Christoph Matznetter, Abgeordnetem zum Nationalrat Andreas Schieder und einer Wirtschaftsdelegation, offizieller Besuch (9.–11. Mai).

Besuche in Österreich: Vize-Außenminister Victorio Taccetti (Juni).

Unterzeichnung des Luftverkehrsabkommens durch Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner im Mai. Das Doppelbesteuerungsabkommen (BGBl. 11/1983) wurde von Argentinien Ende Juni aufgekündigt und tritt mit 1. Jänner 2009 außer Kraft.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 22.000 Euro erbracht.

## Anhang

Bilderausstellung von Univ.-Prof. Fenzl an der Botschaft; Gedenkveranstaltung mit dem Dachverband der Israelitischen Gemeinschaften Argentiniens zum 70. Jahrestag des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich (März). Konzerte des Arcus-Trios (Kunstuniversität Graz) in Buenos Aires, Ushuaia (beim Internationalen Festival) und Lujan (April). Teilnahme an den EU-Filmwochen: „Klimt“ (Mai). Live-Übertragung des Endspiels der UEFA EURO 2008 in der Residenz (Juni). Enthüllung einer Gedenktafel für Bildhauer Andreas Vögele in der Kirche San Francisco (Juli).

Kongress zur Österreichischen Schule der Wirtschaftswissenschaften (Rosario); Konzert des Pianisten Ingolf Wunder (Eröffnungskonzert des Zyklus Chopiniade); Ausstellung von Lithografien der Künstlerin Christine Kertz; Ausstellung von Gemälden von Georg Miciú Nicoalevici (August).

Tournee des Minetti-Quartetts (September); Symposium Wittgenstein-Tage; Konzert des Violinisten Wolfgang David bei den Musikwochen in Bariloche (Llao-Llao-Festival); „Verlorene Nachbarschaft“ (Projekt des gleichnamigen österreichischen Vereins zum Gedenken an eine 1938 in Wien zerstörte Synagoge, Ehrenschutz durch Bundespräsident Heinz Fischer und Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner); im Rahmen dieses Projekts gab es im November eine Präsentation über Friedensreich Hundertwasser; Übersetzung und öffentliche Generalprobe des Stücks „Kollege von Niemand“ in Kooperation mit dem Goethe-Institut und dem „Steirischen Herbst“ (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 115,952 Millionen Euro (+13,9 %), die Importe 142,033 Millionen Euro (-7,4 %).

### Armenien (Republik Armenien), Jerewan

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Serzh A. Sargsyan	Tigran Sargsyan	Edward Nalbandian
(seit 9. April)	(seit 9. April)	(seit 15. April)

Wien – **ÖB**; Jerewan – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche in Österreich: Präsident des Verfassungsgerichtshofs Gagik Harutunian, Treffen mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs Gerhart Holzinger (12.–14. November); Vize-Außenminister Arman Kirakossian, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (3. Oktober); Vize-Minister für Transport und Kommunikation Hrant Beglarian, Paraphierung eines Abkommens über Gütertransport (30. Mai bis 1. Juni).

Eine Wirtschaftsdelegation der WKÖ besuchte Armenien (5. und 6. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 26.000 Euro erbracht.

An der Europäischen Akademie Jerewan ist ein österreichisches Informationszentrum eingerichtet, welches als Referenzstelle in kulturellen Fragen, einschließlich Stipendien, und als österreichische Präsenzbibliothek dient.

Die 6. Biennale für Gegenwartskunst in Gyumri wurde von Georg Schöllhammer und Hedwig Saxenhuber kuratiert; insgesamt waren 18 KünstlerInnen aus Österreich mit ihren Werken vertreten (September).

Anna Artaker erstellte den Experimentalfilm „48 Köpfe aus dem Mercuriov-Museum“.

Die österreichischen Gruppen „Theater Tanto“ und „Dans:Kias“ nahmen im Oktober am Internationalen Theaterfestival „Highfest“ in Jerewan teil.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkaukasien und Zentralasien an der Diplomatischen Akademie Wien (DA) waren zwei TeilnehmerInnen aus Armenien vertreten (April).

### *Länderinformationen*

Zehn VertreterInnen aus Armenien nahmen im Dezember am Seminar „Wirtschaftsentwicklung und regionale Verwaltung am Beispiel Österreichs“ in Wien und Vorarlberg teil.

Die österreichischen Exporte betragen 114,824 Millionen Euro (+27,5 %), die Importe 7,499 Millionen Euro (+9,9 %).

#### **Aserbaidtschan (Republik Aserbaidtschan), Baku**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ilham Aliyev	Artur Rassisade	Elmar Mammadyarov

Wien – **ÖB**; Baku – **Informationszentrum**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche aus Österreich: Österreichische Parlamentarierdelegation (18.–20. Juni).

Besuche in Österreich: Minister für wirtschaftliche Entwicklung Heydar Babayev, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (7. Mai); Minister für Industrie und Energie Natig Aliyev, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (24. November); Vizepräsidentin des Parlamentes Bahar Muradova, Treffen mit dem Zweiten Präsidenten des Nationalrates Michael Spindelegger (21. Februar); Vize-Außenminister Khalaf Khalafov, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (6. Mai); Vorsitzende des Staatskomitees für Familien-, Frauen- und Kinderangelegenheiten Hijran Huseynova und Vize-Minister für Jugend und Sport Intigam Babayev, Treffen mit Bundesministerin Andrea Kdolsky (14. Februar).

Die Gemischte Wirtschaftskommission hielt in Wien und Graz ihre 5. Tagung ab (7. und 8. Mai).

Eine Wirtschaftsdelegation der WKÖ besuchte Baku (2. und 3. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 195.000 Euro erbracht.

Am Germanistischen Institut der Fremdsprachenuniversität Baku ist ein österreichisches Informationszentrum eingerichtet, welches als Referenzstelle in kulturellen Fragen (einschließlich Stipendien) und als österreichische Präsenzbibliothek dient.

Vorträge eines österreichischen DaF-Praktikanten über österreichische Literatur und Landeskunde fanden im Sommersemester an der Sprachenuniversität Baku statt.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkasien und Zentralasien der DA waren im April zwei TeilnehmerInnen aus Aserbaidtschan vertreten.

Beim an der Universität Graz angebotenen Master-Programm „South-East European Law and European Integration“ nahmen erstmals drei JuristInnen aus Aserbaidtschan teil.

An der Kunstakademie Baku wurden im September und im Oktober ein Workshop und eine Ausstellung des österreichischen Druckgrafikers Dieter Josef durchgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 57,082 Millionen Euro (+38,0 %), die Importe 423.000 Euro (-96,8 %).

#### **Äthiopien (Demokratische Bundesrepublik Äthiopien), Addis Abeba**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Girma Wolde Giorgis	Meles Zenawi	Seyoum Mesfin

Addis Abeba – **ÖB**, **StV AU**; **Koordinationsbüro der OEZA**; **Außenstelle der AHSt Kairo** (**AHSt**: siehe Ägypten)

### Anhang

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung einer Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Staatssekretärin Christine Marek, Gespräche mit Staatspräsident Girma Wolde-Giorgis, Premierminister Meles Zenawi und Parlamentspräsident Teshome Toga, Gespräche mit Kommissionsmitgliedern der AU, Vorsitzendem Alpha Omar Konaré, den Kommissaren für Frieden und Sicherheit Said Djinnit, für Personal, Wissenschaft und Forschung Nagia M. Essayed, für Soziale Angelegenheiten Bience Gawanas und für Wirtschaftliche Angelegenheiten Maxwell M. Mkwezalamba (20.–22. Februar); Bundesminister Johannes Hahn, Gespräche mit Premierminister Meles Zenawi und Unterrichtsminister Sintayehu Woldemichael, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding betreffend die Kooperation in den Gebieten der Höheren Bildung, Wissenschaft und Forschung (3.–6. Jänner).

Besuche in Österreich: Unterrichtsminister Sintayehu Woldemichael, Treffen mit Bundesminister Hahn und Bundesministerin Claudia Schmied (20.–23. Juni); AU-Kommissionsvorsitzender Jean Ping, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Staatssekretär Hans Winkler (9. September).

Am 21. Februar wurde ein indikatives Abkommen über die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Äthiopien für den Zeitraum 2008–2012 durch Staatssekretär Hans Winkler und dem Staatssekretär im äthiopischen Finanzministerium Mekonen Manyazewal im Beisein beider Staatsoberhäupter unterzeichnet. Das Abkommen sieht für diesen Zeitraum eine Unterstützung von 28,5 Millionen Euro für Kernbereiche wie ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, Gesundheit und ein Programm zur Aufrechterhaltung von staatlichen Basisdienstleistungen im Rahmen der äthiopischen Armutsbekämpfung vor.

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Äthiopien siehe Kapitel D.II.1.3.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 5,669 Millionen Euro erbracht.

Am 4. Jänner besuchte Bundesminister Johannes Hahn die Grabungsstätte des Instituts für Anthropologie der Universität Wien in Galili bei Gedamyo (Somali-Region).

Univ.-Prof. Wolfgang Hahn vom Institut für Numismatik und Münzgeschichte der Universität Wien hielt einen Vortrag über die mit österreichischen Maschinen ausgestattete kaiserliche Münzprägestätte von Addis Abeba 1903–1936 (8. Februar).

Gerald Steinacher vom Südtiroler Landesarchiv der Universität Innsbruck stellte das von ihm herausgegebene Buch „Zwischen Duce und Negus – Südtirol und der Abessinienkrieg 1935–1941“ im Beisein von Staatspräsident Girma Wolde-Giorgis vor (17. Juli).

In der Reihe „Austrian Embassy Addis Abeba Occasional Papers“ erschien als Band 1/2008 „Ethiopia in Austrian Diplomatic Reports Part II 1974–1991: The Derg-Period“ mit einem Vorwort von Außenminister Seyoum Mesfin.

Das Institut für Anthropologie der Universität Wien errichtete unter der Leitung von o.Univ.-Prof. Horst Seidler im Juni als Beitrag zur Bekämpfung der Dürre in Gedamyo einen Wassertank für die nomadisierende Bevölkerung und setzte seine Grabungen im November fort. Dabei wurden neben zahlreichen zwischen 5 und 3,5 Millionen Jahren alten Tierresten auch ein Oberarmfragment sowie ein Zahn von Hominiden gefunden.

Die für Äthiopien zuständige AHSt in Kairo nahm mit österreichischen Firmen an der Internationalen Messe der Handelskammer Addis Abeba teil (21.–27. Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 16,267 Millionen Euro (+12,5 %), die Importe 3,473 Millionen Euro (+82,6 %).



*Länderinformationen***Australien****(Australien/Commonwealth of Australia), Canberra**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Kevin Rudd	Außenminister Stephen Smith
--	------------------------------	--------------------------------

vertreten durch:  
Generalgouverneurin  
Quentin Bryce  
(seit 5. September)

Canberra – **ÖB**; Sydney – **HGK, AHSt, ÖW**; Brisbane, Melbourne – **HGK**; Adelaide, Cairns, Hobart, Perth – **HK**

Besuche aus Österreich: Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, Teilnahme am World Youth Day (Sydney, 17. Juli); österreichische Delegation des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Bundesministeriums für Inneres und des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Teilnahme an einer Tagung im Rahmen des MTCR (5.–7. November).

Im Zuge einer Stummfilmtournee trat der Komponist und Pianist Gerhard Gruber mehrmals in Hobart auf (April). Die Theatervereinigung „Dschungel Wien“ nahm am 16. Assitej World Congress in Adelaide teil (Mai). Univ.-Prof. Otmar Höll hielt als Teilnehmer an der 75th Anniversary National Conference einen Gastvortrag am Australian Institute of International Affairs in Melbourne (August).

Das Duo „Weinhappel/Delaney“ gab Konzertabende in Canberra, Melbourne und Sydney sowie eine Meisterklasse an der Australian National University (September). Orgel- und Klavierkonzerte von Elmo Cosentini fanden in Adelaide, Bendigo, Melbourne und Sydney statt (Oktober). Das Egner Trio trat im Rahmen einer Tournee in Adelaide, Brisbane, Canberra, Melbourne, Newcastle, Perth und Sydney auf und gab eine Meisterklasse für das Australian Youth Orchestra in Sydney (September). Die Chorvereinigung Wien-Neubau trat in Kirchen und in den österreichischen Clubs in Adelaide, Cairns, Canberra und Melbourne auf (Oktober). Weiters war Österreich das Motto des Hauptsponsors beim größten Pferderennen Australiens, dem Melbourne Cup (November).

Besondere Anerkennung fanden die österreichischen Gedenkdienstler für ihre Arbeit im Holocaust Museum in Melbourne.

Die österreichischen Exporte betragen 749,565 Millionen Euro (+12,9 %), die Importe 75,469 Millionen Euro (-24,6 %).

**Bahamas****(Commonwealth of The Bahamas), Nassau**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef Hubert A. Ingraham	Außenminister Theodore Brent Symonette
--	--------------------------------------	---

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Arthur Dion Hanna

**ÖB**: siehe Vereinigte Staaten; **AHSt**: siehe Vereinigte Staaten (AHSt New York); Nassau – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Außenminister Theodore Brent Symonette und Under-Secretary Marylin Zonicle (14. April).

Die österreichischen Exporte betragen 15,441 Millionen Euro (-23,0 %), die Importe 1,211 Millionen Euro (-2,0 %).

*Anhang***Bahrain  
(Königreich Bahrain), Manama**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Sheikh Hamad Bin Isa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalifa Bin Salman Al-Khalifa	Sheikh Khalid Bin Ahmed Al-Khalifa

**ÖB:** siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Die österreichischen Exporte betragen 41,999 Millionen Euro (+31,7 %), die Importe 2,365 Millionen Euro (-10,1 %).

**Bangladesch  
(Volksrepublik Bangladesch), Dhaka**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Berater für auswärtige Angelegenheiten
Iajuddin Ahmed	Fakhruddin Ahmed	Iftekhar Ahmed Chowdhury

**ÖB, AHSt:** siehe Indien; Dhaka – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 99.000 Euro erbracht.

Bangladesh ist für österreichische Unternehmen vor allem als Beschaffungsmarkt im Textilbereich von Bedeutung. 90 % der österreichischen Importe entfallen auf Bekleidungsartikel.

Die österreichischen Exporte betragen 75,844 Millionen Euro (+571,1 %), die Importe 183,738 Millionen Euro (+4,1 %).

**Barbados  
(Barbados), St. James**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Königin Elizabeth II.	David Thompson (seit 20. Jänner)	Maxine McClean (seit 20. November)

vertreten durch:

Generalgouverneur  
Sir Clifford Straughn Husbands

Caracas – **ÖB, AHSt;** Bridgetown – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Außenminister Christopher Sinckler (8. und 9. April).

Die österreichischen Exporte betragen 2,263 Millionen Euro (+40,8 %), die Importe 445.000 Euro (+331,8 %).

**Belarus  
(Republik Belarus), Minsk**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Alexander G. Lukaschenko	Sergej Sidorskij	Sergej Martynow

Minsk – **AWO-Marketingbüro;** **ÖB, AHSt:** siehe Russland

Besuche in Österreich: Außenminister Sergej Martynow, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (13. Februar); Stellvertretender Außenminister Walerij Woronetzki, Treffen mit Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting (31. Oktober).

### *Länderinformationen*

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 36.000 Euro erbracht.

Österreich unterhält an der Staatlichen Linguistischen Bibliothek in Minsk eine Österreich-Bibliothek. Österreich beteiligte sich an einem Festival für elektronische Musik in Minsk. Weiters wurde die Kooperation zwischen der Musikuniversität Graz und dem Minsker Staatlichen Konservatorium fortgeführt.

Größere österreichische Investitionen wurden zuletzt insbesondere in den Bereichen Bankwesen und Telekommunikation getätigt. Österreich exportierte nach Belarus vor allem Maschinen und Anlagen, Pharmazeutika, chemische Erzeugnisse, Kunststoffe, Papier und Farbstoffe. Wichtige Einfuhrgüter aus Belarus nach Österreich waren Eisen und Stahl, Bekleidung, Holz und Holzwaren sowie mineralische Brennstoffe.

Die österreichischen Exporte betragen 142,248 Millionen Euro (+34,6%), die Importe 53,739 Millionen Euro (+3,0%).

#### **Belgien (Königreich Belgien), Brüssel**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Albert II.	Herman Van Rompuy (seit 30. Dezember)	Karel De Gucht

Brüssel – **ÖB, AHST, ÖW**; Antwerpen, Eupen, Gent, Lüttich, Namur, Ostende – **HK**

Das Collegium Viennense, Lidia Baich und Christopher Hinterhuber boten im Rahmen der 7. Internationalen Haydn-Biennale Flandern einen Prolog zum Haydn-Jahr 2009 (Mechelen, 3. Oktober bis 16. November). Weiters konzertierten der Pianist Alexander Preda (Antwerpen, 24. September, La Roche-en-Ardenne, 25. September), Imre und Dita Rohmann und das Trio Fheodoroff/Lieli/Hernadi im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit dem Ungarischen Kulturzentrum Brüssel (14. Mai) sowie der Wiener Kammerchor (Nivelles, 18. September). Präsentiert wurden zudem Blues (Oliver Mally, Lubbeek, 20. September), Jazz (Playgrounds/Hoeilaart, 27. September; 11concert Band, Brügge, 20. September) und Post-Rock (Valina/Antwerpen, 28. März und Kortrijk, 30. März). Die Bandbreite österreichischen Musikschaffens vermittelten auch die Konzerte von Depart beim Cimatrics-Festival Brüssel (28. November), Good enough for you (Antwerpen, 18. April und Brüssel, 21. April), Fatima Spar und den Freedom Fries (Eupen, 26. April), vom Klaus Paier Trio (Brügge, 30. April) und von den Neuen Wiener Concert Schrammeln (Gaasbeek, 14. Dezember). Das KF lud weiters gemeinsam mit dem Goethe-Institut Brüssel und dem Tschechischen Zentrum Brüssel zu einem Konzert- und Leseabend der Stiftung „Elysium – Zwischen zwei Kontinenten“ ein, der dem in Auschwitz ums Leben gekommenen Komponisten Viktor Ullmann gewidmet war.

Identitätsfragen standen im Mittelpunkt der Diskussionen mit Karl-Markus Gauss im Internationalen Literaturhaus Brüssel (26. November) und Robert Schindel im Zentrum für Jüdische Studien Antwerpen (18. Dezember). Der Jugendautor Rudolf Habringer gestaltete eine Schreibwerkstätte an der Europäischen Schule Brüssel I (19.–25. Mai). Wissenschaftlicher Austausch fand im Rahmen eines Seminars zu Jean Améry statt (Université Libre de Bruxelles, 13.–15. März). Weiters nahm die Fotografie-Expertin Ulrike Matzer von der Wiener Akademie der Bildenden Künste an einem Symposium zu „Time and Photography“ an der Universität Louvain-la-Neuve teil (13.–15. März) und eine Studienberaterin der Grazer Karl-Franzens-Universität präsentierte SchülerInnen der Europäischen Schulen Studienmöglichkeiten an österreichischen Universitäten (22. Februar). Das KF unterstützte die Übersetzung einer Fachpublikation der Gartenhistorikerin Anette Freytag zu den Gärten des Palais Stoclet in Brüssel und stellte dem Literaturarchiv und -museum der Stadt Brüssel und dem Österreichzentrum an der Universität von Antwerpen Bücher und Filmmedien zur Verfügung.

### Anhang

Mit Unterstützung des KF zeigten belgische Festivals Filme österreichischer Regisseure wie „Exile Family Movie“ von Arash Riahi beim Europäischen Filmfestival Brüssel (26. Februar), „Funny Games US“ von Michael Haneke beim Brussels International Festival of Fantastic Film (2. April) und den US-Spielfilm mit Österreichbezug „Klimt“ (25. Mai). Dem österreichischen Filmemacher Ulrich Seidl wurde in Antwerpen, Gent und Kortrijk eine eigene Filmreihe gewidmet (29. März bis 2. April). Tanz aus Österreich war durch Aufführungen der Gruppe „Superamas“ in Gent und Kortrijk vertreten (5.–15. März bzw. 5. und 6. Dezember).

Esther Stocker und Gerold Tagwerker stellten im Rahmen der Ersten Brüsseler Biennale aus (16. Oktober bis 30. November), Heimo Zobernig gestaltet im Antwerpener Kulturzentrum „De Singel“ seine erste Einzelausstellung in Belgien (11. Dezember 2008 bis 8. Februar 2009), Rudolf Leitner-Gründberg präsentierte Werke im Berlaymont-Gebäude der Europäischen Kommission (28. Februar bis 28. März), Valentin Oman im Europäischen Parlament (26.–28. März) und Marcella Wallner im Verbindungsbüro des Landes Niederösterreich bei der EU (3.–18. Juli). Das Österreichzentrum an der Universität Antwerpen zeigte den Fotozyklus „Donau“ von Inge Morath (24. April bis 21. Mai), die Soundkünstlerin Christina Clar setzte ein Projekt zu Migration und Interkulturellem Dialog im QO2 Werkhuis Brussel um (19.–24. Oktober), Johanna Kirsch nahm an einer internationalen Projektreihe im Brüsseler Kunstzentrum Bains Connectives teil (April bis Juni) und Silvia Bauer stellte einen Werkkatalog im Rahmen ihrer Ausstellung in der Brüsseler Galerie „Libre Court“ vor (9. Mai bis 7. Juni).

Als Mitglied von EUNIC in Brüssel beteiligte sich das KF mit der Vorarlberger Märchenerzählerin Katharina Ritter an einem Märchenmarathon in sieben Sprachen, der Kindern und Eltern die Bedeutung von Mehrsprachigkeit vor Augen führte (28. September) und an einer Fachkonferenz über Migrationsliteratur, bei der der österreichisch-bulgarische Autor Dimitré Dinev aus seinen Werken las (Brüssel, 24. April).

Anlässlich des 50. Jahrestags der Brüsselreise des Erbauers der steirischen „Weltmaschine“ Franz Gsellmann fand im Brüsseler Internationalen Literaturhaus die Präsentation des „Weltmaschinenromans“ des deutschen Physikers und Autors Klaus Ferentschik in Anwesenheit von Gsellmanns Enkel statt (8. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 1.710,536 Millionen Euro (+4,8%), die Importe 1.961,459 Millionen Euro (+2,5%).

### **Belize** **(Belize), Belmopan**

Staatsoberhaupt  
Königin Elisabeth II.

Regierungschef  
Dean Barrow  
(seit 8. Februar)

Außenminister  
Wilfred Elrington  
(seit 11. Februar)

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Colville N. Young

**ÖB, KF, AHSt:** siehe Mexiko; Belize-Stadt – **HGK**

Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Wilfred Elrington am Rande der VN-GV (New York, 27. September).

Die österreichischen Exporte betragen 3,075 Millionen Euro (-7,8 %), die Importe 183.000 Euro (-8,3 %).

*Länderinformationen***Benin  
(Republik Benin), Porto Novo; Regierungssitz: Cotonou**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Thomas Yayi Boni

Außenminister  
Jean-Marie Ehouzou  
(seit 24. Oktober)

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria; Cotonou – **HK**

Teilnahme eines beninischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 4,703 Millionen Euro (+45,0 %), die Importe 116.000 Euro (+140,4 %).

**Bhutan  
(Königreich Bhutan), Thimphu**

Staatsoberhaupt  
König Jigme Khesar  
Namgyel Wangchuck  
(Krönung am 6. November)

Regierungschef  
Jigmi Y. Thinley  
(seit 9. April.)

Außenminister  
Ugyen Tshering  
(seit 11. April)

**ÖB, AHSt:** siehe Indien; **Koordinationsbüro der OEZA** – Thimphu

Besuche aus Österreich: Botschafter Wolfgang Petritsch, Vorsitzender der Beitrittsverhandlungen Bhutans mit der WTO (1.–5. Dezember).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Bhutan siehe Kapitel D.II.1.5.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,736 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,456 Millionen Euro (+219,5 %), die Importe 121.000 Euro (+496,0 %).

**Bolivien  
(Republik Bolivien), La Paz**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Evo Morales

Außenminister  
David Choquehuanca

**ÖB:** siehe Peru; **AHSt:** siehe Chile; La Paz – **HGK**; Santa Cruz – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 47.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte nach Bolivien stiegen weiter stark an und erreichten neuerlich historische Höchstwerte.

Die österreichischen Exporte betragen 5,844 Millionen Euro (+33,7 %), die Importe 5,433 Millionen Euro (-19,1 %).

*Anhang***Bosnien und Herzegowina  
(Bosnien und Herzegowina), Sarajewo**

Staatsoberhaupt  
Staatspräsidium

Regierungschef  
Nikola Špirić

Außenminister  
Sven Alkalaj

mit rotierendem Vorsitz  
Nebojša Radmanović  
(seit 6. November)  
Haris Silajdžić  
Željko Komšić

**Sarajewo – ÖB mit Visaannahmestelle in Banja Luka; Koordinationsbüro der OEZA, AHSt, Regionalbüro der Österreich-Kooperation**

Besuche aus Österreich: ADA-Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer (Jänner); Vizepräsident der SPE im Europäischen Parlament Hannes Swoboda, Treffen mit dem Hohen Repräsentanten/EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák, Europaausschuss des Parlaments von Bosnien und Herzegowina, (4. und 5. Februar); Landeshauptfrau Gabriele Burgstaller in Begleitung einer Delegation (Banja Luka, 16. Februar); Landesrätin Doraja Eberle, (Sarajewo, Srebrenica, 27.–30. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Außenminister Sven Alkalaj (10. Juli); ehemaliger Kommissar Franz Fischler, Besuch des United World College in Mostar (23. Oktober); Sektionsleiter Botschafter Emil Brix, Eröffnung der Österreich-Bibliothek Banja Luka (7. November).

Besuche in Österreich: Stellvertretender Premierminister und Minister für Finanzen Dragan Vrankić, Soft-loan-Vertragsunterzeichnung für den Wasserbereich (13. Februar); Vorsitzender des Staatspräsidiums Haris Silajdžić, Teilnahme am Ball von Bosnien und Herzegowina in Wien (28. März); Stellvertretender Präsident des Völkerhauses des Parlaments von Bosnien und Herzegowina Mladen Ivanić, Generalsekretär des Völkerhauses des Parlaments von Bosnien und Herzegowina Marin Vukoja, Teilnahme an der X. Konferenz der Europäischen Senate (17. und 18. April); Bürgermeisterin von Sarajewo Semiha Borovac, Eröffnung der Sarajewoer Kulturtage in Wien (20.–22. April); Minister für Verkehr und Kommunikationen der Republika Srpska Nedeljko Čubrilović mit Wirtschaftsdelegation, offizielle Eröffnung der Fluglinie Banja Luka-Salzburg (Salzburg, 30. April); Stellvertretender Premierminister und Minister für Finanzen Dragan Vrankić, Soft-loan-Vertragsunterzeichnung im Bereich Gesundheit/Spitalsrehabilitation in Mostar und Modernisierung der Universität Zenica (22. Mai); Minister für Finanzen Dragan Vrankić, Unterzeichnung eines Doppelbesteuerungsabkommens (1. Dezember).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Bosnien und Herzegowina siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 2,554 Millionen Euro erbracht.

Die Botschaft finanzierte zahlreiche Kulturprojekte, die in Sarajewo und anderen Teilen des Landes durchgeführt wurden.

Neben einem Beauftragten für Bildungskooperation des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur waren drei Österreich-Lektorinnen an den Universitäten Banja Luka, Tuzla und Sarajewo tätig. Neben den Universitäten in Tuzla und Sarajewo verfügt nun auch die Universität Banja Luka über eine Österreich-Bibliothek.

Österreich ist unter Berücksichtigung der Kredite österreichischer Banken weiterhin der größte ausländische Investor in Bosnien und Herzegowina.

Die österreichischen Exporte betragen 360,817 Millionen Euro (+9,1 %), die Importe 231,101 Millionen Euro (+13,4 %).

*Länderinformationen***Botsuana  
(Republik Botsuana), Gaborone**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Seretse Khama Ian Khama  
(seit 1. April)

Außenminister  
Phandu Tombola Chaka  
Skelemani  
(seit 1. April)

**ÖB, AHSt:** siehe Südafrika; Gaborone – **HK**

Besuche aus Österreich: Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten für Afrika Botschafter Georg Lennkh, Treffen mit dem stellvertretenden Generalsekretär des Außenministeriums Mustaq Moorad (18. Jänner).

Besuche in Österreich: Eine Delegation aus Botsuana besuchte Wien und Krems (15. und 16. Dezember).

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 502.000 Euro (-3,1 %), die Importe 610.000 Euro (+564,3 %).

**Brasilien  
(Föderative Republik Brasilien), Brasília**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Luiz Inácio Lula da Silva

Außenminister  
Celso Amorim

Brasília – **ÖB**, Rio de Janeiro – **ÖGK**, São Paulo – **ÖGK, AHSt**; Belo Horizonte, Curitiba, Manaus, Porto Alegre, Recife, Salvador, Treze Tílias (Dreizehnlinden), Vitória – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer in Begleitung von Staatssekretär Christoph Matznetter und dem Abgeordneten zum Nationalrat Andreas Schieder, Treffen mit Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva, Senatspräsident Garibaldi Alves, Abgeordnetenhauspräsident Arlindo Chinaglia sowie Höchstgerichtspräsident Gilmar Mendes (Brasília und São Paulo, 11.–13. Mai).

Besuche in Österreich: Minister für soziale Entwicklung und Hungerbekämpfung Patrus Ananias, Treffen mit Bundesminister Erwin Buchinger (16.–20. April).

Aus Anlass des Besuchs von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wurde ein Memorandum of Understanding über regelmäßige politische Konsultationen der Außenministerien unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 934.000 Euro erbracht.

Aus Anlass der Eröffnung der UEFA EURO 2008 in Österreich und der Schweiz wurde in Brasília ein großes Kinderfußballturnier für Schüler aus benachteiligten Stadtvierteln organisiert. Weitere Kulturprojekte waren ein Filmfestival in São Paulo im Oktober sowie die Teilnahme von drei österreichischen Künstlern am Festival elektronischer Kunst „FILE2008“ in São Paulo (August). Die Wanderausstellung „Bertha von Suttner“ wurde in Belo Horizonte, Juiz de Fora und Niterói gezeigt. Die Ausstellung „Clemens Holzmeister“ gastierte in João Pessoa und Recife. Die Künstlerin Evamaria Trischak nahm im November mit einem kartographischen Stadtforschungsprojekt am Mobilefest in São Paulo teil. Mehrere MusikerInnen gastierten in Brasilien, darunter Bernard Gal (April bis Mai), Joris Dudli beim Amazon Jazz Festival (August) und Christof Kurzmann bei „Musica Livre“ in Florianópolis (Dezember). Eine Forschungskooperation über die österreichische Immigration in Brasilien wurde mit dem Martius-Staden-Institut in São Paulo begonnen. Das Kooperationsabkommen mit dem brasilianischen Instituto Rio Branco wurde durch Vorträge von Botschafter Helmut Türk in Brasília, Rio de Janeiro und São Paulo im April umgesetzt.

*Anhang*

Die österreichischen Exporte betragen 684,622 Millionen Euro (+36,4 %), die Importe 484,050 Millionen Euro (+11,3 %).

**Brunei****(Brunei Darussalam), Bandar Seri Begawan**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Sultan Haji Hassanal Bolkiah  
Mu'izzaddin Waddaulah

Außenminister  
Prinz Haji Mohamed Bolkiah

**ÖB, AHSt:** siehe Malaysia

Die österreichischen Exporte betragen 2,007 Millionen Euro (+74,7 %), die Importe 45.000 Euro (+3,3 %).

**Bulgarien****Bulgarien (Republik), Sofia**

Staatsoberhaupt  
Georgi Parvanov

Regierungschef  
Sergei Stanishev

Außenminister  
Ivailo Kalfin

**Sofia – ÖB, AHSt, ASO, Verbindungsbüro der Stadt Wien**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin Renate Brauner, Teilnahme am Wien-Ball (15.–17. Februar); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Abschlusstreffen des Stabilitätspakts für Südost-Europa und Inaugurationstreffen des RCC (27. und 28. Februar); Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am 14. Treffen des CEEPUS-Joint Committee of Ministers (29. Februar und 1. März); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Arbeitsbesuch bei Ministerpräsident Sergei Stanishev (14. November).

Besuche in Österreich: Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik Emilia Maslarova, Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Politik für sozial Benachteiligte – Herausforderungen in Europa“ mit Sozialminister Erwin Buchinger und Kommissar Vladimir Spidla (13. und 14. März); Vizeaußenministerin Evgenia Koldanova, Treffen mit Sektionsleiter Botschafter Rudolf Lennkh (27. März); Wirtschafts- und Energieminister Petar Dimitrov, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (23. April); Vizeminister für Wirtschaft und Energie Valentin Ivanov, Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung des Vienna Economic Forum (10. und 11. November); Generalsekretär des Außenministeriums Konstantin Andreev, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. November); Vizeaußenminister Radion Popov, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Konzertante Veranstaltungen bildeten den Schwerpunkt der Kulturarbeit der Botschaft. So wurden zum zwölften Mal die „Österreichischen Musikwochen in Bulgarien“ mit Konzerten, Meisterkursen und erstmals einem Musikwettbewerb für österreichische instrumentale Kammermusik abgehalten (17. April bis 15. Mai).

Am 12. Internationalen Sofia Film Festival (6.–16. März) war Österreich unter anderem mit Filmen von Ulrich Seidl („IMPORT EXPORT“) und Andreas Horwath („Views of a Retired Night Porter“) vertreten.

Im Bereich der Literatur erwiesen sich die Österreich-Bibliotheken in Plovdiv, Ruse und Sofia sowie die Österreich-LektorInnen in Plovdiv, Sofia und Veliko Tarnovo als bewährte Partner, mit denen unter anderem Lesungen der beiden österreichischen Schriftsteller Xaver Bayer (5.–9. Mai) und Dimitr Dinev (9.–11. November) organisiert wurden. Eine Fotoausstellung zum Thema „Donau“ zeigte in Sofia Arbeiten des Künstlers Boris Anev mit dem Ziel, den zwischen Bulgarien und Rumänien fließenden Grenzfluss der im Landesinneren gelegenen bulgarischen Hauptstadt und deren Bevölkerung näher zu bringen (23. September bis 10. Oktober).



### *Länderinformationen*

Ein Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Bulgarien über den Austausch und gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen wurde in Sofia am 11. Juli unterzeichnet und trat am 1. Dezember in Kraft.

Die österreichischen Exporte betragen 893,819 Millionen Euro (+23,5 %), die Importe 326,342 Millionen Euro (+22,0 %).

#### **Burkina Faso (Burkina Faso), Ouagadougou**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Blaise Compaoré	Tertius Zongo	Alain Bédouma Yoda (seit 3. September)

**ÖB:** siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko; Ouagadougou – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit dem scheidenden Außenminister Djibril Bassolé am Rande des Exekutivrats der AußenministerInnen im Rahmen des 11. Gipfels der AU (Sharm-El-Sheikh, 27. und 28. Juni).

Besuche in Österreich: Finanzminister Jean-Baptiste Compaoré (7.–9. Mai).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Burkina Faso siehe Kapitel D.II.1.2.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4,911 Millionen Euro erbracht.

Für die Durchführung eines Forschungsvorhabens an der Universität für Bodenkultur Wien wurde einem Burkiner ein Stipendium zuerkannt. Ein Student des UNESCO-Instituts für Erziehungsplanung (IIEP) aus Burkina Faso erhielt im Studienjahr 2007/2008 ein von Österreich finanziertes Stipendium.

Teilnahme eines burkinischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 535.000 Euro (-2,7 %), die Importe 435.000 Euro (-10,8 %).

#### **Burundi (Republik Burundi), Bujumbura**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Pierre Nkurunziza	Antoinette Batumubwira

**ÖB:** siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräche mit Außenministerin Antoinette Batumubwira sowie der Exekutivsekretärin der Internationalen Konferenz der Großen-Seen-Region Liberata Mulamula (6. und 7. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 300.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 64.000 Euro (-58,1 %), die Importe 324.000 Euro (+5,1 %).

#### **Chile (Republik Chile), Santiago de Chile**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenminister
Michelle Bachelet	Alejandro Foxley

## Anhang

Santiago de Chile – **ÖB, AHSt**; Arica, Valdivia, Valparaíso – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (13.–15. Mai); Generalleutnant Freyo Apfalter mit Bundesheerdelegation (31. März bis 6. April).

Die vorübergehend geschlossenen Honorarkonsulate in Arica und Valparaíso nahmen im Juni bzw. Oktober mit der Amtseinführung neu bestellter Tituläre wieder den Betrieb auf.

Im April fand in Santiago die erste Verhandlungsrunde über ein chilenisch-österreichisches Doppelbesteuerungsabkommen statt.

Der Pianist Gottlieb Wallisch feierte sein Lateinamerikadebut mit Konzerten in Santiago und Südkhile (Juli). Erstmals konnte sich Österreich am „Europäischen Dramaturgiefestival“ in Santiago beteiligen. Gezeigt wurden die Stücke „draußen tobt die dunkelziffer“ von Kathrin Röggla und „Die Mountainbiker“ von Volker Schmidt (August). Eine gemeinsame Ausstellung war der Bildhauerin Gundi Dietz und der Fotografin Tina Dietz im Museo de Arte Contemporáneo in Santiago gewidmet (November und Dezember). Weitere Ausstellungen präsentierten „Josef Hoffmann und die Wiener Werkstätte“, „Sigmund Freud – On the Couch“ (Karikaturen zum Thema Psychoanalyse) und Arbeiten des Architekten Boris Podrecca. Sechs österreichische FotokünstlerInnen zeigten ihre Arbeiten in der Universidad ARCIS, Santiago („Dialog II“). Im Rahmen des EU-Filmfestivals gelangte der Film „Klimt“ von Raoul Ruiz zur Aufführung. Aus Anlass der UEFA EURO 2008 veranstalteten die Österreichische und die Schweizerische Botschaft ein Jugendfußballturnier unter Beteiligung von 16 Schulen (Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wurde bei seinem offiziellen Besuch im Mai von einer Wirtschaftsdelegation begleitet. An der XV. FIDAE (31. März bis 6. April), der größten Fachmesse Lateinamerikas für Luftfahrt und Rüstung, nahmen österreichische Unternehmen teil. Auf der Bergbaumesse „EXPOMIN“ war Österreich mit einem Katalogstand präsent. In den Städten Los Angeles und San Francisco de Mostazal gingen zwei Casinos in Betrieb, an deren Errichtungskonsortien österreichische Investoren maßgeblich beteiligt waren.

Wie in den letzten Jahren wurde das Handelsvolumen weiter gesteigert.

Die österreichischen Exporte betragen 109,459 Millionen Euro (+4,3 %), die Importe 182,940 Millionen Euro (+7,3 %).

## China

### (Volksrepublik China), Peking

Staatsoberhaupt  
Hu Jintao

Regierungschef  
Wen Jiabao

Außenminister  
Yang Jiechi

### Sonderverwaltungsregion Hongkong

Regierungschef (Chief Executive)  
Tsang Yam-Kuen Donald Ho Edmund

### Sonderverwaltungsregion Macao

Regierungschef (Chief Executive)

Peking – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Shanghai – **GK, AHSt**; Hongkong – **GK, AHSt, Wien-Büro**;  
Guangzhou – **GK/Zweibüro AHSt**; Chongqing, Shenyang – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Vizepräsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth (12.–21. März); Landeshauptmann Josef Pühringer (Hongkong, 4. und 5. August); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Besuch der Olympischen Sommerspiele in Peking (5.–11. August); Bundesminister Norbert Darabos, Besuch der Olympischen Sommerspiele in Peking (7.–12. August); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Besuch der Paralympischen Spiele in Peking (5.–8. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (18.–20. September); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an der 7. ASEM-Tagung der Staats- und RegierungschefInnen und Treffen mit Premierminister Wen Jiabao (24. und 25. Oktober).

### *Länderinformationen*

Besuche in Österreich: Vizeminister für Bauwesen Huang Wei (16. und 17. Jänner); Financial Secretary der Sonderverwaltungsregion Hongkong John Tsang (27.–29. Mai); Vizeminister der Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Zhang Zhi-jun (30. Mai); Vizeminister für Gesundheit Li Xi (1.–3. Dezember).

Bei der Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission im Mai wurde das hohe Niveau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen festgestellt und weitere Maßnahmen zu deren Intensivierung diskutiert. Am 30. Oktober wurde im Korrespondenzweg eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde und der Wertpapieraufsichtsbehörde der Volksrepublik China unterzeichnet.

Die österreichische Mannschaft bei den XXIX. Olympischen Sommerspielen vom 8.–24. August stand unter Leitung von ÖOC-Präsident Leo Wallner und ÖOC-Generalsekretär Heinz Jungwirth. Die Bundesregierung war durch Bundesminister Norbert Darabos und Staatssekretär Reinhold Lopatka vertreten.

Die XIII. Sommer-Paralymics vom 6.–17. September besuchten neben Staatssekretär Reinhold Lopatka und Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien Brigitte Jank für das Österreichische Paralympische Komitee Präsident Peter Wittmann, Vizepräsidentin Maria Rauch-Kallat, Generalsekretärin Petra Huber und ÖOC-Präsident Leo Wallner.

Im Rahmen des chinesisch-österreichischen Konsultationsmechanismus bei Energieeffizienz/ Umweltechnologie wurden Pilotprojekte für energiesparendes Bauen konkretisiert. Das Projekt des Chinesisch-Österreichischen Technologieparks in Wien trat in ein konkretes Umsetzungsstadium.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 287.000 Euro erbracht.

Es fanden Reisebüro-Workshops der Österreich-Werbung unter anderem in Guangzhou, Hongkong, Peking und Shanghai, sowie eMarketing-Aktionen statt. Die zentrale Rolle für die immer wichtiger werdende Bildungszusammenarbeit spielt das Universitätsnetzwerk „Eurasia-Pacific Uninet“, welches mit mehr als 40 chinesischen Mitgliedsinstitutionen das größte einzelstaatliche Netzwerk eines europäischen Mitgliedstaats für die Wissenschafts- und Bildungszusammenarbeit mit China darstellt. Vom 29.–31. Oktober fand im Rahmen des Netzwerks eine Konferenz zum Thema „Multifacetal Aspects of Aging and Aging Diseases“ in Peking statt.

Ein Höhepunkt war die Eröffnung der Gemeinsamen Österreichisch-Chinesischen Musikschule in Peking (5. Oktober). Derzeit bestehen gemeinsame Forschungsinstitute für Krebsforschung an der Peking Universität, für traditionelle chinesische Medizin an der China Academy of Chinese Medical Sciences in Peking, für Tunnelbau an der Tongji Universität in Shanghai; am Zentrum für Umweltschutz und erneuerbare Energien in Yanglin sowie im Rahmen des Österreichzentrums mit einer Österreich-Bibliothek an der Fudan Universität in Shanghai.

In der kulturellen Zusammenarbeit wurden mit der von Österreich und China kokuratierten Ausstellung zeitgenössischer chinesischer Kunst „China – Facing Reality“, die im April in Peking präsentiert wurde, neue Wege der Museumszusammenarbeit beschritten. Darüber hinaus wurden bei der bislang größten Medien-Ausstellung Chinas „Synthetic Times“ im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele in Peking Österreichs innovative Leistungen im Bereich Neue Medien positioniert, unter anderem durch eine Retrospektive der Ars Electronica Linz. In Hongkong umfasste der österreichische Beitrag am „Microwave New Media Arts Festival“ im November Vorträge und eine Installation von Christa Sommerer. Rainer Ganahls Teilnahme an der Shanghai Biennale trug ebenso zur Stärkung der Präsenz im Bereich der Bildenden Kunst bei wie die Olympia-Skulpturen von Eva Choung-Fux und Caroline Ramersdorfer und die Objektinstallationen des Künstlerduos „Ramacher/Einfalt“, die an der 3. Beijing Biennale im Sommer mitwirkten. Ausstellungen Vorarlberger KünstlerInnen von Oktober bis Dezember in Guangzhou und Peking bildeten den Auftakt zu einer Ausstellung chinesischer Kunst in Vorarlberg im Folgejahr.

Mit klassischem Musikrepertoire gastierten die Chöre der Wiener und Sankt Florianer Sängerknaben und der Weltjugendchor, dem einige österreichische JungmusikerInnen angehören, in

### Anhang

Hongkong und Macao. Das Haydn Quartett und die Sopranistin Elisabeth Freundlinger traten im Oktober beim Wohltätigkeitskonzert „A Night in Vienna“ in der St. Johns Cathedral in Hongkong auf. In Peking konzertierten im November die Sopranistin Lydia Rathkolb gemeinsam mit Bariton Peter Edelman und Manfred Schiebel am Klavier im Rahmen einer Wohltätigkeitsgala, deren Erlös den SOS-Kinderdörfern in China zugute kam. Weiters gastierte das Martin Reiter Quintett beim Beijing Nine Gates Jazz Festival und das Michaela Rabitsch & Robert Pawlik Jazzquartett in Hongkong, Shanghai und Tianjin. Das Innviertler Ensemble bot Volksmusik- und Tanzeinlagen für die TeilnehmerInnen der Auftaktveranstaltung zur UEFA EURO 2008 in Peking im Juni, mit Vorträgen und Filmvorführungen wurde in Hongkong auf das Sportereignis aufmerksam gemacht.

Vom 15.–22. September nahm Chris Haring mit seiner Tanzgruppe „Liquid Loft“ am Shanghai Dance Festival teil und Lesungen von Christoph Ransmayr in Peking und Shanghai vom 15.–31. Mai vermittelten österreichische Gegenwartsliteratur. Sowohl beim Hongkong International Film Festival im Frühjahr als auch beim EU-Filmfestival in Peking im Dezember wurden österreichische Filme gezeigt, darunter der Oscar-prämierte Beitrag „Die Fälscher“ in Hongkong.

Neben ganzjährig laufenden Vorträgen österreichischer WissenschaftlerInnen und Kunstschaffender zu Themen der Urbanisierung, Architektur, Design, Umwelt und Globalisierung in Zusammenarbeit mit chinesischen Bildungseinrichtungen fand in Peking am 15. und 16. Oktober erstmals ein von EUNIC und chinesischen Partnerinstitutionen gemeinsam veranstalteter Kulturdialog im außereuropäischen Raum statt, der ExpertInnen aus Europa und China in Peking zusammenführte.

Die chinesischen Statistiken weisen unter anderem wegen des so genannten Rotterdam-Effekts ein Defizit für China aus. Der „Rotterdam-Effekt“ bedeutet, dass eine Außenhandelstransaktion für die EU-Statistik zunächst als Einfuhr aus einem Drittland in den EU-Mitgliedstaat erfasst wird, in dem die Waren die EU-Grenze überschritten haben und in den zollrechtlich freien Verkehr überführt wurden. Die anschließende Warenbewegung aus diesem EU-Mitgliedstaat in den EU-Mitgliedstaat, der das endgültige tatsächliche Einfuhrland ist, wird dann als Versendung bzw. Ausfuhr und Eingang bzw. Einfuhr zwischen diesen beiden EU-Mitgliedstaaten erfasst.

Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Volksrepublik China betragen 1.875,230 Millionen Euro (+14,4 %), die Importe 4.975,157 Millionen Euro (+8,5 %). Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Hongkong betragen 452,646 Millionen Euro (-3,8 %), die Importe 145,612 Millionen Euro (-4,7 %). Die österreichischen Exporte in das Zollgebiet der Sonderverwaltungsregion Macao betragen 7,909 Millionen Euro (-23,1 %), die Importe 4,720 Millionen Euro (-63,0 %).

### Taiwan (Chinesische Taipei)

Aufgrund der Ein-China-Politik unterhält Österreich keine diplomatischen Beziehungen zur Republik China. In Taipeh besteht ein Österreichisches Tourismusbüro.

Die österreichischen Exporte betragen 223,576 Millionen Euro (-16,1 %), die Importe 630,359 Millionen Euro (+11,3 %).

### Costa Rica (Republik Costa Rica), San José

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Oscar Arias Sánchez

Außenminister  
Bruno Stagno Ugarte

**ÖB, KF, AHSt:** siehe Mexiko; San José – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Bruno Stagno Ugarte im Rahmen des EU-LAC-Gipfels (Lima, 16. Mai).

### *Länderinformationen*

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting als Kovorsitzender der CTBT-Artikel-XIV-Konferenz, Arbeitsgespräch mit Außenminister Bruno Stagno Ugarte (29. und 30. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 73.000 Euro erbracht.

Die Theatergruppe „du&nichts“ trat im Sabana-Park beim Festival de Artes im April auf. Das Ensemble unter der Leitung des Innsbruckers Tom Zabel wirkte auch an mehreren Workshops für costa-ricanische SchauspielerInnen mit (11.–13. April).

Die österreichischen Exporte betragen 16,150 Millionen Euro (+68,0 %), die Importe 52,020 Millionen Euro (+31,8 %).

#### **Côte d'Ivoire (Republik Côte d'Ivoire), Yamoussoukro; Regierungssitz: Abidjan**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Laurent Gbagbo	Guillaume Soro	Youssef Bakayoko

**ÖB:** siehe Senegal; Abidjan – **HK; AHSt:** siehe Marokko

Teilnahme einer Diplomatin der Republik Côte d'Ivoire an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 8,428 Millionen Euro (+26,9 %), die Importe 16,746 Millionen Euro (-1,5 %).

#### **Dänemark (Königreich Dänemark), Kopenhagen**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Margrethe II.	Anders Fogh Rasmussen	Per Stig Møller

Kopenhagen – **ÖB, AHSt, ÖW;** Åbenrå, Århus, Odense – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Kulturminister Brian Mikkelsen (31. März und 1. April).

Musikalisch war Österreich durch ein Jazzkonzert des Martin-Reiter-Ensembles (Oktober) sowie durch ein vorweihnachtliches Konzert des Ventus Bläserquintetts Salzburg (November) präsent. Die Botschaft unterstützte ein Konzert des Wiener Gemüseorchesters im Rahmen des SPOR-Festivals (Århus, Mai). Im Bereich der Glaskunst war Österreich beim European Glass Context 2008 (Bornholm, September und Oktober) vertreten. Des Weiteren unterstützte die Botschaft den österreichischen Beitrag „42 plus“ von Sabine Derflinger beim Filmfestival „The Best of European Cinema 2008“ (März), den österreichischen Beitrag beim „Copenhagen Artists in Residence“-Programm (Februar und März) sowie den Auftritt der Jugend-Literatur-Werkstatt Graz (Knivsberg/Südjylland, Juli).

Die österreichischen Exporte betragen 852,150 Millionen Euro (+7,9 %), die Importe 509,757 Millionen Euro (+0,2 %).

*Anhang***Deutschland  
(Bundesrepublik Deutschland), Berlin**

Staatsoberhaupt Horst Köhler	Regierungschefin Angela Merkel	Außenminister Frank-Walter Steinmeier
---------------------------------	-----------------------------------	--

Berlin – **ÖB, AHSt, ÖW**; Hamburg – **GK**; München – **GK, AHSt**; Dresden – **HK, Zweigbüro AHSt**; Frankfurt a.M. – **AHSt**; Bremen, Hannover, Kiel, Lübeck, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am traditionellen Dreikönigstreffen (München, 6. Januar); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch der Berlinale (8. Februar); Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme an der Eröffnung der Werkstätten Messe (Leipzig, 6. März); Bundesministerin Schmied, Teilnahme an der Leipziger Buchmesse (Leipzig, 7. und 8. März); Landeshauptmann Jörg Haider, Klagenfurter Bürgermeister Harald Scheucher, Tiroler Wirtschaftslandesrat und EU-Koordinator Hannes Bodner, Teilnahme an der Kick-Off-Gala für die UEFA EURO 2008 (17. März); Bundesminister Martin Bartenstein, Unternehmerversprache (Baden-Baden, 18. April); Vorarlberger Landtagspräsident Gebhard Halder, Gespräche und Informationen über „Stuttgart 21“ (Stuttgart, 20.–22. April); Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am ASEM-Bildungsministertreffen (5. Mai); Staatssekretärin Christa Kranzl, Referentin beim Symposium „Logistik Innovativ 2008“ (Aschau, 7. Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Staatsminister Günter Gloser (19. Mai); Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Staatsminister Joachim Herrmann (München, 26. Mai); Landeshauptmann Josef Pühringer, Treffen mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (Düsseldorf, 11. und 12. Juni); Landeshauptmann Herwig van Staa, Treffen der Arbeitsgemeinschaft „ARGE ALP“ (Chiemsee, 19. und 20. Juni); Staatssekretär Winkler, Enthüllung einer Gedenktafel im KZ Sachsenhausen (23. Juni); Landeshauptmann Erwin Pröll, Verleihung der Europa-Medaille durch Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Markus Söder und Treffen mit Staatsminister der Finanzen Erwin Huber (München, 29. und 30. Juni); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesministerin Ursula von der Leyen (20. August); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme an einer Sicherheitskonferenz (München, 4. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Laudator bei der Verleihung des Quadriga-Preises an den serbischen Präsidenten Boris Tadić, am Rande der Veranstaltung bilaterale Treffen mit dem Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier sowie dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn (3. Oktober); Vizebürgermeisterin der Stadt Wien Renate Brauner und Stadtrat für Stadtentwicklung und Verkehr Rudolf Schicker, Teilnahme an der Veranstaltung „Green Development“ (München, 6. Oktober); Bürgermeister Franz Dobusch, Teilnahme am Nationalfeiertagsempfang in der Botschaft anlässlich der Präsentation der Kulturhauptstadt Linz09 (26. Oktober); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Buchpräsentation gemeinsam mit dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Österreichischen Botschaft (10. November); Bundeskanzler Gusenbauer, Teilnahme am Berliner Salon Rahel Varnhagen, Zusammentreffen mit dem Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler Steinmeier, der Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Susanne Kastner sowie weiteren VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Medien (13. November); Bundesminister Bartenstein, Entgegennahme des Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Band von Bundesminister Michael Glos in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Merkel (19. November); Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Rede zum Thema „10 Jahre EWU: Stand und Perspektiven“, veranstaltet von der Gesellschaft für Politische Bildung e.V. in Kooperation mit dem 46. monetären Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung (Würzburg, 5. Dezember).

Besuche in Österreich: Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Emilia Müller, Antrittsbesuch bei Bundesminister Martin Bartenstein, Bundesminister Werner Faymann, Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sörger (9. Jänner); Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (16. und 17. Jänner); Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier, Gespräche im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und im Verfassungsgerichtshof (17. Jänner); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Michael Glos, Treffen mit Bundesminister Bartenstein (31. Jänner und 1. Februar);

*Länderinformationen*

Bayerischer Ministerpräsident Günther Beckstein (St. Pölten, 22. Februar); Baden-Württembergischer Ministerpräsident Günther H. Oettinger (Zürs am Arlberg, 22.–24. Februar); Niedersächsischer Ministerpräsident Christian Wulff, Teilnahme am Festplenum der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste, Gespräch mit dem Senat der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste (Salzburg, 7. und 8. März); Bundesminister des Innern Wolfgang Schäuble, Teilnahme an der Anrainerstaatenkonferenz zur UEFA EURO 2008 (31. März); Vorsitzender der FDP-Fraktion Guido Westerwelle (Zürs, 4. und 5. April); Mitglied des Bundestages Clemens Binninger, Vorbereitung der UEFA EURO 2008 in Österreich (28. und 29. April); Bundespräsident Horst Köhler, Teilnahme am informellen Präsidententreffen mit Bundespräsident Heinz Fischer (Graz, 29. und 30. April); ehemaliger Bundespräsident Roman Herzog (14.–16. Mai); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Glos, Teilnahme an trilateralen Gesprächen (16. und 17. Mai); Bayerischer Staatsminister Joachim Herrmann, Treffen mit Landeshauptmann Josef Pühringer, Besuch des Einsatzkommandos Cobra (Linz, 21. Mai); Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Harald Ringstorff, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Gespräche mit österreichischen WirtschaftsvertreterInnen (29. und 30. Mai); Baden-Württembergischer Ministerpräsident Oettinger und Mitglieder der Baden-Württembergischen Landesregierung (Bodenseeraum Regierungsbezirk Tübingen und Bregenz, 7. Juni); Bundesminister des Innern Wolfgang Schäuble, Reise zur UEFA EURO 2008 (Klagenfurt, 8. Juni); Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Charlotte Knobloch, Reise zur UEFA EURO 2008 (Klagenfurt, 12. und 13. Juni); Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier, Reise zur UEFA EURO 2008, Besichtigung des Führungsstabs der österreichischen Sicherheitszentrale (Klagenfurt, 12. und 13. Juni); Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ulla von der Leyen, Teilnahme an einer Podiumsdiskussion an der Universität Wien (12. und 13. Juni); ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident Edmund Stoiber, Reise zur UEFA EURO 2008 (Klagenfurt, 12. und 13. Juni); Bayerischer Staatsminister Herrmann, Reise zur UEFA EURO 2008 (12. und 16. Juni); Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 29. Juni); Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 17. Juni); Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 17. Juni); Bundesminister des Innern Schäuble, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 29. Juni); Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler Steinmeier, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 29. Juni); Bundeskanzlerin Merkel, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 29. Juni); Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 17. bzw. 29. und 30. Juni); Ministerpräsident des Freistaates Thüringen Dieter Althaus, Reise zur UEFA EURO 2008 (16. und 17. Juni); Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Sigmar Gabriel, Reise zur UEFA EURO 2008 (29. Juni); Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Glos, Reise zur UEFA EURO 2008 (29. Juni); Bundespräsident Köhler, Reise zur UEFA EURO 2008 (29. Juni); Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert, Reise zur UEFA EURO 2008 und Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (29. Juni); Bayerischer Ministerpräsident Beckstein, Reise zum Finale der UEFA EURO 2008 (29. und 30. Juni); Niedersächsischer Minister für Inneres, Sport und Integration Uwe Schünemann, Reise zur UEFA EURO 2008 (28. und 30. Juni); Baden-Württembergischer Ministerpräsident Oettinger, Vorstellung Sozialprojekt WM 2010 „Wir helfen Afrika“ sowie Teilnahme am Sportlerempfang auf der Seebühne Bregenz, Public Screening des Endspiels der UEFA EURO 2008 (Bregenz, 29. Juni); Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Caffier, Reise zur UEFA EURO 2008 (29. Juni); Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wieczorek-Zeul (Salzburg, 11. und 12. Juli); ehemaliger Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 17.–22. August); Vorsitzender der FDP-Fraktion Westerwelle, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 1.–3. August); Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Horst Seehofer, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 2. und 3. August); Innenminister des Freistaates Thüringen Manfred Scherer, Besuch der Bregenger Festspiele (Bregenz, 3. August); Präsident des Deutschen Bundestages Lammert, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 6.–8. August); Bundespräsident Köhler, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 16.–18. August); Mitglieder des Ausschusses für Umwelt des Landtages von Sachsen-Anhalt, Treffen mit Mitgliedern des Umweltausschusses im Bundesrat und Gespräche mit der Stadt Wien (25.–27. August); Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt, Teilnahme an der Ministertagung „E-Health“, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 28. und 29. August); Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland Knobloch, Teilnahme an der



### Anhang

Eröffnung der Zwi Perez Chajes Schule in der Simon-Wiesenthal-Gasse (17. September), Treffen mit der deutschsprachigen jüdischen Gemeinde (17. und 18. September); Bundeskanzlerin Merkel, Teilnahme an der Veranstaltung „Soziale Marktwirtschaft“ (Linz, 20. September); Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von der Leyen (22. September); Präsident des Deutschen Bundestages Lammert, Teilnahme an der Feier aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Österreichisch-Deutschen Kultugesellschaft, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Prammer, Vizekanzler Molterer und Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel (1. und 2. Oktober); Ministerpräsident von Baden-Württemberg Oettinger, Treffen mit Landeshauptmann Pühringer, Bundesminister Josef Pröll und Präsidentin des Nationalrates Prammer (Linz und Wien, 30. Oktober bis 1. November); Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Kurt Beck anlässlich der Eröffnung des neuen Büros der Deutschen Handelskammer Österreich, Präsentation des Landes Rheinland-Pfalz (18. und 19. November); ehemaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder, Treffen mit Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Treffen mit Bundeskanzler a.D. Gusenbauer (8. und 9. Dezember); Bayerischer Ministerpräsident Horst Seehofer, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler und Finanzminister Pröll und Bundesminister Reinhold Mitterlehner (14. und 15. Dezember); ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident Stoiber (Bad Hofgastein, 16. Dezember).

Im Rahmen des regelmäßigen Veranstaltungsbetriebs wurden vom KF an der österreichischen Botschaft Konzerte, Lesungen, Vorträge und philosophische Salons geboten.

Das Profil Österreichs als Kulturnation konnte durch Kooperationen mit Festivals in einem besonderen Maß gesteigert werden: So präsentierten etwa auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Hagen, Köln und Münster unter dem Motto „Scene: Österreich in NRW“ gemeinsam mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, dem KF Berlin und vielen weiteren Partnern ein Österreich-Programm mit zeitgenössischer Kunst, Theater, Literatur, Musik und Tanz aus Graz, Linz, Salzburg und Wien (April bis Juli). Österreich wird in Deutschland auch als Filmnation wahrgenommen: Das Filmmuseum Potsdam widmete Ulrich Seidl eine umfassende Werkschau, im Frühjahr zeigte das Filmkunstfest Mecklenburg-Vorpommern eine eigene Reihe mit Filmen aus Österreich. Die Kinder- und Jugendbuchwochen in Köln präsentierten vorrangig österreichische AutorInnen und ihre Leistungen auf dem Gebiet der Jugend- und Kinderliteratur. Bei den Essener Lichtwochen kommen von Oktober 2008 bis Anfang Jänner 2009 künstlerische Veranstaltungen österreichischer Provenienz zum Zug, die sich durch eine spezielle Variante regionaler Verbundenheit oder künstlerischer Individualität auszeichnen und gerade dadurch bislang in Deutschland nicht präsent waren. Im Rahmen des Nationalfeiertagempfangs der Botschaft präsentierte sich Linz als Kulturhauptstadt Europas 2009. Die alle zwei Monate erscheinende Publikation des KF „Kosmos Österreich“ mit einer Auflage von 4.000 Stück widmete sich unter anderem den Themen „Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder“, „Verwandelte Welten“ und „1918 – Ein Ende. Ein Anfang“ und nimmt in seiner Zusammenstellung aus literarischen, journalistischen und wissenschaftlichen Texten und Veranstaltungshinweisen einen besonderen Platz unter den „Newslettern“ der in Berlin ansässigen ausländischen Kultureinrichtungen ein.

Die österreichischen Exporte betragen 35.009,742 Millionen Euro (+1,6 %), die Importe 48.490,087 Millionen Euro (+2,1 %).

### **Dominica (Commonwealth Dominica), Roseau**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nicholas Liverpool	Roosevelt Skerrit	Vince Henderson (seit 18. November)

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Präsident Nicholas Liverpool, Außenminister Vince Henderson, Vize-Außenminister Steve Ferrol und Parlamentspräsident Petter Saint-Jean (10. April).



*Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 353.000 Euro (+543,7 %), die Importe 654.000 Euro (-89,5 %).

### **Dominikanische Republik (Dominikanische Republik), Santo Domingo**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Leonel Fernández Reyna

Außenminister  
Carlos Morales Troncoso

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Santo Domingo – **HGK**

Der Spielfilm „Klimt“ wurde im Rahmen des Festivals „CINEUROPA“ gezeigt (12.–21. Juni).

Am 18. Juni wurde das Austrian Business Circle in Santo Domingo eröffnet.

Die österreichischen Exporte betragen 10,894 Millionen Euro (-16,8 %), die Importe 12,477 Millionen Euro (-9,0 %).

### **Dschibuti (Republik Dschibuti), Dschibuti**

Staatsoberhaupt  
Ismael Omar Guelleh

Regierungschef  
Dilaita Mohamed Dilaita

Außenminister  
Mahamoud Ali Youssouf

**ÖB:** siehe Äthiopien; Dschibuti – **HK; AHSt:** siehe Ägypten

Teilnahme eines dschibutischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 1,568 Millionen Euro (+120,2 %), die Importe 221.000 Euro (+540,0 %).

### **Ecuador (Republik Ecuador), Quito**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Rafael Correa Delgado

Außenministerin  
Fander Falcóni Benítez  
(seit 15. Dezember)

**ÖB:** siehe Kolumbien; Quito – **HGK; Guayaquil – HK; AHSt** – siehe Chile

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Staatspräsident Rafael Correa Delgado am Rande des EU-LAC-Gipfels (Lima, 16. Mai); Bundesminister Martin Bartenstein, Treffen mit Bergbau- und Erdölminister Galo Alfredo Chiriboga Zambrano (29. Jänner).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 11.000 Euro erbracht.

Der Film „Todos nos hacemos ilusiones“ von Bernhard Hetzenauer wurde beim Dokumentarfilmfestival Encuentros del Otro Cine in Quito und Guayaquil aufgeführt (Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 19,925 Millionen Euro (+8,1 %), die Importe 47,194 Millionen Euro (+27,9 %).

*Anhang***El Salvador  
(Republik El Salvador), San Salvador**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Elías Antonio Saca González

Außenministerin  
Marisol Argueta de Barillas  
(seit 16. Jänner)

**ÖB, KF, AHSt:** siehe Mexiko; San Salvador – **HGK; Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler traf im Rahmen des EU-LAC-Gipfels in Lima mit Außenministerin Marisol Argueta de Barillas zusammen (16. Mai).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 484.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 7,537 Millionen Euro (+88,3 %), die Importe 3,113 Millionen Euro (-7,9 %).

**Eritrea  
(Staat Eritrea), Asmara**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Isaias Afewerki

Außenminister  
Osman Saleh Mohammed

**ÖB:** siehe Ägypten; **AHSt:** siehe Ägypten

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Osman Saleh Mohammed am Rande des Exekutivrats der AußenministerInnen im Rahmen des 11. Gipfels der AU (Sharm-El-Sheikh, Ägypten, 27. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 35.000 Euro (-68,8 %), die Importe 128.000 Euro (+154,5 %).

**Estland  
(Republik Estland), Tallinn**

Staatsoberhaupt  
Toomas Hendrik Ilves

Regierungschef  
Andrus Ansip

Außenminister  
Urmas Paet

Tallinn – **ÖB, HK, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit seinem estnischen Amtskollegen Matti Maasikas (27. Juni).

Dem estnisch-österreichischen Komponisten Arvo Pärt wurde im Museum für ausländische Kunst des Estnischen Kunstmuseums in Tallinn das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse verliehen (8. Mai). Anschließend konzertierten Christoph Cornaro (Klavier) und Yvonne Timonianu (Cello). An einem Dia-Vortrag und Konzert zum Thema „Kaiserstadt Wien – Welthauptstadt der Musik“ in der Estnischen Nationalbibliothek in Tallinn wirkten MusikerInnen der Estnischen Nationaloper „Estonia“ mit, die an der Akademie für Musik in Wien studiert hatten (11. Februar). Die österreichische Band „Guadalajara“ gab in Tallinn im Rahmen ihrer Baltikum-Polen-Tour ein Konzert (13. Februar). Konzerte des österreichischen Hornquartetts „Born for Horn“ mit Werken von Franz Schubert, Robert Schumann und Carl Maria von Weber kamen in der Konzerthalle in Pärnu (15. März) und im Konzertsaal der Nationaloper „Estonia“ (16. März) zur Aufführung. Ein Konzert des österreichischen Musikers Prof. Wolfgang Brunner (Hammerklavier) fand im Rahmen des internationalen Klavichordfestivals im Konzertsaal der Nationaloper „Estonia“ statt (10. April). Das Abschlusskonzert der Saison „The Strauss Gala“ unter Mitwirkung des österreichischen Dirigenten Alfred Eschwé wurde im Konzertsaal des Theaters „Vanemuine“ in Tartu (23. Mai) und im Konzertsaal der Nationaloper „Estonia“ in Tallinn (24. Mai) gehalten.

### *Länderinformationen*

In Partnerschaft mit der Österreich-Bibliothek und einem estnischen Verlag wurde die Übersetzung von Heimito von Doderers „Strudlhofstiege“ ins Estnische durch den langjährigen Präsidenten des Estnischen Autorenverbands, Mati Sirkel, präsentiert, ebenso wie eine Ausstellung von nahezu hundert Übersetzungen von Werken österreichischer Autoren wie Robert Musil, Elias Canetti, Franz Kafka, Peter Handke, Rainer Maria Rilke und Alfred Kubin, zusammengestellt von der Österreich-Bibliothek (14. Mai). Am internationalen Poesiefestival „Vollmond“ im Landkreis Raplamaa nahm der österreichische Dichter Peter Waugh teil (12.–16. September). Stattdeswegen haben ein Autorentreffen und eine Lesung des österreichischen Autors Richard Obermayr im Institut für Germanistik der Universität Tartu (14. September) und in der Österreich-Bibliothek in Tallinn (25. September). Am Christine Nöstlinger-Abend las die estnische Übersetzerin Irenen Lill aus im Rahmen der Aktion „Österreich liest“ in der Österreich-Bibliothek Tallinn aus „Oh, du Hölle“ (21. Oktober). Zur Buchpräsentation des Romans „Vollmond und Straßenlaterne“ und von Übersetzungen der österreichischen AutorInnen Lene Mayer-Skumaz, Ernst A. Ekker und Evelyne Stein-Fischer in der Estnischen Nationalbibliothek las die estnische Autorin und Übersetzerin Reet Kudu (21. November).

Die Wanderausstellung „UNESCO World Heritage Sites in the South East of Europe“ (6. Juni bis 16. August) wurde in den Räumlichkeiten des Estnischen Außenministeriums gezeigt. Es war die erste Ausstellung einer ausländischen Vertretungsbehörde im estnischen Außenministerium. Die Ausstellung „Salzburg Art Mix“ mit 40 Werken von Salzburger Künstlern (Normina Auböck, Hanne Engelhardt, Adrian Köhli, Christiane Pott-Schlager, Regina und Peter Rieder, Agnes Winzig und Graham Wiseman) unter Teilnahme des Kurators der Ausstellung Peter Rieder (Salzburg) und der Künstlerin Christiane Pott-Schlager wurde in der Estnischen Nationalbibliothek in Tallinn (8.–25. Februar), in der Kunstgalerie in Narva (17. Februar bis 25. Mai), im College der Universität Tartu in Pärnu (3.–30 Juni) und im Kulturzentrum „Kannel“ in Võru (8. Juli bis 7. August) in Partnerschaft mit der Estnischen Nationalbibliothek, der Kunstgalerie Narva, dem College der Universität Tartu in Pärnu, der Kulturabteilung der Stadtverwaltung Pärnu und dem Kulturzentrum „Kannel“ in Võru gezeigt. Anlässlich eines Studienaufenthalts im Center for Art and Social Practice in Mooste (31. August bis 1. Oktober) nahm die österreichische Künstlerin Patricia Römer mit einer Ausstellung in der Y-Galerie in Tartu (16.–27. September) und einer Performance (23. September) in der Galerie der Kunstschule in Tartu teil. Die österreichischen Künstler Thomas Hörl und Peter Kozek stellten in der Stadtgalerie Tallinn aus (4.–21. September).

In der Estnischen Nationalbibliothek erfolgte die Weltpremiere des Films „Schwarze Perlen“ aus der Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ und die Filmvorführung „Goalie08“ im Rahmen der UEFA EURO 2008. Nach der Filmvorführung gab es von der Botschaft eine Preisverteilung zu einem Quiz „Alles Fußball, oder was?“, der vom Österreich-Lesesaal und dem Estnischen Deutschlehrerverband im Internet veranstaltet wurde (30. April). Der Film „Calling Hedy Lamarr“ von Georg Misch wurde in den Räumlichkeiten der Vertretung der Delegation der Europäischen Kommission in Estland gezeigt (6. März). Anlässlich des Internationalen Filmfestivals „Worldfilm“ für visuelle Kultur (23.–30. März) in Tartu kam der Dokumentarfilm „Beyond the Forest“ des österreichischen Filmemachers Gerald Igor Hauzenberger als Abschlussfilm des Festivals zur Vorführung und wurde vom anwesenden Regisseur kommentiert. Anlässlich der Teilnahme am XII. Internationalen Tallinn Black Nights Filmfestival wurden die österreichischen Filme „März“ von Klaus Händl und „Revanche“ von Götz Spielmann im Hauptprogramm sowie „IMPORT EXPORT“ von Ulrich Seidl im Rahmen des Special programme on human rights „Human, for real“ gezeigt (13. November bis 7. Dezember in Tallinn und Tartu).

Die Estnisch-Österreichische Historikertagung wurde mit wissenschaftlichen Vorträgen und Buchpräsentationen von Univ.-Ass. Alfred Weiss und ao. Univ.-Prof. Gerhard Ammerer im Estnischen Historischen Museum in Tallinn veranstaltet (22. April).

Im „Von Krahl-Theater“ fand die Premiere des Theaterstückes „Nora“ von Elfriede Jelinek statt (9. April). Beim Internationalen Theaterfestival „Baltoscandal“ kam es zu Aufführungen des Stückes „Happy/End“ der österreichisch-französischen Theater-Tanzgruppe „SUPERAMAS“ im Theater Rakvere (2.–5. Juli).

### Anhang

Die Arnold Schönberg Gesellschaft Estland lud zum Internationalen Symposium „Analysemethoden moderner Musik“ im Rahmen des internationalen Musikfestivals „Pärnuer Tage der zeitgenössischen Musik“. Der österreichische Musikexperte Dominik Sedivy nahm mit einem Kurzvortrag „Einblick in die Werke von Hauer, Schmid und Berio“ an der Gesprächsrunde (18. Jänner) sowie mit dem Vortrag „Zur Musik und Theorie von Josef Matthias Hauer“ beim Symposium im Theater „Endla“ (19. Jänner) teil. Die Baltische Deutschlehrertagung „Deutsch lernen: aktuell, professionell und virtuell“ fand in Pärnu mit Plenarvorträgen sowie Leitung von Workshops von Prof. Wolfgang Grätzer, Michael Goriany/Angelika Guettl-Strahlhofer und Wolfgang Malik (Österreich-Zentrum Skövde/Schweden) statt (9.–11. Oktober). Dazu wurde Österreichisches Kulturprogramm „Österreich ist ... ja, wie?“ vom Kabarettisten Simon Pichler dargestellt.

Der Vortrag „Erneuerungen bei der Innengestaltung am Anfang des 20. Jahrhunderts“ der estnischen Kunstexpertin Mirjam Peil wurde im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissenschaftliche und kulturelle Begegnungen. Wiener Werkstatt“ in der Österreich-Bibliothek gehalten (23. Jänner).

Österreichische Fortbildungstage mit Vorträgen und Workshops der österreichischen ReferentInnen Gerd Hollenstein (Österreich-Zentrum/Skövde/Schweden), Norbert Rass, Gertrud Höllerbauer mit einem kulturellen Rahmenprogramm „Alles Walzer“ von Doz. Harald Pröckl (Schwaz) wurden in Tartu absolviert (29. Februar und 1. März). Beim Sommertreffen der estnischen DeutschlehrerInnen in Kooperation mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur bei Türi, Landkreis Järvamaa, wurden unter der Leitung von Gerd Hollenstein Workshops abgehalten (11.–13. August).

Im Rahmen der Österreichischen Kulturtage fanden Konzerte in Tallinn und Landkreis Harju unter Mitwirkung der österreichischen Musiker Sebastian Löschberger und Oliver Gilg (Alpenhorn und Wiener Horn) statt (19.–23. Mai). Anlässlich des Europatags erfolgte die Teilnahme am Kulturbus-Projekt in Kärda auf der Insel Hiiumaa (9. Mai). Es kam zur Ausstellung von Drucksachen über Österreich, zur Durchführung eines Österreich-Quiz, Fragen-Antworten über Österreich im Bus sowie zur Verteilung von Werbegeschenken zur UEFA EURO 2008. Die Österreich-Woche mit zwei Ausstellungen der Österreich-Bibliothek fand im Französischen Kulturzentrum Tallinn statt (8.–12. September). Der Spielfilm „Freigesprochen“ von Peter Payer wurde am 11. September aufgeführt. Ein Internet-Quiz „Kreuz und quer durch Österreich“ wurde anlässlich des österreichischen Nationalfeiertags auf der Homepage des Estnischen Deutschlehrerverbands ins Netz gestellt (20.–26. Oktober); die Preisverleihung an die SiegerInnen erfolgte in der Österreich-Bibliothek (14. November). Ebenfalls in der Österreich-Bibliothek fand das Treffen der DirektorInnen und MitarbeiterInnen der Österreich-Bibliotheken der Baltischen Länder samt Rahmenprogramm statt (21. und 22. November).

Veranstaltet wurde ein Vortrag über „Re-sonance artistic network“ samt Präsentation des Katalogs und der DVD „Mission.re.sonance.007“ durch den österreichischen Sound-Künstler Simon Haefele in der Estnischen Kunstakademie (15. Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 125,886 Millionen Euro (-5,7 %), die Importe 36,389 Millionen Euro (+16,3 %).

### **Fidschi (Republik Fidschi-Inseln), Suva**

Staatsoberhaupt	Interimsregierung	Außenminister
Ratu Josefa Iloilovatu	Josaia Voreqe	Josaia Voreqe
Uluivuda	(Frank) Bainimarama	(Frank) Bainimarama
		(seit 5. Oktober)

### **ÖB, AHSt: siehe Australien**

Die österreichischen Exporte betragen 2,955 Millionen Euro, die Importe 270.000 Euro (+4,7 %).

*Länderinformationen***Finnland  
(Republik Finnland), Helsinki**

Staatsoberhaupt Tarja Halonen	Regierungschef Matti Vanhanen	Außenminister Alexander Stubb (seit 4. April)
----------------------------------	----------------------------------	---

Helsinki – **ÖB, HGK, AHSt**; Kajaani, Mikkeli, Oulu, Tampere, Turku, Vaasa – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsidentin Tarja Halonen, Parlamentspräsident Sauli Niinistö und Premierminister Matti Vanhanen (13. und 14. April); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Treffen mit Parlamentspräsident Sauli Niinistö und dem Zweiten Stellvertretenden Parlamentspräsidenten Johannes Koskinen (21. und 22. April); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Staatssekretärin im Außenministerium Teija Tiilikainen, dem Staatssekretär für EU-Angelegenheiten im Europa-Sekretariat des Premierministers Jari Luoto und der Ministerin für Migration und europäische Angelegenheiten Astrid Thors (4. und 5. Mai); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister Jyri Häkämies (13. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (27.–29. Juni); Landesrat Rudi Anschober (O), Treffen mit Staatssekretär Mikko Alkio im Ministerium für Arbeit und Wirtschaft (27.–29. Oktober); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am OSZE-Ministerrat (4. Dezember).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Sauli Niinistö, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (21. Februar); Staatssekretär im Außenamt Pertti Torstila, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (3. März); Außenminister Alexander Stubb, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (10. April); Staatssekretär im Außenamt Pertti Torstila, Teilnahme an informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November).

Österreichische Kulturschaffende nahmen an einer großen Zahl von Ausstellungen, Musikveranstaltungen und Festivals teil. Der traditionelle Auftritt von österreichischen MusikerInnen beim Kuhmo-Festival setzte sich unter anderem mit dem Artis-Quartett fort. Eine Kombination aus avantgardistischer und klassischer Musik bot das Ensemble „die reihe wien“ in Anwesenheit der beiden Komponisten Emil Holmström und Shih. Eine Lesung von Peter Handke fand im Goethe-Institut statt.

Die österreichischen Exporte betragen 622,493 Millionen Euro (+10,0 %), die Importe 647,972 Millionen Euro (-14,0 %).

**Frankreich  
(Französische Republik), Paris**

Staatsoberhaupt Nicolas Sarkozy	Regierungschef François Fillon	Außenminister Bernard Kouchner
------------------------------------	-----------------------------------	-----------------------------------

Paris – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Strassburg – **GK, AHSt, ÖW**; Marseille – **HGK**; Ajaccio, Bordeaux, Lille, Lyon, Nizza, Papeete, Toulouse – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Erwin Buchinger und Staatssekretär Christoph Matznetter, Teilnahme an der Volkshilfe-Europakonferenz (27. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Gérard Errera (2. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an einem Arbeitstreffen mit Außenminister Bernard Kouchner und weiteren EU-AußenministerInnen (13. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Klubobmann Josef Cap, Klubobmann Peter Westenthaler, Barbara Zwerschitz und Johann Rädler, Treffen mit der österreichisch-französischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung (13.–16. Mai); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme an der internationalen Militärwallfahrt (Lourdes, 24. und 25. Mai); Abgeordnete zum Nationalrat Stefan Prähauser und Walter Murauer und Mitglied des Bundesrates Eva Konrad, Teilnahme am

*Anhang*

54. Plenum der WEU-Versammlung (3.–5. Juni); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Kyrle, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur Unterstützung Afghanistans (12. Juni); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen Treffen der EU-EnergieministerInnen (2. und 3. Juli); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Justiz- und InnenministerInnen (Cannes, 7. Juli); Bundesminister Buchinger und Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Arbeit, Beschäftigung und Sozialpolitik (Chantilly, 10.–12. Juli); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am informellen Treffen der EU-EuropaministerInnen (Brest, 12. Juli); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Plassnik, Teilnahme am Paris-Gipfel für den Mittelmeerraum und an den Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag (13. und 14. Juli); Bundesminister Bartenstein, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Wettbewerbsfähigkeit (Versailles, 17. und 18. Juli); Staatssekretärin Christa Kranzl, Teilnahme am informellen Treffen der EU-VerkehrsministerInnen (La Rochelle, 1. und 2. September); Bundesministerin Plassnik, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (Avignon, 5. und 6. September); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an der Konferenz „Health Challenges for Europe“ (9. und 10. September); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Staatssekretär Matznetter und Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Ewald Nowotny, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (Nizza, 12. und 13. September); Staatssekretär Winkler, Teilnahme am EU-Zentralasien-Sicherheitsforum (18. September); Bundesminister Darabos, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister (Deauville, 1. und 2. Oktober); Bundeskanzler Gusenbauer, Teilnahme am Treffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone (12. Oktober); Bundesminister Buchinger, Teilnahme am informellen EU-Ministertreffen zum Thema „Armut und soziale Ausgrenzung“ (Marseille, 16. Oktober); Präsident des Verfassungsgerichtshofs Gerhart Holzinger, Teilnahme an der Feier anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Verfassungsrats (3. November); Staatssekretär Winkler, Teilnahme an einem informellen Treffen der EU-AußenministerInnen und an der Ministerkonferenz „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ (Marseille, 3. und 4. November); Zweiter Präsident des Nationalrates Michael Spindelegger, Teilnahme an der Konferenz der Gemeinschafts- und Europaausschüsse der Parlamente der Europäischen Union (COSAC), des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Beitrittskandidaten (3. und 4. November); Bundesministerin Heidrun Silhavy, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für die Gleichstellung von Männern und Frauen (Lille, 14. November); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme am informellen Treffen der EU-SportministerInnen (Biarritz, 27. und 28. November); Mitglieder des Bundesrates Franz Eduard Kühnel und Stefan Schennach, Teilnahme am 55. Plenum der WEU-Versammlung (2.–4. Dezember); Vizekanzler Josef Pröll, Teilnahme an der informellen Sitzung der EU-Wirtschafts- und FinanzministerInnen (18. Dezember); Bundesminister Michael Spindelegger, Teilnahme am informellen Treffen der EU-AußenministerInnen (30. Dezember).

Besuche in Österreich: Landwirtschaftsminister Michel Barnier, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Bundesminister Josef Pröll (1. Februar); Minister für Immigration, Integration, nationale Identität und Koentwicklung Brice Hortefeux, Treffen mit Bundesminister Günther Platter (19. Februar); Präsident des EU-Ausschusses des Senats Hubert Haenel, Teilnahme an einer Klausur des EU-Ausschusses des Bundesrates (22. Februar); Präsident des Senats Christian Poncelet, Teilnahme an der X. Konferenz der Vereinigung der Europäischen Senate (17. und 18. April); Finanz- und Wirtschaftsministerin Christine Lagarde, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer (16. Mai); Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Staatssekretär Jean-Pierre Jouyet, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Gusenbauer und Bundesministerin Plassnik (30. Mai); Außenminister Bernard Kouchner, Arbeitsgespräch mit Bundesministerin Plassnik (17. Juli); Generalsekretär des Außenministeriums Gérard Errera, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22. November).

Das Kulturleben stand – wie alle Bereiche des öffentlichen Lebens in Frankreich – primär im Zeichen der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Bereits im Vorfeld hatte Staatspräsident Nicolas Sarkozy ankündigen lassen, dass während des französischen Vorsitzes kulturellen Projekten, sowohl im Hinblick auf ihre identitätsbildende Wirkung als auch auf ihren hohen Wahrnehmungsfaktor in der Öffentlichkeit, besondere Priorität zukommen würde. Für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU hatte Frankreich eigene kulturelle Programmschienen

### *Länderinformationen*

ausgearbeitet, in deren Mittelpunkt die Idee stand, die 27 Wochen der französischen Ratspräsidentschaft jeweils einem der 27 EU-Mitgliedstaaten zur Präsentation seiner eigenen kulturellen Inhalte in Frankreich zuzuordnen. Dieses Projekt wurde unter dem Titel „saison culturelle européenne“ Ende Juni im Pariser „Grand Palais“ durch Außenminister Bernard Kouchner gemeinsam mit Kulturministerin Christine Albanel feierlich eröffnet und am 19. Dezember mit einem Festkonzert in Strassburg unter Patronanz von Staatspräsident Sarkozy beendet. Anlässlich der Eröffnung der „saison culturelle“ wurde ein „Ambassadeur culturel“ für jedes europäische Land symbolisch ernannt bzw. vorgestellt. Für Österreich wurde der in Paris ansässige österreichische Architekt Dietmar Feichtinger als Ambassadeur culturel autrichien nominiert, der als Architekt der im Jahre 2006 eröffneten Pariser Seinebrücke „Passerelle Simone de Beauvoir“ einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde.

Das KF Paris entwickelte für die ihm von französischer Seite zugedachte Kulturwoche Anfang Juli im Rahmen der „saison culturelle européenne“ unter dem Titel „AUTRICHE – découvertes et retrouvailles“ ein multidisziplinäres Programm, das in Paris und Marseille seinen Schwerpunkt hatte. Den Auftakt bildete ein Festkonzert des Wiener Universitätschores unter der Leitung von Vijay Upadhaya im Pariser Invalidendom mit Werken von Claude Debussy, Camille Saint-Saëns, Arnold Schönberg, Hugo Wolf und anderen (3. Juli).

RepräsentantInnen des intellektuellen Lebens aus Frankreich und Österreich wie Amaury du Closel, Dietmar Feichtinger, Primavera Gruber, Allan Janik, Peter Kampits und Jaques le Rider referierten auf einem Symposium an der Österreichischen Botschaft am 8. Juli zum Thema des französisch-österreichischen Kulturtransfers („Le transfert culturel entre l'Autriche et la France“).

Die Österreichische Botschaft war auch Veranstaltungsort zweier Konzerte im Rahmen der „saison culturelle européenne“: Die Wiener Instrumentalsolisten (Mitglieder der Wiener Symphoniker) führten Werke von Joseph Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart, Friedrich Gulda und anderen auf (10. Juli). Das auf die Musik der Zweiten Wiener Schule spezialisierte französische Duo Aubriot/Berland präsentierte Werke aus der französischen und österreichischen Musik der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts (8. Juli).

Das der zeitgenössischen Kunst gewidmete Kultur- und Ausstellungszentrum „Maison Rouge“ am Boulevard de la Bastille in Paris konnte als Veranstaltungspartner für einen eigenen Österreich-Tag (9. Juli) im Rahmen der „saison culturelle“ gewonnen werden. Durch seine dort gezeigte repräsentative Großausstellung führte der österreichische Künstler Elmar Trenkwalder. Zwei Konzerte von Florian Honsig-Erlenburg und seinem Ensemble sowie von Harri Stojka und seinem Ensemble rundeten das Angebot dieses Tages ab.

Der zweite Schauplatz der österreichischen Kulturwoche der „saison culturelle“ war Marseille, wo musikalische Schwerpunkte zum Thema „Exilmusik“ gesetzt wurden (10.–13. Juli). Veranstaltungspartner waren die Opéra de Marseille und die Veranstaltungszentren Château Pastré sowie die Bibliothèque Alcazar. Dazu fand an der Sommeruniversität Marseille das Symposium „Les résistances et les justes“ statt.

Von den mit Partnerinstitutionen des französischen Kultur- und Wissenschaftslebens realisierten österreichischen Kulturveranstaltungen des KF Paris werden beispielhaft angeführt:

Im wissenschaftlichen Bereich wurde ein Internationales musikwissenschaftliches Kolloquium und Konzertreihe „Les voix étouffées“ zur österreichischen Exilmusik im Pariser Senat und zehn Pariser Konzertschauplätzen veranstaltet (14. Jänner bis 20. Februar). Gemeinsam mit der Université Paris I wurde unter Teilnahme von Arnold Suppan und Horst Haselsteiner das Symposium „Die bosnische Krise 1908“ abgehalten (26. und 27. September). Dem verstorbenen Germanisten Wendelin Schmidt-Dengler wurde ein Kolloquium gewidmet („Hommage à Wendelin Schmidt-Dengler“), an dem unter anderem Konstanze Fliedl, Johann Marte, Robert Menasse, Jacques le Rider, Evelyn Schlag, Erika Tunner und Jean-Marie Winkler teilnahmen (25. November). Anlässlich des 70. Jahrestags der Novemberpogrome fand in der Fondation de la Shoah ein Kolloquium statt, an dem unter anderem Lothar Höbbling und Ingo Zechner von der Israelitischen Kultusgemeinde Wien teilnahmen (3. Dezember).



### Anhang

Das Klangforum Wien konzertierte im Rahmen des Festival Agora und brachte „In vain“ von G. F. Haas zur Uraufführung (Théâtre des Bouffes du Nord, Paris, 16.–20. Juni). Dieter Kauffmanns Symphonie Acousmatique wurde beim Festival Futura in Crest uraufgeführt (August), „Wacht auf, Harfe und Saitenspiel“ von Thomas Daniel Schlee wurde vom Wiener Concert-Verein uraufgeführt (Vence, 22. September). Wolfgang Mitterers Oper „Massacre“ wurde im Théâtre de St. Quentin aufgeführt (10. Oktober).

Thomas Bernhards „Macht der Gewohnheit“ wurde im Théâtre Darius Milhaud aufgeführt (11. Jänner bis 29. Februar). Im Rahmen der jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe „1,2,3 cultures“ kam Peter Handkes „Culture et Correspondance“ zur Aufführung (13. Mai). Dem zeitgenössischen österreichischen Theater widmete sich die Österreichische Theaterwoche „La musique et les musiciens au théâtre contemporain autrichien“ im Théâtre Athévains (25.–27. November). Im Rahmen des Jugendfilmprojekts Rencontres Européennes des Jeunes et de l'Image (REJI) wurde „Mein Stern“ von Valeska Grisebach gezeigt (20. November bis 6. Dezember).

Die Künstlergruppe Gelitin stellte im Musée d'Art Moderne de la ville de Paris aus (29. Februar bis 9. April), Günther Brus im Musée d'Art Moderne St. Etienne (Dezember 2007 bis März 2008). Österreich war mit einem Gemeinschaftsprojekt im Rahmen der Plattform Kultur Mitteleuropa bei der Design-Biennale 2008 in St. Etienne vertreten (15.–30. November).

Frankreich ist nach Deutschland, Italien, den USA, der Schweiz und Tschechien der sechstgrößte Abnehmer österreichischer Produkte und Dienstleistungen. Mehr als 70 % dieser Lieferungen belaufen sich auf Investitionsgüter wie Maschinen, gefolgt von bearbeiteten Waren, Papier und Pappe, Eisen und Stahl, ferner Kraftfahrzeuge sowie chemische Produkte. Als Lieferant Österreichs nimmt Frankreich die sechste Stelle hinter Deutschland, Italien, China, der Schweiz und Tschechien ein. Die wichtigsten Lieferungen aus Frankreich sind Kraftfahrzeuge, Maschinen, Halbfertigwaren, Lebensmittel sowie Konsumgüter. Von den etwa 200 österreichischen Betriebsniederlassungen in Frankreich sind 45 Produktionsstätten, weit über 100 Vertriebsniederlassungen und etliche andere Dienstleistungsbetriebe. Die Investitionen belaufen sich auf mehr als 800 Millionen Euro.

Die österreichischen Exporte betragen 4.423,449 Millionen Euro (+7,0 %), die Importe 3.712,262 Millionen Euro (+1,0 %).

#### **Gabun (Gabunische Republik), Libreville**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
El Hadj Omar Bongo Ondimba	Jean Eyeghé Ndong	Paul Toungui (seit 9. Oktober)

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 14,672 Millionen Euro (-49,7 %), die Importe 530.000 Euro (-27,0 %).

#### **Gambia (Republik Gambia), Banjul**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Yahya A.J.J. Jammeh	Omar Alieu Touray (seit 19. März)

**ÖB:** siehe Senegal; Banjul – **HK, AHSt:** siehe Marokko

Ein mit Unterstützung der Botschaft publizierter Comicband zu Friedenserziehung wurde von Innenminister Ousman Sonko im Juni in Banjul lanciert.



### *Länderinformationen*

Teilnahme einer gambischen Diplomatin an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 695.000 Euro (-9,0 %), die Importe 68.000 Euro (+358,9 %).

#### **Georgien (Georgien), Tbilisi**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michail Saakaschwili	Grigol Mgaloblishwili (seit 1. November)	Grigol Waschadse (seit 5. Dezember)

Wien – **ÖB**; Tbilisi – **HK**, **Österreich-Bibliothek**; **AHSt**: siehe Russland; **GK Moskau** teilweise zuständig für Konsularangelegenheiten.

Besuche in Österreich: Außenministerin Eka Tkeschelaschwili, Gespräch mit Staatssekretär Hans Winkler (27. und 28. August).

Eine Delegation von BeamtInnen des georgischen Parlaments hielt sich auf Einladung des österreichischen Parlaments zu einem Studienaufenthalt in Österreich auf (21.–25. April).

Österreich entsandte fünf Personen an die OSZE-Mission in Georgien. Österreich beteiligte sich weiters mit zwei Personen an der UNOMIG. Der Leiter der UNHCR-Büros in Georgien ist ein Österreicher.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ hielt sich am 4. und 5. Juni in Georgien auf.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 505.000 Euro erbracht.

An der Chavchavadse Staatsuniversität Tbilisi befindet sich die einzige Österreich-Bibliothek Südkaukasiens, die seit ihrer Eröffnung im Jahr 2000 eine rege Tätigkeit entfaltet und auch das ÖSD abnimmt. Sie zählt zu den umfassendsten ausländischen Bibliotheken in Georgien. Im Laufe des Jahres wurden Vorträge und Seminare zur österreichischen Landeskunde und Linguistik sowie Buchpräsentationen abgehalten, im Zusammenhang mit der österreichweiten Aktion „Österreich liest“ kam es zu drei Veranstaltungen in Tbilisi und gemeinsam mit der Freien Waldorfschule Tbilisi wurde die Novelle „Ich“ von Arthur Schnitzler ins Georgische übersetzt und aufgeführt.

Zwei Experten der Österreichischen Nationalbibliothek hielten sich zu Vorträgen und einem Workshop in Tbilisi im April auf.

Im Mai veranstaltete die Österreich-Bibliothek in Zusammenarbeit mit der Jura Soyfer Gesellschaft Wien ein international besetztes Symposium zum Thema „Die Avantgarde des 20. Jahrhunderts und Jura Soyfer“. Als Begleitprogramm hierzu fand die Premiere des Stückes „Astoria“ im Kellertheater Tbilisi statt, ebenso ein Liederabend mit Texten Jura Soyfers.

Die Fotokünstlerin Ingeborg Strobl war im Juli und August zum Residency-Programm in Tbilisi und Swanetien eingeladen. Die Zusammenarbeit wurde im Rahmen des georgischen Kulturprojekts im öffentlichen Raum „One Stop“ aus dem Jahr 2007 begründet.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkasien und Zentralasien der DA waren im April zwei TeilnehmerInnen aus Georgien vertreten.

Die österreichischen Exporte betragen 45,377 Millionen Euro (+10,1 %), die Importe 2,625 Millionen Euro (-39,9 %).

*Anhang***Ghana  
(Republik Ghana), Accra**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
John Agyekum Kufuor

Außenminister  
Akwası Osei-Adjei

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der XII. UNCTAD (20.–25. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 13.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 8,336 Millionen Euro (-26,0 %), die Importe 2,943 Millionen Euro (+6,1 %).

**Grenada  
(Grenada), Saint George's**

Staatsoberhaupt  
Königin Elizabeth II.

Regierungschef  
Tillman Thomas  
(seit 9. Juli)

Außenminister  
Peter David  
(seit 14. Juli)

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Carlyle Arnold Glean  
(seit 27. November)

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Saint George's – **HK**

In St. George's wurde ein Honorarkonsulat eröffnet (4. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 219.000 Euro (-15,8 %), die Importe 466.000 Euro (-26,6 %).

**Griechenland  
(Hellenische Republik), Athen**

Staatsoberhaupt  
Karolos Papoulias

Regierungschef  
Kostas Karamanlis

Außenministerin  
Dora Bakoyannis

Athen – **ÖB, HK, AHSt, ÖAI;** Heraklion, Hermoupolis/Syros, Korfu, Patras, Rhodos (Neueröffnung), Thessaloniki (Neueröffnung) – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme an der Entzündung der Olympischen Flamme in Olympia und Kontakte mit Kulturminister Michail-Georgios Liapis und dem Vizeminister für Sport im griechischen Kulturministerium Giannis Ioannidis (22.–25. März); Abgeordnete zum Nationalrat Elisabeth Grossmann, Mitglieder des Bundesrates Michaela Gansterer und Stefan Schennach, Teilnahme an der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (27. und 28. März); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der internationalen Konferenz „Next Generation Initiative: Local Business for Global Rights – Middle East Regional Forum of Local and Regional Women Entrepreneurs“ (2. und 3. Juni); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Abgeordnete zum Nationalrat Bettina Stadlbauer, Teilnahme am Kongress der Sozialistischen Fraueninternationale (25.–29. Juni); Präsidentin des Nationalrates Prammer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Doris Bures, Teilnahme an der Tagung der Sozialistischen Internationale (30. Juni bis 2. Juli); Bundeskanzler a.D. Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Schüssel, Vortrag im Karamanlis Institut Athen (13. und 14. November).

### *Länderinformationen*

Besuche in Österreich: Außenministerin Dora Bakoyannis anlässlich der Kaiser-Maximilian-Preisverleihung (8. Mai); Premierminister Kostas Karamanlis, Besuch der UEFA EURO 2008 und Gespräche mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (9. Juni); Staatspräsident Karolos Papoulias, Kulturminister Michalis Liapis und Vize-Außenminister Jannis Valinakis, Staatsbesuch (3.–5. Juli).

Österreichische Ensembles und InterpretInnen standen im Mittelpunkt zahlreicher musikalischer Veranstaltungen in Griechenland. Das Festival für klassische Musik in Nafplion setzte mit Konzerten des Altenberg Trios (20. Juni), der Wiener Mozart Sängerknaben (21. Juni), des Holzbläserquintetts Penta Musica (24. Juni), des Artis Quartetts (25. Juni) und des Unicorn Ensembles (27. Juni) einen besonderen Österreichschwerpunkt. Sechs "Vollmondkonzerte" an archäologischen Stätten im Raum von Korinth standen im Zeichen Österreichs: Trio Stroissnig/Karvay/Karanovic (Altkorinth, 18. Juli), Salzburger Saitenklang (Nemea, 18. Juli), Concilium Musicum Wien (Sikyon, 18. Juli), Trio Tritonous (Altkorinth, 16. August), Acies Quartett (Nemea, 16. August) und Art of Brass Vienna (Sikyon, 16. August). Anlässlich der Eröffnung neuer Honorarkonsulate fanden Konzerte des Duos Nota Bene (Rhodos, 2. Mai) und des Trios Tritonous (Thessaloniki, 20. Oktober) statt.

Weitere Konzerte gaben die Camerata Salzburg (Thessaloniki, 19. Februar und Athen, 20. und 21. Februar), Heinrich Schiff (29. Februar), Martin Grubinger (15. April), Wolfgang Kogert (23. April), das Ensemble Wien (10. Mai), der Innsbrucker Universitätschor (Volos, 28. August und Horto, 29. August), die Salinenblasmusikkapelle Altaussee (Thessaloniki, 26. und 27. September), die Salzburger Kammerphilharmonie (Rhodos, 28. September), das Ensemble Alte Musik Salzburg (Nafpaktos, 17. Oktober), Lydia Rathkolb und Manfred Schiebel (8. November) sowie die Wiener Symphoniker (6. und 7. Dezember).

Jazz aus Österreich boten das Ulrich Drechsler Trio (Athen, 5. April und Hermoupolis, 6. April), Jaccoustic Inc. beim Athener Jazzfestival (1. Juni) und die Vienna Swing Factory (Thessaloniki, 11. Juni). Das Ensemble „DelaDap“ trat beim Earth Festival auf (Vlasti, 13. Juli).

Das Athener Avantgarde Filmfestival (15.–21. Mai) war mit einer Ausstellung, Vorträgen und Filmvorführungen der österreichischen Künstlerin Valie Export gewidmet.

Folgende österreichische KünstlerInnen präsentierten Werke bei Ausstellungen: Markus Proschek „Elements of Light“ (19. Mai bis 14. Juni), Roman Pfeffer bei der Art Athina (23.–25. Mai), Wolfgang Weiss beim Nafplion Festival (20.–29. Juni), Helene Avramidis und Rosemarie Benedikt in der Galerie Titanium (5.–22. September). Am Athener Fotofestival (5.–30. November) nahmen die Fotogalerie Wien mit der Ausstellung „Movement and Memory“ von Elfriede Mejchar, Judith Pichlmüller und Anja Manfredi sowie Hermann Huber im Rahmen der Gruppenausstellung „Cairoscope“ teil.

Wolf Haas las an der Deutschen Schule aus seinen literarischen Werken (1. April).

Anlässlich des „UEFA EURO 2008“-Vorrundenspiels Griechenland gegen Spanien in Salzburg organisierten die Österreichische und die Schweizerische Botschaft im Athener Olympiastadium ein Viewing Event mit kulturellem Rahmenprogramm (18. Juni).

Im Rahmen des Staatsbesuchs von Präsident Karolos Papoulias fand in der Wirtschaftskammer Wien ein österreichisch-griechisches Wirtschaftsforum statt (4. Juli). Am 1. Dezember organisierte die Wirtschaftskammer Wien in Zusammenarbeit mit der Griechischen Botschaft eine Konferenz über wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten österreichischer und griechischer Unternehmen.

Die österreichischen Exporte betragen 753,367 Millionen Euro (+6,4 %), die Importe 143,149 Millionen Euro (-15,0 %).

*Anhang***Großbritannien****(Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland), London**

Staatsoberhaupt  
Königin Elizabeth II.

Regierungschef  
The Rt. Hon.  
Gordon Brown

Außenminister  
The Rt. Hon.  
David Miliband

London – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; Birmingham, Cayman Islands, Edinburgh – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin Renate Brauner (W), Übernahme des Education Award für Entwicklungsprojekte der Stadt Wien in Südafrika (7. Februar); Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit dem Gesandten für Afrika, Asien und die VN Lord Mark Malloch Brown, Gareth Thomas und Jim Murphy (17. März); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am Progressive Leader's Summit (4. und 5. April); Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags unter der Leitung von Erster Präsidentin Angela Orthner, Studienreise nach Schottland (27.–30. Juni); Bundesminister Erwin Buchinger, Teilnahme an einem Ministerseminar zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen (4. und 5. Juni).

Die größten vom KF veranstalteten Einzelprojekte waren eine zehntägige Michael-Haneke-Retrospektive (Februar und März), das internationale Symposium mit kulturwissenschaftlichem Österreich-Schwerpunkt „From the Ausgleich to the Jahrhundertwende: 1867–1890 – pre-modernism and change“ (Oxford, April), das Programm des KF für Neue Musik „Soundings“ mit Workshops (Mai) und einem Konzert in der Wigmore Hall (Oktober) sowie ein Ludwig Wittgenstein gewidmetes multidisziplinäres Programm (Installation, Hörspiel, Symposium) unter dem Titel „Accident Colony“.

Weitere Schwerpunkte bilden die Galerieprogramme für zeitgenössische Kunst der Visual Arts Platform mit Einzelausstellungen von Gregor Graf, Luisa Kasalicky, Almut Rink und Johannes Vogl (Jänner bis Dezember, Galerie des KF) sowie das am KF stattfindende Konzertprogramm „New Artist Series“ mit Konzerten von Mathias Hausmann/Elena Larina, Michaela Selinger/Roger Vignoles und anderen.

Unter den am KF präsentierten Ausstellungen wären die mit dem Jewish Museum London präsentierte Schau „Milein Cosman, Lifelong Impressions“ mit Malerei und Zeichnungen (Jänner bis März), die Photoausstellung von Peter Rauter „Immigrants of Influence“ (April und Mai) sowie eine Doppelausstellung von Ferdinand Penker und Trevor Sutton (Oktober) hervorzuheben.

Die wichtigsten Kooperationsvorhaben des KF im Bereich bildende Kunst waren Projekte der Hayward Gallery (Martin Walde, Jun Yang sowie Gelitin), Barbican Gallery (Hans Schabus) sowie der Serpentine Gallery (Maria Lassnig); weiters die Unterstützung der Ausstellung „Cold War Modern“ im Victoria & Albert Museum (Symposium mit Hans Hollein und Günter Zamp Kelp) sowie die mit dem Freud Museum London veranstaltete Ausstellung „The Laws of the Father: Freud/Gross/Kafka“. Schwerpunkt der Zusammenarbeit im akademischen Bereich war das vom Birkbeck College und dem Royal College of Art geleitete Projekt „The Viennese Café and Fin-de-siècle Culture“, dessen Höhepunkt ein im Oktober in London veranstaltetes Festival bildete.

Im September wurde ein von den Kulturinstituten der EU-Länder in London mit dem Southbank Centre London geplantes dreitägiges Programm für zeitgenössischen Tanz unterstützt, dessen TeilnehmerInnen (Amanda Pina/Daniel Zimmermann) vom KF in Zusammenarbeit mit dem Tanzquartier Wien nominiert wurden.

Mehrere Einzelveranstaltungen des KF standen im Kontext des 70. Jahrestags des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich (szenische Lesung, Filmprogramme und andere).

Im Programm der Europäischen Kulturhauptstadt Liverpool 2008 war Kunst und Kultur aus Österreich vertreten durch die Ausstellung der Tate Liverpool „Gustav Klimt: Painting, Design and Modern Life in Vienna 1900“. In thematischem Zusammenhang dazu führte das Ensemble „10/10“ der Royal Liverpool Philharmonic im Mai neue Werke der zeitgenössischen Wiener KomponistInnen Johanna Doderer und Lukas Ligeti auf.

### Länderinformationen

In Ergänzung zu österreichischen Gruppenausstellungen bei Fachmessen kam es erstmals zu einer österreichischen Beteiligung auf der führenden Fachmesse für nachhaltiges Bauen, der Ecobuild 2008. Aussichtsreiche Sektoren für den Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sind die Umwelttechnologie, Technologien für den nachhaltigen Bau sowie der Bereich der Alternativen-energien. Eine wichtige Säule der Wirtschaftsbeziehungen stellt der Tourismus dar: Großbritannien ist der dritt wichtigste Incoming-Markt für Österreich. Die Direktinvestitionen spiegeln die enge wirtschaftliche Verflechtung wider. Rund 230 österreichische Tochter- und Konzerngesellschaften sind in Großbritannien tätig, beschäftigen knapp 14.000 MitarbeiterInnen und investierten insgesamt 3,9 Milliarden Euro. Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich investierten in Österreich 4,5 Milliarden Euro und beschäftigen rund 7.000 Personen.

Die österreichischen Exporte betragen 3.686,392 Millionen Euro (-9,0 %), die Importe 2.103,548 Millionen Euro (-9,7 %).

#### **Guatemala (Republik Guatemala), Guatemala-Stadt**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Álvaro Colom  
(seit 14. Jänner)

Außenminister  
Haroldo Rodas  
(seit 14. Jänner)

**ÖB, KF, AHS:** siehe Mexiko; Guatemala-Stadt – **HGK, Koordinationsbüro der OEZA:** siehe Nicaragua

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied, Treffen mit Unterrichtsministerin Ana de Molina, Vizeaußenminister Lars Henrik Pira Perez und dem Bürgermeister von Guatemala-Stadt Álvaro Arzú (5.–9. März).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 869.000 Euro erbracht.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Österreichischen Schule nahm Bundesministerin Claudia Schmied an einem Festakt im Beisein von Staatspräsident Álvaro Colom teil und wohnte in einer ehemaligen Kirche in Antigua einem Liederabend der Sopranistin Elena Schreiber bei, die von der Pianistin Elisabeth Reichl begleitet wurde (7. März).

Eine in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Schule organisierte Konzerttournee führte die moderne steirische Crossover-Volksmusikgruppe „Polka Potente“ an fünf Stationen (14.–19. Jänner).

Die österreichischen Exporte betragen 12,329 Millionen Euro (+4,4 %), die Importe 4,030 Millionen Euro (+8,2 %).

#### **Guinea (Republik Guinea), Conakry**

Staatsoberhaupt  
Hauptmann Moussa Dadis  
Camara  
(seit 23. Dezember)

Regierungschef  
Kabiné Komara  
(seit 30. Dezember)

Außenminister  
Amadou Lamarana Bah  
(bis 23. Dezember)

**ÖB:** siehe Senegal; Conakry – **HK; AHS:** siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Amadou Lamarana Bah (New York, 26. September).

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Guinea an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

*Anhang*

Die österreichischen Exporte betragen 14,025 Millionen Euro (+44,0 %), die Importe 1,169 Millionen Euro (-8,5 %).

**Guinea-Bissau**  
**(Republik Guinea-Bissau), Bissau**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
João Bernardo Vieira	Carlos Gomes Jr. (seit 25. Dezember)	Maria Nobre Cabral

**ÖB, AHSt:** siehe Senegal; **AHSt:** siehe Marokko

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Guinea-Bissau an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 1,170 Millionen Euro, die Importe 5.000 Euro (+100,0 %).

**Guyana**  
**(Kooperative Republik Guyana), Georgetown**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
Bharrat Jagdeo	Samuel Archibald Hinds	Carolyn Rodrigues-Birkett (seit 10. April)

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Georgetown – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch traf mit Präsident Bharrat Jagdeo, Premierminister Samuel Archibald Hinds und Außenminister Samuel Rudolph Insanally zusammen (7. und 8. April).

Österreich nahm mit verschiedenen Projekten, darunter die Beleuchtung der Kathedrale von Georgetown, ein Vortrag der Kuratorin der Sammlung über die Makushi-Indianer im Wiener Völkerkundemuseum und eine Ausstellung der Künstlerin Karin Hannak am pan-karibischen Kulturfestival CARIFESTA teil (22.–31. August).

Die österreichischen Exporte betragen 640.000 Euro (+25,8 %), die Importe 310.000 Euro (+185,4 %).

**Haiti**  
**(Republik Haiti), Port-au-Prince**

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
René Préval	Michèle Duvivier Pierre-Louis (seit 5. September)	Alrich Nicholas (seit 5. September)

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Port-au-Prince – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 250.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,362 Millionen Euro (+5,4 %), die Importe 33.000 Euro (-43,4 %).

*Länderinformationen***Honduras  
(Republik Honduras), Tegucigalpa**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
José Manuel Zelaya Rosales

Außenminister  
Ángel Orellana Mercado  
(seit 1. Februar)

**ÖB, KF, AHSt:** siehe Mexiko; San Pedro Sula, Tegucigalpa – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,865 Millionen Euro (+31,4 %), die Importe 5,761 Millionen Euro (+31,7 %).

**Indien  
(Republik Indien), New Delhi**

Staatsoberhaupt  
Pratibha Devisingh Patil

Regierungschef  
Manmohan Singh

Außenminister  
Pranab Mukherjee

New Delhi – **ÖB, AHSt, ÖW;** Mumbai – **HGK, AWO-Marketingbüro;** Kalkutta, Chennai, Goa – **HK**

Am 1. Oktober trat das bilaterale Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Kraft.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 125.000 Euro erbracht.

Im Februar organisierte das KF eine Konzerttournee von 15 österreichischen Kindern, darunter einige Sängerknaben sowie Mädchen der Wiener Staatsoper, unter der Leitung von Gerald Wirth, künstlerischer Leiter der Wiener Sängerknaben und Initiator eines österreichisch-indischen Kinderchorprojekts, in Zusammenarbeit mit dem Ravi Shankar Institute for Music and Performing Arts und dem Indian Council for Cultural Relations, gemeinsam mit 27 indischen Kindern nach Agra und Jaipur. Höhepunkte waren die Aufführungen beim Maharaja von Jaipur sowie beim Gouverneur von Rajasthan. An einem Konzert in Delhi nahm auch der Mitinitiator des Kinderchors Pandit Ravi Shankar teil.

Anlässlich des Welttags der Musik am 21. Juni gab Nim Sofyan ein Konzert mit Weltmusik in Chandigarh und davor ein Konzert in Gurgaon. Der Salzburger Saitenklang gab Konzerte im Zeitraum in Mumbai, Goa und Delhi (1.–15. September). Harri Stojka und Band nahmen am Jazz-Utsav-Festivals in Delhi teil (29. November). Das Kamilarov Streichquartett gastierte in Delhi (5.–7. Dezember).

Am EU-Filmfestival war Österreich mit dem interkulturellen Film „On the other side of the bridge“ vertreten.

Vom 20.–28. November wurden Fotos und Aquarelle des österreichischen Künstlers Andreas Krajanek im India International Centre ausgestellt, der mit seiner Ausstellung „Icons“ die reiche Kultur Indiens mit den Augen eines Fremden reflektiert.

Eine Podiumsdiskussion und Book-launch von Gabriele Sinigoj „The Impact of Ageing – a common problem for Europe and Asia“ fand am 22. Februar statt.

Vorträge und Podiumsdiskussionen von Karin Kneissel in Chennai, Mumbai und New Delhi vom 9.–22. März behandelten Themen wie Terrorismus und die Ölkrise.

Der Tag der Deutschen Sprache wurde gemeinsam mit Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz in Chennai, Mumbai und New Delhi begangen (6.–12. September).

Die Zusammenarbeit mit indischen Universitäten wurde weiter verstärkt. Die Präsidentin des Eurasia-Pacific Uninet (EPU), Univ.-Prof. Brigitte Winklehner, besuchte mehrmals Indien, um

## *Anhang*

neue Universitäten ins Netzwerk aufzunehmen. Es wurden mehrere Stipendien für Forschungsaufenthalte vergeben.

Die European Higher Education Fair, an der Univ.-Prof. Winklehner und Thomas Reichenbach von EPU als Vertreter des ÖAD teilnahmen, fand vom 12.–14. November statt.

Österreichische Technologie genießt in Indien einen sehr guten Ruf; dem Technologietransfer mit oder ohne Joint Venture kommt eine große Bedeutung zu. Ausgezeichnete Lieferchancen für die österreichische Exportwirtschaft bestehen in den Branchen Bau und Infrastruktur (Energie, Straße/Schiene, Häfen, städtische Infrastruktur), Industriemodernisierung, Automotive, Elektrotechnik und Elektronik, Medizin- sowie Umweltechnik und Alternativenergien. Mehr als 600 österreichische Firmen waren im bilateralen Handel mit Indien involviert.

Im Rahmen der Internationalisierungsoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in Zusammenarbeit mit der WKÖ wurde Indien als Zukunftsdestination für österreichische Direktinvestitionen und Exporte speziell in den Bereichen Bau/Infrastruktur sowie Industriemodernisierung präsentiert. Im Juni wurden dazu in Linz und Wien österreichischen Unternehmen Seminare angeboten, in denen die Investitions- und Geschäftsmöglichkeiten in Indien erörtert wurden; eine große Zahl österreichischer Unternehmen nahm dieses Angebot wahr.

Über die AHSt wurden folgende österreichische Gruppenausstellungen bei Fachmessen organisiert: Tube India International – Metallurgy India 2008 (Februar); Wire & Cable 2008 (Mumbai, November). Die AHSt organisierte weitere zwei Katalogausstellungen auf Fachmessen in Chennai sowie eine Katalogausstellung in New Delhi auf der „Water Asia 2008“. Österreichische Unternehmen stellten auf der International Textile Machinger Exhibition in Bangalore aus. Im November führte die Junge Wirtschaft Österreich/WKÖ eine Marktsondierungsreise im Rahmen des Weltkongresses der Jungen Wirtschaft International nach New Delhi durch.

Die österreichischen Exporte betragen 608,902 Millionen Euro (+15,4 %), die Importe 415,085 Millionen Euro (+22,6 %).

### **Indonesien (Republik Indonesien), Jakarta**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Susilo Bambang Yudhoyono

Außenminister  
Hassan Wirajuda

#### **Jakarta – ÖB, AHSt**

Besuche aus Österreich: Das Bundesministerium für Finanzen war beim zweiten ASEM-Arbeitsministertreffen in Nusa Dua vertreten (13.–15. Oktober).

Besuche in Österreich: Delegation der muslimischen Organisation Muhammadiyah im Parlament (5. Juni); Generaldirektor des indonesischen Außenministeriums Andri Hadi, Vorbereitung eines Diplomaten austauschprogramms zwischen Indonesien und Österreich (6. Juni).

Von August bis Dezember fand erstmalig ein Kurzaustausch von DiplomatInnen zwischen dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und dem indonesischen Außenministerium im Rahmen des Dialogs der Kulturen statt.

Österreich war bei der von Indonesien initiierten pan-asiatischen Demokratieinitiative „Bali Democratic Forum“ Mitte Dezember durch einen Experten vertreten.

Eine Österreicherin ist im Rahmen eines EU-Programms Beraterin des Gouverneurs von Aceh Irwandi Jusuf.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 50.000 Euro erbracht.

Österreich unterstützt über wissenschaftlich-universitäre Partnerschaften, insbesondere ASEA-Uninet, die Fortbildung von indonesischen StudentInnen und AkademikerInnen in Österreich



### Länderinformationen

und durch Vor-Ort-Stipendien an indonesischen Universitäten. Es wurden 15 Stipendien vergeben.

Zum 5. Weltchorfestival in Graz im Juli reisten hunderte indonesische ChorsängerInnen nach Österreich, einige der Chöre, aus Nordsulawesi und Papua, wurden prämiert.

Im März gastierte das Duo „Attwenger“ beim JavaJazz Festival in Jakarta, in Surabaya und Bali. Ein Workshop über Musikausbildung fand an der Universitas Indonesia in Jakarta statt. Der Film „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky wurde gemeinsam mit der Kurzfilmrolle zur UEFA EURO 2008 „Eleven Minutes“ bei einem Filmabend der deutschsprachigen Länder im Juni im Goethe-Institut Jakarta gezeigt. Der Schriftsteller und Journalist Martin Amanshauser nahm am internationalen Literaturfestival in Ubud im Oktober teil; auch beim EU-Filmfestival in Jakarta war Österreich mit den Filmen „Weiße Lilien“ und „Blick auf Wien“ vertreten. Die aus China stammenden Kärntner Bildhauer Wu Shaoxiang und Jiang Shuo stellten im Nationalmuseum in Jakarta ihre Werke aus (November).

Indonesien ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für österreichische Waren in Südostasien. Die österreichischen Exporte verzeichneten in den letzten Jahren beachtliche Zuwachsraten. Die wichtigsten Ausführprodukte sind elektrische Ausrüstung, Maschinen, organische Chemikalien, Papier und Pappe.

Die österreichischen Exporte betragen 228,081 Millionen Euro (+18,6 %), die Importe 185,406 Millionen Euro (+14,0 %).

#### Irak

##### (Republik Irak), Bagdad

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jalal Talabani	Nuri al-Maliki	Hoshyar Zebari

**ÖB:** siehe Jordanien; **AHSt** Erbil (eingeschränkter Betrieb)

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit dem irakischen Präsidenten Jalal Talabani am Rande der Eröffnung der VN-GV (New York, 23. September).

Besuche in Österreich: Ministerin für Menschenrechte Wijdan Mikhail Salim, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 77.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 43,423 Millionen Euro (+10,3 %), die Importe 744,263 Millionen Euro (+106,3 %).

#### Iran

##### (Islamische Republik Iran), Teheran

Revolutionsführer und Geistlicher Führer	Staats- und Regierungschef	Außenminister
Ayatollah Seyyed Ali Khamenei	Mahmoud Ahmadinejad	Manouchehr Mottaki

Teheran – **ÖB, KF, AHSt**

Besuche aus Österreich: Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Treffen mit dem Präsidenten der iranischen Handelskammer Mohammad Nahavandian (15. März); Vizepräsident der WKÖ Rudolf Schenz, Treffen mit Handelskammerpräsident Nahavandian und Vize-Außenminister Mehdi Safari (28. und 29. April); Bundesminister a.D. Werner Fasslabend, Teilnahme an der Jahreskonferenz des Ravand-Instituts (24. und 25. Mai).

### *Anhang*

Besuche in Österreich: Vize-Außenminister Mehdi Safari, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (24. und 25. Juni); ehemaliger Präsident Mohammad Khatami, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesministerin Ursula Plassnik (27. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 120.000 Euro erbracht.

Rund 2.500 KursteilnehmerInnen in etwa 125 Kursen mit zwölf Niveaustufen in mehr als 10.000 Unterrichtseinheiten nahmen das Angebot zur Sprachausbildung am KF Teheran in Anspruch, welche durch eine eigene Bibliothek sowie Mediathek ergänzt wird. Im Rahmen des ÖSD wurden mehr als 300 internationale Sprachprüfungen abgenommen. Das Angebot des KF umfasst auch Lehrerfortbildungsveranstaltungen, etwa für iranische DeutschlehrerInnen, die Vermittlung von Know-how an andere Sprachinstitute sowie mehr als 70 kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen. Besonderes Augenmerk wurde dem Dialog der Kulturen gewidmet.

Mehrere österreichische KünstlerInnen besuchten den Iran und gaben Vorstellungen sowohl im KF als auch in iranischen Kulturzentren. Das KF ist auch Begegnungsort für junge iranische KünstlerInnen, die sich mit österreichischer Kultur befassen und Konzerte geben, beispielsweise ein Konzert zum ersten Todestag von Joe Zawinul am 11. September, Rockkonzerte, Klassikabende und ein Weihnachtskonzert. In Filmabenden, bei denen österreichische Filme gezeigt werden, können die KursteilnehmerInnen ihre Deutschkenntnisse perfektionieren. Eine wissenschaftliche Veranstaltung zu Frauen im Iran mit hochrangigen Diskutantinnen zählte ebenso zum Programm des KF.

Die österreichischen Exporte betragen 303,337 Millionen Euro (-3,6 %), die Importe 162,839 Millionen Euro (-26,5 %).

## **Irland (Irland), Dublin**

Staatsoberhaupt  
Mary McAleese

Regierungschef  
Brian Cowen  
(seit 7. Mai)

Außenminister  
Micheál Martin  
(seit 7. Mai)

### **Dublin – ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Taoiseach Bertie Ahern, Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (27. Februar); Verteidigungsminister Willie O’Dea bei Bundesminister Norbert Darabos (24. April); Generalstabschef der irischen Streitkräfte General Dermot Early bei Chef des Generalstabs General Edmund Entacher (15. April).

Die kulturellen Aktivitäten mit Österreichbezug umfassten ein breites Spektrum an Lesungen, Konzerten, Filmpräsentationen und Ausstellungsbeiträgen unter Mitwirkung von KünstlerInnen wie Evelyn Schlag, Heidrun Holzfeind und dem Ensemble Wien, das sich unter anderem aus Mitgliedern der Wiener Philharmoniker zusammensetzt.

Im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit fand neben diversen Seminaren und Vorträgen die von der Österreichischen Nationalbank unterstützte jährliche Schrödinger Lecture Series an den Universitäten in Cork, Dublin und Limerick mit Markus Hengstschläger, Leiter der Abteilung für Medizinische Genetik an der Medizinischen Universität Wien, statt. Ebenso hielt Otto H. Urban, Studienprogrammleiter am Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Wien, die jährliche Austrian History Lecture im National Museum Dublin und an der Universität in Cork.

Die österreichischen Exporte betragen 263,114 Millionen Euro (-17,0 %), die Importe 568,576 Millionen Euro (+6,6 %).

## *Länderinformationen*

### **Island (Republik Island), Reykjavik**

Staatsoberhaupt Ólafur Ragnar Grímsson	Regierungschef Geir H. Haarde	Außenministerin Ingibjörg Sólrún Gísladóttir
---	----------------------------------	---

**ÖB:** siehe Dänemark; **AHSt:** siehe Norwegen; Reykjavik – **HGK**

Besuche in Österreich: Generalsekretär des Außenministeriums Grétar Már Sigurðsson, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (5. Februar).

Kulturell war Österreich mit einer Installation des österreichischen Bildhauers Christian Ruschitzka (Vatnajökull, September), den Beitrag von Christoph Rainer beim Reykjavik Film Festival (November) sowie durch das Künstlerduo Übermorgen bei Pikslaverk 2008, einer Messe für computergenerierte Kunst, vertreten (November).

Die österreichischen Exporte betragen 26,399 Millionen Euro (-28,8 %), die Importe 11,344 Millionen Euro (+74,4 %).

### **Israel (Staat Israel), Jerusalem (West)**

Staatsoberhaupt Shimon Peres	Regierungschef Ehud Olmert	Außenministerin Tzipi Livni
---------------------------------	-------------------------------	--------------------------------

Tel Aviv – **ÖB, KF, HK, AHSt, ÖW**; Jerusalem, Haifa, Eilat – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Arbeitsgespräche mit Ministerpräsident Ehud Olmert, Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Treffen mit dem Netzwerk „Women Leaders“ (4. und 5. Februar); Landesräte Verena Durst und Peter Rezar (B), Teilnahme an der Konferenz „Sister Cities and Municipal Organizations“ (9.–12. März); Bundesminister Johannes Hahn mit Delegation, Arbeitsgespräche mit Bildungsministerin Yuli Tamir, Wissenschaftsminister Galeb Majadle sowie VertreterInnen der Knesset (29. März bis 1. April); Bundesminister Norbert Darabos, Arbeitsgespräche mit Verteidigungsminister Ehud Barak, VertreterInnen der Knesset, Besuch des Hauptquartiers der Organisation der VN zur Überwachung des Waffenstillstands (UNTSO) vom 18.–21. Mai; Landeshauptmannstellvertreter Franz Hiesel, Teilnahme an der ORF-Aktion „Friedenslicht“ (23.–25. November); Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Michael Spindelegger, Bundesminister Norbert Darabos, Bundesministerin Claudia Schmied, Landeshauptmann Hans Niessl, offizieller Staatsbesuch in Israel, Gespräche mit Staatspräsident Shimon Peres, Premierminister Ehud Olmert, Vizepremierministerin und Außenministerin Tzipi Livni, Verteidigungsminister Ehud Barak sowie Oppositionsführer Benjamin Netanyahu (14.–17. Dezember).

Besuche in Österreich: Generaldirektor des israelischen Außenministeriums Aaron Abramovich, Arbeitsgespräche mit VertreterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (25. Juni); Minister für Soziales und Diaspora-Angelegenheiten Isaac Herzog, Arbeitsgespräch mit Sozialminister Erwin Buchinger (18. September).

Bundesministerin Claudia Schmied eröffnete am 16. Dezember die Ausstellung „In Between“ zeitgenössischer österreichischer KünstlerInnen in der Genia Schreiber Galerie der Tel Aviv Universität (16. Dezember). Im Rahmen eines Empfangs für österreichische Holocaust-Überlebende im Tel Aviv Museum fand auch eine Sondervorführung des Israel Chamber Orchestra unter der Leitung des österreichischen Dirigenten Roberto Paternostro statt (16. Dezember).

Als Beitrag zur 60-Jahrfeier des Staates Israel absolvierte das vom Land Niederösterreich geförderte Orchester „Spirit of Europe“ Auftritte in Poriah, Jerusalem und ein Benefizkonzert für ein Kinderspital in Herzliya (1.–6. Juli). An prominenter Stelle zu nennen sind auch das Kammermusikfestival und die Meisterkurse „Sounding Jerusalem“, die mit 21 Konzerten an wechselnden Orten in Jericho, Jerusalem, Ramallah und Ras Karkar stattfanden. Israelische, palästinensische und österreichische KünstlerInnen nahmen gemeinsam an Meisterklassen der Malerin Maria

### *Anhang*

Tupay Duque teil und traten im Rahmen des klassischen Kammermusikfestivals auf (15. Juni bis 5. Juli).

In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Botschaft fand ein „Mini EURO 2008“-Schülerfußballturnier in der viertgrößten Stadt Israels, Rishon LeZion, statt (10. Juni). Das Endspiel der UEFA EURO 2008 wurde in der Residenz des Botschafters in Herzliya Pituach in Anwesenheit von israelischen und internationalen Gästen live übertragen. Im Rahmenprogramm trat das Sounding Jerusalem Quartett mit einer Musikeinlage auf (29. Juni).

Nach dem großen Erfolg des Schubertiade-Marathons im Jahr 2007 wurden in Zusammenarbeit mit der israelischen Schubert-Gesellschaft Konzerte in Beit Gavriel, Herzliya, Jerusalem, Kibbutz Eilon, Rehovot und Tel Aviv durchgeführt, wobei auch der Cellist Erich Oskar Huetter mehrere Auftritte hatte (31. Jänner bis 9. Februar). Ein Gig mit den Produzenten „Makossa Megablast“ fand im Barzilai Club in Tel Aviv statt (18. Jänner). Darüber hinaus traten folgende österreichische KünstlerInnen auf: Der Tenor Daniel Johanssen mit Konzerten und Meisterklassen in Tiberias, Jerusalem und Tel Aviv (11.–20. Jänner), Topsy Küppers mit einer wienerrischen musikalisch-literarischen Darbietung in Jerusalem und Tel Aviv (4.–12. Mai), die Domkantorei Graz mit Sakralmusik in Haifa, Jerusalem und Tel Aviv (4.–6. September) und das Kantoralensemble Wien an der Neuen Israelischen Oper in Tel Aviv (4. Oktober), die Militärkapelle Niederösterreich in einem Elternheim in Jerusalem, im Österreichischen Hospiz in Jerusalem und in der Residenz des Botschafters aus Anlass des Nationalfeiertags (25.–27. Oktober). Die St. Florianer Sängerknaben absolvierten eine Israel-Tournee mit Auftritten in Haifa, Tel Aviv, Jerusalem und Dorot, einem Kibbutz nahe der Grenze zum Gazastreifen (19.–27. November).

Im Rahmen einer Veranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestags des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich nahmen 300 österreichische Holocaust-Überlebende teil, die musikalisch vom Oberkantor der Jüdischen Gemeinde in Wien Shmuel Barzilai begleitet wurde (11. März). Ein Clubbing für junge Israelis mit österreichischen Wurzeln oder Nahebeziehung zu Österreich in der Residenz war auch Teil der Bemühungen, zur dritten Generation der Holocaust-Überlebenden eine symbolische Brücke zu schlagen (10. April).

Eine Ausstellung der Malerin Soshana wurde im Givatayim Theater bei Tel Aviv lanciert (20. Dezember 2007 bis 14. Jänner 2008). Daniela und Roie Tikvatam-Hirsch präsentierten ihre Kunstwerke im Trade Tower Tel Aviv (20. Februar bis 15. März).

In den Klubs der österreichischen Überlebenden des Holocaust in Tel Aviv und Jerusalem sowie in Elternheimen oder anderen Aufführungsorten wurden folgende Aktivitäten durchgeführt: Die SchauspielerIn Inge Maux präsentierte Wiener Kaffeehaus-Literatur und die Schriftstellerin Hedwig Brenner ihr neues Buch „Jüdische Frauen in der Bildenden Kunst“ in Tel Aviv (5. und 10. Februar). Nadja Danglmaier gab eine Vorlesung über ihre Dissertation zum Stellenwert von Österreich im Leben österreichisch-jüdischer Vertriebenen und deren Nachkommen in Israel (Haifa und Tel Aviv, 12.–19. Februar). Der Historiker Nikolaus Hofinger ließ in Haifa, aber auch im Zentrum für Österreich-Studien, den Halsband-Prozess Revue passieren (17.–21. Mai). In Jerusalem wurde der Film „Vienna's Lost Daughters“ von Miriam Unger gezeigt (15. Mai). Die Historikerin Evelyn Adunka präsentierte ihre Publikation zu Initiativen und Organisationen in Israel und Österreich seit 1945 in Elternheimen in Tel Aviv und Haifa (13. und 14. Juli). Die Historikerinnen Birgit Johler und Barbara Sauer sprachen über das Schicksal der aus der Servitengasse vertriebenen JüdInnen in Tel Aviv, in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem und der Cinemateque in Jerusalem (16.–18. September).

Der Schriftsteller Robert Schindel las aus seinen Werken im Goethe-Institut in Tel Aviv (18. Februar). Aus Österreich (Akademie der Wissenschaften) nahmen an einer Germanistentagung in Tel Aviv folgende ProfessorInnen teil: Werner Welzig, Evelyn Breiteneder, Hanno Biber sowie die Gastforscher Dmitrij Dobrovolsky und Artem Sharandin (15.–19. Juni).

Das Schattentheater „Die Legende von der Kräutertruhe“ nach einer Geschichte des österreichisch-israelischen Philosophen Martin Buber wurde im Anna Ticho Haus des Israel Museums in Jerusalem von der Künstlerin Sylvia Nescher aufgeführt, gefolgt von einem Vortrag über „Judentum, Moralität und Politik in den Arbeiten von Martin Buber“ (7. Februar). In der Jerusalem Cine-

### Länderinformationen

mateque wurde der Film „Freuds Verschwundene Nachbarn“ aufgeführt und in die permanente Sammlung des Visual Center in Yad Vashem in Jerusalem aufgenommen (23. September). Peter Sichrovskys Buch „Schuldig geboren“ wurde von jungen SchauspielerInnen im Theater in Tel Aviv neu interpretiert (6. Oktober, 11. und 12. November). Der bei der diesjährigen Oscarverleihung in der Kategorie „Bester ausländischer Film“ nominierte österreichische Film „Revanche“ von Götz Spielmann wurde im Rahmen des Haifa Film Festivals gezeigt (17. und 21. Oktober).

Österreichische KünstlerInnen nahmen an zahlreichen Vorträgen, Workshops und Festivals teil: Heimo Wallner im Rahmen der Ausstellung „Twisting Reality“ mit Vorlesungen und Performance am Israeli Center for Digital Art in Holon (20.–25. Mai), der Filmproduzent Danny Krausz sowie einige österreichische FilmstudentInnen am International Student Film Festival in Tel Aviv (31. Mai bis 7. Juni), Franz Grabner vom ORF am Israel International Co-Productions Market in Tel Aviv (27. Mai bis 2. Juni), Thomas Ballhausen vom österreichischen Filmarchiv und Maya McKechney von Sixpackfilms am Video-Tanz-Festival Vdance Festival in Tel Aviv (13.–16. Juni). Prof. Karin Knorr-Cetina nahm als Vortragende an der Konferenz Israeli Sociological Association an der Tel Aviv Universität teil (12.–13. Februar). Die Salzburger International Ballet Academy hielt eine Serie von Workshops in den Thelma Yelin Studios in Tel Aviv ab (21.–25. April), der Produzent Bernd Neuburger nahm am Internationalen Kinderfilmfestival in Tel Aviv mit seinem Film „Mozart in China“ in der Cinematheque Tel Aviv teil (25.–27. September), der Videokünstler Michael Blum an einer Fotoausstellung aus Anlass des 30-jährigen Bestehens des Diaspora-Museums in Tel Aviv (14.–21. November) und der Produzent Georg Misch am Jewish Film Festival in Jerusalem mit dem Streifen „Der Weg nach Mekka: Die Reise des Muhammad Asad“ (13.–19. Dezember).

Das KF organisierte Sonderaufführungen des österreichischen Oscar-Preisträgers „Die Fälscher“ in Anwesenheit des Regisseurs Stefan Ruzowitzky und des „Fälschers“ Adolf Burger in Tel Aviv und Jerusalem sowie die anschließenden Publikumsdiskussionen (18. und 19. März).

Die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Hospiz in der Jerusalemer Altstadt war traditionell sehr erfolgreich: Elisabeth von Samsonov von der Akademie der Bildenden Künste organisierte eine Ausstellung unter dem Titel „Secrets of Mary Magdalene“ im Österreichischen Hospiz, die mit einer Prozession vom Hospiz bis zum Damaskus-Tor beschlossen wurde (16.–27. Juli). Mit Unterstützung des Dommuseums Wien wurde die nunmehr Dauerausstellung „Mit Szepter und Pilgerstab“ über die österreichische Präsenz im Heiligen Land im 19. Jahrhundert gezeigt (seit 27. September). Eine weitere Ausstellung widmete sich dem Sujet „Judentum-Christentum und Islam“ des Künstlers Ernst Degasperi (22. November bis 17. Jänner 2009).

Im Rahmen des Besuchs des Landeshauptmann-Stellvertreters Franz Hiesl wurden mit dem Israel Center for Excellence through Education und der Israeli Academy of Music and Dance Kooperationen in Jerusalem in Aussicht genommen (23.–25. November). Die Organisation der Kulturhauptstadt Europas Linz09 gab eine Pressekonferenz in Tel Aviv vor Medien- und TourismusvertreterInnen (24. November).

Die österreichischen Exporte betragen 278,764 Millionen Euro (+34,1 %), die Importe 115,388 Millionen Euro (-6,2 %).

### Italien (Italienische Republik), Rom

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Giorgio Napolitano	Silvio Berlusconi (seit 8. Mai)	Franco Frattini (seit 8. Mai)

Rom – **ÖB, KF, ÖHI, Zweigbüro AHSt, ÖW**; Mailand – **GK, KE, AHSt, ÖW**; Bari, Bologna, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Triest, Turin, Venedig, Verona – **HK**; Padua – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Stadträtin Sandra Frauenberger (W), Teilnahme am Wien Ball (Mailand, 18.–20. Jänner); Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger zum Antrittsbesuch beim

### *Anhang*

Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder (Bozen, 3. März); Präsident des Bundesrates Kritzinger und Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa, Treffen mit Senatspräsident Franco Marini (10. März); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Giampiero Massolo (27. März); Präsident des Bundesrates Kritzinger und Tiroler Landeshauptmann Herwig van Staa, Teilnahme an der 500-Jahrfeier der Kaiserkrönung von Maximilian I. (Trient, 29. und 30. März); Bundesminister Johannes Hahn, Besuch des Wissenschafts- und Technologieparks VEGA (Marghera) und des Rektorats der Universität Padua (Padua, 3. April); Bundesministerin Claudia Schmied anlässlich des Burgtheater-Gastspiels (Bozen, 7.–9. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am 3. Internationalen Energiewirtschaftsforum (21. April); Präsident des Bundesrates Kritzinger anlässlich des Spatenstichs des Brennerbasistunnel-Probestollens (28. April); Mitglieder des Südtirol-Unterausschusses des Nationalrates (Bozen, 28. und 29. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Besuch der Abgeordnetenversammlung (13. und 14. Mai); Landeshauptmann Jörg Haider (Udine, 14. Mai); Präsident des Bundesrates Kritzinger und Mitglieder des Bundesrates (Bozen, 13. und 14. Juni); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme und Eröffnungsreferat bei den Cadenabbia-Gesprächen „Medizin, Ethik und Recht“ (Cadenabbia, 6. und 7. September); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme an der Eröffnung der Architekturbiennale (Venedig, 12.–14. September); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Kyrle, Teilnahme an der OSZE-Minderheiten-Konferenz (Bozen, 2. Oktober); Staatssekretär Lopatka, Teilnahme an der Launching Ceremony der „Professional Football against Hunger“-Solidaritätskampagne und am Festakt anlässlich des Welternährungstags (15. und 16. Oktober); Wiener Stadtrat Michael Ludwig, Teilnahme am Seminar „Projekte und Politik des Wiener Wohnbaus“ (Mailand, 17. Oktober); Amtsführende Präsidentin des Stadtschulrats für Wien Susanne Brandsteidl, Teilnahme am Wien Ball (24. Oktober); Vizepräsident des Bundesrates Harald Himmer, Treffen mit Vizepräsident des Senats Vannino Chiti (28. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Giorgio Napolitano, Teilnahme am informellen multilateralen Treffen europäischer Staatsoberhäupter (Graz, 29. und 30. April); Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder beim Bundesrat (21. Mai).

Am 28. Jänner (Wien), 8. Oktober (Rom) und am 5. Dezember (Verona) fanden Sitzungen der Zwischenstaatlichen Kommission zwischen Österreich und Italien zum Brenner Basistunnel statt.

Zu einem im März und April 2007 in Form eines Notenwechsels vereinbarten Abkommen zwischen der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung akademischer Grade und Titel samt Liste der Gleichwertigkeiten sowie Detailtabellen teilte Italien in der zweiten Novemberhälfte die Erfüllung seiner innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten mit. Da das österreichische Parlament den Notenwechsel bereits am 14. Februar genehmigt hatte, tritt das Abkommen am 1. Jänner 2009 in Kraft.

Das KF Rom widmete sich unter anderem zwei Jubiläen und einem Großereignis: Im Frühjahr jährte sich zum 70. Mal die Fertigstellung des Hauses in der Viale Bruno Boozzi, das heute KF und Historisches Institut beherbergt. Aus diesem Anlass wurde eine umfangreiche Ausstellung (17. April bis 5. Juni) gezeigt, die sowohl die institutionelle Vorgeschichte des Hauses – die österreichische wissenschaftlich-kulturelle Präsenz in Rom geht auf das späte 19. Jahrhundert zurück – als auch Baugeschichte und Tätigkeit der beiden Institute beleuchtete. Zu Ehren von Johannes Paul II., dessen Papstwahl sich im Oktober zum 30. Mal jährte, veranstaltete des KF Rom zwei Konzerte mit Rezitation (6. und 7. Oktober) unter dem Titel „Polnischer Abend“. Joanna Madroskiewicz (Violine), Barbara Moser (Klavier) sowie Peter Matic und David Paryla (Rezitation) brachten Musik und Lyrik polnischer KünstlerInnen und des späteren Papstes Johannes Paul II. zu Gehör. Zur UEFA EURO 2008 gestalteten drei italienische und ein österreichischer Bildhauer, Robert Angelini, Gianfranco Barberi, Nicola Spezzano und Robert Moser, im Garten des KF unter dem Titel „Ballkünstler“ einen Skulpturenpark zum Thema Fußball im weiteren Sinn (27. März bis 8. September). Begleitet wurde diese Schau von der Präsentation der Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ (20. Mai), den Live-Übertragungen zweier Spiele der UEFA EURO 2008 (16. und 29. Juni) und einem Konzert der österreichischen Gruppe „Nim Sofyan“ (29. Juni).

### *Länderinformationen*

Bei der Konzerttätigkeit wurde – zwischen Mozart-Jahr 2006 und Haydn-Jahr 2009 – ein besonderer Schwerpunkt auf die Musik des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart gelegt: Konzert von Irene Wallner (Alt) und Marco Albrizio (Klavier) mit Werken verfeimter und verfolgter Komponisten zum Holocaust-Gedenktag (24. Jänner), Konzert für Violine und Klavier mit Wolfgang David und David Gompper (20. Februar), Klavierkonzert von Michelangelo Carbonara unter anderem mit Werken von Sebastian Themessl und Paolo Marchettini (7. Mai), Cello-Solokonzert mit Gerhard Waiz (19. November) sowie Konzert des radio.string.quartet.vienna in der Casa del Jazz (11. Jänner), Auftritt des Klarinettenduos „Stump&Linshalm“ beim Festival „Nuovi Spazi Musicali“ (20. Oktober) und Konzert der Vienna Clarinet Connection (6. November). Auch jene Musik, für die Österreich in Italien in erster Linie bekannt ist, kam nicht zu kurz: Der Pianist Enrico Maria Polimanti bot am KF als Vorgeschmack auf das Haydn-Jahr die Klavierversion von Joseph Haydns „Die sieben letzten Worte unseres Erlösers am Kreuze“ dar (13. März), das KF unterstützte den Saisonauftakt der Accademia Filarmonica Romana mit einem Beitrag zum Auftritt des Clemencic Consorts (15. Oktober), veranstaltete ein Clavichord-Konzert mit René Clemencic (17. Oktober) und einen vorweihnachtlichen Liederabend mit Barbara Theler (Sopran) und Tonino Riolo (Klavier). Es unterstützte weiters einen Auftritt des Mödlinger Symphonischen Orchesters in Assisi (24. Mai) und ein Klavierkonzert von Ingrid Schrafl und Michael Hruby (25. September).

Das KF Rom hat es sich zur Aufgabe gemacht, zeitgenössische österreichische Literatur in Mittel- und Süditalien nachhaltiger bekannt zu machen und veranstaltete je zwei Lesungen mit Barbara Frischmuth (6. und 7. Februar), Lilian Faschinger (14. und 15. Mai) und Arno Geiger (28. Oktober).

Im Rahmen der Dialogveranstaltungen leiteten die Präsentation der italienischen Übersetzung des Buchs „Die Hundefresser von Svinia“ von Karl Markus Gauß und eine Diskussion über die Situation der Roma in Europa die neue Reihe „Debatten“ am KF Rom ein (27. Februar); Wolfgang Müller-Funk setzte fort mit einem Vortrag zum Thema „Erinnern oder Vergessen“ aus Anlass des 70. Jahrestags des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich (5. März). Das KF Rom unterstützte die Teilnahme von Klaus Davidowicz von der Universität Wien an der internationalen Konferenz „Integration, Modernism and Anarchism – new Perspectives on Jacob Frank and Frankism“ in Arezzo (22. und 23. September) und jene der beiden Produzenten des Films „Afrika 11“ über eine österreichische Fußballmannschaft aus Asylwerbern bei einem Festival in Süditalien, wo der Film ausgezeichnet wurde (16. Dezember).

Unterstützt wurden auch eine Einzelausstellung der Malerin Jenny Feldmann in Rom (23. Jänner bis 16. März), die Teilnahme von Chris Haring (Goldener Löwe 2007) beim Festival Videodanza (19. Jänner) und ein österreichischer Beitrag zum Festival Eruzioni – Independent Performing Arts in Neapel (8.–18. September).

Das KF Rom führte seine Strategie der Einbindung von KünstlerInnen verschiedener Nationalitäten in sein Programm weiter: Neben österreichischen KünstlerInnen wurden vor allem ItalienerInnen und KünstlerInnen aus anderen europäischen Ländern, aber auch aus den USA verpflichtet. In diesem Geist der Zusammenarbeit steht auch die Gründung des EUNIC-Clusters Rom, die maßgeblich auf die Initiative des KF zurückgeht.

Das KF Mailand hatte bis Ende August den Vorsitz der Vereinigung Europäischer Kulturinstitute in Mailand inne, die nach mehr als zehnjährigem Bestehen im April ihr Statut änderte und – entsprechend den Entwicklungen auf EU-Ebene – als EUNIC Milano neu gegründet wurde. Wichtigste gemeinsame Aktivität war ein Musikfest am 19. Juni, in dessen Rahmen das österreichische Jazzduo mit Michaela Rabitsch und Robert Pawlik auftrat. Darüber hinaus beteiligte sich das KF Mailand im Rahmen von EUNIC Milano an den Veranstaltungen „Großes Theater der Dichtung“ mit dem Piccolo Teatro (29. März), „Junges Europa in der Musik“ mit der Società del Quartetto (25. Februar bis 31. März), INVIDEO – Festival für Experimentalfilm und Videokunst (12.–16. November) sowie am Kurs für junge europäische KuratorInnen zeitgenössischer Kunst (9.–19. Oktober).

Im Zeichen des interkulturellen Dialogs und der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern standen auch die Beteiligung am Festival „Xong“ (20.–26. Juli) und am „Mittelfest“ in Cividale del Friuli (19.–27. Juli) sowie die am KF Mailand gemeinsam mit dem slowenischen



### Anhang

Generalkonsulat organisierte Ausstellung „Globine – Tiefen – Profondità“ (28. Mai bis 11. Juni) mit Werken von KünstlerInnen aus zehn Nationen, die im Rahmen der letzten Kunstbiennale im Naturpark Škocjanske jame in Slowenien entstanden waren. Die Ausstellung wurde mit einem literarisch-musikalischen Abend mit einer Lesung der Kärntner Slowenin Rezka Kanzian und einem Konzert der slowenischen Musiker Matej und Miha Haas kombiniert (4. Juni).

Die Kombination unterschiedlicher Kunstgattungen kennzeichnete auch die Fotoausstellung von Helene Gritsch, die mit einer Tanzperformance von Helene Sagi kombiniert wurde (8. Oktober), die Präsentation des Internet-Projekts „Password“ (10. Dezember), in dessen Rahmen KünstlerInnen unterschiedlicher Herkunft auf Basis literarischer Texte Bilder und musikalische Kompositionen schaffen, sowie ein literarisch-musikalischer Abend anlässlich des 125. Geburtstags von Anton Webern mit einer Lesung von Texten Gert Jonkes und musikalischer Begleitung durch Erwin Kropfitsch (1. Dezember in Triest, 3. Dezember in Mailand).

Die UEFA EURO 2008 in Österreich und der Schweiz bildete den Anlass zur Präsentation der Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ in Mailand (31. Mai und 3. Juni) und in Bologna (4. Juni) sowie für eine Präsentation des Bands „Franzobels großer Fußballtest“ am KF Mailand (21. Mai). Österreichische zeitgenössische Literatur stand auch im Mittelpunkt von Buchpräsentationen und Lesereisen von Josef Winkler (Casarsa bei Udine, 22. Jänner; Mailand, 23. Jänner), Vladimir Vertlib (Padua, 21. April; Genua, 22. Mai; Mailand, 23. Mai), Anna Mitgutsch (Genua, 5. Mai; Mailand, 7. Mai; Udine, 8. Mai) und Arno Geiger (Mailand, 6. Mai; Turin, 8. Mai), während dem literarischen Erbe Arthur Schnitzlers in Triest (16. Jänner bis 15. Februar) bzw. jenem von Rainer Maria Rilke in Venedig (6. September bis 11. Oktober) und Piacenza (25. Oktober bis 23. November) Veranstaltungen gewidmet waren, die vom KF Mailand unterstützt wurden.

Italien ist der zweitwichtigste Exportmarkt Österreichs. Der Schwerpunkt des Handels liegt mit rund 80–85 % der Lieferungen im Norden, wo sich auch der Großteil der etwa 200 von österreichischen Unternehmen in Italien unterhaltenen Niederlassungen und Zweigstellen befindet. Die Lieferungen verteilen sich über fast alle Sektoren, wobei Holzwaren, Eisen und Stahl, Fahrzeuge, Nahrungsmittel, Maschinen und Anlagen, elektrotechnische Geräte und Kunststoffe führen.

Die österreichischen Exporte betragen 10.084,933 Millionen Euro (-1,4 %), die Importe 8.274,151 Millionen Euro (+4,9 %).

### Jamaika (Jamaika), Kingston

Staatsoberhaupt:  
Königin Elisabeth II.

Regierungschef:  
Orette Bruce Golding

Außenminister:  
Kenneth Baugh

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Kenneth Hall

**ÖB:** siehe Kanada; **AHSt:** siehe Venezuela; Kingston/Montego Bay – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 21.000 Euro erbracht.

Für 2008/2009 erhielten zwei jamaikanische BewerberInnen Stipendien für die ITH Salzburg Klessheim.

Die österreichischen Exporte betragen 9,145 Millionen Euro (-3,8 %), die Importe 1,197 Millionen Euro (+20,1 %).



## Länderinformationen

**Japan  
(Japan), Tokio**Staatsoberhaupt  
Kaiser AkihitoRegierungschef  
Taro Aso  
(seit 24. September)Außenminister  
Hiroyuki Nakasone  
(seit 24. September)Tokio – **ÖB, KF, AHSt**; Osaka – **HGK**; Hiroshima, Nagoya, Sapporo – **HK**

Die Amtsgeschäfte im Konsularbezirk Hyogo, Ishikawa, Kyoto, Nara, Osaka, Toyama und Wakayama wurden auf die neue Honorargeneralkonsulin in Osaka, Toshiko Ueno, übertragen (20. Dezember).

Höhepunkte der musikalischen Präsenz Österreichs in Japan bildeten Gastspiele der Wiener Staatsoper (Tokio, Kanagawa, 21. Oktober bis 8. November), der Wiener Volksoper (23. Mai bis 8. Juni), und der Salzburger Festspiele (Nagoya, Osaka, Tokio, 17.–25. April); ferner die traditionellen Tourneen der Wiener Sängerknaben (27. April bis 14. Juni) und der Wiener Philharmoniker unter Riccardo Muti (14.–24. September) sowie die Abschiedstournee des Alban Berg Quartetts (21. Mai bis 2. Juni) und zahlreiche weitere Konzerte und Gastauftritte von Ensembles und InterpretInnen im klassischen Bereich.

Frederic Mortons Musical „Rudolf – The last Kiss“ wurde in einer Inszenierung von Toho Musical aufgeführt (5. Mai bis 1. Juni). Daneben fand auch zeitgenössische Musik Anerkennung und Interesse, wie etwa Konzerte von Macossa & Megablatt und von Los Glissandinos.

Beim Theaterfestival Shizuoka gastierte Gert Voss mit „Elisabeth II“ von Thomas Bernhard in einer Inszenierung von Ursula Voss (31. Mai); das Salzburger Toihaus Theater nahm mit einer musikalischen Kindertheaterproduktion zu Franz Schubert am Festival „La folle Journée au Japon“ (2.–6. Mai) teil.

Im Bereich der Architektur fand die Ausstellung von Heinz Tesar „Architecture of Layers“ im Hillside Forum (15. Jänner bis 3. Februar) statt. Bei der Yokohama Triennale 2008 (13. September bis 30. November) war Österreich unter anderem durch Hermann Nitsch vertreten. Eine Stillleben-Ausstellung des Kunsthistorischen Museums wurde vom 2. Juli bis 15. September im National Art Center Tokio, anschließend von 7. Oktober bis 14. Dezember in Sendai präsentiert. Die österreichische Künstlergruppe „Alien Productions“ ist mit der interaktiven Installation „Der Gedankenprojektor“ an der Medienkunstausstellung „Light Insight“ im Inter Communication Center/ICC (6. Dezember 2008 bis 28. Februar 2009) beteiligt und präsentierte zugleich die Installation „alien city“ in der Galerie des KF Tokio.

Das 17. Seminar zur österreichischen Gegenwartsliteratur hatte Peter Waterhouse zu Gast und bot zugleich Gelegenheit zur Diskussion mit zahlreichen der 20 österreichischen LektorInnen an japanischen Universitäten. Beim wissenschaftlichen Austausch können der Beginn eines Projekts des Toho College of Music mit René Clemencic zur vergleichenden Erforschung höfischer Musiktradition in Japan und Österreich (17. September) und das Seminar „Übersetzung und Transformation“ in Zusammenarbeit mit der Waseda-Universität Tokio (17.–19. Oktober) hervorgehoben werden. Im technisch-naturwissenschaftlichen Gebiet fand die Partnerschaft der University of Tokyo mit der Technischen Universität Wien mit dem Seminar „Climate Change, Disaster Mitigation and Security in Buildings“ (25. November) ihre Fortsetzung.

Die österreichischen Exporte betragen 1.002,193 Millionen Euro (-11,1 %), die Importe 1.883,858 Euro (+0,6 %).

**Jemen  
(Republik Jemen), Sana'a**Staatsoberhaupt  
Ali Abdullah SalehRegierungschef  
Ali Mohammed MujawarAußenminister  
Abu Bakr Abdullah Al-Qirbi**ÖB:** siehe Oman; Sana'a – **HK**; **AHSt:** siehe Saudi-Arabien

*Anhang*

Bundesministerin Ursula Plassnik traf am 15. Jänner in Madrid am Rande des 1. Forums der „Alliance of Civilizations“ mit dem jemenitischen Außenminister Abu Bakr Al-Qirbi zusammen.

Staatssekretär Hans Winkler traf Außenminister Abu Bakr Al Qirbi in New York (1. Oktober).

O.Univ.-Prof. Roland Fischer, Dekan der Fakultät für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung, hielt vom 23.–27. Juni in Sana'a ein Fortbildungsseminar zu österreichischer Landeskunde.

Die österreichischen Exporte betragen 15,873 Millionen Euro (-20,4 %), die Importe 79.000 Euro (-79,6 %).

### **Jordanien (Haschemitisches Königreich Jordanien), Amman**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Abdullah II. bin Al-Hussein	Nader Dahabi	Salaheddin Al-Bashir

#### **Amman – ÖB**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Umweltminister Khaled Irani, dem Minister für Wasser und Bewässerung Raed Abu Soud sowie Landwirtschaftsminister Moza-him Mohaisin (6.–9. April); Bundespräsident Heinz Fischer in Begleitung von Bundesministerin Maria Berger und Präsident der WKÖ Christoph Leitl sowie einer Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation, Treffen mit Premierminister Nader Dahabi, dem Senatspräsidenten Zaid Rifai, dem Parlamentspräsidenten Abdul Hadi Al Majali und dem Bürgermeister von Amman Omar Maani (9.–11. November).

Besuche in Österreich: König Abdullah II. aus Anlass des 30-Jahre-Jubiläums EKO Cobra (8.–9. April); Kulturministerin Nancy Bakir, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Ein Memorandum of Understanding betreffend die Zusammenarbeit im Bereich Umweltschutz wurde anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Heinz Fischer unterzeichnet (10. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 11.000 Euro erbracht.

Die österreichisch-ägyptische Theatertruppe „Editta Braun“ nahm am Internationalen Theaterfestival in Amman teil (2. und 3. April). Beim 20. EU-Filmfestival wurde der österreichische Film „Schwimmer in der Wüste“ vorgeführt (11.–27. November).

Im Rahmen des Besuchs von Bundespräsident Heinz Fischer fanden am 10. November in Amman sowie am 11. November in Aqaba Wirtschaftsforen statt, auf denen zahlreiche österreichische Unternehmen vertreten waren. Am Rande des Wirtschaftsforums in Amman wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der WKÖ und der jordanischen Handelskammer JEBa unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte betragen 57,684 Millionen Euro (+17,2 %), die Importe 3,505 Millionen Euro (+15,8 %).

### **Kambodscha (Königreich Kambodscha), Phnom Penh**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Norodom Sihamoni	Hun Sen	Hor Namhong

#### **ÖB, AHSt: siehe Thailand**

Im Rahmen der OEZA stehen Stipendien für WissenschaftlerInnen und ForscherInnen aus Kambodscha zur Verfügung.

### *Länderinformationen*

Am EU-Filmfestival war Österreich mit dem Film „Indien“ vertreten (6.–11. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 733.000 Euro (-60,5 %), die Importe 31,521 Millionen Euro (+1,5 %).

#### **Kamerun (Republik Kamerun), Yaunde**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Paul Biya	Ephraim Inoni	Henry Eyebe Ayissi

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 83.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 7,801 Millionen Euro (+93,8 %), die Importe 8,203 Millionen Euro (+18,0 %).

#### **Kanada (Kanada), Ottawa**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elisabeth II.	Stephen Harper	Lawrence Cannon (seit 30. Oktober)

vertreten durch:  
Generalgouverneurin  
Michaëlle Jean

Ottawa – **ÖB**; Toronto – **HGK, AHSt, ÖW**; Montréal – **HGK, Zweigbüro AHSt**; Halifax, Vancouver – **HGK**; Calgary, Regina, Winnipeg – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, Teilnahme an den 10-Jahresfeiern des Wirth-Instituts für österreichische und zentraleuropäische Studien in Edmonton (5. September); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Großruck, Teilnahme am Treffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Toronto (18.–21. September); Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Leiter der österreichischen Delegation beim Gipfeltreffen der Francophonie in Québec City (17.–19. Oktober).

Besuche in Österreich: Ehemalige Premierministerin Kim Campell, Teilnahme am Salzburg Trilog (14.–16. August).

Im Kulturbereich ist Österreich mit seiner klassischen Musik in allen größeren Konzertsälen Kanadas laufend präsent. An den 400-Jahrfeiern von Québec beteiligte sich Österreich mit einer Ausstellung über österreichische Immigration nach Kanada. Diese Ausstellung wurde gemeinsam mit einer Photoausstellung des österreichisch-kanadischen Künstlers Eugen Kedl in Québec City von April bis Dezember gezeigt.

Zur Bewerbung der UEFA EURO 2008 organisierte die Österreichische Botschaft gemeinsam mit der Schweizerischen Botschaft ein Prominentenfußballspiel (11. Juni).

Am 16. Mai fand in der österreichischen Residenz in Ottawa ein Seminar statt, bei dem Expertinnen aus Politik, Diplomatie und Wissenschaft die Rolle mittelgroßer Staaten in den internationalen Beziehungen beleuchteten. Gastredner war der außenpolitische Sprecher der Liberalen Partei Kanadas Bob Rae. Das Seminar wurde in Kooperation mit der Norman Paterson School for International Affairs sowie dem Centre for Global Relations, Governance and Policy (CIGI) durchgeführt.

### Anhang

Seit 1998 besteht an der Universität Alberta ein Institut für Österreichische und Zentraleuropäische Studien (Wirth-Institut), das einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung österreichischer Kultur in Westkanada leistet. Das entsprechende Memorandum of Understanding zwischen der Universität Alberta und der österreichischen Regierung wurde im September im Rahmen der 10-Jahresfeiern des Wirth-Instituts um weitere fünf Jahre verlängert.

Drei Österreicher versahen ihren Gedenkdienst im Holocaust-Museum und bei der Kleinmann-Stiftung in Montreal.

Kanada ist weiterhin der viertgrößte Exportmarkt Österreichs in Übersee. Mehr als zwei Drittel aller österreichischen Exporte nach Kanada entfallen auf den Bereich Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge. Im Dienstleistungsbereich profitiert Österreich von einem Milliardenauftrag zum Bau eines Kraftwerkstunnels unter dem Niagara-Fluss und vom Betrieb des Flughafen-Shuttle in Toronto. Die von einer österreichischen Firma für die Olympischen Winterspiele in Vancouver gebaute Gondelverbindung in Whistler Mountain wurde am 12. Dezember feierlich eröffnet.

Österreichische Unternehmen unterhalten rund 100 Niederlassungen in Kanada. Umgekehrt gibt es knapp 40 kanadische Tochterunternehmen in Österreich.

Die österreichischen Exporte betragen 856,430 Millionen Euro (-3,2 %), die Importe 410,301 Millionen Euro (-11,8 %).

### Kap Verde (Republik Kap Verde), Praia

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Pedro Verona Pires	José Maria Pereira das Neves	José Brito (seit 30. Juni)

**ÖB:** siehe Senegal; **AHSt:** Portugal; Praia – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Erziehungsministerin und frühere Vorsitzende der Menschenrechtskommission von Kap Verde Vera Duarte, Teilnahme an der vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten gemeinsam mit dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte veranstalteten Konferenz „Global Standards – Local Action“ (28. und 29. August). Eine Delegation von Bürgermeister der Insel Santiago hielt sich im Juni für eine Woche für eine Studienreise in Österreich auf.

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Kap Verde siehe Kapitel D.II.1.2.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen von rund 1,644 Millionen Euro erbracht.

Für die Durchführung von Studien- bzw. Forschungsvorhaben wurden StudentInnen und Fachleuten aus Kap Verde vier Stipendien in den Bereichen Medizin, Erziehung und Tourismus für das Studienjahr 2007/08 zuerkannt.

Eine kap-verdische Diplomatin nahm an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen teil (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 349,00 Euro (+42,6 %), die Importe 2.000 Euro (-99,1 %).

### Kasachstan (Republik Kasachstan), Astana

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nursultan Nasarbajew	Karim Masimow	Marat Tazhin

Astana – **ÖB;** Almaty – **HK, Österreich-Bibliothek;** **AHSt:** siehe Russland

Am 1. November nahm die an der Österreichischen Botschaft untergebrachte Gemeinsame Annahmestelle (für Schengen-Visa) für Österreich, Slowenien und Ungarn ihren Betrieb auf.

### *Länderinformationen*

Besuche aus Österreich: Parlamentarierdelegation unter der Leitung des Mitglieds des Bundesrates Albrecht Konecny, Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (28. Juni bis 3. Juli); Teilnahme des ehemaligen Generalsekretärs des Europarats Walter Schwimmer am Treffen der Reflexionsgruppe für das Dialog-Forum „Eine Welt: Fortschritt durch Unterschiede“, Arbeitsgespräch mit dem Minister für Umweltschutz Nurlan Iskakow und dem stellvertretenden Minister für Industrie und Handel Jedil Mamitbekow, Vortrag an der Staatlichen Akademie für öffentliche Verwaltung beim Präsidenten der Republik Kasachstan (2.–4. April).

Besuche in Österreich: Minister für Kultur und Information Jermuchamet Jertysbajew, Eröffnung des Zentrums für Kasachische Kultur „Tengri“ im Beisein von Bundesministerin Claudia Schmied (30. April); Parlamentarierdelegation unter der Leitung des Abgeordneten Bakbergen Domanbetow, Teilnahme an der 7. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (21. und 22. Februar); Parlamentsabgeordnete und ParteienvertreterInnen, Teilnahme an einem vom UNDP organisierten Erfahrungsaustausch über lokale Selbstverwaltung, Meinungsaustausch mit VertreterInnen der Parlamentarischen Gruppe Österreich – Südkasien und Zentralasien (12.–24. Mai); Arbeitsbesuch von Generalstaatsanwalt Raschid Tusupbekow, Gespräch mit Bundesministerin Maria Berger, Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zur Vermeidung und Bekämpfung der Korruption, zum IT-Einsatz in der Justiz, in der eJustiz sowie zur Organisation der Justizverwaltung (12. Juni).

Ein Österreicher ist bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Almaty tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Zwei KasachInnen nahmen an einem Spezialkurs für Südkasien, Zentralasien, Afghanistan und die Mongolei an der DA teil (6.–26. April); 16 kasachische JungdiplomatinInnen absolvierten einen Spezialkurs an der DA (7. Juli bis 2. August); drei VertreterInnen aus Kasachstan besuchten ein Spezialseminar an der OSZE-Sommerakademie des Europäischen Universitätszentrums für Friedensforschung (Stadtschlaining, 23.–29. Juni). Ein Österreicher nahm an einem Seminar über die Umsetzung des OSZE-Verhaltenskodex über militärpolitische Sicherheitsaspekte in Zentralasien teil (Almaty, 22.–24. September).

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte Programm EU-BOMCA wurde fortgesetzt. Das vom Bundesministerium für Inneres, der Europäischen Kommission und UNDP organisierte 8. CABS-Treffen wurde vom 22.–24. September abgehalten. Im Rahmen des Programms EU-BOMCA absolvierten drei kasachische Offiziere eine von der US-Botschaft in Astana finanzierte Ausbildung für Drogensuchhunde in Österreich (Bad Kreuzen, Februar bis Mai); ein österreichischer Drogensuchhundeausbildner hielt Schulungen in Kasachstan ab (Almaty, Kyzylorda, Petropawlowsk, 1.–31. August). Zwei Angehörige des Nationalen Sicherheitskomitees von Kasachstan nahmen an einem EKO-Cobra-Workshop teil (Wiener Neustadt, 17.–21. März). Im Rahmen von TACIS führt das Wirtschaftsförderungsinstitut das mit 200.000 Euro dotierte Projekt „Go SME Go“ durch (Jänner 2007 bis April 2009).

Lesung von Renate Welsh-Rabady an der Österreich-Bibliothek (Almaty, 28. März); Vorträge von Univ.-Prof. Brigitte Winklehner (EPU) und Univ.-Prof. Alfred Pitterle an der Österreich-Bibliothek (Almaty, 19. Mai).

Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in Wien führte der Generaldirektor des Staatlichen Akademischen Theaters für Oper und Ballett der Republik Kasachstan Jerzhan Abdrachmanow ein Gespräch mit Staatsoberdirektor Ioan Holender (20.–22. Februar).

Österreichischer Informationsstand am ersten Europa-Tag in Astana (25. Mai) sowie Teilnahme an den EU-Filmwochen mit dem Film „Geboren in Absurdistan“ von dem österreichischen Regisseur Houchang Allayahri (Astana, 28. Mai; Almaty, 9. Juni).

Ein DaF-Praktikant hielt Deutschkurse an der Kasachischen Staatlichen Ablai Khan Universität für Internationale Beziehungen und Weltsprachen (Almaty, März bis Juni) sowie je einen einwöchigen Sommerkurs für Deutsch mit Schwerpunkt auf österreichischer Landeskunde für Lehre-

### Anhang

rInnen und StudentInnen (Rudnyj, 2.–13. Juni); Teilnahme von sechs VertreterInnen aus Kasachstan an dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der ÖB Astana organisierten Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Zentralasien (Bischkek, 25.–27. März).

Die WKÖ organisierte eine unter der Leitung von Vizepräsident Richard Schenz stehende österreichische Wirtschaftsmission (Astana, Almaty, 12.–14. Oktober). Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der WKÖ und der Nationalen Wirtschaftskammer Kasachstans „Atameken“ (13. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 252,198 Millionen Euro (+19,6 %), die Importe 1.074,789 Millionen Euro (+35,7 %).

#### **Katar** **(Staat Katar), Doha**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister	
Emir Sheikh Hamad Bin Khalifa Al-Thani	Sheikh Hamad Bin Jassim Bin Jabr Al-Thani	

**ÖB:** siehe Kuwait; **AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Landesrat Christian Buchmann (St), Besuch in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar (28. und 29. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 127,784 Millionen Euro (+69,8 %), die Importe 1,304 Millionen Euro (+91,2 %).

#### **Kenia** **(Republik Kenia), Nairobi**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mwai Kibaki	Raila Odinga (seit 13. April)	Moses Wetangula (seit 10. Jänner)

Nairobi – **ÖB;** Mombasa – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Eröffnung der österreichisch-schweizerischen Auftaktfeier zur UEFA EURO 2008 (7. Juni).

Besuche in Österreich: Minister für Innere Sicherheit George Saitoti, Ehrengast beim African Medical and Research Foundation-Marathon, Gespräche mit Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (Salzburg, 2. Mai); Ministerin für Höhere Bildung, Wissenschaft und Technologie Sally Kosgei, Teilnahme an der 52. Generalversammlung der IAEA, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (29. September bis 4. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,291 Millionen Euro erbracht.

Der Erlös des Salzburger Marathons wurde für ein Projekt dieser Stiftung mit Sitz in Nairobi zur Verfügung gestellt.

Das jährliche EU-Filmfestival mit dem österreichischen Beitrag „Crash Test Dummies“ von Jörg Kalt fand in der zweiten Maihälfte in Nairobi und in der ersten Junihälfte in Mombasa statt. Die österreichische Hip-Hop-Gruppe Texta besuchte Nairobi, um gemeinsame Workshops mit kenianischen Gruppen abzuhalten (27. September bis 5. Oktober). Die Zusammenarbeit gipfelte in einem gemeinsamen Auftritt bei einem von der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisierten Freiluftkonzert im Stadtzentrum Nairobis.

Vom 22.–24. Oktober hielt sich eine Delegation österreichischer Wirtschaftstreibender in Nairobi auf.

### *Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 11,991 Millionen Euro (-2,5 %), die Importe 15,533 Millionen Euro (+49,2 %).

#### **Kirgisistan (Kirgisische Republik), Bischkek**

Staatsoberhaupt  
Kurmanbek Bakijew

Regierungschef  
Igor Tschudinow

Außenminister  
Ednan Karabajew

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Russland

Besuche in Österreich: Arbeitsbesuch einer kirgisischen Parlamentarierdelegation unter der Leitung von Parlamentspräsident Adachan Madumarow, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (25.–27. Mai); kirgisische Delegation unter der Leitung von Finanzministerin Tajikan Kalimbetowa zur Teilnahme an der Gemischten Kommission für Wirtschaftsfragen, Arbeitsgespräch mit Staatssekretär Christoph Matznetter (Wien, Grafenegg, 11.–14. August); Arbeitsbesuch einer kirgisischen Delegation unter der Leitung des Präsidentenberaters Sultanby Ajtschigitow, Gespräche mit Staatssekretär Matznetter, ÖKB-Präsident Rudolf Scholten, Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz (26.–29. Februar); Arbeitsbesuch des Gouverneurs der Region Naryn Schamshybek Medetbekow (Lech, 2.–8. März).

Ein Österreicher ist bei der UNDP-Vertretung in Bischkek tätig.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 64.000 Euro erbracht.

Im Rahmen des von der OSZE durchgeführten Polizeireformprogramms absolvierten vier kirgisische Polizisten eine Studienreise (Wien, Feldbach, 8.–12. Dezember). Fünf KirgisInnen nahmen an den Studienprogrammen und Kursen der Europäischen Friedensuniversität in Stadtschlaining und der OSZE-Sommerakademie teil (Stadtschlaining, 23.–29. Juni).

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA, dessen Regionalbüro sich in Bischkek befindet, wurde fortgesetzt.

Lesung von Renate Welsh-Rabady an der Kirgisischen Staatlichen Universität für Architektur, Bauwesen und Transport (25. März); Teilnahme des Violinisten Gernot Winischhofer an dem Konzert „Wiener Nacht in Bischkek“ (26. September).

Abhaltung des 1. Frauenfilmfestivals Bischkek unter Mitwirkung von Lizzy Mayrl, der Leiterin des Vereins zur Förderung des Dialogs mit Zentralasien durch Kunst, Wissenschaft, Bildung und Soziales DIALOG CENTRAL (8.–10. Februar). Österreich war bei dem von der Europäischen Kommission organisierten Projekt „Kino auf Rädern“ mit dem Film „Geboren in Absurdistan“ von Houchang Allayahri vertreten (Bischkek, Karakol und Osch, 20.–30. Oktober).

Teilnahme einer Delegation österreichischer UniversitätsprofessorInnen unter der Leitung von Univ.-Prof. Brigitte Winklehner an der 2. Konferenz über Geoinformationssysteme; Eröffnung des österreichisch-zentralasiatischen Geoinformationszentrums an der Kirgisischen Staatlichen Universität für Bauwesen, Transport und Architektur in Bischkek, Verleihung der Ehrendoktorwürde an Univ.-Prof. Brigitte Winklehner (15.–18. Mai).

Eine Kirgisin erhielt im Rahmen des EPU ein neunmonatiges Technologiestipendium zum Studium in Österreich.

Teilnahme von 20 KirgisInnen an dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und von der ÖB Astana an dem an der Kirgisischen Staatlichen Universität für Architektur, Bauwesen und Transport organisierten Spezialseminar für DeutschlehrerInnen und GermanistInnen aus Zentralasien (25.–27. März). Ein DaF-Praktikant hielt Deutschkurse an der Arabajew Universität (April bis Juni) und einen einwöchigen Sommerkurs für Deutsch mit Schwerpunkt auf österreichischer Landeskunde an der Staatlichen Universität von Osch (23.–27. Juni).

*Anhang*

Die WKÖ organisierte eine unter der Leitung von Vizepräsident Richard Schenz stehende österreichische Wirtschaftsmission (15. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 4,220 Millionen Euro (+37,7 %), die Importe 38.000 Euro (-80,9 %).

**Kiribati****(Republik Kiribati), Tarawa**

Staatsoberhaupt, Regierungschef und Außenminister  
Anoté Tong

**ÖB, AHST:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 1.000 Euro (-90,7 %), die Importe 10.000 Euro (+18,9 %).

**Kolumbien****(Republik Kolumbien), Bogotá**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Álvaro Uribe Vélez

Außenminister  
Jaime Bermúdez Merizalde  
(seit 17. Juli)

Bogotá – **ÖB, AWO-Marketingbüro;** Barranquilla, Cali, Cartagena, Medellín, San Andrés – **HK; AHST:** siehe Venezuela

Besuche aus Österreich: Staatspräsident Álvaro Uribe Vélez traf am 16. Mai mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am Rande des EU-LAC-Gipfels in Lima zusammen.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 151.000 Euro erbracht.

Beim internationalen Theaterfestival in Bogotá war Österreich durch den Dramatiker Klaus Händl vertreten (März). Der österreichische Experte Wilfried Graf nahm am ersten internationalen Erziehungsforum an der Jesuitenuniversität in Bogotá teil (29. April). Im Gedenken an Alfred Uhl führten die Philharmoniker von Bogotá dessen Werke sowie Kompositionen seines kolumbianischen Schülers German Borda auf (April). MusikerInnen des Concilium Musicum spielten in Bogotá und Medellín auf Originalinstrumenten Werke der Wiener Klassik und von Schubert (28. April bis 1. Mai). Österreich nahm am Eurocine-Filmfestival in Bogotá, Cali, Medellín und Barranquilla mit dem Spielfilm „Klimt“ von Raoul Ruiz teil (April, Mai). Bei einem Liederabend des in Kolumbien geborenen und in Wien lebenden Baritons Ivan Paley wurden Werke österreichischer Komponisten aufgeführt (15. Juni). Der österreichische Cellist Gerhard Gareis spielte in Bogotá Stücke von Strauss, Lanner, Haydn, Mozart und Schubert (22. Juni). Das Amadeus Brass Quintett trat mit ihrem Programm „Mozart meets Jazz“ in Bogotá und Medellín auf (Juli). In Neiva und Villavicencio wurden unter Mitwirkung des Konservatoriums Wien Workshops zu modernen Kompositionen abgehalten (September). Seminare zu Franz Schubert fanden in Bogotá statt (November).

Die AHST Caracas nahm zusammen mit österreichischen Unternehmen an der Internationalen Industriemesse in Bogotá (29. September bis 3. Oktober) und am fünften Infrastruktorkongress in Cartagena (19.–21. November) teil. Der österreichische Stand in Cartagena wurde von Präsident Álvaro Uribe Vélez besucht.

Die österreichischen Exporte betragen 81,822 Millionen Euro (+4,7 %), die Importe 20,575 Millionen Euro (-7,7 %).



*Länderinformationen***Komoren****(Union der Komoren), Moroni**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Ahmed Abdallah Sambi

Außenminister  
Ahmed Ben Said Jaffar

**ÖB:** siehe Kenia – **HK;** **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Arbeitsgespräch mit Präsident Ahmed Abdallah Sambi am Rande der VN-GV (New York, September).

Die österreichischen Exporte betragen 14.000 Euro (+100,0 %), die Importe 1.000 Euro (-97,7 %).

**Kongo****(Republik Kongo), Brazzaville**

Staatsoberhaupt  
Denis Sassou-Nguesso

Regierungschef  
Isidore Mvouba

Außenminister  
Basile Ikouebe

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 15.000 Euro erbracht.

Teilnahme eines Diplomaten der Demokratischen Republik Kongo an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 5,056 Millionen Euro (-45,0 %), die Importe 122.000 Euro (-31,7 %).

**Demokratische Republik Kongo****(Demokratische Republik Kongo), Kinshasa**

Staatsoberhaupt  
Joseph Kabila

Regierungschef  
Adolphe Muzito  
(seit 10. Oktober)

Außenminister  
Alexis Thambwe Muamba  
(seit 26. Oktober)

**ÖB:** siehe Kenia; Kinshasa – **HK;** **AHSt:** siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Botschafter i.R. Walter Siegl, Gespräche mit dem Generalsekretär des kongolesischen Außenministeriums sowie dem Direktor der Diplomatischen Akademie von Kinshasa (Juni).

Besuche in Österreich: Generalsekretär im kongolesischen Außenministerium Mukeya Kyamwimbi, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (1. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 53.000 Euro erbracht.

Teilnahme eines kongolesischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Der Leiter der Abteilung Politische Angelegenheiten von MONUC ist ein Österreicher.

Die österreichischen Exporte betragen 1,880 Millionen Euro (-34,2 %), die Importe 346.000 Euro (-3,1 %).

*Anhang***Demokratische Volksrepublik Korea  
(Demokratische Volksrepublik Korea), Pjöngjang**

Staatsoberhaupt (informell)	Regierungschef	Außenminister
Kim Jong Il	Kim Jong Il	Pak Ui Chun

(in seiner Eigenschaft als  
Vorsitzender der Nationalen  
Verteidigungskommission)

**ÖB, KF und AHSt:** siehe China

Vom 20.–25. September fand eine Marktsondierungsreise der WKÖ unter der Leitung von Vizepräsident Richard Schenz statt.

Österreich nahm mit „Babooska“ von Tizza Covi und Rainer Frimmel am 11th Pyongyang International Film Festival teil (17.–26. September).

Der Direktor des MAK Peter Noever besuchte Pjöngjang zur Vorbereitung der für 2009 in Wien geplanten Ausstellung zeitgenössischer Kunst aus der Demokratischen Volksrepublik Korea, die vom MAK gemeinsam mit der Koreanischen Nationalgalerie durchgeführt wird.

Die österreichischen Exporte betragen 1,962 Millionen Euro (+32,2 %), die Importe 179.000 Euro (-71,3 %).

**Korea  
(Republik Korea), Seoul**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Lee Myung-bak	Han Seung-soo	Yu Myung-hwan
(seit 25. Februar)	(seit 29. Februar)	(seit 29. Februar)

Seoul – **ÖB, AHST**; Busan – **HK**

Besuche aus Österreich: Gruppenleiterin Edith Frauwallner an der Spitze einer österreichischen Delegation, Teilnahme am 8. ASEM-Finanzministertreffen in Jeju (14.–17. Juni); Botschafter Wolfgang Petritsch an der Spitze einer österreichischen Delegation, Teilnahme am OECD-Ministertreffen über die Zukunft der Internet-Wirtschaft (17.–18. Juni); Landtagsabgeordneter und Gemeinderat der Stadt Wien Omar Al-Rawi, Teilnahme am World E-Government Mayors Forum 2008 (7.–9. Juli).

Besuche in Österreich: Bürgermeister der Stadt Seoul Oh Se-hoon in Begleitung von Experten für Stadtentwicklung, Besuch in Graz und Wien im Rahmen einer Europareise (4.–10. Februar); Vizeaußenminister Kwon Jong-rak, Besuch anlässlich der Leitung der diesjährigen Konferenz der koreanischen Missionschefs in Europa (11.–13. Oktober); stellvertretender Außenminister Lee Yong-hoon, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (2. Dezember).

Eine Ausstellung aus Beständen der Gemäldegalerie der Akademie der bildenden Künste in Wien zum Thema Peter Paul Rubens und barocke Künstler wurde im Gwangju Museum of Art gezeigt (Gwangju, 16. Juli bis 9. November). In Seoul (Sejong Center) fand die Eröffnung dieser Ausstellung am 10. Dezember statt (voraussichtliche Dauer bis März 2009). Renate Trnek, Direktorin der Gemäldegalerie der bildenden Künste, war bei den Eröffnungszereemonien in Gwangju und in Seoul anwesend.

Es fanden mehrere Konzerte der Wiener Sängerknaben statt. Der Knabenchor „Brucknerchor“ gab vom 6.–18. Jänner unter Leitung von Kapellmeister Johannes Kobald Konzerte in Seoul, Ansan, Seongnam, Geoiae, Gimhae und Anyang. VertreterInnen der Computermusik und experimentellen Musikszene nahmen unter Leitung des Lehrbeauftragten der Universität für angewandte Kunst in Wien für Computermusik Arnold Haberl in Seoul an einem Ad-hoc-Workshop und Konzert der experimentellen Computermusik teil (8.–10. April). Der österreichische Kom-

### Länderinformationen

ponist Matthias Erian, der aufgrund seines Interesses für traditionelle koreanische Musik in der Vergangenheit bereits Projekte in der Republik Korea realisiert hatte, nahm während seines diesjährigen Aufenthalts am Korean Experimental Art Festival (KEAF) teil, wo er sein Stück „Instant Reality – #I“ zur Aufführung brachte. Das nunmehr 13. Internationale Kunstfestival der Nine Dragon Heads fand dieses Jahr von 10.–16. April in der Stadt Cheongju („Indoor-Symposium“) sowie vom 4.–9. Juni auf der Insel Jeju („Outdoor Symposium“) statt. Das Motto der diesjährigen Veranstaltungen lautete: „Encumbered Bush Walk“. Diese jährliche Kulturveranstaltung wird neben Österreich vor allem von der Schweiz und Schweden unterstützt. Die koreanische Schubert-Gesellschaft gab ihr traditionelles Frühjahrs- und Herbstkonzert am 28. April bzw. 17. November. Zusätzlich zu diesen Konzerten veranstaltete die Gesellschaft im April einen Gesangswettbewerb (Schubert-Lieder) in der Hanyang Universität in Seoul. Ebenfalls jeweils im Frühjahrs- und Herbstkonzert veranstaltete die koreanische Joseph-Haydn-Gesellschaft am 22. März bzw. 10. September; darüber hinaus fanden Konzerte am 12. August und am 10. November statt. Aus Anlass seines 80. Geburtstags befand sich der österreichische Pianist Jörg Demus vom 23. Oktober bis 6. November in Korea, wo er für sein langjähriges Wirken geehrt wurde und dabei auch Konzerte und Meisterklassen gab. Am 29. Dezember gab die österreichische Musikerin Julia Malischinig mit der Flötistin So-Youn Kim ein Konzert in Seoul.

Die österreichischen Exporte betragen 657,851 Millionen Euro (+8,5 %), die Importe 589,108 Millionen Euro (-15,4 %).

### Kosovo (Republik Kosovo), Pristina

Der Kosovo erklärte am 17. Februar seine Unabhängigkeit. Die neue Verfassung trat am 15. Juni in Kraft. 53 Staaten, darunter Österreich am 28. Februar, erkannten bis Jahresende die Unabhängigkeit der Republik Kosovo an.

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Fatmir Sejdiu	Hashim Thaci	Skender Hyseni

### Pristina – ÖB, Koordinationsbüro der OEZA, AWO-Marketingbüro

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Truppenbesuch, Treffen mit dem Leiter von EULEX KOSOVO Yves de Kermabon (18. September); Stellvertretender Chef des Generalstabs Generalleutnant Othmar Commenda, Truppenbesuch (15. und 16. Dezember).

Besuche in Österreich: Bildungsminister Enver Hoxhaj, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (4.–7. März); Handels- und Industrieminister Lutfi Zharku, Treffen mit VertreterInnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (25.–27. Mai); Handels- und Industrieminister Lutfi Zharku, Teilnahme am Forum Alpbach, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (26.–28. August); Finanzminister Ahmet Shala und Bildungsminister Enver Hoxhaj, Teilnahme am Vienna Economic Forum (10. und 11. November).

Am 14. Februar wurde zwischen der ADA, KulturKontakt Austria und dem kosovarischen Bildungsministerium ein Memorandum of Understanding zur Fortsetzung des Projekts „ECO NET Kosovo“ für den sekundären Bildungsbereich unterzeichnet.

Im Oktober wurde in Wien eine kosovarische Botschaft eröffnet und ein Geschäftsträger eingesetzt. Wien ist damit eine jener zehn Hauptstädte, in denen die ersten kosovarischen Botschaften errichtet wurden.

Die Paraphierung eines Memorandum of Understanding zwischen der Universität Pristina, der ADA und dem World University Service (WUS) zur Fortsetzung der Arbeit des WUS an der Universität Pristina erfolgte am 8. Mai.

### *Anhang*

Am 27. August vereinbarten Bundesminister Martin Bartenstein und der kosovarische Handels- und Industrieminister Lutfi Zharku bei einem Treffen am Rande des Forum Alpbach eine Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Der österreichische Entwurf für ein diesbezügliches Memorandum of Understanding wurde Minister Zharku am 9. September übergeben.

Österreich ist im Rahmen der KFOR mit rund 650 SoldatInnen vertreten. Am 29. Mai übernahm Österreich für ein Jahr das Kommando über MNTF S.

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Kosovo siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,31 Millionen Euro erbracht.

Österreich ist ein wichtiger Investor im Kosovo. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich entwickeln sich positiv.

Die österreichischen Exporte betragen 36,083 Millionen Euro, die Importe 2,065 Millionen Euro.

### **Kroatien (Republik Kroatien), Agram**

Staatsoberhaupt  
Stjepan Mesić

Regierungschef  
Ivo Sanader

Außenminister  
Gordan Jandroković  
(seit 12. Jänner)

Agram – **ÖB, KF, AHSt**; Rijeka – **HK**; Split – **HK**; Pula – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Berislav Rončević (27. März); Bundesminister Norbert Darabos, Teilnahme am Kroatien Gipfel (Dubrovnik, 4. und 5. Juli); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle anlässlich der Eröffnung des Amtsgebäudes der ÖB Agram, Treffen mit der Staatssekretärin für politische Angelegenheiten Bianca Matković, dem Staatssekretär für europäische Integration Davor Božinović sowie dem Präsidenten des Außenpolitischen Ausschusses des Kroatischen Parlaments Mario Zubović (24. Oktober).

Besuche in Österreich: Außenminister Gordan Jandroković bei Bundesministerin Ursula Plassnik (25. März); Präsident Stjepan Mesić, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer im Rahmen der „UEFA EURO 2008“-Begegnung Österreich-Kroatien (8. Juni); Premierminister Ivo Sanader, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer im Rahmen der „UEFA EURO 2008“-Begegnung Österreich-Kroatien (8. Juni); Außenminister Jandroković Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik im Rahmen der „UEFA EURO 2008“-Begegnung Österreich-Kroatien (8. Juni); Präsident Mesić, Treffen mit Landeshauptmann Franz Voves im Rahmen der Grazer Messe (Graz, 30. September).

Das am 22. November 2005 paraphierte bilaterale Abkommen, welches die Einbeziehung österreichischer StaatsbürgerInnen in die kroatischen Restitutionsbemühungen für entzogenes Vermögen ermöglichen sollte, wurde auch im Jahr 2008 nicht unterzeichnet. Auch kam es zu keiner allgemeinen gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Entschädigungsansprüche von AusländerInnen.

Der am 14. November 2007 in Wien unterzeichnete Vertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit trat am 1. Oktober in Kraft.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 85.000 Euro erbracht.

Das KF Zagreb veranstaltete bzw. unterstützte landesweit Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft. Besonders hervorzuheben sind die Durchführung des vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Südosteuropa („Culture matters“) initiierten Dramenwettbewerbs (März), die erste gemeinsame Veranstaltungsserie des kroatischen Netzwerks der EU-Kulturinstitute „EUNIC Hrvatska“ (April) sowie eine Schreibwerkstatt an der Österreich-Bibliothek Osijek im Rahmen der kulturellen Veranstaltungen zur

### Länderinformationen

UEFA EURO 2008 (Juni). Das Abschlusskonzert der Südosteuropa-Tournee der Wiener Tschuschenkappelle als „interkulturelle Botschafter“ fand in Zagreb statt (Juli). Internationale Medienresonanz erfuhr eine Ausstellung zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs mit Kunstteppichen aus einem österreichisch-bosnischen Frauenprojekt in Dubrovnik (September). 2008 wurde erstmals der Albert-Goldstein-Preis des Österreichischen Kulturforums für österreichische Gegenwartsliteratur vergeben.

In Kroatien sind derzeit vier österreichische Lektoren in Osijek (Österreich-Bibliothek), Rijeka, Zadar und Zagreb sowie eine Bildungsbeauftragte tätig. Es bestehen 14 kroatisch-österreichische Gesellschaften.

Österreich ist der größte ausländische Investor in Kroatien.

Die österreichischen Exporte betragen 1.526,502 Millionen Euro (+3,2 %), die Importe 689,431 Millionen Euro (+10,2 %).

### Kuba (Republik Kuba), Havanna

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Raúl Castro Ruz  
Havanna – **ÖB, AHSt:** siehe Mexiko

Außenminister  
Felipe Pérez Roque

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting, Treffen mit Vizeaußenminister Eumelio Caballero (17.–19. März); Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer, Teilnahme an der 13. Tagung der Gemischten österreichisch-kubanischen Wirtschaftskommission in Havanna (30. und 31. Oktober); Landeshauptmannstellvertreter Kurt Flecker, Gespräche im Kulturministerium und mit kubanischen Kulturinstitutionen in Havanna.

Besuche in Österreich: Justizministerin María Esther Reus González, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Maria Berger (12. März); Vizeaußenminister Dagoberto Rodríguez Barrera, Gespräche mit Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting (7. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Im Kulturbereich gastierten Eldis la Rosa und Stuart Conaghan sowie Iris Camaa und Band beim Internationalen Festival „Jazz Playa 2008“ (14.–17. Februar) sowie Christine Jones, Peter und Isabella Schrammel und Aaron Wonesch beim Festival del Caribe, Santiago de Cuba (3.–9. Juli). Der österreichische Bühnenbildner Harald Thor reiste zwecks Bühnenbildgestaltung für die Erstaufführung von Wolfgang Amadeus Mozarts „Zauberflöte“ nach Havanna (Premiere: Februar 2009). Die Autorinnen Sylvia Unterrader, Edith Kneifl und Beatrix M. Kramlovsky hielten Lesungen und Literaturworkshops an der Universität Havanna und am kubanischen Institut für Freundschaft unter den Völkern (6.–11. Februar). Vorträge wurden von Barbara Huemer über „Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts“ an der Universität Havanna (Jänner bis März) und von Sylvia Machold im Rahmen der ersten internationalen Konferenz „Built Environment and Sustainable Development“ in Havanna gehalten (1.–5. Dezember).

Bundesministerin a.D. Hilde Hawlicek überreichte aus dem ihr 2007 verliehenen PaN (Partner aller Nationen)-Preis Bücher österreichischer AutorInnen sowie Lehrbücher und Computer für die Germanistische Fakultät der Universität Havanna (11. Februar).

Die Technische Universität Wien, die Veterinärmedizinische Universität Wien und die Universität Salzburg unterzeichneten Memoranden über die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit kubanischen Hochschulen. Die Kooperation nahm bereits konkrete Formen an: Zwölf österreichische StudentInnen studierten an kubanischen Universitäten, zwei Austauschlektorinnen waren an der Cátedra Humboldt tätig.

*Anhang*

An der Internationalen Messe von Havanna (FIHAV) war Österreich durch die AHSt Mexiko mit einer Katalogausstellung unter Teilnahme österreichischer Firmen vertreten (3.–8. November).

Die österreichischen Exporte betragen 6,500 Millionen Euro (-15,6 %), die Importe 3,685 Millionen Euro (+40,1 %).

**Kuwait****(Staat Kuwait), Kuwait**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emir Sheikh Sabah	Sheikh Nasser	Sheikh Mohammed
Al-Ahmed Al-Jaber	Al-Mohammed Al-Ahmed	Al-Sabah Al-Salem
Al-Sabah	Al-Sabah	Al-Sabah

Kuwait – **ÖB, AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Außenminister Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (27. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 100,297 Millionen Euro (+1,0 %), die Importe 1,117 Millionen Euro (+109,3 %).

**Laos****(Demokratische Volksrepublik Laos), Vientiane**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Choummaly Sayasone	Bouasone Bouphavanh	Thongloun Sisoulith

**ÖB, AHSt:** siehe Thailand

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 286.000 Euro (-26,2 %), die Importe 2,874 Millionen Euro (-26,5 %).

**Lesotho****(Königreich Lesotho), Maseru**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Letsie III.	Bethuel Pakalitha Mosisili	Mohlabi Kenneth Tsekoa

**ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Am 19. März erhielt Roderich Urschler das Exequatur zum Honorarkonsul des Königreiches Lesotho für Österreich von Bundespräsident Heinz Fischer.

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Energieminister Monyane Moleki (Johannesburg, 8. Juni).

Besuche in Österreich: Außenminister Kenneth Tsekoa, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik und mit Staatssekretär Hans Winkler (11. Juni).

Die Zusammenarbeit mit dem Morija Festival zur Förderung lokaler und klassischer Musiktraditionen wurde weitergeführt und mit Projekten der Botschaft unterstützt. Im April hielt das moderne Schrammelduo „Die Strottern“ einen Workshop für lokale MusikerInnen und gab ein Konzert in Maseru. Am 18. Oktober erhielt Stefan Lukacs den Preis des Golden Lion Film Festivals in Maseru für seinen Dokumentarbeitrag „africa11“. Im Dezember begann das Fotoprojekt von Michael Rathmayer, das gemeinsam mit Morija umgesetzt wurde.

## *Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 26.000 Euro (-49,8 %), die Importe 1.000 Euro (+28,7 %).

### **Lettland (Republik Lettland), Riga**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Valdis Zatlers	Ivars Godmanis	Maris Riekstins

#### **Riga – ÖB, HK, Zweigbüro AHS**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsbesuch beim Staatssekretär im Außenministerium Normunds Penke (26. Juni).

Besuche in Österreich: Ministerin für eGovernment Ina Gudele, Teilnahme an der IT-Messe in Wien und Besuch in Graz (2.–5. Februar), Treffen mit Staatssekretärin Heidrun Silhavy; Staatspräsident Valdis Zatlers, Teilnahme am Präsidententreffen in Graz (29. und 30. April); Staatssekretär im Außenministerium Andris Teikmanis, Teilnahme am informellen Treffen der Generalsekretärinnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November); Ministerin für eGovernment Signe Balina, Teilnahme an der European Ministerial E-Inclusion Conference (30. November bis 2. Dezember); Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium Ēriks Zunda, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

In Zusammenarbeit mit Kulturveranstaltern vor Ort wurden zahlreiche Konzerte mit österreichischen MusikerInnen realisiert. Neben klassischer Musik, etwa einem Konzert von Accentus Austria (1. März), einem Festkonzert von Martin Haselböck anlässlich des internationalen Orgelfestivals Liepaja (11.–14. September) und der Teilnahme von Michael Posch am Internationalen Sommer-Musikfestival (3. August) in Tukums, wurde ein Schwerpunkt auf die Unterstützung der jungen modernen Musikszene Österreichs gelegt: Die Gruppe „Guadalajara“ trat in Riga und Liepaja auf (12., 16. und 17. Februar), Hotel Palindrone spielte beim Folk-Festival „Origo“ (3. Mai), Stefan Nemeth und Florian Kmet traten mit alternativer Musik beim internationalen Festival der Avantgarde Musik „Klangwald“ auf (9. Mai) und das Vegetable Orchestra gastierte beim Sommerfestival in Kuldiga (19. Juli). Weiters gaben das Ensemble „Celia Mara“ beim Porta Festival in Riga (9. November) und die Band „Valina“ (12. und 13. Dezember) Konzerte. Der österreichische Komponist Johannes Maria Staud leitete einen internationalen Meisterkurs für Komposition im Schloss Dundaga (10.–18. August).

Gemeinsam mit der Fakultät für moderne Sprachen der Universität Lettland wurde eine Konferenz zum Thema „Kultur und Gedächtnis: autobiographischer Diskurs in der österreichischen Literatur“ veranstaltet, bei der Martin Pollack als Referent auftrat und eine Lesung hielt (7.–10. Oktober). Univ.-Prof. Gerhard Mangott referierte an der Riga Stockholm School of Economics zum Thema „EU-Russian Gas Trade“ (22. Mai). Das Theaterstück „Telefongespräche mit Ernst Jandl“ wurde in Zusammenarbeit mit der Österreich-Bibliothek Riga gezeigt (9. Oktober).

Es wurden auch österreichische Filme präsentiert, etwa die Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ (5. Juni) anlässlich der UEFA EURO 2008 sowie österreichische Avantgardefilme von Kurt Kren, Valie Export und anderen, welche von Isabelle Piechaczyk im Kino Riga vorgestellt wurden. Udo Maurer beteiligte sich mit seinem Film „Über Wasser“ am Filmfestival „Arsenal“ (12.–19. September). H. H. Capor präsentierte eine Fotoausstellung im Fotografiemuseum in Riga (23. Oktober bis 13. November). Die österreichisch-britische Künstlerin Sandra Brandeis Crawford stellte unter dem Titel „Split Identity“ (30. Oktober bis 20. November) ihre Werke im Jüdischen Gemeindezentrum Riga aus. Die Ausstellung über das UNESCO-Weltkulturerbe Westbalkan wurde im neuen Multifunktionszentrum Liepaja gezeigt (September).

Zwischen Lettland und Österreich wurde ein Abkommen über den Schutz klassifizierter Informationen unterzeichnet, welches mit 1. Dezember in Kraft trat.

Das Interesse der österreichischen Wirtschaft an Lettland zeigte sich unter anderem in zwei Wirtschaftsmissionen der WKÖ (12. März und 30. September), drei Marktsondierungsreisen (23. und

*Anhang*

24. Mai, 28. und 29. Mai sowie 30. Oktober) und einem Tourismusworkshop der Österreich-Werbung (23. und 24. April).

Die österreichischen Exporte betragen 139,736 Millionen Euro (-21,7 %), die Importe 25,192 Millionen Euro (-18,7 %).

### **Libanon (Libanesische Republik), Beirut**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Michel Sleiman	Fuad Siniora	Fawzi Salloukh

(seit 25. Mai)

Beirut – **ÖB**; **AHSt**: siehe Syrien; Saida – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Parlamentssprecher Nabih Berri, Premierminister Fuad Siniora, Außenminister Fawzi Salloukh, Abgeordnetem Saad Hariri, Oberbefehlshaber der Streitkräfte Michel Sleiman (4. Februar).

Besuche in Österreich: Premierminister Fuad Siniora, Außenminister Fawzi Salloukh und Finanzminister Jihad Azour, Teilnahme an der Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Flüchtlingslagers Nahr-El-Bared (22. und 23. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 1,024 Millionen Euro erbracht.

Das Neujahrskonzert des libanesischen Symphonieorchesters unter der Leitung des österreichischen Dirigenten Robert Lehrbaumer fand unter der Teilnahme zahlreicher Regierungsmitglieder, Mitglieder des Parlaments und Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft statt. Der österreichisch-palästinensische Sänger, Flöten- und Oudspieler Marwan Abado konzertierte im März; im September nahmen drei österreichische WissenschaftlerInnen an einem einwöchigen Symposium über die Bronze- und Eisenzeit teil. Österreich war beim EU-Filmfestival mit dem Film „Mozart in China“ von Bernd Neuburger und Nadja Seelich vertreten (November).

Die österreichischen Exporte betragen 43,005 Millionen Euro (+14,9 %), die Importe 1,681 Millionen Euro (-5,4 %).

### **Liberia (Republik Liberia), Monrovia**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin	Außenministerin
Ellen Johnson-Sirleaf	Olubanke King-Akerele

**ÖB**: siehe Senegal; **AHSt**: siehe Nigeria

Teilnahme eines liberianischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 1,651 Millionen Euro (-29,2 %), die Importe 6.000 Euro (+180,5 %).

### **Libyen (Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija), Tripolis**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Muammar	Al-Baghdadi	Abderahman Mohamed
Al Gaddafi	Ali al-Mahmudi	Chalgham



*Länderinformationen***Tripolis – ÖB, AHSt**

Vom 1.–3. Juni fand eine Marktsondierungsreise auf dem Gebiet „Umwelterneuerbare Energie“ statt.

Eine Wirtschaftsmission der WKÖ war vom 16.–20. November in Libyen zu Gast. Österreich war auf der Internationalen Messe in Tripolis mit einem eigenen Pavillon unter Teilnahme von österreichischen Firmen vertreten (2.–12. April).

Die österreichischen Exporte betragen 90,113 Millionen Euro (+25,9 %), die Importe 449,772 Millionen Euro (-36,2 %).

**Liechtenstein  
(Fürstentum Liechtenstein), Vaduz**

Staatsoberhaupt  
Fürst Hans-Adam II.

Regierungschef  
Otmar Hasler

Außenministerin  
Rita Kieber-Beck

(Führung der Regierungsgeschäfte seit 15. August 2004 durch Erbprinz Alois)

Wien – **ÖB, AHSt:** siehe Schweiz; Schaan – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Vizepräsident des Bundesrates Jürgen Weiss zur Eröffnung und Einweihung des Landtagsgebäudes in Vaduz (15. und 16. Februar); Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger, Besuch bei Fürst Hans-Adam II. (8. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Besuch bei Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrat Hugo Quaderer (5. Jänner); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am trilateralen Innenministertreffen in Vaduz (18. April); Bundesministerin Claudia Schmied, Besuch bei Regierungsrätin Rita Kieber-Beck (24. Juli); Bundesminister Erwin Buchinger, Besuch bei Regierungsrat Quaderer (21. August); Bundesministerin Maria Berger beim quadrilateralen Justizministertreffen in Vaduz (5. und 6. September); Präsident der WKÖ Christoph Leitl, Festrede beim Liechtenstein-Dialog (2. Oktober); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am kulturaußenpolitischen Seminar in Vaduz und Zusammentreffen mit Regierungsrätin Kieber-Beck (26. Mai); Vorarlberger Landesregierung, Besuch in Vaduz (4. November); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Besuch beim Amtsleiter des Amtes für auswärtige Angelegenheiten Roland Marxer (24. April).

Besuche in Österreich: Fürst Hans-Adam II. zur Eröffnung des Kolloquiums „The Power of Religion in Diplomacy, Conflict and Meditation“ an der DA (11. Juli); Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Besuch der Eröffnung der Bregenzer Festspiele (23. Juli); Regierungschef Hasler, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrätin Kieber-Beck gaben Empfänge im anlässlich der UEFA EURO 2008 errichteten Liechtenstein-Pavillon am Schwarzenbergplatz in Wien (8., 13., 17. und 29. Juni); Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, Vorstellung des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts (2. Oktober); Regierungsrätin Kieber-Beck, Besuch bei Staatssekretär Hans Winkler (1. Februar), Besuch der Dornbirner Messe und Zusammentreffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (2. September); Amtsleiter Roland Marxer, Besuch beim Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle in Wien (23. Oktober).

Als zwischen den beiden Veranstalterländern Österreich und Schweiz gelegenes Land beteiligte sich Liechtenstein unter dem Motto „MITTENDRIN“ an den Rahmenaktivitäten der UEFA EURO 2008 und errichtete einen Liechtenstein-Pavillon am Schwarzenberg-Platz in Wien.

Die österreichischen Exporte betragen 483,786 Millionen Euro (+1,1 %), die Importe 214,744 Millionen Euro (-57,7 %).

*Anhang***Litauen  
(Republik Litauen), Wilna**

Staatsoberhaupt Valdas Adamkus	Regierungschef Andrius Kubilius (seit 9. Dezember)	Außenminister Vygaudas Usackas (seit 9. Dezember)
-----------------------------------	--	---

Wilna – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHSt:** siehe Finnland; **ÖW:** siehe Schweden

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Arbeitsbesuch bei Staatssekretär Deividas Matulionis (25. Juni).

Besuche in Österreich: Parlamentarierdelegation in Wien und Linz (3.–7. März).

Von den Kulturveranstaltungen seien hervorgehoben: Wien-Ball in Wilna (9. Februar); Aufführung des „Theatermachers“ von Thomas Bernhard (Februar); Konzertauftritt und Meisterkurs von Prof. Josef Wallnig und Prof. Gottfried Holzer-Graf, Mozarteum, anlässlich des 75. Jubiläums der Litauischen Musik- und Theaterakademie (11.–15. April); Teilnahme von StudentInnen der Universität für Musik und darstellende Künste Wien am internationalen Kammernmusikfestival, veranstaltet von der Musik- und Theaterakademie Vilnius (16.–20. April); Teilnahme des österreichischen Komponisten Matthias Kranebitter am Festival junger zeitgenössischer Musik „Druskomanija 2008“ (Druskininkai, Wilna, 22.–25. Mai); „Austriaca in Litauen“: fünf Workshops mit ÜbersetzerInnen der österreichischen Literatur ins Litauische (Mai bis November); Teilnahme des Organisten Martin Alexander Strommer am internationalen Musikfestival „Vargonu vasara“ (Nida, 30. Juni); „Bild und Schmuck“: Ausstellung von Lisa Wolf in der litauischen Nationalbibliothek Vilnius mit anschließendem Workshop für Kinder (4. Juni bis 12. Juli); Malerieausstellung „Splht Identity“ der österreichischen Künstlerin Sandra Brandeis Crawford (17. Juli bis 10. September); Orgelkonzert Prof. Josef Hofer, Graz (Marijampole, 3. August); Konzert des Trios „Cello à tre“ beim internationalen Pazaislis-Musikfestival (Kaunas, 28. August); Teilnahme der Big Band der Musikschule Wattens am 5. internationalen Musikfestival „Wir grüßen Trakai“ (Birstonas, Trakai, 5.–7. August); Teilnahme des Salzburger Holzbildhauers Fabian Fink am Kunst- und Musikfestival „Be2gether“ (Norviliskes, 4.–17. August); Teilnahme von Univ.-Prof. Wolfgang Pöckl und Ass.-Prof. Cornelia Feyrer der Universität Innsbruck mit Vorträgen an der wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Litauische Anglistik und Germanistik im internationalen Dialog: Tradition und Perspektiven“ (18.–20. September); Teilnahme des österreichischen Dichters Hans Eichhorn am Poesiefestival „Poetischer Herbst in Druskininkai“ (Druskininkai, Wilna, 2.–5. Oktober); Lesung „Friedrich Torberg und die Wiener Kaffeehausliteratur“ zum 100. Geburtstag Friedrich Torbergs (Kaunas, 8. Oktober); Teilnahme der KünstlerInnen Franz Pomassl und Anna Ceeh mit einer audiovisuellen Performance am Projekt „Garso zona“ (17. und 18. Oktober); Konzerte des Pianisten Ingolf Wunder (Klaipeda, Wilna, 22. und 23. Oktober); Seminar und Workshop „Austriazismen im Deutschunterricht“ (23. Oktober); Teilnahme des Präsidenten der Internationalen Gesellschaft für neue Musik Österreich Bruno Strobl am Weltmusikfest im Rahmen des Programms der Kulturhauptstadt Vilnius 2009 (24.–31. Oktober); Präsentation der Broschüre „Austria’s unique approach to cooperation in Holocaust research and education“ (5. November); Schülerworkshop und Wettbewerb: „Linz: Eine virtuelle Reise in die europäische Kulturhauptstadt 2009“ (November); Germanistentag an der Universität Vilnius (27. November); Lesung des Schriftstellers Vladimir Vertlib (28. November).

Die WKÖ veranstaltete österreichische Wirtschaftsmissionen nach Litauen (März und Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 158,471 Millionen Euro (-5,0 %), die Importe 57,957 Millionen Euro (+2,3 %).

**Luxemburg  
(Großherzogtum Luxemburg), Luxemburg**

Staatsoberhaupt Großherzog Henri	Regierungschef Jean-Claude Juncker	Außenminister Jean Asselborn
-------------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------

*Länderinformationen*

Luxemburg – **ÖB**; **AHSt**, **ÖW**: siehe Belgien

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin Grete Laska (W), Treffen mit Schöffin Anne Brasseur (15. Februar); Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Entgegennahme des Europapreises, Treffen mit Premierminister Jean-Claude Juncker (19. März); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Premierminister Juncker (17. April); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme am Treffen der EuropaministerInnen (28. April); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Eröffnung des EIB-Gebäudes (2. Juni); Präsident des Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger, Treffen mit dem Präsidenten des Staatsrats Alain Mayer (20. November).

Besuche in Österreich: Premierminister Jean-Claude Juncker, Teilnahme an der 36. Volkswirtschaftlichen Tagung der Österreichischen Nationalbank, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (28. April); Premierminister Juncker, Entgegennahme des Herbert-Batliner-Europapreises für Verdienste um den Kleinstaat (28. Juli).

Die Botschaft organisierte neben einer Reihe von Konzerten, Veranstaltungen und Vorträgen anlässlich des Finales der UEFA EURO 2008 einen österreichisch-schweizerischen Themenschwerpunkt im Zentrum der Stadt Luxemburg (Juni). Die beiden KammerschauspielerInnen Elfriede Ott und Fritz Muliar präsentierten im Theater des Kulturzentrums Neumünster einen Abend mit szenischen Lesungen (November).

Die österreichischen Exporte betragen 138,611 Millionen Euro (-17,2 %), die Importe 176,970 Millionen Euro (-14,3 %).

### **Madagaskar (Republik Madagaskar), Antananarivo**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Marc Ravalomanana	Charles Rabemananjara	Marcel Ranjeva

**ÖB**, **AHSt**: siehe Südafrika; Antananarivo – **HK**

Im Jänner wurde das Exequatur für den neuen Honorarkonsul Madagaskars in Österreich erteilt.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 5.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 3,748 Millionen Euro (+129,6 %), die Importe 5,152 Millionen Euro (+32,7 %).

### **Malawi (Republik Malawi), Lilongwe**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Bingu wa Mutharika	Joyce Banda

**ÖB**: siehe Simbabwe; **AHSt**: siehe Südafrika; Blantyre – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 21.000 Euro erbracht.

Die ITH Salzburg Klessheim erteilte ein Teilzeitstipendium an eine malawische Staatsangehörige für den Zeitraum 2008/2009.

Die österreichischen Exporte betragen 1,385 Millionen Euro, die Importe 1,616 Millionen Euro (-41,7 %).

*Anhang***Malaysia  
(Malaysia), Kuala Lumpur**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Yang di-Pertuan Agong XIII. Tuanku Mizan Zainal Abidin ibni Al-Marhum Sultan Mahmud Al-Muktafi Billah Shah	Dato' Seri Abdullah bin Haji Ahmad Badawi	Dato' Seri Utama Rais Yatim (seit 18. März)

Kuala Lumpur – **ÖB, AHSt**; Penang – **HK**

Besuche aus Österreich: Kulturstadtrat Andreas Paul Mailath-Pokorny (W), Teilnahme am Wien Ball (25. Oktober).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 4.000 Euro erbracht.

Erstmals wurden vom 13.–15. Oktober von der Botschaft in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der Universiti Putra Malaysia in Serdang bei Kuala Lumpur „Österreich-Tage“ mit einem dreitägigen österreichischen Germanistenfortbildungsseminar durchgeführt. In diesem Rahmen fanden Lesungen des österreichischen Märchendichters und -erzählers Folke Tegethoff statt. Ein Wien Ball wurde im Kuala Lumpur Convention Centre veranstaltet (25. Oktober).

Österreich beteiligte sich mit dem Film „Mozart in China“ am EU-Filmfestival 2008 in Kuala Lumpur im November.

Die österreichischen Exporte betragen 324,680 Millionen Euro (+21,1 %), die Importe 317,741 Millionen Euro (-5,4 %).

**Malediven  
(Republik Malediven), Malé**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Mohamed Nasheed (seit 11. November)	Ahmed Shaheed (seit 12. November)

**ÖB, AHSt**: siehe Indien, Malé – **HK**

Österreich ist eines der wichtigsten Incoming-Märkte im Tourismus. Zahlreiche österreichische StaatsbürgerInnen arbeiten in fremdenverkehrsverbundenen Sektoren.

Wichtigste Exportprodukte sind alkoholfreie Getränke, Kunststoffrohre und Wasserfilteranlagen, das wichtigste Importprodukt ist Fisch.

Die österreichischen Exporte betragen 3,845 Millionen Euro (+52,2 %), die Importe 245.000 Euro (+12,5 %).

**Mali  
(Republik Mali), Bamako**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Amadou Toumani Touré	Modibo Sidibé	Moctar Ouane

**ÖB**: siehe Senegal, Bamako – **HK**; **AHSt**: siehe Marokko

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsbesuch in Begleitung von Staatssekretär Hans Winkler und Staatssekretär Christoph Matznetter (22.–23. Februar), Treffen mit Präsident Amadou Toumani Touré und Premierminister Modibo Sidibé, am Rande separates

### *Länderinformationen*

Gespräch zwischen Staatssekretär Matznetter und Finanzminister Abou-Bakar Traoré; Bundesministerin Ursula Plassnik, Gespräche mit Regierungsmitgliedern (2. Juni; 31. Oktober).

Besuche in Österreich: Justizminister Maharafa Traoré, Teilnahme an einem von UNODC veranstalteten Justizministertreffen Westafrikas (13.–16. April).

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Mali an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 15.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 9,875 Millionen Euro (-12,6 %), die Importe 78.000 Euro (-60,0 %).

#### **Malta (Republik Malta), Valletta**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Edward Fenech Adami	Lawrence Gonzi	Tonio Borg
		(seit 12. März)

Valletta – **ÖB**; Valletta – **HGK**; **AHSt**: AHSt Mailand

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Gespräch mit Umweltminister George Pullicino und Kultur- und Bildungsministerin Dolores Cristina (9. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Ministertreffen von EU und Liga der Arabischen Staaten (11. und 12. Februar).

Besuche in Österreich: Außenminister Tonio Borg, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember); Generalsekretärin Cecilia Attard-Pirota, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November).

Am 16. Jänner unterzeichnete die DA und die Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) in Wien ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit der beiden Institutionen.

Österreich nahm mit dem Film „Welcome Home“ von Andreas Gruber im Frühjahr am 10. Europäischen Film Festival teil. Bei dieser Veranstaltung hielt Regisseur Hannes Rauchberger von der Donau-Universität Krems einen Vortrag und einen Workshop zum Thema „Filmindustrie in Europa“. Am 3. Mai wurde die Ausstellung „Art Brut in Österreich“ unter Beisein der Kuratorin Prof. Angelika Bäumlner von Kulturministerin Dolores Cristina eröffnet. Die Ausstellung lief bis 13. Juni im St. James Cavalier in Valletta. Am 6. Juni wurde die Skulptur „Mother of Friendship“ von der österreichischen Künstlerin Hermine Sammut enthüllt und dem Bürgermeister von Santa Lucija für den Garden of Serenity feierlich übergeben. O.Univ.-Prof. Michael Schratz von der Universität Innsbruck hielt im Rahmen der First Educational Leadership Conference im November einen Vortrag und nahm an einem Workshop teil. Das Architektenduo Michael Szyszkowitz und Karla Kowalski hielt einen Vortrag im Rahmen der Vortragsserie „Architecture Nights“ (15. November). Am Vorabend des österreichischen Nationalfeiertags spielte die Wiener Akademie unter Alfred Eschwe Stücke von Mozart und Haydn im Manoel Theatre in Valletta. Mitte Dezember spielte das Streichquartett „QuarTête à Tête“ drei Konzerte in Gozo und Malta mit Werken von Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Haydn und Anton von Webern. Im Dezember wurden auf Initiative des Krippenvereins Vösendorf (N) im Rahmen einer Ausstellung Krippen aus allen Bundesländern in Valletta gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 42,874 Millionen Euro (-8,6 %), die Importe 21,082 Millionen Euro (-1,1 %).

*Anhang***Souveräner Malteser-Ritter-Orden**

Der Souveräne Malteser-Ritter-Orden ist kein Staat, sondern ein Völkerrechtssubjekt eigener Art.

Großmeister	Regierungschef und Außenminister
Fra' Matthew Festing	Jean-Pierre Mazery
(seit 11. März)	

**ÖB:** siehe Heiliger Stuhl

Besuche aus Österreich: Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger, Teilnahme am Trauer-Staatsakt für den verstorbenen Großmeister Fra' Andrew Bertie (8. März).

Besuche in Österreich: Großmeister Fra' Matthew Festing, Besuch beim Internationalen Malteser Sommerlager in Stams (30. Juli).

**Marokko****(Königreich Marokko), Rabat**

Staatsoberhaupt	Premierminister	Außenminister
König Mohammed VI.	Abbas El Fassi	Taieb Fassi Fihri

Rabat – **ÖB**; Casablanca – **AHSt**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Christoph Matznetter, Finalisierung des Rahmenabkommens über die finanzielle Kooperation im Soft-loan-Bereich zwischen Österreich und Marokko (21. Juli).

Besuche in Österreich: Außenminister Taieb Fassi Fihri, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (18. Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 45.000 erbracht.

Die österreichische Künstlerin Gerda Hegedus stellte im Rahmen des „Printemps des Alizés“ in Essaouira aus (Mai). In der Galerie „Le Cube“ des Österreich-Informationszentrums wurden Ausstellungen junger KünstlerInnen organisiert.

Helga und Helmut Wiesner hielten im „Institut Supérieur d'Art Dramatique et d'Animation Culturelle“ in Rabat im Jänner ein Workshop zu Handkes „Kaspar“ ab.

Am EU-Jazzfestival „Jazz au Chellah“ nahmen Wolfgang Muthspiel und Dhafer Youssef teil. Der Pianist Christoph Traxler gab ein Konzert im Rahmen des 30. Festivals von Assilah (9. August). Jan Gottlieb Jiracek fungierte als Juror beim 8. Internationalen Klavierwettbewerb „Son Altesse Royale la Princesse Lalla Meriem“ und gab ein Klavierkonzert in der Residenz (30. Juni). Das Duo Vario mit Andrea Obritzhauser (Cello) und Maria Lisa Eidenberger (Flöte) trat im Centre Culturel de l'Agdal und in der Residenz auf (24. und 25. November).

Der tunesische Germanist Mounir Fendri präsentierte im März an der Universität Fes die von ihm herausgegebene arabische Anthologie deutschsprachiger Autoren und hielt ein Seminar zu „Historische deutsche Reiseliteratur über den Maghreb“.

In Fes, Marrakech und Rabat wurden Österreich-Tage mit Deutschlehrerfortbildungsseminaren für DeutschlehrerInnen an marokkanischen Gymnasien abgehalten.

Univ.-Prof. Hans Köchler von der Universität Innsbruck und Hamid Lechheb nahmen mit zwei Vorträgen an einem von der Universität Casablanca organisierten Seminar zum Dialog der Kulturen teil. Unter der künstlerischen Leitung von Sini Coreth fand ein Workshop für Jugendliche zum Thema „Vermeidung von Gewalt im Alltag und der Schule“ mit anschließender Ausstellung der Arbeiten statt (27.–30. März).

*Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 74,967 Millionen Euro (+9,7 %), die Importe 74,060 Millionen Euro (+15,1 %).

**Marshall Inseln  
(Republik Marshallinseln), Majuro**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Litokwa Tomeing  
(seit 14. Jänner)

Außenminister  
Tony A. deBrum  
(seit 14. Jänner)

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 226.000 Euro (-88,5 %), die Importe 15.000 Euro.

**Mauretanien  
(Islamische Republik Mauretanien), Nouakchott**

Staatsoberhaupt  
General Mohamed  
Ould Abdel Aziz  
(seit dem Militärputsch  
vom 6. August)

Premierminister  
Moulaye Ould  
Mohamed Laghdhaf  
(seit dem Militärputsch  
vom 6. August)

Außenminister  
Mohamed Mahmoud  
Ould Mohamedou  
(seit dem Militärputsch  
vom 6. August)

**ÖB, AHSt;** siehe Marokko; Nouakchott – **HK**

Besuche in Österreich: Generalsekretär im Außenministerium Ahmed Mohamed Ghadi, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (14. April).

Die österreichischen Exporte betragen 4,302 Millionen Euro (+19,1 %), die Importe 5.000 Euro (-33,4 %).

**Mauritius  
(Republik Mauritius), Port Louis**

Staatsoberhaupt  
Sir Anerood Jugnauth

Regierungschef  
Navinchandra  
Ramgoolam

Außenminister  
Arvin Boolell  
(seit 13. September)

**ÖB, AHSt:** siehe Südafrika; Port Louis – **HK**

Eine österreichische Delegation nahm im April an der SADC-Konsultativkonferenz in Pailles mit den internationalen Kooperationspartnern teil.

Die österreichischen Exporte betragen 9,641 Millionen Euro (+90,5 %), die Importe 7,926 Millionen Euro (-3,1 %).

**Mazedonien  
(Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien), Skopje**

Staatsoberhaupt  
Branko Crvenkovski

Regierungschef  
Nikola Gruevski

Außenminister  
Antonio Milošoski

Skopje – **ÖB, HGK, Koordinationsbüro der OEZA, Zweigbüro AHSt**

### *Anhang*

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am 18. Treffen der Zentraleuropäischen Präsidenten (Ohrid, 1.–3. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Igor Ilievski (7. Mai).

Besuche in Österreich: Premierminister Nikola Gruevski, Teilnahme am südosteuropäischen Ministerpräsidententreffen (28. Juli); Innenministerin Gordana Jankulovska, Teilnahme an der Westbalkan-Sicherheitskonferenz (17. und 18. Juli); Finanzminister Trajko Slaveski, Minister für lokale Selbstverwaltung Musa Djaferi, Teilnahme am Vienna Economic Forum (10. und 11. November); Vizepremier Zoran Stavreski, Teilnahme am Südosteuropa-Symposium in Graz (18. November).

Die Vereinbarung über die Erstattung von Kosten durch Pauschalzahlungen wurde durch eine Zusatzvereinbarung ergänzt (1. Oktober).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Mazedonien siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 959.000 Euro erbracht.

Ende März fand das alljährliche Theaterfestival Skomrahi statt, welches aus Mitteln der OEZA finanziert wird. Die Botschaft unterstützte im Juni das einwöchige Symposium „Forum Skopje-City/Identity“ mit ReferentInnen aus Österreich und anderen Ländern. Im Mai fand eine Konferenz des österreichisch-französischen Zentrums zum Thema „Mazedonien – Musterschüler der Balkanländer?“ in Skopje statt. Zum Finale der UEFA EURO 2008 organisierte die Botschaft ein Konzert der Wiener Tschuschenkapelle und in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Botschaft ein Public Screening am Hauptplatz von Skopje. Im Juli fand in Bitola ein Konzert des Concilium Musicum mit Werken der Wiener Klassik statt. Der österreichische Filmemacher Christian Berger nahm am alljährlich stattfindenden Filmfestival Manaki-Brothers als Jurymitglied teil und hielt Workshops ab. Ende Oktober wurde abstrakte Malerei des Malers Karl Schnetzinger in Skopje präsentiert. Im Dezember wurde die neue Orgel der Katholischen Kirche in Skopje eingeweiht. Österreich war durch die Organistin Bettina Leitner vom Salzburger Mozarteum vertreten.

Die österreichische Wirtschaftspräsenz in Mazedonien intensivierte sich weiter. Österreich liegt in den Statistiken über die Direktinvestitionen in Mazedonien im Spitzenfeld.

Die österreichischen Exporte betragen 102,231 Millionen Euro (+25,9 %), die Importe 25,856 Millionen Euro (+4,0 %).

## **Mexiko (Vereinigte Mexikanische Staaten), Mexiko-Stadt**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Felipe Calderón Hinojosa

Außenministerin  
Patricia Espinosa Cantellano

Mexiko-Stadt – **ÖB, KF, AHSt**; Cancún, Guadalajara, Mérida, Monterrey, Tijuana – **HK**

Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenministerin Patricia Espinosa im Rahmen des EU-LAC-Gipfels (Lima, 16. Mai).

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter im Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend Clemens Martin Auer, Teilnahme an der XVII. Internationalen Aids-Konferenz (3.–8. August); Sektionsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer, Teilnahme an der 7. Tagung der Expertengespräche Österreich-Mexiko, Treffen mit der Vizeministerin für Internationale Wirtschaftsverhandlungen Beatriz Eugenia Leycegui Gardoqui (29. Oktober); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer Teilnahme als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale (SI) am SI-Rat in Puerto Vallarta (17. und 18. November).

Besuche in Österreich: Vizeminister für multilaterale Angelegenheiten und Menschenrechte Juan Manuel Gómez-Robledo, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting und Sektionsleiter Botschafter Rudolf Lennkh (4. und 5. März).



### Länderinformationen

Das Jahr 2008 stand im Zeichen des Gedenkens an den 70. Jahrestag des mexikanischen Protests vor dem Völkerbund gegen den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich: In Zusammenarbeit mit dem mexikanischen Außenministerium und dem Colegio de México wurde unter anderem mit dem aus Wien stammenden Historiker Friedrich Katz eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion veranstaltet. Die Botschaft unterstützte die Präsentation einer Ausstellung des Holocaust Museums über das Wirken des als Fluchthelfer für Jüdinnen und Juden tätigen mexikanischen Diplomaten Gilberto Bosque im Centro Cultural Isidro Fabela, deren Eröffnung die lokalen jüdischen und österreichische Gemeinden sowie ehemalige österreichische Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus zusammenbrachte (25. und 26. Februar).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 13.000 Euro erbracht.

Die Reihe der zahlreichen Veranstaltungen im Musikbereich wurde mit der bereits traditionellen Verleihung der Mozart-Medaille im Palacio de Bellas Artes eingeläutet (27. Jänner). Uli Langthaler gastierte beim Eurojazz-Festival und Hans Glawischnig im Zinco-Jazzclub (1. März). Beim Festival de Mayo in Guadalajara gab Kammer Sänger Kurt Riedl den Rocco unter der musikalischen Leitung von Johannes Wildner in einer Fidelio-Inszenierung, deren Bühnenbild vom Grazer Designer und Architekten Bernd Rehn stammte (30. und 31. Mai). Den musikalischen Herbst beschlossen die DJs Makossa und Megablast beim Festival „Internacional Cervantino“ in Guanajuato und die Pianistin Katharina Landl mit ihrer Teilnahme an einem Gustav Mahler und Franz Schubert gewidmeten Liederabend (Oktober und November).

Einen Überblick über zeitgenössische Architektur aus dem Burgenland lieferte die Ausstellung „aquí, allí – Burgenland heute“ im Architekturmuseum „El Eco“ in Mexiko-Stadt (ab 27. März). Anna Rubin stellte Design-Drachen im Museo Franz Mayer in Mexiko-Stadt aus (ab 3. Juli), während sich Heidrun Holzfeind in ihrer Ausstellung „Mexico 68“ analytisch mit dem Campus der staatlichen Universität UNAM und der mexikanischen Studentenbewegung des Jahres 1968 auseinandersetzte (seit 10. September).

Norbert Gstrein nahm als österreichischer Vertreter am Europäischen Literaturfestival und an der Literaturreihe „Austria entre Líneas“ teil (11.–16. Mai). Im ersten Zyklus des deutschsprachigen Theaters war das Stück „Kopftot“ der Autorin Gerhild Steinbuch zu sehen, die auch in mehreren mexikanischen Bundesstaaten Lesungen gab (12.–22. Mai).

Mit den in Wien ansässigen Tänzern Akemi Takeya und Elio Gervasi konnten wieder Schwerpunkte bei zeitgenössischen Tanzfestivals gesetzt werden (30. Juli bis 4. August). Österreichische Produktionen waren bei beinahe allen bedeutenden mexikanischen Filmfestivals zu sehen, wobei die Einladung von Götz Spielmanns „Revanche“ zum Filmfest in Morelia der Höhepunkt war (11. Oktober).

Wissenschaftliche Vorträge wurden von der Dramaturgin und Kulturwissenschaftlerin Regine Müller zu Migrationsmanagement und von Professor Rudolf Burger zu den Themen „Missbrauch der Vernunft in der Geschichte“ und „Nihilistische Ethik“ gehalten (20. März und 19. Juni).

Die österreichischen Exporte betragen 386,166 Millionen Euro (+0,8 %), die Importe 205,857 Millionen Euro (+10,8 %).

#### **Mikronesien (Föderierte Staaten von Mikronesien), Palikir**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Emanuel Mori

Außenminister  
Lorin S. Robert

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 4.000 Euro (-85,2 %).

*Anhang***Moldau  
(Republik Moldau), Chişinău**

Staatsoberhaupt Vladimir Voronin	Regierungschefin Zinaida Greceanii (seit 31. März)	Außenminister Andrei Stratan
-------------------------------------	--	---------------------------------

**Chişinău – ÖB, AHSt mit Sitz in Bukarest, Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Treffen der ZEI-Regierungschefs und AußenministerInnen und bilaterales Treffen mit Vizeaußenminister Valeriu Ostalep (27. und 28. November).

Besuche in Österreich: Präsident Vladimir Voronin, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (11. Jänner) und Besuch der UEFA EURO 2008 (Juni); Ministerpräsidentin Zinaida Greceanii, Teilnahme am Treffen der Regierungschefs aus Zentral- und Südosteuropa (Salzburg, 26. und 27. Juli).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Moldau siehe Kapitel D.II.2.2.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,666 Millionen Euro erbracht.

Das KF setzte seinen Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit mit den österreichischen BildungsvertreterInnen und mit der Österreich-Bibliothek Chişinău. Im September trat eine von der Österreich-Kooperation entsandte neue Lektorin ihren Dienst in Chişinău an.

Im April befand sich eine Wirtschaftsdelegation unter Leitung der WKÖ und der neu gegründeten Österreichischen Entwicklungsbank in Moldau, welche zu verstärkter Zusammenarbeit führen soll. Im Juli und Oktober reisten MitarbeiterInnen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche nach Moldau, um im Auftrag der Entwicklungsbank die Umsetzungspotenziale von Kreditvergaben derselben an moldauische KMU zu analysieren.

Die Hauptexportpositionen sind Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, bearbeitete Waren, chemische Erzeugnisse und sonstige Fertigwaren. Die Einfuhren von Nahrungsmitteln und lebenden Tieren, sonstigen Fertigwaren, Rohstoffen, ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe, und bearbeiteten Waren dominierten.

Die österreichischen Exporte betragen 44,476 Millionen Euro (+1,2 %), die Importe 17,292 Millionen Euro (-37,8 %).

**Monaco  
(Fürstentum Monaco), Monaco-Ville**

Staatsoberhaupt Fürst Albert II. Grimaldi	Regierungschef Jean-Paul Proust	Außenminister Franck Biancheri (seit 20. Juni)
--	------------------------------------	--

**Monte Carlo – HGK**

Besuche in Österreich: Fürst Albert II. Grimaldi, Arbeitsgespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer (30. Juni); Außenminister Franck Biancheri, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (30. Juni).

**Mongolei  
(Mongolei), Ulan Bator**

Staatsoberhaupt Nambar Enkhbayar	Regierungschef Sanj Bayar	Außenminister Sukhbaataryn Batbold (seit 20. September)
-------------------------------------	------------------------------	---

*Länderinformationen*

Ulan Bator – **HK; ÖB, KF** und **AHSt**: siehe China

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Staatspräsident Nambar Enkhbayar, mit dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Sport Choigavaa Naranbaatar, Vizepremier Miyegombo Enkhbold, Gesundheitsministerin Byambaa Batsereedene und dem Vorsitzenden des Olympischen Komitees der Mongolei Demchigjav Zagdsuren (2.–5. August).

Besuche in Österreich: Vorsitzender des Staatskomitees für Sport Choigavaa Naranbaatar, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka (9.–14. März).

Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die künftige bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports (4. August).

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Mongolei über die gegenseitige Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich trat am 1. Juni in Kraft.

Die wissenschaftliche und universitäre Kooperation im Rahmen des Universitätsnetzwerks EPU wurde fortgeführt; ebenso die Vergabe von Fördermitteln und Stipendien an mongolische AkademikerInnen und WissenschaftlerInnen zur Durchführung ihrer Studien- und Forschungsprojekte in Österreich.

An der Medizinischen Fakultät in Ulan Bator fand eine Konferenz des EPU über Altersmedizin statt (1.–3. Juni). Die Ehrenpräsidentin des Netzwerks Bundesministerin a.D. Elisabeth Gehrler und die Präsidentin Univ.-Prof. Brigitte Winklehner wurden am Rande der Konferenz vom Vizeminister für Bildung Sanjbezziin Tumur-Ochir zu einem Gespräch empfangen.

Vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur wurden Österreich-Tage zur Fortbildung von DeutschlehrerInnen und GermanistInnen an der Universität für Geisteswissenschaften in Ulan Bator abgehalten (19.–21. September).

Seit Beginn des Studienjahres 2008/2009 ist Judith Anna Platter als österreichische Lektorin an der Mongolischen Technischen Universität in Ulan Bator tätig. Darüber hinaus wurde im Rahmen des EPU die Mobilität mongolischer AkademikerInnen und WissenschaftlerInnen durch die Vergabe von Stipendien gefördert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 61.000 Euro erbracht.

Eine Marktsondierungsreise der WKÖ unter der Führung von Vizepräsident Richard Schenz fand vom 15.–19. September statt.

Die österreichischen Exporte betragen 10,864 Millionen Euro (+97,4 %), die Importe 924.000 Euro (+64,3 %).

### **Montenegro (Montenegro), Podgorica**

Staatsoberhaupt  
Filip Vujanović

Regierungschef  
Milo Djukanović  
(seit 29. Februar)

Außenminister  
Milan Roćen

Podgorica – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA, AWO-Marketingbüro**; Budva – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Präsident Filip Vujanović, Parlamentspräsident Ranko Krivokapić, Premierminister Milo Djukanović und Außenminister Milan Roćen (20. und 21. Juli).

Besuche in Österreich: Vizepremierminister Vujica Lazović und Außenminister Milan Roćen, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundesministerin Ursula Plassnik während des Opernballs (31. Jänner); Tourismusminister Predrag Nenezic, Reise zur UEFA EURO 2008 (29. Juni); Innenminister Jusuf Kalamperović, Teilnahme an der Westbalkan-Sicherheitskonferenz (17. und 18. Juli); Premierminister Milo Djukanović, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusen-

### Anhang

bauer, Teilnahme am Treffen der Regierungschefs Südosteuropas (Salzburg, 27. Juli); Kulturminister Branislav Mićunović, Treffen mit Bundesministerin Claudia Schmied (1. Oktober); Bildungsminister Sreten Škuletić, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (13. Oktober).

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie schloss mit dem montenegrinischen Ministerium für Wirtschaftsentwicklung im Oktober ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit im Energiebereich ab.

Die Ausbildung von Angehörigen der montenegrinischen Streitkräfte durch das österreichische Bundesheer im Rahmen des vereinbarten Kooperationsprogramms im Alpinbereich wurde fortgesetzt.

Der Pensionistenverband Österreich hielt im April sein Frühjahrestreffen in Montenegro ab.

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Montenegro siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,692 Millionen Euro erbracht.

Der Bildungsbeauftragte des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, der auch die Agenden von „KulturKontakt Austria“ in Montenegro wahrnimmt, setzte seine Tätigkeit, darunter vor allem die Durchführung der Projekte der OEZA, fort. Weiterhin ist eine Lektorin für Germanistik an der sprachwissenschaftlichen Fakultät der Universität Montenegro in Nikšić tätig.

Im Februar wurde in der kaiserlichen Hofburg in Innsbruck eine umfassende Ausstellung von Werken zeitgenössischer, montenegrinischer KünstlerInnen gezeigt. Weitere Höhepunkte der bilateralen Kulturzusammenarbeit waren die Gastauftritte verschiedener österreichischer Ensembles in den Sommermonaten, darunter zwei Konzerte der Wiener Tschuschenkapelle. Im September konnte aufgrund einer privaten, vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, der Österreichischen Botschaft Podgorica und dem Österreichischen Honorarkonsulat Budva unterstützten Aktion eine durch die k.u.k. Kriegsmarine konfiszierte Glocke der malerischen Kirche Maria vom Felsen in der Bucht von Kotor restituiert werden.

Die österreichischen Exporte betragen 77,479 Millionen Euro (+61,1 %), die Importe 1,601 Millionen Euro (+34,5 %).

### Mosambik (Republik Mosambik), Maputo

Staatsoberhaupt	Regierungschefin	Außenminister
Armando Guebuza	Luisa Dias Diogo	Oldemiro Júlio Marques Baloi (seit 11. März)

**ÖB:** siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Maputo – **HK, Koordinationsbüro der OEZA;** Beira – **Liaisonsbüro der OEZA**

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Mosambik siehe Kapitel D.II.1.4.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 8,521 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,804 Millionen Euro (-47,5 %), die Importe 1,880 Millionen Euro (-77,9 %).

### Myanmar (Union Myanmar), Naypyidaw

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Than Shwe	Thein Sein	Nyan Win

*Länderinformationen***ÖB, AHSt:** siehe Thailand

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 53.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 5,821 Millionen Euro (-5,9 %), die Importe 9,723 Millionen Euro (-6,0 %).

**Namibia  
(Republik Namibia), Windhoek**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Hifikepunye Pohamba	Nahas Angula	Marco Hausiku

**ÖB, AHSt:** siehe Südafrika; Windhoek – **HGK**

Besuche aus Österreich: Afrika-Sonderbeauftragter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten Botschafter Georg Lennkh, Arbeitsgespräch mit Außenminister Marco Hausiku (12. Juni).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Theo-Ben Gurirab, Leitung einer namibischen Wirtschaftsdelegation nach Wien (22.–26. September), der auch der stellvertretende namibische Minister für Umwelt und Tourismus Leon Jooste angehörte, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (22. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 165.000 Euro erbracht.

Am 12. Juni wurde das von Prof. Walter Sauer herausgegebene Buch „Wien-Windhoek retour. 150 Jahre Beziehungen zwischen Österreich und Namibia“ im Nationalarchiv in Windhoek vorgestellt.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 2,506 Millionen Euro (-61,8 %), die Importe 6,133 Millionen Euro (-77,4 %).

**Nauru  
(Republik Nauru), Yaren District**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Marcus Stephen	Kieren Keke

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 47.000 Euro, die Importe 1.000 Euro (+10,4 %).

**Nepal  
(Demokratische Bundesrepublik Nepal), Kathmandu**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Ram Baran Yadav	Pushpa Kamal Dahal	Upendra Yadav
(seit 23. Juli)	(seit 18. August)	(seit 22. August)

**ÖB, AHSt:** siehe Indien; Kathmandu – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 1,176 Millionen Euro erbracht.

### *Anhang*

Im Februar wurde in Zusammenarbeit mit der NRO „United Nations Women’s Organization of Nepal“ (UNWO) ein Wohltätigkeitskonzert organisiert, bei dem die österreichischen MusikerInnen Karin Leitner (Flöte), Gerhard Löffler (Gitarre) und Astrid Wilhelmsen (Sopran) ein Konzert gaben.

EPU hielt in Zusammenarbeit mit ICIMOD in Kathmandu einen internationalen Workshop zur Ausbildung von BeraterInnen auf dem Gebiet der Geo-Informatik für das Management von Gebirgsregionen (Mountain GIS) ab (1.–9. September). Als besonderer Programmpunkt wurde dabei für die rund 50 TeilnehmerInnen aus Bhutan, China, Nepal, Indien, Österreich und Russland ein Konzert des Salzburger Saitenklangs dargeboten.

Der Tag der Deutschen Sprache wurde gemeinsam mit Deutschland und dem Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) Anfang September in Kathmandu durchgeführt. Kulturelles Rahmenprogramm war ein öffentliches Konzert vom Salzburger Saitenklang im Garden of Dreams. Salzburger Saitenklang veranstaltete einen Musik-Workshop mit der Musikuniversität in Kathmandu.

Österreich unterstützte im Rahmen der Nord-Süd-Partnerschaft die berufliche Fortbildung von Fachkräften und AkademikerInnen in Österreich und an regionalen Ausbildungsstätten.

Wichtigste Exportprodukte sind Maschinen für die Kunststoff- und Textilindustrie und Papier; zu den wichtigsten Importprodukten zählen Teppiche, Bekleidung und Zubehör sowie Modeschmuck.

Die österreichischen Exporte betragen 838.000 Euro (-5,5 %), die Importe 2,347 Millionen Euro (+36,1 %).

### **Neuseeland (Neuseeland), Wellington**

Staatsoberhaupt  
Königin Elizabeth II.

Regierungschef  
John Key  
(seit 19. November)

Außenminister  
Murray McCully  
(seit 19. November)

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Anand Satyanand

**ÖB, AHSt, ÖW:** siehe Australien; Wellington – **HGK**; Auckland, Christchurch – **HK**

Im Rahmen einer umfangreichen Tournee absolvierte das Egner Trio Auftritte in sämtlichen Großstädten der Nord- und Südinsel (März und April) und hielt Meisterklassen ab. Im Zuge eines Stummfilmprojekts trat der Komponist und Pianist Gerhard Gruber mehrmals in Rotorua (April) auf und nahm im Rahmen des Festivals „Silence“ an Workshops teil.

Anlässlich des Trainingsaufenthalts des österreichischen Skinationalteams in Treble Cone (August) fand zur Bewerbung Österreichs als Urlaubsland gemeinsam mit der Nationalmannschaft eine von der ÖW organisierte Österreich-Präsentation in Wanaka statt. Damit verbunden war auch der Besuch einer hochrangigen Journalistengruppe aus Australien.

Weiters fand ein Wien-Ball anlässlich des jährlichen Children’s Charity Balls mit dem Thema „Take Me Back to Vienna“ in Christchurch statt (September). Anlässlich des 150. Jahrestags der österreichischen Novara-Expedition unter Ferdinand Hochstetter nahmen Univ.-Prof. Hermann Mückler von der Universität Wien und Christa Riedl-Dorn vom Naturhistorischen Museum als Hauptredner an einem Internationalen Symposium in Auckland teil (September). Der Organist Elmo Cosentini gab Orgel- und Klavierkonzerte in Wellington (Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 90,424 Millionen Euro (-0,4 %), die Importe 65,509 Millionen Euro (+46,6 %).

*Länderinformationen***Cook Inseln**

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

**Niue**

Selbstverwaltetes Gebiet in freier Verbindung zu Neuseeland.

**Nicaragua  
(Republik Nicaragua), Managua**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Daniel Ortega Saavedra

Außenminister  
Samuel Santos López

**ÖB, KF, AHSt:** siehe Mexiko; Managua – **Koordinationsbüro der OEZA**

Besuche in Österreich: Außenminister Samuel Santos, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler (6. Mai).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Nicaragua siehe Kapitel D.II.1.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 5,681 Millionen Euro erbracht.

Österreich war beim Europäischen Filmfestival in Managua mit dem Spielfilm „Klimt“ vertreten (8.–14. Mai).

Die österreichischen Exporte betragen 3,185 Millionen Euro (+224,7 %), die Importe 2,935 Millionen Euro (+75,4 %).

**Niederlande  
(Königreich der Niederlande), Amsterdam**

Staatsoberhaupt  
Königin Beatrix

Regierungschef  
Jan Peter Balkenende

Außenminister  
Maxime Verhagen

Den Haag – **ÖB, AHSt;** Amsterdam – **HGK, ÖW**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Europaminister Frans Timmermans, dem Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs Philippe Kirsch und dem Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien Fausto Pocar (Den Haag, 14. und 15. April); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme an der Konferenz der Parlamentspräsidentinnen der EU (15. und 16. August); Vizepräsidentin der WKÖ Renate Römer, Besuch der Berufswettbewerbe „EuroSkills“ (Rotterdam, 17.–21. September); Bürgermeister der Stadt Salzburg Heinz Schaden, Treffen mit Amsterdamer Bürgermeister Job Cohen und Eröffnung einer Stefan-Zweig-Ausstellung (12. November); Staatssekretärin Christa Kranzl, Teilnahme an der Tagung des Ministerrats der ESA (Den Haag, 24. und 25. November).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin Ank Bijleveld, Treffen mit Staatssekretärin Heidrun Silhavy (28. März); Präsidentin der Ersten Kammer des Parlaments Yvonne Timmerman-Buck, Teilnahme an der X. Tagung der Vereinigung der europäischen Senate (17.–19. April); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Ed Kronenburg, Arbeitsgespräch mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle und Teilnahme am informellen Treffen der Generalsekretärinnen der EU-Mitgliedstaaten (20.–22. November).

Am 3. Oktober wurde auf Beamtenebene ein Protokoll zur weiteren Abänderung des bilateralen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen unterzeichnet.

### Anhang

Im Rahmen der UEFA EURO 2008 wurden im Schul- und Bildungsbereich Akzente gesetzt, etwa ein gemeinsam mit dem niederländischen Deutschlehrerverband gestaltetes Internet-Quiz für SchülerInnen.

Die österreichische Literatur wurde schwerpunktmäßig durch eine Stefan-Zweig-Ausstellung in der größten Bibliothek der Niederlande, der Amsterdamer Öffentlichen Bibliothek, und eine Debattenreihe „Exilliteratur“ präsentiert.

Im Museum „Beelden aan Zee“ in Den Haag fand eine von Musik- und Literaturveranstaltungen begleitete Wotruba-Retrospektive im Herbst statt.

Der Discjockey-Austausch „Vienna Weekender / Die Holländer kommen!“ fand in der Amsterdamer Sugar Factory und in Wien statt.

Die österreichischen Exporte betragen 2.067,253 Millionen Euro (+1,8 %), die Importe 3.369,109 Millionen Euro (-1,0 %).

#### Niger

##### (Republik Niger), Niamey

Staatsoberhaupt Mamadou Tandja	Regierungschef Seyni Oumarou	Außenministerin Aichatou Mindaoudou
-----------------------------------	---------------------------------	--

**ÖB:** siehe Senegal; Niamey – **HK, AHSt:** siehe Marokko

Teilnahme einer Diplomatin der Republik Niger an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 3,787 Millionen Euro (+435,7 %), die Importe 53.000 Euro (+944,7 %).

#### Nigeria

##### (Bundesrepublik Nigeria), Abuja

Staatsoberhaupt und Regierungschef Al-Haji Umaru Musa Yar'Adua	Außenminister Chief Ojo Maduekwe
---	-------------------------------------

Abuja – **ÖB;** Lagos – **AHSt**

Besuche in Österreich: Außenminister Chief Ojo Maduekwe, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (14. Februar).

Teilnahme eines nigerianischen Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatinInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 26.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 167,502 Millionen Euro (+3,0 %), die Importe 178,465 Millionen Euro (+50,2 %).

#### Norwegen

##### (Königreich Norwegen), Oslo

Staatsoberhaupt König Harald V.	Regierungschef Jens Stoltenberg	Außenminister Jonas Gahr Støre
------------------------------------	------------------------------------	-----------------------------------

Oslo – **ÖB, HGK, AHSt;** Ålesund, Bergen, Kristiansand, Stavanger, Tromsø, Trondheim – **HK; ÖW:** siehe Kopenhagen



### *Länderinformationen*

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Konsultationen mit VertreterInnen der norwegischen Arbeiterpartei (20. und 21. April); Delegation unter der Leitung von Botschafter Christian Strohal unter Beteiligung von Abgeordneter zum Nationalrat Marianne Hagenhofer und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Teilnahme an der internationalen Unterzeichnungskonferenz zum Verbot von Streumunition (3. Dezember).

Besuche in Österreich: Kronprinz Haakon, Besuch einer bilingualen Mittelschule im Rahmen des „Forum for Young Global Leaders“, Treffen mit Josef Penninger, Leiter des Instituts für Molekulare Biotechnologie (28. März).

Von den Veranstaltungen im Kulturbereich seien folgende Projekte besonders hervorgehoben: Im Rahmen des von der Universität in Stavanger (Europäische Kulturhauptstadt) veranstalteten Seminars „Österreich, Zentrum der europäischen Musikgeschichte“ hielten Professor Benjamin Schmid und Professor Clemens Hagen vom Mozarteum jeweils eine Meisterklasse in der Musikabteilung der Universität Stavanger ab und traten am 30. April und 1. Mai als Solisten auf.

In Zusammenarbeit mit der Wiener Galerie Georg Kargl zeigte die Stavanger-Galerie Transit Art Space eine Ausstellung von Elke Krystufek (11. April bis 16. Juni). Neben Malereien, skulpturalen Arbeiten und Installationen kam der Premiere von Krystufeks Film „A Film called Wood“, der in Amsterdam, Berlin und Wien sowie Stavanger gedreht wurde, zentrale Bedeutung zu.

Im Rahmen der langjährigen Veranstaltungsreihe „Literarischer Salon“, dem einzigen Forum für österreichische Literatur in Norwegen, präsentierte die Botschaft vier österreichischen AutorInnen: Arno Geiger mit „Es geht uns gut“, Lilian Faschinger mit „Stadt der Verlierer“, Josef Winkler mit „Roppongi“ und Heinrich Steinfest mit „Mariaschwarz“.

Der Komponist und Medienkünstler Christoph Theiler und Regisseurin Renate Pittroff entwickelten das Projekt „Welcome to Paradise – A Requiem“, das am 11. September in Oslo uraufgeführt wurde. Die Performance ist eine Reflexion über die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre politischen und gesellschaftlichen Folgen.

Die österreichischen Exporte betragen 589,279 Millionen Euro (+4,5 %), die Importe 591,397 Millionen Euro (+10,0 %).

### **Oman (Sultanat Oman), Maskat**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sultan Qaboos bin Said Al Said	Sayyid Fahd bin Mahmoud bin Mohamed Al Said	Yusuf bin Alawi bin Abdullah

Maskat – **ÖB; AHSt:** siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche in Österreich: Stellvertretender Außenminister Sayyid Badr Al Busaidi, bilaterale Konsultationen (1. Oktober); Außenminister Yusuf bin Alawi, Treffen mit Bundesminister Michael Spindelegger am Rande der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (16. Dezember).

Eine Gemeinschaftsausstellung von Kyoko Adaniya-Baier, Richard Jurtitsch, Brigitte Lang, Anton Nussbichler, Michael Riegner, Stefan Sakic und Ernst Zdrahal an der omanischen Gesellschaft für schöne Künste fand vom 27. Oktober bis 6. November statt.

Die österreichischen Exporte betragen 69,414 Millionen Euro (-7,2 %), die Importe 456.000 Euro (+16,6 %).

*Anhang***Pakistan  
(Islamische Republik Pakistan), Islamabad**

Staatsoberhaupt  
Asif Ali Zardari  
(seit 9. September)

Regierungschef  
Syed Makhdoom  
Yusuf Raza Gilani  
(seit 25. März)

Außenminister  
Makhdoom Shah Mehmood  
Qureshi  
(seit 31. März)

Islamabad – **ÖB**; Karachi, Lahore – **HK**; **AHSt**: siehe Vereinigte Arabische Emirate

Besuche aus Österreich: Krisenunterstützungsteam unter der Leitung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, zusammengesetzt aus insgesamt zehn VertreterInnen der Bundesministerien für europäische und internationale Angelegenheiten, Inneres sowie Landesverteidigung, Treffen mit Unterstaatssekretär im Außenministerium Miangul Akbar Zeb, den Generalsekretären des Innenministeriums und des Verteidigungsministeriums Syed Kamal Shah und Syed Athar Ali, dem Gouverneur der Provinz Punjab Salman Taseer sowie mit dem Home-Secretary des Punjab Nadeem Hassan Asif, des Weiteren auch Gespräche mit einer Reihe von BotschafterInnen von EU-Staaten und den USA sowie mit Mitgliedern des konsularischen Korps in Lahore (10.–14. November).

Besuche in Österreich: Hochschulminister Atta-ur-Rahman, Gespräche mit Bundesminister Johannes Hahn sowie VertreterInnen österreichischer Universitäten, Überreichung des Großen Goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Österreich durch Bundesminister Hahn an den pakistanischen Minister (10.–12. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 168.000 Euro erbracht.

Zwischen Österreich und Pakistan besteht seit mehreren Jahren eine intensive Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem Gebiet, in deren Rahmen derzeit über 300 AbsolventInnen pakistanischer technischer und naturwissenschaftlicher Studienrichtungen in Österreich ihr Doktoratsstudium absolvieren. Bisheriger Höhepunkt dieser Kooperation war das Projekt einer gemeinsamen Technischen Universität in Lahore.

Zwei österreichische Ensembles beteiligten sich mit Unterstützung des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten am Performing Arts Festival in Lahore (13.–23. November), die Musiktheatergruppe „Teatro Buffo“ und das Tanztheater „Editta Braun Company“.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Pakistan konnten ihr Niveau halten. Erwähnenswert sind hier besonders die Aktivitäten im Energiebereich (Erdgasexploration und -förderung).

Die österreichischen Exporte betragen 92,159 Millionen Euro (-3,6 %), die Importe 62,219 Millionen Euro (-1,1 %).

**Palästinensische Gebiete  
(Palästinensische Behörde für das Westjordanland und den Gazastreifen)**

Vorsitzender der  
Palästinensischen  
Behörde  
Mahmoud Abbas

Regierungschef  
Salam Fayyad

Außenminister  
Riyad al-Malki

Ramallah – **Österreichisches Vertretungsbüro bei der Palästinensischen Behörde**

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Norbert Darabos, Bundesministerin Claudia Schmied, Landeshauptmann Hans Niessl, Treffen mit Präsident Mahmoud Abbas und Ahmed Qurei'a (17. Dezember); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Prä-

### Länderinformationen

sident Abbas und Außenminister Riyad al-Malki, Teilnahme an einem Runden Tisch mit Frauenvertreterinnen (6. Februar); Bundesminister Darabos, Treffen mit Präsident Abbas (21. Mai).

Besuche in Österreich: Premierminister Fayyad, Teilnahme an der Wiederaufbaukonferenz für das Flüchtlingslager Nahr-El-Bared (23. Juni); Außenminister Riyad al-Malki, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (14. November), Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Für die Aktionen der OEZA, in deren Tätigkeitsfeld die Palästinensischen Gebiete einen Schwerpunkt bilden, siehe Kapitel D.II.1.6.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 5,15 Millionen Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 649.000 Euro (-8,1 %), die Importe 85.000 Euro (-73,1 %).

#### Palau (Republik Palau), Koror

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Tommy Remengesau Jr.

Außenminister  
Temmy L. Shmull

ÖB: siehe Philippinen; AHSt: siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 3.000 Euro (+100,0 %).

#### Panama (Republik Panama), Panama-Stadt

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Martín Torrijos Espino

Außenminister  
Samuel Lewis Navarro

ÖB: siehe Kolumbien; Panama-Stadt – HGK; AHSt: siehe Mexiko

Ein Auslandsdiener war im Rahmen eines Bildungsprojekts im Einsatz.

Panama war der wichtigste Markt für österreichische Produkte in der ganzen Region und hinter Costa Rica auch der zweitwichtigste Lieferant. Zulieferungen erfolgten vor allem in den Bereichen Bauindustrie, Energieversorgung und Agroindustrie. Importiert wurden überwiegend landwirtschaftliche Produkte. Österreichische Investitionen lagen insbesondere im Umweltbereich.

Die österreichischen Exporte betragen 19,507 Millionen Euro (-3,4 %), die Importe 6,793 Millionen Euro (-34,5 %).

#### Papua-Neuguinea (Unabhängiger Staat Papua-Neuguinea), Port Moresby

Staatsoberhaupt  
Königin Elizabeth II.

Regierungschef  
Sir Michael Somare

Außenminister  
Sam Abal

vertreten durch:

Generalgouverneur  
Sir Paulias Matane

ÖB, AHSt: siehe Australien; Port Moresby – HK

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 637.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 460.000 Euro (-89,8 %), die Importe 331.000 Euro (-34,8 %).

*Anhang***Paraguay  
(Republik Paraguay), Asunción**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Fernando Lugo Mendez  
(seit 15. August)

Außenminister  
Alejandro Hamed Franco  
(seit 15. August)

**ÖB und AHSt:** siehe Argentinien; Asunción – **HKG**

Die österreichischen Exporte betragen 5,973 Millionen Euro (+28,4 %), die Importe 712.000 Euro (+12,0 %).

**Peru  
(Republik Peru), Lima**

Staatsoberhaupt  
Alan García Perez

Regierungschef  
Yehude Simon Munaro  
(seit 14. Oktober)

Außenminister  
José Antonio García  
Belaúnde

Lima – **ÖB; AHSt:** siehe Chile; Arequipa (vorübergehend geschlossen), Cusco, Iquitos (vorübergehend geschlossen), Trujillo – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister García Belaúnde, Vizeaußenminister Gutiérrez Reinol sowie einer von Vizeminister für Industrie Ferraro Rey geleiteten interministeriellen Runde in Vorbereitung auf das fünfte EU-LAC-Gipfeltreffen (4. April), Teilnahme an demselben und Treffen mit peruanischen Menschenrechtsverteidigerinnen (16. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Gespräche in Lima mit Präsident García Perez sowie Kongresspräsident Gonzáles Posada während des EU-LAC-Gipfels (16. Mai), gemeinsam mit Abgeordnetem zum Nationalrat Andreas Schieder, Treffen mit dem Vorsitzenden der parlamentarischen Freundschaftsliga Peru-Österreich Macedo Sanchez (15. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister García Belaúnde im Rahmen der Eröffnung der 63. VN-GV (New York, September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 105.000 Euro erbracht.

Im Rahmen des Kulturprogramms rund um den EU-LAC-Gipfel gastierte das Concilium Musicum beim 6. Internationalen Barockmusikfestival in Lima (5. Mai), weiters wurden der Film „Der umgekehrte Blick“ von Fridolin Schönwiese und Kurzfilme zur UEFA EURO 2008 (Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ und „Goalie 08“) und der Kulturhauptstadt Linz09 („Ars Electronica“) gezeigt. Die Botschaften Österreichs und der Schweiz organisierten ein Public Screening der UEFA EURO 2008. Die Tiroler Auswanderergemeinde Pozuzo konnte sich im Juni und August mit der Ausstellung „Pozuzo, gestern und heute. Natur, Kultur und Tourismus“ präsentieren. Die aus Peru stammende österreichische Künstlerin Carmen Rocio Peña Klein organisierte im Rahmen des diesjährigen Internationalen Jahres des Planeten Erde der VN in Cusco ein Bildhauersymposium unter dem Motto „Anden ohne Grenzen“ (12.–22. Juli). Aus diesem Anlass gastierte auch der österreichische Pianist Robert Pobitschka. Beim 20. Festival zum europäischen Film (9.–28. Oktober) war Österreich mit den Beiträgen „Suzie Washington“ und „Klimt“ vertreten. Eine Ausstellung von Bildern der österreichischen Künstlerin Soshana (Susanne Schüller) wurde in Lima gezeigt (12. September bis 5. Oktober).

Die österreichischen Exportzuwächse nach Peru blieben trotz der Weltfinanzkrise ungebremst und erreichten neuerlich einen historischen Höchstwert.

Die österreichischen Exporte betragen 59,047 Millionen Euro (+51,8 %), die Importe 18,677 Millionen Euro (+12,4 %).

*Länderinformationen***Philippinen  
(Republik der Philippinen), Manila**

Staatsoberhaupt und Regierungschefin  
Gloria Macapagal Arroyo

Außenminister  
Alberto G. Romulo

Manila – **ÖB, HGK, AHSt**; Cebu – **HGK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Gespräche mit dem stellvertretenden Außenminister Esteban B. Conejos, Handels- und Industrieminister Peter Favila, Gesundheitsminister Francisco T. Duque, Umweltminister José L. Atienza, Transportminister Leandro Mendoza, Infrastrukturminister Hermogenes E. Ebdane, dem stellvertretenden Innenminister Austere A. Panadero und Generaldirektor der National Economic Development Authority Augusto B. Santos (3.–5. März).

Besuche in Österreich: Gemischte Wirtschafts- und Finanzdelegation unter der Leitung des stellvertretenden Generaldirektors der National Economic Development Authority Roland Tumpalan, Gespräche mit Sektionschef im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Josef Mayer, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen Alfred Lejsek (3.–5. Juli).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 169.000 Euro erbracht.

In der Bambusorgelkirche von Las Pinas fanden unter Mitwirkung des österreichischen Organisten Johann Trummer von der Musikuniversität Graz Konzerte statt (März). Österreich war am EU-Filmfestival in Manila, Cebu und Cagayan de Oro mit dem Film „Mozart in China“ von Bernd Neuburger vertreten (September und Oktober).

Im Rahmen der wissenschaftlich-universitären Partnerschaft ASEA-UNINET nahmen 18 österreichische StudentInnen an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der University of the Philippines in Manila und der University San Carlos in Cebu teil (Februar).

Die österreichischen Exporte betragen 82,513 Millionen Euro (+14,2 %), die Importe 139,844 Millionen Euro (+5,6 %).

**Polen  
(Republik Polen), Warschau**

Staatsoberhaupt  
Lech Kaczyński

Regierungschef  
Donald Tusk

Außenminister  
Radosław Sikorski

Warschau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**; Krakau – **GK, KF, ÖI**; Wrocław (Breslau) – **HK, ÖI**;  
Łódź – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizekanzler Wilhelm Molterer, Arbeitsbesuch bei Premierminister Donald Tusk und Finanzminister Jan-Vincent Rostowski (4. Februar); Landeshauptmann Franz Voves mit Delegation, Arbeitsbesuch (Łódź und Schlesien, 1. und 2. April); Bundesminister Günther Platter, Arbeitsbesuch beim polnischen Vizepremier- und Innenminister Grzegorz Schetyna (28. April); Bundesministerin Maria Berger (Krakau, 29. und 30. April), Rede bei der Konferenz „50 Jahre Europäisches Parlament. Herausforderungen für die Zukunft der EU unter Berücksichtigung des Vertrags von Lissabon“, Arbeitsfrühstück mit Justizminister Cwiakalski; Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (Krakau, 27. Oktober), Vortrag über „Aktuelle Herausforderungen für Europa – die österreichische Perspektive“ an der Jagiellonen Universität, Erfahrungsaustausch über die UEFA EURO 2008 mit Stadtpräsident Majchrowski im Hinblick auf die Europameisterschaft 2012 in Polen; Bundesministerin Ursula Plassnik anlässlich der 90-Jahrfeiern der polnischen Unabhängigkeit (Warschau, 11. November).

Besuche in Österreich: Außenminister Radosław Sikorski, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (29. Februar); ehemaliger Präsident Lech Walesa, Auszeichnung mit dem Großen Leopold-Kunschak-Preis (28. März); Vize-Marschall des Senats Bogdan Borusewicz, Teilnahme an

### *Anhang*

der X. Tagung der Vereinigung der Europäischen Senate (17. und 18. April); Präsident Lech Kaczyński, Teilnahme an der Tagung der Arraiolos-Gruppe mit Bundespräsident Heinz Fischer (Graz, 29. und 30. April); Sportminister Miroslaw Drzewiecki, Treffen mit Staatssekretär Reinhold Lopatka im Vorfeld der UEFA EURO 2008 (14. Mai); Präsident Kaczyński, Besuch des Europameisterschaftsspiels Österreich-Polen im Rahmen der UEFA EURO 2008 (12. Juni).

Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding über die Kooperation bei der UEFA EURO 2008 (28. April) sowie eines Änderungsprotokolls zum österreichisch-polnischen Doppelbesteuerungsabkommen (4. Februar). Vorübergehende Schließung des HK in Danzig (27. Juni).

Das KF Warschau begleitete das europäische Jahr des interkulturellen Dialogs mit dem Jahresprogramm zum Thema „7 Todsünden – 7 Lebenstugenden“ und einer werteorientierten Debatte. In diesem Zusammenhang wurde ein Zyklus von vier Ausstellungen präsentiert, welcher von polnischen – Marta Gendera (März), Anna Nawrot (Dezember) – und österreichischen KuratorInnen – Margarete Makovec/Anton Lederer (Mai) und Andrea Domesle (September) – präsentiert wurde und zeitgenössische Kunst aus Polen und Österreich bot.

Die im Vorjahr begonnene Paneldiskussionsserie zum Thema „Der Gottesstaat“ wurde mit drei Diskussionen: „Laizismus in Europa – Das Modell Frankreich“ (12. März), „Die nationale Kirche – Orthodoxie in Europa“ (16. April) und „In God we trust – Neofundamentalismus in den USA?“ (14. Mai) fortgesetzt. Den Höhepunkt bildete die von der Stadt Warschau gemeinsam mit dem KF Warschau, dem rumänischen Kulturinstitut und der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft veranstaltete Konferenz „Co-existence“ (5.–7. Juni).

Das Anliegen, den Standort des KF Warschau in der Prozna 8 als Teil des ehemaligen jüdischen Ghettos und der jüdischen Gegenwartskultur sichtbar zu machen, wird seit mehreren Jahren mit einer Fülle von Veranstaltungen mit jüdischen Organisationen wie „Midrasz“, „Shalom“ und „Beit Warszawa“ verfolgt. So wurde bei den diesjährigen Tagen des Jüdischen Buches eine Fotoausstellung über das jüdische Wien gezeigt, welche von einem Vortrag zum gleichen Thema begleitet wurde.

Beim Festival der jüdischen Kultur „Warszawa Singera“ war das KF Warschau integraler Veranstaltungsort mit der Ausstellung „Der nichtgemalte Jude“, Buchpräsentationen, Vorträgen des ehemaligen Präsidenten der Knesset und israelischen Botschafters in Polen, Prof. Szewach Weis, der Vorführung des Films „Zorros Bar Mizwa“ sowie einem Konzert der Salzburger Klezmer Connection auf einer Bühne unmittelbar vor dem Forum. Das vom KF Warschau herausgegebene, der umliegenden Prozna und dem jüdischen Viertel gewidmete Buch des Autors Rafal Chwiszczuk wurde begleitet von einer Paneldiskussion mit Warschauer StadthistorikerInnen. Das KF Warschau war einer der wichtigsten Mitveranstaltungsorte des Festivals.

Das zeitgenössische österreichische Musikschaffen wird am KF Warschau regelmäßig durch das „Junge Musikforum“ präsentiert, in dessen Rahmen unter anderem Paul Kont und Viktor Ullmann durch Porträtkonzerte dem Publikum nähergebracht wurden.

Durch die Einladung an polnische Galerien außerhalb Warschaus, ihre Werke in der Österreich-Galerie des KF Warschau auszustellen, konnte die Bekanntheit dieser Institution gesteigert werden. Die „artist in residence“-Kooperation mit dem Land Salzburg wurde durch eine Zusammenarbeit mit der Stadt Wien erweitert.

In der ersten Jahreshälfte wurde mit Catherine Aigner, Paul Divjak, Erika Fischer, Franzobel, Karl Markus Gauß, Gertrude Grossegger, Klaus Händl, Silke Hassler, Pavel Kohout, Evelyn Schlag und Monika Wogrolly ein weites Spektrum zeitgenössischer Lyrik, Prosa und Dramenliteratur angeboten. Das literarische Herbstprogramm wurde mit der Präsentation der polnischen Literaturzeitschrift TOPOS eingeleitet, die dank einer Kooperation mit LICHTUNGEN der jungen österreichischen Literatur gewidmet ist und an der vier SchriftstellerInnen aus Graz sowie eine Vertreterin der LICHTUNGEN teilnahmen. Mit Lilian Faschinger, Evelyn Grill und Peter Henisch haben weitere ProponentInnen der österreichischen Literaturszene Lesungen gehalten.

### *Länderinformationen*

Anlässlich des Europäischen Sprachentags fanden unter dem Dach des EUNIC-Clusters Warschau am 26. und 27. September diverse Präsentationen im Einkaufszentrum „Złoty Taras“ statt. Österreich war mit dem vielsprachigen Ensemble „Ljubi und Bande“ vertreten.

Das Teatr Polonia präsentierte Open-Air-Aufführungen des Stückes „Das Alter ist schön“ von Esther Vilar am Plac Konstytucji (14.–18. Juli).

An den „Tagen des österreichischen Theaters und Dramas“ in Szczecin wurde das österreichische, zeitgenössische Drama in Polen aktiv beworben (21. November bis 6. Dezember). Neben einem Gastspiel des Tiroler Landestheaters mit dem Stück „Dunkel lockende Welt“ von Klaus Händl wurden in Aufführungen und szenischen Lesungen Werke von Ilse Aichinger, Elfriede Jelinek, Gert Jonke, Ewald Palmethofer, Helmut Qualtinger/Carl Merz, Volker Schmidt, Werner Schwab und Peter Turrini aufgeführt.

Mit den vier Lektoren (Warschau, Poznan, Łódź und Torun) und den beiden Österreich-Bibliotheken (Warschau, Poznan) bestehen regelmäßige Kontakte und gemeinsame Projekte.

Das KF Krakau war am 14. und 15. April gemeinsam mit der Krakauer Jesuitenhochschule Ignatianum und dem Goethe-Institut Mitorganisator einer internationalen Wissenschaftskonferenz zu Ludwig Wittgenstein unter dem Titel „Ludwig Wittgenstein – Krakau zugeteilt“, an der unter anderem Univ.-Prof. Walter Methlagl und Ilse Somavilla (beide Universität Innsbruck, Brenner-Archiv), Nuno Venturinha von Lissabon (Universität Lissabon) sowie Alois Pichler von Bergen (Wittgenstein Archiv) und Prof. Jan Wolenski (Jagiellonen-Universität) teilnahmen.

Im Bereich Architektur vermittelte das KF Krakau Vorträge der Wiener ArchitektInnen Marie Therese Harnoncourt und Ernst Fuchs (Atelier nextENTERprise Architekten Wien) im Rahmen des Prestigezyklus „Co to jest architektura?“ (Was ist Architektur?) im Manggha Museum Krakau (25. April).

Unter den Musikveranstaltungen wurde ein „österreichisches“ Konzert im Programm der 3. Felix Mendelssohns-Musiktage durch das Jüdische Kulturzentrum im Krakauer Kazimierz organisiert (15. Mai). Das Konzept des Projekts wird programmäßig durch alle ausländischen Vertretungen sowie ausländischen Kulturinstitute in Krakau mitgestaltet und von den Medien begleitet.

Im Oppelner Land unterstützte das KF Krakau im Frühjahr das Kulturprogramm der Veranstaltung „Wiosna Austriacka, Opole 2008“ (Österreich-Frühling, Oppeln 2008) logistisch und finanziell. Es gab unter anderem ein Konzert in der Oppelner Philharmonie, Ausstellungen aus Österreich, eine Theateraufführung aus Wien in Anlehnung an die literarischen Texte Ingeborg Bachmanns, Lesung und Autorentreffen mit Karl-Markus Gauß und eine von TheaterpädagogInnen geleitete Theaterwerkstätte für SchülerInnen aus Wien. Alle Veranstaltungen wurden durch das TV Kultura mitgeschnitten und von Radio Oppeln aufgenommen.

Bei dem alljährlich stattfindenden „March of Remembrance and Hope“ in Auschwitz war am 1. Mai zum zweiten Mal eine große Gruppe österreichischer SchülerInnen mit dabei, wobei das KF in der Vorbereitung der Reise unterstützend tätig war.

Mit dem Projekt „Gitarrenwerkstätte Lanckorona 2008“ (Juli) unterstützte das KF Krakau eine neue künstlerische Initiative von Michael Nagy, einem Univ.-Assistenten an der Musikakademie Krakau, und des Kulturvereins der Gemeinde Lanckorona. Das Projekt richtete sich an junge GitarristInnen und Gitarren-LiebhaberInnen. Unter den PädagogInnen war Österreich durch Prof. Heinz Wallisch vom Konservatorium Wien repräsentiert, der neben seinen Aktivitäten bei den Kursen auch das Abschlusskonzert spielte.

Die neue Kultursaison wurde im Kulturzentrum Przemysl, dem kulturellen Zentrum in der Region Unterkarpaten, mit einem Recital des österreichischen Pianisten Florian Krumpöck eröffnet (12. September). Das zweite Konzert gab der Musiker in der Galerie des KF Krakau im Rahmen des 8. Festivals „Junge Künstler in Krakau“ (13. September).

Das österreichische Jugendensemble „Ljubi und Bande“ trat bei der diesjährigen Folge des Europäischen Sprachentags auf (26. September).

### *Anhang*

Für die Jugend subventionierte das KF Krakau heuer wieder die Teilnahme österreichischer Ensembles am Festival für elektronische Musik „UNSOUND“ (18.–25. Oktober). Das Renommee der österreichischen KünstlerInnen sowie die ungewöhnlichen Veranstaltungsorte wie das Kino am Hauptmarkt „Pod Baranami“, das japanische Kulturzentrum Manggha und die Katharinenkirche in Kazimierz zogen ein großes Publikum an.

Thomas Glavinic wurde mit seinem bisher einzigen ins Polnische übersetzten Buch „Die Arbeit der Nacht“ ein Abend in der Galerie des KF gewidmet (23. Oktober). Die Lesung fand im Rahmen der Literaturserie „SCHRITTE-KROKI“ (Promotion der jungen deutschsprachigen Literatur) und während der Krakauer Buchmesse statt.

Im KF Krakau fand die 8. Präsentation des zweisprachigen Poesiebands „Schallendes Schweigen“ von Rose Ausländer statt (3. November).

Das Helmut-Qualtinger-Jubiläum wurde durch vier monografische Vorträge des österreichischen Lektors an der Jagiellonen-Universität Peter Langkammer sowie eine Helmut-Qualtinger-Wanderausstellung mit Beschreibungen und Texten auf Deutsch und Polnisch im gesamten Amtsbereich des KF Breslau, Krakau, Oppeln, Przemysl und Tschenstochau von März bis Dezember begangen.

Einen Höhepunkt bildet die große Alfred-Kubin-Ausstellung mit Werken aus der Sammlung des Oberösterreichischen Landesmuseums Linz in der Galerie des Internationalen Kulturzentrums Krakau (Mitte Oktober 2008 bis Ende Jänner 2009).

Im Garten des KF Krakau wurde eine Skulpturenausstellung der StudentInnen der Krakauer Akademie der Bildenden Künste von Juni bis Oktober gezeigt.

Die österreichischen Exporte betragen 3.270,697 Millionen Euro (+8,6 %), die Importe 2.144,664 Millionen Euro (+17,8 %).

### **Portugal (Portugiesische Republik), Lissabon**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Aníbal António Cavaco Silva	José Sócrates Carvalho Pinto de Sousa	Luis Filipe Marques Amado

Lissabon – **ÖB, AHSt**; Albufeira, Funchal, Porto – **HK**

Besuche aus Österreich: Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger, Teilnahme an der Konferenz der EU-ParlamentspräsidentInnen (20. und 21. Juni).

Besuche in Österreich: Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva, Teilnahme am Präsidententreffen der Arraiolos-Gruppe (Graz, 29. und 30. April); Generalsekretär des Außenministeriums Vasco Valente, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November); EU-Staatssekretärin Teresa Ribeiro, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Im Rahmen des Kulturprogramms der Botschaft Lissabon wurde bei einem gemeinsam mit dem Kino „São Jorge“ in Lissabon durchgeführten Festival des deutschsprachigen Films „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky als Eröffnungsfilm gezeigt. Das Filmfestival „IndieLisboa“ brachte „Import-Export“ von Ulrich Seidl (Jänner und April). Am Kurzfilmfestival in Vila do Conde waren Arbeiten von Martin Arnold, Barbara Doser, Siegfried A. Frühauf, Rainer Gamsjäger, Michaela Grill/Martin Siewert, Elke Groen, Lia, Johann Lurf, Lukas Marx, Barbara Musil, Astrid Ofner, Ulrike Ostermann, Lotte Schreiber und Michaela Schwentner vertreten (Juli).



### *Länderinformationen*

Das Jazz-Ensemble „Fuzznoir“ gab im Garten des Goethe-Instituts ein Konzert und das Wienerlied-Trio mit Agnes Palmisano, Peter Havlicek und Helmut Stippich präsentierte im Cabaret Maxime ein vielfältiges Programm (10. Juli und 21. November).

Der Roman „Fräulein Else“ von Arthur Schnitzler, der „Mann ohne Eigenschaften“ und „Drei Frauen“ von Robert Musil erschienen in portugiesischer Sprache. Das Teatro de Almada führte das Stück „Der Präsident“ von Thomas Bernhard auf (26. November bis 14. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 374,043 Millionen Euro (-21,2 %), die Importe 420,394 Millionen Euro (+8,3 %).

#### **Ruanda (Republik Ruanda), Kigali**

Staatsoberhaupt Paul Kagame	Regierungschef Bernard Makuza	Außenministerin Rosemary Museminali (seit 7. März)
--------------------------------	----------------------------------	--

**ÖB:** siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Unterzeichnung eines Projektvertrags zwischen Österreich, der Europäischen Kommission und der ruandischen Regierung im Wasser- und Sanitärbereich, Arbeitsgespräche mit dem Staatssekretär für natürliche Ressourcen Prof. Bikoro Munyanganizi, Außenministerin Rosemary Museminali und Präsident Paul Kagame (5. und 6. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Arbeitsgespräch mit Präsident Paul Kagame am Rande der VN-GV (New York, September).

Teilnahme eines Diplomaten aus Ruanda an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 965.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 293.000 Euro (-2,6 %), die Importe 2,694 Millionen Euro (-55,7 %).

#### **Rumänien (Rumänien), Bukarest**

Staatsoberhaupt Traian Băsescu	Regierungschef Călin Popescu-Tăriceanu	Außenminister Cristian Diaconescu (seit 22. Dezember)
-----------------------------------	---	---

Bukarest – **ÖB, KF, AHSt, ÖBTZ;** Temeswar – **HK;** Klausenburg – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Günther Platter, Treffen mit Innenminister Cristian David (28. und 29. Jänner); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Gespräche mit Staatspräsident Traian Băsescu, Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu und Wirtschaftsminister Varujan Vosganian sowie mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (PSD) Mircea Geoană (6. März); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am NATO-Gipfel (3. April); Präsident des Bundesrates a.D. Univ.-Prof. Herbert Schambeck, Teilnahme an einer internationalen Konferenz der Universität Pitești, Treffen mit Präsidenten des rumänischen Senates Nicolae Văcăroiu (19. und 20. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit dem Präsidenten der Nationalen Sportagentur Octavian Bellu und dem Präsidenten der rumänischen Fußball-Föderation Mircea Sandu in Vorbereitung der UEFA EURO 2008 (16. Mai); Generaldirektor der österreichischen Wettbewerbsbehörde Theodor Thanner, Treffen mit dem Präsidenten des rumänischen Wettbewerbsrats Gheorghe Oprescu (27. Mai); Landesrat Viktor Sigl (O), Treffen mit Verkehrsminister

### *Anhang*

Ludovic Orban und Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen den Donauhäfen Enns und Galați (14. Oktober); Zweiter Präsident des Nationalrates Michael Spindelegger, Treffen mit Parlamentspräsident Bogdan Olteanu und Verteidigungsminister Teodor Meleșcanu, Teilnahme am Empfang der Botschaft aus Anlass des österreichischen Nationalfeiertags (24. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatssekretärin für Europafragen Răduța Matache, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (18. April) und Teilnahme an den Gesprächen zur österreichisch-rumänischen Donauinitiative (20. November); Premierminister Călin Popescu-Tăriceanu mit Wirtschaftsdelegation, Besuch eines Stahlindustriekonzerns (Linz, 14. Mai).

Neben der politischen und wirtschaftspolitischen Vertretungstätigkeit wurden von der Botschaft bzw. ihren zuständigen Spezialattachés im Berichtszeitraum ein umfangreiches Kulturprogramm umgesetzt (KF), eine Reihe von Sozialprojekten vorangetrieben und die polizeiliche Zusammenarbeit mit beträchtlichen Fahndungserfolgen betrieben.

Die österreichischen Exporte betragen 2.397,974 Millionen Euro (+13,1 %), die Importe 768,926 Millionen Euro (+14,1 %).

### **Russland (Russische Föderation), Moskau**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Dmitri Medwedjew	Wladimir Putin	Sergej Lawrow
(seit 7. Mai)	(seit 8. Mai)	

Moskau – **ÖB, KF, AHSt, ÖW**; St. Petersburg – **HGK, AWO-Marketingbüro**; Jekaterinenburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Jörg Haider, Präsentation Kärntens als Investitionsstandort (Jekaterinenburg, 15.–17. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am XII. Internationalen Wirtschaftsforum (Sankt Petersburg, 6. und 7. Juni); Bürgermeister der Stadt Wien Michael Häupl, Eröffnung des Wiener Balls (6. Juni); Bundesministerin Ursula Plassnik, Gespräche mit Außenminister Sergej Lawrow (9. September); stellvertretende Präsidentin des Bundesrates Susanne Neuwirth, Teilnahme an der Konferenz „140 Jahre Sankt Petersburger Deklaration“ (Sankt Petersburg, 24. November); Abgeordnete zum Nationalrat Heinz Christian Strache, Peter Fichtenbauer, Johannes Hübner und Harald Vilimsky, Gespräche mit Vertretern der Staatsduma und der Stadt Moskau (15.–17. Dezember).

Besuch in Österreich: Delegation des Föderationsrats unter Führung des Vorsitzenden Sergej Mironow, Teilnahme an der 10. Tagung der Vereinigung der europäischen Senate (17.–19. April).

Auf kulturellem Gebiet konnten mit organisatorischer und finanzieller Beteiligung des KF Moskau Kulturprojekte in den Bereichen Musik, Bildende Kunst, Film, Theater, Tanz, Literatur und Wissenschaft in Jekaterinenburg, Moskau, Nischnij Nowgorod, Sankt Petersburg und anderen Städten durchgeführt werden. Besondere Beachtung fanden eine Ausstellung des österreichischen Künstlers Erwin Wurm, ein Klavierabend von Alfred Brendel im Rahmen seiner Abschiedstournee sowie die Public Screenings zur UEFA EURO 2008. In Russland gibt es Österreich-Bibliotheken in Jekaterinenburg, Moskau, Nischnij Nowgorod und Sankt Petersburg.

Rund 250.000 Gäste aus Russland besuchten Österreich (gegenüber etwa 180.000 im Jahr 2007). Russland gehört damit weiterhin zu den am stärksten wachsenden Märkten für die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft.

Wichtige österreichische Exportgüter für den russischen Markt waren besonders Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge, pharmazeutische Erzeugnisse, Elektrowaren, Eisen-, Stahl- und andere Metallterzeugnisse, Nahrungsmittel und Getränke, Holz- und Papierwaren, Waren aus Kunststoffen sowie optische und photographische Geräte. Die österreichischen Importe aus Russland wur-

*Länderinformationen*

den von mineralischen Brennstoffen dominiert; weiters sind Erzeugnisse aus Eisen, Stahl und anderen Metallen (besonders Aluminium, Nickel, Kupfer) sowie Holzwaren zu nennen.

Die österreichischen Exporte betragen 2.971,967 Millionen Euro (+15,0 %), die Importe 2.496,982 Millionen Euro (+36,3 %).

**Salomonen**  
**(Salomonen), Honiara**

Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II.	Regierungschef David Derek Sikua	Außenminister William Haomae
--	-------------------------------------	---------------------------------

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Nathaniel Waena

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 17.000 Euro (-76,8 %), die Importe 2.000 Euro (-54,6 %).

**Sambia**  
**(Republik Sambia), Lusaka**

Staatsoberhaupt und Regierungschef Rupiah Banda (seit 2. November)	Außenminister Kabinga Pande
--	--------------------------------

**ÖB:** siehe Simbabwe; **AHSt:** siehe Südafrika; Lusaka – **HK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 26.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 4,538 Millionen Euro (-23,3 %), die Importe 1,442 Millionen Euro (+22,8 %).

**Samoa**  
**(Unabhängiger Staat Samoa), Apia**

Staatsoberhaupt Tui Atua Tupua Tamasese Efi	Regierungschef und Außenminister Tuila'epa Sailele Malielegaoi
---	---

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 194.000 Euro.

**San Marino**  
**(Republik San Marino), San Marino**

Staatsoberhaupt Zwei Kapitänregenten mit 6-monatiger Amtszeit Ernesto Benedettini (seit 1. Oktober)	Regierungschefin und Außenministerin Antonella Mularoni (seit 3. Dezember)
--	---

**ÖB:** siehe Heiliger Stuhl; **AHSt:** siehe Italien (Padua); San Marino – **HK**

Im Bereich des bilateralen Güter- und Personenverkehrs hat Österreich der Republik San Marino Transportgenehmigungen eingeräumt.

*Anhang*

Die österreichischen Exporte betragen 10,532 Millionen Euro (+18,8 %), die Importe 11,061 Millionen Euro (+63,5 %).

### **São Tomé und Príncipe (Demokratische Republik São Tomé und Príncipe); São Tomé**

Staatsoberhaupt Fradique de Menezes	Regierungschef Joachim Rafael Branco (seit 20. Juni)	Außenminister Alberto Pires Tiny (seit 20. Juni)
--	---	--

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Teilnahme eines Diplomaten der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische Diplomatinnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 17.000 Euro (-59,6 %), die Importe 75.000 Euro (-83,9 %).

### **Saudi-Arabien (Königreich Saudi-Arabien), Riyadh**

Staatsoberhaupt und Regierungschef König Abdullah Bin Abdul Aziz Al Saud	Außenminister Prinz Saud Al Faisal
---	---------------------------------------

Riyadh – **ÖB, AHSt;** Jeddah – **AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am Jeddah Energy Meeting (21. und 22. Juni); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit Sport- und Jugendminister Prinz Sultan bin Fahd, dem Generalsekretär des saudi-arabischen Olympischen Komitees Rashed Hamed Alheraiwel, dem Gouverneur von Riyadh Prinz Salman und dem Vizepräsidenten der Handelskammer von Riyadh Mohammed Al Moajel, Vereinbarung über Vertiefung der Beziehungen im Sportbereich (11.–14. Oktober); Österreichische eGovernment Delegation, Teilnahme an einem Workshop mit Vertretern saudischer Ministerien und Unternehmen (12.–14. Oktober); Österreichische Delegation für Luftverkehrsverhandlungen mit VertreterInnen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und von Fluggesellschaften, Verhandlung und Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (17.–20. Oktober).

Besuche in Österreich: Generalsekretär der König-Abdul-Aziz-Stiftung für Forschung und Archive, Fahad Samari, Teilnahme an der feierlichen Benennung des Muhammad-Asad-Platzes vor den VN in Wien (15. April); Chefökonom des Saudischen Entwicklungsfonds Mohammad Magrasy und Assistenz-Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz Botschafter Samir Bakr Diab, Teilnahme an der internationalen Konferenz zur Wiedererrichtung des Flüchtlingslagers Nahr-El-Bared (22. und 23. Juni); Prinz Turki Al Faisal, Generalsekretär des King Faisal Center for Research and Islamic Studies, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik, Staatssekretär Hans Winker und Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn (11.–13. Juli); saudi-arabische Delegation unter Leitung des Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten Nizar Madani und Prinz Turki Al Faisal, Generalsekretär des King Faisal Center for Research and Islamic Studies, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (18. und 19. Dezember).

Im Rahmen eines Francophonie-Filmfestivals wurde der österreichische Film „Indien“ (Paul Harather) vorgeführt (1. April). Anlässlich des von den Botschaften organisierten jährlichen EU-Filmfestivals wurde der österreichische Dokumentarfilm „Darwin’s Nightmare“ (Hubert Sauper) vorgeführt (28. Mai).

Am 7. April gab Prof. Margit Haider-Dechant ein Klavierkonzert im Garten der Residenz mit Stücken von Attwood, Eberl, Hummel, Mozart, Roser de Reiter, Süßmayr und Woelfl. Am 29. Juni

### *Länderinformationen*

zeigte die Botschaft die Live-Übertragung des Endspiels der UEFA EURO 2008. Am 26. Oktober gab das Helmar Hill Quintett anlässlich des Nationalfeiertagsempfangs ein Konzert in Riyadh (Jazz und Pop).

Im Zuge einer Wirtschaftsmission nach Jeddah und Riyadh besuchten österreichische Firmenvertreter Saudi Arabien (28.–31. März). An der Fachmesse „Saudi Build in Riyadh“ nahmen österreichische Firmen im Rahmen eines Gruppenstandes der WKÖ teil (26.–29. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 437,762 Millionen Euro (+1,4 %), die Importe 260,045 Millionen Euro (+16,0 %).

### **Schweden (Königreich Schweden, Stockholm)**

Staatsoberhaupt  
König Carl XVI Gustaf

Regierungschef  
Fredrik Reinfeldt

Außenminister  
Carl Bildt

Stockholm – **ÖB, HGK, AHSt, ÖW**; Göteborg, Luleå, Malmö – **HK**

Besuche aus Österreich: Landeshauptmann Josef Pühringer und Delegation des oberösterreichischen Landtages, wirtschaftspolitische Gespräche in Göteborg (1. und 2. Februar); Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräche mit Europaministerin Cecilia Malmström, Staatssekretär für Entwicklungshilfe Joakim Stymne und Staatssekretär Frank Belfrage (14. April); Landesrat Hannes Bodner (T), Arbeitsgespräche mit VertreterInnen des schwedischen Fußballverbands (9. Mai); Bundesminister Norbert Darabos, Arbeitsgespräche mit Verteidigungsminister Sten Tolgfors (14. und 15. Mai); Österreichisch-Schwedische Parlamentarische Freundschaftsgesellschaft; Arbeitsgespräche mit schwedischen ParlamentarierInnen (19.–21. Mai); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme an der internationalen Irak-Konferenz (29. Mai); Frauenausschuss des oberösterreichischen Landtages, Studienreise nach Stockholm und Uppsala (1.–4. Juni); Bürgermeister Christian Struber und der Gemeindevorstand von St. Koloman, Studienreise nach Stockholm (20.–22. Juni); Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Teilnahme am Inter Action Council (25. Juni); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Arbeitsgespräch mit der Direktorin des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) Zsuzsana Jakab (5. November).

Besuche in Österreich: Premierminister Fredrik Reinfeldt, Arbeitsgespräch mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (18. Juni); Staatssekretär Gunnar Wieslander, Arbeitsgespräche mit Staatssekretärin Christa Kranzl und Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (4. und 5. September); Staatssekretär Frank Belfrage, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November).

Riksställningar (Schwedische Bundesmuseen) organisierte gemeinsam mit der Botschaft eine Ausstellungstournee mit Erwin Wurm unter dem Titel „Spit in someones soup“. Die Galerie Index in Stockholm widmete im Herbst Valie Export eine Retrospektive über ihr 40-jähriges Schaffen. Rainer Ganahls Ausstellungsprojekt „DADALENIN“, das von Juni bis Oktober in der Kunsthalle in Tensta gezeigt wurde, war vor allem erfolgreich in der Kunstvermittlung mit Jugendlichen. In Katrineholm stellte Raimund Pleschberger neue Positionen aus.

Die Autorin Marlene Streeruwitz nahm am Frauenfestival der feministischen Kulturzeitschrift „CORA“ im ABF-Kulturhaus in Stockholm teil (Februar). Josef Haslinger beteiligte sich im Juli an der Konferenz „WALTIC“ (Writers' and Literary Translators' International Congress), zu der auch Elfriede Jelinek mit einem offenen Brief beitrug. Die österreichische Krimi-Autorin Sabina Naber und die Krimiexpertin Barbara Kapek wirkten bei der Göteborger Buchmesse gemeinsam mit AutorInnen aus der Schweiz und Deutschland bei einem Schwerpunktprogramm zur deutschsprachigen Kriminalliteratur mit, das von den Botschaften Deutschlands, Österreichs und der Schweiz unter Mitwirkung des Zentrums für Österreichstudien in Skövde organisiert wurde (September). Beim Internationalen Sprachentag war die Botschaft mit einem Informationsstand vertreten (26. September). Als Fortsetzung der EU-Ratspräsidentschaftsinitiative von 2006

## Anhang

und des literarischen „Café Europa“ von 2007 wurde auch am Europatag 2008 ein Literaturcafé veranstaltet. Die Veranstaltung bestand aus der Fotoausstellung „YOUNG CENTRAL EUROPE“ (Christine Weislein) an der Deutschen Schule Stockholm und den „Interventionen“ der Schüler zu ausgewählten Themen und Fotos der Ausstellung. Die Veranstaltung wurde von Prof. Manfred Seidl, dem österreichischen Austauschlehrer der Deutschen Schule Stockholm, konzipiert und moderiert.

Das österreichische Ensemble „Klangforum Wien“ wurde für das Eröffnungskonzert beim Stockholm New Music Festival für neue Kunstmusik ausgewählt (Februar). Das schweizerisch-österreichische Jazz-Trio „Depart“ mit Harry Sokal (Saxophon), Heiri Känzig (Bass) und Jojo Mayer (Schlagwerk) tourte durch Schweden und trat unter anderem im Jazzclub „Fasching“ in Stockholm und im Jazzclub „Nefertiti“ in Göteborg auf (März). Beim Internationalen Gitarrenfestival in Uppsala gastierte der Salzburger Gitarrist und Lehrbeauftragte im Mozarteum Marco Tamayo (Oktober).

UEFA EURO 2008: Neben zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der Schweizerischen Botschaft und dem Goethe-Institut fand in Kooperation mit der Zeitung Aftonbladet eine öffentlich zugängliche Großveranstaltung mit Public Screening im Zentrum Stockholms statt.

Österreich war auch beim 31. Göteborger Filmfestival, dem größten Filmfestival des nordischen Raums, durch den Film „IMPORT EXPORT“ von Ulrich Seidl vertreten. Weiters wurden die österreichischen Filme „Reclaim your brain“ und „Funny Games“ von Hans Weingartner und Michael Haneke gezeigt. Nach seiner Premiere in Göteborg lief „IMPORT EXPORT“ im Frühjahr in zahlreichen schwedischen Kinos.

Der DSCHUNGEL WIEN nahm am schwedischen biennalen Bühnenkunstfestival „bibu.se“, einer Fachmesse im Kulturbereich für Kinder und Jugendliche, mit seinem Stück „Überraschung“ teil (Malmö, Mai).

Als erstes Kooperationsprojekt der Mitglieder des EUNIC-Clusters Stockholm fand im Goethe-Institut Stockholm ein Symposium zum Thema „Europäische Kultur (Kunst in Europa: Just Do It)“ statt (23.–25. April). Der österreichische Künstler Rainer Nöbauer (Linz09) nahm an dem Projekt teil.

Die österreichischen Exporte betragen 1.307,808 Millionen Euro (+1,9 %), die Importe 1.476,278 Millionen Euro (-1,3 %).

### **Schweiz (Schweizerische Eidgenossenschaft), Bern**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Der Bundesrat (siebenköpfiges Kollegialorgan),

Außenministerin  
Micheline Calmy-Rey

vertreten nach außen durch seinen jährlich neu  
gewählten Vorsitzenden mit dem  
Titel „Bundespräsident“  
Pascal Couchepin

Bern – **ÖB**, **KF**; Zürich – **GK**, **AHSt**, **ÖW**; Genf – **HGK**; **ÖV**; Basel – **HGK**; Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, St. Gallen – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit Verteidigungsminister Samuel Schmid (13. Jänner); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Treffen mit Bundespräsident Pascal Couchepin im Rahmen des World Economic Forum (Davos, 25. Jänner); Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny (Zürich, 16.–18. April); Landeshauptmann-Stellvertreter Wilfried Haslauer (Bern, Zürich, 28. April); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Bundespräsident Couchepin im Rahmen des St. Galler Symposiums (St. Gallen, 15. Mai); Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesel, Treffen mit Kantons-Vizepräsidentin Barbara Egger-Jenzer (Genf, Bern, Zürich, 14.–16. Mai); Staatssekretärin Christine Marek, Treffen mit Wirtschaftsministerin Doris Leuthard

*Länderinformationen*

im Rahmen des Swiss Economic Forum (Thun, 23. Mai); Bundespräsident Fischer, Bundeskanzler Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit dem Schweizerischen Bundesrat in corpore anlässlich der Eröffnung der UEFA EURO 2008 (Bern/Lohn, Basel, 7. Juni); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer anlässlich der Eröffnung der UEFA EURO 2008 und der Antirassismus-Kampagne „FARE“ (Basel, 7. Juni); Bundesministerin Plassnik, Treffen mit Außenministerin Micheline Calmy-Rey (Zürich, 21. Oktober); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Treffen mit Staatssekretär Michael Ambühl (Zürich, 13. November); Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss, Treffen mit Ständeratspräsident Christoffel Brändli (23. November); Bundespräsident Fischer im Rahmen des Quadrilateralen Treffens der deutschsprachigen Staatsoberhäupter (Rapperswil, 25. November).

Besuche in Österreich: Sportminister Samuel Schmid, Treffen mit Bundeskanzler Gusenbauer im Rahmen der Vorbereitungen zur UEFA EURO 2008 (Kitzbühel, 19. Jänner und Wien, 31. Jänner); Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, Treffen mit Vizekanzler Wilhelm Molterer, Bundesminister Martin Bartenstein und Bundesminister Josef Pröll (11. Jänner); Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth, Treffen mit Gouverneur Klaus Liebscher (25. Februar); Sportminister Schmid, Teilnahme an der 3. Anrainer- und Teilnehmerstaatenkonferenz der UEFA EURO 2008 (31. März); Umweltminister Moritz Leuenberger, Teilnahme am Klimaschutzgipfel (17. April); Ständeratspräsident Christoffel Brändli, Teilnahme an der Konferenz der Vereinigung der Senate Europas (17.–19. April); Staatssekretär Michael Ambühl, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (14. Mai); Wirtschaftsministerin Doris Leuthard, Teilnahme am Dreiertreffen deutschsprachiger Wirtschaftsminister (Wachau, 16. und 17. Mai); Sportminister Schmid im Rahmen der UEFA EURO 2008 (8. und 9. Juni); Staatssekretär für Bildung und Forschung Mauro Dell’Ambrogio, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (Salzburg, 14. Juni); Außenministerin Calmy-Rey im Rahmen der Geberkonferenz für den Libanon (23. Juni); Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft Manfred Bösch, Regionalkonferenz der FAO Europa (Innsbruck, 26. und 27. Juni); Bundespräsident Pascal Couchepin, Vizepräsident Hans-Rudolf Merz, Außenministerin Calmy-Rey und Sportminister Schmid, Besuch der UEFA EURO 2008 (29. Juni); Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf, Treffen mit Bundesministerin Maria Berger (Salzburg, 15. August); Direktor des Bundesamts für Gesundheit Thomas Zeltner im Rahmen eines regionalen Gesundheitsministertreffens (Salzburg, 28. und 29. August); Delegation des Schweizerischen Parlaments für die Beziehungen zum Österreichischen Parlament unter der Leitung von Ständerat Bruno Frick mit der parlamentarischen Freundschaftsgruppe für die Schweiz unter der Leitung von Präsident des Bundesrates Jürgen Weiss (29. und 30. Oktober).

Das Abkommen über den Informationsaustausch im Bereich der Sicherung des Luftraums gegen nichtmilitärische Bedrohungen trat am 1. Juni in Kraft. Die Vereinbarung über die Errichtung nebeneinander liegender Grenzabfertigungsstellen trat am 1. Mai in Kraft. Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit im gemeinsamen grenzpolizeilichen Verbindungsbüro in Mauren an der Grenzübergangsstelle Schaanwald-Feldkirch-Tisis trat am 1. Juli in Kraft. Das Abkommen über die Nutzbarmachung des Inn trat am 1. August in Kraft. Im Rahmen des österreichisch-schweizerischen Nuklearinformationsabkommens wurde das 8. bilaterale Nuklearexpertentreffen abgehalten (Bad Zurzach, 14. Oktober).

Österreich und die Schweiz führten die UEFA EURO 2008 gemeinsam an insgesamt acht Austragungsorten durch (7.–29. Juni). Vorbereitende Ländertreffen und eine strukturierte bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit, Verkehr, Standortförderung sowie Projektmanagement prägten das Jahr. Zu der internationalen Publikumsmesse der Schweiz „MUBA 2008“ (Basel, 15.–24. Februar) war Österreich als Gastland eingeladen.

Die UEFA EURO 2008 hinterließ einerseits mit eigens für die Austragungszeit erstellten Theaterstücken wie „4-2-4 die Bela Gutman Revue“ des Dramaturgen Georg Darvas oder der Freiluftausstellung „artpicnic“ mit Lichtinstallationen von Erik Hable auf dem „Kunsthof für Fußballfans und -muffel“ ihre Spuren, andererseits erhielt die „kulturelle Nachbarschaftspflege“ durch die Europameisterschaft eine neue Dimension, die sich in Gemeinschaftsprojekten wie der „11-Meter-Mode“, Wettbewerben mit österreichischen DesignerInnen in Zürich und schweizerischen DesignerInnen in Wien und der Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ von schweizerischen und österreichischen FilmemacherInnen zeigte.



*Anhang*

Im Bereich der Musik sind Konzerte der Wiener Philharmoniker, des Jazzmusikers Wolfgang Muthspiel oder die mit Schweizerischen Ensembles auftretenden SolistInnen wie Anne Schmid oder Reinhard Jaud und Gabriel Guillen in den verschiedenen Konzerthäusern zu nennen. Im Bereich der Literatur war eine Zunahme der Beteiligung österreichischer AutorInnen an den diversen Literaturtagen zu verzeichnen, etwa in Bern, Leukerbad, Luzern und Winterthur. AutorInnen wie Friedrich Achleitner, Robert Menasse, Anna Mitgutsch, Raoul Schrott und Marlene Streeruwitz stellten sich dem Publikum in Literatur- und Theaterhäusern und Universitäten, auch in der französischsprachigen Schweiz. Im Bereich der bildenden Kunst sind die „UEFA EURO 2008“-Gruppenausstellung „FREUD/E-Neue Malerei aus Österreich“ in der Kunsthalle Palazzo in Liestal bei Basel mit Werken von Norbert Becwar, Beatrice Dreux, Michael Horsky, Mara Mattuschka und Bernhard Wolf zu nennen. Eine Reihe von Veranstaltungen konnten durch die logistische und finanzielle Unterstützung des KF Bern ermöglicht werden, wobei weiterhin besonderes Augenmerk auf die verstärkte Förderung der „Nischenbereiche“ abseits des kommerziellen Kulturbetriebes gelegt wird.

Die österreichischen Exporte betragen 4.468,164 Millionen Euro (-1,2 %), die Importe 5.021,344 Millionen Euro (+18,5 %).

## **Senegal (Republik Senegal), Dakar**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdoulaye Wade	Cheikh Hadjibou Soumaré	Cheikh Tidiane Gadio

Dakar – **ÖB, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Marokko

Bilaterale Kontakte: Staatssekretär Winkler, Treffen mit Außenminister Cheikh Tidiane Gadio am Rande des Exekutivrats der AußenministerInnen im Rahmen des 11. Gipfels der AU (Sharm-El-Sheikh, 27. und 28.Juni).

Besuche in Österreich: Generalstabschef General Abdoulaye Fall, Treffen mit Chef des Generalstabs General Edmund Entacher (12.–14. November).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,049 Millionen Euro erbracht.

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Senegal an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Anlässlich des „Tags der afrikanischen Frauen“ wurde eine Solidaritätsveranstaltung der in Dakar ansässigen Vereinigung westafrikanischer Frauen am 31. Juli unterstützt. Von der Botschaft wurde ebenfalls Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Internationalen AIDS-Konferenz (3.–7. Dezember) unterstützt, um auf die Probleme von Stigmatisierung und Diskriminierung HIV-positiver Personen in Afrika aufmerksam zu machen.

Das Martin Reiter Quartett absolvierte im Mai einen Auftritt beim Jazzfestival in Saint-Louis. Im Rahmen des Off-Programms der Kunstbiennale von Dakar beteiligte sich der bildende Künstler Armin Guerino am Kunstprojekt „Spiegel und Zeichen“. Der Fotograf Hermann P. Gruber stellte ebenfalls im Mai im Rahmen der Dak'Art den Videofilm „Tiring“ vor. Anlässlich von EU-Filmwochen wurde im November in Dakar der Film „Freigesprochen“ von Peter Payer vorgeführt.

Die österreichischen Exporte betragen 11,279 Millionen Euro (+41,2 %), die Importe 652.000 Euro (+1,8 %).



## *Länderinformationen*

### **Serbien (Republik Serbien), Belgrad**

Staatsoberhaupt  
Boris Tadić

Regierungschef  
Mirko Cvetković  
(seit 7. Juli)

Außenminister  
Vuk Jeremić

#### **Belgrad – ÖB, KF, AHSt, Koordinationsbüro der ADA, ÖI**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Eröffnung neuer Räumlichkeiten des Kulturforums, Präsentation des Jungakademikerprojekts mit der Zoran-Djindjić-Stiftung, Eröffnung des Festivals „Flow“, Gespräche mit Parlamentspräsident Oliver Dulić und dem Vorsitzenden des Exekutivrats der Autonomen Provinz Vojvodina („Landeshauptmann“) Bojan Pajtić (Belgrad, Novi Sad, 29. Mai); Staatssekretär Andreas Schieder, Treffen mit Minister für öffentliche Verwaltung und lokale Selbstverwaltung Milan Marković, Vizepremierminister und Innenminister Ivica Dačić und Minister für Umwelt und Raumplanung Oliver Dulić (27. und 28. August); Präsident der WKÖ Christoph Leitl mit Wirtschaftsdelegation, Treffen mit dem Präsident Boris Tadić, Premierminister Mirko Cvetković, Wirtschaftsminister Mladjan Dinkić und dem Präsidenten der Serbischen Wirtschaftskammer Miloš Bugarin (21. Oktober).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Oliver Dulić, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (31. März und 1. April); Vizepremierminister und Innenminister Ivica Dačić, Teilnahme an der Konferenz für Sicherheit am Westbalkan (17. und 18. Juli); Premierminister Mirko Cvetković, Treffen der Premierminister aus Südosteuropa (Salzburg, 27. Juli); Generalsekretär im Außenministerium Mirko Stefanović, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (9. Oktober); Telekommunikationsministerin Jasna Matić, Treffen mit Bundesministerin Heidrun Silhavy zu eGovernment (15. Oktober); Kulturminister Nebojša Bradić, Treffen mit dem Sektionsleiter Botschafter Emil Brix (9. November); Vizepremierminister Božidar Djelić, Teilnahme an der Conference on European Economic Integration (17. und 18. November); Vizepremierminister und Innenminister Ivica Dačić, Teilnahme an der ILECU-Konferenz (8. und 9. Dezember).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Serbien siehe Kapitel D.II.2.1.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 2,803 Millionen Euro erbracht.

Im Rahmen des Projekts „Travelling to Europe“ wurde neuerlich 200 Studierenden die Reise in EU-Staaten mittels Ausstellung von Gratis-Sichtvermerken und zur Hälfte von den ÖBB zur Verfügung gestellten Interrail-Tickets ermöglicht.

Seit der Gründung des KF Belgrad im Dezember 2001 steht die Arbeit mit jungen Menschen wegen der beschränkten Reisemöglichkeiten im Mittelpunkt der zahlreichen kulturellen und wissenschaftlichen Veranstaltungen. Das KF führte auch gemeinsame Projekte im Rahmen des EUNIC-Cluster mit den anderen in Serbien vertretenen Kulturinstitutionen von EU-Staaten durch (unter anderem EUNIC-Teilnahme an der Belgrader Buchmesse).

Österreich ist der führende ausländische Investor in Serbien.

Die österreichischen Exporte betragen 576,791 Millionen Euro (+7,6 %), die Importe 308,224 Millionen Euro (+34,2 %).

### **Seychellen (Republik Seychellen), Victoria**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
James Alix Michel

Außenminister  
Patrick Pillay

**ÖB:** siehe Kenia; Victoria – **HK** (vorübergehend geschlossen); **AHSt:** siehe Südafrika

*Anhang*

Besuche aus Österreich: Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Arbeitsgespräch mit Präsident James Alix Michel am Rande der VN-GV (New York, September).

Teilnahme eines Diplomaten an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Das Honorarkonsulat Victoria wurde aufgrund des Rücktritts des Titulärs im April 2007 vorübergehend geschlossen. Das Verfahren zur Bestellung eines neuen Honorarkonsuls mit Amtsbereich Seychellen wurde eingeleitet.

Die österreichischen Exporte betragen 1,035 Millionen Euro (+40,4 %), die Importe 4,367 Millionen Euro (-29,7 %).

**Sierra Leone****(Republik Sierra Leone), Freetown**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Ernest Bai Koroma

Außenministerin  
Zainab Hawa Bangura

**ÖB:** siehe Senegal; Freetown – **HK:** **AHSt:** siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Außenministerin Zainab Hawa Bangura am Rande der VN-GV (New York, 21. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 17.000 Euro erbracht.

Teilnahme eines Diplomaten der Republik Sierra Leone an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 2,067 Millionen Euro (+437,2 %), die Importe 19.000 Euro (-80,8 %).

**Simbabwe****(Republik Simbabwe), Harare**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Robert Gabriel Mugabe

Außenminister  
Simbarashe Mumbengegwi

Harare – **ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Das herausragende kulturelle Ereignis war das Harare International Festival of the Arts in Harare, in dessen Rahmen lokale KünstlerInnen unterstützt wurden.

Für das Salzburg Global Seminar (Schloss Leopoldskron) erhielten drei simbabwische Staatsangehörige ein Vollstipendium.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 918.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 800.000 Euro (+13,5 %), die Importe 6,383 Millionen Euro (-16,4 %).

**Singapur****(Republik Singapur), Singapur**

Staatsoberhaupt  
Sellapan Ramanathan

Regierungschef  
Lee Hsien Loong

Außenminister  
George Yong-Boon Yeo

Singapur – **ÖB** (Büro des Handelsrats; Botschafter residiert in Jakarta), **AHSt**

### Länderinformationen

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein, Leitung einer Wirtschaftsmission, Treffen mit Verkehrsminister Raymond Lim und Wirtschaftsminister Lim Hng Kiang (3. März).

Besuche in Österreich: Außenminister George Yeo, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Bundesministerin Ursula Plassnik (8. April).

Vom März bis Juli war die Mozart-Kinderausstellung „Wolfgang Amadé“ im Nationalmuseum in Singapur zu sehen. Österreich nahm mit dem Film „Mein Vater, meine Frau und meine Geliebte“ am EU-Filmfestival im Mai teil. Am International Symposium on Electronic Art (ISEA) nahmen zwei Österreicher mit einer Performance teil (Juli). Die Wiener Sängerknaben gaben im Oktober ein Konzert. Österreich war bei der Veranstaltung „Discover Europe“ im Oktober sowie bei der Bildungsmesse „Study in Europe“ im Dezember vertreten.

Singapur ist die bedeutendste Exportdestination Österreichs in Südost-Asien und als größter Containerhafen der Welt für die rund 60 niedergelassenen österreichischen Firmen wegen seiner Infrastruktur, Steuerbestimmungen und Governance eine wichtige Drehscheibe. Österreich exportierte hauptsächlich Glaswaren, Halbfertigfabrikate, Spezialmaschinen und -fahrzeuge, Maschinenkomponenten, Metallwaren, optische Geräte, Messgeräte und chemische Erzeugnisse. Österreichische Firmen sind auch an Projekten wie Tunnelbau, Wasseraufarbeitung, Mülldeponierung, am Ausbau von U-Bahnlinien, der Errichtung von Straßentunnels und Kanalisationen, der Biomüllverarbeitung und der Flughafenkommunikation beteiligt und engagieren sich verstärkt im Umwelt- und Transportbereich.

Die österreichischen Exporte betragen 334,152 Millionen Euro (+4,9 %), die Importe 98,911 Millionen Euro (-35,6 %).

### Slowakei (Slowakische Republik), Pressburg

Staatsoberhaupt  
Ivan Gašparovič

Regierungschef  
Robert Fico

Außenminister  
Ján Kubiš

Pressburg – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, ÖI**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Unterrichtsminister Ján Mikolaj (13. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Staatspräsidenten Ivan Gašparovič (16. Mai); Wiener Bürgermeister Michael Häupl, Treffen mit dem Oberbürgermeister von Bratislava Andrej Ďurkovský (16. Mai); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Außenminister Ján Kubiš (5. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Kondolenzbesuch beim früheren slowakischen Präsidenten Rudolf Schuster (Kaschau, 14. Juni); Stadtrat Rudolf Schicker (W), Teilnahme am Verkehrssymposium in Bratislava (9. Juli); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit dem Landkreishauptmann von Bratislava Vladimír Bajan, dem Landkreishauptmann von Trnava Tibor Mikuš und dem Pressburger Oberbürgermeister Andrej Ďurkovský (9. Juli); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Staatspräsident Ivan Gašparovič anlässlich des 60. Jahrestags der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ (20. August); Staatssekretär Andreas Schieder, Teilnahme an der Generalversammlung der Slovak Foreign Policy Association (2. Oktober).

Besuche in Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Marcel Peško, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (12. März); Unterrichtsminister Ján Mikolaj, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn (31. März); Premierminister Robert Fico, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (1. April); Außenminister Ján Kubiš, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik im Rahmen eines Mittagessens zu Ehren von VN-GS Ban Ki-moon (25. April); Parlamentarierdelegation (EU-Ausschüsse) im österreichischen Nationalrat (29. Mai); Wirtschaftsminister Lubomír Jahnátek, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (26. Juni) und Landeshauptmann Hans Niessl (7. Juli); Bundesministerin Maria Fekter, Treffen mit Innenminister Robert Kaliňák (Kitsee/Jarovec, 14. Juli); Gesundheitsminister Richard Rasi, Teilnahme am informellen mitteleuropäischen Gesundheitsministertreffen in Salzburg (27. und 28. August); Parlamentspräsident Pavol Paška, Teilnahme an einer Gedenkfeier zum 160. Jahrestag

### Anhang

der Gründung des Slowakischen Nationalrates in der Paniglgasse in Wien (16. September); Staatspräsident Ivan Gašparovič, Treffen mit Bundespräsident Fischer anlässlich einer Festveranstaltung der Slowakisch-Österreichischen Gesellschaft in Wien (16. September).

Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über den gegenseitigen Schutz von klassifizierten Informationen trat am 1. Mai in Kraft. Das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmeabkommen) trat am 19. August in Kraft.

Den Auftakt der Projekte und grenzüberschreitenden Initiativen des KF bildete im Jänner die Ausstellung „Kunst von Innen (Art Brut in Österreich)“ mit Bildern von KünstlerInnen der Art-Brut-Szene Österreichs. Für die Auswahl der Bilder standen der Kuratorin Angelica Bäumer die Künstler Arnulf Rainer und Peter Pongratz sowie der Kulturwissenschaftler Peter Gorsen beratend zur Seite.

Der Dialog und die Zusammenarbeit mit KünstlerInnen aus Osteuropa war schon mehrmals inspirierende Quelle für die HörerInnen der Künstlerischen Volkshochschule Wiens. Die Ausstellung „Interkultureller Dialog“ präsentierte Arbeiten, die den Dialog zwischen den Städten Wien und Bratislava zum Thema hatten.

Das anlässlich der EU-Erweiterung 2004 gegründete Orchester „Spirit of Europe“ unter Martin Sieghart gastierte in der Slowakischen Philharmonie in Bratislava (März). Das Orchester besteht aus 35 MusikerInnen verschiedener europäischer Nationen.

Im Mai fand im KF eine Veranstaltung zum Thema „Tschechischer und Slowakischer Frühling 1968“ in Anwesenheit der Söhne von Alexander Dubček und Zeitzeugen statt. Die Vortragsreihe wurde von Univ.-Prof. Stefan Karner, Miroslav Kusý, dem ehemaligen Rektor der Comenius Universität in Bratislava, und vom Zeitzeugen Ivan Lалуha gestaltet, die in Referaten ihre Sicht der Ereignisse um 1968 präsentierten. Im Anschluss wurde in der Galerie des KF die Fotoausstellung von Franz Goess eröffnet. Der österreichische Fotograf Franz Goess war durch Zufall kurz vor Eintreffen der ersten sowjetischen Panzer in Bratislava und hielt das Geschehen vor Ort auf Fotos fest. Die Ausstellung wurde bislang auch in Wien, Prag und Chemnitz–Plauen–Zwickau gezeigt.

Der Monat Juni stand unter dem Motto „Alles Fußball“. Das österreichische Kulturprogramm Doppelpass im Vorfeld der UEFA EURO 2008 widmete sich dem Verhältnis von Sport und Kultur. Das KF lud Martin Amanshauser, Christian Futscher, Michal Habaj und Marek Vada zum „Wort-Match“ in das KF. Nach Einstimmung durch die Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ wurde das Eröffnungsspiel der UEFA EURO 2008 übertragen (7. Juni). Im Rahmen der Performance von Amber und Gold „...in den freien Raum/Fußball anders sehen. Fußball hören“ lud das KF zur Übertragung des Spiels Österreich gegen Deutschland ein (16. Juni).

Die Messe „Buch Wien 2009“ mit einem speziellen Zentral- und Südosteuropaschwerpunkt wurde mit einem Pressefrühstück im KF und einer Twin-City-Veranstaltung beworben. Der slowakische Autor Agda Bavi Pain war Gewinner des Großen Preises für Literatur aus dem Osten und Südosten Europas, ein Sonderpreis für Lyrik ging an den slowakischen Dichter Rudolf Jurolek. Im Rahmen von „Österreich liest“ las Ivo Schneider in der Österreich-Bibliothek Bratislava aus seinem Roman „Valentin & UZ“.

Gemeinsam mit dem Fremdsprachenzentrum der Wirtschaftsuniversität Bratislava und der Fakultät für Fremdsprachen und Interkulturelle Kommunikation fand im Februar die Konferenz „Deutsch als fachbezogene Fremdsprache“ mit 35 ReferentInnen aus neun EU-Ländern unter der Schirmherrschaft der Gattin des Slowakischen Präsidenten, Silvia Gasparovicova, der Botschafter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sowie des Rektors der Wirtschaftsuniversität Bratislava statt. Das KF gestaltete das Abendprogramm mit der Lesung „Die Welt hinter Wien“ des österreichischen Schriftstellers Martin Leidenfrost. Gemeinsam mit den österreichischen LektorInnen wurden Lesereisen an die Österreich-Bibliotheken und an slowakische Universitäten in Banska Bystrica, Kosice, Nitra, Presov und Trnava mit Alexander Peer und René Steininger realisiert, am KF fanden Lesungen, Buchpräsentationen und Vorträge statt, unter anderem mit Stanislas Struhar und Franz Josef Czernin.

### Länderinformationen

Im Rahmen des Musikprogramms „The New Austrian Sound of Music“ unterstützte das KF Auftritte von Matt Boroff in Banska Bystrica, Kosice und in Bratislava sowie von Klaus Paier (Trio) in Banska Bystrica und in Bratislava. Das Wolfgang Muthspiel 4tet gastierte beim Festival Jazz unter der Burg in Trencin; Beefolk, Stefan Wagner Group und Via Nova Percussion Group gastierten in Kosice, Zilina und Bratislava. Mit einer Hommage an György Ligeti begingen die Künstlerinnen Fabio Grasso und Letizia Michielon das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs, die Musikfestspiele Bratislava 2008 luden das Twin City Orchester Wien-Bratislava und das Bruckner Orchester Linz in die Philharmonie nach Bratislava.

Ulrich Seidl, Götz Spielmann, Elke Groen und Klaus Händl präsentierten ihre Filme auf verschiedenen Festivals. Weiters fanden Theaterabende wie „Wittgensteins Neffe“ von Thomas Bernhard statt.

Die österreichischen Architekturtage führten mit Gebäudeführungen und der Ausstellung 1918\_1948\_1968\_2008 in der Architektur der Slowakei nach Bratislava, das sich seit 2002 an der Durchführung der Architekturtage als Kooperationspartner Wiens beteiligt.

Kosice, Europäische Kulturhauptstadt 2013, stellte in der Fotoausstellung „Städte der Kultur“ die Kulturhauptstadt Linz09 vor, den internationalen Monat der Fotografie 2008 bestritt der österreichische Künstler Reiner Riedler mit der Ausstellung „Fake Holidays“ in der Galerie des KF.

Auf Initiative des KF Bratislava wurde im März der EUNIC-Cluster Bratislava gegründet.

Für Österreich ist die Slowakei als dynamisch wachsende Volkswirtschaft von großer Bedeutung als Exportmarkt und als Partner bei der Expansion österreichischer Firmen in andere Auslandsmärkte. Österreich blieb drittgrößter Investor. Vor allem die Vielzahl von Kooperationen österreichischer Klein- und Mittelbetriebe mit slowakischen Partnern trägt zur hohen wirtschaftlichen Verflechtung beider Staaten bei.

Die österreichischen Exporte betragen 2.382,951 Millionen Euro (+15,9 %), die Importe 2.388,370 Millionen Euro (+2,7 %).

### Slowenien (Republik Slowenien), Laibach

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Danilo Türk	Borut Pahor (seit 21. November)	Samuel Žbogar (seit 21. November)

Laibach – **ÖB, KF, AHSt, ÖW, Öl, ASO**; Marburg – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Claudia Schmied, Teilnahme an der Feier zum Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 (8. Jänner); Abgeordneter zum Nationalrat Erwin Hornek, Bundesrat Karl Boden, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der Wirtschafts- und Umweltausschüsse der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (20. und 21. Jänner); Bundesministerin Maria Berger und Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Justiz und Inneres (Brdo, 24.–26. Jänner); Bundesminister Erwin Buchinger, Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am informellen Treffen der Sozial- und ArbeitsministerInnen und an der Konferenz über die Geschlechtergleichheit (Brdo, 31. Jänner bis 2. Februar); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der Konferenz „Herausforderungen der EU27 Entwicklungspolitik“ (Brdo, 17. und 18. Februar); Zweiter Präsident des Nationalrates Michael Spindelegger, Teilnahme am COSAC-Treffen (17. und 18. Februar); Bundesminister Norbert Darabos, informelles Treffen der EU-Verteidigungsminister (Brdo, 21. und 22. Februar); Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Vizekanzler a.D. Erhard Busek bei der Verleihung des Preises „Award for Social Integration“ (21. und 22. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der Dialogveranstaltung „Inclusive Citizenship in Europe; Do we need new guidelines?“ (Menges, 22. Februar); Abgeordnete zum Nationalrat Gernot Darmann, Stefan Prähauser und Mitglieder des Bundesrates Eva Konrad und Franz Eduard Kühnel, Teilnahme am WEU-Kolloquium (3.–5. März); Bundesminister Platter, Teilnahme an der Konferenz über das Grenzschutzpaket zur Sicherung der EU-Außengrenzen (Brdo, 11. und 12.

### Anhang

März); Staatssekretär Reinhold Lopatka, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Sport (Planica, Brdo, 16. und 17. März); Abgeordneter zum Nationalrat Andreas Schieder, Teilnahme an der Konferenz der Vorsitzenden der EU-Parlamentsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten (17. und 18. März); Bundesministerin Plassnik, Teilnahme am informellen Ministertreffen Gymnich (Brdo, Bled, 28. und 29. März); Bundesminister Platter, Teilnahme am Treffen der Beratungsgruppe „FUTURE“ (Brdo, 31. März bis 1. April); Vizepräsident der SPE im Europäischen Parlament Hannes Swoboda, Teilnahme am Treffen der ParteichefInnen der Sozialdemokraten und Sozialisten der EU-Staaten und des Europäischen Parlaments (3.–5. April); Vizekanzler und Bundesminister Wilhelm Molterer und Nationalbankgouverneur Klaus Liebscher, Teilnahme am ECOFIN-Treffen (Brdo, 4. und 5. April); Generaldirektor Günter Liebel vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Teilnahme am informellen Treffen der EU-UmweltministerInnen (Brdo, 11. und 12. April); Abgeordnete zum Nationalrat Christine Muttonen, Teilnahme am Treffen der Parlamentsausschüsse für Kultur, Bildung und Sport (13. und 14. April); Bundesminister Johannes Hahn, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Konkurrenzfähigkeit (Brdo, 14. und 15. April); Bundesminister Martin Bartenstein, Teilnahme am informellen Treffen der EU-MinisterInnen für Konkurrenzfähigkeit (Brdo, 15. und 16. April); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme am informellen Treffen der GesundheitsministerInnen (Brdo, 17. und 18. April); Bundesministerin Schmied, Treffen mit Schulminister Milan Zver und Kulturminister Vasko Simoniti (20.–22. April); Bundesminister Werner Faymann, Teilnahme am informellen Treffen der EU-Verkehrsmi-nisterInnen (Brdo, 5. und 6. Mai); Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates Gottfried Kneifel, Teilnahme am XXXIX. COSAC-Treffen (7. und 8. Mai); Präsident des Gemeindebundes Bürgermeister Helmut Mödlhammer mit Delegation, Treffen mit Parlamentsvorsitzendem France Cukjati, dem Bürgermeister von Laibach Zoran Janković, Staatssekretär für Regionalpolitik Marko Starman und Staatssekretär im Finanzministerium Andrej Šircelj (7.–10. Mai); Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Treffen mit Parlamentsvorsitzendem Cukjati (Bled, Postojna, Rakov Škocjan 9. und 10. Mai); Bundesministerin Maria Berger und Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Teilnahme am 11. Internationalen Westdeutschen Rundfunk Europa Forum (8. Mai); Bürgermeister Michael Häupl, Teilnahme am Treffen der BürgermeisterInnen der EU-Hauptstädte (8. und 9. Mai); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme am informellen Treffen der EU-LandwirtschaftsministerInnen (Marburg, Brdo, 25.–27. Mai); Abgeordneter zum Nationalrat Wolfgang Pirkhuber und Bundesrat Martin Preiner, Teilnahme am Treffen der Vorsitzenden der nationalen Parlamentsausschüsse der EU-Staaten für Landwirtschaft (2. Juni); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme am Treffen der Bürgermeister von Gornja Radgona und Bad Radkersburg an der Mur-Brücke (Bad Radkersburg, 2. Juli); Vizepräsident der SPE im Europäischen Parlament Hannes Swoboda, Treffen mit Außenminister Dimitrij Rupel (Koper, 19. Juli); Bundesministerin Heidrun Silhavy, Teilnahme an der Präsentation des neuen EU-Regionalprogramms Österreich-Slowenien im Rahmen des Operativen Programmes 2007–2013 (Marburg, 29. August); Bundeskanzler a.D. Klubobmann Wolfgang Schüssel, Teilnahme am Bled Strategic Forum (Bled, 31. August bis 1. September).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident France Cukjati, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und den Mitgliedern der bilateralen Gruppe Österreich-Slowenien (17. Jänner); Landwirtschaftsminister Iztok Jarc, Teilnahme an der Eröffnung der Landwirtschaftsmesse (Klagenfurt, 18. Jänner); Außenminister Dimitrij Rupel, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik im Rahmen der OSZE (24. Jänner); Außenminister Rupel und Wissenschaftsminister Moja Kucler Dolinar, Besuch des Opernballs (31. Jänner); Premier Janez Janša, Teilnahme am Europaforum in Lech mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (Lech, 29. Februar bis 1. März); Parlamentspräsident Cukjati, Treffen mit Botschafter Valentin Inzko (Suetschach, 30. März); Staatspräsident Danilo Türk, offizieller Besuch bei Bundespräsident Fischer, Treffen mit Bundeskanzler Gusenbauer und Präsidentin des Nationalrates Prammer (7. und 8. April); Staatssekretär für Hochschulwesen Dušan Lesjak, Teilnahme am Symposium „Tu Felix Europa“ (9. April); Staatsratsvorsitzender Blaž Kavčič, Teilnahme am Treffen der Europäischen Senate in Wien (17.–19. April); Außenminister Rupel, Vortrag über die Kooperation zwischen VN und EU bei der Diskussionsrunde „The UN and the EU: Joining Forces for the Challenges of the 21 Century“ und Arbeitessen mit Bundesministerin Plassnik zu Ehren des Generalsekretärs der VN Ban Ki-moon (25. April); Parlamentspräsident Cukjati, Treffen mit Präsidentin des Nationalrates Prammer am Europatag (Arnoldstein, 9. Mai); Verteidigungsminister Karl Erjavec, Gastredner bei der europäi-



### *Länderinformationen*

schen Gedenkfeier in Mauthausen (18. Mai); Treffen der Parteichefs der slowenischen und österreichischen Sozialdemokraten Borut Pahor und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (Klagenfurt, 26. Mai); Staatssekretär im Außenministerium Andrej Šter, Teilnahme an der Podiumsdiskussion zur EU-Ratspräsidentschaft Sloweniens in Wien (3. Juni); Schul- und Sportminister Milan Zver, Vorsitzender des Sportministerrats bei der EM, Sporttreffen mit Fußballspiel (Klagenfurt, 16. Juni); Landwirtschaftsminister Iztok Jarc, Teilnahme an der Europäischen FAO-Konferenz (Innsbruck, 26. und 27. Juni); Staatspräsident Türk, Vortrag beim Salzburger Global Seminar im Rahmen der Jacques Delors Lecture 2008 zum Thema „The Future of the European Union – A Global Player?“ (Salzburg, 27. Juni); Kulturminister Vasko Simoniti, Besuch der Salzburger Festspiele (Salzburg, 26.–28. Juli); Außenminister Rupel, Teilnahme am Forum Alpbach (Alpbach, 24. August); Gesundheitsministerin Zofija Mazej Kukovič, Teilnahme am informellen regionalen Ministertreffen (Salzburg, 28. und 29. August); Staatssekretär im Außenministerium Šter, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November); Ministerpräsident Pahor, Treffen mit Bundeskanzler Werner Faymann (21. Dezember).

Botschafter Valentin Inzko und Milan Tarman, Direktor des Regierungsamts für den Schutz von geheimen Daten der Republik Slowenien, unterzeichneten das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Slowenien über den Austausch und gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen (12. November).

Das KF Laibach setzte seine Arbeit als Schnittstelle zwischen der österreichischen und slowenischen Kultur und Wissenschaft fort. Die Anzahl der finanziell bzw. organisatorisch unterstützten Projekte wurde erhöht, die Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden beider Länder intensiviert. Zum nunmehr zweiten Mal organisierte das KF die „Wochen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ (22. September bis 7. Oktober) mit Diskussionsrunden, Ausstellungen, Konzerten und anderem. Unterstrichen wurde dabei insbesondere die bedeutende Rolle von Volksgruppenangehörigen in Kärnten und der Steiermark als Vermittler zwischen den Kulturen. Der Schwerpunkt der diesjährigen Initiative verband das „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008“ mit dem „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovationen 2009“ und diente der verstärkten Kooperation beider Länder im Sinne eines vereinten Europas.

Musikalische Akzente aus Österreich setzten unter anderem die Wiener Philharmoniker als Gruß Österreichs an die slowenische EU-Ratspräsidentschaft (Laibach, 31. Jänner), das Altenberg Trio Wien (22. August, als österreichischer Beitrag zum Festival Ljubljana), das Orchester „Spirit of Europe“ in Nova Gorica (10. März) und das Ensemble „Klezmer Connection“ (Maribor, Nova Gorica, 12. und 13. Februar). Auch im Bereich der zeitgenössischen österreichischen Musik setzte das KF Akzente, etwa durch das Konzert des Ensembles des Musikalischen Spätsommers mit Werken von Gottfried von Einem anlässlich seines 90. Geburtstags (Izola, 27. August), das Konzert des Neuen Ensembles mit Werken des zeitgenössischen österreichischen Komponisten Alfred Peschek (Bled, 12. Juli) und das Jazz-Konzert mit Klaus Paier im Rahmen des Festivals „Imago Sloveniae“ (Laibach, 28. August). Wie schon in den Jahren zuvor beteiligte sich das KF am Musikforum Trenta (Log v Trenti, 20. Juli bis 1. August), das Meisterkurse für junge, hochbegabte MusikerInnen vor allem aus dem südosteuropäischen Raum anbietet.

Im Bereich der bildenden Künste kann auf eine Reihe größerer und kleinerer Ausstellungen mit österreichischen Beiträgen verwiesen werden, darunter die Fotoausstellung des österreichischen Fotografen und Lyrikers Peter Paul Wiplinger mit dem Titel „Zeichen und Spuren slowenischer Architekten in Wien“ (26. Juni bis 18. Juli), des Medienkünstlers Herwig Turk (Maribor, 22. Februar bis 19. März), von Drago Druškovič (22. Mai bis 20. Juni), eine Gruppenausstellung der MedienkünstlerInnen Tamara Horáková, Herwig Kempinger, Ernst Logar, Ewald Maurer, Hermes Payrhuber, Günther Selicher, Anita Witek und der Gruppe Mahony unter dem Motto „(K)eine Fotografie“ in Piran (19. Dezember 2008 bis 18. Jänner 2009) sowie die Ausstellung „art.collage – Alfred Resch und Arnold Reinisch“ in Celje (6.–28. November). Die Ausstellung des kärntner-slowenischen Künstlers und Architekten Janez Oswald wurde von einer Lesung des Lyrikers Jani Oswald im Rahmen des Kulturabends „Die Kunst der guten Nachbarschaft“ begleitet (7. Oktober).

Moderner Tanz und Theater mit österreichischer Beteiligung wurden beim Festival der experimentellen Bewegung „Nagib“ (Maribor, 5.–9. September) sowie dem 3. Internationalen Festival

### Anhang

Flota (Murska Sobota, 28. August) präsentiert. Das Monodrama „Njegov pogled/Sein Blick“ der Autorin und Regisseurin Alenka Hain (23. September) in Kooperation mit der Schauspielerin Rezka Kanzian wurde ebenso interessiert aufgenommen wie die Tanzvorführung „As Time Goes By“ von Grant McDaniel und Gabi Seeleitner (12. und 13. Dezember).

Zahlreiche Vorträge an den Universitäten Maribor und Laibach (Prof. Siller, Laibach/Maribor, 9. und 10. Jänner; Prof. Prunč, Maribor, 12. Mai; Prof. Betten, Laibach, 22. Mai; Prof. Bartsch, Maribor, 5. Juni u.a.) bereicherten die Kooperation mit slowenischen Universitäten. Im Rahmen der Reihe „Literatur lebt – junge AutorInnen aus Österreich“ wurde die junge österreichische Literaturszene mit Lesungen von Erwin Uhrmann (11. Februar) und Markus Köhle (19. März) präsentiert. Karl Markus Gauß hielt eine Lesung (Laibach, 9. April), die von einer Wanderausstellung „Die unbekanntenen Europäer“ des Fotografen Kurt Kaindl begleitet wurde (18. März bis 10. April).

Als Mitglied des Netzwerks EUNIC Slovenia beteiligte sich das KF auf multilateraler Ebene am 3. Festival des Europäischen Films (6.–12. Mai) mit dem Film „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky sowie an der internationalen Konferenz zum Thema „Frühes Sprachenlernen – der Weg zur Mehrsprachigkeit“ (28. und 29. November).

Die österreichischen Exporte betragen 2.551,348 Millionen Euro (+7,3 %), die Importe 1.201,015 Millionen Euro (+7,6 %).

#### **Somalia (Republik Somalia), Mogadischu**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Abdullahi Yusuf Ahmed (bis 29. Dezember)	Mohamed Mohamud Guled (bis 23. Dezember)	Mohamed Ali Hamud

**ÖB:** siehe Äthiopien; **AHSt:** siehe Ägypten

Die österreichischen Exporte betragen 77.000 Euro (+350,5 %), die Importe 123.000 Euro (+100,0 %).

#### **Spanien (Königreich Spanien), Madrid**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Juan Carlos I.	José Luis Rodríguez Zapatero	Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé

Madrid – **ÖB; AHST, ÖW, ÖHI;** Barcelona – **HGK, AHST** (zuständig auch für Andorra), **ÖW;** Bilbao, Málaga, Las Palmas de Gran Canaria, Palma de Mallorca; La Orotava (Teneriffa), Sevilla, Valencia – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme am Ersten Forum der Allianz der Zivilisationen (14. und 15. Jänner); Staatssekretärin Christine Marek, Teilnahme am Österreichtag der Weltausstellung EXPO Zaragoza (Zaragoza, 18.–20. Juli); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Übergabe der Siegetrophäe der UEFA EURO 2008 an Spanien (28. November bis 1. Dezember).

Besuche in Österreich: Staatssekretär Alberto Navarro, bilaterale Gespräche (7. Februar); Kronprinzenpaar, Spiele der spanischen Nationalmannschaft im Rahmen der UEFA EURO 2008 (Innsbruck, 16. Juni, Wien, 25. Juni); Bildungsministerin Mercedes Cabrera Calvo-Sotelo, Besuch von Spielen der spanischen Nationalmannschaft im Rahmen der UEFA EURO 2008 (Innsbruck, 16. Juni, Wien, 22. und 29. Juni); König Juan Carlos I. und Königin Sofia, Besuch von Spielen der spanischen Nationalmannschaft im Rahmen der UEFA EURO 2008 (22. und 29. Juni); Erste stellvertretende Premierministerin María Teresa Fernández de la Vega Sanz, Besuch eines Spiels der spanischen Nationalmannschaft im Rahmen der UEFA EURO 2008 (22. Juni); Premierminister José Luis Rodríguez Zapatero, Besuch des Endspiels der UEFA EURO 2008 (29. Juni); Innenmi-



### Länderinformationen

nister Alfredo Pérez Rubalcaba, Besuch des Endspiels der UEFA EURO 2008 (29. Juni); Außenminister Miguel Ángel Moratinos Cuyaubé, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (19. Dezember).

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des KF lag auf den jüngsten Entwicklungen des österreichischen Kuntschaffens in den Bereichen Medienkunst, neue Musik, zeitgenössischer Tanz und Design. Beispielhaft zu erwähnen ist die Präsentation „Why Austria“ (elektronische Musik, Multimedia) im Rahmen des Avantgardefestivals „LOOP“ in Barcelona und die Weiterführung des Festivals neuer österreichischer Musik „SonoAustria“. Im Rahmen von SonoAustria '08 traten die Gruppe „Trapist“ und das Wolfgang Muthspiel Trio in Zaragoza und Madrid auf. Die Ausstellungstätigkeit des KF erstreckte sich auf neue Gebiete durch die erste Ausstellung von zeitgenössischem österreichischen Design in Madrid und die österreichische Beteiligung an der Biennale von Sevilla mit dem Schwerpunkt auf Medienkunst und interaktiver Kunst.

Der österreichische Film war mit Festivalbeteiligungen und einer umfassenden Retrospektive des Gesamtwerks von Michael Haneke in Barcelona präsent. Auf dem Gebiet der Literatur wurde Josef Winkler in einem umfangreichen Programm als Artist-in-residence an spanischen Universitäten vorgestellt. Das 12. Österreichisch-Spanische Literatursymposium fand unter dem Titel „Zentren und Peripherien“ in Santiago de Compostela statt. Im Rahmen des Gedenkjahrs 2008 veranstaltete das Österreichische Historische Institut in Madrid und die Universitäten in Innsbruck und Alcalá de Henares die Konferenz „1938 – Österreich und Spanien“ über staatliche, gesellschaftliche und kulturelle Aspekte des Jahres 1938 in beiden Ländern.

Die österreichischen Exporte betragen 2.815,586 Millionen Euro (-14,2 %), die Importe 1.699,995 Millionen Euro (-0,2 %).

### Sri Lanka

#### (Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka), Colombo

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Mahinda Rajapakse	Ratnasiri Wickremanayake	Rohitha Bogollagama

**ÖB, AHSt:** siehe Indien; Colombo – **HK**

Ein Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen stand in Verhandlung.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 120.000 Euro erbracht.

Im August veranstaltete das KF in Zusammenarbeit mit der Kandy Music Society in Kandy sowie in Colombo je ein Klavierkonzert mit dem österreichischen Pianisten Albert Sassmann der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Zusätzlich wurde ein Musik-Workshop in Kandy abgehalten.

In Sri Lanka sind rund 30 österreichische Firmen vertreten. Sie haben in Sri Lanka eine ganze Reihe von Infrastruktur- und Ausbildungsprojekten (Krankenhäuser, Wasseraufbereitung, Kanalsanierung, Brückenbau, Eisenbahn, höhere technische Ausbildung) umgesetzt und die Basis für weitere Projekte geschaffen.

Die AHSt organisierte eine Katalogausstellung auf der Fachmesse IMEXPRO unter Teilnahme österreichischer Unternehmen.

Die österreichischen Exporte betragen 36,245 Millionen Euro (+89,8 %), die Importe 35,964 Millionen Euro (+12,9 %).

*Anhang***St. Kitts und Nevis  
(St. Kitts und Nevis), Basseterre**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Denzil Llewellyn Douglas

vertreten durch:

Generalgouverneur  
Sir Cuthbert Montraville Sebastian

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Basseterre – **HK**

Im Rahmen der OEA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 526.000 Euro (+44,2 %), die Importe 18.000 Euro.

**St. Lucia  
(St. Lucia), Castries**

Staatsoberhaupt	Regierungschef und Außenminister
Königin Elizabeth II.	Stephenson King

vertreten durch:

Generalgouverneurin  
Dame Calliopa Pearlette Louisy

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Castries – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Premierminister Stephenson King (9. April).

Die österreichischen Exporte betragen 258.000 Euro (-79,3 %).

**St. Vincent und die Grenadinen  
(St. Vincent und die Grenadinen), Kingstown**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Königin Elizabeth II.	Ralph E. Gonsalves	Louis Hilton Straker

vertreten durch:

Generalgouverneur  
Sir Frederick Nathaniel Ballantyne

**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela

Besuche in Österreich: Premierminister Ralph Gonsalves, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Bundesministerin Ursula Plassnik und Staatssekretär Hans Winkler (11.–15. April).

Die österreichischen Exporte betragen 166.000 Euro (-49,2 %), die Importe 1.000 Euro.

**Südafrika  
(Republik Südafrika), Pretoria**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenministerin
Kgalema Motlanthe (seit 25. September)	Nkosazana Dlamini-Zuma

*Länderinformationen*

Pretoria – **ÖB**; Kapstadt – **GK**; Johannesburg – **HGK**, **AHSt**; Durban, Port Elizabeth – **HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des österreichischen Nationalrates unter der Leitung von Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer, Teilnahme an der 118. IPU-Konferenz in Kapstadt (April), Arbeitsgespräch mit Minister in der Präsidentschaft Essop Pahad; Staatssekretär Reinhold Lopatka, Arbeitsgespräch mit Minister in der Präsidentschaft Pahad (27. Mai); Delegation der Steiermärkischen Landesregierung unter Leitung von Landeshauptmann Franz Voves, Staatssekretär Lopatka, Teilnahme am FIS Kongress in Kapstadt (Mai); Staatssekretär Hans Winkler, Leitung der österreichischen Delegation beim SADC-Seminar über Sicherheit und Entwicklung in Johannesburg (8.–10. Juni).

Besuche in Österreich: Außenministerin Nkosazana Dlamini-Zuma, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (11. April). Zur UEFA EURO 2008 reisten zahlreiche PolitikerInnen an, darunter FIFA-2010-Delegationen der Provinzregierung Westkap und anderer Provinzen. Zwei von der Provinzregierung Westkap nominierte Radio- und Zeitungsjournalisten nahmen am Projekt „Newsweek“ (Projekt im Rahmen der Konferenz der Regierungen von Bayern, Oberösterreich, Québec, Sao Paulo, Shandong und Westkap) in Oberösterreich teil (Mai).

Kurator Michael Freund eröffnete die Ausstellung „On the Couch“ im Foyer der Universität Pretoria mit einem Vortrag (12. Februar). Die Fachhochschule Salzburg baute einen Kindergarten in Haenertsburg (März). Lehrende des Neuberg-Festival gaben Unterricht für Streichinstrumente an der Universität Bloemfontein (März). Hans-Jörg Schmeiser gab ein Flötenkonzert an der Universität Johannesburg (7. April). Das Schrammelduo „Die Strottern“ gab ein Konzert in Atteridgeville (25. April). Staatssekretär Hans Winkler besuchte im Juni Vertriebenenlager in Corlett Gardens in Johannesburg. Während der UEFA EURO 2008 organisierte die Botschaft Public Screenings in Newtown in Johannesburg. Walter Stach und Marcus Neustetter setzten dort das „Fußball und Kunst“-Projekt um (19.–29. Juni). Robert Brooks organisierte mit österreichischer Unterstützung am 15. August ein Konzert mit KünstlerInnen aus dem SADC-Raum an der WITS Universität in Johannesburg. Das Robert Bachner Quintett gab in Pretoria ein Konzert mit Maria Schröder (25. September) und in Johannesburg Konzerte im Rahmen des „Arts Alive“-Festival (26. und 27. September). Die Botschaft übergab von privaten österreichischen Spendern finanzierte Musikinstrumente an das African Youth Ensemble (13. Oktober). Autor Christoph Ransmayr las im Goethe-Institut Johannesburg aus seinen Werken (13. Oktober). Susan Salm hielt einen Workshop für das African Youth Ensemble und konzertierte mit diesem im State Theatre Pretoria und im Roodeport Theatre (16. und 19. Oktober). Maler Frieder Danielis hielt einen Vortrag an der Universität Pretoria (15. Oktober) und arbeitete in der Druckwerkstatt von David Krut. Dustin Tusnovics nahm an einem europäisch-südafrikanischen Architekturworkshop in Johannesburg teil (November).

Die Botschaft unterstützte die Damietta Peace Initiative und die Aufarbeitung von fremdenfeindlicher Gewalt im Township Alexandra/Johannesburg. Das GK Kapstadt unterstützte im Rahmen von Botschaftsprojekten die Arbeit der Development Action Group (DAG) beim „Upgrade“ der Armensiedlung Hangberg in Hout Bay zur Entwicklung einer Gemeindestruktur und Einführung grundlegender Serviceleistungen (Wasser- und Stromzufuhr, Kanalisation, Abfallentsorgung).

Im Jänner organisierte das GK Kapstadt auf der Cape Point Ostrich Farm den österreichischen Kulturabend „Künstlerbegegnung am Kap“ mit einer Ausstellung des Malers H. Wiedergut, einer Lesung des Schauspielers und Drehbuchautors Dieter Kirchlechner und Gattin Mo Schwarz, musikalischer Begleitung durch die klassische Gitarristin Julia Malischnig und einer Filmvorführung. Zusätzlich fand ein Solokonzert von Malischnig im Old Townhouse in Kapstadt statt. Beim Kapstädter Kulturevent „Balkanology“ (März) trat der in Wien wohnhafte Musiker, Remixer, DJ und MC „Dunkelbunt“ auf. In der Kapstädter Oper gastierte die in Österreich wohnhafte südafrikanische Opersängerin Michelle Breedt in „Werther“ (Juni). Beim 5. Kammermusikfestival Stellenbosch waren die Musikprofessoren Klaus Christa, Frank Stadler und Peter Tavernaro vertreten und arbeiteten in Workshops, Meisterklassen und Konzerten mit den südafrikanischen, zum Teil aus benachteiligten Bevölkerungsschichten stammenden MusikstudentInnen (Juli). Christoph Ransmayr las in Kapstadt und in der Universität Stellenbosch aus seinem Roman „Der fliegende Berg“. Der Maler Frieder Danielis hielt in den Greatmore Studios Kapstadt einen Vortrag über seine Maltechnik und führte diese in Workshops mit südafrikanischen MalstudentInnen und an

*Anhang*

der psychiatrischen Haftanstalt Falchonburgh Kapstadt vor. Cellosoletin Susan Salm hielt Meisterklassen an der Universität Kapstadt, der Kapstädter Oper und dem Good Hope Seminar Centre. Anlässlich des Gedenkens der Novemberpogrome des Jahres 1938 wurde in Zusammenarbeit mit dem Holocaust Centre Kapstadt ein Axel Corti Film-Festival „Where to and back“ organisiert.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 894.00 Euro erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 503,261 Millionen Euro (-17,1 %), die Importe 403,858 Millionen Euro (+19,5 %).

**Sudan****(Republik Sudan), Khartum**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Omar Hassan Ahmed Al Bashir

Außenminister  
Deng Alor Kuol

**ÖB, AHSt:** siehe Ägypten; Khartum – **HK**

Besuche in Österreich: Sudanesischer Vizeminister im Außenministerium Al Samani Al Wasila, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (16. Jänner) und mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (5. Juni), Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember); Minister für Höhere Bildung und Wissenschaftliche Forschung George Boreing Niami, Treffen mit Staatssekretär Winkler (12. September).

Besuche aus Österreich: Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Kyrle; Treffen mit Vizeminister im Außenministerium Al Wasila am Rande des European Arab Interactive Forum (Alexandria, 1.–3. Februar); Staatssekretär Winkler, Treffen mit Außenminister Deng Alor Kuol am Rande des Exekutivrats der AußenministerInnen im Rahmen des 11. Gipfels der AU (Sharm-El-Sheikh, 27. und 28. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 145.000 Euro erbracht.

Die AHSt Kairo nahm im Rahmen einer Katalogausstellung an der Khartoum International Fair (23. Jänner bis 1. Februar) teil. Eine sudanesische Wirtschaftsdelegation besuchte am 4. Juni die WKÖ und führte Gespräche mit Vizepräsident Richard Schenz.

Die österreichischen Exporte betragen 29,472 Millionen Euro (-44,0 %), die Importe 947.000 Euro (+77,0 %).

**Suriname****(Republik Suriname), Paramaribo**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Ronaldo Ronald Venetiaan

Außenministerin  
Lygia Louise Irene  
Kraag-Keteldijk

**ÖB, AHSt:** siehe Brasilien; Paramaribo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister a.D. Peter Jankowitsch, Treffen mit Staatspräsident Ronaldo Ronald Venetiaan und Außenministerin Lygia Louise Irene Kraag-Keteldijk (7. April).

Einem Diplomaten des surinamischen Außenministeriums wurde ein österreichisches Stipendium an der DA zuerkannt.

Die österreichischen Exporte betragen 1,658 Millionen Euro (-62,9 %), die Importe 223.000 Euro (-90,9 %).

*Länderinformationen***Swasiland  
(Königreich Swasiland), Mbabane**

Staatsoberhaupt König Mswati III.	Regierungschef Sibusiso Barnabas Dlamini (seit 16. Oktober)	Außenminister Lutfo Dlamini  (seit 21. Oktober)
--------------------------------------	--	--

**ÖB, AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Mabili Dlamini in Johannesburg (8. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 9.000 Euro erbracht.

Der bilaterale Handel wird hauptsächlich über Südafrika abgewickelt.

Die österreichischen Exporte betragen 91.000 Euro (-24,7 %), die Importe 86.000 Euro (+190,3 %).

**Syrien  
(Syrisch Arabische Republik), Damaskus**

Staatsoberhaupt Bashar al Assad	Regierungschef Mohammad Naji Otri	Außenminister Walid al Muallem
------------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------

Damaskus – **ÖB, AHSt;** Aleppo – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Präsident Bashar al Assad, Vizepräsident Faruk al Shara'a und Außenminister Walid al Mouallem (6.–8. Februar); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Vizepremierminister Abdullah al-Dardari und den Ministern für Landwirtschaft Adel Safar, für Umwelt und lokale Entwicklung Hilal al Atrash sowie für Wasser/Bewässerung Nader al Boni (5. und 6. April).

Besuche in Österreich: Parlamentspräsident Abrash, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Staatssekretär Hans Winkler (16.–19. April).

Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen wurden abgeschlossen, welches 2009 in Wien unterzeichnet werden soll. Ein Luftverkehrsabkommen befindet sich in Verhandlung, die letzte Verhandlungsrunde fand am 27. November in Damaskus statt.

Die UNDOF steht seit Februar 2007 unter dem Kommando von Brigadegeneral Wolfgang Jilke, das österreichische Kontingent AUSCON umfasst 380 SoldatInnen und Offiziere und operiert seit dem Abzug der slowakischen Truppen im Juni mit einem neuen kroatischen Kontingent in einem gemeinsamen Battalion „AUSBATT“.

Das von Österreich finanzierte UNWRA-Gesundheitszentrum in Dera'a wurde am 5. Juni eröffnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 10.000 Euro erbracht.

Die Botschaft veranstaltete gemeinsam mit „Damaskus, arabische Kulturhauptstadt 2008“ ein Konzert von Marwan Abado (6. März). Im Mai fand der zweite Workshop für zeitgenössische Musik in Zusammenarbeit mit der österreichischen Gesellschaft für zeitgenössische Kunst und Musik und der Musikhochschule Damaskus statt. Im Rahmen des abschließenden Konzerts wurden Werke von österreichischen und syrischen zeitgenössischen Komponisten präsentiert. Die Gruppe Nim Sofyan gastierte im Rahmen des Festivals „Jazz lives in Syria“ mit Konzerten in Damaskus, Deir ez-Zoor und Tartous. „Pileia“, ein Werk des österreichischen Komponisten Stefan Höll, wurde vom syrischen Euro-Med Jugendorchester uraufgeführt (28. Juli). Im Rahmen des Programms „Styria meets Syria“ fand ein gemeinsamer Workshop der steirischen KünstlerInnen Wolfgang Becksteiner, Barbara Caspar und Claudia Nebel mit syrischen KünstlerInnen statt.

### Anhang

Univ.-Prof. Andreas Schmidt-Colinet von der Universität Wien führte mit seinem Team archäologische Grabungen in Palmyra durch. Die Kooperation der Universität Aleppo mit dem Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt (Bundeswasseramt) wurde fortgesetzt, ebenso jene der Universität Damaskus mit der Universität für Bodenkultur Wien im Bereich erneuerbare Energie. Darüber hinaus bestehen Kontakte der Universität Homs zur Universität für Bodenkultur sowie der Universität Aleppo zum Institut für Kulturtechnik und Bodenhaushalt.

Die österreichischen Exporte betragen 63,496 Millionen Euro (+46,4 %), die Importe 104,794 Millionen Euro (-57,6 %).

#### **Tadschikistan (Republik Tadschikistan), Duschanbe**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Emomali Rachmonow	Akil Akilow	Khamrokhon Zarifi

Astana – **ÖB; AHSt:** siehe Russland

Besuche in Österreich: Tadschikische Delegation unter der Leitung der stellvertretenden Ministerin für Wirtschaft und Handel Larissa Kisljakowa zur zweiten Tagung der Gemischten Österreichisch-Tadschikischen Kommission für Wirtschaftsfragen, Paraphierung des bilateralen Abkommens über die Förderung und den Schutz von Investitionen (2.–4. Juni).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 21.000 Euro erbracht.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten unterstützt ein unter der Ägide des OSZE-Zentrums in Duschanbe laufendes Projekt für den Zeitraum 2006–2009 zur Vernichtung von K LW und herkömmlicher Munition in Tadschikistan mit 30.000 Euro. Sechs TeilnehmerInnen aus Tadschikistan nahmen an der OZSE-Sommerakademie des Europäischen Universitätszentrums für Friedensforschung teil (Stadtschlaining, 23.–29. Juni), zwei tadschikische JungdiplomatenInnen an einem Spezialseminar für DiplomatenInnen und BeamtenInnen aus Südkaukasien, Zentralasien, der Mongolei und Afghanistan an der DA (6.–26. April).

Abhaltung eines zweiwöchigen Sommerkurses für Deutsch mit Schwerpunkt auf österreichische Landeskunde für StudentInnen am Germanistikinstitut der Tadschikischen Staatlichen Pädagogischen S. Ajni Universität (16.–27. Juni).

Die WKÖ organisierte eine unter der Leitung von Vizepräsident Richard Schenz stehende österreichische Wirtschaftsmission (Duschanbe, 17. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 5,516 Millionen Euro (+133,2 %), die Importe 1,480 Millionen Euro (-78,1 %).

#### **Tansania (Vereinigte Republik Tansania), Dodoma**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Jakaya Mrisho Kikwete	Mizengo Kayanza Peter Pinda (seit 9. Februar)	Bernard Kamilius Membe

**ÖB:** siehe Kenia; **AHSt:** siehe Südafrika; Dar es Salaam – **HGK**

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 642.000 Euro erbracht.

Der österreichische Musiker Werner Puntigam nahm mit seiner Formation „Afrodynamix“, welcher neben Musikern aus Österreich auch KünstlerInnen aus dem Senegal, Mosambik und Simbabwe angehören, am Sauti za Busara Festival teil (Sansibar, 2.–10. Februar).

### *Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 13,952 Millionen Euro (+153,8 %), die Importe 5,382 Millionen Euro (+50,8 %).

#### **Thailand (Königreich Thailand), Bangkok**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
König Bhumibol Adulyadej	Abhisit Vejjajiva (seit 17. Dezember)	Kasit Piromya (seit 17. Dezember)

Bangkok – **ÖB, AHSt**; Chiang Mai, Pattaya, Phuket – **HK**

Besuche aus Österreich: Bundesminister Martin Bartenstein mit Wirtschaftsdelegation, Treffen mit dem stellvertretenden Premierminister, Handelsminister Mingkwan Sangsuwan, dem stellvertretenden Premierminister, Finanzminister Surapong Suebwoonglee und Gesundheitsminister Chaiya Sasomsab (7. März); Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny (W), Teilnahme am Wien Ball und Treffen mit dem stellvertretenden Gouverneur von Bangkok Vallop Suwande und dem Staatssekretär im Bildungsministerium Vira Rojpochanarat (22.–25. Oktober); Bürgermeisterin Inge Rinke mit Delegation der Stadt Krems, Verleihung der Ehrendoktorwürde der Christian University Thailand an den Geschäftsführer der IMC Fachhochschule Krems Heinz Boyer (25. August).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 143.000 Euro erbracht.

Der Austausch von WissenschaftlerInnen und StipendiatenInnen, vor allem im Rahmen der Nord-Süd-Dialogstipendien und Technologiestipendien Südost-Asien des ASEAN-UNINET-Programms, wurde fortgesetzt. Im Rahmen des ASEAN-UNINET nahmen im Juli 20 österreichische StudentInnen verschiedener österreichischer Universitäten an dem von der Universität Innsbruck organisierten Asian Studies Program an der Chulalongkorn University in Bangkok und der Chiang Mai University teil.

An der Chulalongkorn-Universität in Bangkok besteht seit 1990 das Austrian-Thai Centre for Computer-Assisted Chemical Education and Research (ATC).

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: Fotoausstellung Josef Polleross, La Lanta Galerie (8.–31. Jänner); Fringe Theaterfestival, Teilnahme von Karine LaBel mit dem Stück „Namenlos“ (15.–17. Februar); Foreign Correspondent Club Bangkok, österreichischer Filmabend, Vorführung „Indien“ (24. Juni); Metropolitan Opera Bangkok, Aufführungen „Die Fledermaus“ (25.–27. Juni); Meisterkurs Gesang, Univ.-Prof. Franz Lukasovsky, Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien, in Bangkok und Chiang Mai (19.–24. September); Wien Ball in Bangkok anlässlich 140 Jahre Beziehungen Österreich – Thailand (22. Oktober); Photoausstellung Goethe-Institut Bangkok „Wien – Wolfsburg“, Teilnahme der österreichischen Fotografen Rainer Riedler und Paul Albert Leitner (28. Oktober bis 15. November); Konzert Ambassade Orchester Wien (23. Oktober); Lesungen Folke Tegetthoff (27.–29. Oktober); Ausstellung Ursula Stoff, „Thailand – Liechtenstein“, Goethe-Institut Bangkok (20. November bis 18. Dezember); ASIATOPIA Bangkok und Chiang Mai, Teilnahme der österreichischen Performance-KünstlerInnen Rolf Hinterecker, Sabine Marte und Gertrude Moser (1.–30. November); Filmbeitrag „Time Limits“ (ORF) beim 4. Internationalen Wissenschaftsfilmfestival in Bangkok (21.–26. November); Filmbeitrag „Komm Süßer Tod“ beim EU-Filmfestival in Bangkok und Chiang Mai (27. November bis 7. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 197,803 Millionen Euro (+6,3 %), die Importe 394,477 Millionen Euro (+4,5 %).

*Anhang***Timor-Leste  
(Demokratische Republik Timor-Leste), Dili**Staatsoberhaupt  
José Ramos-HortaRegierungschef  
Kay Rala Xanana  
GusmãoAußenminister  
Zacarias Albano da Costa**ÖB, AHSt:** siehe Indonesien

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 102.000 Euro erbracht.

Im Rahmen eines EU-finanzierten Wasserversorgungsprojekts waren in Timor-Leste mehrere Fachleute des Österreichischen Roten Kreuzes im Einsatz.

Mit den Regierungsstellen in Dili wurden Pläne für ein auf österreichischem Know-how basierendes Musikunterrichtsprogramm für das Land erarbeitet.

Österreich nahm am ersten EU-Filmfestival in Dili mit dem Film „Meine Schwester das Biest“ mit Sandra Pires teil.

Die österreichischen Exporte betragen 15.000 Euro (+52,0 %), die Importe 1.000 Euro (+183,1 %).

**Togo  
(Republik Togo), Lomé**Staatsoberhaupt  
Faure Essozimana  
GnassingbéRegierungschef  
Gilbert Fossoun  
Houngbo  
(seit 7. September)Außenminister  
Koffi Essaw  
(seit 15. September)**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Teilnahme einer Diplomatin der Republik Togo an einem von der DA veranstalteten Lehrgang für afrikanische DiplomatenInnen (Dezember).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 15.000 erbracht.

Die österreichischen Exporte betragen 1,606 Millionen Euro (-17,7 %), die Importe 300.000 Euro (+139,5 %).

**Tonga  
(Königreich Tonga), Nuku'alofa**Staatsoberhaupt  
König George Tupou VRegierungschef  
Feleti Vaka'uta SeveleAußenminister  
Sonatane  
Tu'akinamolahi  
Taumoepeau-Tupou**ÖB, AHSt:** siehe Australien**Trinidad und Tobago  
(Republik Trinidad und Tobago), Port of Spain**Staatsoberhaupt  
George Maxwell RichardsRegierungschef  
Patrick ManningAußenministerin  
Paula Gopee-Scoon**ÖB, AHSt:** siehe Venezuela; Port of Spain – HK



### *Länderinformationen*

Trinidad und Tobago ist für Österreich der wichtigste Wirtschaftspartner in der Karibik.

Die österreichischen Exporte betragen 16,684 Millionen Euro (+49,5 %), die Importe 321.000 Euro (-4,4 %).

#### **Tschad**

##### **(Republik Tschad), N'djamena**

Staatsoberhaupt Idriss Déby Itno	Regierungschef Youssef Saleh Abbas	Außenminister Moussa Faki Mahamat (seit 23. April)
-------------------------------------	---------------------------------------	--

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Besuche aus Österreich: Bundesminister Norbert Darabos, Besuch der österreichischen Einheit der EUFOR Tchad/RCA (7.–9. April, 20. und 21. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 3,958 Millionen Euro (+121,1 %), die Importe 1.000 Euro (-98,0 %).

#### **Tschechien**

##### **(Tschechische Republik), Prag**

Staatsoberhaupt Václav Klaus	Regierungschef Mírek Topolánek	Außenminister Karel Schwarzenberg
---------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------------

Prag – **ÖB, AHSt, KF, ÖW;** Brünn – **HK, ASO, ÖI;** Budweis – **HK**

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Reinhold Lopatka, Treffen mit dem für Sport zuständigen Vizeminister Jan Kocourek im Rahmen der UEFA EURO 2008 Road Show (27. Februar); Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Bildungsminister Ondřej Liška und Außenminister Karel Schwarzenberg, Prag (21. April); Delegation des österreichischen Bundesrates unter der Leitung von Vizepräsident des Bundesrates Jürgen Weiss, Besuch beim Ausschuss für regionale Entwicklung, öffentliche Verwaltung und Umwelt im tschechischen Senat, Gespräche mit dem verfassungsrechtlichen Ausschuss des Senats und mit Senatspräsident Přemysl Sobotka (29. April); Bundesminister Günther Platter, Teilnahme am „Forum Salzburg“ in Prag (15. und 16. Mai); Bundespräsident Heinz Fischer, Treffen mit Präsident Václav Klaus zum Gedenken an 1968 (Mikulov, 20. August); Landeshauptmann Erwin Pröll, Treffen mit Kreishauptmann Jan Zahradník (Budweis, 4. September); Vizepräsident des Bundesrates Harald Himmer, Teilnahme am Parlamentspräsidententreffen aus elf zentraleuropäischen Ländern (26. und 27. September); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Treffen mit Gesundheitsminister Tomas Julinek (Znaim, 6. Oktober); Bundesminister Johannes Hahn, Besuch anlässlich der 15-Jahr-Feier der Aktion Österreich-Tschechien unter Teilnahme von Bildungsminister Ondřej Liška (9. Oktober); Chef des Generalstabs General Edmund Entacher, Treffen mit Generalstabschef Vlastimil Pícek (15. Dezember).

Besuche in Österreich: Ministerpräsident Mírek Topolánek, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (7. Jänner); Präsident Václav Klaus, Treffen mit Bundespräsident Fischer (25. März); Senatspräsident Přemysl Sobotka, Teilnahme an der X. Tagung der Vereinigung der europäischen Senate (17.–19. April); Außenminister Karel Schwarzenberg, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (25. April und 1. September); Delegation des Ausschusses für Sicherheit des tschechischen Abgeordnetenhauses unter Leitung des Abgeordneten Karel Splichal, Treffen mit dem Vorsitzenden des Justizausschusses Heribert Donnerbauer und der Abgeordneten zum Nationalrat Bettina Stadlbauer (27. Mai); stellvertretende Innenministerin Lenka Ptáčková-Melicharová, Teilnahme am „Forum Salzburg“ (16.–18. Juli); Grenzlandtreffen des österreichischen Bundesrates mit dem tschechischen Senat, Teilnahme von Präsident des Bundesrates Weiss und Senatspräsident Sobotka, (Retz, 17. September); Vizeaußenminister und Generalsekretär Martin Cermak, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (20. November);

### Anhang

Außenminister Schwarzenberg, Treffen mit Bundesministerin Plassnik anlässlich der Unterzeichnung des Kulturabkommens (21. November).

Am 1. Jänner trat die Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung eines gemeinsamen Zentrums Drazenhofen – Mikulov in Kraft. Ebenso in Kraft trat am 2. Februar die Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik zur Änderung und Ergänzung der Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über die Errichtung von festgelegten Stellen auf touristischen Wegen vom 9. Dezember 2005, in der Fassung der Änderung vom 29. Juni 2007. Am 31. März wurde die Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik gemäß Artikel 2 Absatz 4 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr vom 17. Juni 1991 unterzeichnet und trat am 1. Mai in Kraft. Am 1. Juli trat das Protokoll zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen Republik zur Änderung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung von Fragen gemeinsamen Interesses im Zusammenhang mit der nuklearen Sicherheit und dem Strahlenschutz in Kraft. Am 24. September wurde das Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Tschechischen Republik über den Austausch und den gegenseitigen Schutz klassifizierter Informationen unterzeichnet. Ein neues Kulturabkommen wurde am 21. November in Wien unterzeichnet.

Auf Initiative der Österreichischen Botschaft fand das dritte bilaterale Bürgermeistertreffen in Budweis statt, das sowohl Gemeinde- als auch WirtschaftsvertreterInnen zu einem Erfahrungsaustausch zusammenbrachte (24. Juni). Schwerpunktthema waren aktuelle Probleme der Abfallwirtschaft.

Das österreichisch-mährische Zentrum in Znaim, eine Initiative der Österreichischen Botschaft gemeinsam mit dem tschechischen Senat und dem Bürgermeister von Znaim, veranstaltete ein Symposium zur Rolle der Medien im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ 1968 (Oktober). Beteiligt waren die Universität Wien, die tschechische Akademie der Wissenschaften sowie die Karlsuniversität Prag.

Das KF setzte neben der laufenden Tätigkeit mit Ausstellungen, Konzerten und Literaturveranstaltungen in der Hauptstadt auch in den Regionen kulturelle Akzente: Einen Veranstaltungsschwerpunkt bildete der „tschechisch-österreichische Kulturherbst in Brünn“.

Neben der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen aufgrund direkter Kontakte wurden weiterhin Kooperationsprojekte im Rahmen der „Aktion Österreich – Tschechien, Wissenschafts- und Erziehungskooperation“ verwirklicht. Das 15-jährige Bestehen des Programms „Aktion Österreich – Tschechien“ wurde am 9. Oktober im Prager Karolinum festlich begangen, wobei Bildungsminister Ondřej Liška und Bundesminister Hahn die Absicht zu einer Fortsetzung und Intensivierung der Beziehungen bekräftigten. Im Rahmen der Veranstaltung wurde ein Memorandum über die Anerkennung von Hochschulzeugnissen zwischen Österreich und Tschechien unterzeichnet.

Das Gedenken an die Ereignisse des „Prager Frühlings“ 1968 nahm eine wichtige Stelle im Veranstaltungsprogramm des KF ein: Eine Ausstellung des österreichischen Fotografen Franz Goess, die unter dem Ehrenschild von Außenminister Karel Schwarzenberg stand und auch von ihm eröffnet wurde, wurde in Brünn, Prag und Znaim gezeigt.

Die Tage des deutschsprachigen Films mit vier österreichischen Beiträgen wurden zusammen mit dem Goethe-Institut und der Schweizerischen Botschaft zum dritten Mal veranstaltet (Oktober). Im Rahmen der Prager Buchmesse fanden zwei Tage mit Autorenlesungen und -gesprächen statt, ebenso in Kooperation mit dem Goethe-Institut und der Schweizerischen Botschaft.

Das Wachstum der österreichischen Exporte nach Tschechien war mehr als doppelt so groß als das Wachstum der österreichischen Exporte weltweit. Durch die hohe Dynamik der österreichischen Lieferungen nach Tschechien wird Tschechien als Abnehmer für österreichische Waren von immer größerer Bedeutung: In der Rangfolge der weltweit wichtigsten Exportländer Öster-

### *Länderinformationen*

reichs nimmt Tschechien nun hinter Deutschland, Italien und den USA den vierten Rang ein. Mit einem derzeitigen Bestand an österreichischen Direktinvestitionen von insgesamt rund 7,94 Milliarden Euro ist Österreich nach Deutschland und den Niederlanden drittgrößter Investor in Tschechien.

Die österreichischen Exporte betragen 4.401,730 Millionen Euro (+7,7 %), die Importe 4.237,271 Millionen Euro (+16,5 %).

#### **Tunesien (Tunesische Republik), Tunis**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Zine El Abidine Ben Ali	Mohamed Ghannouchi	Abdelwaheb Abdallah

#### **Tunis – ÖB**

Besuche in Österreich: Bürgermeister von Tunis Abbès Mohsen, Gespräche mit der Wiener Stadtverwaltung (13.–17. Jänner); Tourismusminister Khelil Lajimi, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (10. Dezember).

Tunesien und Österreich intensivierten die Zusammenarbeit in den Bereichen Erneuerbare Energien und Umweltschutz. Über tunesische Einladung fand in Tunis ein Workshop über „Erneuerbare Energiequellen“ (19. und 20. November) statt. Zwischen der österreichischen und der tunesischen Energieagentur wurde ein Memorandum of Understanding unterzeichnet (21. November). Im Rahmen der Exportinitiative Umweltechnologien führte eine österreichische Delegation unter Leitung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Gespräche im tunesischen Umweltministerium und in Institutionen im Bereich des Umweltschutzes (27. November). Tunesien und Österreich einigten sich auf die Verlängerung des Ende des Jahres auslaufenden bilateralen Abkommens über finanzielle Zusammenarbeit um weitere zwei Jahre bis 31. Dezember 2010.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 13.000 Euro erbracht.

Die Kulturbeziehungen konzentrierten sich auf die Teilnahme von österreichischen EinzelkünstlerInnen und Ensembles im Rahmen von größeren und kleineren tunesischen Musikfestivals.

Das traditionelle Konzert des Wiener Opernballorchesters unter Mitwirkung österreichischer GesangssolistInnen und einer Ballettgruppe der Wiener Volksoper fand im römischen Amphitheater in El Jem statt (12. Juli). Dieses Konzert ist inzwischen in Tunesien zu einer Institution – vergleichbar dem Neujahrskonzert in Wien – geworden. Es eröffnete die dortigen Sommerfestspiele, fand vor mehreren Tausend Zusehern statt und wurde im nationalen Fernsehen übertragen.

„Sigi Finkel & African Heart“ machten im April den Anfang beim Festival „Jazz à Carthage“. Vor dem eigentlichen Konzert wurde von Sigi Finkel auch eine Meisterklasse für Saxophon im Institut Supérieur de Musique in Tunis abgehalten. Im Juni veranstaltete die Botschaft in Zusammenarbeit mit der in Tunesien lebenden Künstlerin Paula Kraft eine Lesung von Werken Stefan Zweigs mit musikalischer Untermalung durch Klavier und Violine.

Die Tunesisch-Österreichische Freundschaftsgesellschaft organisierte einen Auftritt der Gruppe von Célia Mara in Tunis mit (Juli).

Edua Amarilla Zadory (Violine) und Raluca Stirbat (Klavier) konzertierten im Rahmen des Festivals „Octobre Musical“ in Tunis und in der österreichischen Residenz. Den Abschluss des kulturellen Jahres bildete ein Orgelkonzert von Wolfgang Kogert in der Kathedrale von Tunis (6. Dezember).

Die österreichischen Exporte betragen 65,816 Millionen Euro (-15,1 %), die Importe 117,053 Millionen Euro (+9,5 %).

*Anhang***Türkei  
(Republik Türkei), Ankara**

Staatsoberhaupt Abdullah Gül	Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan	Außenminister Ali Babacan
---------------------------------	--	------------------------------

Ankara – **ÖB, AHSt**; Istanbul – **GK, AHSt, KF, ÖI**; Antalya (seit Juli vorübergehend geschlossen), Bodrum, Bursa, Izmir, Mersin – **HK**

Besuche aus Österreich: Sektionsleiter Josef Mayer, Teilnahme an der Sitzung der bilateralen Wirtschaftskommission und Energiekommission (6. und 7. Februar); Bundesministerin Ursula Plassnik, Treffen mit Präsident Abdullah Gül, Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, Außenminister Ali Babacan, dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I., Großmufti Prof. Mustafa Cagraci, Präsidentin des Verbands türkischer Industrieller und Unternehmer (TÜSIAD) Yalcindag-Dogan, Besuch der Österreichischen Schule sowie des Österreichischen Spitals (20.–22. April); Bundesminister Johannes Hahn, Arbeitsbesuch (28. April); Bundespräsident Heinz Fischer, Bundesminister Erwin Buchinger, Bundesminister Martin Bartenstein, Staatssekretärin Christa Kranz, Bundesminister a.D. Rudolf Scholten, Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Vizepräsident der WKÖ Richard Schenz, Staatsbesuch in Ankara, Kayseri und Istanbul, Treffen mit Präsident Gül, Parlamentspräsident Köksal Toptan, Ministerpräsident Erdoğan und Oppositionsführer Deniz Baykal und dem Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I., Teilnahme an österreichisch-türkischen Wirtschaftsforen in Kayseri und Istanbul, Besuch der österreichischen Schule und des österreichischen Spitals in Istanbul (19.–22. Mai); Erzbischof Christoph Kardinal Schönborn, Besuch in Ankara und Istanbul (12.–15. Oktober); Stadtrat Rudolf Schicker (W), Teilnahme an den Wien-Tagen (15.–17. Oktober); Vizebürgermeisterin Renate Brauner (W), Teilnahme an den Wiener Wirtschaftstagen in Ankara (5.–6. November).

Besuche in Österreich: Energieminister Mehmet Hilmi Güler, Unterzeichnung des Vertrags über den Beitritt eines Energieversorgungskonzerns zum Nabucco-Konsortium (5. Februar); Finanzminister Kemal Unakitan, Unterzeichnung des Doppelbesteuerungsabkommens (28. März); Ministerpräsident Erdoğan, Besuch des „UEFA EURO 2008“-Spiels Türkei-Deutschland; Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (20. und 21. Juni), Kulturminister Ertuğrul Günay, Eröffnung der türkischen Kulturwoche in Wien (10. und 11. Oktober), Energiestaatssekretär Selhattin Cimen, Energiekonsultationen (13.–15. Oktober); außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, Vortrag im Rahmen des Silent Colloquium „Turkey's New Foreign Policy Strategies between East and West“ (20. Oktober); Parlamentspräsident Köksal Toptan, Treffen mit Bundespräsident Fischer und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (4.–6. November).

Ein Doppelbesteuerungsabkommen wurde am 28. März unterzeichnet. Verhandlungen über ein Visaerleichterungsabkommen wurden am 27. November abgeschlossen, ebenso die Verhandlungen über ein Memorandum of Understanding im Umwelt- und Forstwirtschaftsbereich und über ein Memorandum of Understanding im Landwirtschaftsbereich. Staatssekretärin Christa Kranz präsentierte anlässlich des Staatsbesuchs von Bundespräsident Heinz Fischer den Entwurf eines Memorandum of Understanding im Verkehrsbereich.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 78.000 Euro erbracht.

Das Archäologische Museum Istanbul zeigte in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Museum Wien und dem Ephesos Museum Selçuk die Ausstellung „Das Artemision von Ephesos. Heiliger Platz einer Göttin“ (22. Mai bis 22. September), die von Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet wurde. In Ankara wurde in Zusammenarbeit mit der Fakultät für Schöne Künste der Hacettepe Universität ein Bildhauersymposium mit den österreichischen KünstlerInnen Elisabeth Altenburg, Berutz Heschat, Giorgi Okropiridse und Gregor Pokorny veranstaltet (5.–20. Mai). Die dabei entstandenen Werke wurden beim Empfang anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Fischer im Garten der Österreichischen Residenz präsentiert. Das Finale der UEFA EURO 2008 wurde in der Botschaft in Ankara sowie im GK und dem KF in Istanbul live übertragen (29. Juni). Im Rahmen des Public Screening gab es zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen.

### *Länderinformationen*

gen, darunter ein Konzert der Jazzband „Criss Cross“ und eine Ausstellung des Malers Karl Korab in Istanbul sowie einen österreichischen Gourmetabend und Auftritte des Salzburger Volksmusikensembles Haitzmann in Ankara.

Neben österreichischen KünstlerInnen wurden auch gemeinsame Konzerte von österreichischen und türkischen MusikerInnen präsentiert, etwa das Konzert des Wiener Jeunesse Orchesters mit dem türkischen Pianisten und Komponisten Sabri Tuluğ Tırpan in der Süreyya Oper in Istanbul anlässlich des Europatags (9. Mai). Parallel dazu wurde die in Ankara initiierte Reihe „Türkische KünstlerInnen in Österreich“ fortgeführt, in deren Rahmen Konzerte (Ezgi Saydam/ Kamerhan Turan 4. Jänner, Sigrid Schobel/Taner Türker 2. November) und Ausstellungen („Mein Vater und ich – Babam ve ben“ von Mehmet Emir in Hatay, Konya, Mersin und Urfa; „Zoom“ von Rebbii Yetis) präsentiert wurden.

In der Galerie des KF in Istanbul wurden regelmäßig österreichische MalerInnen ausgestellt, darunter Anton Lehmden und Herwig Zens. Der Kontakt zu den Germanistikinstituten der Türkei wurde weiter ausgebaut, beispielsweise durch Autorenlesungen von Sabine Scholl (26. März) und Brita Steinwendtner (29. April) an der Ankara Universität und Hacettepe Universität Ankara.

Österreich war bei den wichtigsten Musikfestivals vertreten, beispielsweise bei den Europäischen Jazztagen in Izmir (5.–15. März) durch das Muthspiel Trio. Das Istanbul Musikfestival (6.–30. Juni) wurde mit einem Konzert der Wiener Kammerphilharmonie eröffnet (6. Juni). Auch die österreichische Mezzosopranistin Angelika Kirchschlager nahm an diesem teil (25. Juni). Steirische moderne Volksmusik wurde von der Grazer Dreimäderlhausmusi beim Internationalen Kulturfestival in Kars (3.–5. Oktober) aufgeführt. Beim Märzfestival in Ankara wurde Österreich durch die mit dem World Music Award ausgezeichnete Gruppe Nim Sofyan vertreten (27. März). Wiener Musik wurde beim Internationalen Ankara Musikfestival vom Johann Strauß Oktett unter der Leitung von Alfred Pflieger geboten (17. April), dessen Ensemble in Corum (18. April) einen weiteren Auftritt absolvierte. Im Herbst gab es in Ankara in mehrfacher Hinsicht einen Wien-Schwerpunkt: Im Rahmen einer Wienwoche (15.–21. Oktober) fand die Ausstellung „Verbindungsstücke“ von Robert Kabas statt, ein „Wiener Melodienstrauß“ wurde vom Ensemble „Prof. Bileck & die Wiener Solisten“ präsentiert (16. Oktober). Das Ensemble gastierte außerdem in Kayseri (17. Oktober). Zu Ehren des österreichischen Architekten Clemens Holzmeister und seines umfangreichen Schaffens in Ankara wurde eine Straße in der Hauptstadt nach ihm benannt und eine Ehrentafel eingeweiht (15. Oktober). Bereits zum zweiten Mal verwandelte sich die Österreichische Residenz in ein Wiener Kaffeehaus (1.–2. Dezember).

Mit den wechselseitigen musikalischen Beziehungen zwischen Orient und Okzident beschäftigte sich das Symposium „Das Osmanische Reich auf den Bühnen Europas“, das in Zusammenarbeit mit dem Don Juan Archiv Wien in Istanbul organisiert wurde (5. und 6. Juni). Ein diesem Thema ebenfalls zuzuordnender musikalischer Höhepunkt war das von Nadja Kayali moderierte Konzert „Mozart und die Türken“, das in Zusammenarbeit mit dem Bilkent Symphonie Orchester und der Solo-Violinistin Rebekka Hartmann in Ankara stattfand (24. Oktober). Eine Reihe an wissenschaftlichen Veranstaltungen und Konferenzen rundete das Jahresprogramm ab. Herauszuheben ist die Teilnahme der türkisch-österreichischen Open-Space-Künstlerin Gülsen Bal an der „Video-Vortex“ an der Bilkent Universität Ankara (9.–11. Oktober) und die gemeinsam mit den Vertretungsbehörden der Tschechischen Republik und der Slowakei organisierte Konferenz „Prague Spring: Democracy Deprived“ (Ankara, 22. und 23. Oktober).

Österreich zählt zu den zehn größten Investoren in der Türkei und belegte im ersten Halbjahr Platz 6. Seit 2002 sind die österreichischen Exporte um rund 60 % gewachsen. Wichtigste Exportgüter sind Maschinen, Kunststoffe, Papier, Kfz, Stapelfasern, Eisen und Stahl, Kunststoffe, Messinstrumente und pharmazeutische Erzeugnisse. Österreich importiert aus der Türkei vor allem Bekleidung und Kraftfahrzeuge, weiters Maschinen, Nahrungsmittel, Früchte, Aluminium, Spinnstoffwaren und Kautschuk. Wichtigste Investitionssektoren sind die Bereiche Energie, Papier, Versicherungswesen, Immobilien und Baumaterialien.

Die österreichischen Exporte betragen 965,752 Millionen Euro (+2,4 %), die Importe 909,456 Millionen Euro (+5,5 %).

*Anhang***Turkmenistan  
(Turkmenistan), Aschgabat**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Gurbanguly Berdymuchammedow

Außenminister  
Raschid Meredow

**ÖB:** siehe Kasachstan; **AHSt:** siehe Russland

Besuche aus Österreich: Abhaltung der ersten Gemischten Österreichisch-Turkmenischen Wirtschaftskommission; Gespräch mit dem Akim von Turkmenbaschi (Aschgabat, Turkmenbaschi, 9.–12. April).

Besuche in Österreich: Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow in Begleitung einer hochrangigen Regierungsdelegation, Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler Wilhelm Molterer im Beisein der BundesministerInnen Martin Bartenstein und Ursula Plassnik, Empfang durch den Bürgermeister von Wien Michael Häupl, Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Wien, Teilnahme an einem von der WKÖ und der Wirtschaftskammer Wien veranstalteten Wirtschaftsforum (17. und 18. November); Parlamentarierdelegation unter der Leitung des Abgeordneten Geldymurat Allalyew, Teilnahme an der 7. Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (21. und 22. Februar).

Teilnahme von zwei turkmenischen JungdiplomatenInnen am Executive Training Programme für DiplomatenInnen und BeamtenInnen aus Südkaukasien, Zentralasien, der Mongolei und Afghanistan an der DA (6.–26. April); ein turkmenischer Diplomat nahm am Sommersprachkurs für Deutsch an der DA teil (4.–29. August).

Drei TeilnehmerInnen aus Turkmenistan nahmen an der OSZE-Sommerakademie des Europäischen Universitätszentrums für Friedensforschung teil (Stadtschlaining, 23.–29. Juni). Die Wirtschaftskammer Wien vergab ein Stipendium für einen einjährigen Fremdenverkehrslehrgang in Österreich.

Das unter österreichischer Beteiligung durchgeführte EU-Programm BOMCA wurde fortgesetzt.

Teilnahme des Alt Wiener Quartetts am Musikfestival Aschgabat (7. und 12. April).

Die WKÖ organisierte eine österreichische Wirtschaftsmissionen nach Turkmenistan (Aschgabat, Turkmenbaschi, 9.–12. April). Ein Kooperationsabkommen zwischen der WKÖ und der Handels- und Industriekammer Turkmenistans wurde unterzeichnet.

Die österreichischen Exporte betragen 28,289 Millionen Euro (-14,2 %), die Importe 33,267 Millionen Euro (+17,7 %).

**Tuvalu  
(Tuvalu), Funafuti**

Staatsoberhaupt  
Königin Elizabeth II.

Regierungschef und Außenminister  
Apisai Ielemia

vertreten durch:  
Generalgouverneur  
Sir Filoimea Telito

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

Die österreichischen Exporte betragen 38.000 Euro (+155,0 %).

**Uganda  
(Republik Uganda), Kampala**

Staatsoberhaupt  
Yoweri Kaguta Museveni

Regierungschef  
Apollo Nsibambi

Außenminister  
Sam Kutesa

*Länderinformationen*

**ÖB:** siehe Kenia; Kampala – **HK, Koordinationsbüro der OEZA; AHSt:** siehe Südafrika

Besuche aus Österreich: Staatssekretär Hans Winkler, Arbeitsgespräch mit Außenminister Sam Kutesa, Besichtigung von Projekten der OEZA in Norduganda (Gulu) (3.–5. Juni).

Für die Aktionen der OEZA im Schwerpunktland Uganda siehe Kapitel D.II.1.3.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 10,424 Millionen Euro erbracht.

Anlässlich des Europatags fand ein EU-Filmfestival statt, an dem Österreich mit dem Film „Donau“ von Goran Rebic vertreten war. Dieser Film symbolisierte insbesondere die Verbindung zum Wassersektor, in dem Österreich einer der führenden Geber Ugandas ist. Zusätzlich zum Filmfestival gab es ein Europe-Ugandan Village sowie ein Fußballturnier (28. April bis 9. Mai).

Eine Delegation österreichischer Wirtschaftstreibender besuchte Uganda vom 19.–21. Oktober.

Die österreichischen Exporte betragen 2,632 Millionen Euro (-55,2 %), die Importe 840.000 Euro (+14,3 %).

## **Ukraine (Ukraine), Kiew**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Viktor Juschtschenko	Julija Tymoschenko	Wolodymyr Ohrysko

**Kiew – ÖB, KF, AHSt, ÖW; Lemberg – HK, Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Charkiw – HK; Donezk HK**

Besuche aus Österreich: Delegation des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie zur Ausarbeitung einer Vereinbarung über eine Kooperation im Bereich Transportinfrastruktur und Technologietransfer (11.–14. Februar); Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle, Teilnahme am Black Sea Synergy Ministerial Meeting zwischen der Ukraine, der Europäischen Kommission, der EU-Ratspräsidentschaft und den EU-AußenministerInnen (14. Februar); Vizekanzler Wilhelm Molterer im Rahmen der EBRD-Jahrestagung in Kiew, bilaterale Treffen mit Vizeministerpräsident Hryhorij Nemyrja und Finanzminister Viktor Pynsenyk (18. und 19. Mai); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Staatssekretärin Christa Kranzl, Treffen mit Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk; die Staatssekretärin absolvierte ein bilaterales Arbeitstreffen mit Transport- und Kommunikationsminister Josyp Winskyj (14.–16. Juli); Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny (W) in Lemberg (September); Delegation der WKÖ, Treffen mit der Oblastgouverneurin von Kiew (5. September); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Teilnahme an einer multilateralen Konferenz des Europarats in Kiew (9. und 10. Oktober); Stadtrat Rudolf Schicker (W), Teilnahme an einer Konferenz in Odessa (3. und 4. November).

Besuche in Österreich: Vizeaußenminister Kostyantyn Jelisejew, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (6. und 7. Februar); Delegation des Innenministeriums unter Leitung von Generalmajor Viktor Olchovskiy in Wien und Salzburg (7.–13. Juni), Unterzeichnung eines Protokolls zwischen den beiden Innenministerien über die Zusammenarbeit in sicherheitsrelevanten Fragen der UEFA EURO 2008; Präsident Viktor Juschtschenko, Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer (8. Juli); Außenminister Wolodymyr Ohrysko führte im Rahmen dieses Besuches ein Gespräch mit Bundesministerin Ursula Plassnik.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 39.000 Euro erbracht.

Das KF Kiew führte kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen bzw. Projekte durch und wirkte darüber hinaus an einer Vielzahl von Kooperationen unterstützend mit. Neben dem KF Kiew gibt es in der Ukraine das Österreichisch-Ukrainische Kooperationsbüro für Wissenschaft, Bildung und Kultur in Lemberg, vier Österreich-Bibliotheken in Kiew, Lemberg, Czernowitz und Charkiw sowie ein Österreich-Zentrum in Drohobytsh. Darüber hinaus entsandte das Bundes-



### Anhang

ministerium für Unterricht, Kunst und Kultur eine Bildungsbeauftragte nach Odessa; drei Lektorinnen sind in Kiew, Lemberg und Czernowitz sowie eine Auslandslehrerin in Lemberg tätig.

Die wichtigsten vom KF unterstützten Veranstaltungen waren: Lesungen von Andrea Winkler in Kiew, Charkiw und Odessa (11.–16. Februar); Konzerte zeitgenössischer österreichischer Komponisten mit Hannes Raffaseder in Donezk und Kiew (18. und 19. Februar); Ausstellung und Präsentation des Projekts „Brücken:schlag“ (Czernowitzer Austria-Statuenprojekt) im Center for Contemporary Art in Kiew sowie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Umgang mit politischen Symbolen im Alltag“ (14. und 15. März); Konferenz „Halychyna – prostir, movy, ljudy“ in Lemberg (28. und 29. März); Liederabend mit Daniel Johannsen und der Pianistin Elena Larina in der Nationalen Philharmonie Kiew (5. April); Konzert mit Werken österreichischer Komponisten aus dem 18. Jahrhundert (Sammlung Rasumovsky) in der Nationalen Philharmonie Kiew (6. April); Teilnahme des österreichischen Komponisten und Dirigenten Wladimir Rosinskij am XIV. Internationalen Festival für zeitgenössische Musik „2 Days and 2 Nights“ in Odessa (18.–20. April); Europatage am 11. Mai (Kiew), 13.–15. Mai (Odessa) und 16.–17. Mai (Donezk); die Europatage werden von der Delegation der Europäischen Kommission in Kiew mit Unterstützung der EU-Botschaften organisiert; Moderntimes 1800, Barockkonzert auf Originalinstrumenten in der Kiewer Andreaskirche (13. Juni). Am 17. Juni fand in der Nationalen Philharmonie der Ukraine im Rahmen der Feierlichkeitenlässlich der Europa-Tage ein Konzert der europäischen klassischen Musik statt.

Österreich zählt zu den größten ausländischen Investoren.

Die österreichischen Exporte betragen 903,002 Millionen Euro (+22,1 %), die Importe 519,652 Millionen Euro (+0,6 %).

### Ungarn (Republik Ungarn), Budapest

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenministerin
László Sólyom	Ferenc Gyurcsány	Kinga Göncz

Budapest – **ÖB, AHSt, KF, ÖI, ÖW**; Fünfkirchen (Pécs), Nyiregyháza, Raab (Győr), Steinamanger (Szombathely), Stuhlweißenburg (Székesfehérvár), Szeged, Veszprém – **HK**

Das vorübergehend geschlossene Honorarkonsulat Raab (Győr) wurde am 17. November wiedereröffnet.

Besuche aus Österreich: ehemaliger Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Albert Rohan, Vortrag an der Andrassy Universität und Treffen mit Außenministerin Kinga Göncz (8. Jänner); Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Vizekanzler a.D. Erhard Busek, Treffen mit Außenministerin Kinga Göncz und FIDESZ-Vorsitzenden Viktor Orbán (9. Jänner); Bundesminister Josef Pröll, Treffen mit Umweltminister Gábor Fodor (Szentgotthard, 5. Februar); Landeshauptmann Franz Voves, Arbeitsgespräche mit Minister für Selbstverwaltungen und Regionale Entwicklung Gordon Bajnai, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Ábel Garamhegyi sowie mit Staatssekretär im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwesen László Kóthay und Eröffnung einer Biodieselanlage in der Nähe von Komárom (24. und 25. April); Bundesministerin Maria Fekter, Teilnahme am Treffen der InnenministerInnen des „Forum Salzburg“ (Hévíz, 2.–4. Oktober).

Besuche in Österreich: Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Ádám Ficsor, Teilnahme am Treffen der gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten zum Thema „Gesundheitscheck“ (19. Jänner); Staatssekretär im Ministerium für Selbstverwaltungen und Regionale Entwicklung István Újhegyi, Teilnahme an Veranstaltung der Europäischen Regionalen Zusammenarbeit (Oslip/Neusiedler See, 25. Jänner); Minister für Justiz und Polizeiwesens Albert Takács, Besuch des Juristenballs in der Wiener Hofburg (2. Februar); Gesundheitsministerin Ágnes Horváth, Arbeitsbesuch bei Bundesministerin Andrea Kdolsky (12. Februar); Minister für Selbstverwaltungen und Regionale Entwicklung Gordon Bajnai, Vortrag in der Wiener Industriellenvereinigung (29. Februar); Nabucco-Koordinator Mihály Bayer, Arbeitsgespräche im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und bei



*Länderinformationen*

der ÖMV (24. und 25. April, 10. September, 10. November sowie 11. Dezember); Fachstaatssekretär im Außenministerium László Várkonyi, Teilnahme am Mittagessen mit VN-CS Ban Kimoon (25. April); Staatspräsident László Sólyom, Teilnahme an informellen Präsidententreffen der Arraiolos-Gruppe (Graz, 29. und 30. April); Landwirtschaftsminister József Graf, Treffen mit Bundesminister Josef Pröll (30. April); Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, Treffen mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (5. Mai); Minister für Justiz und Polizeiwesen Tibor Draskovics, Arbeitsbesuch bei Bundesminister Günther Platter und Bundesministerin Maria Berger (9. Mai); Abgeordnete zum Europäischen Parlament Kinga Gál, Teilnahme an Diskussionsveranstaltung „Wer sichert meine Rechte? – Menschenrechte in Europa“ (13. Mai); Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Ábel Garamhegyi, Teilnahme an einem von einer österreichischen Bank und der WKÖ organisierten Runden Tisch (Linz, 27. und 28. Mai); Fachstaatssekretär im Außenministerium László Várkonyi, Teilnahme an der Wiederaufbaukonferenz für das Flüchtlingslager Nahr-El-Bared im Libanon (23. Juni); Fachstaatssekretär im Außenministerium Gábor Szentiványi, Teilnahme am Europa-Forum Wachau (Göttweig, 5. und 6. Juli); Gesundheitsminister Tamás Székely, Treffen mit Bundesministerin Andrea Kdolsky (14. Juli); Minister für Justiz und Polizeiwesen Tibor Draskovics, Teilnahme am InnenministerInnenreffen (Westbalkan-Sicherheitskonferenz) im Rahmen des „Forum Salzburg“ (16.–18. Juli); Treffen der beiden Kovorsitzenden des Ungarisch-Österreichischen Regionalen Koordinationsforums Péter Szaló, Staatssekretär im Ministerium für Nationale Entwicklung und Wirtschaft, und Harald Dossi, Sektionsleiter im Bundeskanzleramt (27. August); Gesundheitsminister Tamás Székely, Teilnahme am informellen Treffen der regionalen GesundheitsministerInnen (Salzburg, 28. und 29. August); János Kóka, Vorsitzender des Nabucco-Sonderausschusses des ungarischen Parlaments, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (5. November); Außenministerin Kinga Göncz, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Die am 11. August 2007 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der österreichischen Bundesregierung, der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung der Republik Ungarn über die Zusammenarbeit im Polizeikooperationszentrum Dolga Vas trat mit 13. März in Kraft.

Das im Vorjahr von Bundesminister Josef Pröll und dem ungarischen Umweltminister Gábor Fodor unterzeichnete Aktionsprogramm zur signifikanten Anhebung der Wassergüte des Raab-Lafnitz-Systems und zur nachhaltigen Vermeidung der Schaumbildung auf der Raab wurde konsequent weiterverfolgt.

Im Hinblick auf den geplanten und von Ungarn abgelehnten Bau einer Reststoffverwertungsanlage im grenznahen Heiligenkreuz wurde von Bundesminister Josef Pröll und dem ungarischen Umweltminister Imre Szabó eine „Konsultativgruppe“ ins Leben gerufen, deren erstes Treffen am 23. September in Budapest stattfand. Die Gespräche wurden am 20. November in Wien fortgeführt.

Der EUNIC-Cluster Hungary, ein Netzwerk von in Ungarn vertretenen Kulturinstituten der EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien und Slowakei nahm seine Tätigkeit auf. Das erste umfassende Projekt „Eurolab“ wurde unter der österreichischen Präsidentschaft koordiniert und fand an der deutschsprachigen Andrassy Universität statt. Im Zentrum stand die Frage der Rolle der Kultur in der Europäischen Integration, die im Rahmen einer zweitägigen Konferenz analysiert wurde. Im Rahmen eines weiteren EUNIC-Projekts „Europa Sulla Scena“ kam ein Einakter der österreichischen Autorin Gerhild Steinbuch zur Aufführung.

Im Rahmen des Frühlingstivals wurde die Oper „Il nascimento dell'Aurora“ von Tomaso Albinoni unter der Leitung von René Clemencic unterstützt. Die Kooperationen im Musikbereich wurden etwa mit dem Kulturschiff A38 (Christian Prommers Drum Lesson Live, Peter Kruder DJ Set, Patrick Pulsinger DJ Set, Madita Live, Dzhian & Kamien DJ Set, Kreisky, Deckchair Orange, Waldeck) fortgesetzt. Erstmals fand eine Kooperation des KF mit dem MOL Jazzfestival durch einen Auftritt Wolfgang Puschnigs statt.

Die Lyrikreihe „Dichterpaae“, bei der ein ungarischer Dichter jeweils einen deutschsprachigen „Seelenverwandten“ anspricht, wurde in Zusammenarbeit mit dem Collegium Hungaricum in Wien und einem Verlag fortgesetzt. Am 11. März las Peter Waterhouse mit Ferenc Szijj, am 27. Mai

### *Anhang*

folgten Franz Josef Czernin und István Kemény und am 18. September eröffnete Anja Utler mit János Térey die Herbstsaison, die am 4. Dezember von Michael Donhauser und Szilárd Borbély beschlossen wurde. Die Gedichte wurden jeweils zweisprachig verlegt und von einem Hörbuch begleitet.

Vor dem Sommer standen Veranstaltungen vor dem Hintergrund der UEFA EURO 2008 im Zentrum der Aktivitäten des KF, etwa das „Literatenmatch“ zwischen Österreich-Schweiz und Ungarn, die an vier ungarischen Universitäten abgehaltene Schreibwerkstatt „Schreib wie Cantona“, ein Symposium unter dem Titel „Zur Poetik des Fußballs“ sowie eine Podiumsdiskussion „Calcio Danubiano und der Schweizer Riegel“.

Im Oktober fand in der Ungarischen Nationalgalerie die Ausstellung „Kunst von Innen – Art Brut in Österreich und Ungarn“ statt. Erstmals wurden österreichische und ungarische Werke aus kunsttherapeutischen Werkstätten in der Nationalgalerie gezeigt; besondere Brisanz erhielt die Ausstellung durch die kürzlich erfolgte, umstrittene Schließung der psychiatrischen Klinik in Budapest.

Die Zusammenarbeit und der Austausch des KF mit den vier Österreich-Bibliotheken in Debrecen, Pécs, Szeged und Szombathely wurden weiter intensiviert.

Der Lehrstuhl für Mitteleuropastudien an der Andrassy Gyula Deutschsprachigen Universität in Budapest wird vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziell unterstützt. Zusätzlich betreut Österreich die laufenden Softwareadaptierungen des dort verwendeten Bibliothekprogramms „ALEPH“, finanziert einen Bibliothekar und leistete Bücherspenden bzw. Buchankäufe. Wesentliche Bedeutung für die weitere positive Entwicklung der Universität hatte die Genehmigung der so genannten Doktorschule: Dieses interdisziplinäre Bildungsangebot bietet als höchste Bildungsstufe PhD-Studienmöglichkeiten in den Teilprogrammen Politikwissenschaft (Internationale Beziehungen), Geschichte (neuere Geschichte Mitteleuropas) sowie Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften (Internationales Recht und EU-Recht).

Nach Jahren der Stagnation auf hohem Niveau stiegen sowohl die österreichischen Exporte nach Ungarn als auch die Importe wieder deutlich an. Österreich war hinter Deutschland, Russland und Italien der viertgrößte Exporteur, hinter Deutschland der zweitgrößte Importeur ungarischer Waren. Für die österreichische Wirtschaft bleibt Ungarn der siebentwichtigste Exportmarkt, beim Import ist Ungarn an zehnter Stelle unserer Lieferländer. Österreich bleibt mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 6,5 Milliarden Euro, was etwa 10 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Ungarn entspricht, weiterhin der drittgrößte Investor nach Deutschland und den Niederlanden.

Die österreichischen Exporte betragen 4.213,615 Millionen Euro (+5,2 %), die Importe 3.228,092 Millionen Euro (+14,8 %).

### **Uruguay (Republik Östlich des Uruguay), Montevideo**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
Tabaré Ramón Vázquez Rosas

Außenminister  
Gonzalo Fernández  
(seit 1. März)

### **ÖB und AHS: siehe Argentinien; Montevideo – HGK**

Johann-Strauß-Konzert (August); österreichische Teilnahme am Seminar „Ausländische Sprachen und Kultur in einem modernen Erziehungssystem“ (September).

Die österreichischen Exporte betragen 12,864 Millionen Euro (-32,2 %), die Importe 5,370 Millionen Euro (+73,7 %).

*Länderinformationen***Usbekistan  
(Republik Usbekistan), Taschkent**

Staatsoberhaupt  
Islam Karimov

Regierungschef  
Shavkat Mirziyajev

Außenminister  
Wladimir Norow

Wien – **ÖB; AHSt:** siehe Russland; **GK Moskau** zuständig für Konsularangelegenheiten

Besuche in Österreich: 1. Stellvertretender Außenminister Illhom Nematov, bilaterale politische Konsultationen, Treffen mit Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Johannes Kyrle (12. März); Vize-Außenministerin Gulnara Karimowa, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (16. April).

Staatssekretär Hans Winkler, Treffen mit Außenminister Wladimir Norow am Rande der VN-GV (New York, 26. September).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 19.000 Euro erbracht.

Die Abschlußkonferenz des von der EU finanzierten TEMPUS-Projekts „Computational Science with Chemistry Applications for University Training in Uzbekistan“ fand in Taschkent am 14. November statt. Unter Federführung der Universität Wien wurde ein Masterstudienlehrgang im Bereich Chemie/Chemischer Technologie und Informatik an der Universität Taschkent implementiert. In der Pilotphase konnten neben dem Training vor Ort auch fünf Studierende Arbeiten zu ihren Diplomarbeiten in der EU fortführen.

Im Zuge einer von der OSZE finanzierten Studienreise hielt sich eine Delegation der usbekischen Polizeiakademie vom 3.–7. November in Österreich auf, wo sie einer Einführung in die Grundausbildung, die berufsbegleitende Fortbildung, eLearning und den psychologischen Dienst folgen konnten.

Vera Ahamer hielt an der Universität für Weltsprachen in Taschkent einen Sommerkurs über österreichische Literatur und Landeskunde sowie eine Fortbildungsveranstaltung für LehrerInnen (9.–20. Juni). Durch die Entsendung einer DaF-Praktikantin im Wintersemester 2008/2009 wurde die Zusammenarbeit auf dem Germanistiksektor fortgesetzt. An der Universität für Weltsprachen in Taschkent ist ein Österreich-Lesesaal eingerichtet.

Beim dreiwöchigen Ausbildungsprogramm für DiplomatinInnen aus Südkasien und Zentralasien der DA waren im April zwei TeilnehmerInnen aus Usbekistan vertreten. Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten kofinanzierte die Teilnahme eines Usbeken an einem achtmonatigen Kurs an der ITH Salzburg Klessheim (Studienjahr 2007/2008).

Anschließend an einen Workshop waren Werke der österreichischen Künstlerin Brigitta Merl im Zuge einer Gruppenausstellung mit usbekischen KünstlerInnen in der Nationalgalerie Taschkent zu sehen (7.–20. August). Das staatliche usbekische Fernsehen drehte über ihren Aufenthalt einen Beitrag über TouristInnen in Usbekistan, der am usbekischen Nationalfeiertag im Hauptabendprogramm gezeigt wurde.

Eine von der WKÖ organisierte Wirtschaftsmission besuchte Usbekistan (16. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 61,921 Millionen Euro (+25,6 %), die Importe 3,573 Millionen Euro (-5,5 %).

**Vanuatu  
(Republik Vanuatu), Port Vila**

Staatsoberhaupt  
Kalkot Matas Kelekele

Regierungschef  
Edward Nipake Natapei  
(seit 30. September)

Außenminister  
Bakoa Kaltongga  
(seit 30. September)

**ÖB, AHSt:** siehe Australien

*Anhang***Vatikan****(Staat der Vatikanstadt), Vatikan**

Der Vatikan ist das Gebiet, über das das Völkerrechtssubjekt „Heiliger Stuhl“ seine Souveränität ausübt.

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Sekretär für die Beziehungen mit den Staaten
Papst Benedikt XVI.	Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone	Erzbischof Dominique Mamberti

**Rom – ÖB Heiliger Stuhl**

Besuche aus Österreich: ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz mit einer Delegation, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei einer Generalaudienz (23. Jänner); Präsident des Bundesrates Helmut Kritzinger und Landeshauptmann Herwig van Staa, Zusammentreffen mit Kardinal-Staatssekretär Tarcisio Bertone (11. März); Bundesminister Günther Platter mit einer Delegation, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei einer Generalaudienz (30. April); Staatssekretär Reinhold Lopatka mit einer Delegation des Österreichischen Fußball-Bundes (ÖFB), Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei einer Generalaudienz (7. Mai); Vize-Präsident des Bundesrates Harald Himmer mit einer Delegation, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei einer Generalaudienz (29. Oktober); Landeshauptmann Erwin Pröll mit einer Pilgergruppe anlässlich der Übergabe des Weihnachtsbaums an den Heiligen Stuhl, Zusammentreffen mit Papst Benedikt XVI. bei einer Privataudienz (12.–14. Dezember). Darüber hinaus wurden von der Botschaft zahlreiche Pilgergruppen aus Österreich betreut.

Die Wiener Philharmoniker gaben ein Konzert in der päpstlichen Basilika San Paolo fuori le Mura (13. Oktober).

Die österreichischen Exporte betragen 459.000 Euro (-45,1 %), die Importe 37.000 Euro (-16,1 %).

**Venezuela****(Bolivarische Republik Venezuela), Caracas**

Staatsoberhaupt und Regierungschef	Außenminister
Hugo Rafael Chávez Frías	Nicolás Maduro Moros

**Caracas – ÖB, AHSt**

Besuche in Österreich: Vizeminister für Europa Alejandro Fleming, Teilnahme an der ersten Tagung der Venezolanisch-Österreichischen Gemischten Wirtschaftskommission (21. und 22. April).

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in Höhe von rund 6.000 Euro erbracht.

Im Rahmen des Festivals „Puentes a Europa“ fanden Lesungen und Vorträge des Dichters Erich Hackl statt. Die Veranstaltungen im Rahmen des Festivals wurden von mehreren Konzerten mit verschiedenen MusikerInnen umrahmt. Abschließend fanden mehrere Konzerte des Quintetts „Concilium Musicum“ statt, bei denen Werke von Mozart, Haydn und Schubert aufgeführt wurden.

Auf der Grundlage des im November 2006 abgeschlossenen Abkommens zwischen dem Konservatorium Wien-Privatuniversität und der venezolanischen Jugendorchesterbewegung „FESNOJIV“ hielten sich im Lauf des Jahres mehrmals ProfessorInnen des Konservatoriums in Caracas auf, die als SolistInnen und gemeinsam mit venezolanischen KünstlerInnen öffentliche Konzerte und Kammermusikkonzerte in der Residenz der Botschaft gaben. Im Rahmen einer Mozartwoche wurde in Kooperation zwischen FESNOJIV und dem Konservatorium Mozarts Oper „Cosi Fan Tutte“ aufgeführt.

Österreich nahm mit dem Film „Klimt“ am Filmfestival Euroscopio teil (Mai).

### *Länderinformationen*

Die österreichischen Exporte betragen 98,002 Millionen Euro (+18,0 %), die Importe 318,779 Millionen Euro (+351,4 %).

#### **Vereinigte Arabische Emirate (Vereinigte Arabische Emirate), Abu Dhabi**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Sheikh Khalifa bin Zayed Al Nahyan	Sheikh Mohammad bin Rashid Al Maktoum	Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan

#### **Abu Dhabi – ÖB, AHSt; Dubai – ÖW, AWO-Marketingbüro**

Besuche aus Österreich: Delegation der Karl-Franzens-Universität Graz unter Leitung von Professor Ursula Schneider, Treffen mit dem Minister für Höhere Bildung Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan (24.–28. Februar); Wirtschaftsmission Steiermark unter Leitung von Landesrat Christian Buchmann, dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Steiermark Peter Mühlbacher und dem Präsidenten der Industriellenvereinigung Steiermark Jochen Pildner-Steinburg, Treffen mit Finanzminister Sheikh Hamdan bin Rashid Al Maktoum, Wirtschaftsminister Sultan Al Mansouri, dem Minister für Höhere Bildung Sheikh Nahyan bin Mubarak Al Nahyan, dem Generalsekretär des Städte- und Gemeindeverbandes Jassim bin Darwesh sowie den Bürgermeistern von Abu Dhabi Gomaia Mubarak Al Junaibi und Dubai Hussain Nasser Lootah (24.–31. Oktober).

Besuche in Österreich: Gemischte Wirtschaftskommission (6. Tagung) unter Leitung des Assistenten Undersecretary for International Cooperation Mohammed Abdul Rahim Mohammed Abdul Jalil (27.–28. Oktober); Außenminister Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan und Kulturminister Abdul Rehman Al Owais, Teilnahme an der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (17.–19. Dezember).

Im Rahmen der „Art Together Exhibition“ wurden im Dubai Ladies Club Werke von Christa Ecker-Eckhofen (Keramiken), Gabriela Medvedova (Installationen), Franziska Pirstinger (Gemälde), Karin Petrowitsch (Fotos), Eftichia Schlamadinger (Gemälde) und Michaela Zingerle (Gemälde) gezeigt (8. März).

Die von verschiedenen europäischen Botschaften, darunter der Österreichischen Botschaft, organisierte Filmserie „European Movies“ brachte den österreichischen Beitrag „Suzie Washington“ (30. März). Die UEFA EURO 2008 war Anlass einer Bustournee durch alle sieben Emirate (Ende Mai bis Ende Juni), besucht wurden unter anderem Schulen, Universitäten, Behindertenheime, Sportklubs, Medien und die jeweiligen Herrscherhäuser. Anlässlich des Finales der UEFA EURO 2008 wurde in Dubai am 29. Juni ein Empfang ausgerichtet, an dem auch Mitglieder der Herrscherfamilien teilnahmen. Eine Fotoausstellung von Georg Riha „Dubai in the 70ies, Vienna Today“ wurde in der Ghaf-Galerie gezeigt (6.–16. Oktober). An den Filmfestivals in Abu Dhabi und Dubai (Oktober bzw. November) nahm der österreichische Filmproduzent und Regisseur Titus Leber teil; das Festival in Dubai hatte den österreichischen Film „A Road to Mecca“ in sein Programm aufgenommen.

Die Wiener Sängerknaben traten in Dubai im Oktober im Rahmen einer Schulveranstaltung auf und die „American School of Dubai“ organisierte im November eine Eigenproduktion von „Sound of Music“.

Eine AWO-Wirtschaftsmission unter der Leitung des Vizepräsidenten der WKÖ Richard Schenz besuchte vom 8.–12. Juni die Vereinigten Arabischen Emirate. Zahlreiche österreichische Firmen nahmen an Messeveranstaltungen in den Emiraten teil. An der „Arabian Travel Market“-Messe (Dubai, 6.–9. Mai) nahmen österreichischerseits der Direktor der Europasportregion Zell am See-Kaprun Hans Wallner und der Direktor der Olympiaregion Seefeld Markus Tschner teil. Von der Österreich Werbung Dubai und Wien Tourismus, vertreten durch seinen Geschäftsführer Norbert Kettner, wurde am 6. November in Dubai eine „Vienna Club Night“ ausgerichtet.

Die Zahl der in den Vereinigten Arabischen Emiraten tätigen österreichischen Unternehmen – und damit auch die Zahl der hier ansässigen Auslandsösterreicher – steigt ständig. Derzeit sind

*Anhang*

rund 160 österreichische Firmen mit eigenen Niederlassungen präsent. Beim österreichischen Handelsbilanzüberschuss nehmen die Vereinigten Arabischen Emirate die Spitzenposition im Arabischen Raum ein.

Die österreichischen Exporte betragen 620,180 Millionen Euro (+23,6 %), die Importe 21,814 Millionen Euro (-41,9 %).

### **Vereinigte Staaten von Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika), Washington, D.C.**

Staatsoberhaupt und Regierungschef  
George Walker Bush

Außenministerin  
Condoleezza Rice

Washington, D.C. – **ÖB, KF, Zweigbüro AHSt**; Chicago – **GK, AHSt**; Denver – **HGK**; Los Angeles – **GK, AHSt, ÖW**; New York – **ÖV, GK, KF, AHSt, ÖW, ABA**; Atlanta – **HK, AWO-Marketingbüro**; Anchorage, Boston, Charlotte, Columbus, Denver, Detroit, Honolulu, Houston, Kansas City, Las Vegas, Miami, New Orleans, Orlando, Pittsburgh, Portland, Richmond, Saint Louis, Salt Lake City, San Francisco, San Juan, Scottsdale, Seattle, St. Paul, St. Thomas – **HK**

Besuche aus Österreich: Vizebürgermeisterin Renate Brauner (W), Treffen mit dem Brooklyn Borough President Marty Markowitz, Commissioner Martha Stark, Gouverneur Eliot Spitzer sowie Vertretern jüdischer Organisationen, Teilnahme am Viennese Opera Ball (23.–28. Jänner); Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofs Brigitte Bierlein und weitere österreichische Verfassungsrichter, Besuch beim US Supreme Court (15.–18. März); Bundesminister Norbert Darabos, Treffen mit VN-GS Ban Ki-moon sowie dem Untergeneralsekretär der VN für friedenserhaltende Operationen Jean-Marie Guéhenno, Treffen mit AuslandsburgenländerInnen am Generalkonsulat New York (24.–27. März); Vizekanzler Wilhelm Molterer, Teilnahme an der Weltbanktagung, Treffen mit Weltbankpräsident Robert Zoellick und Energieminister Samuel Bodman (10.–12. April); Präsident der Industriellenvereinigung Veit Sorger, Gespräche in Washington, D.C. und in New York (13.–17. April); Bundesminister Josef Pröll, Teilnahme an der CND-16, Eröffnung der Lebensmittelwoche in New York sowie Treffen mit WissenschaftlerInnen des International Plant Center des botanischen Gartens der Bronx (13.–16. Mai); Bundesministerin Andrea Kdolsky, Eröffnung des „UN High Level Meeting on the Comprehensive Review of the Progress achieved in realizing the Declaration of Commitment on HIV/AIDS and the Political Declaration on HIV/AIDS“, Treffen mit Vertretern des Memorial Sloan-Kettering Brustkrebszentrums, Besuch bei der Clinton Foundation und der American Foundation of Aids Research sowie Treffen mit Rabbi Arthur Schneier von der Park East Synagogue (8.–10. Juni); Präsident der WKÖ Christoph Leitl und Präsident des österreichischen Gewerkschaftsbundes Rudolf Hundstorfer, Treffen mit VN-GS Ban Ki-moon (8. und 9. September); Bundespräsident Heinz Fischer, Teilnahme an der Eröffnung der 63. VN-GV sowie am VN-Afrika Gipfeltreffen, Treffen mit VN-GS Ban Ki-moon, Teilnahme an der Voreröffnung der Ausstellung „Cutting Realities – Gender Strategies in Art“ am KF New York und Treffen mit Außenminister a.D. Henry Kissinger (20.–24. September); Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Teilnahme am High Level Event on the Millennium Development Goals, Treffen mit hochrangigen VertreterInnen der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, Teilnahme an der Plenarsitzung der Clinton Initiative und am Annual Award Dinner der Appeal of Conscience Foundation aus Anlass einer Ordensverleihung an Präsident Nicolas Sarkozy, Vortrag an der Boston University zum Thema „Globalisierung und Solidarität“ (23.–27. September); Bundesministerin Ursula Plassnik, Teilnahme an der 63. VN-GV und verschiedenen AußenministerInnentreffen, Präsentation des renovierten Vienna Café im Gebäude der VN in Beisein von VN-GS Ban Ki-moon (23.–26. September); Staatssekretär Hans Winkler, Teilnahme an der 63. VN-GV, Treffen mit RegierungsvertreterInnen, Vortrag unter dem Titel „Europe and the US, Current Foreign Policy Challenges and Transatlantic Cooperation“ im Rahmen des Austrian-American Day am GK New York (25.–28. September bzw. 30. September bis 3. Oktober); Staatssekretärin Christa Kranzl, Teilnahme am Austrian Science Talk (Chicago, 2.–5. Oktober); Staatssekretär Christoph Matznetter, Teilnahme an der Weltbanktagung (10.–12. Oktober).

*Länderinformationen*

Besuche in Österreich: Ständiger Vertreter der USA bei den VN Zalmay Khalilzad, Treffen mit Bundesministerin Ursula Plassnik (27.–30. Jänner) sowie Teilnahme am Europäischen Forum Alpbach (August); Staatssekretär für Wirtschafts-, Energie- und Landwirtschaftsfragen im Außenministerium Reuben Jeffery III, Treffen mit Staatssekretär Hans Winkler (27. März); Staatssekretär für politische Angelegenheiten im Außenministerium William Burns, Treffen mit Bundesministerin Plassnik (23. Juni) und mit Sektionsleiter Botschafter Thomas Mayr-Harting (3. September); Senator Richard Shelby und Delegation von Kongressabgeordneten, Treffen mit Bundesminister Martin Bartenstein (9. Oktober); Kongressabgeordneter Robert Waxler, Treffen mit Sektionsleiter Botschafter Mayr-Harting und Gruppenleiter Botschafter Ferdinand Trauttmansdorff (11. November).

Im Oktober fand zum zweiten Mal das George C. Marshall-Besucherprogramm statt, in dessen Rahmen ExpertInnen aus der US-Verwaltung und dem Kongress nach Österreich zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen wurden. Themenschwerpunkt des 2007 lancierten, nach US-Außenminister General George Marshall benannten Besuchsprogramms war „Automotive Technik“. Als wichtiges Folgeprojekt des Besuchsprogrammes 2007, das dem Thema „Umwelttechnologie“ gewidmet war, wurde im Mai 2008 ein österreichisch-kalifornisches Memorandum of Understanding zum Thema Umwelttechnologie von Bundesminister Josef Pröll und den Ministern für Umweltschutz und Ressourcen des Staates Kalifornien Linda S. Adams und Mike Chrisman unterzeichnet. Im Juli fand in Washington, D.C. eine Konferenz zum Themenbereich Flussbettgestaltung bzw. -renaturierung statt.

In Würdigung der großzügigen Wiederaufbauhilfe für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Marshall-Plans überreichte der Geschäftsführer des ERP-Fonds/Austria Wirtschaftsservice dem Präsidenten George C. Marshall International Center in Leesburg, Virginia einen Scheck über 150.000 Euro aus Mitteln des ERP-Fonds. Als erstes Empfängerland der Marshall-Plan-Hilfe hat Österreich bereits vor rund zehn Jahren zur Renovierung des früheren Wohnhauses des seinerzeitigen US-Außenministers, das heute Sitz des George C. Marshall International Center ist, maßgeblich beigetragen. Die österreichische Unterstützung soll nunmehr insbesondere auch der Förderung der Ausbildungsprogramme des George C. Marshall International Center dienen. Das vor fünf Jahren eingeführte Fortbildungsprogramm für US-LehrerInnen soll ausgeweitet werden; 2008 nahmen erstmals auch drei österreichische MittelschullehrerInnen an diesem teil.

Ein 2007 vom International Center for Journalists und dem Österreichischen Kuratorium für Journalistenausbildung initiiertes amerikanisch-österreichischer Journalistenaustausch fand 2008 zum zweiten Mal statt.

Wichtigste und größte Veranstaltung im Zuge der UEFA EURO 2008 in Washington, D.C. war die Direktübertragung des Finalspiels in den Räumlichkeiten der Österreichischen Botschaft am 29. Juni.

Bei der Verstärkung der EU-Präsenz in den USA sind in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden, insbesondere auch auf dem Gebiet der Public Diplomacy. Gemeinsame Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit wie der „EU Embassies Open House Day“ in Washington, D.C. am 3. Mai, gemeinsame Auftritte von EU-BotschafterInnen sowie von EU-BotschaftsvertreterInnen tragen dazu bei, dass die EU als Staatengruppe verstärkt wahrgenommen wird.

Informationen von und über Österreich bringt die alle zwei Monate erscheinende Publikation „Austrian Information“, welche seit 60 Jahren vom Presse- und Informationsdienst der Botschaft Washington herausgegeben wird. Die Auflage liegt derzeit bei 11.000 Exemplaren. Neben rezenten Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur wird über die österreichisch-amerikanischen Beziehungen und über den Werdegang von ÖsterreicherInnen berichtet, die in den Vereinigten Staaten in Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft erfolgreich tätig sind.

Der Auf- und Ausbau positiver und zukunftsorientierter Beziehungen zur jüdischen Gemeinschaft war weiterhin einer der Arbeitsschwerpunkte der österreichischen Dienststellen in den USA: Vor allem die Kontakte zu Organisationen wie World Jewish Congress, American Jewish Committee, Conference of Presidents of Major Jewish American Organizations, Anti-Defamation League und B'nai B'rith sowie zur jüdischen Zivilgesellschaft und religiösen Organisationen wur-



### Anhang

den gepflegt. Angesichts der Dichte der vertretenen Organisationen betrifft dies insbesondere das GK New York. Aber auch die Botschaft Washington oder das GK Los Angeles, wo sich der Hauptsitz des Simon Wiesenthal Centers befindet, sind in dieser Aufgabe engagiert.

Mit dem englischsprachigen online-Newsletter „Jewish News from Austria“, herausgegeben vom Presse- und Informationsdienst der Botschaft Washington, erhalten interessierte Personen und Organisationen regelmäßige Informationen über die Aktivitäten der jüdischen Gemeinden in Österreich, über Holocaust-Gedenkveranstaltungen, zeitgeschichtliche Symposien und Publikationen sowie über aktuelle Fragen der Restitution. Der Newsletter enthält auch eine Auswahl von in österreichischen Medien erschienenen Artikeln und Meldungen in englischer Übersetzung.

Die soziale und rechtliche Betreuung der aus Österreich stammenden Flüchtlinge, die in Folge der Ereignisse des Jahres 1938 in die Vereinigten Staaten emigrieren mussten, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe aller Vertretungsbehörden. Durch die Größe des zu betreuenden Personenkreises betrifft dies insbesondere das GK New York und das GK Los Angeles, in wachsendem Ausmaß, vor allem aufgrund der Migration betroffener Personen in die Südstaaten, aber auch die Botschaft Washington.

Österreichische Gedenkdiener arbeiten in Houston (Holocaust Museum), Los Angeles (Simon Wiesenthal Center und Museum of the Holocaust), New York (Leo Baeck Institut, Anti-Defamation League) und Washington, D.C. (Holocaust Memorial Museum).

In den großen Kulturinstitutionen der Vereinigten Staaten sind Kunst bzw. KünstlerInnen aus Österreich ständig präsent, wobei das hauptsächliche Interesse der Interpretation klassischer Musik sowie der bildenden Kunst gilt. Des Weiteren sind die KF in New York und Washington, D.C. mit ihren eigenen Veranstaltungsräumlichkeiten Zentren für eine kontinuierliche Präsentation österreichischer Kultur, insbesondere moderner und zeitgenössischer Ausrichtung.

Das KF Washington setzte auf ein vielseitiges, in allen Sparten vertretenes Kulturprogramm, wobei der Schwerpunkt auf Musik lag. Zum Einen wurde die Kammermusikserie „Musik des 20. und 21. Jahrhunderts“ mit Liederabenden im Jänner mit Hermine Haselböck und Russel Ryan, im April mit Wolfgang Holzmaier, Matthias Hausmann, Benno Schollum, Russell Ryan und Elena Larina, sowie Konzertabenden im Jänner mit dem Ensemble Salzburg, dem Merlin Ensemble, dem Verdehr Trio, im März mit dem Adrian Gaspar Trio, dem Ensemble Musica Novantica, dem Ensemble Tango 59 und der Pianistin Jenny Lin, und im November mit der Pianistin Cornelia Herrmann abgeschlossen. Zum Anderen wurden im Mai mit Fatima Spar and The Freedom Fries, im September mit dem Wolfgang Schalk Ensemble, Bernhard Gal und im November mit der Pianistin und Komponistin Elisabeth Harnik in den Musikrichtungen Balkan, Gypsy, World-Musik, elektronische Musik, Tango, Jazz und Improvisation neue Akzente gesetzt.

Besonders aufmerksam wurden die Veranstaltungen des KF zur Erinnerung an die Novemberpogrome des Jahres 1938 verfolgt. Diese fanden während des gesamten Jahres statt: im März ein Vortrag des Historikers Oliver Rathkolb „Seventy Years after the Anschluss 1938: Austrian Historical Memories Between Debate and Transformation“ und die Vorführung des Films „Viennas Lost Daughters“, vom September bis Dezember die Foto-Ausstellung „Lost Futures: Journeys into the Jewish Diaspora“ von Chrystie Sherman, im Oktober die Konzertvorträge von Arianna Zukerman und Joy Puckett Schreier sowie des Oberkantors der Israelitischen Kultusgemeinde Wiens Shmuel Barzilai und des Pianisten Paul Gulda und einer Präsentation des wissenschaftlichen Buchs „Antisemitism: A Very Short Introduction“ des amerikanischen Historikers Steven Beller im November.

Das KF nahm an folgenden Film-Festivals teil: im Jänner am Festival „New Films from Germany, Austria and Switzerland“ mit „Heile Welt“; im März am „Environmental Film Festival“ mit „The Tiger and the Monk“; im November am „EU-Film Showcase“ mit „42 Plus“. Weiters wurden die Filme „Freigesprochen“, „Die Lemminge“ und „I love Vienna“ im Februar und „Exile Family Movie“, „Baghdad Fragment“, „Rumi“ und „Chaltura – Leila & Lena“ im April im Atrium der Botschaft gezeigt.



### *Länderinformationen*

Der Historiker Gerald Stourzh hielt den Vortrag „From Vienna to Chicago and Back“ im September und der Politikwissenschafters Anton Pelinka „Europe and the US: A New Honeymoon after the Presidential Elections?“ im November.

Im Rahmen des Ausstellungsprogramms des KF wurde vor Chrystie Sherman vom April bis September die Ausstellung „180 eastdegreeswest – Muslims in Austria“ gezeigt. Außerdem wurde im KF im November die One-Man-Show des Schauspielers und Tänzers Christoph Dostal „The Way Dogs Do“ nach dem Roman „Wie die Tiere“ von Wolf Haas aufgeführt.

Am 9. Oktober startete das von der Französischen Botschaft in Washington, D.C. anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft Frankreichs ins Leben gerufene, einen Monat dauernde „Kids Euro Festival“, an dem 21 EU-Staaten teilnahmen. Es handelte sich dabei um ein Festival mit Theater- und Tanzaufführungen, Lese-Workshops und Filmvorführungen für Kinder von sechs bis zehn Jahren, bei dem das KF im Oktober die Pantomime „Scipio“ der Künstlergruppe konnex und im November den Film „Lapis Lazuli“ von Wolfgang Murnberger zeigte.

Das Austrian Cultural Forum (ACF) in Midtown Manhattan entwickelte sich seit seiner Eröffnung 2002 zu einem angesehenen Kulturzentrum an der Schnittstelle zwischen Österreich und den USA.

Wichtige Themasausstellungen im Spannungsfeld zwischen Kunst und Gesellschaft bildeten den Schwerpunkt im Ausstellungsprogramm des ACF. Während die Ausstellung „Under the Pain of Death“ künstlerische Positionen zum Thema Todesstrafe versammelte, stellte die von Trevor Smith und Jürgen Weishäupel kuratierte Ausstellung „Bread and Soccer“ während der UEFA EURO 2008 in Österreich und der Schweiz das Phänomen des Massensports zur Diskussion. Im Bereich der bildenden Kunst zeigte die Sammlung „Kontakt“ der Erste Bank-Gruppe mit „Cutting Realities: Gender Strategies in Art“ Teile ihrer Sammlungsbestände mittel- und osteuropäischer Konzeptkunst mit einem Schwerpunkt auf feministischer Kunst. Die Ausstellung wurde im Herbst von Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet. Die Ausstellung „Troublemaker“ in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum Joanneum beleuchtete das Verhältnis von KünstlerInnen und Institution.

Thematisch definierten erfolgreiche Serien wie „Mostly Contemporary“, „Chamber Music Series“ das klassische/zeitgenössische Musikprogramm. Es gelang auch, für einige Ensembles Konzerttourneen zusammenzustellen (Los Angeles, Pittsburgh, New Orleans, Chicago, Minneapolis). Einblick in die österreichische Jazz-Szene gab es im Rahmen Jazzfestivals in Zusammenarbeit mit dem New Yorker Jazz Standard. Im Tanzbereich veranstaltete das KF New York in Zusammenarbeit mit dem Tanzquartier Wien und dem New York Movement Research Festival einen „Transversality“-Workshop.

Autorenlesungen gab es mit Thomas Glavinic, Wolf Haas, Daniel Kehlmann und Evelyn Schlag. Das KF New York nahm auch erstmals an großen internationalen Literaturfestival World Works in New York teil. Interessante Diskussionsveranstaltungen wurden mit Istvan Deak, Todd Gitlin, Paul Holdengräber, Fatima Naqvi, Anton Pelinka, Oliver Rathkolb und Gerald Stourzh geführt.

Das zeitgenössische Filmschaffen wurde in der Serie neuer österreichischer Spielfilme im KF-Auditorium präsentiert. Zusätzlich zeigte das KF New York im März eine Filmreihe in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Filmmuseum zum Thema „70 Years After the Anschluss“. Im Herbst wurde in einer Filmreihe der habsburgische Mythos im frühen Hollywood in der Reihe „Habsburgs Go Hollywood“ beleuchtet.

Erstmals wurde das KF New York von der Dietrich W. Botstiber Stiftung gefördert und organisierte eine gemeinsame Veranstaltungsreihe. Österreichische Vortragende wirkten unter anderem bei den Jahrestagungen der German Studies Association (GSA) und der American Association of Teachers of German (AATG) mit.

In Zusammenarbeit mit den österreichischen Studienzentren (University of Minnesota, University of New Orleans, Stanford University), dem Schumpeter-Programm (Harvard University) sowie der Modern Austrian Literature and Culture Association (MALCA) wurden zahlreiche

### Anhang

Aktivitäten gesetzt. Unter anderem stellte das KF New York einige Förderungspreise für die wissenschaftliche Forschung über Österreich in den USA zur Verfügung.

Das GK Chicago präsentierte die Werke von Photograph Peter Granser im Rahmen der Gruppenausstellung „This Land Is Your Land“ im Museum of Contemporary Photography in Chicago vom 1. Februar bis 22. März. Die Galerie Devening Projects + Editions in Chicago präsentierte vom 13. Jänner bis 14. Februar Werke von Felix Malnig und vom 16. November bis 7. Jänner 2009 Werke von Iv Toshain.

Beim 11. EU-Filmfestival in Chicago vom 7. März bis 3. April war Österreich mit drei Filmen vertreten: „IMPORT EXPORT“ von Ulrich Seidl, „The End of the Neubacher Project“ von Marcus J. Carney und „It Happened Just Before“ („Kurz Davor Ist Es Passiert“) von Anja Salomonowitz. Im Rahmen der International Summer Screenings in Chicago wurde im August der Film „Immer Nie am Meer“ von Antonin Svoboda gezeigt. Beim 44. Chicago International Film-Festival vom 16.–29. Oktober war Österreich mit dem Film „Revanche“ von Götz Spielmann vertreten. Der Film „Der umgekehrte Blick“ wurde unter Anwesenheit von Produzent und Regisseur Fridolin Schönwiese im Instituto Cervantes aufgeführt (18. November).

Der Musiker Stefan Nemeth präsentierte sein Solo Album „Film“, für das er mit der Formation Radian im Rahmen des Projekts „The New Austrian Sound of Music“ tätig war, in der Empty Bottle Chicago (19. Mai). Beim zweiten europäischen Jazzfestival „Euro Jazz Meets Chicago“, das von den Generalkonsulaten der Niederlande, Österreichs, Polens und der Schweiz sowie dem Chicago Cultural Center, dem Goethe-Institut, dem Instituto Italiano di Cultura und dem Umbrella Music Festival organisiert wurde, war Österreich mit der Pianistin Elisabeth Harnik vertreten. Weitere Konzerte wurden von Boris Hauf im Chicago Cultural Center und in der Heaven Gallery (8. und 12. April), vom Gitarristen Wolfgang Schalk im Jazz-Showcase Chicago (1. Oktober), vom Ensemble Polwechsel in der Renaissance Society der University of Chicago (4. Oktober) und von der Pianistin Ingrid Marsoner in Cedar Falls, Chicago und Kenosha gegeben (19.–23. November).

Die englische Uraufführung des Christoph Dostal Solo-Stücks „Wie die Tiere“ (The Way Dogs Do) wurde im November in enger Kooperation mit der Theaterabteilung des Chicago Department of Cultural realisiert. Der Comiczeichner Nicolas Mahler gab eine Präsentation als Teil des International Comic Arts Forums (11. Oktober).

In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Generalkonsulat, dem Goethe-Institut, der österreichischen AHST und dem Swiss American Business Council (SABC) wurden Live-Übertragungen der Spiele der UEFA EURO 2008 organisiert (7.–29. Juni).

Arbeitsschwerpunkte des Office of Science & Technology (OST) an der österreichischen Botschaft in Washington, D.C. waren die Betreuung und der Ausbau des „OST Scientist Network“ in Nordamerika, die Beratung und Information über die nordamerikanische Wissenschafts- und Technologiepolitik mittels des Online-Magazins „bridges“ und die Unterstützung bei der Anbahnung wissenschaftlicher Kooperationen zwischen österreichischen und nordamerikanischen Institutionen. Das vom OST aufgebaute interdisziplinäre Netzwerk von österreichischen WissenschaftlerInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada umfasst mittlerweile etwa 1.380 Personen. Dieser Personenkreis wird laufend über aktuelle Entwicklungen im Bereich Forschung & Entwicklung, sowie über Ausschreibungen und Veranstaltungen informiert. Das OST organisierte zahlreiche Treffen mit österreichischen ForscherInnen in den Vereinigten Staaten und Kanada. Es fanden unter anderem Treffen von österreichischen WissenschaftlerInnen mit O. Univ.-Prof. Georg Winckler, Vorsitzender der europäischen Rektorenkonferenz, in Boston am 2. Februar und ein Treffen mit dem EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potocnik, in Washington, D.C. am 14. Februar statt. Am 4. Oktober wurde zum fünften Mal der vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie in Zusammenarbeit mit dem OST organisierte Austrian Science Talk in Chicago organisiert. Die TeilnehmerInnen, davon überwiegend in den Vereinigten Staaten forschende ÖsterreicherInnen, nutzten die Gelegenheit, mit Staatssekretärin Christa Kranzl und anderen VertreterInnen aus Politik, Industrie und Wissenschaft zum Thema „Das magische Dreieck der Zukunft: Forschung, Industrie und Bildung“ zu diskutieren. Das vom OST vierteljährlich in englischer Sprache publizierte Online-Magazin „bridges“ informiert regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Wissenschaftspolitik in Österreich, der EU und Nordame-

### Länderinformationen

rika. Das Magazin und die OST-Website haben sich zur prominentesten Informationsquelle für österreichische Wissenschaft und Wissenschaftspolitik im englischsprachigen Raum entwickelt. Norman P. Neureiter, ehemaliger Wissenschaftsberater der US-Außenminister Colin Powell und Madeleine Albright, konnte als „bridges“-Kolumnist zum Thema Wissenschaft in Diplomatie und Außenpolitik gewonnen werden.

Folgende Vorträge wurden organisiert: Prof. Wolfgang Jank („eCommerce, Prediction Markets and Data Mining: How Technology impacts Business Decision Making“) und Norman Neureiter (2. bridges-lecture: „The Internationalization of Science – What’s in the Future for US Science and Science Policy“) am 15. Dezember, jeweils an der Österreichischen Botschaft.

Das Generalkonsulat Chicago organisierte Vorträge von Prof. Oliver Rathkolb („Seventy Years After the Anschluss 1938: Austrian Historical Memories Between Debate and Transformation“) an der University of Chicago, von Prof. Gerald Stourzh („How Human Rights Became Constitutionalized: Three Types of Western Constitutionalism“) am 7. Oktober an der University of Chicago, von der Direktorin des Sigmund-Freud-Museums, Inge Scholz-Strasser, am 5. und 8. Oktober anlässlich der Freud-Konferenz über „Judaism and Psychoanalysis: A Continuing Dialogue“ im Spertus Institute for Jewish Studies und im Goethe-Institut Chicago („Sigmund Freud und die Frauen: Patientinnen, Mitarbeiterinnen, Vertraute“) sowie von Prof. Anton Pelinka („Austria, Europe, and the US – a New Honeymoon after the Presidential Elections?“) im Goethe-Institut Chicago (11. November).

Das Center for Austrian Studies an der University of Minnesota in Minneapolis-St. Paul setzte sein interdisziplinäres Vortrags- und Lehrprogramm fort. Zu den wichtigsten Vorträgen zählten: „Reflections on the Anschluss of Austria with Nazi Germany“ von Oliver Rathkolb am 10. März, „The Silence of Genocide“ von Philip V. Bohlman am 12. März, ein Vortrag von Eva Kor, überlebender „Mengele-Zwilling“, am 10. April, „An Apogee of Conversions: Gustav Mahler, Karl Kraus and fin de siècle Vienna“ von Gerald Stourzh am 2. Oktober, „A Second Chance: Allied Attitudes and Reconstruction Policies in Post-World War II Austria“ von Siegfried Beer am 6. November und „Austria, Europe, and the US – a New Honeymoon after the Presidential Elections?“ von Anton Pelinka am 10. November. Weiters organisierte das Center die Konferenz „Social Policy in the New Europe: The Experience of Austria and the smaller EU Members“ (27.–29. März) und im September eine sehr erfolgreiche Konferenz zum Thema Klimawandel und nachhaltige Landwirtschaft, bei der auch eine Reihe österreichischer ExpertInnen maßgeblich mitwirkten.

Das Center Austria an der University of New Orleans feierte im Februar mit zahlreichen Veranstaltungen sein 10-jähriges Bestehen. Unter anderem hielt Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa Vizeminister a.D. Erhard Busek am 7. Februar einen Festvortrag zum Thema „Nation Building in the Balkans in the 21st Century“. Des Weiteren wurde vom Center Austria das internationale Symposium „Prague Spring and the Warsaw Pact Invasion of Czechoslovakia in 1968“ am 3. und 4. April in Kooperation mit dem Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung Graz sowie der Vortrag von Barbara Stelzl-Marx zum Thema „The Red Army in the Post-War Occupation of Austria 1945–1955“ organisiert.

Die österreichischen Exporte betragen 5.201,765 Millionen Euro (-9,9 %), die Importe 3.405,212 Millionen Euro (-9,0 %).

## Vietnam

### (Sozialistische Republik Vietnam), Hanoi

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Nguyen Minh Triet	Nguyen Tan Dung	Pham Gia Khiem

Hanoi – **ÖB, AWO-Marketingbüro; AHS:** siehe Thailand

Besuche aus Österreich: Delegation des Oberösterreichischen Landtages unter der Leitung von Klubobmann Michael Strugl und Landeshauptmann a.D. Josef Ratzenböck (16.–23. Februar); Bundesminister Martin Bartenstein mit Wirtschaftsdelegation unter der Leitung des Vizepräsi-

*Anhang*

denten der WKÖ Richard Schenz, Treffen mit Finanzminister Vu Van Ninh, Minister für öffentliche Sicherheit Le Hong Anh, Verkehrsminister Ho Nghia Dung sowie Vize-Minister für Planung und Investition Cao Viet Sinh (5.–6. März); Staatssekretärin Christa Kranzl, Treffen mit Vizeminister für Transport Tran Doan Tho, Vizeministerin für Gesundheit Nguyen Thi Kim Tien, Vize-minister für Verteidigung General Nguyen Van Duoc sowie Vizeminister für öffentliche Sicherheit Generalmajor Tran Dai Quang.

Besuche in Österreich: Vizeminister für Verteidigung General Nguyen Van Duoc, Erörterung von Projekten zur Ausstattung von Spitälern des Verteidigungsministeriums (23.–27. April); Delegation des Planungs- und Finanzministeriums unter Leitung des stellvertretenden Generaldirektors Pham Hong Mai, Gespräche über bilaterale finanzielle Kooperation mit dem Bundesministerium für Finanzen und der Österreichischen Kontrollbank AG (27. und 28. Mai); Staatspräsident Nguyen Minh Triet, Staatsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer (2.–4. Juni).

Am Rande des Staatsbesuchs von Präsident Nguyen Minh Triet wurden ein Doppelbesteuerungsabkommen und ein Gleichwertigkeitsabkommen zur Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich und zur Förderung des wissenschaftlichen Austausches unterzeichnet. Beim offiziellen Besuch von Staatssekretärin Christa Kranzl wurde ein Ressortabkommen zur technologiebezogenen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich unterzeichnet.

Im Rahmen der OEZA wurden bilaterale Leistungen (Nettozahlungen) in der Höhe von rund 90.000 Euro erbracht.

Das Handbuch des Human Security Netzwerks zur Menschenrechtsbildung „Menschenrechte Verstehen“ wurde in die vietnamesische Sprache übersetzt und einem bedeutenden Kreis von Entscheidungsträgern und Persönlichkeiten, die sich mit Menschenrechten befassen, zur Verfügung gestellt. Das Handbuch stellt einen Beitrag zur Bewußtseinsbildung auf dem Gebiet der Menschenrechtsbildung in Vietnam dar. Die Präsentation des Handbuches erfolgte im Rahmen des Staatsbesuches des vietnamesischen Staatspräsidenten in Österreich.

Im musikalischen Bereich wurde die Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen Dirigenten Wolfgang Gröhs und dem Hanoi Philharmonic Orchestra fortgesetzt. Die Kooperation Franz Lukavsky von der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien wurde fortgeführt. Insgesamt konnten im Zusammenhang mit der ASEA-Uninet Kooperation vier Vortragende aus Österreich Meisterklassen am Konservatorium abhalten. Im Oktober wurde der historisch erste Besuch der Wiener Sängerknaben von der Botschaft initiiert. Im Rahmen des European Music Festival vom 27. November bis 8. Dezember trat die österreichische Harfenistin Monika Stadler in Hanoi auf.

Auf dem literarischen Sektor konnten eine Bücherspende der Kulturabteilung des Landes Salzburg und eine Spende der Wirtschaftspsychologischen Fakultät der Universität Wien an die Nationaluniversität sowie Buchspenden des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung an die Hochschule für Fremdsprachen der Nationaluniversität Hanoi übergeben werden.

Die Zusammenarbeit mit der University for Foreign Studies, an der ein „Österreichraum“ für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung steht, wurde fortgesetzt. Im Rahmen der ASEA-Uninet-Kooperation fand bereits zum fünften Mal die von der Wirtschaftsuniversität Wien in Kooperation mit der Hanoi University of Technology und der National Economics University geführte Internationale Sommeruniversität Vietnam unter der Leitung von Barbara Stöttinger statt, an der neben österreichischen StudentInnen von der Wirtschaftsuniversität Wien Studierende der ASEA-Uninet-Partnerhochschule in Vietnam teilnahmen (31. Juli bis 3. August). Auch der Lehrkörper setzte sich aus Vortragenden sowohl aus Österreich als auch aus Vietnam zusammen. Wie in den letzten Jahren veranstaltete die Universität Innsbruck ein Asian Studies Program im Rahmen der ASEA-Uninet-Kooperation unter der Leitung von Christian Traweger (3.–22. September). An diesem Programm nahmen österreichische StudentInnen teil. Der Vorstand des Instituts für Wirtschaftspsychologie der Universität Wien Erich Kirchler hielt Gastvorlesungen zum Thema „Kaufentscheidungen und Steuerakzeptanz“ an der Royal Melbourne Institute of Technology (RMIT) Universität in Hanoi und an der Hochschule für Sozial- und Humanwissenschaften in Ho Chi Minh Stadt ab (23. Oktober bis 1. November). Die sich über mehrere Jahre erstreckende Kooperation mit vietnamesischen Universitäten hat zu einer Vertiefung der Beziehungen in bei-

### *Länderinformationen*

derseitigem Interesse geführt und ist Teil eines sich laufend intensivierenden Austausches auf Universitätsebene zwischen Österreich und Vietnam.

Die österreichischen Exporte betragen 86,517 Millionen Euro (+26,8 %), die Importe 260,800 Millionen Euro (+16,3 %).

#### **Zentralafrikanische Republik (Zentralafrikanische Republik), Bangui**

Staatsoberhaupt	Regierungschef	Außenminister
Francois Bozize	Faustin-Archange	Dieudonné Kombo-Yaya
Yangouvonda	Touadera	(seit 28. Jänner)
	(seit 22. Jänner)	

**ÖB, AHSt:** siehe Nigeria

Die österreichischen Exporte betragen 306.000 Euro (-54,6 %), die Importe 102.000 Euro (-73,2 %).

#### **Zypern (Republik Zypern), Nikosia**

Staatsoberhaupt und Regierungschef:	Außenminister
Demetris Christofias	Markos Kyprianou
(seit 28. Februar)	(seit 3. März)

Nikosia – **ÖB, HGK; AHST:** siehe Griechenland

Besuche aus Österreich: Bundesminister Johannes Hahn, Treffen mit Kultur- und Unterrichtsminister Andreas Demetriou (9. Mai).

Besuche in Österreich: Generaldirektorin für Kultur des zypriotischen Kultur- und Unterrichtsministeriums Eleni Nikita, Arbeitsgespräche auf hoher Beamtenebene und mit österreichischen kulturellen Institutionen (27. und 28. März); Kultur- und Unterrichtsminister Andreas Demetriou in Begleitung von VertreterInnen zypriotischer Universitäten, Treffen mit Bundesminister Johannes Hahn, VertreterInnen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur sowie von Universitäten (Wien und Graz, 30. September bis 5. Oktober). Es wurde die Abhaltung eines österreichisch-zypriotischen Wissenschaftstags für Frühjahr 2009 in Zypern vereinbart; Unterstaatssekretär im zypriotischen Außenministerium Nicholas Emiliou, Teilnahme am informellen Treffen der GeneralsekretärInnen der EU-Mitgliedstaaten (21. und 22. November); Außenminister Markos Kyprianou, Teilnahme am Ministersegment der Konferenz „Europe and the Arab World – Connecting Partners in Dialogue“ (19. Dezember).

Die Botschaft präsentierte im Jänner im Castelliotissa-Schlösschen von Nikosia aus Anlass des 150. Geburtstags von Sigmund Freud die vom Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Auftrag gegebene Ausstellung von Karikaturen aus dem „New Yorker“ zur Psychoanalyse „on the couch“, begleitet von einem toy-Piano-Konzert von Isabel Ettenauer im Rahmen der Eröffnung. Im Zusammenhang mit der UEFA EURO 2008 zeigte die Botschaft gemeinsam mit der Schweizerischen Botschaft die Kurzfilmrolle „Eleven Minutes“ in einem Innenstadt kino in Nikosia. Beim 11. Europäischen Tanzfestival Limmassol war Österreich durch das Tanzatelier Wien mit „Itinerario Divertimiento“ vertreten. Das Tanzensemble Liquid Loft von Chris Haring trat mit „Running Sushi“ im Dance House Limmassol auf (17. und 18. Oktober). Am Sommerfestival für ethnische Musik spielte die Band Sigi Finkel & African Heart. Die Botschaft veranstaltete ein Piano-Violinkonzert von Edua Amarilla Zadory und Maluca Stirbat am Pasidy-Theater von Nikosia (6. November).

Die österreichischen Exporte betragen 76,088 Millionen Euro (+21,5 %), die Importe 29,333 Millionen Euro (+155,2 %).

## II. Österreich und die Staatenwelt

Stand: 31. Dezember

Österreich unterhält zu 194 Staaten diplomatische Beziehungen (D) und mit der Palästinensischen Behörde sonstige Beziehungen (S).

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Afghanistan	19.11.1946	D		■		
Ägypten	24.10.1945	D	●	■		□
Albanien	14.12.1955	D	●	■	✓	
Algerien	08.10.1962	D	●	■		□
Andorra	28.07.1993	D		■		
Angola	01.12.1976	D		■		
Antigua und Barbuda	11.11.1981	D				
Äquatorialguinea	12.11.1968	D				
Argentinien	24.10.1945	D	●	■		□
Armenien	02.03.1992	D	● <sup>1)</sup>	■		
Aserbaidshan	02.03.1992	D	● <sup>1)</sup>	■		
Äthiopien	13.11.1945	D	●	■	✓	
Australien	01.11.1945	D	●	■		□
Bahamas	18.09.1973	D				
Bahrain	21.09.1971	D				
Bangladesch	17.09.1974	D				
Barbados	09.12.1966	D				
Belarus	24.10.1945	D		■		
Belgien	27.12.1945	D	●	■	✓	□
Belize	25.09.1981	D		■		
Benin	20.09.1960	D				
Bhutan	21.09.1971	D			✓	
Bolivien	14.11.1945	D		■		
Bosnien und Herzegowina	22.05.1992	D	●	■	✓	□
Botsuana	17.10.1966	D				
Brasilien	24.10.1945	D	●	■		□
Brunei	21.09.1984	D				
Bulgarien	14.12.1955	D	●	■		□
Burkina Faso	20.09.1960	D		■	✓	
Burundi	18.09.1962	D				
Chile	24.10.1945	D	●	■		□
China	24.10.1945	D	●	■		□
Costa Rica	02.11.1945	D		■		
Côte d'Ivoire	20.09.1960	D		■		
Dänemark	24.10.1945	D	●	■		□
Deutschland	18.09.1973	D	●	■		□
Dominica	18.12.1978	D				
Dominikanische Republik	24.10.1945	D		■		
Dschibuti	20.09.1977	D				
Ecuador	21.12.1945	D		■		
El Salvador	24.10.1945	D		■		
Eritrea	28.05.1993	D				
Estland	17.09.1991	D	●	■		
Fidschi	13.10.1970	D				

## Österreich und die Staatenwelt

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Finnland	14.12.1955	D	●	■		□
Frankreich	24.10.1945	D	●	■		□
Gabun	20.09.1960	D				
Gambia	21.09.1965	D				
Georgien	31.07.1992	D	● <sup>1)</sup>	■		
Ghana	08.03.1957	D				
Grenada	17.09.1974	D				
Griechenland	25.10.1945	D	●	■		□
Großbritannien und Nordirland, Vereinigtes Königreich	24.10.1945	D	●	■		□
Guatemala	21.11.1945	D		■		
Guinea	12.12.1958	D				
Guinea-Bissau	17.09.1974	D				
Guyana	20.09.1966	D				
Haiti	24.10.1945	D				
Heiliger Stuhl	–	D	●	■		
Honduras	17.12.1945	D				
Indien	30.10.1945	D	●	■		□
Indonesien	28.09.1950	D	●	■		□
Irak	21.12.1945	D		■		□
Iran	24.10.1945	D	●	■		□
Irland	14.12.1955	D	●	■		□
Island	19.11.1946	D		■		
Israel	11.05.1949	D	●	■		□
Italien	14.12.1955	D	●	■		□
Jamaika	18.09.1962	D				
Japan	18.12.1956	D	●	■		□
Jemen	30.09.1947	D		■		
Jordanien	14.12.1955	D	●	■		
Kambodscha	14.12.1955	D				
Kamerun	20.09.1960	D				
Kanada	09.11.1945	D	●	■		□
Kap Verde	16.09.1975	D		■	✓	
Kasachstan	02.03.1992	D	●	■		
Katar	21.09.1971	D				
Kenia	16.12.1963	D	●	■		
Kirgisistan	02.03.1992	D	●	■		
Kiribati	14.09.1999	D				
Kolumbien	05.11.1945	D	●	■		
Komoren	12.11.1975	D				
Kongo, Dem. Republik	20.09.1960	D				
Kongo, Republik	20.09.1960	D				
Korea, Dem. Volksrep.	17.09.1991	D		■		
Korea, Republik	17.09.1991	D	●	■		□
Kosovo, Republik	–	D	●	■	✓	
Kroatien	22.05.1992	D	●	■		□
Kuba	24.10.1945	D	●	■		
Kuwait	14.05.1963	D	●	■		
Laos	14.12.1955	D				

## Anhang

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Lesotho	17.10.1966	D				
Lettland	17.09.1991	D	●	■		□*
Libanon	24.10.1945	D	●	■		
Liberia	02.11.1945	D		■		
Libysch-Arabische Dschamahirija	14.12.1955	D	●	■		□
Liechtenstein	18.09.1990	D	● <sup>1)</sup>	■		
Litauen	17.09.1991	D	●	■		
Luxemburg	24.10.1945	D	●	■		
Madagaskar	20.09.1960	D				
Malawi	01.12.1964	D				
Malaysia	17.09.1957	D	●	■		□
Malediven	21.09.1965	D				
Mali	28.09.1960	D				
Malta	01.12.1964	D	●	■		
Malteser Ritterorden (Souveräner)	–	D	●	■		
Marokko	12.11.1956	D	●	■		□
Marshall-Inseln	17.09.1991	D				
Mauretanien	27.10.1961	D				
Mauritius	24.04.1968	D				
Mazedonien, Ehem. Jug. Rep.	08.04.1993	D	●	■	✓	□*
Mexiko	07.11.1945	D	●	■		□
Mikronesien	17.09.1991	D				
Moldau	02.03.1992	D	● <sup>4)</sup>	■	✓	
Monaco	28.05.1993	D				
Mongolei	27.10.1961	D		■		
Montenegro	28.06.2006	D	●	■	✓	
Mosambik	16.09.1975	D			✓	
Myanmar	19.04.1948	D				
Namibia	23.04.1990	D		■		
Nauru	14.09.1999	D				
Nepal	14.12.1955	D				
Neuseeland	24.10.1945	D				
Nicaragua	24.10.1945	D		■	✓	
Niederlande	10.12.1945	D	●	■		□
Niger	20.09.1960	D				
Nigeria	07.10.1960	D	●	■		□
Norwegen	27.11.1945	D	●	■		□
Oman	07.10.1971	D	●	■		
Pakistan	30.09.1947	D	●	■		
Palau	15.12.1994	D				
Panama	13.11.1945	D		■		
Papua-Neuguinea	10.10.1975	D				
Paraguay	24.10.1945	D		■		
Peru	31.10.1945	D	●	■		
Philippinen	24.10.1945	D	●	■		□
Polen	24.10.1945	D	●	■		□
Portugal	14.12.1955	D	●	■		□



*Österreich und die Staatenwelt*

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Ruanda	18.09.1962	D				
Rumänien	14.12.1955	D	●	■		□
Russische Föderation	24.10.1945 <sup>3)</sup>	D	●	■		□
Salomonen	19.09.1978	D				
Sambia	01.12.1964	D				
Samoa	15.12.1976	D				
San Marino	02.03.1992	D		■		
St. Kitts und Nevis	23.09.1983	D				
St. Lucia	18.09.1979	D				
St. Vincent und die Grenadinen	16.09.1980	D				
São Tomé und Príncipe	16.09.1975	D				
Saudi-Arabien	24.10.1945	D	●	■		□
Schweden	19.11.1946	D	●	■		□
Schweiz	10.09.2002	D	●	■		□
Senegal	28.09.1960	D	●		✓	
Serbien	01.11.2000	D	●	■	✓	□
Seychellen	21.09.1976	D				
Sierra Leone	27.09.1961	D				
Simbabwe	25.08.1980	D	●	■		
Singapur	21.09.1965	D	● <sup>2)</sup>			□
Slowakei	19.01.1993	D	●	■		□
Slowenien	22.05.1992	D	●	■		□
Somalia	20.09.1960	D				
Spanien	14.12.1955	D	●	■		□
Sri Lanka	14.12.1955	D		■		
Südafrika	07.11.1945	D	●	■		□
Sudan	12.11.1956	D		■		
Suriname	04.12.1975	D				
Swasiland	24.09.1968	D				
Syrien	24.10.1945	D	●	■		□
Tadschikistan	02.03.1992	D	●	■		
Tansania	14.12.1961	D				
Timor-Leste	27.09.2002	D				
Thailand	16.12.1946	D	●	■		□
Togo	20.09.1960	D				
Tonga	14.09.1999	D				
Trinidad und Tobago	18.09.1962	D				
Tschad	20.09.1960	D				
Tschechische Republik	19.01.1993	D	●	■		□
Tunesien	12.11.1956	D	●	■		
Türkei	24.10.1945	D	●	■		□
Turkmenistan	02.03.1992	D	●	■		
Tuvalu	05.09.2000	D				
Uganda	25.10.1962	D			✓	
Ukraine	24.10.1945	D	●	■		□
Ungarn	14.12.1955	D	●	■		□
Uruguay	18.12.1945	D		■		
Usbekistan	02.03.1992	D	● <sup>1)</sup>	■		
Vanuatu	15.09.1981	D				

*Anhang*

	UNO- Beitritt	Beziehungen zu Österreich	Österr. Botsch.	Botsch. in Wien	OEZA KOBÜ	AHSt
Venezuela	15.11.1945	D	●	■		<input type="checkbox"/>
Vereinigte Arabische Emirate	09.12.1971	D	●	■		<input type="checkbox"/>
Vereinigte Staaten von Amerika	24.10.1945	D	●	■		<input type="checkbox"/>
Vietnam	20.09.1977	D	●	■		
Zentralafrikanische Republik	20.09.1960	D				
Zypern	20.09.1960	D	●	■		
Palästinensische Behörde	–	S	● <sup>5)</sup>	■ <sup>6)</sup>	✓ <sup>5)</sup>	

<sup>1)</sup> mit Sitz in Wien

<sup>2)</sup> Büro des Handelsrates

<sup>3)</sup> VN-Mitgliedschaftsfortführung der früheren UdSSR

<sup>4)</sup> Koordinationsbüro der OEZA

<sup>5)</sup> Österreichisches Vertretungsbüro gegenüber der Palästinensischen Behörde in Ramallah

<sup>6)</sup> Palästinensische Vertretung bei der Österreichischen Bundesregierung und den internationalen Organisationen

\* Zweigbüros:

Riga der AHSt Helsinki

Skopje der AHSt Belgrad

### III. Diplomatisches und konsularisches Korps in Österreich

#### 1. In Österreich akkreditierte ausländische Vertretungsbehörden

	Diplo- matische Missionen	Berufs- konsularische Vertretungen	Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros bei den VN-Organisati- onen in Wien	Ständige Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE
Sitz in Österreich	124 <sup>1)</sup>	6 <sup>2)</sup>	129 <sup>3)</sup>	54 <sup>3)</sup>
Sitz im Ausland	48	–	42	1
<b>Gesamt</b>	<b>172</b>	<b>6</b>	<b>171</b>	<b>55</b>

<sup>1)</sup> 118 Staaten sowie sechs „andere in Wien bestehende Vertretungen“.

<sup>2)</sup> Daneben bestehen 234 Honorarämter.

<sup>3)</sup> Ständige Vertretung Österreichs bei der OSZE nicht mitgerechnet.

Mit Stand 31. Dezember waren 166 Staaten in Österreich vertreten, 118 davon hatten den Sitz ihrer Vertretungsbehörde in Wien, 48 im Ausland. Des Weiteren bestanden in Österreich 129 Ständige Vertretungen, Beobachtermissionen und Verbindungsbüros zu den VN-Organisationen sowie 54 Vertretungen bzw. Delegationen bei der OSZE.

#### 2. Konsularische Vertretungen in Österreich – ohne Berücksichtigung von Konsularabteilungen von Botschaften

Bundesland	Berufskonsulate	Honorarämter
Burgenland	–	3
Kärnten	1	17
Niederösterreich	–	10
Oberösterreich	–	26
Salzburg	3	45
Steiermark	–	28
Tirol	–	33
Vorarlberg	1	14
Wien	1	58
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>234</b>

## Anhang

## VI. Wien als Sitz internationaler Organisationen

## 1. Budget und Ausgaben der internationalen Organisationen 2008

Organisation	Budget insgesamt in Mio. Euro	Budget für Österreich in Millionen Euro			
		gesamt	Löhne und Gehälter	darunter Anteil der Löhne und Gehälter an den in Österreich getätigten Ausgaben (in %)	Ausgaben der Organisationen in Österreich ohne Löhne und Gehälter
CTBTO	88,6	30,5	26,7	87,4	3,9
ECO	2,5	2,3	1,1	46,7	1,2
EPO	1.228,7	25,0	12,8	51,1	12,2
FRA	8,5	4,7	3,3	70,0	1,4
IAEA	276,8	182,2	95,7	52,5	86,5
ICMPD	1,8	1,8	1,0	56,5	0,8
ICPDR	1,0	0,9	0,5	60,7	0,3
IIASA	15,0	14,5	12,1	83,4	2,4
IIP	0,2	0,2	0,1	66,7	0,1
IOM	392,7	3,0	1,0	34,5	1,9
IPI	0,9	0,8	0,4	53,6	0,3
JVI	3,7	3,7	1,0	26,5	2,7
OFID	28,9	28,9	19,9	68,9	9,0
OPEC	22,5	21,5	20,3	94,4	1,2
OSCE	164,2	36,2	24,3	67,2	11,9
UNIDO	166,1	75,8	50,4	66,5	25,4
UNOV	156,8	117,5	80,6	68,5	37,0
VIDC 1)	-	-	-	-	-
WA	1,7	1,7	1,3	78,9	0,3
<b>Gesamt</b>	<b>2.560,4</b>	<b>551,0</b>	<b>352,5</b>	<b>64,0</b>	<b>198,6</b>

<sup>1)</sup> VIDC meldete für 2008 keine Daten.

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Magistrat der Stadt Wien

*Wien als Sitz internationaler Organisationen***2. Anzahl der Beschäftigten am 31. Dezember 2008**

Organisation	Beschäftigte			Gehobene Fachkräfte		Bürokräfte und Sonstige	
	insgesamt	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen	Auslän- derInnen	Inlän- derInnen
CTBTO	265	214	51	161	8	53	43
ECO	16	12	4	9	2	3	2
EPO	121	75	46	34	7	41	39
FRA	45	32	13	32	13	–	–
IAEA	2.326	1.750	576	1.110	52	640	524
ICMPD	54	36	18	35	12	1	6
ICPDR	12	6	6	4	2	2	4
IIASA	299	222	77	192	40	30	37
IIP	5	2	3	–	1	2	2
IOM	38	16	22	2	5	14	17
IPI	10	7	3	6	2	1	1
JVI	18	11	7	6	4	5	3
OFID	140	73	67	58	10	15	57
OPEC	141	80	61	35	–	45	61
OSCE	351	273	78	153	10	120	68
UNIDO	624	435	189	244	12	191	177
UNOV	919	700	219	322	16	378	203
VIDC <sup>1)</sup>	–	–	–	–	–	–	–
WA	13	11	2	8	–	3	2
<b>Gesamt</b>	<b>5.397</b>	<b>3.955</b>	<b>1.442</b>	<b>2.411</b>	<b>196</b>	<b>1.544</b>	<b>1.246</b>
davon <b>Frauen</b>	<b>2.372</b>	1.570	802	663	64	907	738
<b>Männer</b>	<b>3.025</b>	2.385	640	1.748	132	637	508

<sup>1)</sup> VIDC meldete für 2008 keine Daten.Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Magistrat der Stadt Wien

*Anhang***3. Anzahl der Konferenztage und TeilnehmerInnen 2008**

Organisation	Konferenztage	TeilnehmerInnen	
		gesamt	darunter aus Österreich
CTBTO	146	2.437	1.643
ECO	100	200	50
EPO	244	2.983	370
FRA	46	835	238
IAEA	3.372	13.655	161
ICMPD	9	150	–
ICPDR	23	254	63
IIASA	162	829 <sup>2)</sup>	–
IIP	8	1.600	1.280
IOM	9	868	371
IPi	14	850	90
JVI	385	53 <sup>2)</sup>	–
OFID	14	117 <sup>2)</sup>	–
OPEC	40	1.627 <sup>2)</sup>	–
OSCE	210	52.000	44.000
UNIDO	51	2.214	1.501
UNOV	540	15.880	7.923
VIDC <sup>1)</sup>	–	–	–
WA	50	1.554 <sup>2)</sup>	–
<b>Gesamt</b>	<b>5.423</b>	<b>98.106</b>	<b>57.690</b>

<sup>1)</sup> VIDC meldete für 2008 keine Daten.

<sup>2)</sup> Einschließlich ÖsterreicherInnen

Quellen: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Magistrat der Stadt Wien

## V. Diplomatische Akademie Wien

Die 1754 unter Kaiserin Maria Theresia als Orientalische Akademie gegründete Diplomatische Akademie Wien (**DA**) ist die älteste Diplomatenschule Europas. Sie wurde nach ihrer Schließung während des 2. Weltkriegs 1964 unter ihrem heutigen Namen als postgraduale Bildungseinrichtung wiedererrichtet und 1996 aus der Bundesverwaltung organisatorisch und finanziell ausgegliedert.

Der **44. Diplomlehrgang** wurde Anfang Juli von 34 TeilnehmerInnen, darunter 20 ÖsterreicherInnen, erfolgreich abgeschlossen. In den **45. Diplomlehrgang** wurden 34 KandidatInnen aufgenommen, davon 23 mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Der **11. Master of Advanced International Studies (M.A.I.S.)-Lehrgang**, der gemeinsam mit der Universität Wien durchgeführt wird, wurde von 31 TeilnehmerInnen abgeschlossen. Im **12. M.A.I.S.-Lehrgang** stiegen 42 KandidatInnen in das zweite Jahr auf. In den **13. M.A.I.S.-Lehrgang** wurden 44 KandidatInnen aufgenommen. Am **2. Lehrgang „Master of Environmental Technology and International Affairs“ (ETIA)**, der gemeinsam mit der Technischen Universität Wien durchgeführt wird, nehmen 14 TeilnehmerInnen teil, neun davon aus Österreich.

Im Rahmen des Programms zur **diplomatischen Aus- und Fortbildung** wurde eine weitere Seminarreihe für das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten durchgeführt. Darüber hinaus fanden Spezialkurse für DiplomatInnen und andere Angehörige des öffentlichen Diensts aus Afghanistan, Kasachstan, der Mongolei, Montenegro und Zypern sowie aus Ost- und Südosteuropa, dem Südkaukasus, Zentralasien und Westafrika statt. Weiters wurden **Sommerschulen** für die Bahcesehir Universität in Istanbul, das European Studies Institut der MGIMO Universität in Moskau und die Freie Universität Brüssel organisiert. Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Landeskunde** wurde von 70 TeilnehmerInnen aus 34 Staaten besucht.

Im Rahmen der **Konferenzaktivitäten** der Akademie fanden mehr als 100 öffentliche Veranstaltungen statt, darunter Vorträge des slowenischen Staatspräsidenten Danilo Türk, der bulgarischen Vize-Außenministerin Evgenia Koldanova und des brasilianischen Ministers für soziale Entwicklung und Hungerbekämpfung Patrus Ananias. Weiters wurden Konferenzen zur Europapolitik der mittelgroßen EU-Staaten, zum 40. Jahrestag des Prager Frühlings und über Migration in Europa abgehalten. Die jährliche Konferenz des International Peace Institute an der DA war dem Thema „Crises in Africa“ gewidmet.

Das 36. Treffen des **International Forum on Diplomatic Training** (Treffen von DirektorInnen Diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten) fand im September auf Einladung des Collège d'Europe in Brügge statt und wurde von 86 TeilnehmerInnen aus 49 Ländern besucht.

Neben dem **Jahrbuch der Diplomatischen Akademie Wien** wurden eine „Kleine Geschichte der Diplomatischen Akademie Wien“ und **Favorita Papers** zu den Themen „The Odessa Connection“, „Black Sea Calling“, „Migration and the European Union“ und „Raising Diplomats“ herausgegeben.

## Anhang

## VI. Österreich in internationalen Organisationen

Diese Tabelle enthält Informationen über Österreichs Mitgliedschaft, Teilnahme und Beobachter- bzw. Gaststatus in wichtigen internationalen Organisationen sowie internationalen Foren, Fonds und Programmen im VN-Bereich, europäischen und außer-europäischen Bereich einschließlich internationaler Finanzinstitutionen.

Stand: 31. Dezember

### 1. Mitgliedschaften

#### A. Mitgliedschaften im Rahmen des VN-Systems: 51,754 Millionen Euro\*

##### A.1. Vereinte Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>VN</b>	VN-SR:	0,887 %	13,251
New York, Genf, Wien, Nairobi	1973/74 1991/92		
Ban Ki-moon (Republik Korea) seit 2007	ECOSOC: 1963/65 1976/78 1982/84 1991/93 2000/02		
<b>Gesamt</b>			<b>13,251</b>

##### A.2. Organe und Programme der Vereinten Nationen

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>OCHA</b>		freiw. Beitr.	0,110
Genf und New York Sir John Holmes (GB) seit 2007			
<b>UNCDF</b>	1968–1970	freiw. Beitr.	0,600
New York Exekutivsekretär Richard Weingarten (USA) seit 2005	1972–1974 1997–1999		

\* In diesem Betrag sind Beiträge an die internationalen Gerichtshöfe des VN-Systems (siehe Kapitel VI.1.D.) in der Höhe von 2,786 Millionen Euro sowie an friedenserhaltende Operationen der VN (siehe Kapitel VI.2.A.) in der Höhe von 44,192 Millionen Euro nicht enthalten.



*Österreich in internationalen Organisationen*

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>UNCTAD</b>		frei w. Beitr.	0,300
Genf			
Panitchpakdi Supachai (Thailand) seit 2005			
<b>UNDP</b>	1968–1970	frei w. Beitr.	8,563
New York	1972–1974		
Kemal Dervis (Türkei) seit 2005	1997–1999		
<b>UNEP</b>	1973–1974	frei w. Beitr.	0,400
Nairobi	1978–1980		
Achim Steiner (Deutschland) seit 2006	1984–1986 1990–1993 1997–1999 2006–2009		
<b>Förderung Umwelt</b>			
Basler Übereinkommen		1,110 %	0,028
CBD		1,109 %	0,078
CBD – Protokoll über biologische Sicherheit		1,371 %	0,017
CITES		0,861 %	0,031
CMS		2,070 %	0,052
Espoo Übereinkommen		frei w. Beitr.	0,005
IUCN World Conservation Union		frei w. Beitr.	0,300
Montreal Protokoll, Multilateraler Fonds		1,075 %	1,157
Rotterdam Übereinkommen		1,168 %	0,016
Ramsar Übereinkommen		0,879 %	0,022
SAICM		frei w. Beitr.	0,135
Stockholm Übereinkommen		1,294 %	0,034
UNCCD		0,831 %	0,062
UNFCCC Kernbudget Treuhandfonds		0,865 % frei w. Beitr.	0,087 0,210
Wiener Übereinkommen und Montreal-Protokoll (Sekretariat)		0,854 %	0,028
<b>UNFPA</b>	1968–1970	frei w. Beitr.	1,920
New York	1972–1974		
Exekutivdirektorin Thoraya Ahmed Obaid (Saudi Arabien) seit 2001	1997–1999		

*Anhang*

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>UN-Habitat</b> Nairobi Exekutivdirektorin Anna Tibaijuka (Tansania) seit 2000	2000–2004	freiw. Beitr.	0,068
<b>UNHCR</b> Genf António Guterres (Portugal) seit 2005	seit 1951	freiw. Beitr.	0,600
<b>UNICEF</b> New York Ann Veneman (USA) seit 2006	1981–1984 2004–2006	freiw. Beitr.	1,550
<b>UNIDO</b> Wien Kandeh Yumkella (Sierra Leone) seit 2005	2005–2009	1,34625 % freiw. Beitr.	0,856 1,400
<b>UNIFEM</b> New York Inés Alberdi (Spanien) seit 2008	1968–1970 1972–1974 1997–1999	freiw. Beitr.	0,500
<b>UNODC</b> Wien Antonio Maria Costa (Italien) seit 2001			
UNDCP-Fonds		freiw. Beitr.	0,350
CPCJ-Fonds		freiw. Beitr.	0,070
Erweitertes Weltraumprogramm		freiw. Beitr.	0,056
<b>UNRWA</b> Gaza Karen Koning AbuZayd (USA) seit 2005		freiw. Beitr.	0,745
<b>UNV</b> Bonn Ad de Raad (Niederlande) seit 2003		freiw. Beitr.	0,188
<b>VN Sonderprogramm für benachteiligte Entwicklungsländer</b>		freiw. Beitr.	0,160
<b>Gesamt</b>			<b>20,698</b>

*Österreich in internationalen Organisationen***A.3. Sonderorganisationen der Vereinten Nationen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>FAO</b>	1961–1964	0,891 %	2,980
Rom	1983–1986		
Jacques Diouf (Senegal) seit 1994	1999–2001		
<b>ICAO</b>	2005–2007	0,710 %	0,337
Montreal			
Taieb Chérif (Algerien) 2003–2009			
<b>ILO</b>	1975–1978	0,888 %	2,200
Genf	1984–1987		
Juan Somavía (Chile) seit 1999	1996–1999		
	2008–2011		
<b>IMO</b>	2004–2011	0,100 %	0,034
London			
Efthimios Mitropoulos (Griechenland)			
<b>ITU</b>	2006–2010	0,197 %	0,20
Genf			
Hamadoun Touré (Mali)			
<b>UNESCO</b>	1972–1976	0,890 %	3,340
Paris	1995–1999		
Koichiro Matsuura (Japan) seit 1999		0,887 %	0,006
Welterbefonds		0,457 %	0,032
ICCROM		freiwillig. Beitr.	0,011
ICOMOS		freiwillig. Beitr.	0,070
IIEP			
<b>UPU</b>	1964–1974	0,520 %	0,12
Bern			
Edouard Dayan (Frankreich) seit 2005			
<b>WHO</b>	1970–1972	0,8871 %	2,809
Genf	1989–1991		
Margaret Chan (China) seit 2006			
<b>WIPO</b>		1,960 %	0,205
Genf			
Francis Gurry (Australien) seit 2008			

*Anhang*

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>WMO</b> Genf Michel Jarraud (Frankreich) seit 2004		0,870 %	0,034
<b>UNWTO</b> Madrid Francesco Frangialli (Frankreich) seit 1997	1987–1991	1,610 %	0,196
<b>Gesamt</b>			<b>12,574</b>

**A.4. Assoziierte Organisationen, Fonds und Institutionen**

Organisation Sitz Leiter	Sitz im Rat	Anteil am Gesamt- budget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro
<b>CERF</b> Verwaltet von OCHA		freiw. Beitr.	0,700
<b>CTBTO-PREPCOM</b> Wien Tibor Tóth (Ungarn) seit 2005		0,871 %	0,820
<b>Fonds für Folteropfer sowie Vermittlung von Menschenrechten</b> Verwaltet von OHCHR		freiw. Beitr.	0,395
<b>IAEO</b> Wien Mohamed El Baradei (Ägypten) seit 1997	1977–1979 1983–1985 1990–1992 1999–2001 2006–2008	1,015 %	2,736
<b>ISA</b> Kingston Satya Nandan (Fidschi) seit 1996		1,210 %	0,045*
<b>OPCW</b> Den Haag Rogelio Pfirter (Argentinien) seit 2002	2008–2010	0,783 %	0,535
<b>Gesamt</b>			<b>5,231</b>

\* Ressorts: Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

*Österreich in internationalen Organisationen***B. Sonstige globale Institutionen und Entitäten: 9,926 Mio. Euro****B.1. Intergouvernementale Institutionen und Entitäten**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>Haager Konferenz für internationales Privatrecht</b> Den Haag Hans van Loon (Niederlande) seit 1996	0,890 %	0,026	BMJ BMeiA
<b>ICMPD</b> Wien Gottfried Zürcher (Schweiz) seit 2005	4,360 %	0,080	BMI
<b>IEA</b> Paris Nobuo Tanaka (Japan) 2007–2011	1,000 %	0,232	BKA
<b>Interpol</b> Lyon Ronald Noble (USA) seit 2000	2,010 %	0,907	BMI
<b>IOM</b> Genf William Lacy Swing (USA) seit 2008	Admin. 0,952 % freiw. Beitr.	0,226 0,323	BMI
<b>ITF</b> Berlin Kathrin Meyer seit 2008	4,000 %	0,030	BMeiA National- fonds
<b>IWC</b> Cambridge (Großbritannien) Nicola Grandy (Großbritannien) seit 2000	1,488 %	0,027	BMLFUW
<b>OECD</b> Paris Angel Gurría (Mexiko) 2006–2011	1,150 %	3,130	BKA
<b>OPEC</b> Wien Abdalla Salem El-Badri (Libyen) seit 2007	Miet- unterstützung	0,553	BMeiA
<b>UNIDROIT</b> Rom Bernardino Libonati (Italien) seit 1995	1,310 %	0,026	BMJ BMeiA

*Anhang*

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>Wassenaar Arrangement</b> Wien Sune Danielsson (Schweden) seit 2002	0,920 %	0,015	BMeiA
<b>WTO</b> Genf Pascal Lamy (Frankreich) 2005–2009	1,412 %	1,530	BMWFJ
<b>Gesamt</b>		<b>7,105</b>	

**B.2. Netzwerke sowie Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>ASEF</b> Singapur Wonil Cho (Republik Korea) seit 2004	freiw. Beitr.	0,060	BMeiA
<b>IIASA</b> Laxenburg Leen Hordijk (Niederlande) seit 2002	4,500 %	0,648	BMWF
<b>IKRK</b> Genf Jakob Kellenberger (Schweiz) seit 1999	freiw. Beitr.	0,650	BMeiA
<b>JED</b>	freiw. Beitr.	0,119	BMeiA
<b>JPO</b>	freiw. Beitr.	1,344	BMeiA
<b>Gesamt</b>		<b>2,821</b>	

**C. Europa**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>CERN</b> Genf Robert Aymar (Frankreich) 2004–2008	2,190 %	14,616	BMWF

*Österreich in internationalen Organisationen*

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>Donaukommission</b> Budapest Istvan Valkar (Ungarn) 2007–2010	9,090 %	0,123	BMeiA
<b>EAPC</b> Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Mitglied seit 1997	keine Beiträge	BMeiA
<b>ECSEE</b> Wien Slavtcho Neykov (Bulgarien) seit 2006	3,000 %	0,071	BMWA
<b>ESA</b> Paris Jean-Jaques Dordain (Frankreich)	1,100 %	33,500	BMVIT
<b>EU</b> Brüssel Präsidentschaft Deutschland (Jänner-Juni) Portugal (Juli-Dezember)	2,260 %	2.278,940	BMF
<b>EUISS</b> Alvaro de Vasconcelos (Portugal) seit 2007	2,200 %	0,091	BMeiA
<b>EUMETSAT</b> Darmstadt Lars Prahm (Dänemark) seit 2004	2,130 %	3,350	BMVIT
<b>EUREKA</b> Brüssel Luuk Borg (Niederlande) seit 2007	1,920 %	0,050	BMWA, WKÖ
<b>Europarat</b> Strassburg Terry Davis (Großbritannien) seit 2004	1,840 %	4,378	BMeiA
<b>Europol</b> Den Haag Max Peter Ratzel (Deutschland) seit 2005	2,220 %	0,833	BMI

*Anhang*

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>EU SATCEN</b> Madrid Frank Asbeck (Deutschland) seit 2005	2,200 %	0,254	BMeiA
<b>EUTELSAT</b> Paris Christian Roisse (Frankreich) 2005– 2009		keine Beiträge	BMVIT
<b>IKSD</b> Wien Philip Weller (Großbritannien) seit 2003	9,657 %	0,096	BMLFUW
<b>IKSR</b> Koblenz Ben van de Wetering (Niederlande) seit 2007	freiw. Beitr.	0,006	BMLFUW
<b>Karpatenkonvention</b> Wien Harald Egerer (Österreich), interimis- tisch	freiw. Beitr.	0,099	BMLFUW
<b>LRTAP Übereinkommen</b> Genf Marco Keiner (Deutschland) seit 2008	2,0682 %	0,032	BMLFUW
<b>NATO/PfP</b> Brüssel Jaap de Hoop Scheffer (Niederlande) seit 1999	Teilnehmer (seit 1995)	0,220	BMeiA, BMLV, BMI
<b>OSZE</b> Wien Vorsitz 2008: Finnland Leiter: Marc Perrin de Brichambaut (Frankreich)	2,510 % für Sekretariat und Institutio- nen bzw. 2,160 % für Feldmissionen	4,826	BMeiA
<b>WEU</b> Brüssel Javier Solana (Spanien) seit 1999	Beobachter	keine Beiträge	BMeiA, BMLV



*Österreich in internationalen Organisationen*

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamtbudget der Organisation	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>ZKR</b> Strassburg Jean-Marie Wöhrling (Frankreich) 1998–2010	Beobachter	keine Beiträge	BMVIT
<b>Gesamt</b>		<b>2.341,485</b>	

**D. Internationale Gerichts- und Schiedshöfe**

Organisation Sitz Leiter	Anteil am Gesamt- budget	Beitrag 2008 in Mio. Euro	Ressort
<b>ICTR</b> Arusha Dennis Byron (St. Kitts und Nevis) seit 2007	0,887 %	0,766	BMeiA, BMJ
<b>ICTY</b> Den Haag Patrick Lipton Robinson (Jamaika) seit 2008	0,887 %	1,076	BMeiA, BMJ
<b>IStGH</b> Den Haag Philippe Kirsch (Kanada) seit 2003	1,321 %	0,687	BMeiA, BMJ
<b>ITLOS</b> Hamburg José Luis Jesus (Kap Verde) seit 2008	1,184 %	0,093	BMeiA, BMWA
<b>Khmer Rouge Tribunal</b> Phnom Penh Kong Srim (Kambodscha) seit 2007	freiw. Beitr.	0,083	BMeiA
<b>SCSL</b> Freetown Renate Winter (Österreich) seit 2008	freiw. Beitr.	0,081	BMeiA
<b>Ständiger Schiedshof</b> Den Haag Tjaco van den Hout (Niederlande) 2004–2009	0,647 %	0,005	BMeiA
<b>Gesamt</b>		<b>2,791</b>	

## Anhang

**E. Internationale Finanzinstitutionen**

Organisation Sitz Leiter	österreich. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2008 in Mio. Euro***	Ressort
<b>ADB</b> Manila Haruhiko Kuroda (Japan) seit 2004	2001–2004 2008–2016	0,340 %	136,559	BMF
<b>AfDB</b> Tunis Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2005–2008 2009–2013 2014–2017	0,448 %	107,243	BMF
<b>AfDF</b> Tunis Donald Kaberuka (Ruanda) seit 2005	2008–2010 2013–2014	1,380 %	232,984	BMF
<b>CFC</b> Amsterdam Ali Mchumo (Tansania) seit 2004	ständig (non-resident)	1,267 %	1,832	BMF
<b>CGIAR**</b> Washington D.C. Katherine Sierra (USA) seit 2006		0,407 %	23,928	BMF
<b>EBRD</b> London Thomas Mirow (Deutschland) seit 2008	ständig	2,280 %	456,000	BMF
<b>EDF</b> Brüssel		2,650 %	705,960	BMF
<b>EIB</b> Luxemburg Philippe Maystadt (Belgien) seit 2000	ständig	2,225 %	3.666,970	BMF
<b>GEF</b> Washington D.C. Monique Barbut (Frankreich) seit 2006	ständig	1,395 %	92,361	BMF

*Österreich in internationalen Organisationen*

Organisation Sitz Leiter	österr. VertreterInnen in den Institutionen	Anteil am Gesamtkapital der Institutionen***	Kapitalanteil 2008 in Mio. Euro***	Ressort
<b>IBRD*</b> Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,703 %	958,971	BMF
<b>IDA*</b> Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,847 %	1.077,553	BMF
<b>IDB</b> Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2003–2010	0,159 %	115,390	BMF
<b>IFAD*</b> Rom Lennart Båge (Schweden) seit 2001	2003–2005	1,078 %	39,768	BMF
<b>IFC*</b> Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007	ständig	0,834 %	14,185	BMF
<b>IIC</b> Washington D.C. Alberto Moreno (Kolumbien) seit 2005	2004–2006	0,490 %	2,479	BMF
<b>IMF*</b> Washington D.C. Dominique Strass-Kahn (Frankreich) seit 2007	ständig	0,861 %	2.068,517	OeNB
<b>MIGA**</b> Washington D.C. Robert B. Zoellick (USA) seit 2007		0,782 %	10,620	BMF
<b>Gesamt</b>			<b>9.711,320</b>	

\* Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

\*\* Mit der Weltbank-Gruppe assoziierte Organisationen

\*\*\* Daten zum Stichtag der jeweils letztbeschlossenen Bilanz

*Anhang***2. Friedenserhaltende Missionen****A. Finanzielle Beitragsleistungen**

Mission	Anteil am Gesamtbudget	Beitrag 2008 in Mio. Euro
MINURCAT	0,887 %	2,538
MINURSO	0,887 %	0,263
MINUSTAH	0,887 %	3,641
MONUC	0,887 %	6,702
UNAMID	0,887 %	13,130
UNDOF	0,887 %	0,242
UNFICYP	0,887 %	0,181
UNIFIL	0,887 %	4,564
UNMEE	0,887 %	0,302
UNMIK	0,887 %	1,122
UNMIL	0,887 %	3,786
UNMIS	0,887 %	3,875
UNMIT	0,887 %	0,850
UNOCI	0,887 %	2,831
UNOMIG	0,887 %	0,165
<b>Gesamt</b>		<b>44,192</b>

*Österreich in internationalen Organisationen***B. Entsendung von Personal**

Seit 1960 war Österreich an mehr als 50 Missionen der VN, OSZE und EU beteiligt. Die Rekrutierung von Personal erfolgte durch das Bundesministerium für Landesverteidigung (Truppenkontingente und MilitärbeobachterInnen), das Bundesministerium für Inneres (zivile Polizei-beobachterInnen), das Bundesministerium für Justiz (Justizwache), das Bundesministerium für Finanzen (SanktionenmonitorInnen), das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (zivile BeobachterInnen und WahlbeobachterInnen), sowie die zuständigen Fachressorts (ExpertInnen). Die folgende Aufstellung enthält im Jahr 2008 effektive Entsendungen:

Mission	Einsatz	Höchchststärke
<b>EUFOR-Althea</b>	seit 2004	114 SoldatInnen
<b>EUFOR Tchad/RCA</b>	seit 2008	162 SoldatInnen
<b>EULEX Kosovo</b>	seit 2008	21 PolizistInnen 2 RichterInnen 4 Justizwachen
<b>EUMM Georgia</b>	seit 2008	3 PolizistInnen 1 ExpertIn
<b>EUPM</b>	seit 2003	5 PolizistInnen
<b>EUPOL COPPS</b>	seit 2006	2 PolizistInnen 2 JustizexpertInnen
<b>EUSEC RD Congo</b>	seit 2007	1 Stabsoffizier
<b>ICTY</b>	seit 1998	1 Justizwache
<b>ISAF</b>	seit 2004	2 Stabsoffiziere
<b>KFOR</b>	seit 1999	669 SoldatInnen
<b>MINURSO</b>	seit 1991	2 MilitärbeobachterInnen
<b>OSZE</b>	Feldoperationen Wahlbeobachtungen	32 ExpertInnen 60 ExpertInnen
<b>RACVIAC</b>	seit 1999	1 Experte
<b>UNDOF</b>	seit 1974	385 SoldatInnen
<b>UNFICYP</b>	seit 1972	5 Stabsangehörige
<b>UNMEE</b>	seit 2000 (bis Jahresmitte 2008)	2 MilitärbeobachterInnen
<b>UNMIK</b>	seit 1999 (bis Herbst 2008)	19 PolizistInnen
<b>UNMIN</b>	seit 2007 (bis Jahresmitte 2008)	2 MilitärbeobachterInnen
<b>UNOMIG</b>	seit 1994	2 MilitärbeobachterInnen
<b>UNOWA</b>	seit 2006	1 stv. Militärberater
<b>UNTSO</b>	seit 1967	7 MilitärbeobachterInnen

*Anhang***VII. Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien**

Stand: 31. Dezember

**1. Hauptausschuss des Nationalrates (27 Mitglieder)**

Obfrau:	Prammer Barbara, Mag.
Obfraustellvertreter:	Neugebauer Fritz Graf Martin, Mag. Dr.
SchriftführerIn:	Schittenhelm Dorothea Hagenhofer Marianne Fichtenbauer Peter, Dr.
	<b>Mitglieder</b>
<b>SPÖ:</b> (8)	Cap Josef, Dr. Csörgits Renate Grossmann Elisabeth, Mag. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Krainer Kai Jan Prähauser Stefan Prammer Barbara, Mag.
<b>ÖVP:</b> (8)	Bartenstein Martin, Dr. Donabauer Karl Kopf Karlheinz Molterer Wilhelm, Mag. Neugebauer Fritz Plassnik Ursula, Dr. Schittenhelm Dorothea Schüssel Wolfgang, Dr.
<b>FPÖ:</b> (5)	Fichtenbauer Peter, Dr. Graf Martin, Mag. Dr. Hübner Johannes, Dr. Rosenkranz Walter, Dr. Strache Heinz-Christian
<b>BZÖ:</b> (3)	Bucher Josef Grosz Gerald Stadler Ewald, Mag.
<b>GRÜNE:</b> (3)	Glawischnig-Piesczek Eva, Dr. Lunacek Ulrike, Mag. Van der Bellen Alexander, Dr.

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***2. Außenpolitischer Ausschuss des Nationalrates  
(27 Mitglieder)**

Obmann: Cap Josef, Dr.  
 ObmannstellvertreterIn: Schüssel Wolfgang, Dr.  
 Lunacek Ulrike, Mag.  
 Hübner Johannes, Dr.  
 Scheibner Herbert  
 SchriftführerIn: Großruck Wolfgang  
 Van der Bellen Alexander, Dr.  
 Muttonen Christine, Mag.

	<b>Mitglieder:</b>	<b>Ersatzmitglieder:</b>
<b>SPÖ:</b> (8)	Bayr Petra Cap Josef, Dr. Gartlehner Kurt, Ing. Grossmann Elisabeth, Mag. Hagenhofer Marianne Heinzl Anton Muttonen Christine, Mag. Wurm Gisela, Mag.	Csörgits Renate Hakel Elisabeth Hell Johann Krist Hermann Matznetter Christoph, Dr. Rudas Laura Weninger Hannes Wittmann Peter, Dr.
<b>ÖVP:</b> (8)	Cortolezis-Schlager Katharina, Mag. Glaser Franz Großruck Wolfgang Hakl Karin, Mag. Neugebauer Fritz Plassnik Ursula, Dr. Schittenhelm Dorothea Schüssel Wolfgang, Dr.	Donabauer Karl Donnerbauer Heribert, Mag. Fuhrmann Silvia Klikovits Oswald Maier Ferdinand, Dr. Pack Jochen Riener Barbara Schönegger Bernd, Mag.
<b>FPÖ:</b> (5)	Fichtenbauer Peter, Dr. Haimbuchner Manfred, Mag. Dr. Hübner Johannes, Dr. Kurzmann Gerhard, Dr. Unterreiner Heidemarie, Mag.	Haider Roman, Mag. Karlsböck Andreas, Dr. Königshofer Werner, DD.R. Neubauer Werner Vilimsky Harald
<b>BZÖ:</b> (3)	Huber Gerhard Scheibner Herbert Stadler Ewald, Mag.	Darmann Gernot, Mag. Hagen Christoph Linder Maximilian
<b>GRÜNE:</b> (3)	Lunacek Ulrike, Mag. Pilz Peter, Dr. Van der Bellen Alexander, Dr.	Koron Alev, Mag. Lichtenecker Ruperta, Dr. Schwentner Judith, Mag.

*Anhang***3. Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union (17 Mitglieder)**

Obmann: Neugebauer Fritz  
 ObmannstellvertreterIn: Grossmann Elisabeth, Mag.  
 Stadler Ewald, Mag.  
 Hagenhofer Marianne  
 Schriftführer: Haberzettl Wilhelm  
 Donabauer Karl  
 Hübner Johannes, Dr.

**Mitglieder:****Ersatzmitglieder:**

<b>SPÖ:</b> ( 5 )	Cap Josef, Dr. Grossmann Elisabeth, Mag. Haberzettl Wilhelm Hagenhofer Marianne Weninger Hannes	Bayr Petra Lohfeyer Rosa, Mag. Kirchgatterer Franz Wittmann Peter, Dr. Matznetter Christoph, Dr.
<b>ÖVP:</b> ( 5 )	Donabauer Karl Plassnik Ursula, Dr. Schüssel Wolfgang, Dr. Neugebauer Fritz Kopf Karlheinz	Grillitsch Fritz Hakl Karin, Mag. Bartenstein Martin, Dr. Großruck Wolfgang Karl Beatrix, Mag. Dr.
<b>FPÖ:</b> ( 3 )	Kurzmann Gerhard, Dr. Hübner Johannes, Dr. Stefan Harald, Mag.	Fichtenbauer Peter, Dr. Vilimsky Harald Karlsböck Andreas, Dr.
<b>BZÖ:</b> ( 2 )	Stadler Ewald, Mag. Scheibner Herbert	Bucher Josef Petzner Stefan
<b>GRÜNE:</b> ( 2 )	Lunacek Ulrike, Mag. Van der Bellen Alexander, Dr.	Pirkhuber Wolfgang, Dipl.-Ing. Dr. Schatz Birgit, Mag.

**4. Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (10 Mitglieder)**

Vorsitzender: Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.  
 Vorsitzender-StellvertreterIn: Konecny Albrecht, Prof.  
 Greiderer Elisabeth  
 SchriftführerIn: Todt Reinhard  
 Rausch Bettina

**Mitglieder:****Ersatzmitglieder:**

<b>SPÖ:</b> ( 5 )	Beer Wolfgang Bock Hans-Peter, Ing.	Grimling Elisabeth Gruber Manfred
-------------------	--	--------------------------------------



*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien*

	Boden Karl	Gumplmaier Erich, Dr.
	Konecny Albrecht, Prof.	Kalina Josef
	Todt Reinhard	Schimböck Wolfgang, MSc.
<b>ÖVP:</b> ( 5 )	Greiderer Elisabeth	Mayr Walter
	Himmer Harald, Mag.	Peinsteiner Johannes
	Kühnel Franz Eduard, Dr.	Perhab Franz
	Rausch Bettina	Schnider Andreas, Dr.
	Spiegelfeld-Schneeberg Georg,	Strohmayer-Dangl Kurt
	Dr.	

**5. EU-Ausschuss des Bundesrates (14 Mitglieder)**

Vorsitzender:	Kneifel Gottfried (O)
Vorsitzender-Stellvertreter:	Konecny Albrecht, Prof. (W) Weiss Jürgen (V)
Schriftführer:	Preiner Erwin (B) Perhab Franz (St)

	<b>Mitglieder:</b>	<b>Ersatzmitglieder:</b>
<b>SPÖ:</b> ( 7 )	Gumplmaier Erich, Dr. (O)	Blatnik Ana (K)
	Konecny Albrecht, Prof. (W)	Boden Karl (N)
	Mosbacher Maria (St)	Erlitz Wolfgang, Mag. (St)
	Neuwirth Susanne, Mag. (S)	Kaltenbacher Günther (St)
	Preiner Erwin (B)	Kemperle Monika (W)
	Todt Reinhard (W)	Schimböck Wolfgang, MSc. (O)
	Winterauer Reinhard (O)	Stadler Werner (O)
<b>ÖVP:</b> ( 7 )	Hensler Friedrich (N)	Jany Reinhard (B)
	Keuschnigg Georg (T)	Köberl Günther (St)
	Kneifel Gottfried (O)	Mayer Edgar (V)
	Kühnel Franz Eduard, Dr. (W)	Peinsteiner Johannes (O)
	Perhab Franz (St)	Rausch Bettina (N)
	Weiss Jürgen (V)	Schnider Andreas, Dr. (St)
	Zwazl Sonja (N)	Tiefnig Ferdinand (O)

**6. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen  
Versammlung des Europarats (6 Mitglieder)****Ordentliche Mitglieder:**

Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ), Delegationsleiterin
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)

*Anhang*

Graf Martin, Dr.	Dritter Präsident des Nationalrates (FPÖ)
Mitterer Peter	Mitglied des Bundesrates (BZÖ)

**Ersatzmitglieder:**

Ablinger Sonja	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Muttonen Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hakl Karin, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Van der Bellen Alexander, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

**7. Österreichische Delegation zur Parlamentarischen  
Versammlung der OSZE (6 Mitglieder)**

Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ), Delegationsleiterin
Konecny Albrecht, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (FPÖ)
Dolinschek Sigisbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

**8. Österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments  
(18 Mitglieder)**

Berger Maria, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion, Delegationsleiterin der SPÖ
Bösch Herbert, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion; Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses
Bulfon, Wolfgang	Sozialdemokratische Fraktion
Ettl Harald, Ing.	Sozialdemokratische Fraktion
Karas Othmar, Mag.	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten, Stv. Vorsitzender und Schatzmeister, Delegationsleiter der ÖVP
Leichtfried Jörg, Mag.	Sozialdemokratische Fraktion
Lichtenberger Evelin, Dr.	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzende

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien*

Martin Hans-Peter, Dr.	Fraktionslos
Mölzer Andreas	Fraktionslos
Pirker, Hubert, Dr.	Europäische Volkspartei; Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu der Koreanischen Halbinsel
Prets Christa	Sozialdemokratische Fraktion; Stv. Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zum Iran
Rack Reinhard, Univ.-Prof. Dr.	Europäische Volkspartei, Mitglied des Vorstands
Resetarits Karin	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; Mitglied des Vorstands, Stv. Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Japan
Rübig Paul, Dr.	Europäische Volkspartei
Schierhuber Agnes	Europäische Volkspartei
Seeber Richard, Dr.	Europäische Volkspartei
Swoboda Hannes, Dr.	Sozialdemokratische Fraktion; Delegationsleiter, Stv. Vorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer, Stv. Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas
Voggenhuber Johannes	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz; Stv. Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen

## **9. Rat für Fragen der österreichischen Integrations- und Außenpolitik (32 Mitglieder)**

### **Mitglieder:**

Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, Vorsitzender
Wrabetz Bernhard, Botschafter Mag.	Vertreter des Bundeskanzlers
Hauer Martin, Dr.	Vertreter des Vizekanzlers
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Vertreter des Bundesministers für Landesverteidigung

*Anhang*

Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Grossmann Elisabeth, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Hagenhofer Marianne	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Albrecht Konecny, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Plassnik Ursula, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Schüssel Wolfgang, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kneifel Gottfried	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Huber Gerhard	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Van der Bellen Alexander, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Schennach Stefan	Mitglied des Bundesrates (GRÜNE)
Platter Günther	Landeshauptmann von Tirol
Brauner Renate, Mag.	Landeshauptmann-Stellvertreterin von Wien, Vizebürgermeisterin
Prior Walter	Präsident des Burgenländischen Landtages
Orthner Angela	Präsidentin des Oberösterreichischen Landtages
Leitl Christoph, Dr.	Präsident der Wirtschaftskammer Österreich
Tumpel Herbert, Mag.	Präsident der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte
Wlodkowski Gerhard, ÖkR	Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern
Katzian Wolfgang	Österreichischer Gewerkschaftsbund
Koits Peter, Dr.	Österreichischer Städtebund, Bürgermeister von Wels
Riedl Alfred, Mag.	Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Grafenwörth

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien***Ersatzmitglieder:**

Bayr Petra	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Haberzettl Wilhelm	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Großruck Wolfgang	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Donabauer Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Glaser Franz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Spiegelfeld-Schneeberg Georg, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Mühlwerth Monika	Mitglied des Bundesrates (FPÖ)
Kurzmann Gerhard, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Neubauer Werner	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hagen Christoph	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Linder Maximilian	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Darmann Gernot, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Lichtenecker Ruperta, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

**Beobachter:**

Kloss Alfons, Botschafter Dr.	Vertreter der Präsidentschaftskanzlei
-------------------------------	---------------------------------------

*Anhang***10. Nationaler Sicherheitsrat****Stimmberechtigte Mitglieder:**

Faymann Werner	Bundeskanzler
Pröll Josef, Dipl.-Ing.	Vizekanzler
Spindelegger Michael, Dr.	Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten
Darabos Norbert, Mag.	Bundesminister für Landesverteidigung
Fekter Maria, Dr.	Bundesministerin für Inneres
Hahn Johannes, Dr.	Bundesministerin für Justiz
Prammer Barbara, Mag.	Präsidentin des Nationalrates (SPÖ)
Cap Josef, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Grossmann Elisabeth, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Prähauser Stefan	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Albrecht Konecny, Prof.	Mitglied des Bundesrates (SPÖ)
Kopf Karlheinz	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Neugebauer Fritz	Zweiter Präsident des Nationalrates (ÖVP)
Plassnik Ursula, Dr.	Abgeordnete zum Nationalrat (ÖVP)
Bieringer Ludwig	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Strache Heinz-Christian	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Fichtenbauer Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Hübner Johannes, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Darmann Gernot, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Scheibner Herbert	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Westenthaler Peter, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Van der Bellen Alexander, Dr.	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Pilz Peter, Dr.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Lunacek Ulrike, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)

**Mitglieder mit beratender Stimme:**

Sausgruber Herbert, Dr.	Landeshauptmann von Vorarlberg Vertreter der Landeshauptleutekonferenz
Pollitzer René, Botschafter Dr.	Kabinettsdirektor, Präsidenschaftskanzlei

*Österreichische Mitglieder in außenpolitischen Gremien*

Kyrle Johannes, Botschafter Dr.	Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten
Entacher Edmund, General	Generalstabschef
Buxbaum Erik, Dr.	Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit
Wrabetz Bernhard, Botschafter Mag.	Bundeskanzleramt
Hauer Martin, Dr.	Büro Vizekanzler
Mayr-Harting Thomas, Botschafter Dr.	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Pucher Johann, Generalmajor Mag.	Leiter der Direktion für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung

**Ersatzmitglieder:**

Heinzl Anton	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Lapp Christine, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Pendl Otto	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Weninger Hannes	Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ)
Wurm Gisela, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)
Kapeller Norbert, Ing.	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Grillitsch Fritz	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Haubner Peter	Abgeordneter zum Nationalrat (ÖVP)
Kühnel Franz Eduard, Dr.	Mitglied des Bundesrates (ÖVP)
Vilimsky Harald	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Mayerhofer Leopold	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Weinzinger Lutz	Abgeordneter zum Nationalrat (FPÖ)
Stadler Ewald, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Bucher Josef	Klubobmann Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Hagen Christoph	Abgeordneter zum Nationalrat (BZÖ)
Schatz Birgit, Mag.	Abgeordnete zum Nationalrat (GRÜNE)
Steinhauser Albert, Mag.	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)
Öllinger Karl	Abgeordneter zum Nationalrat (GRÜNE)

## Anhang

## VIII. Österreich in Zahlen 1950 bis 2008

Gegenstand, Einheit	1950	1970	1990	2000	2007	2008
Bevölkerungsstand in 1.000	6.934 <sup>6)</sup>	7.492 <sup>7)</sup>	7.678	8.012	8.301	8.337
Frauen in 1.000	3.717 <sup>6)</sup>	3.958 <sup>7)</sup>	4.002	4.137	4.261	4.278
Männer in 1.000	3.217 <sup>6)</sup>	3.534 <sup>7)</sup>	3.676	3.875	4.040	4.059
Ausländeranteil in % <sup>1)</sup>	4,7 <sup>6)</sup>	2,8 <sup>7)</sup>	5,6	8,8	10,1	10,2
Frauen in %	49,5 <sup>6)</sup>	39,4 <sup>7)</sup>	44,6	47,3	48,6	48,9
Männer in %	50,5 <sup>6)</sup>	60,6 <sup>7)</sup>	55,4	52,7	51,4	51,1
Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt	67,0	73,4	78,9	81,1	82,9	83,0
Lebenserwartung der Männer bei der Geburt	61,9	66,5	72,2	75,1	77,3	77,6
Geburtenbilanz	22.144	13.482	7.502	1.488	1.625	2.669
Wanderungsbilanz	.	10.406 <sup>8)</sup>	58.562 <sup>8)</sup>	17.272 <sup>8)</sup>	34.731	34.436
Unselbständig Beschäftigte in 1.000 <sup>2)</sup>	1.947,0	2.485,6 <sup>9)</sup>	2.901,8	3.198,5	3.450,2	3.528,0
Frauen in 1.000	.	898,3 <sup>9)</sup>	1.166,9	1.410,4	1.596,2	1.653,9
Männer in 1.000	.	1.587,3 <sup>9)</sup>	1.734,9	1.788,1	1.853,9	1.874,1
Teilzeitbeschäftigte in 1.000 <sup>2)</sup>	.	173,2 <sup>9)</sup>	255,7	525,9	779,2	819,3
Frauen in 1.000	.	153,9 <sup>9)</sup>	227,7	467,8	669,0	697,0
Männer in 1.000	.	19,3 <sup>9)</sup>	28,1	58,1	110,2	122,3
Wochenarbeitszeit, effektiv, Unselbständige, in Stunden <sup>3)</sup>	.	40,8	36,7	35,4	33,0	33,0
Arbeitslosenquote (national) in % <sup>4)</sup>	6,2	1,9	5,4	5,8	6,2	5,8
Bruttoinlandsprodukt, lfd. Preise in Mrd. Euro <sup>5)</sup>	51,9	375,9	1813,5	207,5	270,8	282,2
jährliches Wirtschaftswachstum in %	12,4	7,1	4,7	3,4	3,1	1,8 <sup>*)</sup>
Offizielle Währungsreserven, in Mrd. Euro <sup>5)</sup>	.	47	138	18,9	9,7	12,0
Verbraucherpreisindex, 1966=100	47,9	115,0	298,6	375,4	430,4	444,2
Tariflohnindex, 1966=100	32,4	131,1	507,6	716,9	846,1	872,5
Energetischer Endverbrauch, in Petajoule	.	567,2	766,5	944,4	1.082,6	.
Wohnfläche pro Einwohner, in m <sup>2</sup>	.	21,4 <sup>10)</sup>	32,1 <sup>10)</sup>	37,5	42,3	42,6
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	.	-1,7	13,6	-5,4	8,4	9,8 <sup>*)</sup>

Quelle: Statistik Österreich, Oesterreichische Nationalbank, Oesterreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich = keine Daten vorhanden –<sup>1)</sup> Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit –<sup>2)</sup> lt. Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ab 1970 Mikrozensus –<sup>3)</sup> in Haupttätigkeit, Mikrozensus Jahresdurchschnitte, Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätige –<sup>4)</sup> AMS-vorgemerkte Arbeitslose in Prozent des Arbeitskräfteangebotes der Unselbständigen (unselbständig Erwerbstätige + vorgemerkte Arbeitslose) –<sup>5)</sup> vor 2000 in Mrd. Schilling –<sup>6)</sup> Volkszählung 1951 –<sup>7)</sup> Volkszählung 1971 –<sup>8)</sup> errechneter Wanderungssaldo –<sup>9)</sup> 1974 –<sup>10)</sup> Häuser- und Wohnungszählung 1971 bzw. 1991, Mikrozensus –<sup>\*</sup>) vorläufig



## IX. Österreich im internationalen Vergleich

### 1. Bruttoinlandsprodukt

Länder	Bruttoinlands- produkt nominell in Mrd. Euro	Bruttoinlands- produkt je EinwohnerIn in Euro <sup>1)</sup>	Anteil des Leistungsbilanzsaldos am Bruttoinlandsprodukt in %	
	2007	2007	2007	2008
Belgien	334,9	29.400	1,7	-2,6
Bulgarien	28,9	9.300	.	.
Dänemark	226,5	29.900	0,7	2,0
Deutschland	2.422,9	28.600	8,0	6,6
Estland	15,3	16.900	.	.
Finnland	179,7	28.800	3,6	1,7
Frankreich	1.892,1	27.200	-1,1	-1,9
Griechenland	228,2	23.600	-14,2	-14,4
Großbritannien	2.049,0	29.600	-2,9	-1,7
Irland	190,6	37.400	-5,4	-4,5
Italien	1.535,5	25.400	-2,4	-3,4
Lettland	21,1	14.400	.	.
Litauen	28,4	14.800	.	.
Luxemburg	36,3	66.300	9,8	5,5
Malta	5,4	19.300	.	.
Niederlande	567,1	32.600	7,6	7,5
<b>Österreich</b>	<b>270,8</b>	<b>30.800</b>	<b>3,4</b>	<b>3,8</b>
Polen	308,6	13.400	-4,7	-5,5
Portugal	163,1	19.000	-9,4	-12,1
Rumänien	123,8	10.500	.	.
Schweden	331,2	30.400	8,6	8,3
Slowakei	54,9	16.700	-5,3	-6,5
Slowenien	34,5	22.200	.	.
Spanien	1.050,6	26.200	-10,0	-9,5
Tschechien	127,1	20.000	-3,1	-3,0
Ungarn	101,1	15.600	-6,4	-8,2
Zypern	15,7	22.600	.	.
EU 27	12.353,0	24.900	0,5	-0,4
Norwegen	386,6 <sup>2) 3)</sup>	53.477 <sup>4)</sup>	15,9	18,2
Schweiz	419,2 <sup>2) 3)</sup>	40.507 <sup>4)</sup>	10,0	9,2
Japan	4.368,6 <sup>2) 3)</sup>	33.603 <sup>4)</sup>	4,9	3,2
USA	13.778,8 <sup>2) 3)</sup>	45.489 <sup>4)</sup>	-5,3	-4,7
OECD	.	.	-1,3	-1,4

Quelle: Eurostat, OECD, WIFO – <sup>1)</sup> Zu laufenden Preisen und KKP – <sup>2)</sup> in Mrd. US-Dollar – <sup>3)</sup> Schätzung – <sup>4)</sup> in US-Dollar

## Anhang

**2. Außenhandel**

Länder	Einfuhr <sup>1)</sup>		Ausfuhr <sup>2)</sup>		Exportanteile am BIP <sup>3)</sup>	
	2006	2007 in Mrd. US-Dollar	2006	2007	2006 in %	2007
Belgien	353,7	413,4	369,1	430,9	87,3	88,8
Bulgarien	23,3	.	15,1	.	64,5	63,4
Dänemark	85,3	99,3	91,6	102,3	52,0	52,3
Deutschland	922,2	1.059,3	1.122,0	1.328,8	45,3	46,9
Estland	11,9	.	8,8	.	80,9	74,4
Finnland	69,4	81,7	77,3	90,1	45,2	45,7
Frankreich	529,9	611,1	479,0	539,3	26,8	26,5
Griechenland	63,7	76,1	20,9	23,5	23,3	23,0
Großbritannien	606,4	624,8	444,4	440,1	28,5	26,4
Irland	76,6	85,7	108,8	120,8	79,9	79,4
Italien	442,6	504,6	417,2	492,1	27,7	29,0
Lettland	11,4	.	5,9	.	44,9	42,2
Litauen	19,4	.	14,1	.	59,1	54,4
Luxemburg	19,6	22,3	14,2	16,2	175,5	179,9
Malta	4,7	.	2,7	.	87,0	89,5
Niederlande	331,5	420,7	370,2	477,2	73,0	74,9
Österreich	134,3	156,1	134,2	156,6	56,6	59,6
Polen	127,3	164,2	110,9	138,8	40,4	40,8
Portugal	66,7	78,2	43,4	51,3	31,0	32,7
Rumänien	51,1	.	32,3	.	32,3	29,5
Schweden	127,1	152,8	147,4	169,3	51,5	52,6
Slowakei	47,4	58,7	41,9	57,8	84,4	86,5
Slowenien	23,0	.	21,0	.	66,6	70,2
Spanien	330,0	391,2	214,1	253,8	26,4	26,5
Tschechien	93,5	116,8	95,2	120,9	76,6	80,2
Ungarn	77,2	94,7	74,2	94,6	77,1	80,3
Zypern	7,0	.	1,2	.	48,0	48,8
EU 27	.	.	.	.	39,8	40,2
Norwegen	64,3	80,3	122,2	136,4	46,4	45,8
Schweiz	141,4	161,2	147,9	172,1	52,4	55,9
Japan	579,1	622,2	646,7	714,3	16,1	17,6
USA	1.919,0	2.017,1	1.037,0	1.162,4	11,2	12,0

Quelle: OECD – <sup>1)</sup> CIF (cost, insurance, freight) – <sup>2)</sup> FOB (free on board) – <sup>3)</sup> Waren- und Dienstleistungen zu laufenden Preisen nach ESVG 1995

*Österreich im internationalen Vergleich***3. Bruttoinlandsausgaben für Umwelt, Bildung, Gesundheit**

Länder	Anteil der Umweltschutz- ausgaben am BIP gesamt und öffentlicher Sektor <sup>1)</sup>		Anteil öffentlicher Bildungsausgaben am BIP		Anteil der Gesund- heitsausgaben am BIP	
	gesamt	dar. öffentl. Sektor <sup>2)</sup>	1995	2006	1995	2006
in %						
Belgien	1,1	0,5	.	6,0	8,2	10,3
Bulgarien	.	0,4	3,4	4,2	.	.
Dänemark	1,8	1,4	7,7	8,3 <sup>3)</sup>	8,1	9,5
Deutschland	1,6	1,3	4,6	4,4	10,1	10,6
Estland	.	0,2	5,9	4,9 <sup>3)</sup>	.	.
Finnland	1,0	0,5	6,9	6,1	7,7	8,2
Frankreich	1,3	0,6	6,0	5,6	10,4	11,0
Griechenland	0,8	0,5	2,9	4,0 <sup>3)</sup>	8,6	9,1
Großbritannien	0,6	0,4	5,0	5,4	6,9	8,4
Irland	0,6	0,4	5,1	4,9	6,7	7,5
Italien	1,9	1,0	4,9	4,7	7,3	9,0
Lettland	.	0,2	6,2	5,1	.	.
Litauen	.	0,1	5,1	4,8	.	.
Luxemburg	.	0,6	4,3	3,4	5,6	7,3
Malta	.	.	.	6,8 <sup>3)</sup>	.	.
Niederlande	2,1	1,1	5,1	5,5	8,3	.
<b>Österreich</b>	<b>2,0</b>	<b>1,1</b>	<b>6,0</b>	<b>5,4</b>	<b>9,5</b>	<b>10,2</b>
Polen	1,5	0,8	5,1	5,5 <sup>3)</sup>	5,5	6,2
Portugal	0,8	0,5	5,4	5,3	7,8	10,2
Rumänien	.	0,2	.	3,5 <sup>3)</sup>	.	.
Schweden	1,1	0,2	7,2	6,9	8,0	9,2
Slowakei	0,8	0,1	5,0	.	.	7,4
Slowenien	.	0,8	.	5,7	.	.
Spanien	0,8	0,6	4,7	4,3	7,4	8,4
Tschechien	0,6	0,3	.	4,6	7,0	6,8
Ungarn	1,5	0,6	5,4	5,4	.	.
Zypern	.	0,3	4,6	7,0	.	.
EU 27	.	.	.	5,9	.	.
Norwegen	1,2	0,6	7,4	6,6	7,9	8,7
Schweiz	1,1	0,7	.	5,5	9,7	11,3
Japan	1,4	0,6	3,2	3,5	6,9	8,1
USA	1,6	0,7	4,6	5,1	13,3	15,3
OECD	.	.	.	.	7,7	8,9

Quelle: OECD, Eurostat – <sup>1)</sup> letztes verfügbares Jahr – <sup>2)</sup> inkl. spezialisierte (Umweltschutz) Produzenten des öffentlichen Sektors – <sup>3)</sup> 2005

## Anhang

#### 4. Bruttoinlandsausgaben für Verteidigung, Forschung & Entwicklung, Außenministerien

Länder	Anteil der Verteidigungs- ausgaben am BIP		Anteil der Brutto- inlandsausgaben für F & E am BIP		Anteil der Budgets der Außenministerien am Gesamtbudget 2008	
	1995	2006	1995	2006	gesamt	operativ
	in %					
Belgien	1,6	1,1	1,67	1,88 <sup>*)</sup>	1,98	1,45
Bulgarien	2,1	2,3	.	.	0,60	0,57
Dänemark	1,7	1,4	1,82	2,46	2,90	0,40
Deutschland	1,7	1,3	2,19	2,54	1,01	0,74
Estland	1,0	1,6	.	.	0,80	0,70
Finnland	1,5	1,4	2,26	3,45	2,50	0,40
Frankreich	3,1	2,4	2,29	2,10 <sup>*)</sup>	1,69	0,75
Griechenland	4,3	3,8	0,43	0,57 <sup>2)</sup>	0,52	0,46
Großbritannien	3,0	2,6	1,94	1,78	0,33	0,24
Irland	1,0	0,5	1,26	1,32 <sup>*)</sup>	1,80	0,21
Italien	1,8	1,8	0,97	1,14	0,35	0,15
Lettland	1,0	1,8	.	.	0,78	0,76
Litauen	0,5	1,2	.	.	1,00	0,10
Luxemburg	0,8	0,8	.	1,66	4,92	0,60
Malta	1,0	0,7	.	.	1,17	0,48
Niederlande	1,9	1,5	1,97	1,73 <sup>*)</sup>	7,59	0,46
Österreich	0,9	0,8	1,54	2,49	0,56	0,31
Polen	2,1	2,0	0,63	0,56	0,38	0,37
Portugal	2,6	1,9	0,54	1,00 <sup>2)</sup>	0,60	0,40
Rumänien	3,0 <sup>1)</sup>	1,8	0,63	0,56	0,77	0,77
Schweden	1,9	1,5	3,26	3,74	4,35	0,31
Slowakei	3,3	1,7	0,92	0,49	0,93	0,83
Slowenien	1,8	1,6	1,55	1,59	0,93	0,89
Spanien	1,5	1,2	0,79	1,20	1,79	0,25
Tschechien	1,8	1,7	0,95	1,55	0,65	0,54
Ungarn	1,6	1,2	0,71	1,00	0,55	0,51
Zypern	2,3	1,4	.	.	1,07	0,72
EU 27	.	.	1,67	1,77 <sup>2)</sup>	.	.
Norwegen	2,4	1,5	1,69	1,52	2,34	0,14
Schweiz	1,4	0,8	.	.	3,50	0,75
Japan	0,9	1,0	2,71	3,39	0,75	0,23
USA	3,8	4,0	2,51	2,66 <sup>3)</sup>	1,28	0,31
OECD	.	.	2,06	2,26	.	.

Quelle: SIPRI 2007, OECD, BMeiA – <sup>1)</sup> 1997 – <sup>2)</sup> Schätzung – <sup>3)</sup> ohne Investitionsausgaben – <sup>\*)</sup> vorläufig

*Österreich im internationalen Vergleich***5. Wirtschaftswachstum und Preise**

Länder	Wirtschaftswachstum <sup>1)</sup>		Steigerung des Verbraucherpreises gegenüber dem Vorjahr			HVPI 2008
	2007	2008 <sup>2)</sup>	1995	2007	2008	
in %						
Belgien	2,8	1,4	1,4	1,8	4,5	4,5
Bulgarien	6,2	6,5	.	8,4	12,3	12,0
Dänemark	1,6	0,7	2,1	1,7	3,4	3,6
Deutschland	2,5	1,3	1,7	2,3	2,6	2,8
Estland	6,3	-1,3	.	6,6	10,4	10,6
Finnland	4,2	0,9	0,8	2,5	4,1	3,9
Frankreich	2,2	0,8	1,8	1,5	2,8	3,2
Griechenland	4,0	3,1	9,0	2,9	4,2	4,2
Großbritannien	3,0	0,7	2,7	2,3	3,6	3,6
Irland	6,0	-1,6	2,6	4,9	4,1	3,1
Italien	1,5	0,0	5,3	1,8	3,3	3,5
Lettland	10,0	-0,8	.	10,1	15,4	15,3
Litauen	8,9	3,1	.	5,7	10,9	11,1
Luxemburg	5,2	2,5	1,9	2,3	3,4	4,1
Malta	3,9	2,4	.	1,3	4,3	4,7
Niederlande	3,5	2,0	1,9	1,6	2,5	2,2
<b>Österreich</b>	<b>3,1</b>	<b>1,9</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>3,2</b>	<b>3,2</b>
Polen	6,6	5,4	.	2,5	4,2	4,2
Portugal	1,9	0,5	4,2	2,5	2,6	2,7
Rumänien	6,2	8,5	.	4,8	7,9	7,9
Schweden	2,6	-0,2	2,4	2,2	3,4	3,3
Slowakei	10,4	7,0	.	2,8	4,6	3,9
Slowenien	6,8	4,4	.	3,6	5,7	5,5
Spanien	3,7	1,2	4,6	2,8	4,1	4,1
Tschechien	6,0	4,4	.	2,8	6,3	6,3
Ungarn	1,1	1,7	.	8,0	6,1	6,0
Zypern	4,4	3,7	.	2,4	4,7	4,4
EU 27	2,9	0,9	.	.	.	3,7
Norwegen	3,4	3,6	2,4	0,8	3,8	.
Schweiz	2,7	2,0	1,8	0,7	2,4	.
Japan	1,9	1,6	-0,1	0,0	1,4	.
USA	2,2	2,0	2,8	2,8	3,8	.

Quelle: Eurostat, OECD, nationale Statistische Ämter – <sup>1)</sup> Veränderung des realen BIP zum Vorjahr –<sup>2)</sup> Prognose

## Anhang

**6. Erwerbstätigkeit**

Länder	Erwerbstätigen- quote <sup>1)</sup>				Effektive Wochenarbeits- zeit Vollzeiterwerbs- tätiger 2008 <sup>3)</sup>
	1995		2008		
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	
Belgien	45,0	66,9	56,2	68,6	38,1
Bulgarien	.	.	59,5	68,5	40,8
Dänemark	66,7	79,9	74,3	81,9	38,2
Deutschland	55,3	73,7	65,4	75,9	40,9
Estland	.	.	66,3	73,6	39,6
Finnland	59,0	64,2	69,0	73,1	37,9
Frankreich	52,1	67,2	60,7	69,8	37,7
Griechenland	38,1	72,5	48,7	75,0	39,6
Großbritannien	61,7	75,1	65,8	77,3	40,6
Irland	41,6	67,1	60,2	74,9	38,8
Italien	35,4	66,9	47,2	70,3	38,1
Lettland	.	.	65,4	72,1	39,9
Litauen	.	.	61,8	67,1	40,1
Luxemburg	42,6	74,4	55,1	71,5	39,2
Malta	.	.	37,4	72,5	40,6
Niederlande	53,8	75,3	71,1	83,2	40,3
<b>Österreich</b>	<b>59,0</b>	<b>78,5</b>	<b>65,8</b>	<b>78,5</b>	<b>40,8</b>
Polen	.	.	52,4	66,3	39,9
Portugal	54,4	73,5	62,5	74,0	38,8
Rumänien	.	.	52,5	65,7	41,4
Schweden	68,8	73,1	71,8	76,7	39,1
Slowakei	.	.	54,6	70,0	39,8
Slowenien	.	.	64,2	72,7	40,2
Spanien	31,7	62,5	54,9	73,5	39,7
Tschechien	.	.	57,6	75,4	40,2
Ungarn	.	.	50,6	63,0	40,4
Zypern	.	.	62,9	79,2	39,1
EU 27			59,1	72,8	39,7
Norwegen	.	.	75,4	80,5	38,5
Schweiz	.	.	73,5	85,4	43,3 <sup>4)</sup>
Japan	56,4	81,9	59,4 <sup>2)</sup>	81,7 <sup>2)</sup>	.
USA	65,8	79,5	65,9 <sup>2)</sup>	77,7 <sup>2)</sup>	.

Quelle: Eurostat – <sup>1)</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15–64 Jahren – <sup>2)</sup> 2007 – <sup>3)</sup> 4. Quartal 2008 – <sup>4)</sup> 2. Quartal 2008

*Österreich im internationalen Vergleich***7. Arbeitsmarkt**

Länder	Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>			Jugendarbeits- losenquote <sup>2)</sup>	Langzeit- arbeits- losenquote <sup>3)</sup>
	1995	2007	2008	2008	2008
	in %				
Belgien	9,7	7,5	7,0	18,0	47,6
Bulgarien	.	6,9	5,6	12,7	51,7
Dänemark	6,8	3,8	3,3	7,6	13,6
Deutschland	8,0	8,6	7,5	9,8	52,6
Estland	.	4,7	5,5	12,0	30,9
Finland	15,4	6,9	6,4	16,5	18,4
Frankreich	11,1	7,9	7,4	18,9	37,5
Griechenland	9,0	8,3	7,7	22,1	47,5
Großbritannien	8,5	5,3	5,6	15,0	24,1
Irland	12,3	4,6	6,0	13,3	27,0
Italien	11,2	6,1	6,7	21,3	45,7
Lettland	.	6,0	7,5	13,1	25,7
Litauen	.	4,3	5,8	13,4	21,0
Luxemburg	2,9	4,1	5,1	16,8	32,4
Malta	.	6,5	6,0	11,9	42,6
Niederlande	6,6	3,2	2,8	5,3	34,8
<b>Österreich</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>3,8</b>	<b>8,0</b>	<b>24,3</b>
Polen	.	9,6	7,1	17,3	33,5
Portugal	7,3	8,0	7,6	16,4	47,4
Rumänien	.	6,4	5,8	18,6	41,3
Schweden	8,8	6,2	6,2	20,0	12,6
Slowakei	.	11,1	9,5	19,0	69,6
Slowenien	.	4,8	4,4	10,4	42,2
Spanien	18,4	8,3	11,3	24,6	17,9
Tschechien	.	5,3	4,4	9,9	49,2
Ungarn	.	7,4	7,8	19,9	46,5
Zypern	.	3,9	3,7	9,5	13,6
EU 27	.	7,1	7,0	15,4	37,0
Norwegen	5,4	2,5	2,5	7,2	13,2
Schweiz	3,5	3,7	.	.	32,5
Japan	3,1	3,9	4,0	7,3	32,0 <sup>4)</sup>
USA	5,6	4,6	5,8	12,8	10,0 <sup>4)</sup>

Quelle: Eurostat – <sup>1)</sup> Arbeitslose laut LFS in % der Erwerbspersonen (ohne Militär); USA, Japan in % aller Erwerbspersonen – <sup>2)</sup> Arbeitslose im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in % der Erwerbspersonen – <sup>3)</sup> Anteil der Arbeitslosen mit Dauer zwölf Monate oder länger an allen Arbeitslosen – <sup>4)</sup> 2007

## Anhang

**8. Bildung**

Länder	Studierende im Tertiärbereich		Abschlüsse im Tertiär- und Sekundarbereich tertiär <sup>1)</sup> sekundär <sup>2)</sup>	
	1995	1995	2007	
	auf 100.000 EinwohnerInnen			
Belgien	3.481	3.719	439	968
Bulgarien	.	3.369	337	1.003
Dänemark	3.255	4.263	561	1.177
Deutschland	2.644	2.769	283	1.168
Estland	.	5.123	434	1.217
Finnland	4.021	5.859	753	1.685
Frankreich	3.589	3.438	453	883
Griechenland	2.838	5.396	272	1.033
Großbritannien	3.100	3.885	525	1.164
Irland	3.374	4.414	683	1.215
Italien	3.129	3.439	425	772
Lettland	.	5.676	671	1.274
Litauen	.	5.904	663	1.313
Luxemburg	.	.	.	841
Malta	.	2.406	418	1.342
Niederlande	3.261	3.608	568	945
Österreich	2.910	3.145	292	1.146 <sup>3)</sup>
Polen	.	5.631	812	1.397
Portugal	3.002	3.460	603	745
Rumänien	.	4.304	536	1.490
Schweden	2.789	4.540	501	978
Slowakei	.	4.041	631	1.441
Slowenien	.	5.767	316	1.341
Spanien	3.896	3.997	416	651
Tschechien	.	3.525	500	1.130
Ungarn	.	4.287	511	1.088
Zypern	.	2.854	98	1.299
EU 27	.	3.815	468	1.048
Norwegen	3.978	4.598	562	1.258
Schweiz	2.111	2.838	365	1.152
Japan	3.120	3.156	450	964
USA	5.456	5.952	511	1.093

Quelle: Eurostat – <sup>1)</sup> ISCED 5 und 6 – <sup>2)</sup> ISCED ohne 3C – kurz (Obere Sekundarstufe) – <sup>3)</sup> Inklusive ISCED 4A und 4B (berufsbildende höhere Schulen und Schulen der Gesundheits- und Krankenpflege)



## Österreich im internationalen Vergleich

## 9. Bevölkerung

Länder	Lebenserwartung in Jahren bei der Geburt				Säuglings- sterblichkeit <sup>1)</sup>	
	1995		2007		1995	2007
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Belgien	80,4	73,5	82,6	77,1	3,1	5,9
Bulgarien	74,9	67,4	76,7	69,5	9,2	14,8
Dänemark	77,9	72,7	80,6	76,2	4,0	5,1
Deutschland	79,9	73,3	82,7	77,4	3,8	5,3
Estland	74,3	61,5	78,8	67,2	5,0	14,9
Finnland	80,4	72,8	83,1	76,0	2,7	3,9
Frankreich	.	.	84,4 <sup>2)</sup>	77,3 <sup>2)</sup>	3,8 <sup>2)</sup>	.
Griechenland	80,1	75,0	81,3	77,1	3,8	8,1
Großbritannien	79,3	74,0	81,7 <sup>2)</sup>	77,3 <sup>2)</sup>	4,5 <sup>2)</sup>	6,2
Irland	78,3	72,8	82,1	77,4	3,7 <sup>2)</sup>	6,4
Italien	81,6	75,1	84,2 <sup>2)</sup>	78,5 <sup>2)</sup>	3,8	6,2
Lettland	.	.	76,5	65,8	8,7	18,8
Litauen	75,1	63,3	77,2	64,9	5,9	12,5
Luxemburg	80,6	73,0	82,2	76,7	1,8	5,5
Malta	79,6	74,8	82,2	77,5	6,5	8,9
Niederlande	80,5	74,6	82,5	78,1	4,1	5,5
Österreich	80,1	73,4	83,1	77,5	3,7	5,4
Polen	76,4	67,7	79,8	71,0	6,0	13,6
Portugal	79,0	71,7	82,2	75,9	3,4	7,5
Rumänien	73,5	65,5	76,9	69,7	12,0	21,2
Schweden	81,7	76,2	83,1	79,0	2,5	4,1
Slowakei	76,5	68,4	78,4	70,6	6,1	11,0
Slowenien	78,5	70,8	82,0	74,7	3,1	5,5
Spanien	81,8	74,4	84,3	77,8	3,7	5,5
Tschechien	76,8	69,7	80,2	73,8	3,1	7,7
Ungarn	74,8	65,4	77,8	69,4	5,9	10,7
Zypern	.	.	82,2	77,8	6,2	9,7
EU 27	.	.	82,0 <sup>2)</sup>	75,8 <sup>2)</sup>	4,7 <sup>2)</sup>	.
Norwegen	80,9	74,8	82,9	78,3	3,1	4,0
Schweiz	81,9	75,4	84,4	79,5	3,9	5,0
Japan	82,9	76,4	85,8	79,0 <sup>2)</sup>	2,6 <sup>2)</sup>	4,3
USA	78,9	72,5	80,4 <sup>3)</sup>	75,2 <sup>3)</sup>	6,6 <sup>2)</sup>	.

Quelle: Eurostat – <sup>1)</sup> im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1.000 Lebendgeborene – <sup>2)</sup> 2006 – <sup>3)</sup> 2005

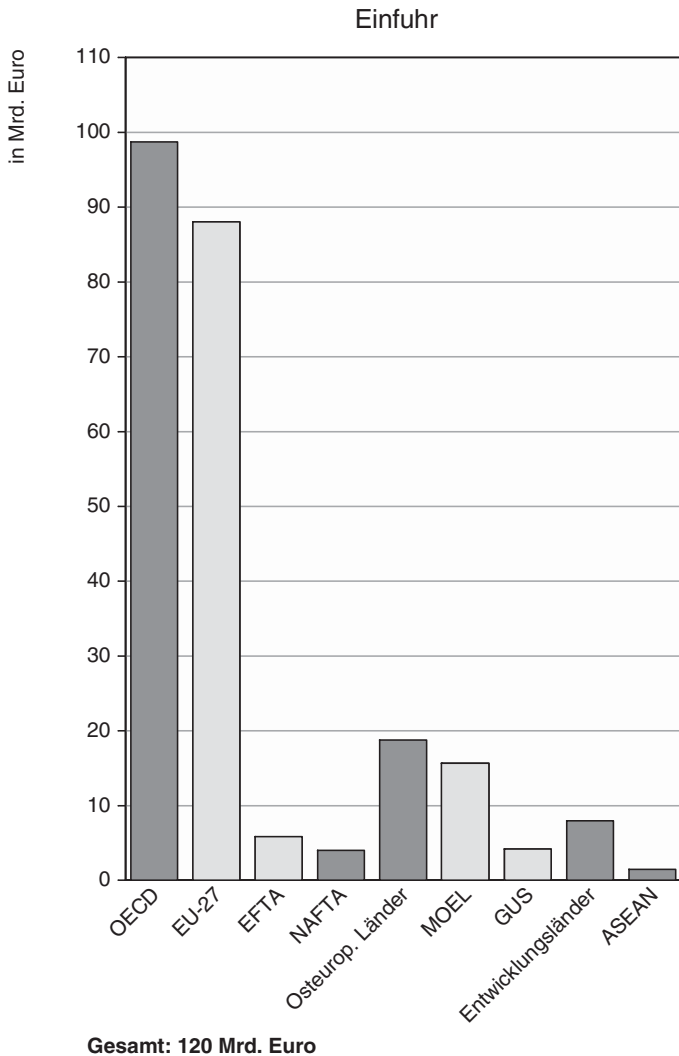
## Anhang

**10. Geburten und Sterbefälle**

Länder	Lebendgeborene auf 1.000 EinwohnerInnen		Sterbefälle auf 1.000 EinwohnerInnen		Kinder pro Frau <sup>1)</sup>
	1995	2007	1995	2007	2007
Belgien	11,4	11,4	10,5	9,5	1,81
Bulgarien	9,1 <sup>2)</sup>	9,8	14,1 <sup>2)</sup>	14,8	1,42
Dänemark	13,3	11,7	12,1	10,2	1,85
Deutschland	9,4	8,3	10,8	10,0	1,39
Estland	9,1	11,8	14,1	13,0	1,64
Finnland	12,3	11,1	9,6	9,3	1,83
Frankreich	12,6	12,7	9,2	8,4	1,98
Griechenland	9,7	9,8	9,6	9,6	1,38
Großbritannien	12,5	12,6	11,0	9,4	1,84 <sup>4)</sup>
Irland	13,5	16,2	9,0	6,3	1,90 <sup>4)</sup>
Italien	9,2	9,5	9,7	9,6	1,34
Lettland	8,6	10,2	15,5	14,5	1,42
Litauen	11,1	9,6	12,2	13,5	1,35
Luxemburg	13,2	11,4	9,3	8,1	1,61
Malta	12,5	9,5	7,3	7,6	1,30
Niederlande	12,3	11,0	8,8	8,1	1,71
Österreich	11,0	9,2	10,1	9,0	1,38
Polen	11,2	10,2	10,0	9,9	1,27 <sup>4)</sup>
Portugal	10,8	9,7	10,5	9,8	1,30
Rumänien	10,7 <sup>2)</sup>	10,0	11,4 <sup>2)</sup>	11,7	1,29
Schweden	11,7	11,7	10,6	10,0	1,85
Slowakei	11,5	10,1	9,8	10,0	1,25
Slowenien	9,5	9,7	9,5	9,1	1,37
Spanien	9,3	10,9	8,8	8,5	1,38
Tschechien	9,3	11,1	11,4	10,1	1,44
Ungarn	11,0	9,7	14,2	13,2	1,32
Zypern	.	.	.	.	.
EU 27	.	.	.	.	.
Norwegen	13,8	12,4	10,4	8,9	1,90
Schweiz	11,7	9,9	9,0	8,1	1,45
Japan	10,0 <sup>3)</sup>	8,7 <sup>4)</sup>	6,7 <sup>3)</sup>	8,6 <sup>4)</sup>	1,26 <sup>5)</sup>
USA	16,7 <sup>3)</sup>	14,3 <sup>4)</sup>	8,6 <sup>3)</sup>	8,1 <sup>4)</sup>	.

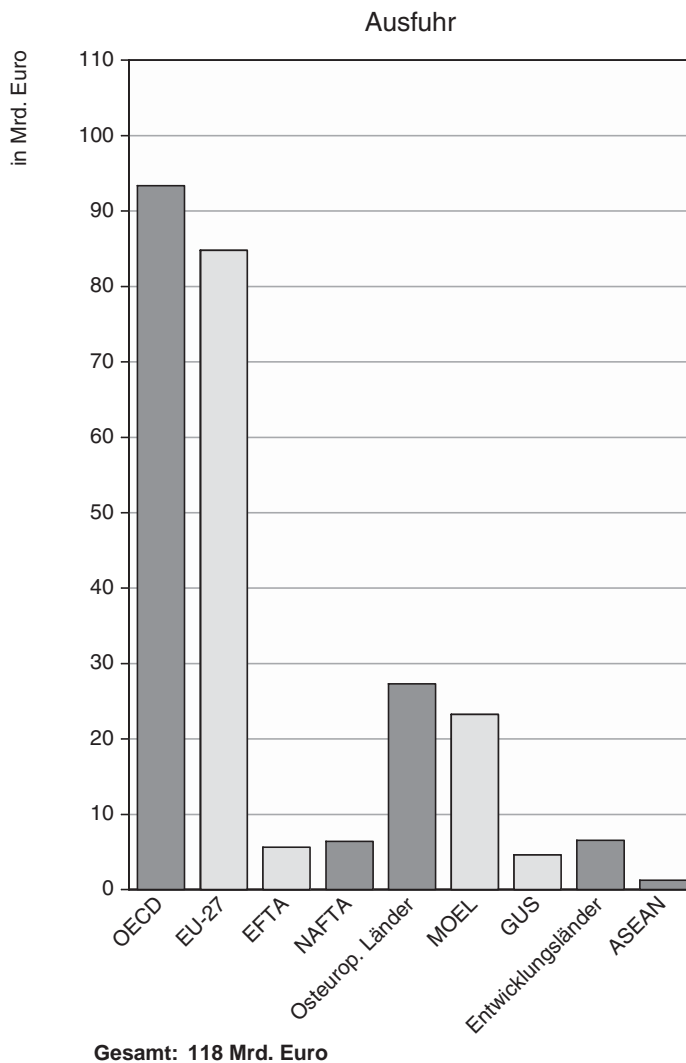
Quelle: Eurostat – <sup>1)</sup> Gesamtfruchtbarkeitsrate – <sup>2)</sup> 2000 – <sup>3)</sup> 1990 – <sup>4)</sup> 2006 – <sup>5)</sup> 2005

## X. Außenhandel 2008 mit der EU und wichtigen Ländergruppen



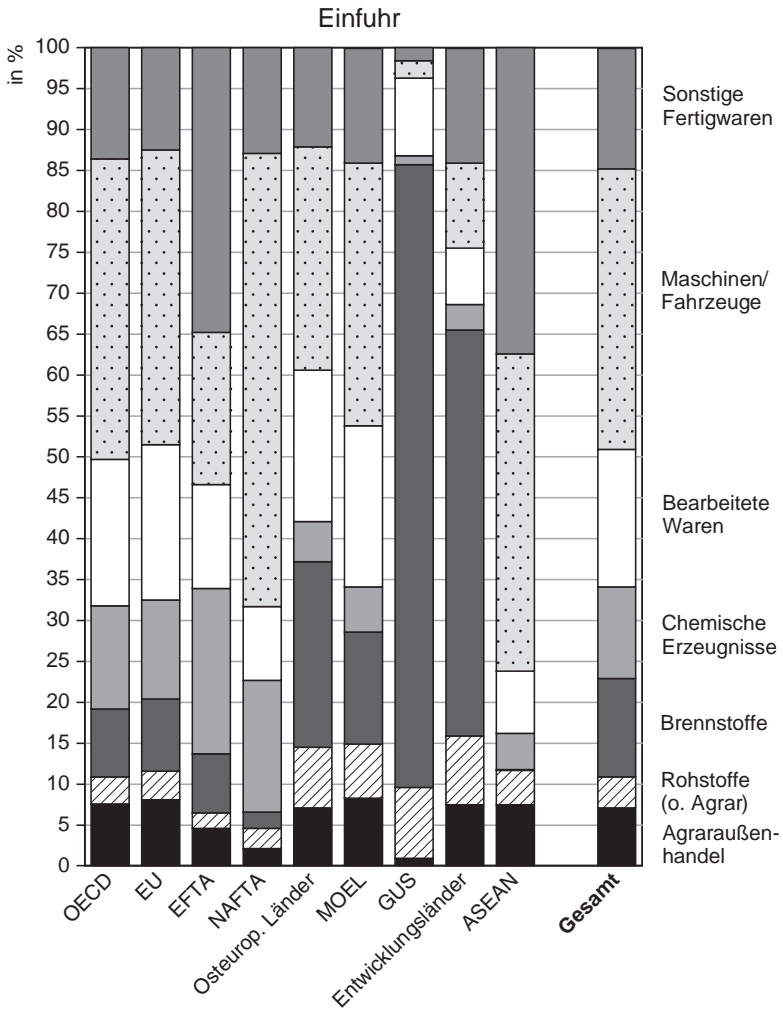
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA

## Anhang



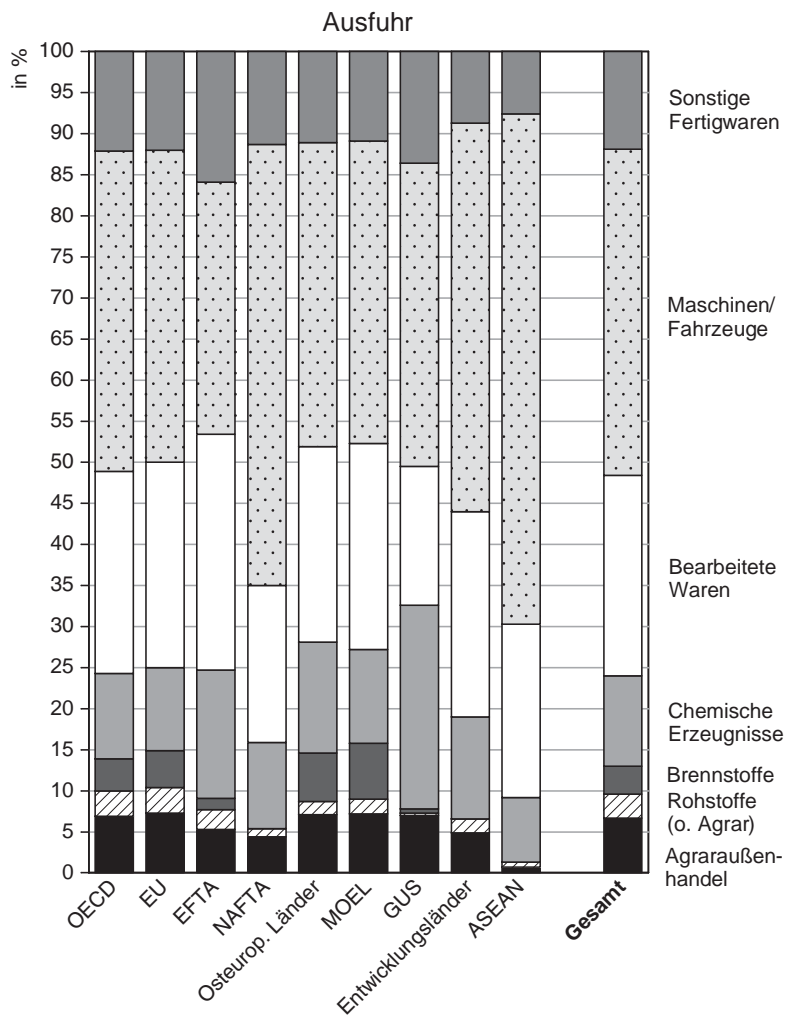
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA

*Außenhandel 2008 mit der EU und wichtigen Ländergruppen*



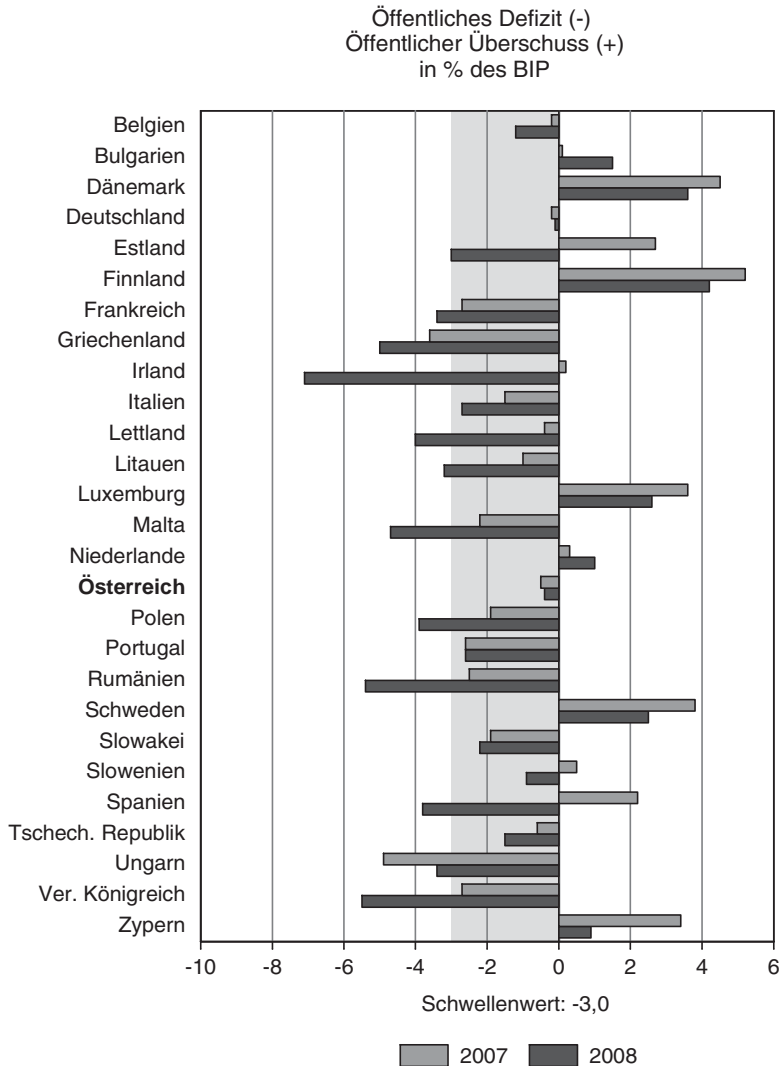
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA

## Anhang



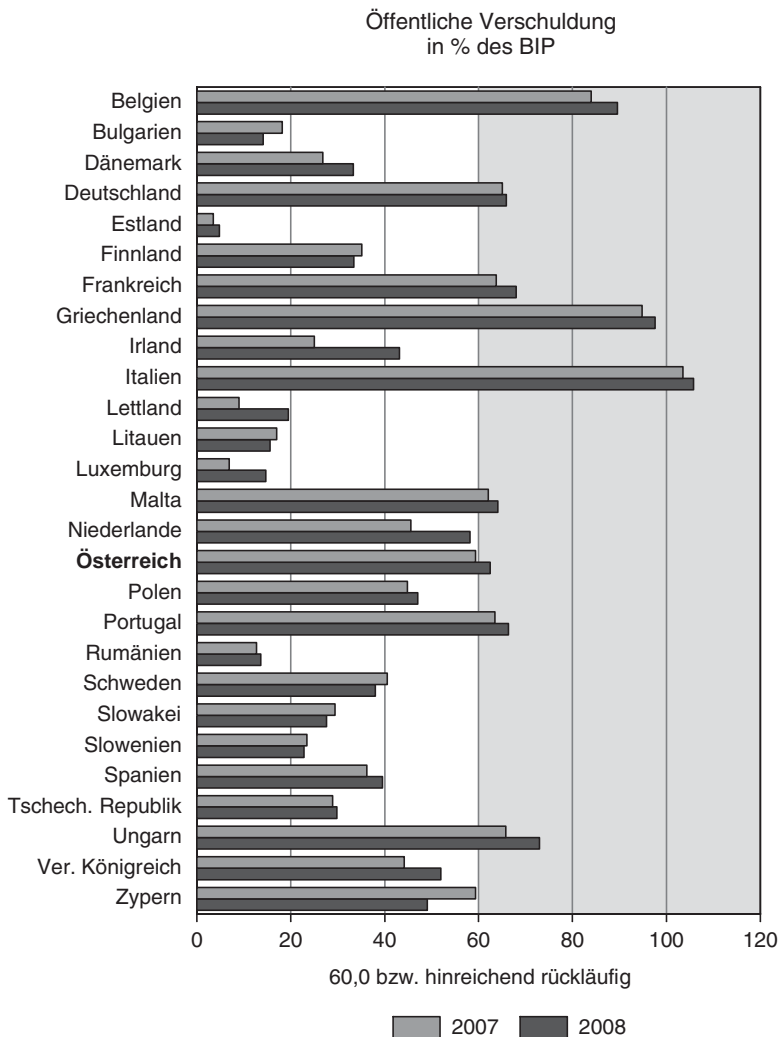
Quelle und Grafik: STATISTIK AUSTRIA

## XI. Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2007 und 2008



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – <sup>1)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

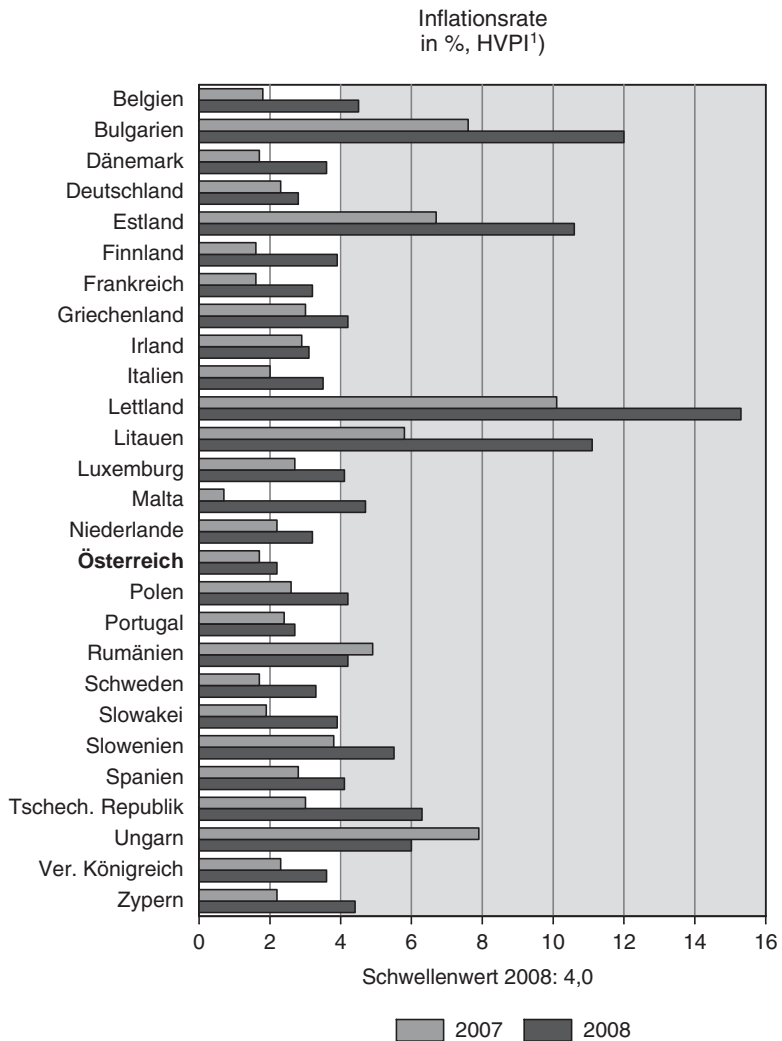
## Anhang



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – <sup>1)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

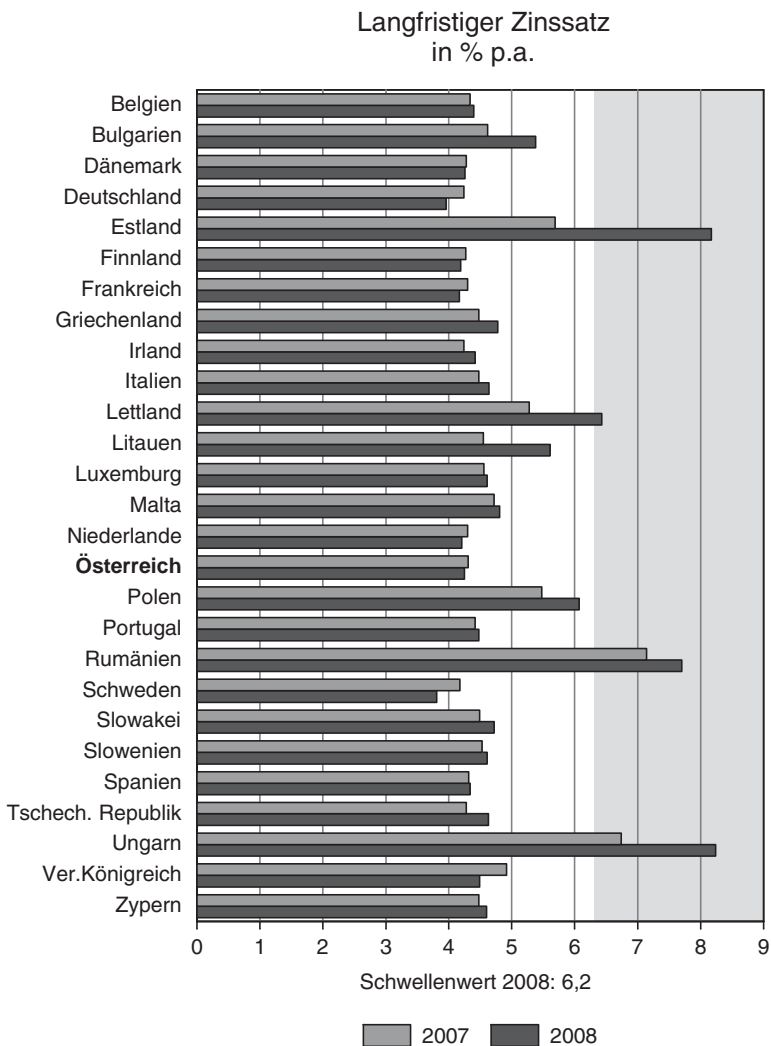


## Konvergenzkriterien gemäß „Maastrichter Vertrag“ 2007 und 2008



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – <sup>1)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

## Anhang



Quelle: Öffentliches Defizit, öffentliche Verschuldung – EUROSTAT-Presenotiz vom 22. April 2009; Inflationsrate – Eurostat; langfristiger Zinssatz – OeNB – <sup>1)</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Phase II

## Sachindex

- Abchasien 28, 43, 81, 141, 149
- Abrüstung
- Antipersonenminen 131, 154, 156–157, 171
  - Chemiewaffenkonvention 155
  - CTBT 132, 154–155
  - Genfer Abrüstungskonferenz 155
  - Haager Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper 156
  - Kleinwaffen und leichte Waffen 83, 132, 158
  - MTCR 159
  - NPT 152, 154, 158
  - NSG 158–159
  - Nuklearversuche 129, 132, 154–155
  - Nuklearwaffen 154
  - Organisation für das Verbot von Chemiewaffen 156
  - Ottawa-Konvention 156–157
  - Streumunition 129, 131, 157–158, 175
  - Übereinkommen über das Verbot von biologischen und Toxinwaffen 156
  - Wassenaar Arrangement 159
  - Zangger-Komitee 158
- Afghanistan 26–27, 31–32, 52–53, 70, 76, 82, 127, 139, 147, 177, 223, 275, 332, 340, 365
- Afrikanische Union (AU) 27, 32, 62–67, 142–143, 146, 165
- Ägypten 30, 33, 48, 50, 67, 92, 204, 223–224, 229, 247–248, 326, 330
- AKP-Staaten 59, 61, 75, 123
- Albanien 6, 35, 76, 79, 87, 97, 101, 114, 121, 124, 156, 191, 224–225
- Algerien 33, 127, 225
- Alpenkonvention 95
- Andengemeinschaft (CAN) 59–61
- Andorra 226, 326
- Angola 62, 164, 226
- Antigua und Barbuda 61, 130, 227
- Äquatorialguinea 227
- Argentinien 57–58, 60–61, 105, 165, 193, 227, 306, 344
- Armenien 33, 42–43, 80–82, 87, 89, 97, 162, 170, 177, 192, 228–229
- Aserbaidschan 33, 42–43, 80–82, 87, 89, 97, 130, 197, 229
- Asien-Europa-Treffen (ASEM) 74, 204
- Äthiopien 62–63, 67, 112, 121, 124–127, 143, 146, 229–230, 247, 326
- AuslandsösterreicherInnen 99, 105–108
- Australien 73, 75, 105, 155, 159, 197, 231, 250, 278, 293, 295, 299–300, 305, 313, 334, 340, 345
- Austrian Development Agency (ADA) 109–110, 117–118, 120, 124–127, 150
- Bahamas 231
- Bahrain 51, 232
- Bangladesch 71, 164, 232
- Barbados 61, 134, 232
- Barcelona-Prozess 49–50
- Belarus 33, 40, 42, 79, 82, 95, 159, 232–233
- Belgien 120, 137, 170, 233–234, 289
- Belize 56, 58, 130, 234
- Benin 65, 235
- Berg-Karabach 44, 78, 80
- Bhutan 71, 113, 118, 124, 130, 164, 235, 300
- Bolivien 56, 58–59, 61, 125, 235
- Bosnien und Herzegowina 6, 27, 32, 37, 50, 79, 87, 114, 126, 141, 147, 174, 196, 236
- Botsuana 64, 237
- Brasilien 56–57, 59–61, 92, 105, 162, 165, 179, 182, 184, 187, 191, 202, 237, 330
- Brunei 74, 238
- Bulgarien 5, 7, 10, 24, 87, 97, 196–197, 238–239, 343
- Bürgerservice 99–100
- Burkina Faso 66, 112, 118, 120, 124–126, 137, 193, 239
- Burundi 27, 64, 144, 147, 239
- CARICOM 61, 111, 130
- CARIFORUM 59–60
- CERN 200
- Chile 57–60, 165, 171, 184, 188, 235, 239–240, 247, 306
- China 49, 53, 68–70, 74–75, 92, 125, 137, 154, 159, 162, 164, 182, 184, 193, 202, 240–242, 254, 263, 267, 280, 286, 290, 297, 300, 307
- Costa Rica 60, 137, 155, 171, 242, 305
- Côte d'Ivoire 66, 144–145, 243
- Dänemark 188, 243, 265, 343
- Darfurkonflikt 63

*Sachindex*

- Deutschland 11, 25, 28, 32, 49, 95, 103, 105, 118, 120, 124, 190, 202, 213, 244–246, 254, 261, 300, 315, 322, 337–338, 343–344
- Dialogkonferenz 204, 223, 226, 238, 263, 272, 291–292, 303, 305, 310, 314, 327, 330, 343, 347, 355
- Dominica 246
- Dominikanische Republik 102, 247
- Donauraumkooperation 96
- Donauschutzübereinkommen 96
- Dschibuti 62, 142, 247
- ECOWAS 66–67, 118
- Ecuador 57–59, 61, 164, 247
- El Salvador 60–61, 111, 248
- Eritrea 62, 143, 146, 248
- ESA 200
- Estland 184, 197, 248–250, 343
- EU-Afrika-Strategie 123
- EU-LAC-Prozess 59
- EUROJUST 26
- Euromediterrane Parlamentarische Versammlung 50
- Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) 92–93
- Europäische Investitionsbank (EIB) 3
- Europäische Kommission 3–7, 10–12, 16–24, 33–36, 42, 48–49, 58, 86, 90, 96–97, 102, 114, 118, 122, 124, 128, 161, 163–164, 170, 176–178, 201–202
- Europäische Konvention gegen Menschenhandel 85
- Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) 12, 33, 40, 97
- Europäischer Gerichtshof (EuGH) 12–13
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 89, 170
- Europäischer Rat 1–3, 10, 18, 22
- Europäischer Rechnungshof 13
- Europäisches Gericht erster Instanz (EuGI) 12–13
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) 25, 27–29, 31–32, 63, 66, 92, 143, 146, 161
- Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 201
- Europäisches Konjunkturprogramm 1, 3
- Europäisches Parlament 11–13, 21, 23, 37, 160
- Europäische Union
  - Acquis Communautaire 4, 6
  - Ausschuss der Regionen 14
  - Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) 16
  - Binnenmarktpaket 19
  - ECHO 128
  - Erweiterungsstrategie 3
  - EU BAM Rafah 30
  - EUFOR-Althea 27–28, 32, 37, 147
  - EUFOR Tchad/RCA 27, 29, 32, 63, 137, 143, 146–147, 162, 172–173
  - EUJUST LEX 30, 49
  - EULEX KOSOVO 28, 39, 146
  - EUMM Georgia 28, 32
  - EU NAVFOR Somalia 29
  - EUNIC 202
  - EUPOL Afghanistan 31
  - EUPOL COPPS 30–31
  - EUPOL RD Congo 30
  - Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 15
  - EUSEC RD Congo 29–30
  - EU SSR Guinea-Bissau 30, 66
  - Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 19
  - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 26–27, 161
  - Gemeinsame EU-Afrika-Strategie 32, 67
  - Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 26
  - Klima- und Energiepaket 22
  - Lissabon-Strategie 17
  - Militärisches Planziel 2010 31
  - Polizeimission der EU in Bosnien und Herzegowina (EUPM) 28
  - Screening 4
  - Solvabilität II 15
  - Sonderbeauftragte der EU (EUSB) 27, 37, 42–43
  - Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) 6, 37–38
  - Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) 5–6
  - Strategie gegen die Terrorismusfinanzierung 25
  - Strategie zur Terrorismusbekämpfung 25
  - Struktur- und Kohäsionspolitik 18
  - TACIS 7, 40
  - Twinning 7, 34
  - Vertrag von Lissabon 8–11
  - Zentralasien-Strategie der EU 45
  - Ziviles Planziel 31
  - Ziviles Reaktionsteam (CRT) 31
- Europäische Zentralbank (EZB) 13

*Sachindex*

- Europarat 41, 84–90, 93, 170  
 – AGO-Gruppe 89  
 – Europarat und EU 85–86  
 – Europarat und VN 86  
 – Kongress der Gemeinden und Regionen Europas 89  
 – Ministerkomitee 85, 87–89, 170  
 EUROPOL 26  
 Eurozone 2  
 EU-Russland-Rahmenabkommen 44  
 Fidschi 75, 134, 250  
 Finanzmarktkrise 1, 184  
 Finnland 32, 111, 155, 248, 251, 288, 343  
 Forum Salzburg 24, 91  
 Frankreich 10, 19, 25, 49, 62, 80, 137, 147–148, 154, 191, 251–254, 308, 343  
 Fußball-Europameisterschaft 92, 190, 199  
 G-20 2, 182, 184  
 Gabun 254  
 Gambia 67, 254  
 Gaza 30, 48, 114, 167  
 Georgien 26–28, 32–33, 40, 42–44, 76, 78–83, 87, 97, 130, 138, 141, 148, 157, 170, 174, 177, 255  
 Ghana 62, 109, 121, 162, 164, 256  
 Golfkooperationsrat (GKR) 51, 92  
 Grenada 118, 256  
 Griechenland 35, 78, 84, 97, 171, 256–257, 355  
 Großbritannien 49, 89, 105, 137, 154, 200, 258–259, 343  
 Guatemala 58, 60, 111, 259  
 Guinea 27, 30, 62, 66–67, 111, 130, 145, 147, 164, 259–260  
 Guinea-Bissau 27, 30, 62, 66–67, 145, 164, 260  
 Guyana 260  
 Haiti 56, 125–126, 128, 142, 260  
 Honduras 60, 174, 261  
 Indien 53, 71, 75, 92, 150, 154–155, 158, 162, 182, 184, 196, 200, 202, 206, 232, 235, 261–262, 273, 290, 299–300, 314, 327, 333  
 Indonesien 73–74, 102, 137, 139, 184, 188, 203, 262–263, 334  
 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 49, 152  
 Internationale Föderation der Rotkreuz- und Halbmondgesellschaften (IFRK) 127–128  
 Internationale Kommission zum Schutz der Donau 97  
 Internationaler Gerichtshof (IGH) 35, 38, 58, 136, 148  
 Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) 4, 6, 27, 38, 136  
 Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 63–64, 136, 142, 180–181  
 Internationaler Währungsfonds (IWF) 2, 41–42, 66, 183  
 Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) 127–128  
 Interreligiöser und interkultureller Dialog 203  
 Irak 30, 48–49, 52, 127, 130, 138, 177, 263, 315  
 Iran 13, 26–27, 49, 130, 132, 139, 152, 162, 165, 168, 223, 263–264, 385  
 Irland 10–11, 32, 157, 171, 264  
 Island 265  
 Israel 33, 47–48, 265–267  
 Italien 34, 62, 82, 94, 96, 137, 147, 163, 170, 254, 267–270, 313, 337, 343–344  
 Jamaika 162, 270  
 Japan 68–70, 74–75, 92, 101, 137, 155, 182, 186, 194, 197, 271, 385  
 Jemen 271  
 Jordanien 33, 50, 162, 171, 263, 272  
 Kambodscha 72, 74, 164, 272  
 Kamerun 273  
 Kanada 53–56, 92, 101, 151, 155, 162, 167, 171, 197, 270, 273–274, 352  
 Kap Verde 62, 66–67, 112, 121, 183, 274  
 Kasachstan 45, 78, 82, 84, 102, 165, 274–276, 340, 365  
 Katar 48, 51, 120, 132, 138, 189, 276  
 Kenia 27, 65, 68, 113, 124, 162, 174, 239, 276, 279, 311, 319, 332, 341  
 Kirgisistan 46, 79, 81, 165, 277  
 Kiribati 278  
 Klimawandel 14, 19–22, 53, 60, 68, 71, 75, 94, 110–111, 119, 121–122, 129–130, 132, 149, 152–153, 169, 171, 176, 184, 186–188  
 Kolumbien 57, 59, 61, 92, 165, 174, 191, 247, 278, 305  
 Komoren 27, 62, 65, 130, 279  
 Kongo, Demokratische Republik 27, 64, 142, 144, 167, 174, 180  
 Kongo, Republik 279  
 Kooperations- und Verifikationsmechanismus 5

*Sachindex*

- Korea, Demokratische Volksrepublik 69, 168, 280
- Korea, Republik 69, 74, 105, 131, 155–156, 280–281
- Kosovo 6–7, 27–28, 32, 34–35, 37–39, 76–79, 91, 115, 124, 141, 146, 177, 207, 281–282
- Kroatien 3–4, 6–7, 13, 32, 34, 46, 50, 76, 101, 115, 137, 192, 197, 282–283
- Kuba 57–58, 283
- Kuwait 51, 232, 276, 284
- Ländliche Entwicklung 19, 111–112, 114, 116, 119
- Laos 74, 284
- Lesotho 284
- Lettland 285
- Libanon 33, 48, 131, 138, 223, 286, 317, 343
- Liberia 66, 111, 145, 286
- Libyen 33, 50, 137, 155, 286–287
- Liechtenstein 24, 92–93, 104, 193, 261, 287, 333
- Liga der Arabischen Staaten 48, 50, 62, 130, 138, 175, 204
- Litauen 32, 102, 288
- Luxemburg 50, 288–289
- Madagaskar 174, 289
- Malawi 130, 289
- Malaysia 73–74, 148, 238, 290
- Malediven 72, 290
- Mali 62, 65, 130, 171, 290–291
- Malta 10, 131, 291
- Marokko 33, 50, 160, 239, 243, 254, 259–260, 290, 292–293, 318
- Marshall Inseln 293
- Mauretanien 67, 293
- Mauritius 293
- Mazedonien 6, 27, 32, 34–35, 76, 79, 82, 87, 101, 115, 170, 196, 293–294
- Menschenhandel 45, 83, 85–86, 116, 161, 179–180
- Menschenrechte
- Agentur der EU für Grundrechte 86, 161, 163
  - Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 73, 78, 152, 169
  - Binnenvertriebene 73, 174, 176
  - COHOM 161, 164
  - EIDHR 164
  - EU-Leitlinien für den Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten 162
  - EU-Leitlinien für Dialoge im Bereich der Menschenrechte 164
  - EU-Leitlinien für eine Unionspolitik gegenüber Drittländern betreffend die Todesstrafe 162
  - EU-Leitlinien über die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes 171
  - EU-Leitlinien zu Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe 163
  - EU-Leitlinien zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte 162
  - EU-Leitlinien zum Schutz und zur Förderung von MenschenrechtsverteidigerInnen 163
  - EU-Leitlinien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen 163
  - EU-Menschenrechtsforum 164
  - Frauenstatuskommission 169
  - Kampf gegen Rassismus 173
  - Menschenrechte von Frauen 172
  - Menschenrechte von Kindern 171
  - Menschenrechtsdialog 45, 69, 164–165
  - Menschenrechtskonsultationen 45, 165
  - Menschenrechtsrat der VN 166, 170
  - Minderheitenschutz 52, 174
  - Netzwerk Menschliche Sicherheit 171
- MERCOSUR 60
- Mexiko 53, 56, 59–60, 121, 124, 137, 157, 165, 169, 234, 242, 248, 259, 261, 283–284, 294–295, 301, 305
- Migration 167, 176–177, 184, 203–204
- Mikronesien 295
- Minenaktionsprogramm 126
- Moldau 27, 33, 40–42, 80, 87, 97, 102, 116, 118, 125, 127, 150, 296
- Monaco 50, 87, 170, 296
- Mongolei 70, 196, 275, 296–297, 332, 340, 365
- Montenegro 6, 34, 37, 50, 79, 82, 87, 115, 118, 170, 183, 297–298, 365
- Mosambik 62, 113, 124–125, 127, 130, 174, 193, 298, 332
- Myanmar 27, 72, 74, 126–127, 140, 167–168, 298
- Nabucco 22
- Namibia 125–126, 130, 299
- NATO 32, 34–36, 39, 44, 76, 83, 173
- ISAF 70, 76, 139, 147
  - KFOR 28, 39, 76, 146

## Sachindex

- Partnerschaft für den Frieden (PfP) 39, 76–77
- Nauru 299
- Nepal 71, 114, 122, 124, 130, 140, 164, 173, 299–300
- Neuseeland 75, 157, 197, 300–301
- Nicaragua 56, 58, 60, 111, 124, 242, 248, 259, 301
- Niederlande 32, 102, 111, 120, 155, 170, 301–302, 352
- Niger 65, 302
- Nigeria 167, 177, 227, 235, 254, 256, 273, 279, 286, 302, 314, 320, 334–335, 355
- Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA) 56
- Norwegen 157, 171, 265, 302–303
- Nukleare Sicherheit 94
- ODA 109, 123, 125
- Oman 51, 234, 271, 303
- Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 61, 178
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 26, 32, 34–36, 39, 42–43, 46, 77–84, 86, 93–94, 158, 161, 170, 198
- Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 57, 109, 183–186
- Österreich-Bibliotheken 190, 196–197
- Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) 109–120, 123–124, 180, 193
- Nettozahlungen 223–230, 232–233, 235–237, 239–241, 243, 247–248, 255–256, 259–264, 270, 272–273, 275–279, 282–284, 286, 289–292, 294–299, 301–302, 304–307, 311, 313, 318–320, 327–328, 330–334, 337–338, 341, 345–346, 354
- OSZE
  - BDIMR 35, 81–82
  - Forum für Sicherheitszusammenarbeit 83
  - Parlamentarische Versammlung 84, 88
  - Wirtschafts- und Umweltforum 84
- Pakistan 25, 70–71, 154, 164, 168, 223, 304
- Palästinensische Gebiete 304
- Palau 305
- Panama 60, 137, 305
- Papua-Neuguinea 305
- Paraguay 56, 58, 60–61, 306
- Peru 58, 60–61, 92, 130, 157, 173, 235, 306
- Philippinen 73–74, 305, 307
- Piraterie 29, 63, 143
- Polen 11, 24, 77, 83, 90, 147, 186, 195, 197, 248, 307–309, 343
- Portugal 84, 169, 197, 274, 310, 343
- Regionale Partnerschaft 90–91, 102, 192
- Regionaler Kooperationsrat (RCC) 7, 89
- Rio-Gruppe 58–59, 61
- Römer Statut 180
- Ruanda 27, 62, 65, 112, 118, 130, 136, 164, 311
- Rumänien 5, 7, 10, 24, 97, 125, 196–197, 238, 311, 343
- Russland 28, 40–45, 49, 68–70, 76–77, 80–81, 87–88, 92, 97, 137, 139, 141, 148, 154–155, 162, 165, 170, 177–178, 183–184, 197, 228–229, 232, 255, 274, 277, 300, 312, 332, 340, 344–345
- Salomonen 75, 130, 313
- Sambia 130, 313
- Samoa 313
- San Marino 170, 313
- São Tomé und Príncipe 314
- Saudi-Arabien 51, 271, 314
- Schengenerweiterung 24
- Schwarzmeersynergie 97
- Schwarzmeerwirtschaftskooperation 97
- Schweden 111, 170, 250, 281, 288, 315–316, 359
- Schweiz 24, 92–93, 95, 102–103, 105, 120, 171, 190, 199, 237, 254, 261, 270, 281, 287, 306, 315–318, 322, 344, 351–352
- Senegal 66, 112, 239, 243, 254, 259–260, 274, 286, 290, 302, 318, 320, 332
- Serbien 6, 35, 37–39, 79, 87, 91, 97, 115, 118, 120, 170, 177, 183, 190–191, 319
- Seychellen 319–320
- Sicherheits- sowie Notfallskarte 100
- Sierra Leone 62, 67, 111, 130, 145–147, 320
- Simbabwe 26–27, 62–63, 68, 113, 130, 226, 289, 298, 313, 320, 332
- Singapur 74, 320–321
- Slowakei 24, 90–91, 95, 102, 119, 196, 321, 323, 339, 343
- Slowenien 4, 10, 24, 34, 49, 52, 55, 90–91, 95–96, 102, 104, 119, 130, 171, 184, 191, 199, 270, 274, 323–325, 343
- Solvabilität II 2
- Somalia 26, 29, 62, 68, 130, 143, 177, 326
- Sondergerichtshof für Sierra Leone 66
- Souveräner Malteser-Ritter-Orden 292
- Spanien 82, 147, 226, 257, 326–327

*Sachindex*

- Sri Lanka 71–72, 174, 327  
 Stabilitätspakt für Südosteuropa 7  
 St. Kitts und Nevis 328  
 St. Lucia 130, 328  
 St. Vincent und die Grenadinen 130, 328  
 Südafrika 63, 68, 105, 113, 117, 130,  
     137, 152, 167, 171, 184, 191, 197, 202,  
     226, 237, 239, 258, 276, 279, 284, 289,  
     293, 298–299, 311, 313, 319–320, 328,  
     331–332, 341  
 Sudan 27, 62–63, 127, 142–143, 167, 181,  
     330  
 Südossetien 28, 43, 81, 141, 149  
 Südtirol 93–94  
 Suriname 330  
 Swasiland 62, 64, 331  
 Syrien 33, 48, 286  
 Tadschikistan 46, 82, 158, 165, 332  
 Taiwan 242  
 Tansania 27, 62, 67, 122, 332  
 Task Force für Internationale  
     Zusammenarbeit bei Bildung, Gedenken  
     und Forschung zum Holocaust (ITF)  
     198  
 Terrorismus 25–27, 45, 51–52, 60, 70, 75,  
     83, 91, 135–136, 139, 175, 179  
 Thailand 72, 74, 92, 100, 171, 272, 284,  
     299, 333, 353  
 Timor-Leste 73, 141, 174, 334  
 Todesstrafe 29, 46, 86, 161–162, 165, 168,  
     193  
 Togo 334  
 Tonga 334  
 Transatlantischer Wirtschaftsrat (TEC)  
     54–55  
 Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft  
     (TEP) 54  
 Transnistrien 42, 80  
 Trinidad und Tobago 334–335  
 Tschad 26, 29, 32, 62–63, 127, 142–143,  
     147, 335  
 Tschechien 11, 24, 32, 77, 83, 90, 95, 102,  
     119, 254, 335–336  
 Tunesien 33, 337  
 Türkei 3–6, 47, 87, 97, 137, 160, 177, 197,  
     204, 338–339  
 Turkmenistan 45–46, 82, 165, 340  
 Tuvalu 130, 340  
 Uganda 27, 64, 68, 112, 120, 124, 127–128,  
     137, 157, 180–181, 193, 340–341  
 Ukraine 33, 40–42, 44, 79–80, 87, 91, 97,  
     102, 126, 160, 183, 197, 341–342  
 Umweltschutz  
     – Aarhus-Konvention 188  
     – Basler Konvention über  
       grenzüberschreitenden Abfall 188  
     – Cartagena Protokoll 187  
     – Kioto-Protokoll 187, 189  
     – Konvention über die biologische Vielfalt  
       187  
     – Montrealer Protokoll 189  
     – Rotterdamer Übereinkommen 188  
     – VN-Klimarahmenkonvention  
       (UNFCCC). Siehe Vereinte Nationen  
     – VN-Konvention zur Bekämpfung  
       der Wüstenbildung (UNCCD). Siehe  
       Vereinte Nationen  
 UNAMID 142, 146  
 Ungarn 10, 24, 90, 95, 102, 104, 119, 196–  
     197, 199, 212, 274, 342–344  
 Union für den Mittelmeerraum 49–50  
 Uruguay 57, 60–61, 105, 344  
 USA 1, 47–49, 52–57, 68–71, 75, 77, 80,  
     82, 92, 101, 105, 131, 137–139, 148,  
     154–155, 167–169, 182, 197, 231  
 Usbekistan 27, 46, 81, 130, 165, 345  
 Vanuatu 345  
 Vatikan 346  
 Venezuela 56–61, 227, 246–247, 256, 260,  
     270, 278, 328, 334, 346  
 Verband Südostasiatischer Nationen  
     (ASEAN) 72, 74, 140  
 Vereinigte Arabische Emirate 232, 276,  
     284, 303–304, 347  
 Vereinte Nationen  
     – AMISOM 143  
     – BINUB 144  
     – BONUCA 143  
     – CCPCJ 178–179  
     – CERF 128, 133  
     – CND 178  
     – COPUOS 134  
     – CSocD 133  
     – ECOSOC 147–148  
     – FAO 149, 185  
     – Generalsekretär 39, 64, 129–132, 136,  
       138–146, 155, 169, 172  
     – Generalversammlung 26, 38, 128–131,  
       133–137, 147, 154–155, 159, 162, 165,  
       168, 170, 172–174, 179  
     – Hilfswerk der VN für  
       Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten  
       (UNRWA) 48, 128  
     – ICAO 150–151



*Sachindex*

- IFAD 150
- ILO 149–150, 179
- Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 49, 132, 152
- ITU 150
- Kommission für Friedenskonsolidierung (PBC) 147
- MCDA 127
- MDG 120–123, 129, 133, 152
- MINURCAT 29, 32, 137, 143, 146
- MINURSO 146
- MINUSTAH 142
- MONUC 144, 146
- OCHA 127
- Sicherheitsrat 6, 29, 34, 48–49, 53, 57, 62–63, 69, 73–74, 117, 129–130, 137–147, 172–173, 180–181, 207–208
- TPB 179
- UNAMA 139
- UNAMI 138–139
- UNCCD 188
- UNCDF 121, 124
- UNCITRAL 135
- UNDAC 127
- UNDC 132
- UNDP 121, 124, 127
- UNECE 148
- UNEP 124, 187
- UNESCO 86, 151–152, 202
- UNFCCC 189
- UNFICYP 142
- UNFPA 122, 173
- UNHCR 127, 176
- UNICEF 122, 124–126, 157, 172–173
- UNIDO 122
- UNIFEM 122, 173
- UNIFIL 138, 146
- UNIOSIL 145–146
- UNIPSIL 145
- UNMEE 62, 146
- UNMIK 28, 39, 146
- UNMIL 66, 145–146
- UNMIN 140
- UNMIS 143
- UNMIT 73, 141
- UNOCI 66, 144
- UNODC 177–179
- UNOGBIS 66, 145–146
- UNOMIG 32, 141
- UN-SPIDER 134
- UNWTO 153
- UPU 153
- Völkerrechtskommission 135
- Völkerrechtswoche 135
- WFP 29, 127–128
- WHO 152
- WMO 153
- Vertragsverletzungsverfahren 13
- Vertrag von Lissabon 206
- Vietnam 74, 124, 137, 196, 353–354
- Vorabentscheidungsverfahren 13
- Weltbank 111, 118
- Weltfinanzgipfel 2
- Welthandelsorganisation (WTO) 33, 40, 44, 55, 74–75, 92–93, 123, 182–183
- Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) 11, 103
- Zentralafrikanische Republik 29, 62, 130, 143, 147, 180, 355
- Zentraleuropäische Initiative (ZEI) 41, 90
- Zypern 5, 131, 141–142, 170, 355, 365

## Österreich in der Welt

- Europäische Union: Finanzkrise - Erweiterung - Vertrag von Lissabon - Europainformation - Politiken der EU - Außenbeziehungen
- Nachbarschaftspolitik, Regionale Partnerschaft, Zusammenarbeit im Donauraum und in der Schwarzmeerregion, Südosteuropa, Mittelmeerkooperation
- Die Lage in Krisenregionen, Naher Osten, Irak, Sudan, Afghanistan
- Die konsularische Dimension der Außenpolitik
- Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe
- Netzwerk Menschliche Sicherheit, Menschenrechte, Rechte der Frau
- Interkultureller und interreligiöser Dialog
- Die humanitäre Dimension in internationalen Beziehungen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Globale Aspekte der österreichischen Außenpolitik, Österreich in internationalen Organisationen
- Internationale Abrüstung
- Weltwirtschaftspolitik und globale Nachhaltigkeitspolitik
- Der österreichische auswärtige Dienst
- Auslandskulturpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
- Länderinformationen: Afghanistan bis Zypern
- Zahlen und Grafiken

# 2008

Jahrbuch der Österreichischen Außenpolitik